

Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M.

"Vicos Wiederholungslehre ist ein bloßer Glaube an die Wiederkehr der menschlichen Dinge. Doch so weit ist ihm recht zu geben, daß die Möglichkeit des Rückfalls in die Barbarei niemals völlig ausgeschlossen ist. Äußere Katastrophen können eintreten, aber auch Verursachungen, die von den Menschen selber abhängen. ... Wo die Geschichtsphilosophie noch den Gedanken an einen dunklen, aber selbstständig und eigenmächtig wirkenden Sinn der Geschichte enthält, den man in Schematen, logischen Konstruktionen und Systemen nachzuzeichnen versucht, ist ihr entgegenzuhalten, daß es gerade soviel Sinn und Vernunft auf der Welt gibt, als die Menschen in ihr verwirklichen. Wenn es darauf ankommt, Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte aufzufinden, deren Kenntnis solcher Verwirklichung als Mittel dienen kann, dann ist Vico, dieser frühe 'sinndeutende' Geschichtsphilosoph, ein bahnbrechender Geist gewesen."

Max Horkheimer (1895-1973), Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie (1930) über Giambattista Vico (23.6.1668 Neapel - 23.1.1744 Neapel)



Nr. 20, Dezember 1994

**Wahlen: Jung - Weg aus dem Getto?/
Baratta - Italienische Paradoxe**

**Geschichte und Restaurationsperiode
Rößer - Enttäuschungsreflexion/
Grieger - Luxemburg/Nyikos/Küttler/
Dussel - Zentrum und Peripherie,
Moderne und Revolution/Prokop/
Fuchs/Bleiber/Neubert - Geschichts-
diskussion nach dem Umbruch/
Seidel-Höppner/Schmidt/Jacobs -
Utopie, Sozialismus**

**Und: Weiß - Entropie, Ökologie/Graf -
Staatsverschuldung/Schäfer - DGB,
IG Metall/Müller/Jahn - Dritter
Band des "Kapital"/Berichte -
Rezensionen**

Geschichtsdiskussion

Holm-Detlev Köhler

Spaniens Gewerkschaftsbewegung.

Demokratischer Übergang - Regionalismus - ökonomische
Modernisierung

1993 - 350 S. - DM 39,80 - ÖS 311 - SFR 41,00

ISBN 3-924550-75-1

Manfred Wannöfel

Sachzwang Japan.

Zum arbeitsorganisatorischen Umbruch
in der internationalen Automobilindustrie

1991 - 281 S. - DM 48,00 - ÖS 375 - SFR 49,40

ISBN 3-924550-57-3

Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf

Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung.

Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht

1993 - 300 S. - DM 38,00 - ÖS 297 - SFR 39,20

ISBN 3-924550-79-4

Boy Lühje/ Christoph Scherrer (Hrsg.)

Jenseits des Sozialpakts

Neue Unternehmensstrategien, Gewerkschaften und Arbeits-
kämpfe in den USA

1993 - 205 S. - DM 29,80 - ÖS 233 - SFR 31,00

ISBN 3-924550-69-7

Jürgen Hoffmann/ Hildegard Matthies/ Ulrich Mückenberger (Hrsg.)

**Der Betrieb als Ort ökologischer Politik
- am Beispiel einer Schadstoffgruppe**

1992 - 306 S. - DM 38,00 - ÖS 297 - SFR 39,20

ISBN 3-924550-64-6

Elmar Altvater

**Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung
und neue Welt(un)ordnung**

1992 - 262 S. - DM 29,80 - ÖS 233 - SFR 31,00

ISBN 3-924550-72-7

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a - 48145 Münster - Tel. 02 51 / 6 08 60 80

**ZEITSCHRIFT
MARXISTISCHE
ERNEUERUNG**

Vierteljahresschrift

5. Jahrgang

Heft 20 (Dezember 1994)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff

Prof. Dr. Ulrich Briefs

Prof. Dr. Dieter Boris

Prof. Dr. Frank Deppe

Monika Domke

Prof. Dr. Werner Goldschmidt

Prof. Dr. Horst Heining

Prof. Dr. Jörg Huffschmid

Dr. Sabine Kebir

Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling

Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung,

Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch,

Dr. Reinhard Schweicher

5 Editorial

Wahlen

- Heinz Jung*
7 Schwieriger Weg aus dem Getto
Zum Wahljahr '94 und den neuen Chancen der Linken
- Giorgio Baratta*
20 Italienische Paradoxe

Marxismus und Geschichte in der Restaurationsperiode

Forster und Luxemburg heute - Geschichtsschreibung oder Ikonographie?

- Hans-Otto Rößer*
31 Geschichtsphilosophie zwischen Enttäuschungsreflexion und Tröstung
Zu Georg Forsters "Parisischen Umrissen" 1793
- Manfred Grieger*
48 Rosa Luxemburg nach der Epochenwende 1989/90: Ein Idol wird besichtigt
- Zentrum und Peripherie**
- Emmerich Nyikos*
61 "Periphere Revolutionen" im Globalsystem
- Wolfgang Küttler*
72 1789, 1917, 2000 - Gedanken zum Verhältnis von Moderne und Revolution
- Enrique Dussel*
83 Europa, Moderne und Eurozentrismus
Semantische "Verfehlung" des "Europa"-Begriffs
- Zur Geschichtsdiskussion nach dem Umbruch**
- Siegfried Prokop*
95 Über Sinn und Unsinn von Enquête-Kommissionen zur "Aufarbeitung" von Zeitgeschichte
- Eckhardt Fuchs*
110 "Mehr als ein Koffer bleibt": Gedanken zu den gegenwärtigen Geschichtskulturen in Deutschland
- Helmut Bleiber*
125 Geschichte als Hoffnungsgeber?

- Harald Neubert*
137 Die Herausbildung der europäischen Nachkriegsordnung und die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit 1945 - 1949
-
- Waltraud Seidel-Höppner*
149 Sozialismus - nur eine Utopie?
- Claudia Schmidt*
161 Entgrenzung kommt vor Übergang?
Zum Stellenwert utopischen Denkens in Literatur und Gesellschaft der späten DDR
- Hermann Jacobs*
172 Wende und Lohn-Programmatik
- Jens Weiß*
178 Entropie - ein besseres Äquivalent?
Ein Versuch, die Notwendigkeiten einer ökologischen Modernisierung marxistischer Theorie zu eruieren
- Ralph Graf*
188 Politik der Staatsverschuldung
Wirtschaftspolitische Vernunft oder ungedeckte Wechsel auf die Zukunft?
- Heinz Schäfer*
199 Mit der IG Metall zur neuen Sozialpartnerschaft im DGB?

Die Marx'sche Urfassung des 3. Bandes des "Kapitals" von 1864/65

Materialien der AG Marx-Engels-Forschung

- Manfred Müller*
212 Einige Bemerkungen zum Entwurf des dritten Buches des "Kapitals" von 1864/1865, wie er in der MEGA² veröffentlicht ist
- Wolfgang Jahn*
221 Die Konkurrenz im dritten Band des "Kapitals" von Karl Marx

Berichte

- Günter Judick*
231 Arbeiterbewegung, Antifaschismus und die beiden deutschen Staaten
Tagung zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin, 3./4. September 1994
- Doris Fisch*
235 Neues über Clara
Zu Gilbert Badias Zetkin-Biographie

André Leisewitz

241 "Zwischen den Welten - zwischen den Zeiten": Forster 1994

Veranstaltungen zum 200. Todestag Georg Forsters

245 Buchbesprechungen, Annotationen

Ende der Geschichte? (Wolfram Burkhardt)

Globale Probleme 500 Jahre nach der Entdeckung Amerikas (Reinhard Schweicher)

Geistiges Erbe Europas als Herausforderung (Heinz Jung)

Zwischenbilanz der Transformationsprozesse in Osteuropa (Lutz Maier)

Nachdenkliches über die ostdeutsche Wirtschaft (Hans Luft)

Unsinn über Axen (Harald Wessel)

Nestoren-Brevier (Harald Wessel)

Mehr als "nur" Biographie (Fritz Krause)

Erster, zweiter und dritter Blick (Georg Fülberth)

Der kritische Gehalt der Marx'schen Theorie (Jonas Dörge-Weidemann)

Schwarzer Feminismus (Bernd Hüttner)

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus (Claudia Stellmach)

Bucheingänge

4 Impressum

47 Vorschau

287 Autorinnen und Autoren

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V.

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Monika Domke, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Dr. Sabine Kebir, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Dr. Heinz Jung, Dr. André Leisewitz, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt DM 54,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und kdf.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15.10.1994

Editorial

Das vorliegende Heft hat den Schwerpunkt "Marxismus und Geschichte in der Restaurationsperiode". Es erscheint zum Ende des 250. Todesjahres Giambattista Vicos, auf dessen bahnbrechende Bedeutung für die Geschichtstheorie der Moderne bereits im Editorial von Z 17 verwiesen wurde. Ihm zu Ehren ein Zitat auf der letzten Umschlagseite. Z 20 kommt überdies wenige Monate nach dem 40. Historikertag heraus - Rahmenthema: "Lebenswelt und Wissenschaft" -, diesmal in Leipzig, der Wirkungsstätte so bedeutender Historiker wie Karl Lamprecht und Walter Markov. Denen freilich war keiner der insgesamt 30 Arbeitskreise gewidmet. Auch das ist ein Symptom für Geschichtswissenschaft in der Restaurationsperiode, ebenso wie der Skandal um den geplanten und nach vielen Protesten dann doch zurückgezogenen Auftritt des "Historikers" Helmut Kohl, zwei Wochen vor der "Kanzlerwahl". Es gab aber auch eine vielbeachtete Eröffnungsrede des Sozialwissenschaftlers Wolf Lepenies, eines "Außenseiters", wie er sich selbst einführte, der der versammelten Zunft vorhielt, "wie tief der Ethnozentrismus immer noch die kulturellen Selbstverständlichkeiten des weltoffenen Westens prägt". Lepenies rief zu einer "Entprovinzialisierung der Geschichtswissenschaft" auf, eine Mahnung, die gut als vieldeutiges Motto unseres Schwerpunktthemas dienen könnte.

Vorab dominiert die unmittelbare Aktualität: Heinz Jung schließt die in Heft 18 eröffnete Rubrik "Wahlen" im "Superwahljahr" 1994 mit einem ersten Kommentar zur Bundestagswahl ab. Giorgio Baratta diskutiert Probleme der italienischen Linken unter den Bedingungen eines durch den Wahlsieg der "Berlusconi & Co." repräsentierten Modells Italien.

Das Schwerpunktthema ist in drei Teile gegliedert: Im ersten Teil gehen Hans-Otto Röber und Manfred Grieger von unterschiedlichen Ansätzen her - Röber von dem einer politischen Biographie Forsters, Grieger von dem der in neueren Publikationen konstatierbaren Veränderungen des Luxemburg-Bildes - der Frage nach, wie jenseits jeder bloßen Heldenverehrung oder Ikonographie der Charakter eines Epochenumbrech in VorkämpferInnen des Neuen sich manifestiert und so zum Leitbild politischen Handelns werden kann.

Im zweiten Teil stellen Emmerich Nyikos, Wolfgang Küttler und Enrique Dussel neue Überlegungen zum Epochenbegriff dar. Mit je spezifischer Perspektive tragen sie damit zu einer Debatte bei, die nach der Implosion des sozialistischen Weltsystems wieder eröffnet wurde: Der Bogen spannt sich von der Problematik einer möglichen Unvereinbarkeit peripherer Revolutionen und marxistischer Revolutionstheorie bis zur Infragestellung bisheriger Begriffsbildung zum Verhältnis von Zentrum und Peripherie.

Der dritte Teil bringt Positionsbestimmungen in der aktuellen, im engeren Sinne geschichtswissenschaftlichen Kontroverse. Sie ist, wie Eckhardt Fuchs in seiner Beurteilung der "gegenwärtigen Geschichtskulturen in

Deutschland" meint, nicht mehr schlicht als "Historikerstreit" zu bezeichnen, sondern längst in eine von gegensätzlichen Bezugspunkten her bestimmte "West-West-" und "Ost-Ost-Debatte" gespalten. Zuvor nimmt Siegfried Prokop Stellung zu dem nicht einmal euphemistisch als wissenschaftlich auszubehenden Bericht der Enquête-Kommission des Bundestages zur "Aufarbeitung" von Zeitgeschichte. Helmut Bleiber befaßt sich mit der Frage, welcher Stellenwert objektiven und subjektiven Faktoren bei einer Analyse der Ursachen des Scheiterns des Sozialismusprojekts sowjetischen Typs zukommt. Harald Neubert untersucht Neubewertungen der internationalen Kräfteverhältnisse in der deutschen Nachkriegsordnung, wie sie nach deren Revision in Arbeiten westdeutscher Historiker zu finden sind.

Auch zwei weitere Beiträge behandeln einen eigenen und keineswegs nachrangigen Aspekt des Schwerpunktthemas. Waltraud Seidel-Höppner verfolgt den Bedeutungswandel des Utopiebegriffs vom literarischen Topos bis zu den Sozialismusvorstellungen des 19. Jahrhunderts, Claudia Schmidt geht den Auswirkungen einer stagnierenden Gesellschaft auf utopisches Denken in der späten DDR nach.

Geschichtsthemen sind schließlich auch die Berichte zuzuordnen, in denen es um Antifaschismus in beiden deutschen Staaten, eine neue Zetkin-Biographie und Veranstaltungen zum deutschen Jakobiner Georg Forster geht.

Die weiteren Beiträge setzen Diskussionen aus früheren Z-Heften fort: Jens Weiss stellt die Frage, ob sich die Öko-Probleme auf den allgemeinen Nenner Energie bzw. Entropie bringen lassen, Ralph Graf untersucht Ursachen und Folgen der hochschnellenden Staatsverschuldung in der Bundesrepublik und Heinz Schäfer verfolgt die Reform-Debatte in DGB und IG Metall. Von der letzten Tagung der AG Marx-Engels-Forschung werden zwei Beiträge der MEGA-Spezialisten Manfred Müller und Wolfgang Jahn veröffentlicht, die zur Re-Lektüre des Marx-Engelsschen Werks anregen dürften: Es geht um den dritten Band des Kapitals, der inzwischen doppelt vorliegt, in der Urfassung des Marx'schen Manuskripts und in der Engels'schen Bearbeitung für die Veröffentlichung. Dazu kommt ein wie immer umfangreicher Rezensionsteil.

Für die Redaktion des Schwerpunktes von Z 20 war Reinhard Schweicher verantwortlich. Die Redaktion schließt den 5. Jahrgang mit dem bisher umfangreichsten Heft ab. Wir hoffen, damit zum Jahreswechsel der Lektürelust und hoffentlich auch dem Zeitbudget der Leserinnen und Leser von Z entgegenzukommen. Zugleich verbinden wir das mit der Bitte, das Projekt Z durch Abowerbung weiter zu unterstützen - Druck, Vertrieb und redaktionelle Arbeit werden nicht billiger (siehe Einleitungsbeitrag zum Wahlausgang).

Heinz Jung

Schwieriger Weg aus dem Getto

Zum Wahljahr '94 und den neuen Chancen der Linken

Nach dem Wahltag vom 16.10.1994 konnte die FAZ am 18.10.94 feststellen, daß sein Ergebnis "von der Wirtschaft mit Zufriedenheit, aber ohne Begeisterung" aufgenommen worden sei. Und entsprechend war auch die Reaktion der Aktien-, Geld- und Rentenmärkte: gedämpft optimistisch. Nur die Renten machten gute Punkte, konnten ihre Interessenten doch nun sicher sein, daß administrative Zinsbeschneidung kein Thema für die neue Regierung sein wird. Das Besitzinteresse mit dem Monopol- und Finanzkapital als seinem aggressiven Kern hat seine Regierung wieder oder noch einmal in den Sattel heben können. Aber diese Regierung ist gerupft, und es ist fraglich, ob sie in alter Weise die ganze Legislaturperiode funktionieren kann.

Die FDP als unmittelbares Scharnier zu den Interessen des großen Geldes und der Verbände der Wirtschaft und als Speerspitze neoliberaler Deregulierungspolitik ist wesentlich geschwächt aus den Wahlen hervorgegangen. Im Osten ist sie mit 3 % der Erst- und 4 % der Zweitstimmen weit unter der 5-Prozentklausel hängen geblieben. Im Vergleich zur "Einheitswahl" vom 2. Dezember 1990 hat sie dort nur noch weniger als ein Drittel ihrer damaligen Stimmen erhalten. Bei den gleichzeitig (Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Saarland) und 1994 schon vorher (Bayern, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen) stattgefundenen Landtagswahlen war die FDP unter 5 % geblieben. Ihr eigenes Wählerpotential liegt 1994 zwischen 3 und 5 %.

Den Wiedereinzug in den Bundestag verdankt sie dem von den Wirtschaftsverbänden und der CDU in Gang gesetzten und im Westen funktionierenden Leihstimmenmechanismus. Er verschaffte der FDP mindestens 3 % originärer CDU/CSU-Stimmen für ihr Zweitstimmenbudget und sicherte damit ihre Fortexistenz als Bundestagspartei. Sie erhielt im Westen 3,5 % der Erst- und 7,4 % der Zweitstimmen. Ohne dies wäre der Angst-Traum Bundeskanzler Kohls seit den Europawahlen vom 12.6.1994 Wirklichkeit geworden: Die CDU/CSU wäre zwar auf etwa 45 % der Stimmen gekommen, aber ohne die FDP mit einer Mandatsmehrheit von SPD, Bündnis 90/Grünen und PDS konfrontiert gewesen. Die absolute Rechtsmehrheit im Elektorat hätte unter diesen Bedingungen nicht für eine Bundestagsmehrheit gereicht. Insofern hatte die Anti-PDS-Hysterie der CDU/CSU einen realen Hintergrund.

Das 1990 re-etablierte Dreiparteiensystem unter konservativer Dominanz ist 1994 hinfällig geworden. Die Grünen wurden nicht nur formell dritt-

stärkste Partei, sondern sie haben auch über verändertes Wahlverhalten in der jungen und den jüngeren Generationen jenen sozialstrukturellen Raum in den Mittelschichten besetzt, aus dem der Liberalismus einst einen Großteil seiner Anhängerschaft rekrutierte. Gleichzeitig haben sie ihr politisches Profil soweit zur Mitte hin modifiziert, daß sie sich funktionell als "FDP der 90er Jahre" anbieten können. Die damit ausgelöste Profilneurose der FDP hat nun zur Artikulation des lange in der Versenkung verschwundenen Flügels der Nationalliberalen geführt, der, vom Beispiel des österreichischen Parteifreundes Jörg Haider inspiriert, eine Regeneration am rechten Rand des politischen Spektrums anvisiert. Damit sind innerparteiliche Konflikte vorprogrammiert, die auch die Koalition in Mitleidenschaft ziehen dürften.

	Bundestagswahlen 16.10.1994	Europawahlen 12.6.1994	Bundestagswahlen 2.12.1990			Volks- kammer- wahl 18.3.1990
			Gesamt	Alt-BRD	Ex-DDR	
Wahlbeteiligung in v.H.	79,1	60,1	76,3	76,9	74,0	93,2
Anteil an den abge- gebenen gültigen Stim- men in v.H.:						
CDU/CSU	41,5	38,8	43,8	44,3	41,8	48,15 ¹
FDP	6,9	4,1	11,0	10,6	12,9	5,28
Republikaner	1,9	3,9	2,1	2,3	1,3	
SPD	36,4	32,2	33,5	35,7	24,3	21,85
B. 90/Grüne	7,3	10,1	3,8	4,8	6,1	4,86 ²
PDS	4,4	4,7	2,4	0,3	11,1	16,33
Sonstige	1,6	6,2	2,2	2,0	2,5	3,54 ³
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹ CDU, DSU, DA; ² Bündnis 90, Grüne/unabh. Frauen; ³ darunter mit 2,19 Deutsche Bauernpartei (DBP)

Eine FDP, deren Hiwi-Funktion für die CDU/CSU offengelegt ist, wird gerade deshalb alle möglichen Profilierungsmöglichkeiten wahrnehmen müssen - auf Kosten des Partners, was nicht ohne zunehmende Spannungen bleiben kann. Angesichts der Mandatsmehrheit dieser Koalition von einer Handvoll Abgeordneter ist die Annahme nicht unbegründet, daß spätestens bis Mitte der Legislaturperiode neue Koalitionsvarianten (große

Koalition, Ampelkoalition mit Teilen oder der gesamten FDP bei Tolerierung oder auch unter Teilnahme der PDS) auf die Tagesordnung treten werden.

So ist das Hauptergebnis des Wahljahres 1994 eine Parlamentsmehrheit, die die Fortsetzung der bisherigen Koalition und damit auch ihres politischen Kurses gestattet. Da diese Regierung jedoch geschwächt ist, sind der Lösung der anstehenden Probleme durch eine Radikalisierung des Kurses Grenzen gesetzt, es sei denn, die Opposition versäumt ihre Stunde der Druckentfaltung und des Kampfes um Alternativen. Hinzu kommt, daß die Parteien, die in einem weiteren Sinne als linke angesehen werden können, also SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS, nicht nur aus den Bundestagswahlen gestärkt hervorgingen, sondern dies in noch höherem Maß für die Serie der Landtags- und Kommunalwahlen des Jahres 1994 gilt. Nur noch in Sachsen und Bayern, den beiden "Freistaaten" der Föderation, kann die CDU/CSU allein regieren - für das Bonner Modell ist überall mangels FDP-Masse die Grundlage entfallen. SPD und Grüne verfügen also über eine solide Mehrheit der Länderkammer, ohne die kein Gesetz durchgehen kann.

Freilich muß berücksichtigt werden, daß sich die entscheidende Richtung der SPD-Führung in zweierlei Hinsicht zum Gefangenen der CDU/CSU gemacht hat oder dies geblieben ist. Zum einen in der grundsätzlichen Akzeptanz der marktwirtschaftlichen Konkurrenz- und Profitwirtschaft, und dies auch in Bezug auf deren radikalisierte Konsequenz als Modernisierung für die Weltmarktkonkurrenz. Dies wurde zur Grundlage der faktischen großen Koalition in Sachfragen unter dem Kommando des Bundeskanzlers. Zum anderen in einer fortdauernden Verhaftung in den antikommunistischen Grundmustern des kalten Krieges, u.a. als Folge der strategisch unbewältigten Situation nach Niederlage und Zusammenbruch des Realsozialismus in Europa. Dies hat sie in der Anti-PDS-Kampagne, gegen die eigenen Interessen, zum Schildknappen im Troß der CDU/CSU gemacht und ihre politische Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Ohne wirksame Konkurrenz von links und den Druck der Gewerkschaften und sozialer Bewegungen können deshalb die Erwartungen an die Oppositionsrolle der SPD nicht allzu hoch geschraubt werden.

Spezifika des Wahljahres

Noch zu Beginn des Jahres 1994 sprachen die Zeichen für eine vernichtende Niederlage der Bonner Koalition unter Bundeskanzler Kohl. Die Demoskopen handelten Ende Februar 1994 den Anteil der CDU/CSU im Westen mit 34,3 % und im Osten mit 23,5 %. Die depressive Stimmung der tiefsten zyklischen Krise der Nachkriegszeit schlug, im Osten stärker als im Westen, politisch gegen die Koalition aus. Dies änderte sich mit den ersten Anzeichen einer wiederanspringenden Konjunktur, obwohl mit einem Abbau der Massenarbeitslosigkeit und deren sozialen

Folgeproblemen nicht zu rechnen war. Vor diesem Hintergrund waren die Medien in der Lage, einen Umschlag des politischen Klimas zu inszenieren, gefüttert mit den Appellen der Unternehmer und ihrer Verbände, nun ja nicht den Aufschwung durch einen politischen Richtungswechsel zu beeinträchtigen. Ohne dies wären die politischen Kampagnen der CDU/CSU kaum erfolgreich gewesen. Dies gilt insbesondere für die Personalisierung auf den Bundeskanzler, dessen Werte zu Jahresbeginn jene seiner Partei noch unterschritten hatten. (Ende Februar rangierte Scharping mit 58 % noch eindeutig vor Kohl mit 32 %.)

Die Entwicklung in diesem Jahr war ein gutes Beispiel für die Wechselwirkung von objektiven und subjektiven Faktoren im politischen Prozeß. Als Ergebnis ihrer Kampagnen konnte die CDU/CSU ihr Wählerpotential in einem weit höheren Maß an die Wahlurne bringen als die SPD. Dies hängt auch mit der überproportionalen Wahlbeteiligung der Jahrgangsgruppen über 40 Jahre zusammen. (In Frankfurt/Main beteiligten sich z.B. nur 65 % der 18-24jährigen an der Wahl, bei den über 45jährigen lag die Beteiligungsquote über 85 %. In Wiesbaden, ein weiteres Beispiel, vermochte die SPD ihr Wählerpotential nur zu 70 % auszuschöpfen, die CDU aber zu 88 %. Die Wahlbeteiligung in den CDU/CSU-Hochburgen war überall überdurchschnittlich.)

Auch die Tendenz zur weiteren "Amerikanisierung" des politischen Lebens und der Wahlkampagnen war in diesem Jahr unverkennbar. Dies zeigte sich nicht nur an der Personalisierung auf die jeweiligen formellen oder faktischen Parteiführer (Kohl, Kinkel, Scharping, Fischer, Gysi), sondern mehr noch am faktischen Ausschluß des arbeitenden Volkes aus der aktiven Politik. Kaum ein Kandidat oder eine Kandidatin, der oder die einen Beruf im Status der Arbeiterklasse ausübt. Dies gilt für alle Parteien. Die Professionalisierung der Politik und die Realität einer politischen Klasse schließen höhere Bildung als Eingangsbedingung ein. Auf der anderen Seite formieren sich trotz der immer drängenderen sozialen Probleme kaum Widerstandsbewegungen der Betroffenen. Bischofferode bleibt eine Ausnahme. Das "einfache" Volk wird in die Entfremdung und Apathie gestoßen, was wahlpolitisch den Konservativen zugute kommt.

Zwar hat sich 1994 ein Anstieg des Wahlabsentismus nicht als generelle Tendenz bestätigt. Zu den Bundestagswahlen gibt es im Westen eine Steigerung um fast 4 %-Punkte, im Osten demgegenüber einen leichten Rückgang. Jedoch sinkt bei den Landtagswahlen im Osten vor dem 16.10. die Beteiligung auf etwa 55 %. Bei den Europawahlen mit einem Beteiligungsdurchschnitt von 60 % sinkt sie in Brandenburg mit 41,4 % weit unter die 50 %-Marke und liegt in Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein nur wenig darüber. Man wird die altersmäßige Aufgliederung der Wahlbeteiligung an den Bundestagswahlen abwarten müssen, um beurteilen zu können, ob sich die nun schon über ein Jahrzehnt anhaltende Tendenz des Absinkens der Wahlbeteiligung der jüngeren und

der Steigerung der älteren Jahrgänge fortgesetzt hat - was sich in einem steigenden Durchschnitt ausdrücken kann - oder nicht.

Zu den herausragenden Kennzeichen dieses Wahljahres gehört jedoch das Offenkundigwerden bzw. das Umschlagen der Differenzen der ost- und westdeutschen Gesellschaft in einen Gegensatz der politischen Mentalitäten. Das "Anschlußgebiet" erweist sich nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch als schwer verdaulicher Brocken für das metropolenkapitalistische System der BRD. Nun erfolgt mit dem Auferstehen einer widerständigen Ossi-Mentalität, in die auch eine positive, wenn auch nicht undifferenzierte Bewertung der DDR eingegangen ist, die Rache für die kapitalistische koloniale Landnahme und das Plattmachen der Industrie und all dessen, was positiv für die DDR stand und von der Mehrheit der Menschen angenommen worden war. Von dieser Mentalität wurde die PDS erneut in den Bundestag getragen. Vielleicht ist der Gegensatz nirgends krasser als in Berlin: Der durch neue Proletarität geprägte Osten auf der einen und der als Ableger und subventioniertes Schaufenster der "westlichen Welt" gehaltene Westen auf der anderen Seite, was sich zu den Bundestagswahlen politisch mit der PDS als stärkster Partei des Ostens mit 34,7 % der Zweitstimmen, gut 40 % der Erststimmen und vier Direktmandaten von fünf möglichen und einer Westdeutschland analogen Parteienstruktur in Westberlin ausdrückte. Hinzu kommt, daß die PDS in Westberlin, wenn auch auf niedrigem Niveau, ihre Spitzenergebnisse (Wahlkreis Bln-Kreuzberg 5,4 %) für das Wahlgebiet West erzielen konnte. Hier zeigt sich eine Dynamik, die bei den Strategen der Großbourgeoisie die größten Befürchtungen hervorrufen dürfte: Eine räumliche politische Ausgleichsbewegung, die auch im Westen die sozialistische Linke nach oben bringt.

Daß hier eine langfristige Tendenz am Werke sein könnte, darauf verweist die Diagnose der Jugendforschung, wonach sich im Gefolge der Ereignisse 1989 ff. im Osten eine neue politische Generation herausgebildet habe. (Vgl. Heinz Jung, Generation im Wartestand?, in: Marxistische Blätter, Heft 6, Nov./Dez. 1994). Daß die sozialistische Linke in Gestalt der PDS selbst in ihren Hochburgen über ein noch nicht erschlossenes Potential verfügt, zeigen ihre Zugewinne aus der Gruppe früherer Nichtwähler. Gerade in dieser Gruppe dürften sich nicht wenige Arbeiter befinden, die aktiv die Wende herbeiführen halfen, sich aber in der Folge als die Betrogenen und Verlierer sehen mußten.

Heute sind die führenden Kräfte des Systems bemüht, die Unterschiede propagandistisch zuzudecken, was sich etwa daran zeigt, daß die Wahlergebnisse Ost und West nicht mehr als Blocks ausgewiesen wurden. Aber sie selbst haben nicht wenig zur Verschärfung beigetragen. Davon zeugt die Doppelstrategie der Wahlkampagnen und die fast durchgängig zügellose Hetze gegen die nun ja schon vier, fünf Jahre untergegangene DDR. So lebte die Wahlkampagne der CDU/CSU, die dann zunehmend auch die anderen Bonner Parteien in ihren Troß zwang, von einer

hemmungslosen Reaktivierung alter antikommunistischer Schablonen, die vor allem auf Resonanz bei der noch durch den kalten Krieg geprägten älteren Bevölkerung und auf die Aufsaugung des Rechtspotentials zielte. Außerdem konnte die CDU/CSU damit für den Fall einer linken Mehrheit im Bundestag die SPD schon prophylaktisch in die Geiselnhaft der großen Koalition nehmen, was freilich aus der Sicht Scharpings als wünschenswerte Option erschien. Wie die Ergebnisse zeigen, ist diese Seite des Kalküls der CDU/CSU-Strategen aufgegangen. Ob sie der PDS schaden konnten, ist fraglich. Im Osten brachten sie den Anti-Wessi-Affekt wohl noch stärker hinter deren Fahnen und im Westen verließen sie ihr eine für eine linke und sozialistische Partei bisher einmalige Medienresonanz mit entsprechendem Bekanntheitsgrad, was sich in einer Mobilisierungsquote (Wähler pro Mitglied) von über 300 (im Vergleich zum Osten mit 13) niederschlug.

Die Bundestagswahlen und ihr Ergebnis

Es entwickelte sich bis unmittelbar vor den Bundestagswahlen eine Situation, in der der erneute Sieg der CDU/CSU unter Kohl als wahrscheinlich erschien, die erneute Wahl der FDP unsicher war, mit einem Mandatsgewinn der REP nicht gerechnet wurde, SPD und Grüne sich Zuwächse versprechen konnten und eine Durchsetzung der PDS nur über Ost-Direktmandate möglich war. Diese Konstellation bestätigte sich in den Wahlergebnissen vom 16.10.1994.

Auf dieses Ergebnis sei hier nochmals eingegangen. Das Hervorstechendste ist die Durchsetzung eines Parteiensystems im Osten, das von jenem des Westens abweicht. Es erfaßt zwar nur ein Fünftel der Bevölkerung Gesamtdeutschlands, gleichwohl kann von seinen Elementen Einfluß auf das politische Gesamtsystem ausgehen. Hatte sich bei den Bundestagswahlen 1990 sowohl im Osten als auch im Westen eine Rechtsmehrheit in der Wählerschaft von 56 - 57 % ergeben, so verfügt die Rechte heute in der Wählerschaft des Ostens nur noch über etwa 43,7 %, während sie im Westen eine Mehrheit von etwa 52 % behauptet. Der Osten hat also eine linke Mehrheit, was noch ausgeprägter in den Ländern und Gemeinden zum Ausdruck kommt. Diese linke Mehrheit tritt überproportional in Erscheinung bei den Neu- und den Jungwählern, bei den Frauen und dabei besonders den jüngeren, den höheren Bildungsschichten und den Wählern der Groß- und Landeshauptstädte.

Der Hauptverlierer im Osten ist die FDP. Zu den Verlierern gehören hier aber auch die Bündnisgrünen, die bei allen Landtagswahlen im Osten ihre Vertretungen einbüßten und auch bei den Bundestagswahlen in allen Ländern, mit Ausnahme Ostberlins, unter 5 % bleiben. Offensichtlich hatten sie sich unter dem Einfluß von eher rechten Einpeitschern wie Schulz, Weiss u.a. von den Bedürfnissen ihrer Basis weit entfernt und vor allem nicht realisiert, daß auch diese der vielfach maßlosen und von den Interes-

sen "des Westens" instrumentalisierten Rolle als selbsternannte Staatsanwälte gegen die DDR und deren einstige Träger überdrüssig wurde.

Der gravierendste Unterschied der Parteiensysteme ergibt sich jedoch aus der Existenz der PDS, der Nachfolgepartei der SED, als Partei mit Masseneinfluß im Osten mit gegenwärtig etwa einem Fünftel der Wählerstimmen und mit der stärksten Aufwärtsdynamik in jüngster Zeit. Dies zeigt sich an der Anzahl der Zweitstimmen im Osten: Bundestagswahlen 1990 1,0 Mio, Europawahlen 1994 1,3 Mio und Bundestagswahlen 1994 1,7 Mio. Damit erreicht sie zwar nicht die Stimmenzahl der letzten Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 mit 1,9 Mio., nähert sich ihr aber stark an. Von Bedeutung ist auch, daß die PDS vor allem in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt Boden gut gemacht hat. Was für die Schwerpunkte des Linkspotentials im Osten zutrifft, gilt zugespitzt für die PDS. Die Versuche, links von der PDS Wahlalternativen als Druckpotentiale zu präsentieren, so die KPD in Berlin, blieben im 0,0 %-Bereich und damit wirkungslos.

Im Westen waren bekanntlich bisher alle Versuche der PDS fehlgeschlagen, eine Organisation mit relevantem Einfluß aufzubauen. Aber immerhin erreichte sie hier mit ihren offenen Listen mit 369 Tsd. Zweitstimmen einen Anteil von 0,9 % und damit eine Größenordnung, die weder die DKP nach 1968 noch eine andere politische Gruppierung links von SPD und Grünen in dieser Periode erreichen konnten. Von Interesse ist auch hier die Dynamik: 1990 109 Tsd. Stimmen, Europawahlen 1994 164 Tsd. Als "Hochburgen" mit über 2 % Stimmanteilen erwiesen sich Großstädte wie Bremen, Hamburg, Köln, Frankfurt sowie Universitätsstädte mit hohen Grünen-Anteilen und frühere Schwerpunkte der DKP. Bedeutsam war, daß sie neben den früheren Wählern der DKP, der Friedensliste, der DFU - ein Potential von 0,3 - 0,5 % - und den Anhängern anderer sozialistischer Gruppen und Wählern aus der linken Intelligenz - ein Potential von etwa 0,1 % - überdurchschnittliche Anteile bei Erst- und Jungwählern, Übersiedlern aus der Ex-DDR nach 1989, linken Grünen und linken Gewerkschaftern für sich gewinnen konnte. Soweit überhaupt ein Wahlkampf geführt wurde, war dies nur möglich durch die Unterstützung von Wählerinitiativen und Sympathisantenkreisen durch die DKP und andere linke und sozialistische Kräfte. Anzumerken bleibt in diesem Zusammenhang, daß bei den ebenfalls am 16.10.1994 in Nordrhein-Westfalen stattfindenden Kommunalwahlen die DKP dort, wo sie kandidierte, Rückschläge und den Verlust bisheriger Kommunalfraktionen, so in Bottrop, Gladbeck, Gevelsberg, hinnehmen mußte. Auch dies verweist darauf, daß gegenwärtig wohl nur eine Formation vom Typ der PDS in der Lage ist, das Potential links von Grünen und SPD zu bündeln und zu dynamisieren. Freilich werden damit Parteien wie die DKP mit historischer Kontinuität und marxistischer Identität, mit Orientierung auf die Arbeiterklasse und einen revolutionären Umbruch sowie mit positivem Bezug zum Realsozialismus als historischem Versuch für die Linke nicht überflüssig. Sie bleiben in jedem

Fall Korrekturmöglichkeit und Druckpotential gegen opportunistische Anfechtungen erfolgreicher linkssozialistischer Wahlparteien.

Im Westen erwies sich Bündnis 90/Grüne nach wie vor als Partei der Altersgruppen unter 45 Jahren, also einem Elektorat, das von der 68er Generation und ihren Ausläufern geformt ist. Hinzu kommt ihre mittelschichtgeprägte soziale Verankerung. Zwar erreichten die Grünen nicht die in den Prognosen angezeigten Resultate - wohl Ergebnis abnehmender Attraktivität bei den Erst- und Jungwählern, für die sie mit zunehmender Systemintegration und entsprechenden Repräsentationspersonen zur neuen Altpartei geworden sind -, sie wurden jedoch zur drittstärksten Kraft im Parteiensystem.

Was die SPD betrifft, so hielt sich ihr Zuwachs in Grenzen, fiel aber größer aus als nach den Europawahlen vermutet werden mußte. Zum zunehmenden Schwachpunkt haben sich Agglomerationen mit hohem Dienstleistungsanteil und Wählerschwerpunkten der Grünen entwickelt. Hier mußten sie absolute und relative Einbußen hinnehmen, so in Hamburg, Hannover, Köln, Frankfurt u.a. Der Spagat zwischen ihrer traditionellen sozialen Basis und den neuen Mittelschichten gelingt ihr immer weniger. Vor allem nimmt die Mobilisierungsfähigkeit bei der alten Arbeiterbasis und in den entsprechenden Wohnvierteln ab. Tendenziell gilt dies auch für den Bereich der Gewerkschaften. Zweifellos ist gerade hier eine Lücke für eine linkssozialistische Oppositionspartei entstanden, die eine konsequente Vertretung der sozialen Interessen und eine Lösung der "sozialen Frage" auf dem heutigen Problemniveau zu ihrer Plattform macht.

Mit ihrer Politik und ihrem relativen Erfolg hat die CDU/CSU unterstrichen, daß sie gewillt ist, das Terrain, das in anderen Ländern von den Haiders, Finis, LePens u.a. besetzt wird, selbst zu okkupieren. Der Anteil der Rep (1,9 %, 2,1 % im Westen und etwa 1,2 % im Osten) hielt sich in engen Grenzen, nachdem offenkundig auch der Anteil der männlichen Jungwähler aus dem handarbeitenden Milieu, früher eine Hauptzuwachsquelle, rückläufig ist. Es dürfte auch nicht zufällig und nicht ohne Einfluß von außen abgelaufen sein, daß kurz vor den Wahlen der Rep-Vorstand seine Gallionsfigur, den Vorsitzenden Schönhuber, demontrierte und absetzte. Neben der Mobilisierung des Rechtspotentials verdankt die CDU/CSU ihre Positionsbehauptung vor allem, wie schon angesprochen, ihrer größeren Mobilisierungsfähigkeit und der wesentlich höheren Wahlbeteiligung der älteren Jahrgänge, ein Schwerpunkt ihres Einflusses.

Das Wahlergebnis vom 16.10. ließ die Koalitionsspanne CDU/CSU-FDP weiterhin tragfähig, aber ihre Basis ist labiler und brüchiger geworden. Hieraus ergeben sich schon in der laufenden Legislaturperiode die Chancen der linken und auf soziale und ökologische Reformen drängenden Opposition. Sie wird allerdings erst dann zum Zuge kommen können, wenn SPD und Grüne aus der Geiselnhaft der Rechten wg. Ausgrenzung der PDS

ausbrechen. Denn auch nach dem Wahltag gilt: "Ohne PDS kein Wechsel in Bonn!"

Chancen und Aufgaben der marxistischen Linken

Versucht man die mit den Wahlen entstandene Situation aus der Sicht der Aufgaben und Möglichkeiten einer marxistischen Linken auszuloten, ist die Aufmerksamkeit drei Problemkomplexen (Vgl. dazu auch: Jürgen Reusch, Linke Mehrheit - Farce, Ironie oder neuer Prolog der Geschichte?, Z 19, Sept. 1994, sowie: Heinz Jung, Streß um nichts?, Anmerkungen zum Wahlfestival 94, Z 18, Juni 1994) zu widmen: der sozialökonomischen Entwicklungsrichtung, den Gewerkschaften und den Chancen für eine linkssozialistische Partei in ganz Deutschland.

1. Aufschlußreich ist hier die Interessenartikulation "der Wirtschaft". Kaum waren die Wahllokale geschlossen, gab sie ihre vorher aus taktischen Gründen gewährte Zurückhaltung auf. Leitmaxime wurde, wie immer in derartigen Situationen, die Empfehlung Niccolo Machiavellis, daß die Grausamkeiten gegenüber den Regierten gleich zu Anfang zu begehen seien. "In dieser Phase wird Mut gebraucht", schrieb die FAZ, wer "den nicht hat, der hätte sich nicht zur Wahl stellen sollen." (18.10.1994) Am weitesten preschte BDA-Chef Klaus Murmann mit der Denkschrift seiner Vereinigung "Sozialstaat vor dem Umbau" vor. In ihr werden u.a. gefordert: eine 10%ige Eigenbeteiligung an den Kosten jeder Behandlung in der Arztpraxis, ein 20%iger Abschlag von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder die Einführung von Karenztagen, die Senkung des Rentenniveaus von 70 auf 65 % des vorherigen Einkommens nebst einer generellen Lockerung der Renten von den Einkommen. BDI-Präsident Till Necker stellt die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland per Senkung der Staatsquote und der Steuerquote, den Umbau und die Öffnung des Sozialsystems für "private Vorsorge", die weitere Deregulierung und Privatisierung in den Vordergrund. In die Kerbe der Rückführung staatlicher Leistungen und Belastungen hieb auch DIHT-Chef Stihl, der gleichzeitig der Regierung eine stärkere Zusammenarbeit mit der SPD zur Sicherung des Standorts Deutschland empfahl.

Daß es sich bei den anvisierten Umverteilungsprozessen um beachtliche Größenordnungen mit zwangsläufigen sozialen bzw. unsozialen Auswirkungen handelt, wird an den von den Kapitalvertretern genannten Zahlen sichtbar. So wird die Senkung der Neuverschuldung des Bundes von derzeit jährlich etwa 70 auf 1998 27 Mrd. DM anvisiert. Immerhin wird sich der Anteil des Schuldendienstes (Zinsen und Tilgungen) am Bundeshaushalt 1995 auf etwa 20 % belaufen. Die Staatsquote von derzeit 50 % soll in den nächsten Jahren auf den Stand von 1988 (46 %) zurückgefahren werden. Daß die Forderung nach Senkung der Abgabenquote von derzeit 45 % des BSP, wobei 1 % etwa 33 Mrd. DM ausmacht, auf 42,5 % nur mit tiefen Einschnitten in die öffentlichen Haushalte zu haben ist, wird auch

daran klar, daß infolge der beschlossenen Steuererhöhungen (Solidarbeitrag von 7,5 %, höhere Vermögens- und Versicherungssteuer, Pflegeversicherungsabgaben u.a.) die Steuerbelastungsquote bis 1997 zuerst einmal auf 49 % ansteigen wird.

Das neue Schlagwort, unter dem diese Tendenzen zusammengefaßt werden, ist das vom "lean government", dem schlanken Staat" oder dem "schlanken öffentlichen Dienst". Die bisher im Zuge postfordistischer Umstrukturierungen von Produktion und Wirtschaft auf diese angewandten Formeln werden nun auf den Staat umgemünzt. Dabei geht es auch um eine den Konzernen analoge Durchforstung und Reduzierung der öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen und generell um die Senkung ihres Anteils am gesamtwirtschaftlichen Volumen und seinen Kennziffern. In diesem Kontext steht auch die Forderung nach Reduzierung der West-Ost-Transfers auf die investiven Posten. Aber bei fortdauernder Massenarbeitslosigkeit und de-industrialisierter Wirtschaftsstruktur im Osten wird dies ohne sozialreaktionäre Brachialmaßnahmen kaum möglich sein. Dies gilt gleichermaßen für die Folgekosten einer Massenarbeitslosigkeit auf derzeitigem oder gar noch wachsendem Niveau im Westen.

Deshalb spitzen sich die Forderungen auf die Umkonditionierung der Sozialbeziehungen zu. Gerade hier schickt sich ein radikalierter Neoliberalismus zu neuen Deregulierungsorgien an. Die Begrenzung der Lohnzuwächse und die Regionalisierung der Tarifverträge gehören noch zum eher traditionellen Kanon. Nun wurde aber die angebliche Offensive gegen die Arbeitslosigkeit mit der Parole "Es gibt keine Arbeitslosen, sondern nur zu hohe Arbeitskosten!" eröffnet.

Versucht man, die Forderungen der Kapital-Vertreter auf einen Nenner zu bringen, dann handelt es sich um ein Konzept des verschärften Klassenkampfes von oben, mit dem eine Senkung des Werts der Arbeitskraft, die Zerschlagung bisheriger Sozialstandards (Normalarbeitsverhältnis, Normalarbeitstag), die Erhöhung der Mehrwertrate und die Steigerung der Profite durchgesetzt werden soll. Das staatlich vermittelte und damit politisch beeinflussbare soziale und politische Regulierungssystem soll weiter zugunsten marktvermittelter privatmonopolistischer Kontrolle und Vergesellschaftung zurückgedrängt werden, und die nötige ideologische, politische und soziale Legitimation soll sich aus einer internationalisierten Marktwirtschaftsideologie (Modernisierung für den Weltmarkt, und wie es der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Walter, im Handelsblatt v. 17.10.94 noch präziser faßte, für den Konkurrenzvorsprung) ergeben.

Aber eine Regierung mit labilen Grundlagen, selbst wenn sie mit Fug und Recht als eine "der Wirtschaft" zu verstehen ist, kann aus der Sicht des von ihr zu realisierenden Systeminteresses diesen Forderungen nur in verdeckter Form und abgeschwächt nachkommen. Murmanns BDA-Katalog mußte die Kohl-Mannschaft deshalb in Verlegenheit bringen, auch wenn ihre Schubladenpläne nicht allzu sehr davon abweichen. Deshalb bestehen

Chancen, den sozialen Grausamkeiten die Spitze zu nehmen und die Entwicklung da und dort in eine andere Richtung zu drängen. Nur dabei werden sich jene gesellschaftlichen Kräfte formieren können, die auch in der Lage sind, weiterreichende Änderungen anzugehen.

2. Es kommt nicht von ungefähr, daß die ersten Stimmen, die für eine Beendigung der Ausgrenzung der PDS plädierten, aus der Ecke sozialdemokratischer Gewerkschafter kamen. Gerade sie können sich von der neuen Bonner Konstellation günstigere Einflußmöglichkeiten versprechen. Denn eine auf der Höhe ihrer Aufgaben stehende PDS-Gruppe könnte allemal in der Lage sein, gegenüber der SPD eine linke Kontrollfunktion auszuüben und den Spielraum der SPD-Linken zu erweitern. Dies bliebe freilich eine Sandkastenkonstellation, solange dadurch nicht soziale Bewegungen ins Leben gerufen bzw. befördert werden, die als unmittelbare Druckinstanz der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften auf den Plan treten.

Erstmals besteht auch seit den 50er Jahren wieder die Möglichkeit und auch die Notwendigkeit, daß im Rahmen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften als Einheitsgewerkschaften auch eine linkssozialistische Richtung ihren legitimen Platz einnimmt. Dies gilt heute sicher in erster Linie für den Osten, kann auf diesen aber nicht beschränkt bleiben.

3. Nach diesem Wahlergebnis ist die Aufgabe der Entwicklung zu einer gesamtdeutschen linkssozialistischen Oppositionspartei der PDS nicht mehr abzusprechen oder gar abzunehmen. Sie ist nun die Partei der neuen Proletariat des Ostens mit gesamtdeutschem Auftrag. Wahrscheinlich hätte sie vom Standpunkt ihrer innerparteilichen Entwicklung die Verwirklichung des Alptraums des Bundeskanzlers, nämlich eine linke Abgeordnetenmehrheit im Bundestag, gegenwärtig noch überfordert. So ist die Konstellation der Profilierungskonkurrenz dreier linker Parteien des Oppositionsblock für die Herausbildung eines linkssozialistischen Parteiprofils die günstigste.

Man kann wahrscheinlich davon ausgehen, daß sich die Ausgrenzung der PDS schrittweise abschwächt. Denn ihre Stärkung und Dynamik im Osten, aber auch die zarten positiven Ansätze im Westen, werden vorab in der SPD-Führung, aber auch im herrschenden Block, jene in die Vorhand bringen, die auf Abarbeitung durch Integration setzen werden. Damit wird sich der Druck der sogenannten Öffentlichkeit auf die Partei, ihre Führung und ihre Abgeordnetengruppe verstärken, ihre demokratische Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen, bevor ihr der Zutritt zu den Fleischtöpfen gestattet wird, aus denen die anderen schon lange emsig löffeln.

Die Kataloge sind bekannt, und bedauerlicherweise hat die Fraktionsgruppe gleich zu Beginn ihrer Konstituierung das Beispiel vorgreifender und beflissener Anpassung geliefert und damit gleichzeitig auch ein fragwürdiges Demokratieverständnis, nicht zu reden von Solidarität, offenbart. Gemeint ist der durch eine Gruppenmehrheit erzwungene Rücktritt der

Abgeordneten Kerstin Kaiser, die gleichzeitig stellvertretend Parteivorsitzende der PDS ist, von ihrem Mandat. Hiermit ist erneut die Frage der gleichberechtigten politischen Akzeptanz jener Biographien aufgeworfen, die sich im Rahmen der damaligen Gesetzlichkeit durch eine aktiv-loyale Haltung gegenüber der realsozialistischen Ordnung der DDR auszeichneten. Da sich die PDS bisher nicht zu klaren Positionen durchringen konnte - obwohl diese längst von ihren Wählern und weit darüber hinaus getragen werden - bleibt sie an diesem Punkt erpreßbar. So werden längst weitere Abgeordnetennamen zur Debatte gestellt: Kutzmutz, Maleuda usw.

Der Schweriner Abmahnungskatalog der dortigen SPD-Spitze an die PDS hat schließlich die weiteren Anpassungsforderungen deutlich gemacht. Sie betreffen die Haltung zur Geschichte der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt auch die Formel mit der Forderung der Distanzierung vom Stalinismus und Kommunismus. Nach der ideologischen Amalgamierung mit dem Realsozialismus und der sozialistisch-kommunistischen Bewegung kann darunter deren generelle Verurteilung gefaßt werden. Indem in der PDS der Adaption eines solchen durch bürgerliche Sichtweisen und Interessen geprägten Stalinismusbegriffs vorgearbeitet wurde, der jederzeit auch gegen linkssozialistische Positionen funktionalisierbar ist, hat sie eine Keule mitgeformt, mit der sie immer wieder in die Ecke getrieben und im Zweifelsfalle auch erschlagen werden kann.

Angesichts dieser Unsicherheiten und Unklarheiten stellt sich die Aufgabe einer positiven Profilbestimmung des Linkssozialismus heute um so dringender. Diesem Klärungsprozeß kann die marxistische Linke ohne Parteibindung nicht mit Desinteresse gegenüberstehen. (Schon jetzt kann die freundliche Distanz jener Marxistinnen und Marxisten, die 1989/90 parteipolitische Bindungen lösten und sich bis heute einem erneuten Engagement in einer pluralistischen Partei wie der PDS noch verweigern, als möglicherweise historischer Fehler angesehen werden.) Schließlich wird hier darüber mitentschieden, ob die PDS den Gang ins politische System als Weg alles Irdischen, eben als einen den Grünen analogen Anpassungsprozeß an die bestehende bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft auffassen wird, oder ob sie Optionen der Überwindung der Profitwirtschaft und Klassengesellschaft und das dazu notwendige Minimum an erforderlicher innerparteilicher Autonomie beibehalten wird.

Linkssozialisten und Kommunisten nach 1917 unterschieden sich nicht in der marxistischen Kapitalismusanalyse und -kritik und auch nicht in der Bejahung der Revolution und speziell der Oktoberrevolution. Ihre Haltungen gingen im Parteiverständnis und der Stellung zu den konkreten Formen der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR auseinander. Dies sollte nicht in Vergessenheit geraten. Zum Linkssozialismus gehörte aber auch, im Unterschied zur Sozialdemokratie, die Kooperationsbereitschaft und -praxis mit der kommunistischen Strömung und ihren Organisationen. Dies wird nach wie vor Kriterium einer

linkssozialistischen Partei bleiben, wird doch national wie international das Fortbestehen einer kommunistischen Richtung in Rechnung zu stellen sein. In einigen Ländern werden diese Strömungen ein gemeinsames organisatorisches Dach behalten, in anderen nicht. In Deutschland bestehen beide Varianten nebeneinander, weshalb sich die Glaubwürdigkeit des Linkssozialismus sowohl an der Haltung zur KPF (Kommunistische Plattform) in der PDS als auch an der Kooperationsbereitschaft gegenüber der DKP und anderen sozialistisch-kommunistischen Organisationen zu erweisen hat. Ein Herausdrängen der KPF aus der PDS würde den postulierten Pluralismus nach links beschneiden und den erfolversprechenden Versuch einer pluralistischen Partei des demokratischen Sozialismus hinfällig machen. Allerdings steht unter den heutigen Bedingungen in Deutschland gleichermaßen die Aufgabe, die Kooperation mit den linken Sozialisten in der Sozialdemokratie und hier besonders mit dem Gewerkschaftsflügel und den linken Ökologen und Radikaldemokraten bei den Grünen in Gang zu bringen.

Die Konkurrenz der Bonner Oppositionsparteien wird der Profilierung der PDS als linkssozialistischer Partei förderlich sein, da sie nicht erwarten kann, daß die anderen ihr Terrain preisgeben werden - die Ökologie die einen und soziale Reformpolitik die anderen. Schließlich muß sie sich darauf einstellen, daß das Wiederaufleben alter Radikalität der Grünen in der herrschenden Öffentlichkeit dann sogar Wohlwollen finden wird, wenn sie sich gegen die PDS richtet. Nach Lage der Dinge ist ihr Profilierungsraum die "soziale Frage", und zwar gerade dort, wo im Gegensatz von Ost und West jener von unten und oben, arm und reich ausgedrückt werden kann. Das schließt das Anknüpfen an die positiven Erfahrungen und Seiten der sozialistisch-kommunistischen Tradition ein. Die Orientierung der Abgeordnetengruppe auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zeigt, daß diese Situation verstanden worden ist.

Allein dies wird an ihrer relativen Einflußlosigkeit im Bundestag wenig ändern. Dies kann sich nur in dem Maße wandeln, wie sie Sprecher und Geburtshelfer neuer sozialer Bewegungen von Belegschaften, Regionen und diskriminierten Minderheiten werden kann, wie sie Gewerkschaftsforderungen und vor allem ostdeutsche Interessen aufgreift und zur Sprache bringt und sich nicht zuletzt als ihrer Partei verpflichtete Speerspitze im Parlament versteht. Nur in diesem Wechselprozeß kann der Ausbruch der sozialistischen Linken aus dem Getto zum Aufbruch zur progressiven Veränderung der Gesellschaft werden.

Giorgio Baratta

Italienische Paradoxe

Was heute in Italien geschieht, hat es lange Zeit nicht gegeben: Die Mehrheit der Bürger fühlt sich durch die gewählte Regierung repräsentiert, der einzelne hat gewissermaßen das Gefühl, an der Bestimmung des eigenen Schicksals beteiligt zu sein.

Das ist eine Feststellung, ganz sicher kein Werturteil! Unabhängig davon, inwiefern eine solche verbreitete Empfindung oder Meinung der Wahrheit entspricht, drückt sich darin doch der Erfolg Berlusconis oder, genauer gesagt, der erstaunlichen Verflechtung von gesellschaftlichem Konformismus (das fernsehgesteuerte Imaginäre) und ökonomischem Individualismus (Anti-Etatismus) aus, der heute in Italien die Grundlage einer neuen Form politischer und kultureller Hegemonie zu bilden scheint.

Das Paradoxe an diesem Phänomen ist, daß es die Transformation oder besser den "Transformismus" von Prozessen darstellt, die die Linke hätten an die Macht bringen müssen. Tatsächlich haben sich die Parteien der Linken nach jahrelanger Rhetorik über das "Neue" in dem Moment, da es auf strategische Entscheidungen ankam, als absolut unfähig erwiesen, den von der Bevölkerung zum Ausdruck gebrachten Willen zur Veränderung, der notwendig und unmittelbar mit dem Sturz des alten Regimes zusammenhängt, zu interpretieren und in Politik umzusetzen.

Die "sozialistische Bewegung" ist in Italien durch den Zusammenbruch des "realen Kommunismus" so sehr eingeschüchtert und erschüttert worden, daß sie gerade dem wirtschaftlichen und politischen System Italiens, das sie bekämpfte oder zu bekämpfen vorgab und als dessen wesentliche Komponente sie paradoxerweise jetzt angesehen wird, unterlag. Die italienische "Linke" ist mit dem Schiff des "Mitte-Links-Bündnisses" untergegangen. So erklärt sich die plötzliche Neulegitimierung der "Rechten" seitens Intellektueller wie seitens des Volkes. Der tiefgehende ideologische, politische und kulturelle Revisionismus erklärt auch den gegenwärtigen historischen "Revisionismus", der vielleicht noch radikaler, wenn auch dem ähnlich ist, der in den letzten Jahren Deutschland ergriffen hat.

Die gesamte Linke steckt in der Krise, die "alte" ebenso wie die "neue" oder die "neuen".

Die größte Gefahr, die von Berlusconi und auch von Bossi ausgeht, wenn gleich mit unterschiedlichen Motivationen, liegt im Versuch, das Begriffspaar Rechte/Linke zu überwinden oder zu diskreditieren, indem sie einen "Populismus der Mitte" lancieren, der alle Merkmale einer regelrechten "konservativen Revolution" aufweist.

Eben dieser Populismus der Mitte ist (in Konkurrenz mit Finis Neofaschisten) die "wahre Rechte" in Italien: Es handelt sich um eine neue Version des liberaldemokratischen Credo, die die 'transformistische Absorption' und daher Auslöschung einer "linken" Opposition gegen das bürgerliche System zum Ziel hat. So verwirklicht sich auf dramatische Weise in Italien, was Heiner Müller vor einigen Jahren Deutschland prophezeit hat: daß auf Jahre hinaus die Begriffe "Rechte" und "Linke" völlig bedeutungslos erscheinen würden, geradeso als ginge man zur Imbißbude, um Würstchen mit Senf oder mit Ketchup zu verlangen.

Modell Italien

Es gibt verschiedene "italienische Paradoxe", von denen im hier angedeuteten Zusammenhang die Rede sein könnte. Ich möchte drei davon erwähnen: die Umkehrung der "kulturellen Hegemonie", den Bedeutungswandel von Staat und Nation, den Übergang von der Südfrage zu einer bisher inexistenten "Nordfrage". Bei der Auseinandersetzung mit diesen drei Phänomenen werde ich mich direkt oder indirekt auf Gramsci beziehen, das heißt, ich werde mich einiger im Kontext seiner historischen und gesellschaftlichen Rekonstruktion des alten Italiens erarbeiteter Begriffe bedienen, die immer noch aktuell sind für die Analyse struktureller Elemente des neuen "unbekannten Italien".

Eine allgemeine Analogie zwischen unserer heutigen und der von Gramsci in der Zeit seiner Niederlage analysierten Situation sei eingangs herausgestellt: Auch heute findet sich die einzigartige Kombination aus Modernisierung und Schmarotzertum, aus Erneuerung und passiven Sedimentationen, aus Effizienz und Korruption, die er damals in der Weise ausmachte, in der die "passive Revolution" des Amerikanismus und Fordismus "italienisch" übersetzt wurde; und die sich im Wunsch zusammenfassen ließ: "wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß". Die Bestimmungsfaktoren der damaligen und der heutigen Situation haben sich völlig geändert, auf ökonomisch-sozialer Ebene ebenso wie auf politischer und kultureller. Geändert haben sich die internationalen Rahmenbedingungen und die Rolle, die das amerikanische 'Modell' in vielerlei Hinsicht immer noch spielt. Doch zeigt sich heute eine Analogie, und mehr als eine Analogie vielleicht eine Art unterirdische Strömung, die das herrschende italienische Bürgertum in der historischen Folge der unterschiedlichen Regime durchzieht. Seine große Stärke besteht - zusammen mit der Fähigkeit, Schritt zu halten mit den "modernen Zeiten" - darin, sich gesellschaftliche Schichten und mächtige, aber "außer-nationale" politische Gruppen (von der "universalen" Kirche bis hin zu den rückschrittlichsten "lokalen Wirtschaftskräften") zu verbünden. Die 'aufgeklärten' gesellschaftlichen Gruppen und Individuen Europas und der Welt, die noch kein Urteil fällen, sondern sich vorbehalten, das Italien von Berlusconi & Co "nach den Tatsachen" zu beurteilen, täten gut daran, diese Kontinuität mit den

schlimmsten konservativen Aspekten der modernen Geschichte Italiens zu beachten.

Die Phantasie der Macht

Gewiß übertrieben, aber nicht völlig unbegründet ist behauptet worden, daß "wo das Kino fehlt, der Faschismus Wurzeln schlagen kann" und Italien, "das Land Europas, wenn nicht gar der Welt (zusammen vielleicht mit den Vereinigten Staaten), in dem das Kino am stärksten mit der Eroberung demokratischer Räume verbunden war" jetzt dank des Niedergangs der Kinokultur den Machtanstieg Berlusconis erlebt.¹ Ebenso übertrieben, aber teilweise berechtigt ist auch die Meinung vertreten worden, beispielsweise von Norberto Bobbio, daß die gegenwärtige politische Situation *naturaliter* der Ausdruck der kulturellen Übermacht des Fernsehens in unserem Land ist, nicht nur der Fernsehsender Berlusconis, sondern des allgemeinen Einflusses, den der tagtägliche zermürende "Fernsehkrieg" auf die öffentliche Meinung ausübt (Medien-Pessimismus).

Das Dilemma Kino-Fernsehen - in dem sich ein Dilemma kultureller Hegemonie der Linken/Rechten auszudrücken scheint - sollte im Rahmen eines komplexeren Widerspruchs erfaßt werden, den bereits Gramsci beim Studium der Formen der Massenkultur seiner Zeit (Journalismus, Theater und Film, Oper und Operette, Fortsetzungsromane usw.) hervorgehoben hatte: Es gab damals in Italien autonome, nationale Kulturformen (z.B. die Oper) gegenüber anderen, ausschließlich importierten Formen (z.B. Fortsetzungsromane). Überträgt man diesen Widerspruch auf die Gegenwart, so kann man behaupten, daß die Fernsehkultur Berlusconis eine nationale 'Kreativität', die sich nicht nur im Bereich des Kinos, sondern auch im Bereich des (öffentlichen und privaten) Fernsehens geäußert hatte, endgültig zu begraben droht. Dabei muß allerdings gesehen werden, daß sich auch das öffentliche Fernsehen in Italien seit geraumer Zeit merklich berlusconisiert, indem es qualitativ wie quantitativ die unkontrollierte Amerikanisierung des kollektiven Imaginären akzeptiert, die Berlusconi strategisch verfolgt (die aber keinesfalls mit dem "Amerikanismus" *tout court* zu identifizieren ist).

Man muß sich der Gefahren der Vereinfachung und des Schematismus solcher Überlegungen wohl bewußt sein. Doch kann man bei der Analyse des gegenwärtigen Hegemoniekonflikts nicht davon absehen. Auch nicht im Hinblick auf einen anderen Gedankenzusammenhang.

Italien ist, um nochmals auf den zitierten Artikel von Thierry zurückzukommen, nicht nur "das europäische Land, das in den Bereichen Film und Fernsehen führend war", sondern auch dasjenige, in dem mit Entschlossenheit und von einer Massenbewegung, die im gesamten Westen nicht

¹ Thierry Jousse, "Cahiers du cinéma", Mai 1994.

ihresgleichen kannte, die im französischen Mai '68 ausgegebene Parole 'die Phantasie an die Macht' verfolgt wurde. Im Guten wie im Schlechten verdanken wir dieser Zeit der Utopie eine tiefgreifende Erneuerung des Demokratieverständnisses (im Sinn einer direkten Versammlungsdemokratie), des Politikverständnisses (Radikalisierung der Zielsetzungen) und der Auffassung von Sozialismus (in "maoistischem" Sinn). Was ist davon übriggeblieben? Und was hat Berlusconi damit zu tun?

'Die Phantasie an die Macht' made in Italy ist kein rein intellektuelles Phänomen à la Marcuse geblieben, sondern hat bei breiten Schichten der Gesellschaft und des Volkes Eingang gefunden und sich vor allem im zentralen Stellenwert der Arbeiterklasse (*centralità operaia*) niedergeschlagen. Zwischen 1968-69 und 1990 liegt das Jahr 1980, das Jahr der strategischen Niederlage der Fabrikbewegung, die zu einer radikalen Kritik an den Repräsentativinstitutionen des "bürgerlichen" Staates und der "bürgerlichen" Demokratie und zur Erarbeitung eines sozialistischen "Projektes" der Massen geführt hatte. Die Krise dieser Bewegung, aus der man dann leider nur den Ausweg des Terrorismus fand, bedeutete nicht nur die Liquidierung ihrer authentischsten, innovativsten Anstöße, sondern auch die pervertierte Vereinnahmung einiger ihrer Erfindungen bzw. Initiativen im "öffentlichen" und "sozialen" Bereich durch die aggressivsten Schichten und Kräfte der Mitte-Links-Regierung und ihre privatistischen Selbstbedienungspraktiken im Staat.

Die linke Opposition - KPI und Gewerkschaft - konnte oder wollte nicht zwischen einer Kritik am bürgerlichen Staat vom Arbeiterstandpunkt und der Verteidigung eines halb bürokratischen, halb korrupten Etatismus, wie dem christdemokratisch-Craxischen Typs, wählen. So ist nach und nach ein breiter Raum für eine Gesellschaftskritik freigeworden, die den Kampf gegen die "Erste Republik" auf antidemokratische, privatistische Weise interpretierte: In eben diesem Raum war jetzt das strategische Bündnis zwischen einer autoritären Staatsauffassung (Fini) und der unbedingten Treue gegenüber Effizienzkriterien des Großunternehmens (Berlusconi) sowie des mittleren und kleinen Unternehmens (Bossi) möglich, kurzum, die heute siegreiche Ideologie, mit der die notwendige, befreiende Umformung der Nation in einen Betrieb, den "Betrieb Italien" verfochten wird.

Individuum und Staat-Nation

Die moderne Geschichte Italiens ist durch einen Zustand nahezu permanenter Schwankung zwischen Antizipation und Verspätung im Vergleich zu anderen europäischen Ländern gekennzeichnet. Gramscis Rekonstruktion einiger Strukturmerkmale der italienischen Geschichte und Gesellschaft kann hilfreich sein, um diesen außergewöhnlichen Pendelzustand zu verstehen und die ebenfalls weit zurückreichenden Wurzeln der politischen Bewegung aufzudecken, die augenblicklich ihre Hegemonie voll ausbaut.

Seit der Zeit Julius Cäsars läßt sich Gramsci zufolge ein betonter "Kosmopolitismus der gebildeten Klassen Italiens" ausmachen. In der Antike bzw. im Mittelalter bilden das Römische, später das christlich-römische Reich (mit der universalistischen Rolle der Kirche), im modernen Zeitalter die Revolution der Kommunen sowie Humanismus und Renaissance die Grundbedingungen für dieses Phänomen, das bis zum Risorgimento (und in gewissem Sinne bis heute) fort dauert. Im geschärften Bewußtsein von der Notwendigkeit, den für Italien fatalen Zusammenhang von Kosmopolitismus und Lokalismus zu überwinden, liegt auch die andauernde Aktualität des Florentiner Sekretärs Niccolo Machiavelli begründet.

Die Weise, in der die Einheit Italiens bewerkstelligt wurde, hat zum Fortleben offenkundiger Aspekte dieser Kombination aus kosmopolitischen und lokalistischen Elementen geführt, die sich ihrerseits als keineswegs unvereinbar mit dem Hervorheben nationalistischer Anwendungen (siehe die römisch-imperiale Rhetorik des Faschismus und heutzutage die Fußball-Rhetorik von "Forza Italia") oder dem eines "frenetischen Chauvinismus" erwiesen haben. Am meisten sticht unter diesen Aspekten ganz sicher der Mangel an "Verständnis des Staates" und an Nationalbewußtsein ins Auge, der, wenn auch in unterschiedlichen Formen, bei allen Klassen oder gesellschaftlichen Gruppen anzutreffen ist. Erleben wir einerseits, vor allem im Süden, die 'Flucht' des Volkes vor dem Staat, so bilden auf der anderen Seite die private Nutzung und Manipulation staatlicher Prärogative und Funktionen seitens der herrschenden Klassen im ganzen Land das symmetrische Gegenstück dazu. Hier liegt der Ursprung für die Entstehung staatlicher Ersatz-Formationen, wie der Mafia und der Camorra im Süden, oder ökonomischer Potentate, die in der Lage sind, den Staat von außen (wie der Fiat-Konzern) oder heute sogar von innen heraus (Fininvest) mächtig zu beeinflussen. Doch ist der gesamte Prozeß, aufgrund der Rolle, die auf allen Ebenen die römisch-katholische Kirche spielt, ständig durch eine starke Einschränkung des Macht- und Einflußbereichs des italienischen Staates bestimmt.

Kosmopolitismus-Lokalismus, Mangel an "Verständnis des Staates" und Nationalbewußtsein, ungelöste strukturelle Probleme ("Vatikan-Frage" und "Südfrage", die historisch mit der unterbliebenen Modernisierung der Landwirtschaft zusammenhängen), mit diesen Phänomenen ist ein Prozeß verknüpft, der die "Linke", man könnte sagen, aus dem Innersten der italienischen Gesellschaft heraus, zerfressen hat und zerfrißt: der "Transformismus". In ihm drückt sich der ungenierte Hang ganzer Gruppen der ehemaligen Linken aus, sich schrittweise, aber ganz und gar vom konservativen Lager "absorbieren" zu lassen, wie es in der Zeit nach dem Risorgimento, am Vorabend des Faschismus, jüngst mit dem Craxismus und schließlich heute mit "Forza Italia" geschehen ist.

Gramsci hat unterstrichen, daß das "Verständnis des Staates" notwendig ist, nicht nur um ihn zu verteidigen, sondern auch um ihn zu bekämpfen.

Die unbedingte Notwendigkeit, eine solche fatale Verspätung auf politischer und gesellschaftlicher Ebene aufzuholen, erklärt die - fast immer mißverständene - beharrliche Verwendung des Begriffs des "nationalpopulären Willens".

Die Distanz des italienischen Volkes gegenüber dem Staat hat auf unterschiedliche Weise das nationale Gefüge geschwächt und überdies einer bürokratisch-klientelistischen Führung des Staates selbst Tür und Tor geöffnet. (Im auf allen Ebenen geführten Kampf gegen diese Distanz - jedoch mit der Gefahr einer endgültigen Integration - besteht das historische Verdienst Togliattis). Auch ein potentiell positives Element dieser Distanz sollte dialektisch erfaßt werden, nämlich der außergewöhnliche "Kosmopolitismus modernen Typs", der nicht nur bei den "gebildeten Klassen" Italiens, sondern auch beim Proletariat anzutreffen ist.

In einigen entscheidenden Momenten des 20. Jahrhunderts hat das italienische Proletariat tatsächlich bewiesen, dieses "Kosmopolitismus modernen Typs" fähig zu sein, in dem Gramsci den fortschrittlichen Aspekt der ausgebliebenen Identifikation des Volkes mit dem Staat-Nation in seiner historischen Form sah. Ich beziehe mich auf die beiden 'roten Jahre' der Rätebewegung (1919-20), auf die Resistenza, auf die durch den heißen Herbst ausgelösten Gewerkschaftskämpfe. In diesen Momenten ist es, bei allen Widersprüchlichkeiten und Umwegen, zu einer sehr fruchtbaren Verknüpfung von Prozessen und Bewegungen gekommen, die sich gegen die halbfeudale Rückständigkeit der italienischen Gesellschaft (folglich gegen ihre "passiven und parasitären Sedimente") richteten, und solchen, die gegen die fortgeschrittene kapitalistische Entwicklung (Amerikanismus und Fordismus) gewandt waren.

Unter solchen "Hochs" und "Tiefs" rüstet Italien sich jetzt, noch einmal als besonderer "Fall", vielleicht als Modell dazustehen: jedoch keines der Demokratie von unten, wie vor fünfundzwanzig Jahren, sondern der Demagogie von oben.

Die Nordfrage

Die Italiener entdecken die Welt, aber im eigenen Land haben sie das Reisen verlernt, sei es als Touristen, sei es als Geschäftsleute. Bezieht man die großartige Unterhaltung im Zug am Anfang von Enzensbergers *Die große Wanderung* auf Italien, dann läßt sich die weit verbreitete, beängstigende Abschottungshaltung, die sich vor allem in einigen Gegenden Norditaliens durchgesetzt hat, als Ausdruck dessen begreifen, was Enzensberger den "Clan der Seßhaften" nennt.

In dem Moment, da die Vereinigung mit der "Ostzone" in Deutschland das Gespenst eines unserer alten Südfrage analogen Problems auftauchen läßt, scheint die Situation sich in Italien paradoxerweise umzukehren: Jetzt ist es der Norden, der sich "ausgebeutet", ausgepreßt wie eine Zitrone vor-

kommt. Dieses Aufkommen einer "Nordfrage" in Italien - mit offen gegen den Süden gewandter Stoßrichtung - läßt sich nicht erklären, ohne mit Gramsci daran zu erinnern, daß jede besondere Geschichte immer im Rahmen der Weltgeschichte existiert. Und in diesem weiteren Rahmen erleben wir - abgesehen von wenigen, heroischen Ausnahmen - die fortschreitende Pervertierung des Ziels der Selbstbestimmung der Völker, das sich in eine zynische, dramatische Apologie der nach der Logik des Stärkeren behaupteten "Differenzen" umkehrt.

Nachdem die Epoche des christdemokratisch-sozialistischen Fürsorge- und Klientensystems zu Ende ist (es war an der Zeit!), muß man nun wieder vom Süden als Angelpunkt der "nationalen Frage" sprechen. Eine grundsätzliche Klärung in dieser Richtung könnte auch durch den arroganten Diskurs, das Beharren auf den Differenzen der Lega erleichtert werden. Denn wird das Nord-Süd-Problem nicht auf reale, konkrete Grundlagen gestellt, so wird die nationale Einheit auseinanderbrechen. Es ist also nötig, sich erneut über den Süden und den Zusammenhang Hegemonie/Subalternität im italienischen Kontext zu verständigen; aber auch über die mögliche Herangehensweise an die neuen Gegebenheiten der Südfrage.

Das Ende der Ersten Republik bringt unvermeidlich die Beseitigung eines Meridionalismus mit sich, der auf der falschen Identifizierung von Sozialstaat und Fürsorgestaat gründet. Doch nachdem sich die Politik der "aussergewöhnlichen Eingriffe" und der Fürsorge in Betrugs- und Korruptionskandalen aufgelöst hat, besteht nun die Gefahr, der sehr richtige Appell an eine *autonome* ökonomische wie politische Initiative des Südens könne konkret bedeuten, daß man den Süden einfach seinen strukturellen Rückständigkeits *überläßt*, die durch die nationale ökonomische und politische Strategie noch verschärft werden.

In einer wenig bekannten Notiz des ersten Gefängnisheftes schrieb Gramsci, daß "die Hegemonie des Nordens" nach der nationalen Einigung vorteilhaft für das ganze Land hätte sein können, wenn der "Industrialismus" - wie es durchaus möglich war - die Fähigkeit gehabt hätte, die südlichen Gebiete allmählich zu "inkorporieren".

In modernen Begriffen ließe diese These sich als 'regionalpolitischer Plan' zum Ausgleich von Dysfunktionen und Rückständigkeits innerhalb eines einheitlichen Organismus fassen. Man sollte nicht vergessen, daß durch die Ankündigung eines solchen Projektes im Rahmen des entstehenden Mitte-Links-Bündnisses zu Beginn der 60er Jahre die "Überwindung", das heißt die "Lösung" der Südfrage greifbar nahe schien. Heute, da die Hoffnungen in die "Regionalpolitik" nicht nur auf italienischer, sondern auf europäischer und internationaler Ebene nahezu begraben sind, scheint die "Überwindung" der Südfrage zwar erneut aktuell zu sein, aber nicht im Sinn ihrer Lösung, sondern im umgekehrten Sinn ihrer Leugnung.

Folgendes Problem bleibt indessen bestehen: Ist eine Hegemonie denkbar, die sich nicht in Opposition und Ausbeutung, sondern in friedlichen, pro-

duktiven Wettstreit übersetzt? Ist es möglich, die "Differenzen" aufzuwerten, anstatt sie erstarren oder sogar zu Brüchen und traumatischen Trennlinien werden zu lassen? Konkreter ausgedrückt: Ist es vorstellbar, daß die Krise des Nationalstaats - bei der es sich keineswegs nur um ein italienisches Phänomen handelt - ein anderes Ergebnis hat als den fatalen Egoismus des Stärkeren, wie er sowohl offen (Lega) als auch indirekt durch die neofaschistische Restauration (Alleanza nazionale) oder den "folkloristischen Fußballkult" (Forza Italia) vertreten wird?

Um auf die Frage zu antworten, sind viel Geduld und viel Mut nötig. Denn in verschiedener Hinsicht geht es darum, noch einmal von vorne anzufangen. Es geht noch einmal darum, zu überprüfen, ob das Projekt eines Sozialismus, verstanden als fruchtbare Synthese aus ökonomischer Effizienz und sozialer Demokratie, vorgeschlagen werden kann. Um das zu leisten, ist zunächst einmal auf theoretischer Ebene, eine konkrete Analyse vonnöten, die sowohl 'von oben', also von den Formen und Regeln der Ausübung wirtschaftlicher und politischer Macht, als auch 'von unten', das heißt von der Bewegungsdynamik der Völker, Klassen und gesellschaftlichen Gruppen sowie der Kulturen ausgeht.

In einer unvergeßlichen Einführung zur Vorlesung "Geburt und Untergang einer linken Opposition in der KPI der 60er Jahre" hat Aldo Natoli in knappen, eindringlichen Zügen die unmittelbare Voraussetzung für das einmalige Wiederaufleben einer antikapitalistischen Bewegung in Italien nachgezeichnet: Sie bestand in der massenhaften *Abwanderung vor allem junger Leute* aus dem Süden in den Norden, die die endgültige Industrialisierung des Landes zu Beginn der 60er Jahre begleitete und zum Teil mitbedingte. Stellte die Machtübernahme der Mitte-Links-Regierung das institutionelle Ergebnis der Industrialisierung dar - ein von den "transformistischen" Gewohnheiten eines Großteils der italienischen Linken stark beeinflusstes Ergebnis -, so vollzog sich auf politischer und gewerkschaftlicher Ebene ein langwieriger, komplexer Umformungs- und Einigungsprozeß der Arbeiterklasse von unten, der am Ende des Jahrzehnts schließlich in der Rätebewegung und im Egalitarismus mündete.

Paolo Cinanni² hat einen wichtigen Aspekt dessen beleuchtet, was damals vom Standpunkt der "national-popularen" Geschichte Italiens aus geschah: Dank a) dieses Exodus und b) der sozial sehr prekären, zum Teil dramatischen, kulturell und politisch aber günstigen Bedingungen, unter denen er stattfand, war es in Italien möglich, ein Maß an *Einheit zwischen Massen bäuerlichen Ursprungs aus dem Süden und Arbeitern des Nordens* zu erreichen, wie es wohl nie zuvor erreicht worden war. Der neue "gesellschaftliche Akteur" - die *Masse der Arbeiter*, insbesondere in den großen

² Paolo Cinanni, *Emigration und Arbeitereinheit. Zur politischen Problematik der "Gastarbeiter"*, Frankfurt/M., 1979.

Kämpfen zwischen 1969 und 1973 - ist Ausdruck dieses Prozesses demographischer, kultureller und gewerkschaftlicher Mobilität.

Hier stand - so ließe sich weiter mit Gramsci sagen - die Bildung eines neuen "gesellschaftlichen Blocks" als Alternative zum hegemonialen Block zur Debatte, der sich wesentlich aus Industriellen des Nordens und Agrariern des Südens zusammensetzte und die italienische Gesellschaft blockiert und zum Stillstand, oder besser gesagt, zu einem enormen Gemisch aus Entwicklung und Rückständigkeit, Moderne und passiven Sedimentationen, Effizienz und Schmarotzertum verurteilt hat.

Die italienische Szenerie war dank des starken Anstoßes in Richtung auf die Einheit des Proletariats aus Nord und Süd in einer tiefgreifenden Veränderung begriffen. Diese Einheit ermöglichte es, *gleichzeitig* die Überwindung feudaler Überreste *und* kapitalistischer Entwicklungen der Lebens- und Produktionsweise der gesamten Gesellschaft auf die Tagesordnung zu setzen. Doch diesem Anstoß stellten sich mächtige Hindernisse und Gegen Tendenzen in den Weg.

Die schwerwiegenden Motive *innerer* Schwäche der Kampf Bewegung im Italien der 70er Jahre sind bekannt: Sie stellte sich insgesamt als recht gesunder Körper dar, aber mit altem Kopf, und scheiterte schließlich. Für unseren Zusammenhang ist ein besonderer Aspekt interessant, dem bis auf den heutigen Tag grundlegende Bedeutung zukommt: Die Tatsache, daß der Einigungsprozeß der Volksschichten aus dem Norden und dem Süden *in den nördlichen Gebieten* entscheidend und in positivem Sinn innovativ war - was auch einen bedeutenden politischen Unterschied zwischen der großen Arbeitermigration ins italienische Industriedreieck (innere Migration) und der in andere westliche Demokratien (BRD, Frankreich, Großbritannien usw.) darstellt - *im Süden dagegen ein umgekehrtes Vorzeichen* erhielt. Warum?

Norditalien profitierte nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial und kulturell von der Erneuerung von Demokratie und Sitten, zu der es infolge der fruchtbaren Ergänzung (in den Produktionsstätten wie in der "Zivilgesellschaft") zwischen traditionellen Facharbeitern des Nordens und jungen, ungelerten Arbeitern aus dem Süden kam. Dagegen hatte der Massenexodus für den Süden katastrophale Folgen: Zurück blieb eine *gealterte* und *geschwächte* Bevölkerung, die für lokalistische und neofaschistische Propaganda empfänglich³ und Manipulationen und Korruption sowohl der lokalen als auch der nationalen Führungsklasse leichter ausgesetzt war. Die politische und die Wirtschaftskriminalität konnten so der erschreckenden *Eskalation* der 80er und 90er Jahre entgegengehen.⁴

³ Es sei z.B. an die Ereignisse in Kalabrien im Zusammenhang mit der "Hauptstadt Reggio" erinnert. Vgl. Pino Ferraris, Die hundert Tage von Reggio Calabria, Berlin.

⁴ Vgl. Elvio DalBosco, Die italienische Wirtschaft im Wandel, in: Z 17, März 1994, S. 35ff. (Anm. d. Red.).

Zwei Bewegungen waren kennzeichnend für die italienische Geschichte der Nachkriegszeit: Die erste große Bewegung gesellschaftlicher Kämpfe hat Italien in der unmittelbaren Nachkriegszeit mit den Bauernunruhen im Süden erlebt, während die zweite Bewegung, von der hier die Rede ist, wesentlich eine Bewegung des Nordens war, wenn auch die Innovationen oder die sozialen und kulturellen Errungenschaften (mit Pasolinis Worten: die "anthropologischen Veränderungen") im Süden keinesfalls vernachlässigt werden dürfen.

Diese Tatsachen in Erinnerung rufen und noch einmal analysieren zu wollen, jetzt, da es offensichtlich die verschiedenen Aspekte einer Situation genau zu erfassen gilt, die ganz und gar neu erscheint, dies mag abwegig erscheinen. Aber es ist auch nötig, den Weg nachzuvollziehen, der zur heutigen Situation geführt hat. Und vor allem muß der Versuch unternommen werden, die Voraussetzungen für eine historische und eine Gegenwartsanalyse der gesellschaftlichen Verhältnisse neu zu schaffen. Diese Analyse erscheint im Hinblick auf den Süden extrem schwierig - vielleicht sogar schon ein Tabu -, denn heute von süditalienischer Gesellschaft zu sprechen, scheint sich unweigerlich mit der Rede von den "Übeln", den endemischen wie den modernen, zu vermischen, mit denen sie geschlagen ist.

Im Italien von Berlusconi, Fini und Bossi über die Südfrage nachzudenken, mag wie eine veraltete, simplizistische Art der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse wirken. Aber auch für theoretische Fragen gilt Brechts tief-sinnige Aufforderung, "das Einfache, das schwer zu machen ist", zu suchen.

Übersetzung: Leoni Schröder

ISW sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Analysen des isw sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-report
(vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 30,- DM)

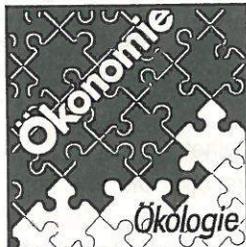
Wirtschaftsreform in Osteuropa (Nr. 16, Juni 1993)
Krieg der Konzerne (Nr. 17, Sept. 1993)
Energie - Müll - Verkehr (Nr. 18, Jan. 1994)
Alternativen zum Neoliberalismus (Nr. 19, April 1994)
Sackgasse Neoliberalismus (Nr. 20, August 1994)

isw-spezial
Forza Italia - Vorwärts in die Vergangenheit
(Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Porto

isw-wirtschaftsinfo
Standort D (Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Porto

Zu bestellen / Prospekt anfordern bei
isw e.V., Georg-Wopfinger-Straße 46,
80939 München, Tel. u. Fax: 089-323 17 80
Konto Sparda Bank München
Konto-Nr. 99 34 20 (BLZ 700 905 00)

Markt Umweltschutz Energiesteuer
Zur Diskussion über umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung



Ökonomie
Ökologie

Ökonomie - Ökologie
Klimaschutz - Erneuerung
Erweiterung der Wirtschaft
Klimaschutz - Erneuerung
Ökonomie - Ökologie
Klimaschutz - Erneuerung
Erweiterung der Wirtschaft
Klimaschutz - Erneuerung
Ökonomie - Ökologie
Klimaschutz - Erneuerung
Erweiterung der Wirtschaft

Mit der Energiesteuer
gegen die Klimakatastrophe?
Umwelt- und Energiepolitik
Die Energiepolitik
Alternativen und
ökologische Umwälzung

isw **REPORT NR. 21**
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Neu bei ISW

Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht. (Brecht)



Die Schwierigkeiten sind offenkundig: in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik. Und vier weitere Jahre Kohl produzieren ein Desaster. Durch Analysen begründete Alternativen müssen her. Deshalb

Sozialismus

abonnieren!

Unsere Themen:

- Woher kommt die Stabilität des Neokonservatismus?
- Nation: Sinnstiftung der Rechten
- Ende des Wohlfahrtsstaates
- Vollbeschäftigung: eine machbare Strategie
- Forum: Erneuerung der Gewerkschaften
- Europa nach dem Zerfall des Osten
- USA/Japan/EU: Konkurrenz im Triadenkapitalismus
- Das »Vergessen« der Dritten Welt

Einzelheft: DM 9,50

Jahresabo: DM 95,- (incl. Porto)

Kostenlose Probehefte bei: Redaktion Sozialismus
Postfach 50 15 71, 22715 Hamburg, Fax 040/89 40 84

Hans-Otto Röber

Geschichtsphilosophie zwischen Enttäuschungsreflexion und Tröstung

Zu Georg Forsters "Parisischen Umrissen" 1793

Am 10. Januar 1794 starb Georg Forster in Paris, getrennt von seinen Kindern und seiner Frau, die ihn schon vorher verlassen hatten, getrennt auch von seinen hauptsächlichen Arbeitsmitteln, seinen Büchern. Seit 1788 war Forster Universitätsbibliothekar in Mainz gewesen. Als Mainz dann im Oktober 1792 von der französischen Revolutionsarmee besetzt worden war, wurde Forster nach einigem Zögern, aber im Einklang mit seinen Grundsätzen ein Exponent der kurzlebigen Mainzer Republik. So gehörte er zu den wenigen deutschen Intellektuellen des ausgehenden 18. Jahrhunderts, die die aufklärerische Kritik des Feudalabsolutismus in politische Praxis umsetzen konnten. Als er als Gesandter des Rheinisch-deutschen Nationalkonvents am 25.3.1793 nach Paris aufbrach, um beim französischen Konvent den Beitritt des Rheinlandes zu Frankreich zu beantragen, konnte er nicht ahnen, daß er nie mehr nach Deutschland zurückkehren sollte. Das Rheinland, schließlich Mainz selbst wurde von den Truppen der Monarchie zurückerobert, auf Forster ein Kopfgeld ausgesetzt.

In Paris erwartete Forster der Schrecken des Neuen, erzwangen enttäuschende Erfahrungen mit der Revolution eine Reflexion dieser Enttäuschungen. Zurückgeworfen auf die Position eines Beobachters, schrieb Forster für ein deutsches, revolutionsskeptisches Publikum seine "Parisischen Umrisse". Sie sind ein einzigartiges Dokument deutschen jakobinischen Bewußtseins, und dies mag darauf zurückzuführen sein, daß Forster von seinem Bildungsgang her, vor allem aufgrund seiner Welterfahrung - als 17jähriger assistierte er seinem Vater als wissenschaftlicher Begleiter der zweiten Weltumsegelung Cooks - und seiner naturwissenschaftlichen Interessen ebenfalls eine Ausnahmeerscheinung unter den deutschen Aufklärern war. Vielleicht war er daher, wie Walter Benjamin vermutete, "fast als einziger Deutscher vorherbestimmt, die europäische Erwiderung auf die Zustände, welche sie veranlaßten, von Grund auf zu verstehen" (Benjamin 1972, 160).

Obwohl Benjamin Forsters Verständnis von "revolutionärer Freiheit" mit der Erfahrung der "Entbehrung" verband, ist die Formulierung merkwürdig euphemistisch, weil sie im Gegensatz zu dem von ihm dokumentierten Brief Forsters nichts von den Schwierigkeiten verrät, die dieser im Prozeß des Verstehens zu überwinden hatte. Benjamins Notiz zu Forster steht unter dem Eindruck der Niederlage der Arbeiterbewegung und des Sieges des Faschismus in Deutschland. Angesichts heutiger umfassenderer Nie-

derlagen scheint es mir angemessen, Forsters Schwierigkeiten (mit dem Verstehen) der Revolution und seinen Versuch, diese zu überwinden, in den Mittelpunkt des Interesses zu rücken. Diese Schwierigkeiten bestimmen nicht nur Forsters Erfahrung, sie affizieren auch seinen Lösungsversuch. Und vielleicht sind es gerade die 'blinden Flecken' in diesem Lösungsversuch, nicht nur seine Erkenntnisse, die eine Auseinandersetzung mit seiner philosophischen Geschichtsschreibung der Gegenwart heute interessant machen.

1. Entfremdung und Erkenntnis: Von der Enttäuschungserfahrung zur Enttäuschungsreflexion

Betrachtet man Forsters "Parisische Umriss"¹ und die Privatkorrespondenz, so scheinen seine Äußerungen zur Revolution in der Diagnose des Entfremdungscharakters der Revolution und - darüber hinaus - der bürgerlichen Gesellschaft ihren Fluchtpunkt zu besitzen. Forster notiert "in Absicht auf die Natur der Revolution":

"Eine Naturerscheinung, die zu selten ist, als daß wir ihre eigenthümlichen Gesetze kennen sollten, läßt sich nicht nach Vernunftregeln einschränken und bestimmen, sondern muß ihren freien Lauf behalten." (PU, 595)

Und: Die bewegende Kraft der Revolution "ist allerdings nichts rein Intellektuelles, nichts rein Vernünftiges; sie ist die rohe Kraft der Menge. In so fern, wie Vernunft ein vom Menschen unzertrennliches Prädikat ist, in so fern hat sie freilich auf die Revolution ihren Einfluß, wirkt mit in ihre Bewegung, und bestimmt zum Teil ihre Richtung; aber präponderieren kann sie nicht ..." (PU, 596)

Man kann dies so verstehen, daß damit "die Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft" bestimmt ist als "ein selbst nur problematischer Zustand" (Inderthal 1978, 24). Aber: Nicht jede Entfremdungserfahrung, schon gar nicht jede Entfremdungsreflexion besagt dasselbe. Forster markiert eine Grenze der Vernunft, ohne ihre (partielle) Wirksamkeit in Abrede zu stellen. Wie aber ist ihr Anteil am revolutionären Prozeß zu bestimmen? In welchem Verhältnis etwa steht die "rohe Kraft der Menge" zum "Geist der Revolution", zum "Koloß der öffentlichen Meinung" (PU, 625), an der auch die intellektuellen Kräfte der Volksmassen teilhaben?

Die Revolution ist für Forster, ähnlich wie später für Gramsci, eine philosophische Tatsache, gerade als quasi natürlicher/naturgesetzlicher Prozeß und als Prozeß massenhafter Vergesellschaftung von Politik. Die traditionelle Metaphorik vom "Kopf" auf der einen, "Herz", "Magen" oder "Hand" auf der anderen Seite verliert ihre konservative Konnotation, die der politischen Dichotomie von Führern und Geführten Plausibilität und Akzeptanz verschaffen soll. Wenn Forster "ohne Scherz" Paris mit dem "Magen" vergleicht, dann nicht nur wegen der angesichts von Hungerrevolten etwas

¹ Zitate aus dieser Schrift werden mit der Abkürzung PU und der Seitenangabe aus der Akademie-Ausgabe direkt im Text nachgewiesen. Zur Verwendung weiterer Abkürzungen für hier zitierte Schriften Forsters siehe Literaturverzeichnis am Ende des Beitrags.

merkwürdigen Behauptung, nie habe der Bürger in Paris besser gelebt als zur Zeit der Revolution, sondern um auf den "Umlauf des Handels, der Ideen, der Menschen" (PU, 633) hinzuweisen. In der "außerordentliche(n) Verbreitung wissenschaftlicher Begriffe und Resultate in Paris" sieht er den "Grund von jener großen Empfänglichkeit seiner Einwohner für Revolutionsideen" (PU, 634). Nur ausnahmsweise fällt er dabei in eine Idyllik zurück, die für Reiseberichte aus den ersten Monaten der Revolution charakteristisch ist:

"Des Morgens sieht man alle Hökerinnen auf der Straße über ihrem Kohlenfeuer sitzen und die Zeitungen lesen; des Abends hört man in den Volksgesellschaften, in den Sektionsversammlungen Wasserträger, Schuhknechte und Karrentreiber von den Angelegenheiten ihres Landes, und von den Maßregeln des Augenblicks mit einer Bestimmtheit sprechen, die nur aus der einfachen Richtigkeit und Klarheit allgemein verbreiteter Grundbegriffe entspringen kann." (PU, 634)

Entscheidend aber ist, daß Forster die Entwicklung des "Geistes der Revolution" als Widerspruch und Kampf begreift. Sie basiert für ihn im wesentlichen auf Enttäuschungen, nämlich auf dem Scheitern von Zielen und Hoffnungen der Akteure. Im Anerkennen und Analysieren dessen, daß sie "ihren Zweck vor seiner Erreichung für etwas anderes hielten", entsteht "Erfahrung" (PU, 618). Revolutionäres Bewußtsein bemißt sich für Forster entscheidend daran, dieser nachträglichen Erfahrung Rechnung zu tragen, genauer gesagt: an der Bereitschaft und Fähigkeit, die Enttäuschungserfahrung gescheiterter Zwecke in eine Enttäuschungsreflexion zu überführen.

Eine neuere "Phänomenologie der Enttäuschungen", der es genau darum geht, hat auf die Bedeutung des Entfremdungsgedankens als Modell und Gegenstand der Ent-Täuschung aufmerksam gemacht: Bei Enttäuschungen wie bei der Entfremdung geht es um die Erfahrung einer "Differenz zwischen Antizipation und Resultat der Handlung" (Furth, 1991, 20). Diese "Lücke" ermöglicht Reflexion, ohne sie schon zu garantieren. Indem nun die "Struktur der subjektiven Teleologie" als konstitutiv für die Kategorie der Entfremdung angesehen wird (ebd., 56), werden nicht nur die enttäuschenden Resultate, sondern auch die Motive und Ziele in den Horizont der Kritik gerückt. Die "Erfahrung der Negativität der Subjektivität" kann als eine Bedingung der Möglichkeit von Lernen anerkannt werden; Entfremdung bekommt in dieser Perspektive einen affirmativen Sinn (ebd., 57).

Diese Überlegungen helfen, eine wesentliche Bewegung des Forsterschen Denkens zu erschließen. Das restaurative Ende der Mainzer Republik, die Emigrantensituation in Paris, das sich im Übergang zur Jakobinerherrschaft befindet, die Erfahrung des revolutionären Prozesses "bei näherer Besichtigung" setzten Forsters Denk- und Handlungsorientierungen einem Erfahrungsdruck aus, der es rechtfertigt, von einer "Krise des revolutionären Individuums" zu reden (Pickerodt, 1982, 93):

"... alles ist blinde, leidenschaftliche Wuth, rasender Partheigeist, und schnelles Aufbrausen, das nie zu vernünftigen ruhigen Resultaten gelangt". (Br. v. 8.4.1793, AA XVII, 341)

"Es fehlte noch, daß mir die Ueberzeugung in die Hand käme, einem Ueblinge meine letzten Kräfte geopfert, und mit redlichem Eifer für eine Sache gearbeitet zu haben, womit es sonst niemand aufrichtig meint, sondern die ein bloßer Deckmantel der rasendsten Leidenschaften ist!" (Br. v. 13.4.1793, AA XVII, 342.)

"O, seitdem ich weiß, daß keine Tugend in der Revolution ist, ekelt mich's an. (...) Immer nur Eigennutz und Leidenschaft zu finden, wo man Größe erwartet und verlangt, immer nur Worte für Gefühl, immer nur Prahlerei und Schimmer für wahres Sein und Wirken - wer kann das aushalten!" (Br. v. 16.4.1793, AA XVII, 344f.)

Forster verfolgt verschiedene Wege, diese Erfahrung auszuhalten. Sie münden, miteinander verschränkt, in eine naturalistische Geschichtsphilosophie und in einen teleologischen Geschichtsglauben. Beides erlaubt ihm, die Resultate der geschichtlichen Bewegung unabhängig von den Motiven der beteiligten Individuen zu denken. Zwar betont Forster, "daß der Mensch nichts ohne Leidenschaften ausrichtet" (Br. v. 1.8.1793, AAXVI, 409), doch besage dies wenig über die geschichtlichen Resultate, die "soviel Unwillkürliches" enthielten, daß den einzelnen "das Wenigste zuletzt, sey es lobens- oder tadelnswerth, (...) eigen gehört" (PU, 622). Das nicht-intendierte Ergebnis bekommt nun eine Ausrichtung unterlegt, die Hegels 'List der Vernunft' ähnelt:

"... wenn das Böse nun geschehen ist, liegt das Gute glücklicher Weise einmal in den Fügungen des Schicksals, sonst müßte das Menschengeschlecht schon lange vertilgt worden seyn. Diese Hoffnung habe ich noch." (Br. v. 6.9.1793, AA XVII, 438)

"Leidenschaft und Eigenliebe mögen ihre Rolle spielen, wie sie wollen, wenn nur das Resultat im Ganzen eine Form gewinnt, wobei der Freund der Moralität sich beruhigen kann." (Br. v. 30.9.1793, AA XVII, 453)

Eine wichtige psychische Funktion dieser "schönen Erklärungen", die Forster u.a. bei Kant vorgefunden hat, wird hier offen ausgesprochen als eine "Beruhigung", und zwar interessanterweise nicht für die "Mitwirker", sondern nur für den "Zuschauer" (Br. v. 10.9.1793, AA XVII, 440). Damit stellt sich die Frage nach dem Status und der Stabilität solcher Beruhigung. Wenn Forster die Schwierigkeit anspricht, die die Beibehaltung des "kosmopolitischen Gesichtspunkt(es)" bereitet, "nie über die Wendung, die der incalculable Revolutionsstrom nimmt, nie über das Liebliche, Schöne, Werthe, was er wegschwemmen kann", jenen "höhern Zweck" aus den Augen zu lassen, von diesem aber feststellt, daß wir ihn "doch oft nur im Glauben, nicht im Schauen verehren müssen" (Br. v. 15.11.1793, AA XVII, 471f.), dann stellt sich die Frage nach realgeschichtlichen, diagnostizierbaren Vermittlungen zwischen der Erfahrung der Enttäuschung und Verzweiflung und dem beruhigenden und tröstenden geschichtsteleologischen Glauben. Das ist die Frage, wie sich in Geschichtsphilosophie kognitiver Status und ideologische Funktion zueinander verhalten.

Zunächst aber ist festzuhalten: 1. In seinen letzten, fast nur noch an einen einzigen Adressaten, seine Frau, gerichteten Briefen vollzieht Forster eine Bewegung von der enttäuschten Kritik an der mangelnden Moralität der Revolutionäre zur Kritik dieser Enttäuschung und daraus abgeleiteter revolutionskritischer Perspektiven. Die moralische Kritik wird - wenigstens vorläufig - zu einer Kritik der Moral. Deren Berechtigung exponiert er an

der quasi-naturalistischen Erfahrung diesmal nicht des Geschichtsprozesses, sondern der Alltäglichkeit, deren Radikalität durch seinen 'sozialen Tod', durch das Herausfallen aus den wichtigsten gesellschaftlichen Vermittlungen seiner Individualitätsform ermöglicht wurde.

"Wenn ich täglich frühstücke, zu Mittag esse, Thee trinke, zu Bette gehe und auf hundertlei Weise meine Abhängigkeit von der Natur anerkennen muß, erschrecke ich vor mir selbst, wenn ich das Wort Tugend oder Sittlichkeit ausspreche. Alles dies ist so gefährlich nicht, wie es scheint; aber es führt auf einen hohen Gesichtspunkt, aus welchem die Vorurtheile und die geschwätzigten Moralprediger unsers Zeitalters mir so unbeschreiblich klein und verächtlich werden." (Br. v. 11.11.1793, AA XVII, 469)

Dieser "hohe Gesichtspunkt" bringt freilich die Moral wieder ins Spiel, und zwar als geschichtsphilosophisch aufgeladene Tendenz und Perspektive.

2. Forsters Naturmetaphern und -analogien für den Revolutionsprozeß, schließlich seine These von der "Ähnlichkeit, Verwandtschaft, Übereinstimmung der materiellen mit der moralischen Natur" (PU, 607) formulieren nicht naiv eine Geschichtserfahrung, sie sind das Resultat ihrer Reflexion. Dieses Resultat bildet Ausgangspunkt und Strukturprinzip der Darstellung der "Parisischen Umriss". Seine eigenen Zweifel erscheinen nunmehr in der verwandelten Form der Außenkritik der Revolution. Obwohl Forster damit leichter umgehen kann, merkt man der Schrift die "Anstrengung" an (Pickerodt, 1982, 107), die es ihn kostete, die Revolution gegen die negative Haltung der meisten deutschen Intellektuellen zu verteidigen.

2. Funktionen der Naturanalogien in der Revolutionsbeschreibung

Forsters Reflexionen stellen seine Darstellung der Revolution prägnant in die Perspektive einer Kritik "subjektiver Teleologie". Das betrifft zunächst die 'zuschauenden' deutschen Intellektuellen, gegen deren aus der Enttäuschung ihrer Revolutionswahrnehmung und -ideale resultierende Kritik er die Objektivität der Revolution und ihre "riesenmäßigen Fortschritte" (PU, 624) verteidigt. Diese hatten die Revolution in enthusiastischer Freude über ihre "Harmlosigkeit" "mit einer Art von Siegwarts-Empfindsamkeit begrüßt. Als aber ihre "utopischen Träume" nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen waren mit der Revolutionsdynamik, insbesondere mit der revolutionären Gewalt, ließ man "es uns entgelten, daß man sich in seinen Hoffnungen so verrechnet hatte" (PU, 620).

Die Verstrickung ins "Vorurtheil", das Verrechnen charakterisieren jedoch nicht allein die deutschen Schriftsteller, sondern auch die Revolutionspolitiker:

"Als Necker dieses große, nicht zu berechnende Mobil der Volkskraft anregte, wußte er nicht, was er that. Die ersten Anfänge der Bewegung waren aber wegen des Umfangs, der Masse und des Gewichts so unmerklich, daß Klügere als er, sich täuschten, und diese ungeheure Triebfeder umspannen zu können, sich vermaßen. Allein wie bald entwand sie sich aus ihren ohnmächtigen Händen!" (PU, 596)

Genau diese Ohnmacht der einzelnen und die Unzulänglichkeit ihrer "Vernunft" - wohl gemerkt: nicht nur der Opfer, auch nicht nur der Politiker, die im Verlauf der Revolution zu Opfern werden, sondern auch derer, die zum Zeitpunkt der Abfassung der "Parisischen Umriss" auf dem Höhepunkt ihrer Macht stehen - artikulieren Forsters Naturmetaphern und -analogien. Sie bringen wesentlich eine Differenz- und Defiziterfahrung subjektiver Teleologie gegenüber Entwicklungsdynamik, Entwicklungstempo, Entwicklungsrichtung und der Gewaltsamkeit des revolutionären Prozesses zum Ausdruck, so das Bild von der Revolution, die "alle Dämme" bricht und "alle Schranken" übertritt, vom "brausenden Orkan", der die "Herkulessäulen" des girondistischen "non plus ultra" umstürzt, vom Staatsschiff, das sich nicht mehr von den Täuschungen des falschen Horizontes beirren läßt, sondern "selbst mit etwas beschädigten Masten und Segeln" seine Fahrt ins offene Meer fortsetzt mit einer Bestimmung, "die freilich den Hafen so lieblich nicht vormahlt, wo das Staatsschiff wohl gemuth einlaufen und abtakeln soll" (PU, 594f.). In diesen Bildern werden die Begrenzungen nicht nur als politisch-ideologische Projekte, sondern als materieller Widerstand gefaßt. Die Bilder unbeherrschbarer Natur integrieren dann die oben genannten verschiedenen Aspekte der Revolution und zeigen zugleich die praktische Schwäche jeder gegenrevolutionären Gewalt oder jedes Versuches, die Revolutionsentwicklung in bürgerlich-fraktionellem Interesse zu verlangsamen oder zu stoppen. Die Revolution gewinnt "eine neue unaufhaltsame Schwungkraft" (PU, 595f.). Sie stürzt "wie eine Schneelawine" "mit beschleunigter Geschwindigkeit" dahin, gewinnt "an Masse" und vernichtet "jeden Widerstand auf ihrem Wege" (PU, 596). Oder: "Die Lava der Revolution fließt majestätisch und schon nichts mehr." (Br.v. 24. 10. 1793, AA XVII, 461) Die "Umriss" fassen diese zum Bestandteil des neuzeitlichen Revolutionsbegriffes werdende "Beschleunigungserfahrung" (Koselleck) in eine gleichnishafte Erzählung:

"Ich sah einst die Pferde mit einer Landkutsche Reißaus nehmen, und den Kutscher vom Bocke fallen. Einige Straßenjungen stellten sich an den Weg und schimpften auf die Passagiere. Einer von diesen sprang aus dem Wagen, und stürzte den Hals ab; die übrigen waren klüger: sie blieben sitzen, und dachten, wir wollen warten, bis der Koller vorüber ist." (PU, 595)

In allgemeine philosophische Kategorien übersetzt erscheint der revolutionäre Prozeß als "ein Ganzes, das dem Philosophen sein Concept verrückt" (PU, 612), das bestimmt ist von "ehernen Gesetze(n) der Zeit und Nothwendigkeit" (PU, 618). Diese "Gesetze" sind Resultat eines Kampfes gegensätzlicher Kräfte:

"Es entstand ein chaotisches Ringen der Elemente; es erfolgten die heftigsten Konvulsionen, die furchtbarsten Erschütterungen. Kleinere gegenstrebende Bewegungen wurden von den größeren, allgemeineren verschlungen; so gab es denn eine gleichartige Bewegung(...)." (PU, 596)

Es läßt sich sagen, für Forster so gut wie für Robespierre: "Der Begriff der Revolution bleibt (...) unverständlich außerhalb der Dialektik von Revolu-

tion und Konterrevolution, die eben die der Geschichte ist" (Labica, 1994, 58). Diese Einsicht erlaubt Forster eine nicht-moralische, gleichwohl parteiiche Beurteilung der Gewalt. "Kaltblütig" forscht Forster nach den "Ursachen", "die allem Thun der Menschen so viel Unwillkührliches beimischen", und kommt zu dem Ergebnis: "Die gewaltsamsten Erscheinungen unserer Revolution entsprangen aus dem Widerstand und Aneinanderreiben der Kräfte"; von diesen nennt er insbesondere den Widerstand des Hofes, der "nach seiner alten Macht" strebte, für das Jahr 1793 auch, abstrakt genug, "die Wuth der Partheien" (PU, 622). Nach dieser "kaltblütigen" Analyse einer antagonistischen, unvermeidlich gewaltträchtigen Konstellation sind die Kräfte des jakobinischen Blocks vom Herbst 1793 nicht nur die stärkeren und damit die mit der größten Aussicht auf Erfolg, sondern sie sind legitimiert, weil sie auch die "allgemeineren" sind. Damit ist Forster an einen entscheidenden Punkt gelangt, an das "Maximum des politischen Verstandes" (Marx). Er scheint sich anzuschicken, die "epistemologische Leere der Unendlichkeit der Parallelogramme" der individuellen Willen und ihrer "Resultanten" (Althusser, 1968, 94) zu verlassen und einen Schritt auf das Problem der dominierenden Tendenz hin zu machen. Die Bestimmung sozialer und politischer kollektiver Akteure als Kräfte begnügt sich nicht mit Größenberechnungen, sondern verbindet Größe und Wirksamkeit mit der inhaltlichen Qualifizierung der "Allgemeinheit". Den sozialen Inhalt dieser "Bewegungen" jedoch faßt Forster nur in der verrästelten Form ihrer Nähe oder Distanz zum geschichtsphilosophisch unterlegten Ideal der Egalität.

Forsters Analyse schließt ein die Legitimierung der Revolution als rechtsetzende, damit selbst nicht rechtmäßige Gewalt, die, wie Robespierre und Kant klar gesehen haben, die Gesellschaft in den Naturzustand zurücktreten läßt (vgl. Losurdo, 1987, 111). Forsters "generalisirte Definition", Resultat seiner Enttäuschungsreflexion und präsentiert als Ergebnis eines kollektiven Lernprozesses, dem er den Namen "öffentliche Meinung" gibt: "Die Revolution ist (...) die Revolution" (PU, 595), ist seine Version der Robespierreschen Frage: Habt Ihr eine Revolution ohne Revolution gewollt? Robespierres Frage gründet auf Einsichten, die erstmals Saint-Just in seiner Rede zur Aburteilung Ludwigs XVI. dem Nationalkonvent vortrug:

"Dieselben Männer, die Ludwig richten werden, haben eine Republik zu begründen; diejenigen, die der gerechten Bestrafung eines Königs einige Bedeutung beimessen, werden niemals eine Republik begründen." (zit. nach Markov, 1982, 312)

Und Forsters Formulierung schließt ein die Legitimierung revolutionärer Gewalt, um gegenrevolutionäre Rebellionen zu zerschlagen. Sie berücksichtigt die Ziele der kämpfenden Lager, ihre Gewaltbereitschaft und die Opfer, die ihr Sieg erforderte. Forster sieht, angesichts des Interventionskrieges und des Bürgerkrieges: "Frankreich muß in Blut schwimmen und in Thränen." (Br. v. 27.4.1793, AA XVII, 350) Er bekennt sich zur "traurigen Erfahrung, daß ohne ganze Ströme Bluts die Vortheile der Revolution, de-

ren die Welt so nothwendig bedarf, ihr nicht zu Gute gekommen wären" (PU, 621). Aber nicht das "große Werk" allein rechtfertigt für Forster die gewaltsame Niederschlagung des konterrevolutionären Widerstandes, es erfordere auch, so in einer der Aufklärung geläufigen "Aufrechnung" (Blumenberg, 1979, 31), weniger Opfer, denn ein Sieg der Gegenrevolution würde "den Untergang einer weit größern Anzahl Menschen und ein Elend, das nicht zu ermessen ist", hervorbringen (Br. v. 27.11.1793, AA XVII, 480) Dadurch seien selbst unnötige Repressionen gerechtfertigt, "wenn sie den Freiheitsgeist einflößten, bestärkten und zur höchsten Höhe spannten" (Br. v. 21.8.1793, AA XVII, 423f.).

3. Gleichheit als Vergesellschaftungsform

Die Objektivität der Revolution, ihre 'naturwüchsige' Dynamik sind das Resultat der Kollision gegensätzlicher Interessen, Kollektive und Parteien. Welche Struktur politischer Vergesellschaftung, welche politischen Individualitätsformen bilden sich in diesem Prozeß heraus und entsprechen ihm? Dieser Frage ist Forster ausführlich nachgegangen, seine Antwort illustriert eine Gleichniserzählung, in der der "Geist der bürgerlichen Gesellschaft" (PU, 613) dem Leser als Gespenst erscheint: Ein Jugendfreund, Mediziner, habe einst auf einer nächtlichen Kutschenfahrt neben dem Wagen "eine lange Riesengestalt" hergehen sehen, leuchtend, einen "matten Schein um sich her" verbreitend (PU, 611). Forster schildert die wechselnden Gefühle und Überlegungen des Mediziners, läßt ihn sogar wie Don Quichotte mit dem Degen einen mächtigen Hieb mitten durch den Leuchtkörper führen, bis er zugreift und begreift, daß es sich um einen Schwarm "kleiner Leuchtkäfer" handelt (PU, 612). Die Erzählung wirft die Frage auf, wie vernünftigerweise ein historisches Subjekt vorstellbar ist, indem sie den Schein der "Riesengestalt" abtrennt von der irrationalen Vorstellung eines heroischen Individuums: "kolossalisch" ist und wirkt allein der "Totaleindruck" der Revolution (PU, 619). Dies hatte Schiller 1788 in der Einleitung zur "Geschichte des Abfalls der Vereinigten Niederlande von der Spanischen Regierung" als Problem erörtert. Wie kann, fragt er, ein Volk die "Größe" erringen, eine Revolution zu machen, angesichts des "Mangel(s) an heroischer Größe" der Individuen? Man erwarte, sagt er dem Leser, "keine hervorragende(n) kolossalische(n) Menschen, keine der erstaunenswürdigen Taten, die uns die Geschichte vergangener Zeiten in so reichlicher Fülle darbietet. Jene Zeiten sind vorbei, jene Menschen sind nicht mehr." Heute, in Schillers Gegenwart, machen "die Zufälle Helden" (Schiller, 1972, 7f.).

Forster faßt die Vergesellschaftungsform, die Hegel die "Prosa des Lebens" nennen wird, mit dem Begriff "Gleichheit". Die diagnostische Bedeutung des Konzepts darf man sich nicht davon verstellen lassen, daß Forster die Gleichheit ein "Prinzip" nennt.

Als deskriptive Kategorie der Form politischer Vergesellschaftung² reflektiert sie den Eintritt von Massen in die Politik, aber nicht notwendig die politische Bestimmung der "demokratischen Regierungsform" (PU, 614). Da aber in der Republik ein "weites Feld für jedermann offen" ist (Br. v. 1.8.1793, AA XVII, 410), ließe sich in Anlehnung an eine Marx'sche Sprechweise sagen: Gleichheit als Form politischer Vergesellschaftung wird in der Republik erst praktisch wahr. Auf die normative Dimension des Begriffes ist zurückzukommen.

Forster fügt seinem Prinzip noch eine weitere konkret-historische Spezifizierung hinzu: die "Gleichartigkeit", die die Individuen der "jetzigen Generation" charakterisiere (PU, 615):

"Mein Leuchtkäfergespenst muß mir hier gleich noch einmal Dienste leisten. Die merkwürdige Erscheinung unserer Revolution hat mit ihm auch diese Ähnlichkeit, daß ihre einzelnen Bestandtheile beinahe völlig gleichartig sind, und sich vor einander weder durch disproportionirliche Größe, noch anderweite Überlegenheit auszeichnen. Die Menschen, mit andern Worten, die man in unserer Revolution vorzüglich wirken sieht, ragen nicht wie Halbgötter in ihrer Kraft über ihre Mitbürger hervor, und unter ihnen wird man keinen gewahr, vor dessen höherem Genius die Seelen der Andern sich neigten. Man möchte daher zweifeln, ob die Revolution mehr für die Menschen, als die Menschen für die Revolution gemacht sind? Beides trifft vermuthlich zusammen. Das Princip der Gleichheit hätte nicht leicht ein so entschiedenes Übergewicht erhalten, wenn eine auffallende, anerkannte Ungleichheit unter den Menschen ihm entgegengewirkt hätte; und gerade solche homogene Menschen kommen hernach mit diesem Prinzip am weitesten." (PU, 614)

Die Einsicht in die "Geringfügigkeit und Gleichheit der einzelnen Personen im Verhältniß zur Größe des Staats" (PU, 618) führt Forster zu zwei Konsequenzen: 1. Das Schicksal der Revolution ist von einzelnen unabhängig. Die Erfahrung der Revolution zeigt, daß selbst in Krisensituationen der Ruf nach einem "Wundermann" (PU, 625) irrational ist.

"Befragen Sie einmal einen unserer Republikaner, ob das Heil seiner Republik an Robespierre's, an Dantons, an Pache's, Heberts, oder irgend eines andern Patrioten Leben hängt? Er wird ihnen antworten, daß er von keines Menschen Nahmen etwas weiß, wo von dem Volk und Staat die Rede ist." (PU, 617)

Und zweitens folgt daraus, daß sowohl die "öffentliche Meinung", als auch das "Revolutionstribunal" "kein Ansehen der Person" kenne (PU, 615). Das formuliert nicht einfach das Prinzip der Rechtsgleichheit, sondern benennt Bedingungen seiner politischen Durchsetzbarkeit.³

² In diesem Sinn hat Hannah Arendt von der "Egalität" gesprochen: "Worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, ist die Einsicht, daß kein noch so starker Mensch jemals irgendetwas Gutes oder Schlechtes ausführen kann ohne die Hilfe anderer, die das Vorhaben verwirklichen. Was wir hier vor uns haben, ist die Vorstellung einer Egalität, bei der als 'Führer' derjenige gilt, der niemals mehr als nur der erste unter seinesgleichen ist, der nur als primus inter pares gilt. Diejenigen, die ihm zu gehorchen scheinen, unterstützen in Wirklichkeit ihn und sein Unternehmen." (1991, 44)

³ In den Worten Saint-Justs: "Man hat in der Politik auf die Idee gesetzt, daß niemand es wagen würde, so berühmte und von einer großen Illusion umgebene Männer wie Danton etc. anzuklagen. Ich habe alle diese Schwächen hinter mir gelassen. Ich habe nur die universelle Wahrheit im Blick gehabt, und ich habe sie ausgesprochen." Und: "Ich habe Männer angegriffen, die niemand anzugreifen gewagt hätte, weil alles darauf hinauslief, den, der dies gewagt hätte, zum Schuft zu stempeln. Ich allein habe diesen undankbaren

Forsters Kategorie der Gleichheit artikuliert freilich nicht allein ein allgemeines, omnihistorisches Strukturverhältnis von individuellem und Geschichte und nicht allein die Unterwerfung des einzelnen unter abstrakt-allgemeines Recht, sie enthält die Wahrnehmung einer historischen Besonderheit, die über den angesprochenen Aspekt der "Gleichartigkeit" hinausgeht. Es ist die Wahrnehmung eines Antagonismus der Vergesellschaftung, die Wahrnehmung nicht nur der Unabhängigkeit des Ganzen von einzelnen, sondern auch der Gleichgültigkeit des je einzelnen für dieses Ganze. Forsters Denken produziert Einverständnis mit dieser Struktur. Da die Individuen ohnehin im Revolutionsprozeß geopfert würden, sollte man sich "gleich von Anfang" darauf einstellen, "daß eine Handvoll Mücken mehr oder weniger in dem Schwarm nicht einmal entbehrt oder bemerkt werden" (Br. v. 20.11.1793, AAXVII, 478). Oder: "einzelne Menschen werden in dem gewaltigen Kampfe wie nichts geachtet werden; aber eben dadurch wird die Sache der Vernunft, die Sache der Gleichheit siegen." (Br. v. 30.9.1793, AA XVII, 452f.) Diese "Katastrophen" beendeten jedoch nicht nur, wie Forster glaubte, sein Jahrhundert, sie sind nicht bloß Erscheinungen des Revolutionsprozesses geblieben, sondern erwiesen sich - das war bekanntlich die Enttäuschungserfahrung des 19. Jahrhunderts - als Strukturmoment der von der Französischen Revolution beförderten gesellschaftlichen Verhältnisse. Bereits Forster hat, in einer bemerkenswerten Abrückung von Herder und Hinwendung zu einem zentralen Moment der Kantischen Geschichtsphilosophie, eine Verallgemeinerung vorgenommen: die Revolution, aber nicht nur sie, auch die Natur, das Schicksal, die Politik fragten nicht nach dem Glück (Br., AA XVII, 338, 364, 377, 409). In allgemeiner Formulierung:

"(...) überhaupt ist es eine so unendliche Thorheit zu glauben, daß Glück die Bestimmung des Menschen sey (...). Empfinden und Denken ist unsere Bestimmung und beides hat nur zufällige Beziehung auf Glück und Unglück, oder Genuß und Schmerz." (Br. v. 30.9.1793, AA XVII, 450)

4. Das politische Wissen des Jakobinismus: Fortschritte im Bewußtsein der Gleichheit

"Gleichheit" und "Gleichartigkeit" der Individuen im Verhältnis zum gesellschaftlichen Prozeß legen diese nicht gänzlich auf Modi partikularen Bewußtseins fest. Forster betont, daß die quasi naturwüchsige Objektivität des Revolutionsprozesses zwar nicht nach "Vernunftregeln" eingeschränkt oder bestimmt werden könne, etwas ganz anderes, "ganz davon Unabhängiges ist es aber, daß diejenigen, die von diesem Strudel ergriffen sind, ihr eigenes Betragen, nach wie vor, vernunftgemäß einzurichten suchen" (PU, 595). Zentral wird hier der Begriff der "öffentlichen Meinung" als "das Werkzeug der Revolution, und zugleich ihre Seele" (PU, 602). Richtig ist

Auftrag ausführen müssen, denn immer muß der Jüngste sterben und seinen Mut, seine Tugend beweisen." (zit. nach Vinot, 1989, 225, 158)

Pickerodts Hinweis, daß "öffentliche Meinung" und "rohe Kraft der Menge" nicht identisch sind (1982, 116). Als "Geist der bürgerlichen Gesellschaft" besteht sie in der "unwiderstehlichen herrschende(n) Einheit des Volkswillens, verbunden mit der Repräsentantenvernunft" (PU, 598). Sie ist Wissen und Willen, ein "Koloß" (PU, 625). Ihre Bestimmung als "der Vereinigungspunkt aller der Intelligenzen, aus denen die Gesellschaft besteht" (PU, 613), unterstreicht ihren demokratischen Charakter. Sie steht darin im Gegensatz zum Despotismus, dem die lebendige "Einheit" fehlt, den keine "geistigen Kräfte durchströmen und beleben", sondern bei dem "Vernunft und Wille (...) beide nur im Kopfe des Herrschers und seiner Räte" existieren, "das Volk" aber "eine leblose Masse" sei, "ein todter Körper, der bloß mechanischen Antrieben gehorcht" (PU, 598). Zwar nennt Forster den Konvent auch das "Haupt" der Nation und hebt seine "in hohem Grade vorhandenen Talente, Kenntnisse und Ressourcen aller Art", seine "wissenschaftlichen Arbeiten" hervor, um zu demonstrieren, "daß die Entwicklung der Verstandeskräfte mit der Revolution Schritt gehalten hat" (PU, 610), aber da seine Aufzeichnungen und sein Leben vor dem politischen Konflikt zwischen dem jakobinischen Zentrum und den sansculottischen Volksgesellschaften enden, kann er die Beziehung Konvent-Volk noch als eine Wechselbeziehung auffassen und nicht als eine einlinige Führungsbeziehung.

Zum politischen Wissen des Jakobinismus gehören das Konzept der revolutionären Diktatur und des Terrors sowie das Konzept der Egalität, das die Idee der Volkssouveränität verbindet mit der Einsicht in die Notwendigkeit der Massenmobilisierung. Die Gleichheit ist nicht nur eine Norm, noch weniger ein apriori feststehendes Ziel. Denn die Bewußtheit und Klarheit über das Ziel bilden sich erst im Prozeß seiner schrittweisen (und nicht gänzlich bewußten) Realisierung heraus. "Gleichheit" ist wohl für die Jakobiner ein objektives Ziel der Geschichte, als Konzept einer subjektiven politischen Teleologie ist sie ein Ziel im Werden. Die Konstruktion der Gleichheit als objektive geschichtliche Tendenz liegt der jakobinischen, hier Forsterschen Betrachtung der Revolution als objektiver wie als subjektiver, intellektueller Fortschrittsgeschichte zugrunde. Die Entwicklung der Revolution und die der Verstandeskräfte laufen, mit Verzögerungen, parallel. Die Knotenpunkte der Revolution, die Forster in Erinnerung ruft, sind zugleich "Verwandlungsstufen" der öffentlichen Meinung (PU, 603) und, wird man hinzufügen können: Stationen der Entwicklung und Diversifikation der Jakobiner als Organisation im Werden.

"Bewußtseyn ist unsere erste und letzte Kunst, worin wir täglich Fortschritte machen können, ohne sie vollständig zu erlernen, oder ganz zu erschöpfen." (PU, 613)

Forster erinnert in diesem Kontext an Stufen des Bewußtseins, etwa an den "Augenblick in unserer Revolution, wo das Bewußtseyn dieser auswärtigen Lage sich ungefähr auf eben die Art wie bei Kindern äußerte, die alles was sie gewahr werden, entweder in den Mund stecken, oder zerzausen

wollen", an die Erkenntnis der "Kräfte" im "gährende(n) Staat", schließlich an die Erkenntnis seiner "Bestimmung" (ebd.).

In der Bemerkung Saint-Justs "Der Zwang der Umstände führt uns vielleicht zu Ergebnissen, an die wir nicht gedacht haben" (zit. bei Soboul, 1973, Teil 2, 338) wird die Diskrepanz zwischen Intention und Wirklichkeit nicht als Quelle der Verzweiflung gefaßt, sondern als Motor des politischen Wissens. Auffällig ist, daß der Realismus dieses Wissens zugleich das Bewußtsein seines Werdens präsent hält. In der Geburtsstunde moderner revolutionärer Parteien ist noch wenig zu spüren vom späteren Triumphalismus des avantgardistischen Bewußtseins. Avantgardismus ließe sich hier allenfalls formal bestimmen als Flexibilität, als "Nachgiebigkeit" (PU, 594) des Denkens gegenüber dem "Zwang der Umstände". Der unvorhergesehene, nach Forster: unvorhersehbare Prozeß der Revolution stellt an die Revolutionäre Handlungsanforderungen, deren Erfüllung nicht apriori garantiert ist. Das Bild von den Verwandlungsstufen der öffentlichen Meinung appelliert an die und mobilisiert die Erfahrung aller, die den Prozeß der Revolution von 1789 bis zum Herbst 1793 mitgestaltet, durchlebt und überlebt haben. Es mobilisiert die Erinnerung an die Entstehung des Jakobinertums als Akkumulation und Verarbeitung revolutionärer Erfahrungen und ihr Negativ: die Erinnerung an die Führungsgruppen, die in den zurückliegenden Perioden der Revolution den Anforderungen des revolutionären Prozesses nicht entsprachen und an den Kräfteverhältnissen scheiterten. Daher spielt Forsters Frage, "ob die Revolution mehr für die Menschen, als die Menschen für die Revolution gemacht sind", auch auf eine Erfahrung gelungener Assimilation der nicht vorhersehbaren Probleme der Revolution an.

5. Gleichheit als Geschichtszeichen. Moralität und Teleologie

Es wurde bereits gesagt, daß Forster eine Teleologie, einen utopischen Geschichtsglauben nötig hat, um sich über erfahrene Widersprüche der Revolution und Geschichte zu beruhigen. Anders gesagt: Kein Opferdiskurs ohne die Suche nach höheren Weihen. Die Suche nach Beruhigung treibt ihn in eine extremistische 'Dialektik' der "Malitätsbonisierung" (Marquard): je schlimmer, desto besser:

"Aber je gewisser es ist, daß die Menschen, die jetzt oben figurieren, überall nur mit-schwimmen und mit sich geschehen lassen, was ihre Leidenschaft aus ihnen macht, diese aber immer von den Ereignissen en masse abhängt: desto unwiderlegbarer ist die Ueberzeugung in mir, daß gerade diese Periode eine von denen ist, welche am deutlichsten die Abhängigkeit der allgemeinen Schicksale des Menschengeschlechts von einer höheren Ordnung der Dinge beweisen." (Br. v. 25.9.1793, AA XVII, 448)

Das klingt wie Pfeifen im Wald und wirft die Frage auf, wie dieser Glaube für Forster und andere plausibel gemacht und stabil gehalten werden kann. Dies leistet nun für Forster die Revolution, soweit sie eine "moralische Emancipation" (PU, 608) bewirkt. "Gleichheit" bekommt nun eine dezi-

diert normative Dimension. Sobald sie als objektive geschichtliche Tendenz den Akteuren im Medium der öffentlichen Meinung bewußt geworden ist, wird sie eine Norm, der alle ihre Reverenz erweisen müssen, wenn sie im politischen Raum weiterhin erfolgreich agieren wollen. Interpretierte Forster zu Beginn seines Parisaufenthaltes die schockierende Erfahrung der "Leidenschaften" und des "Egoismus" mit dem "malo bonum"-Schema der "unsichtbaren Hand", wonach diese Untugenden unbewußt das gemeine Wohl befördern, gilt ihm auf dem Höhepunkt der Jakobinerherrschaft und in der ideologischen Perspektive des Jakobinismus, die er sich zu eigen gemacht hat, nunmehr die subjektive Anpassung an das Ideal der Gleichheit als "Zeichen der Zukunft" (PU, 593), das - wie Kants "Geschichtszeichen" - "auf dem Ocean der Teleologie" eine "höhere Einwirkung" bezeugt (PU, 606). Politiker, mögen ihre Intentionen noch so partikular und egoistisch sein, müssen ihre Absichten "beständig in Tugend und Weisheit so tief verhüllen (...), daß die Verkleidung ihnen das Gehen erschwert", und die Befriedigung egoistischer Bedürfnisse "dem großen Zwecke der Revolution stets untergeordnet bleibt" (PU, 618).

"Der Geist der Revolution, den sie selbst (die jakobinischen Politiker, H.-O.R.) heraufgerufen haben, erzwingt von ihnen Tugenden und Opfer, woran einige von ihnen vielleicht bei dem Eintritt in diese Laufbahn nicht gedacht haben mögen. (...) Wenn sie, wie es dem Menschen natürlich ist, ihren Zweck vor seiner Erreichung für etwas ganz anderes hielten, als die Erfahrung hernach es auswies; so müssen sie jetzt inne werden, daß die kleinste Anmaßung den Strom der öffentlichen Meinung gegen sie richtet und ihnen selbst das Schicksal ihrer Gegner bereitet." (PU, 618)

"Tugend" und "Gleichheit" versteht Forster ganz im Sinne des jakobinischen Opferdiskurses. Sie sind bestimmt durch die Opposition zu Egoismus, dem Sinn des Habens, Besitzens und Genießens, kurz: "all diese Todesbande" (PU, 607), und werden umschrieben als "Selbstverläugnung, Aufopferung, Unabhängigkeit des Geistes" (PU, 606), kurz: als "lebendig-machende" Bande, die sich in der "Einfalt der Sitten" zeigen, der "Verbanung alles Luxus, sogar der silbernen Löffel von den Tafeln", der "auf das bloß Unentbehrliche und Unscheinbare zurückgeführte(n) Kleidertracht" und in der "enthusiastische(n) Liebe zur Gleichheit" (PU, 609). Die öffentliche Meinung habe der "Habsucht, der Gewinnsucht, dem Geitze, mit Einem Worte, der ärgsten Knechtschaft, zu welcher der Mensch hinabsinken konnte, der Abhängigkeit von leblosen Dingen, einen tödlichen Streich versetzt" (PU, 608).

Diese Ausführungen verdeutlichen, inwieweit der Jakobinismus Anti-Klassen-Politik ist: Jede ökonomische Interessenpolitik gilt als unmoralisch. Das ist die Form, in der der Jakobinismus Klassengegensätze sieht und erkennt, genauer gesagt: das Absehen davon organisiert. Nur scheinbar steht er in der 'Mitte' oder gleichermaßen 'über den Klassen'. Sein "praktischer Idealismus" bedeutet, wie man treffend gesagt hat, die "Abschaffung der Klassengesellschaft auf Grundlage der Klassen", d.h. dem Jakobinismus geht es nur peripher, nur im Zwang zum Kompromiß um eine 'Revolution der sozialen Verhältnisse', primär geht es ihm um eine

'Revolutionierung der Haltungen' (Bosch, 1986, 138), in Forsters Worten: um die "Ohnehosenherrschaft (...) im Geiste der Menschen" (Br. v. 15.11.1793, AA XVII, 473). Die Konsequenzen für die 'Partikularität' der Sansculotten und die des Bürgertums sind daher von ganz unterschiedlicher Tragweite. Forsters "Nachgiebigkeit" gegenüber der unabsehbaren Offenheit der Revolutionsentwicklung hat eine deutliche Grenze, wenn den "Principien" "durch willkürliche Ausdehnung Gewalt angethan" und etwa "unter dem Vorwande der Gleichheit" "alles Eigenthum" aufgehoben werden soll. Solche "Excentritäten" korrigiere "der allgemeine Umschwung der Revolutionskräfte" durch die siegreiche Wiederherstellung der "Vernunft" (PU, 614f.).

Das macht die immanente Brüchigkeit der "moralischen Emancipation" sichtbar, deren Sieg zu beschwören der Forster der "Parisischen Umriss" nicht müde wird. Seine privaten Briefe zeigen ihn für Nuancen empfänglicher, von tödlichen Streichen gegen den Egoismus ist dort nicht die Rede. Sie lassen den Leser nachvollziehen, für wie unangemessen Teile des Bürgertums selbst die 'ideologischen Kosten' empfanden, die ihnen die Jakobiner als Preis für die revolutionäre Mobilisierung der 'Nation' gegen ihre inneren und äußeren Feinde abverlangten. Über den "Freiheits- und Gleichheitshaß" einer Pariser Kaufmannsfamilie berichtet Forster seiner Frau:

"Die Nothwendigkeit, nicht zu glänzen, sich nicht unterscheiden zu dürfen, macht diese Leute wüthend, und dieselbe Ursache, die diese Leute zu Anfang der Revolution zu glühenden Patrioten machte, weil ihre Classe damals emporkam, macht sie jetzt zu Verschwornen gegen den Staat, wo sie nicht mehr die Aristokratie des Reichthums zeigen können." (Br. v. 14.6.1793, AA XVII, 367).

An diesen Bruchstellen wird die Begrenztheit der moralischen Hegemonie deutlich. Von einem endgültigen Sieg der Moral der Gleichheit kann keine Rede sein. Vielmehr gesteht Forster die andauernde Reproduktion partikularer Bedürfnisse und Interessen ein, indem er an der Notwendigkeit des Staates keine Zweifel aufkommen läßt. "Die große Aufgabe der Staatskunst ist die gehörige Einschränkung der Leidenschaften und ihre Unterwerfung unter das Gesetz der Vernunft." Dies gelingt dem Staat, insofern und weil er eine Macht ist, die mit den "Trieben" der "Einzelnen" nichts zu schaffen hat, "eine Macht, deren einzige Grundkräfte Vernunft und Gerechtigkeit sind" (PU, 617).⁴

⁴ Um Mißverständnissen der gängigen Forster-Literatur vorzubeugen: es handelt sich bei den zitierten Äußerungen zum Staatsproblem genauso wenig um spezifisch Jakobinisches, wie etwa die gleichzeitig mit den "Parisischen Umrissen" verfaßte theoretisch-programmatische Schrift "Über die Beziehung der Staatskunst auf das Glück der Menschheit" (AA X,1, 565ff.) irgendetwas mit spezifisch Liberalem zu tun hat; immerhin enthält auch diese Schrift eine Polemik gegen "jenes lügenhafte Bild des Glücks, das so lange am Ziele der menschlichen Laufbahn stand" (591). Vielmehr notieren Forsters Formulierungen in idealistischer Weise allgemeine Bestimmungen des 'nicht-reflexiven' Charakters des Staates der bürgerlichen Gesellschaft. Einschlägig ist hier immer noch Tuschling, 1976.

Damit erscheint am "Zeichen der Zukunft" selbst, am Moralideal der jakobinischen Hegemonie, das die beunruhigende Widerspruchserfahrung der Revolution mit der tröstlichen Zukunftserwartung so verbinden soll, daß der Geschichtsglaube an die Revolution "als Werk der Vorsehung", daß der Glaube an den "erhabenen Plan ihrer Erziehung des Menschengeschlechts" (PU, 600) plausibel wird, seine Aporie. Die Forstersche Teleologie erweist sich als geschichtsphilosophische Aufladung jakobinischer Moralideologie, die geschichtsphilosophische Transzendenz der "Vorsehung" wird 'praktisch wahr' in der systemfunktional 'sozialtranszendenten', Individuen und Klassen übergeordneten, also 'nicht-reflexiven' Macht des Staates. Der Umschlag realistischer Einsichten in idealistischen Geschichtsglauben, ihre Einstellung in ein idealistisches Konzept ist charakteristisch für Forsters Denken, für das politische Wissen des Jakobinismus überhaupt.

So kommt es, abschließend gesagt, weniger auf den "Widerspruch zwischen Geschichtserfahrung und Geschichtsphilosophie" an, wie Prodoehl meint (1982, 188), sondern auf die Zwiespältigkeit dieser geschichtsphilosophischen Reflexion selbst. Sowohl wegen ihrer gelungenen diagnostischen Bemühungen, etwa der Kritik bestimmter bürgerlicher Subjektillusionen, als auch wegen ihrer offenkundigen Schwächen, der Bereitschaft, Lücken der Analyse mit Geschichtsglauben zu kompensieren, kann sich die Auseinandersetzung mit Forsters philosophischer Geschichtsschreibung lohnen. Denn: Es stimmt schon, daß dieser Zwiespalt etwas damit zu tun hat, daß es Forster nicht gelingt, "den Zusammenhang von Handlungsbedingungen, Motiven, Praxis und Resultaten zu durchleuchten" (Pickerodt, 1982, 100), die Einsicht in soziale Interessen, die Darstellung gesellschaftlicher Verhältnisse als Interessen bleibt ihm weitgehend verstellt. Aber auch solche Einsichten schützen ja nicht immer davor, dem Bedürfnis nach Geschichtsglauben, der "Religion der Subalternen" (Gramsci) nachzugeben.

Forster hat nicht mehr erlebt, wie seine Lösung der Erfahrungskrise mit dem Jakobinismus gescheitert ist. Wie er darauf reagiert hätte, mag eine müßige, dennoch nicht zu verdrängende Frage sein. Vielleicht hätte ihm die von ihm nicht nur beschriebene, sondern praktizierte "Nachgiebigkeit" des Denkens dabei geholfen, in der "Gleichheit" die verrätselte Form eines Interesses zu sehen, das nicht umstandslos in den Individualitätsformen bürgerlicher Gesellschaft zu seinem Recht kommen kann, und diese "Ausdehnung" des "Principis" nicht mehr als gewaltsam und willkürlich zu verdammen, sondern als nötig zu erkennen.

Diese "Nachgiebigkeit" des Denkens scheint mir ein wesentliches Moment der Aktualität Forsters auszumachen. Sie stand bereits im Zentrum seiner forschungsmethodologischen Differenzen mit Kant, die einen wichtigen Aspekt der Auseinandersetzung um die "Menschenrassen" bilden. Kant hatte im Einklang mit moderner Naturwissenschaft die Bedeutung der

Frage, der Problemstellung, der Prinzipien für den Forschungsprozeß herausgestellt. Forster räumte die "unangefochtene Richtigkeit" dieses Aspektes ein, relativierte ihn aber mit dem Hinweis auf die "gewöhnlichste aller Illusionen", nämlich "daß man bey dem bestimmten Suchen nach dem was man bedarf, dasselbe oft auch da zu finden glaubt, wo es wirklich nicht ist" (AA VIII, 132). Daher erfährt die Spontaneität der Forschung, das Auffinden unerwarteter Sachverhalte, durch Forster eine Aufwertung. Sie wird bei ihm als "Aufmerksamkeit", "Beurteilungskraft" und "Unparteilichkeit" umschrieben. Es wäre falsch, diese Differenz als Gegensatz von Transzendentalismus und Empirismus, gar von Materialismus und Idealismus zu interpretieren, wie es sich in der Forster-Forschung eingebürgert hat. Vielmehr geht es um die unterschiedliche Akzentuierung gleichermaßen nötiger Momente des Erkenntnisprozesses. Forsters Favorisierung der Aufmerksamkeit für Unerwartetes und der damit korrespondierenden Nachgiebigkeit des Denkens ließe sich dann im Anschluß an Holzkamp reformulieren als affinites Lernen oder Forschen, wo man im Modus der "Metaintention" durch intendierte Zurücknahme des intentionalen Zugriffs den Gegenstand gegenüber kognitiven Bewältigungsversuchen und dem dadurch produzierten 'psychischen Lärm' zur Geltung kommen läßt (Holzkamp, 1993, 331f.). Da man so die Grenzen bisheriger Lern- und Forschungsprinzipien kalkuliert überschreitet, um möglicherweise neue (oder im Falle der Französischen Revolution überhaupt erst) anleitende Prinzipien aufstellen zu können, vermittelt diese Haltung 'qualitative Sprünge' in der gedanklichen Gegenstandsaneignung. Unter uns Nachgeborenen müßte es eigentlich Bedarf nach einer solchen Haltung des Denkens geben.

Literatur:

1. Forster

Georg Forsters Werke. Sämtliche Schriften, Tagebücher, Briefe. Hrsg. v. der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Literaturgeschichte, Berlin (= AA)

daraus:

Noch etwas über die Menschenraßen. In: Bd. 8: Kleine Schriften zu Philosophie und Zeitgeschichte, Berlin 1991 (2.Aufl.), 130-156 (= AA VIII)

Über die Beziehung der Staatskunst auf das Glück der Menschheit. In: Bd. 10,1: Revolutionsschriften 1792/93, Berlin 1990, 565-591 (= AA X,1)

Parisische Umriss. In: ebd., 593-637 (= PU)

Bd. 17: Briefe 1792 bis 1794 und Nachträge. Berlin 1989 (= AA XVII)

2. Andere Literatur

Althusser, Louis, 1968: Für Marx. Frankfurt/Main

Arendt, Hannah, 1991: Die persönliche Verantwortung unter der Diktatur. In: Konkret, Heft 6/1991, 34-44

Benjamin, Walter, 1972: Deutsche Menschen. Eine Folge von Briefen. In: Gesammelte Schriften IV.1. Hrsg. v. Rolf Tiedemann u. Hermann Schweppenhäuser. Frankfurt/Main, 149-233

Blumenberg, Hans, 1979: Schiffbruch mit Zuschauer. Paradigma einer Daseinsmetapher. Frankfurt/Main

Bosch, Herbert, 1986: Politik und Moral im jakobinischen Diskurs. In: Projekt Ideologietheorie: Der innere Staat des Bürgertums. Studien zur Entstehung bürgerlicher Hegemonie-Apparate im 17. und 18. Jahrhundert. Argument-Sonderband 111. Berlin, 101-150

Furth, Peter, 1991: Phänomenologie der Enttäuschungen. Ideologiekritik nachtotalitär. Frankfurt/Main

Holzkamp, Klaus, 1993: Lernen. Eine subjektwissenschaftliche Grundlegung. Frankfurt/Main u. New York

Inderthal, Klaus, 1978: Selbstgemachte Notwendigkeit. Zur Geschichte und Theorie einer populären Prosa: Detektiv- und Kriminalliteratur. In: Erhard Schütz (Hrsg.): Zur Aktualität des Kriminalromans. Berichte, Analysen, Reflexionen zur neueren Kriminalliteratur. München, 20-57

Labica, Georges, 1994: Robespierre. Eine Politik der Philosophie. Hamburg (Argument-Sonderband, Neue Folge 221)

Losurdo, Domenico, 1987: Immanuel Kant. Freiheit, Recht und Revolution. Köln

Markov, Walter, 1982: Revolution im Zeugenstand. Frankreich 1789-1799. Bd. 2: Gesprochenes und Geschriebenes. Leipzig

Pickerodt, Gerhard, 1982: Forster in Frankreich 1793. Die Krise der Revolution und die Krise des revolutionären Individuums. In: ders. (Hrsg.): Georg Forster in seiner Epoche. Berlin (Argument-Sonderband 87), 93-116

Prodoehl, Hans Gerd, 1982: Individuum und Geschichtsprozeß. Zur Geschichtsphilosophie Georg Forsters. In: Pickerodt (Hrsg.), a.a.O., 149-197

Schiller, Friedrich, 1972: Sämtliche Werke. Bd. IV: Historische Schriften. München

Soboul, Albert, 1973: Die große Französische Revolution. Ein Abriss ihrer Geschichte (1789-1799). 2 Bde., Frankfurt/Main

Tuschling, Burkhard, 1976: Rechtsform und Produktionsverhältnisse. Zur materialistischen Theorie des Rechtsstaates. Frankfurt/Main

Vinot, Bernard, 1989: Saint-Just. Stuttgart (Biographien zur Französischen Revolution. Hrsg. v. Peter Schöttler)

Vorschau

Z - Nr. 21

erscheint Anfang März 1995
mit dem Schwerpunktthema

Demokratie im Metropolenkapitalismus - Herrschaft und Grenzen der Emanzipation

und Beiträgen zur klassischen Marx-/Engelsschen Demokratiekritik, zum doppelten Maß der Menschenrechte, zur Verfassungsdebatte, zu Zivilgesellschaft und Demokratie, zu "Moderne-"Konzepten, neuem Demokratietyp und Reformalternative, zur Medien-/Informationsgesellschaft, zur Wirtschaftsdemokratie, zu Glanz und Elend des Parlamentarismus, zu Wolfgang Abendroths Position in den Demokratie- und Verfassungsdebatten, zur Rätedemokratie, zu Rosa Luxemburgs Parlamentarismuskritik u.a. Ferner Fortsetzung der Diskussion zur Wert-Preis-Transformation, Literaturschau u.a.

Rosa Luxemburg nach der Epochenwende 1989/90: Ein Idol wird besichtigt

Leben und Werk von Rosa Luxemburg finden in der Bundesrepublik Deutschland auch im letzten Dezennium des 20. Jahrhunderts ein fast schon erstaunliches Interesse. So sehr hinter mancher Publikation eine Art Reminiszenz an längst vergangene Zeiten vermutet werden darf, zeigen sich ebenso sehr Ansätze einer theoretischen Selbstverständigung über moderne Kapitalismuskritik und sozialistische Visionen. Dem nachfolgenden Beitrag geht es schlicht um eine Sammelrezension neuerer Monographien, wobei dem ideologischen "Gemurmel" und den politischen Grundkonzeptionen der TextproduzentInnen, die sich heute mit den Schriften Rosa Luxemburgs auseinandersetzen, besondere Aufmerksamkeit zukommen soll. Die abschließenden Bemerkungen zielen darauf ab, die Ikonographie der "vorbildlichen Revolutionärin" durch eine historisch-kritische Betrachtungsweise eines handelnden Subjekts abzulösen und hierdurch zu einer Selbsttätigkeit im Bereich der Theoriebildung zu gelangen.

"Ich war, ich bin, ich werde sein!"¹ Was Rosa Luxemburg kurz vor ihrer Ermordung die Revolution verkünden lassen wollte, gilt heute für die diversen Lesweisen ihrer Schriften und ihres Handelns. Luxemburg as usual, mithin Heroisierung, Parteiengzänk und historiographische Arbeit am Geschichtsbild, bestimmt das Bild. Die hinlänglich bekannte Instrumentalisierung von Theoriearbeit und politischen Biographien zur Legitimierung einer Parteipraxis setzt sich fort und der Streit, welcher Partei bzw. welcher Denkrichtung innerhalb der Linken die Luxemburg gehört, wird wohl unweigerlich weitergehen.

Dem ideologischen Himmelreich gehört aber an, daß Rosa Luxemburg in der Verehrung als revolutionäre Märtyrerin immer noch eine stellvertretende Unsterblichkeit zugeschoben wird, die die Orthodoxie dazu benutzt, ihr gewohntes Politikgeschäft zu betreiben. Unter sektentypischem Wirklichkeitsausschluß mündet die ikonographische Lesweise aber im individuellen Wiederholungszwang: Text, historisches Subjekt und Rezipient setzen sich in eins und dann kann es schon mal passieren, daß ein "stern"-Artikel über die PDS von einem Foto illustriert wird, das Rosa Luxemburg ikonographisch zitiert, aber in Wirklichkeit Sahra Wagenknecht ablichtet. Das stilisierte Bild imaginiert eine immerwährende Wahrheit.

¹ Das auf Ferdinand Freiligraths Gedicht "Die Revolution" zurückgehende Zitat findet sich in dem am 14. Januar 1919 in der Roten Fahne veröffentlichten Artikel "Die Ordnung herrscht in Berlin", abgedruckt in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1983, S. 531-536, hier S. 536.

Die Luxemburg-Literatur der letzten fünf Jahre ist aber weit weniger durch solche Schrullen denn durch konzeptionelle Kontinuitäten und historiographische Routinen geprägt. Zunächst ist darauf zu verweisen, daß weitgehend unbeeinflusst von der Epochenwende der Jahre 1989ff. regelmäßig neue Publikationen zu Leben und Werk Rosa Luxemburgs veröffentlicht werden. Wenn auch nicht mehr wie Mitte der 1980er Jahre das Luxemburg-Fieber grassiert, als der Film "Rosa Luxemburg" die polnisch-jüdisch-deutsche Sozialdemokratin und spätere Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands arg zusammengestutzt einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machte und im gleichen Zeitraum einige um Differenzierung bemühte Bücher erschienen², herrscht derzeit keineswegs eine publizistische Flaute.

Die schiere Heldenverehrung ist zwischenzeitlich deutlich zurückgegangen.³ Diese tritt nun nicht mehr als eine Art ideologischer Appell am Grab der revolutionären Märtyrerin auf; weit eher findet man heute Besinnungsbücher, denen Auszüge aus den edierten Schriften und Briefen als wehrlose Folie eigener Überzeugungen und Empfindungen dienen. Ein Musterbeispiel der Kategorie Meditationstext legte 1993 Reinhard Hoßfeld vor, worin der promovierte Philosoph seine Auffassungen über die DDR und die Welt, über Rassismus und Militarismus und vieles mehr preisgibt. Wichtigstes Gestaltungsmittel bildet hierin das ausgiebige Zitat Luxemburg'scher Textstellen, die auf der Grundlage der "Kühnheit des eigenen Urteils" beliebig mit heutigen Verhältnissen in Verbindung gebracht werden oder auch nur Anlaß sind, über die Versäumnisse der DDR-Führung zu assoziieren.⁴ Der umfangreiche Textkorpus der Luxemburg bildet hierbei nur den Steinbruch, um die eigenen, zumeist nicht sonderlich originellen Gedanken durch das ehrfürchtige Zitat aufzuwerten.⁵

Dient diese Form der Heroenverehrung gewöhnlicherweise individuellen Interessen, zielt das Gezänk im Umfeld von Parteien und Verbänden gemeinhin auf die Einreihung der Rosa Luxemburg in die jeweilige Ahnen-

² Vgl. etwa Die Linie Luxemburg - Gramsci. Zur Aktualität und Historizität marxistischen Denkens, Berlin; Hamburg 1989; Zeitmontage: Rosa Luxemburg. Hrsg. von Kristine von Soden, Berlin 1988.

³ Das Urteil bezieht sich allein auf die publizierten Monographien und einige ausgewählte Zeitschriften. Zeitungsveröffentlichungen wurden ebensowenig berücksichtigt wie die Reden der Berliner Gedenkfeiern der PDS anlässlich des Todestages von Rosa Luxemburg.

⁴ Reinhard Hoßfeld: Rosa Luxemburg oder Die Kühnheit des eigenen Urteils, Aachen 1993.

⁵ Nur zwei Beispiele: "Rosa Luxemburg würde es wahrscheinlich sehr betroffen machen, könnte sie beobachten, wie sich gegenwärtig 'all die kleinen Nationen' (und nicht nur die kleinen) gegenseitig die verschiedenen alten und neuen Rechnungen präsentieren, würde sie sehen, wie antiquierte Vergangenheitsreste, aktuelle Gegenwartsfragen und ungeahnte Zukunftsschwierigkeiten sich zu einem Knäuel von Widersprüchen verflechten, das zu entwirren dringend geboten ist." ebd., S. 82. "Doch bleiben wir bei der allerjüngsten Geschichte, als der Jetzt-BRD auch das gesamte Erbe der DDR in Sachen Ausländerpolitik zufiel, ein Erbe, das die Jetzt-BRD noch weniger als einst die DDR im Geiste der Völkerverständigung und Solidarität zu lösen vermochte." ebd., S. 96.

galerie, wodurch eine Kontinuität zwischen der Theoretikerin und der politischen Praxis hergestellt werden soll. Die Erbschaft blieb zwar zwischen der sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Linken stets umstritten, jedoch spielt Rosa Luxemburg in letzter Zeit in der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Diskussion nur noch eine geringe Rolle. Der 1990 veröffentlichte Protokollband einer DGB-Tagung "Rosa Luxemburg im Widerstreit" dokumentiert zwar die Bandbreite linker Leseweisen. Jedoch wurde der Gedankenaustausch durch tagespolitische Implikationen überlagert, wobei Annelies Laschitzka, die wohl wichtigste Luxemburg-Forscherin und -Editorin der früheren DDR, den orthodox-kommunistischen Gegenpart eines sozialdemokratischen Pluralismus zugewiesen bekam.⁶

Rosa Luxemburg als Präzeptorin des demokratischen Sozialismus ausgehen zu wollen, wie dies vor Jahren Peter Netti und Iring Fetscher vorschlugen⁷, liegt etwa Helga Grebing, die unter sozialdemokratischen Historikern nicht ohne Einfluß ist, fern. Allerdings stellte sie in ihrer 1991 erschienenen biographischen Würdigung Rosa Luxemburgs noch deren "grundsätzliche Option (...) der Erziehung des Menschengeschlechts zu Freiheit und Solidarität" heraus.⁸ Demgegenüber sprach beispielsweise Manfred Scharrer Rosa Luxemburg wegen ihrer "Abkehr von den demokratischen Traditionen der sozialistischen Bewegung" und ihrer Unterstützung der "Diktatur des Proletariats in Form eines Rátesystems" jegliche Vorbildrolle ab.⁹

Einzig Wolfgang Thierse, ostdeutsches Mitglied des SPD-Prásidiums, prüfte 1992 ernsthaft, welche Bedeutung Rosa Luxemburg für die Theorie und Praxis der heutigen Sozialdemokratie noch zukommt. Seine Gedenkrede zum 73. Todestag Rosa Luxemburgs kann schon den ungewöhnlichen Politikerreden zugerechnet werden, kommt doch Thierse zu einer vielschichtigen Würdigung Rosa Luxemburgs, die weder "lupenreine, linientreue Bolschewistin" gewesen sei, noch im Rahmen der wünschenswerten sozialdemokratischen Wiederentdeckung zur "lupenreinen Sozialdemokratin" erklärt werden solle.¹⁰ Bemerkenswerterweise sieht Thierse in Rosa Luxemburg eine "Schlüsselfigur ..., die in Deutschland den Versuch eines 'dritten Weges' zwischen bolschewistischem Zentralismus und sozialde-

⁶ Rosa Luxemburg im Widerstreit: Hattinger Forum. Hrsg. vom DGB-Bildungswerk e.V. Bildungszentrum Hattingen, Schüren 1990. Die Veröffentlichung des Tonbandmitschnitts war ohnehin ein Wagnis; mit der Implosion der DDR hat sich überdies ein Großteil der dortigen Diskussionspunkte erledigt.

⁷ Peter Netti: Rosa Luxemburg, Köln; Berlin 1967; Iring Fetscher: Marxistische Porträts, Stuttgart 1975, S. 111-152.

⁸ Helga Grebing: Rosa Luxemburg (1871-1919), in: Klassiker des Sozialismus. Hrsg. von Walter Euchner, München 1991, S. 58-71, hier S. 71.

⁹ Manfred Scharrer: Demokratie und Diktatur bei Rosa Luxemburg, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 33 (1991), Heft 4, S. 469-474, hier S. 472f.

¹⁰ Wolfgang Thierse: Zur Bedeutung von Rosa Luxemburg für die Theorie und Praxis der Sozialdemokraten. Potsdam 1992 (Schriftenreihe des Otto-Wels-Bildungswerkes), S. 8f.

mokratischem Reformismus" unternommen habe, und er wird in seiner Partei nicht nur Lorbeeren geerntet haben, als er unter Bezugnahme auf die Luxemburg'schen Bewertungen der russischen Oktoberrevolution sich nicht damit zufrieden gab, "aus dem festgestellten Scheitern des sowjetischen Weges einfach den Schluß zu ziehen, daß eben von Anfang an alles falsch war".¹¹

Seine durchaus pointierte wie differenzierte Argumentation, daß dem Luxemburg'schen Internationalismus im sozialdemokratischen Sinne durchaus "Vorbildcharakter" zukomme, während die Dichotomie Sozialismus oder Barbarei angesichts der heutigen ökologischen Probleme "allzu leicht in Fatalismus enden" könne, mündet in dem Fazit, daß die Sozialdemokratie Rosa Luxemburg als "widersprüchliche Persönlichkeit" akzeptieren solle, die zwar "keine Rezepte für die Tagesarbeit" liefern könne, aber "noch eine Menge zu sagen" habe.¹²

Kaum reger gestaltet sich die Diskussion im Umfeld der PDS. Sieht man einmal von einzelnen Aufsätzen in der Zeitschrift "Utopie kreativ" ab¹³, hat nur die PDS/Linke Liste in Rheinland Pfalz 1991 eine Schrift herausgebracht, die den Luxemburg'schen Demokratiebegriff zu rekonstruieren sucht.¹⁴ Das schmale Bändchen, das auf den Gesamtausgaben der Schriften bzw. Briefe fußt, kommt zum einen zu dem Ergebnis, daß Rosa Luxemburg mit dem Geschichtsdeterminismus der II. Internationale gebrochen habe. Zum anderen halte sie, ungeachtet der Ablehnung des bürgerlichen Staates und des Parlamentarismus an "bürgerlich-demokratischen Errungenschaften", etwa den Grundrechten, fest. Ihre Kritik an den repressiven Maßnahmen der Bolschewiki 1917/18 und der Bündelung der politischen Macht in den Händen einer Parteilite wurzelte nach Ansicht Bierls in ihrer "prinzipiellen Ansicht vom demokratischen Charakter des Sozialismus".¹⁵ Die Selbstbeteiligung der proletarischen Massen an der revolutionären Bewegung und an der politischen Macht erschien Rosa Luxemburg als *conditio sine qua non*, um den Sozialismus gemeinsam mit der Bevölkerungsmehrheit zu erstreiten und zu errichten - anstatt für bzw. gegen diese.

Bierl stellt zutreffenderweise heraus, daß Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept weit über den Parlamentarismus des frühen 20. Jahrhunderts hinausweist, weshalb sie sich unter dem Eindruck der Rátebewegung in Rußland für die sozialistische Rátedemokratie als institutionelle Form der Volksherrschaft entschied. Es ist aber nicht ganz abzusehen, inwieweit

¹¹ Ebd., S. 12 bzw. 16.

¹² Ebd., S. 22.

¹³ Vgl. etwa Manfred Müller: Rosa Luxemburg vorgestellt, in: Utopie kreativ, Heft 7, März 1991, S. 70-73; Helmut Bleiber: Irrtum oder Prophetie? Rosa Luxemburg und die nationale Frage, in: ebd., Heft 31/32, Mai/Juni 1993, S. 154-157.

¹⁴ Peter Bierl: Rosa Luxemburg - Die rote Demokratie, Mainz 1991.

¹⁵ Ebd., S. 80.

dem Rätemodell kurzerhand auch für die Gegenwart Vorbildfunktion zugewiesen wird, zumindest findet es die besondere Sympathie Peter Bierls. Darin zeigt sich die nur oberflächlich verdeckte linksradikale Grundposition des Autors, die wohl auch die mitunter doch recht kurzatmige Diktion verursacht und eine Neigung zur Couvriertung und Beschönigung mit sich bringt, wie etwa die Leugnung des offenkundig deterministischen Zugs in Luxemburg'scher Theorie.

Die abschließenden Bemerkungen, die die Aktualität Luxemburgs für linke Politik betreffen, lesen sich deshalb auch wie das Kurzprogramm eines zuvor vom "parlamentarischen Kretinismus" der Grünen Enttäuschten: "Fundamentale Opposition" lautet die Zauberformel und unter Bezugnahme auf Johannes Agnoli plädiert Bierl für "die prinzipielle Ablehnung des Status Quo, Betonung außerparlamentarischer Aktivität und bewußte Verletzung der repressiven politischen Spielregeln".¹⁶ Rosa Luxemburg wird in alter Rezeptionstradition sogleich vor den Karren gespannt, zielte ihr Handeln doch angeblich "in erster Linie auf selbständiges Handeln mit radikaler Zielsetzung". Bezeichnenderweise löst sich der Begriff der Radikalität von jeder inhaltlichen Füllung, und wenn auch behauptet wird, Rosa Luxemburg habe wichtige Anstöße für eine "radikale sozialistische Politik" geleistet, greift der Autor unterderhand die These wieder auf, Rosa Luxemburg biete einen theoretischen Ansatz für einen "dritten Weg".¹⁷

Offenbar entzündet sich in der PDS das interne Gezänk weniger an der Bewertung der Luxemburg'schen Auffassungen als vielmehr an der Frage, ob die Partei deren theoretische Hinweise angemessen berücksichtigt. Peter Bierl, der offenbar schon bald den Glauben an eine korrekte Luxemburg-Rezeption verloren haben muß, veröffentlichte daraufhin 1993 im ISP-Verlag ein weitgehend textidentisches Buch zum Demokratieverständnis Rosa Luxemburgs.¹⁸ Unter dem Titel "Alle Macht den Räten" verschärft er aber allein die tagespolitische Aussagen und stilisiert Rosa Luxemburg u.a. als Vordenkerin einer materiellen Existenzgarantie für "jede und jeden, unabhängig von der Verwertbarkeit ihrer Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsprozeß".¹⁹ So sehr sich Rosa Luxemburg in ihrem Aufsatz "Die Sozialisierung der Gesellschaft" für die "Arbeitsunfähigen" einsetzte und deren "reichliche Verpflegung, (...) usw." einforderte,²⁰ so wenig taugt der Beitrag zur vorschnellen Instrumentalisierung. Zum einen läßt Bierl hier die von Luxemburg vertretene Forderung nach "allgemeiner Arbeitspflicht

¹⁶ Ebd., S. 88.

¹⁷ Dieser grenze sich von den Antipoden "Sozialdemokratismus und Bolschewismus" ab, ebd., S. 89.

¹⁸ Die Publikation basiert auf einer politikwissenschaftlichen Magisterarbeit, vgl. Peter Bierl: *Alle Macht den Räten. Rosa Luxemburg: Räte-demokratie und Sozialismus*, Köln 1993, S. 109.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Rosa Luxemburg: *Die Sozialisierung der Gesellschaft*, in: dies.: *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin 1983, S. 432.

für alle Arbeitsfähigen" außer Betracht.²¹ Der Hinweis auf die anzustrebende Berücksichtigung der "Arbeitslust" führt ebenfalls an der Sache vorbei, da Rosa Luxemburg an anderer Stelle einen ganzen Katalog arbeitsethischer Tugenden, wie "innere Selbstzucht, geistige Reife, sittlicher Ernst", benannte, der sich bruchlos in die nicht ganz unproblematische Arbeitsideologie der sozialistischen Bewegung in Deutschland einfügt. Dazu paßt auch ihre Aussage, daß es im Sozialismus "ein müßiges Leben" nicht geben könne und sie schloß kurzerhand die "faulen, leichtsinnigen, egoistischen, gedankenlosen und gleichgültigen Menschen" ausdrücklich vom Aufbau der sozialistischen Gesellschaft aus.²² Peter Bierl gibt Rosa Luxemburg als Kronzeugin seiner politischen Ansicht aus und setzt damit die unselige Tradition der Instrumentalisierung fort.

Demgegenüber müht sich die ostdeutsche Diskussion um die in der früheren DDR unbearbeitet gebliebenen Themen einer umfassenden Luxemburg-Rezeption. Eine Tagung, die der PDS-nahe Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V. zum Thema "Rosa Luxemburg und die nationale Frage" durchführte und deren Referate und Diskussion im Juni 1993 in Form einer Protokollbroschüre dokumentierte,²³ knüpft an Vorüberlegungen an, die Annelies Laschitza in der ehemaligen DDR nicht realisieren konnte. Die wohl beste ostdeutsche Luxemburg-Kennerin Laschitza verweist im ihrem Referat darauf, daß die Problemfelder nationale Frage und Nationalismus die gesamten Schriften und Briefe Rosa Luxemburgs durchziehen.²⁴ Der prominente Luxemburg-Forscher Prof. Feliks Tych, der auf polnischer Seite als Pionier der wissenschaftlichen Editionen der Schriften und Briefe wirkte, stellte an gleicher Stelle klar, daß die Luxemburg'sche Bewertung von Fragen der nationalen Identität und des Nationalismus in marxistischen Zusammenhängen weitgehend in Lenins Optik gesehen wurde und die daraus resultierenden Verzerrungen erst allmählich durch entsprechende Sehhilfen korrigiert werden.

Tych kommt dabei zu dem Ergebnis, daß Luxemburgs Befürchtung, der Nationalismus könne die sozialistische Bewegung "sprengen" und die "integrativen Tendenzen des modernen zivilisatorischen Prozesses negativ beeinflussen", durch die aktuellen Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa eindrucksvoll bestätigt wurde.²⁵ Er ließ keinen Zweifel daran, daß sie die nationale Frage im Rahmen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die sie als die "höchste Form der demokratischen Befreiungsbewegungen" bewerk-

²¹ Ebd.; vgl. Bierl, *Macht*, S. 83 und 109.

²² Luxemburg, *Sozialisierung*, S. 434.

²³ Rosa Luxemburg und die nationale Frage - Materialien einer Tagung, Hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V., Potsdam 1993.

²⁴ Annelies Laschitza: Rosa Luxemburg über nationale Werte und nationalistische Gefahren, in: Rosa Luxemburg und die nationale Frage, S. 15-25, hier S. 15.

²⁵ Feliks Tych: Rosa Luxemburg und die nationale Frage - Motivation und politische Vorschläge, in: ebd., S. 5-12, hier S. 6.

tete, gewissermaßen aufgehoben fühlte und deshalb nationalen Werten oder Fragen des Nationalstaates nur eine "untergeordnete Bedeutung" zusprach. Gleichwohl zeigt nach Ansicht Tychs eine Analyse ihrer polnischen Schriften, daß Rosa Luxemburg in ihren Betrachtungen "immer von der Realität der Kategorie 'Nation'" ausging und demzufolge kein Grund vorliege, ihr eine ausdrückliche Mißachtung der Geschichtsmächtigkeit der nationalen Frage vorzuwerfen, wie dies etwa Lenin tat.²⁶ Das Verhältnis von Internationalismus und nationaler Frage in der politischen Konzeption Rosa Luxemburgs läßt sich nun keineswegs eindimensional bestimmen, und Tych bewertet deren Stellungnahmen zum Nationalstaat als Ausdruck der "postmodernen Vision des Fortschritts", die einen supranationalen Wirtschaftsraum und eine supranationale Gemeinschaft der gleichberechtigten Völker betraf. Da sich heute unter kapitalistischen Vorzeichen tatsächlich Formen eines Supranationalismus, etwa in der Europäischen Union, zu entfalten beginnen, wirkt ihre Kritik der wirtschaftlichen und staatlichen Zersplitterung denkwürdig modern, während sie ihren Zeitgenossen merkwürdig entrückt scheint.

So sehr dies eigentlich als Beleg der Historizität der Luxemburg'schen Auffassungen gelten kann, steckt darin zugleich die Gefahr voreiliger Aktualisierung von Theoremen.²⁷ Wenngleich die ausgegebenen Alternativen "Irrtum oder Prophetie" bei der Bewertung der Luxemburg'schen Position zur nationalen Frage zu kurz greifen und die Tagung zumindest teilweise noch damit beschäftigt war, die ideologischen Verknöcherungen der früheren DDR-Diskussion abzuschütteln, bildet die kleine Tagungsbroschüre einen ernstzunehmenden Beitrag zur historiographischen Arbeit am Luxemburg-Bild.

Nahm die Potsdamer Veranstalterin die aufbrechenden Nationalitätenkonflikte zum Anlaß, sich mit diesem wichtigen Aspekt des Luxemburg'schen Werks auseinanderzusetzen, mißt Peter Schyga den ökonomischen Schriften und insbesondere der Akkumulationstheorie Rosa Luxemburgs bei der Analyse des Ausbeutungsverhältnisses zwischen kapitalistischen Metropolen und der Dritten Welt eine hohe "Aktualität" bei.²⁸ Obgleich eine Bezugnahme auf Rosa Luxemburg beispielsweise in der kritischen Theorie abhängiger Entwicklung und der Dependencia-Diskussion fast schon periodisch auftritt, unterscheidet sich die Darstellung von Schyga in mehrerer Hinsicht von einem rein ideengeschichtlichen Implementierungsversuch. Zum einen macht sich der Hannoveraner Politikwissenschaftler die Mühe, die Luxemburg'sche Auffassung ihren historischen Entstehungszusammenhängen zuzuordnen und die empirische Stichhal-

²⁶ Ebd., S. 8.

²⁷ Siehe etwa den Diskussionsbeitrag von Prof. Eugen Faude, in: ebd., S. 34f.; Virve Manninen: Zur nationalen Komponente in Rosa Luxemburgs Revolutionsbegriff in der Zeit der ersten russischen Revolution 1905/06, in: ebd., S. 29-33.

²⁸ Peter Schyga: Kapitalismus und Dritte Welt. Zur Aktualität der Akkumulationstheorie Rosa Luxemburgs, Frankfurt/M. 1993.

tigkeit der Thesen am Beispiel der bereits von Luxemburg herangezogenen ägyptischen Entwicklung zu prüfen. Zum anderen geht er der Luxemburg'schen Verknüpfung der "Akkumulation an die stoffliche Seite des Mehrprodukts" und der "Ausdehnung der kapitalistischen Akkumulation in nichtkapitalistische Sphären" nach und kommt auf dieser Grundlage zu dem Ergebnis, daß in der Dritten und Vierten Welt die Entwicklung und Industrialisierung durch "die stofflichen Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion unter kapitalistischen Verhältnissen" strukturell limitiert sind.

Die idealtypisch stets unterstellte "Unendlichkeit stofflicher Ressourcen kapitalistischer Reproduktion" bildet aber nicht zuletzt unter ökologischen Gesichtspunkten einen fortschrittsoptimistischen Mythos, weshalb eine unbegrenzte Entwicklung der Produktivkräfte ausgeschlossen werden muß. War Rosa Luxemburg der Ansicht, daß die kapitalistischen Wirtschaftsformen eine ständige territoriale Expansion bräuchten, da sie "ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihr Nährboden" nicht existieren könnten²⁹, sieht Schyga - sofern nicht "Konzepte und Möglichkeiten gesellschaftlicher Kontrolle weltweiter Akkumulation" politisch durchgesetzt werden können - ein Ende der kapitalistischen Produktion erst erreicht, wenn die stoffliche Seite der Kapitalverwertung "nicht mehr reproduzierbar" sein wird.³⁰ Schyga stellt damit die Luxemburg'sche Zusammenbruchsthese in einen neuen Zusammenhang, wonach die Kapitalexpansion notwendigerweise in der zivilisatorischen Barbarei endet, die die eigene Existenzgrundlage gleichsam auf höchstem Produktivkraftniveau verbraucht.

Ordnet sich die Wiederentdeckung Luxemburg'scher Ideen hier politikwissenschaftlichen und entwicklungspolitischen Diskussionen zu, pflegen in der Geschichtswissenschaft zu Jahrestagen fast schon automatisch Publikationen zu entstehen. So rekapitulierte der Oldenburger Sozialhistoriker Erhard Lucas-Busemann in einer akademischen Rede anläßlich des 70. Todestages von Rosa Luxemburg die historische Bedeutung des Doppelmordes in der Nacht vom 15./16. Januar 1919, dessen Verlauf jüngst von dem Filmemacher und Drehbuchautoren Klaus Gietinger anhand neuer Quellenfunde exakt rekonstruiert werden konnte.³¹ Zwei Aspekte der Darstellung von Lucas-Busemann stimmen äußerst nachdenklich. Er kommt zum einen zu dem Ergebnis, daß die SPD-Führung in der revolutionären Nachkriegsphase den "tödlichen Prozeß" nachgerade "geduldet" hatte, in dessen Verlauf u.a. auch der Doppelmord an Luxemburg und

²⁹ Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, in: dies.: Gesammelte Werke. Bd. 5, Berlin 1985, S. 411.

³⁰ Peter Schyga: Kapitalismus und Dritte Welt. Zur Aktualität der Akkumulationstheorie Rosa Luxemburgs, Frankfurt/M. 1993, S. 95.

³¹ Klaus Gietinger: Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L., Mainz 1993; vgl. auch die Rezension von Klaus D. Fischer in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 17 (März 1994), S. 185f.

Liebknecht geschah.³² Zum anderen hatte die kurz zuvor gegründete KPD durch die Huldigung eines Gewaltkultes ihren eigenen Anteil an der verhängnisvollen Dynamik. Ganz im "Dienste der Göttin Revolution" stehend, sprach sich das unter wesentlicher Beteiligung von Rosa Luxemburg formulierte Programm des Spartakusbundes beispielsweise für eine "Sondergerichtsbarkeit" und die bewaffnete Unterdrückung einer Klasse durch eine andere aus. Damit wurde der zerstörerische Kreislauf weiter angeheizt, der nur etwas mehr als ein Jahrzehnt später für die gesamte Arbeiterbewegung zum hinabreißenden Strudel wurde.³³

Die eine voreilige Parteinahme vermeidende Perspektive ist noch nicht in jedem Fall zur Selbstverständlichkeit innerhalb der Historiographie geworden, wengleich deutliche Fortschritte verzeichnet werden konnten. So dokumentiert das anlässlich des 120. Geburtstages Rosa Luxemburgs durchgeführte Symposium einerseits die unterschiedlichen Rezeptionstraditionen, macht aber andererseits - ähnlich wie eine gleichfalls 1991 in Tokio abgehaltene Tagung³⁴ - durch den beginnenden Dialog Hoffnungen auf innovatorische Momente.³⁵ Welch weite Wege innerhalb weniger Jahre zurückgelegt wurden, zeigt stellvertretend Annelies Laschitzka. Noch 1990 galt Rosa Luxemburgs Werk in der formalisierten Parteisprache als ein "unerschöpflicher Quell lebensspendender Energien", und bezüglich der Berücksichtigung von demokratischen Prinzipien war von der "kritischen Überwindung eigener Interpretationsschwächen" die Rede.³⁶ Die Berliner Luxemburg-Forscherin blieb noch dabei, Rosa Luxemburg als "Kampfgefährtin Lenins" auszuweisen und die beiderseitig "übereinstimmenden Auffassungen vom Marxismus als der wissenschaftlichen Theorie für die revolutionäre Befreiung der Arbeiterklasse durch die Eroberung der politischen Macht, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und für die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln" herauszustellen. Die Behauptung, daß beide "um die politisch-ideologische Rolle (wußten), die in diesem komplizierten Ringen die revolutionäre Partei bei der Entwicklung von Massenaktivitäten und bei der Befähigung zu erfolgrei-

³² Erhard Lucas-Busemann: Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknichts. Auch nach 70 Jahren Anlaß der Trauer und des Nachdenkens, Oldenburg 1990 (Oldenburger Universitätsreden, Nr. 34), S. 46.

³³ Ebd., S. 46 bzw. 48; seine zutreffende Analyse der letzten Endes auf einen religiösen Kern der marxistischen Geschichtsteleologie verweisenden Wortwahl in der späten Publizistik Rosa Luxemburgs kann an dieser Stelle nur vermerkt werden.

³⁴ Elke Keller / Eckhard Müller; Internationales Rosa-Luxemburg-Symposium. Bericht, in: BzG 33 (1991), Heft 4, S. 513-515; Annelies Laschitzka: Rosa-Luxemburg-Symposium in Tokio, in: ebd. 34 (1992), Heft 3, S. 101-104.

³⁵ Vgl. etwa Annelies Laschitzka: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: ebd. 33 (1991), Heft 4, S. 435-452; Hans-Josef Steinberg: Zur Behandlung Rosa Luxemburgs in der Bundesrepublik Deutschland, in: ebd., S. 452-457; Narihiko Ito: Was bedeuten Rosa Luxemburgs Gedanken für unsere Zukunft? in: ebd., S. 463-468.

³⁶ Annelies Laschitzka: Vorwort, in: Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts "Zur russischen Revolution" und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin, Berlin 1990, S. 7-32, hier S. 10 bzw. 32.

chem Klassenkampf wahrzunehmen hatte", verwischte, was die Parteitheorie und die Beurteilung der Selbsttätigkeit der revolutionären Subjekte betraf, den offenkundigen Gegensatz zwischen Rosa Luxemburg und Lenin.³⁷

Allerdings verdeutlichte 1991 ihr Einleitungsreferat "Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart", das eine öffentliche Revision älterer Auffassungen darstellte, den wissenschaftlichen Paradigmenwechsel. Schließlich zeigt ihr 1993 veröffentlichter, überaus abgewogener und die Widersprüchlichkeiten zwischen internationalistischer Grundorientierung und partieller Berücksichtigung von nationalen Werten keineswegs verdeckender Beitrag "Rosa Luxemburg über nationale Werte und nationalistische Gefahren", daß sie die politischen "Erfahrungen und theoretischen Anregungen" Rosa Luxemburgs zum "weiteren Nachdenken" genutzt hat.³⁸

Die Frage, welche Faktoren den Weg Rosa Luxemburgs in der internationalen Arbeiterbewegung maßgebend bestimmt haben, beschäftigt insbesondere auch die biographische Literatur. Die seit 1990 in deutscher Übersetzung vorliegende Luxemburg-Biographie von Elzbieta Ettinger macht mit ihrer überaus einfühlsamen Schilderung der "privaten" Rosa Luxemburg die dreifache Diskriminierung als Frau, als Jüdin und als Gehbehinderte zum eigentlichen Motiv des politischen Engagements, mit dem die gesellschaftlichen und privaten Benachteiligungen und Ausgrenzungen kompensiert werden sollten.³⁹ Obwohl Elzbieta Ettinger durch die Einbeziehung bislang vernachlässigter Quellen, etwa der Korrespondenz mit ihrer in Warschau lebenden Familie, die Prägung durch das liberale Judentum aufzeigt und durch die Schilderung der Beziehungen zu Leo Jogiches manche Lebenskrisen nachvollziehbar macht und manche politische Initiative erklärt, kann sich eine Würdigung von Rosa Luxemburg darin nicht erschöpfen. Da Elzbieta Ettinger die Rückwirkungen der "großen" Politik auf Person und Werk Rosa Luxemburgs ausblendet und die Interdependenzen zwischen der institutionellen Dynamik der Organisationen der internationalen Arbeiterbewegung und der Entwicklung der Politikerin unterschätzt, kommt kein ausgewogenes Bild des revolutionären Wirkens, mithin keine "politische" Biographie, zustande. Ungeachtet dessen ist aber ein spannendes und lesenswertes Buch entstanden, was über die zuletzt erschienene Biographie von Max Gallo keineswegs gesagt werden kann.

Der französische Historiker zeigt sich unfähig, die nötige Distanz zum handelnden Subjekt zu halten und malt Rosa Luxemburg als revolutionäre

³⁷ Ebd., S. 25f.

³⁸ Annelies Laschitzka: Zum Umgang mit Rosa Luxemburg in Vergangenheit und Gegenwart, in: BzG 33 (1991), Heft 4, S. 435-452; dies.: Rosa Luxemburg über nationale Werte und nationalistische Gefahren, in: Rosa Luxemburg und die nationale Frage, S. 15-25, hier S. 24.

³⁹ Elzbieta Ettinger: Rosa Luxemburg. Ein Leben, Bonn 1990; vgl. auch die Rezensionen von Feliks Tych: Liebende Revolutionärin, in: DIE ZEIT vom 9.11.1990; Elke Keller, in: BzG 33 (1991), Heft 4, S. 556f.

Ikone. Die Empathie des sprachlichen Ausdrucks und das politische Understatement des Biographen wollen die Leserschaft zur emotionalen Kumpanei verführen, wenn er den Mord dahingehend kommentiert: "Rosa Luxemburgs Stimme war verstummt, aber die Kohlmeisen tschilpten".⁴⁰ Die Darstellung steckt voller Stereotypen, und es war fast zu erwarten, daß vom 13. Juni 1919, als Rosa Luxemburg in Friedrichsfelde beerdigt wurde, als "herrlicher Tag" die Rede ist, und selbst "die Luft ist erfüllt von den Frühlingsdüften, die Rosa so liebte".⁴¹ Sieht man einmal davon ab, daß wohl nur Frauen in biographischen Porträts ständig mit dem Vornamen genannt werden, widerspricht der betriebene Märtyrerkult, der Rosa Luxemburg bemerkenswerterweise in eine Reihe mit "Franz von Assisi, Savonarola, Luther, Jaurès, Guevara" stellt,⁴² einer kritischen Würdigung von Person und Werk. Stattdessen erheischt Max Gallo allein staunende Bewunderung.

Dementsprechend behauptet Gallo, Rosa Luxemburg verkörpere "in der Politik Überzeugtheit und Leidenschaft, mythische Inbrunst und religiösen Glauben an ein Ziel".⁴³ An anderer Stelle urteilt er, daß sie "nicht zu den Zynikern und Henkern gehört, selbst wenn Mystizismus und Glauben ihren Blick trübten".⁴⁴ So interessant eine Analyse der religiösen Momente in den Schriften Rosa Luxemburgs wäre, dürften diese Zuschreibungen weit eher dem Denkhorizont des Biographen entnommen sein.⁴⁵ Seine Hagiographie zeigt sich dergestalt gleichermaßen unbeeindruckt wie beeindruckt von der Epochenwende des Jahres 1989. Ohne Blick für die neuen Fragen an Biographie und Texte flieht er in den revolutionären Weihrauch.

Sowohl im Positiven wie im Negativen kehrt also gewissermaßen historiographische Normalität ein, die sich vielleicht am Augenfälligsten in der Fortsetzung der Editionstätigkeit zeigt. Sieht man einmal von einer 1990 im Berliner Dietz-Verlag publizierten Buchausgabe von Texten Rosa Luxemburgs ab, die in der Spätphase der DDR öffentlichen Gebrauch fanden⁴⁶, druckte die "Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung" einen 1911 verfaßten, von Feliks Tych wiederentdeckten und bis dahin unveröffentlichten Text zur Lage der rus-

⁴⁰ Max Gallo: Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Zürich 1993, S. 375.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd., S. 378.

⁴³ Ebd., S. 376.

⁴⁴ Ebd., S. 377.

⁴⁵ Die häufige Verwendung von Begriffen wie Ketzer, Auferstehung, Apoteose und Martyrium deuten in diesen Richtung.

⁴⁶ Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts "Zur russischen Revolution" und anderen Quellen zur Polemik mit Lenin, Berlin 1990.

sischen Sozialdemokratie ab.⁴⁷ Darüber hinaus legte der Dietz-Verlag im vergangenen Jahr trotz schwieriger Rahmenbedingungen den sechsten Band der Gesammelten Briefe vor.

Darin hat die Herausgeberin und Bearbeiterin Annelies Laschitzka 276 Briefe, Postkarten und Telegramme aufgenommen, die Rosa Luxemburg entweder an ausländische Adressaten richtete bzw. die seit Herausgabe der ersten fünf Bände neu aufgefunden wurden oder die, wie Liebesbriefe an Kostja Zetkin, als "sehr intime Quellen" in den ersten fünf Bänden der Brief-Edition unveröffentlicht geblieben waren.⁴⁸ Mit diesem in drei Teile zerfallenden Ergänzungsband gelang es der Herausgeberin dankenswerterweise, die Gesamtausgabe der Briefe einstweilen abzuschließen. Wenn sich auch bei solchen Editionsprojekten immer nachträglich die Frage erhebt, ob denn wirklich alle aufgefundenen Schnipsel veröffentlicht werden mußten⁴⁹, so ist Annelies Laschitzka für ihre Hartnäckigkeit und Sorgfalt zu danken, mit der sie das vorhandene Textmaterial bereitgestellt hat, anhand dessen man/frau sich selbst ein Bild machen kann. Von wohl noch größerer inhaltlicher Bedeutung wird aber die von Feliks Tych vorbereitete Herausgabe der sogenannten Polnischen Schriften sein, die in etwa zwei Jahren als sechster Band der Gesammelten Werke vorliegen werden. Auf dieser Grundlage wird dann die polnische bzw. jüdische Teilidentität der jüdisch-polnisch-deutschen Revolutionärin weit vielschichtiger bestimmt werden können, als dies bislang üblich war.⁵⁰

Aber genau darum sollte es in Zukunft gehen: Die Multidimensionalität, Ambivalenz und Widersprüchlichkeit ihrer Schriften und Publizistik, ihrer Briefe sollen intensiver herausgearbeitet werden. Dabei sind insbesondere auch ihre Wahlkampf-, Parteitags- und sonstigen Reden, die noch nicht umfassend erschlossen sind⁵¹, einzubeziehen, da das situative Sprechen eine andere Sorte Text erzeugt. Vielleicht zeigt sich, daß die Popularität und das Ansehen, das Rosa Luxemburg genoß, weit mehr aus den öffentlichen Auftritten und der Berichterstattung über solche Ereignisse als aus einer systematischen Lektüre ihrer Schriften resultierten. Ohnehin steht

⁴⁷ Feliks Tych: Ein unveröffentlichtes Manuskript von Rosa Luxemburg zur Lage in der russischen Sozialdemokratie (1991), in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung (IWK) 1991, Heft 3, S. 339-357.

⁴⁸ Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe. Bd. 6. Hrsg. von Annelies Laschitzka, Berlin 1993, S. 4; vgl. auch Feliks Tych: Drei unbekannte Briefe Rosa Luxemburgs über die Oktoberrevolution in: IWK 1991, Heft 3, S. 357-366.

⁴⁹ Siehe etwa die Besprechung von Frigga Haug, in: Das Argument Nr. 205 (1994), S. 470-474.

⁵⁰ Vgl. etwa Georg W. Stobel: Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD. Der polnische "europäische" Internationalismus in der russischen Sozialdemokratie, Wiesbaden 1974; Ines Mietkowska-Kaiser / Gerd Kaiser: Rosa Luxemburgs geistiges Erbe in Polen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 33 (1991), Heft 4, S. 458-462.

⁵¹ Vgl. etwa Masao Nishikawa: Rosa Luxemburg in Bremen. Eine Dokumentation, in: IWK 1990, Heft 4, S. 509-525; Horst Hensel: Rosa Luxemburg und die Wahlrechtsdemonstration der SPD vom 10. April 1910 in Kamen, in: BzG 29 (1987), Heft 2, S. 243-245.

die allermeiste Sekundärliteratur über Rosa Luxemburg in einer recht starren Tradition der hermetischen Ideologie- oder Geistesgeschichte, die von neueren Verfahren der Textarbeit, etwa der Diskursanalyse, überhaupt noch nicht erreicht wurde.

Die obenstehenden Beispiele dürften gezeigt haben, daß die undistanzierte Idolisierung der Person und kritiklose Stilisierung der Luxemburg'schen Auffassungen jeglicher ernstzunehmender Rezeption diametral entgegenstehen. Solche TextproduzentInnen schreiben auf verschiedene Weise, auf jeden Fall aber interessengeleitet und/oder zum Zwecke psychologischer Kompensation, die Luxemburg-Mythen fort: So wird der Humanismus der Luxemburg, ihre seelische Empfindsamkeit und ihr Mitgefühl für die geringste aller Kreaturen allzuoft mit den ornithologischen Passagen ihrer Briefe bewiesen, wenn nicht gar die anrührende Büffelgeschichte herausgekratzt wird. Im Grunde können die Briefen entnommenen Belege anderslautende öffentliche Verlautbarungen nur bedingt außer Kraft setzen, weit wichtiger ist wohl die erzählte Geschichte: Schaut her, die Revolutionärin ist ein Mensch/eine Frau! Manch einer muß sich offenbar einschärfen, was er selbst an Rosa Luxemburg gerade nicht erkennt: ihre vitale Individualität.

Um die Aktualität und Historizität der Auffassungen Rosa Luxemburgs bestimmen zu können, muß über die Konstatierung gewisser Selbstverständlichkeiten hinausgeschritten werden. Eine Geschichtsschreibung, die zwischen den Polen Heroisierung und Historismus verbleibt, dürfte nicht befähigt sein, einen merklichen Erkenntnisfortschritt zustandezubringen. Eine Neuorientierung der Luxemburg-Forschung erfordert aber auch weit mehr als nur die ostentative Legendenzerstörung.⁵² Die Einordnung des Textmaterials in den jeweiligen Entstehungszusammenhang, die Zurückhaltung bei der Destillierung von orientierenden Theoremen und die Betonung der Kritik (als Methode und Ergebnis) dürften vielleicht erste Schritte einer u.a. von Mario Keßler befürworteten Historisierung Rosa Luxemburgs möglich machen.⁵³

⁵² Georg W. Strobel: Die Legende von der Rosa Luxemburg. Eine politisch-historische Betrachtung, in: IWK 1992, Heft 3, S. 373-394.

⁵³ Diskussionsbeitrag von Mario Keßler, in: Rosa Luxemburg und die nationale Frage, S. 47. Siehe in einem der nächsten Hefte von Z auch Manfred Grieger: "Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei" bei Rosa Luxemburg. Zu einer charakteristischen Dichotomie in der marxistischen Theorie.

Emmerich Nyikos

"Periphere Revolutionen" im Globalsystem

1.

In seiner "Dynamik des Kapitalismus" sagt Fernand Braudel mit Recht, daß die Welt doppelt gespalten sei, nämlich das eine Mal innerhalb einer jeden Gesellschaft in Klassen, das andere Mal auf globaler Stufenleiter in Zentrum und Peripherie.¹ Dieser Gedanke ist freilich nicht neu: Man kann ihn zurückverfolgen über Wallerstein und Frank, Baran und Sweezy bis hin zu den ersten Ansätzen bei Rosa Luxemburg, Bucharin und Lenin.² Daher erstaunt es umso mehr, daß bisher kaum Versuche unternommen wurden, dieses Konzept der doppelten Spaltung fruchtbar zu machen im Hinblick auf die Analyse der Regime "sowjetischen Typs",³ Regime, die so gar nicht in das klassische Schema der Formationstheorie passen wollen und sich offensichtlich gegen die Einordnung in die Marxsche Klassifikation als "Assoziation freier Produzenten" sperren. Wenn dennoch hartnäckig an dieser Sichtweise festgehalten wird, so liegt dies wahrscheinlich nicht zuletzt daran, daß das Weltsystemkonzept, das seit Wallerstein populär wurde, noch in den Kinderschuhen steckt und so, wie es üblicherweise präsentiert wird, erhebliche Mängel aufweist. Dessenungeachtet soll hier der Versuch gemacht werden, die Revolutionen, die seit 1917 "die Welt erschüttert haben", aus dem Blickwinkel des kapitalistischen Globalsystems zu betrachten, d.h. eine Perspektive einzunehmen, die meines Erachtens der Natur dieser historischen Tatsachen besser gerecht wird.

2.

Beginnen wir damit, ein, wenn auch skizzenhaftes, Modell des kapitalistischen Weltsystems zu entwerfen, das in der Folge als theoretischer Rahmen unserer Überlegungen dienen kann. Im Gegensatz zu Wallerstein würde ich vorschlagen, das "moderne Weltsystem" nicht als Netz von Aus-

¹ "Nach wie vor teilt sich die Welt strukturell in Privilegierte und Nichtprivilegierte. Man könnte von einer Welt-Gesellschaft sprechen, die ebenso hierarchisch strukturiert ist wie die Gesellschaft eines Landes, zwar sehr stark vergrößert, aber dennoch erkennbar. Mikrokosmos und Makrokosmos haben letztlich die gleiche Struktur." (F. Braudel, Die Dynamik des Kapitalismus, Stuttgart (1986), S. 74)

² Schon bei Marx und Engels finden sich gelegentlich Anklänge. So heißt es im Manifest: "Wie sie (die Bourgeoisie, E.N.) das Land von der Stadt, hat sie die barbarischen und halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht." (K. Marx/ F. Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW 4, S. 466)

³ Zu den Ausnahmen zählt H. Hofbauer, Peripherer Kapitalismus in Osteuropa, in: Österreichische Gesellschaft für Kritische Geographie (ÖGKG) (Hg.), Alte Ordnung - Neue Blöcke? Polarisierung in der kapitalistischen Weltwirtschaft, Wien (1994), S. 91-103.

tauschbeziehungen zu betrachten, das eine internationale Arbeitsteilung begründet und das größer ist als jede gegebene staatliche Einheit⁴, sondern als historisch expandierendes überregionales Gebilde, das aus Subsystemen besteht, die dergestalt miteinander gekoppelt sind, daß die kapitalistischen Instanzen eines dieser Subsysteme (d.h. die dominanten kapitalistischen Gruppen und ihre staatlichen Organe) der Tendenz nach den gesamten globalen Produktionsprozeß kontrollieren, oder mit anderen Worten: Die Schaltzentralen dieses Produktionsprozesses konzentrieren sich in einigen wenigen Zonen (dem "Zentrum" oder den Metropolen), was auf seiten der anderen Zonen (der "Peripherie" oder der Satelliten) der Tatsache entspricht, daß sich deren Steuerungszentren nach außen verlagern, diese Zonen daher externer kapitalistischer Kontrolle unterliegen. Wir haben es demnach mit einem hierarchischen System zu tun, dessen Steuerungskapazität ungleich verteilt ist.

Betrachten wir die Sache ein wenig näher: Wenn hier von einem kapitalistischen Globalsystem die Rede ist, so setzt dies offensichtlich die Existenz von Kapital voraus, ja nicht nur von Kapital als solchem, sondern von Kapital als autonomer gesellschaftlicher Kraft, die in der Lage ist, innerhalb des historischen Prozesses als Determinante aufzutreten. Es mag sein, daß Ansätze hierzu auch außerhalb des Okzidents anzutreffen waren (in China zum Beispiel), Tatsache ist jedoch, daß die atlantischen Anrainerstaaten nicht nur - im Anschluß an das "Jahr tausend" - eine besonders dynamische Proto-Bourgeoisie hervorgebracht hatten, sondern auch - aufgrund besonderer Umstände, auf die einzugehen hier zu weit führen würde - um das Jahr 1450 herum eine spezifische historische Konstellation vorfanden, die sie förmlich in die Expansion über die eigenen Grenzen hinaus hineinziehen sollte. Dieses Ausgreifen nun markiert den Beginn der Etablierung des kapitalistischen Weltsystems. Denn insofern Kapital (massiv unterstützt von vorerst noch weitgehend traditionellen Staaten, die sich erst allmählich zu bürgerlichen Staaten formieren) von einer Zone aus in andere Zonen expandiert und sich die dortigen Produktivsysteme allmählich unterordnet, ohne daß dem eine Gegenbewegung entsprechen würde (es sich also um einseitige Penetration, nicht um gegenseitige Durchdringung handelt), konzentriert sich der Ausgangs- und Endpunkt des kapitalistischen Prozesses (G-W-G') in eben dieser Zone, den Ursprungsländern des Kapitals (seinem Hauptquartier), was der Kontrolle der strategischen Variablen der Produktivsysteme der unterworfenen Zonen durch auswärtige kapitalistische Instanzen entspricht.

Die Subordination unter das okzidentale Kapital erfolgte dabei auf den verschiedensten Wegen (zeitlich und räumlich differenziert): durch Kolo-

⁴ Siehe z. B. I. Wallerstein, Aufstieg und künftiger Niedergang des kapitalistischen Weltsystems, in: D. Senghaas (Hg.), Kapitalistische Weltökonomie, Frankfurt/Main (1982), S. 35; ders., Die Zukunft der Weltökonomie, in: J. Blaschke (Hg.), Perspektiven des Weltsystems, Frankfurt/Main-New York (1983), S. 223.

nialisierung (offene Unterwerfung), de-facto-Kolonialisierung ("Halbkolonien") oder aber auf dem Weg der "friedlichen Durchdringung" (obwohl natürlich Peripherisierungsprozesse immer ein Moment der Gewalt mit einschließen).

3.

Dieser letztere Typ, die friedliche Penetration, verdient unsere besondere Aufmerksamkeit, nicht nur, weil die Dinge hier nicht so klar liegen wie in den beiden anderen Fällen, sondern auch, weil er für unser unmittelbares Thema von entscheidender Wichtigkeit ist. Es ist verschiedentlich mit Recht darauf verwiesen worden, daß der Kontakt mit dem Auslandskapital und die Integration in ein internationales Austauschsystem nicht in allen Fällen zur Peripherisierung führten⁵, woraus man irrtümlicherweise geschlossen hat, daß das Kapital der Metropolen überall und jederzeit (sofern nur keine direkte Gewalt im Spiel ist) für die Länder, die es aufnimmt, eine positive Rolle spielt. Tatsache ist freilich, daß selbst im Falle einer versuchten gewaltsamen "Öffnung" der Umstand ausschlaggebend ist, ob vor oder nach dem Eindringen des fremden Kapitals eine bürgerliche Reform durchgeführt wurde (wie die Meiji-Restauration 1868 in Japan), d.h. die institutionellen Verhältnisse radikal denen in den metropolitanen Ländern angeglichen wurden und somit der einheimischen Bourgeoisie der Weg zu einer autonomen dynamischen Entfaltung geebnet worden ist. Ist das der Fall, dann wird das Auslandskapital in der Regel als Hebel des einheimischen Kapitals fungieren, als weitere Hilfsquelle seiner autonomen Performance. Wenn nicht, dann ist Peripherisierung wahrscheinlich. Dabei sollte zwischen formaler und realer Kontrolle durch das Auslandskapital unterschieden werden, d.h. zwischen Verhältnissen, die das Auslandskapital zwingen, so zu operieren, als ob es einheimisches Kapital wäre, und solchen, die es ihm erlauben, Aktionen zu setzen, die den Bedürfnissen des betreffenden Landes diametral entgegengesetzt sind. Zu den Triebkräften nun, die ursprünglich formale in reale Kontrolle verwandeln, zählen die "Schwäche" des Staates (die selbst wiederum eine Funktion der Außenverschuldung, der Zahlungsbilanz usw. ist), die Kanalisierung ausländischer Anleihen (Verschwendung [Rüstung, Prestigeprojekte usw.] versus Verwendung für produktive Zwecke), staatliche Konzessionen an das Auslandskapital, die Dominanz einer traditionellen Elite (Landeigentümer), die mangelnde Dynamik der einheimischen Bourgeoisie, die Gleichgültigkeit des Staates dieser Bourgeoisie gegenüber und einiges andere mehr. Es versteht sich von selbst, daß sämtliche hier aufgeführte Variablen eng miteinander verflochten sind, in einer Wechselbeziehung stehen, die so komplex ist, daß auf theoretischer Ebene kaum Aussagen über das zukünftige Schicksal von Ländern gemacht werden

⁵ Siehe z. B. I.T. Berend/G. Ranki, The European Periphery and Industrialization 1780-1914, Budapest (1982), S. 141.

können, die im Begriff stehen, sich fremdem Kapital zu öffnen. - Es ist lediglich möglich, konkrete historische Prozesse der Peripherisierung post festum nachzuzeichnen.

4.

Würde man eine solche historische Analyse retrospektiv vornehmen, so würde man zu einem vielleicht überraschenden Ergebnis kommen: Denn es spricht vieles dafür, daß das Zarenreich vor 1917 und die Länder, die an seine Westflanke grenzen, diesem oben erwähnten dritten Typ der Peripherisierung zuzurechnen sind. Das ist im Hinblick auf solche Staaten wie die Balkanländer Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien mehr als ersichtlich, weniger vielleicht im Falle Ungarns und Polens⁶, während der Status des russischen Reiches vor der Oktoberrevolution einige Schwierigkeiten macht, auf die wir noch zurückkommen werden.

In der Tat, dieser Status ist höchst umstritten - und war es von Anfang an. Paradoxerweise ahnten schon die historischen Führer des linken Flügels der russischen Sozialdemokratie, namentlich Trotzki und Lenin, daß die russische Bourgeoisie so etwas wie ein Agent des Auslandskapitals sein könnte, obwohl diese Ahnung in ihren Überlegungen eher im Hintergrund blieb. So bemerkte Lenin 1917 lakonisch: "Das russische Kapital ist eine Filiale der internationalen 'Firma', die mit Hunderten Milliarden Rubel operiert und 'England und Frankreich' heißt."⁷

Im Anschluß an solche Bemerkungen und die Berechnungen des russischen Statistikers Ol hinsichtlich der Präsenz des ausländischen Kapitals in Rußland entspann sich in den Anfangsjahren der Sowjetunion eine lebhafte Diskussion unter sowjetischen Historikern über den Platz des Zarenreiches im imperialistischen System, in der die - zweifellos überspitzte - These von der "halb-kolonialen Abhängigkeit Rußlands vom Auslandskapital" nicht wenige Anhänger fand (Vanag, Ronin, Kricman u.a.). Diese Diskussion wurde indessen 1931 auf klassisch-stalinistische Weise brutal

⁶ Vgl. u.a. A. Teichova, Kleinstaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit, Wien (1988); G. Ranki, Economy and Foreign Policy. The Struggle of the Great Powers for Hegemony in the Danube Valley 1919-1939, Boulder (1983); Z. Landau, Foreign Capital in Poland 1918-1939, in: Acta Poloniae Historica 59 (1989); S. Damianov, Sur l'importance des investissements nationaux et étrangers dans l'industrie du Sud-Est européen (fin du XIXe - début du XXe siècle), in: Etudes balkaniques 16 (1980); L. Berov, Le capital financier occidental et les pays balkaniques dans les années vingt, in: Etudes balkaniques 2/3 (1965). - Die Tschechoslowakei und die DDR bilden in gewisser Hinsicht natürlich eine Ausnahme.

⁷ W. I. Lenin, Briefe aus der Ferne, 1. Brief, in: LW 23, S. 321. Trotzki seinerseits charakterisierte die russischen Bourgeois als "Semi-Kompradoren" (Geschichte der russischen Revolution, Frankfurt/Main (1960), S. 31). - Eine ähnliche Einschätzung findet sich auch bei Eric R. Wolf (Peasant Wars of the Twentieth Century, London (1971), S. 84), Isaac Deutscher (Die unvollendete Revolution, Frankfurt/Main (1967), S. 17) und Edward H. Carr (Die russische Revolution. Lenin und Stalin 1917-1929, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz (1980), S. 9).

unterbunden, wobei sich - nach einigem Schwanken - der Standpunkt der Vertreter der oben erwähnten These interessanterweise als Dogma durchsetzen konnte (siehe das Standardwerk Liascenkos von 1948).⁸

Nach dem 20. Parteitag konnte die Diskussion dann erneut aufgenommen werden, sie geriet aber bald wieder in ideologisches Fahrwasser, denn im Kontext der arroganten Behauptung, die UdSSR stelle eine "entwickelte sozialistische Gesellschaft" dar, galt es nunmehr, historisch nachzuweisen, daß das Zarenreich alle Charakteristika aufwies, die es für eine sozialistische Revolution prädestinierten.⁹

Vor einiger Zeit hat Teodor Shanin auf seiten nicht-sowjetischer Historiker den Versuch unternommen, das russische Imperium vor 1917 als analog zu anderen peripheren Ländern zu klassifizieren.¹⁰ Er stieß dabei, wie nicht anders zu erwarten, auf brüske Ablehnung und wütende Proteste seitens seiner Fachkollegen, die in seltener Einmütigkeit mit ihren sowjetischen Gegnern viel Mühe darauf verwandten, das zaristische Reich als dynamisches kapitalistisches Land erscheinen zu lassen (soweit es das historische Material nur irgendwie zuließ) - und zweifellos nicht weniger aus, wenn auch konträren, ideologischen Gründen, ahnt man doch instinktiv, daß, würde man das Zarenreich in den düstersten Farben schildern, man womöglich die Oktoberrevolution rechtfertigen könnte.

Es ist hier nicht der Ort, eine eingehende Analyse des russischen Reiches vor 1917 zu liefern (dies würde den Rahmen eines Aufsatzes sprengen), es soll jedoch anhand einiger weniger Indikatoren die Plausibilität von Überlegungen aufgezeigt werden, die in die Richtung einer Peripherisierungstendenz des zaristischen Imperiums gehen. So betrug der Anteil des Auslandskapitals am Grundkapital russischer Aktiengesellschaften Anfang 1914 mindestens 48 Prozent (wobei vor allem die größten Gesellschaften sich in der Hand des Auslands befanden), während in den Schlüsselsektoren dieser Anteil sogar noch beträchtlicher war: bei den Eisenbahnen 74 Prozent, im Erdölsektor 55 Prozent, in der Elektrobranche 86 Prozent, und entsprechend im Hüttenwesen, in der Metallverarbeitung und im Kohlebergbau.¹¹ Stellt man dies in den Kontext der massiven Außenverschul-

⁸ Siehe K. N. Tarnovskij, Probleme des russischen Imperialismus in der sowjetischen Geschichtsschreibung, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 27 (1983), S. 77-80.

⁹ "Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus im vorrevolutionären Rußland wurde von den sowjetischen Historikern in erster Linie im Zusammenhang mit der Begründung der historischen Gesetzmäßigkeit und der Aufdeckung der sozialökonomischen Voraussetzungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution untersucht." (V. Laverycev, Der staatsmonopolistische Kapitalismus in Rußland, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 29 (1985), S. 233)

¹⁰ T. Shanin, The Roots of Otherness: Russia's Turn of Century 1. Russia as a 'Developing Society', New Haven-London (1986).

¹¹ Siehe B. Bonwetsch, Das ausländische Kapital in Rußland. Bemerkungen zum Forschungsstand, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 22 (1974), S. 416, S. 418, S. 423f.;

derung der zaristischen Regierung (1914 rund die Hälfte der gesamten Verschuldung)¹², der Zahlungsbilanzdefizite, der Goldwährung, der Verhältnisse auf dem Land, der Stellung der Gutsbesitzer in der Gesellschaft und einiges andere mehr, so wird klar, daß die Kontrollkapazität des Auslandskapitals sich in der Perspektive erweitert und daß auf kurz oder lang sich das russische Reich in ein peripheres Land verwandelt haben würde, wäre dem nicht die Oktoberrevolution rechtzeitig zugekommen. Man könnte dem noch hinzufügen, daß der russische Modernisierungsprozeß äußerst schleppend vor sich ging. So betrug das Pro-Kopf-Einkommen 1860 in Rußland wahrscheinlich über 50 Prozent des britischen, deutschen und französischen Durchschnitts; 1913 war es auf etwa ein Drittel gefallen.¹³ Und das Tempo, mit dem Rußland zwischen 1900 und 1913 England "einzuholen" versuchte, war nur um wenig höher als das, mit dem Bulgarien England "verfolgte".¹⁴

Kurz: Auch wenn die Behauptung zu hoch gegriffen ist, das Zarenreich wäre eine klassische "Halb-Kolonie" gewesen (das war es weder, was die Methoden der Metropolen ihm gegenüber, noch, was den Grad der Kontrolle betrifft), so gibt es doch Grund zu der Annahme, daß es sich auf dem Weg in die Peripherisierung befand, d.h. mit dem "Virus" schon infiziert war, ohne daß die "Krankheit" bereits voll ausgebrochen wäre.¹⁵

5.

Es ist nun keine Frage, daß der periphere Status, d.h. die externe Kontrolle durch ausländische kapitalistische Instanzen, für Satelliten nicht folgenlos bleibt. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Konservierung archaischer Verhältnisse - deren restlose Zerstörung weder für das fremde Kapital notwendig noch wünschenswert ist¹⁶ -, sondern auch im Hinblick auf das Niveau und Profil der Produktivkräfte. Denn insofern die Dislokation der globalen produktiven Aktivitäten im Zentrum erfolgt, da hier sich die Schaltzentralen befinden, hängt es im hohen Maße vom Kapital der Me-

V. I. Bovykin, Probleme der industriellen Entwicklung Rußlands, in: D. Geyer (Hg.), *Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland*, Köln (1975), S. 194f.

¹² Siehe A. L. Sidorov, *Zur Finanzlage Rußlands vor 1914*, in: ebd., S. 268.

¹³ Siehe P. Gregory, *Wirtschaftliches Wachstum und struktureller Wandel im zaristischen Rußland*, in: ebd., S. 215.

¹⁴ Berechnet nach: H. Nussbaum, *Der europäische Wirtschaftsraum. Verflechtung, Angleichung, Diskrepanz*, in: F. Klein/K. O. von Aretin (Hg.), *Europa um 1900*, Berlin (1989), S. 47. Man beachte, daß Bulgarien - im Hinblick auf das Bairochsche "Industrialisierungsniveau" - 1913 an letzter Stelle unter allen europäischen Ländern lag.

¹⁵ Man könnte Länder, die sich in einer solchen Lage befinden, als "semi-peripher" bezeichnen. - Paradoxerweise bedeutete gerade die Modernisierungsoption der Regierung in Rußland den Start in die Peripherisierung, während sie in Japan nach 1868 zur Eingliederung dieses Landes als Metropole in das kapitalistische Globalsystem führte. Man wird hier u. a. darauf verweisen müssen, daß sich Japan noch Jahrzehnte nach der Meiji-Restauration weitgehend von Auslandskapital freihielt.

¹⁶ Das Auslandskapital unterhielt z. B. zur russischen Autokratie die besten Beziehungen.

tropolen ab, welche Aktivitäten wo disloziert werden, und dieses metropolitane Kapital hat ein fundamentales Interesse daran, die diversen Operationen dort zu stationieren, wo sich jeweils die günstigsten Bedingungen vorfinden: also die fortgeschrittensten im Zentrum (Nähe zum Hauptquartier, qualifizierte Arbeitskräfte, Infrastruktur usw.), die weniger fortgeschrittenen dagegen an der Peripherie. Da die Dislozierung an der Peripherie also im Rahmen einer exogenen Strategie erfolgt, es sich demnach um Teilprozesse einer fremden Strategie handelt, darf es nicht wundernehmen, wenn die Aktivitäten, die ihr zugewiesen werden, nur in den seltensten Fällen mit den Bedürfnissen der peripheren Ländern konform gehen: In Wirklichkeit handelt es sich nur allzu oft um komplementäre Operationen. Solange darüberhinaus die Kapazität in den Metropolen ausreicht, sowohl Zentrum wie Peripherie mit dem benötigten capital fixe, dem know-how usw. zu beliefern, dürfen die Satelliten nicht hoffen, daß ihr Produktivkraftprofil dem des Zentrums angeglichen wird, umso weniger, als dies einer unerwünschten Konkurrenz gleichkäme.

Betrachten wir die Sache von einer anderen Seite: In dem Maße, wie sich das Auslandskapital in einem peripheren Land breitmacht, wird auch der Spielraum der "nationalen Bourgeoisie" erheblich eingeschränkt, so daß dieser gar keine andere Wahl bleibt, als sich als Junior-Partner oder lokaler Agent dem fremden Kapital anzudienen - umso mehr, als diese Position leidlich lukrativ ist -, was mit dazu beiträgt, daß auch von dieser Seite kaum Anstrengungen unternommen werden, das betreffende Land den modernsten Standards anzugleichen.

Wenn eine Regierung schließlich, die mit der erklärten Absicht auftritt, ihr Land zu modernisieren, Auslandskapital ins Land zu locken versucht, so kann sie dies nur, wenn sie bestimmte Vergünstigungen gewährt, also monopolistische Bedingungen schafft, die auf klassisch-monopolistische Weise auszubeuten das Auslandskapital nie anstehen wird, d.h. es wird die Produktion drosseln, veraltete, im Zentrum moralisch verschlissene Maschinen und Anlagen einführen, und was dergleichen noch mehr ist.¹⁷

Fügen wir dem noch hinzu, daß der permanente Abfluß von Profiten und Zinsen den Akkumulationsfonds peripherer Länder nicht unerheblich schmälert, so daß die Akkumulationsrate schon von daher oft viel geringer sein wird als in den Metropolen.

Das soll freilich nicht heißen, daß es überhaupt keinen Fortschritt im Hinblick auf die Produktivkräfte an der Peripherie geben könne. Betrachtet man nämlich die Modernisierung als einen Prozeß, der verschiedene Phasen durchläuft, so könnte man sagen, daß das, was einst als Inbegriff fortgeschrittener Produktionssektoren galt, ab dem Zeitpunkt auch in peri-

¹⁷ So ging aufgrund von Produktionsdrosselungen der Anteil der russischen Erdölförderung an der Weltproduktion allein 1910-1913 von 22,5 auf 16,4 Prozent, der Anteil am Weltexport für 1904-1913 von 31 auf 9,6 Prozent zurück, während die Gewinne der Erdölgesellschaften exorbitant anstiegen (siehe Bonwetsch, *Das ausländische Kapital ...*, S. 423).

phere Zonen verlagert wird, ab dem neue, fortgeschrittenere, im Zentrum auftauchen bzw. zum Angelpunkt einer tragfähigen produktiven Basis werden. So konzentrieren sich heute Wissenschaft und Technologie in den zentralen Ländern, während an der Peripherie bereits solche Aktivitäten anzutreffen sind, die vor noch nicht allzu langer Zeit als non plus ultra der Modernisierung angesehen wurden (Maschinenbau zum Beispiel). Wenn daher von "blockierter Modernisierung" die Rede ist, so muß das so verstanden werden, daß die Peripherie stets einen oder mehrere Schritte im Hinblick auf den Modernisierungsgrad den Metropolen hinterherhinkt, daß mithin die periphere Modernisierung eine Bastard-Modernisierung ist.¹⁸

6.

Periphere Länder haben mit zentralen gemeinsam, daß es sich hier wie dort um Klassengesellschaften handelt. Und hier wie dort zielen die subalternen Klassen auf ihre Besserstellung ab, welche - in einem spezifischen historischen Kontext - nur über die Überwindung der Klassen zu bewerkstelligen scheint. Voraussetzung dafür ist freilich ein relativ hohes Niveau der Produktion, weil, wie schon Marx und Engels wußten, ohne dieses "nur der Mangel, die Notdurft verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte ..." ¹⁹ Wie wir aber gesehen haben, erweist es sich in peripheren Ländern als Illusion, darauf zu hoffen, daß im Rahmen des kapitalistischen Globalsystems dieses hohe Niveau, das sich im übrigen mit der Zeit ständig nach oben verschiebt, jemals erreicht würde. Um daher den angesichts der peripheren Misere - unvermeidlichen Rebellionen von unten eine Perspektive zu geben, bleibt den Revolutionären der unteren Klassen im Falle einer revolutionären Situation keine andere Wahl, als das betreffende Land vom Globalsystem abzukoppeln, d.h. die Schaltzentralen oder Entscheidungskompetenzen des lokalen Produktionsprozesses ins Land zurückzuverlagern. Doch damit nicht genug. Denn abgesehen davon, daß die periphere Bourgeoisie nie von sich aus diesen Schritt setzen würde (jenseits von Positionsverbesserungen innerhalb des Globalsystems), da sie mit dem Zentrum kollaboriert, insofern sie dabei als lokaler Agent nicht allzu schlecht fährt, ist es auch richtig, daß, ist diese Abkopplung einmal erfolgt (im Rahmen einer rein "nationalistischen" Regierung), die peri-

¹⁸ Man wurde in den letzten Jahren nicht müde, auf die Dynamik der "kleinen Tiger" (Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen) zu verweisen, um dem Konzept der "doppelten Spaltung der Welt" den Boden zu entziehen. Tatsächlich handelt es sich hier um Plätze, die u.a. wegen des niedrigen Lohnniveaus von den internationalen Konzernen für Fertigungsprozesse genutzt wurden und die in dem Maße, wie dieses Lohnniveau steigt, von eben diesen Konzernen wieder fluchtartig verlassen werden, um sich dort niederzulassen, wo das Niveau der Löhne als adäquat erscheint (China und Vietnam zum Beispiel) (siehe "Der Standard" vom 10.5.1994, S. 18).

¹⁹ K. Marx/ F. Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW 3, S. 34f.

phere Elite sie aus ebendenselben Gründen sofort unterlaufen würde, umso mehr, als die Sanktionen der Metropolen in einem solchen Fall die Profitaussichten der Kompradoren-Bourgeoisie auf lange Sicht schmälern. Was daher zu tun bleibt, ist, die lokale Elite wirksam auszuschalten, indem man das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschafft, um die materiellen Grundlagen herstellen zu können, die allein die Besserstellung der subalternen Klassen zu gewährleisten scheinen.

Wir sind hier mit einem Paradoxon konfrontiert: Einerseits fehlen die Voraussetzungen für eine moderne Klassenrevolution völlig, andererseits ist man gezwungen, genau solche Maßnahmen zu setzen, die den Inbegriff einer derartigen Revolution ausmachen würden: die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Letzteres erhält allerdings nur dann einen Sinn, wenn alle Kräfte im Hinblick auf die forcierte Modernisierung angespannt werden. - Das ist es, was ich unter einer "peripheren Revolution" verstehe.²⁰

7.

Kann man die Oktoberrevolution nun in dieses Bild einordnen? Ich glaube schon, auch wenn die wirkliche Geschichte weitaus verworrener ist als das oben skizzierte schematische Modell. In der Tat konzipieren Lenin und Trotzki den Aufstand im Oktober als integralen Bestandteil der Weltrevolution, als deren "Initialzündung", wobei diese Weltrevolution dann wiederum als *conditio sine qua non* und Garant der Selbstbehauptung des Oktobers erscheint. So sagt Lenin im Jahre 1918: "... der Endsieg unserer Revolution (wäre) eine hoffnungslose Sache ..., wenn sie allein bliebe, wenn es in den anderen Ländern keine revolutionäre Bewegung gäbe."²¹ Doch genau dies tritt ein: Mit dem Abflauen der revolutionären Welle im Westen und der Konsolidierung der kapitalistischen Regime im Zentrum, womit auch die Bedingung verschwand, unter der allein Sowjetrußland einen genuin sozialistischen Charakter hätte erhalten können, sieht sich die Oktoberrevolution isoliert und auf sich selbst zurückgeworfen, so daß sie, um überhaupt einen Sinn zu machen, in eine periphere Revolution umschlagen, die Funktion einer solchen übernehmen muß. Die Alternative dazu wäre aller Voraussicht nach die Wiedereingliederung als Peripherie in das kapitalistische Weltsystem gewesen. Lenin dürfte dies klar geworden sein, wenn er im Jahre 1923 schreibt: "Könnte nicht ein Volk, das einer revolutionären Situation begegnet ist, einer Situation, wie sie sich im ersten imperialistischen Kriege ergeben hat, könnte sich dieses Volk, in Anbetracht der Aussichtslosigkeit seiner Lage, nicht in einen Kampf stürzen, der ihm doch irgendwelche Aussichten eröffnete, sich nicht ganz gewöhnliche

²⁰ Man könnte die Substanz solcher Revolutionen in der Tat beschreiben als "Modernisierung ohne Bourgeoisie". Ich übernehme den Ausdruck von E. J. Hobsbawm, *La rivoluzione*, in: *Studi Storici* 17 (1976), S. 34.

²¹ W. I. Lenin, Siebenter Parteitag der KPR (B), in: LW 27, S. 81.

Bedingungen für eine Weiterentwicklung der Zivilisation zu erringen?" Und ein paar Zeilen weiter: "Wie aber, wenn die völlige Aussichtslosigkeit der Lage, die Kräfte der Arbeiter und Bauern verzehnfachend, uns die Möglichkeit eröffnede, auf einem anderen Weg daran zu gehen, die grundlegenden Voraussetzungen der Zivilisation zu schaffen als in allen übrigen westeuropäischen Staaten?"²²

8.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß ein Regime, das es sich in diesem Kontext zur Aufgabe gemacht hat, "die grundlegenden Voraussetzungen der Zivilisation zu schaffen", den Umständen Tribut zollen muß. Man geht daher, glaube ich, nicht weit an der Wahrheit vorbei, wenn man dementsprechend behauptet, daß Klassenrevolutionen an der Peripherie einen spezifischen Charakter anzunehmen gezwungen sind, der sie mit Notwendigkeit vom Marxschen Modell unterscheidet. Denn nicht nur, daß der Aufbau eines tragfähigen Produktivsystems (zumeist noch nach Jahren des Krieges und Bürgerkrieges), der nur im Rahmen forcierter Akkumulation, d.h. der extremen Beschränkung des Konsumfonds der Massen, erfolgreich durchgeführt werden kann, es notwendig macht, diesen Massen die Kompetenzen der Disposition zu entziehen (da sie natürlicherweise zum unmittelbaren Konsum neigen), mithin das Kollektiveigentum, zu dem es, wie wir gesehen haben, keine ernsthafte Alternative gibt, in Staatseigentum zu verwandeln, d.h. die Entscheidung über den Einsatz von Ressourcen und Arbeitskräften an eine zentrale und von der Gesellschaft unabhängige Instanz abzutreten (was administrative Planung mit Notwendigkeit impliziert). Es müssen vielmehr auch desto größere Anstrengungen unternommen werden, um die Modernisierung auf dem technologischen Niveau, das die Metropolen nunmehr erreicht haben, durchführen zu können, je größer der zeitliche Abstand zum take-off der zentralen Länder ist. Hinzu kommt, daß Modernisierung auf einer bestimmten Stufe den Übergang traditioneller ländlicher Arbeitskräfte in ein Fabrikmilieu bedeutet, ein Übergang, der, wie man weiß, Reibungen mit sich bringt, die ein ganzes Arsenal repressiver Maßnahmen zur "Disziplinierung" erheischen. All dies schließt aus, daß peripher-revolutionäre Regime - zumindest in ihren Anfangsphasen - den Charakter einer "Assoziation freier Produzenten" erhalten.²³

Man stelle weiter in Rechnung, daß die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, wo immer dies sei, von den Metropolen schon

²² W. I. Lenin, Über unsere Revolution, in: LW 33, S. 464.

²³ Man sollte sich "daran erinnern, daß nichts dafür spricht, daß die Masse der Bevölkerung irgendwo auf der Welt je eine Industriegesellschaft gewollt hätte. ... Im Grunde waren alle bisherigen Formen der Industrialisierung Revolutionen von oben, das Werk einer rücksichtslosen Minderheit." (B. Moore, Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie, Frankfurt/Main (1974), S. 579)

allein aus Prinzip nicht geduldet werden kann, ganz abgesehen davon, daß dies mit einem empfindlichen Verlust von Kapital und Profitquellen an der Peripherie einhergeht. Die "kapitalistische Umkreisung", die sich daraus ergibt, die Blockaden, die Interventionsdrohungen, die Hochrüstung usw., die, da solche Regime von sich aus schon von Konsumverzicht, Repression und Brutalitäten überschattet sind, aufgrund also ihrer mangelnden Attraktivität nur in unzureichendem Maße durch die Solidarität der zentralen Arbeiterklassen konterkariert wird, schafft eine Atmosphäre, die zusätzliche Repression (über das "notwendige" Maß forcierter Modernisierung hinaus) äußerst begünstigt (was wiederum auf die Attraktivität negativ zurückwirkt).²⁴

In diesem Umfeld - und vor allem im Kontext des Kalten Krieges, der zu einer massiven Verschwendung von Ressourcen und Arbeitskräften für militärische Zwecke zwingt (die den Spielraum für den individuellen und kollektiven Konsum weiterhin hochgradig einschränkt) - ist es auch kaum wahrscheinlich, daß die ab einer bestimmten Stufe notwendigen Reformen, die die Kontraproduktivität des administrativen Systems beseitigen würden, die mit dem Abschluß der ersten Phase des Aufbaus voll durchschlägt (und auf ihre Weise nicht unwesentlich für Verschwendung verantwortlich ist), tatsächlich durchgeführt werden (und wenn überhaupt, dann nur pervertiert und ansatzweise), solange es auf die alte Weise nur irgendwie geht, da man berechtigterweise befürchten muß, daß die Turbulenzen solcher Reformen (angesichts des niedrigen Lebensniveaus) in einen konterrevolutionären Umsturz münden.

Aus all dem geht mehr oder weniger deutlich hervor, daß wir es im Falle der Regime sowjetischen Typs keinesfalls mit Abweichungen, Verzerrungen oder Deformationen des Marxschen Modells zu tun haben, sondern mit originären Konstruktionen, die die klassische Theorie einfach nicht vorsah, deren oberflächliche Ähnlichkeit mit diesem Modell aber (insbesondere was die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln betrifft) dazu beitrug, einer Verwechslung auf fatale Weise Vorschub zu leisten. Diese Regime repräsentierten mithin keine höhere historische Formation, sondern waren "parallele" Gebilde, die neben dem dominanten Gesellschaftstyp existierten, auch wenn sie sich stets in dessen Bannkreis befanden und schließlich oft genug selbst die ersten Schritte setzten, sich erneut als Peripherie in das kapitalistische Weltsystem einzugliedern.

²⁴ Das, was Marc Bloch im Hinblick auf die karolingische Gesellschaft zur Zeit der Invasionen sagt, läßt sich ohne Mühe auf die Situation der Regime sowjetischen Typs übertragen: "Eine Gesellschaft kann nicht ohne Schaden ständig in einer ständigen Alarmhaltung bleiben." (M. Bloch, Die Feudalgesellschaft, Frankfurt/Main-Wien-Berlin (1982), S. 63)

1789, 1917, 2000 - Gedanken zum Verhältnis von Moderne und Revolution

Die anhaltend intensive Diskussion über 1989 und die Folgen, die nicht nur Marxisten und Linke bewegt, dreht sich im wesentlichen um Grundprobleme, die mit den Begriffspaaren Kapitalismus - Sozialismus, Revolution - globaler Wandel, Moderne - Postmoderne gekennzeichnet werden können. Im historischen Vergleich geht es um "Modernisierung" und bürgerliche bzw. sozialistische Revolutionen, um 1789 und/oder 1917 und schließlich um die neuartigen Transformationsprobleme der Zivilisation am Ende unseres Jahrhunderts. Die Frage, wie sich das aus der Zeit des Systemkonflikts vertraute Sozialismus-Kapitalismus-Paradigma zu den neuen (und alten) übergreifenden Problemen der "Moderne" und des künftigen "globalen Wandels" verhält, soll im folgenden an drei exemplarischen Stellungnahmen zu ebenso typischen Problemen diskutiert werden: der Epochenzusammenhang von 1917 und 1989 nach einem Periodisierungsvorschlag des Bremer Sozialwissenschaftlers Detlev Albers; das Verhältnis von 1789 und 1917 im Zusammenhang der "Moderne" an Manfred Kossoks These der "peripheren Revolution" und das Verhältnis der Sozialismusversuche im 20. Jh. zu künftigen Perspektiven der Transformation am Schlußkapitel des Buchs "Vom Ende der Geschichte" von Perry Anderson.¹

Epochenzusammenhang von 1917 und 1989

Die nächstliegende Frage ist unmittelbar die nach der retrospektiven Epochensicht, wenn 1989 als Abschluß einer Ära betrachtet wird, die mit 1917 (und 1914) begonnen hat. Entgegen liberalen und konservativen Thesen, die aus "westlichem Triumphalismus" den sozialistischen Alternativcharakter dieser "Ära von 1917" weitgehend negieren, stellt Albers gerade diesen als den zwingenden epochalen Zusammenhang vor (S.49-51), der 1989 auf 1917 zurückbezieht: 1989 und 1917 sind Eckzäsuren einer abgeschlossenen Epoche, und der Umbruch von 1989 hat die Bedeutung einer exklusiven Endmarkierung. Was wie die Pariser Commune von 1871 in "gleicher Richtung" vorausging, könne als Antizipation, was aber 1989 derart folgt, nur noch als Anachronismus gelten (S.50).

¹ Die Nachweise: D. Albers, 1989-1917, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1991, H.1, S. 46-57; M. Kossok, Was bleibt von der Revolution und ihrer Theorie?, in: Z 12 (Dez. 1992), S. 7-20; P. Anderson, Zum Ende der Geschichte. Aus dem Englischen v. Ch. Goldmann, Berlin 1993, Kap. VI: Sozialismus?, S. 140-170. Direkte Nachweise auf diese Titel werden im folgenden im Text in Klammern durch die entsprechenden Seitenzahlen ausgewiesen. (Zu Perry Anderson vgl. auch die Besprechung in diesem Heft; Anm. d. Red.)

Hierin sieht der Autor aus sozialdemokratischer Sicht die andere Spitze seiner Polemik, nämlich gegen das Verharren in den Denkweisen der sozialistischen Weltrevolution auch noch nach dem Scheitern des ganzen Systems. Von 1917 führt dagegen nach Albers keinerlei wesensverwandte Transformations- oder Revolutionsperspektive über 1989 hinaus. Er wendet sich damit gegen die defensive Sichtweise, die sozialistische Umwälzung als lediglich durch eine kapitalistische Restaurationsphase unterbrochen zu betrachten (S. 51ff.).

Einerseits ist dieser Imperativ eines völligen Epochenabbruchs insofern plausibel, als die Nachfolgeentwicklungen von 1917 nach 1989 nicht mehr als Kontinuum einer progressiven Perspektive gelten können. Der Sozialismus vom Typ 1917 kann nicht mehr als direkte Realisierung der Marxschen Sozialismus-Idee angesehen werden. Albers bezieht seine Abgrenzung auch ausdrücklich nicht auf die sozialistische Transformationsidee insgesamt, für die er Chancen in kleinen Schritten pragmatischer Umgestaltung sieht. (S. 56f.)

Andererseits gerät der "kausale Regreß" vom heutigen Ergebnis auf den Ursprung 1917 zwangsläufig zu einer Logik des Scheiterns, die von 1989 über 1985 und 1968 zu 1956, 1948/49 und den dreißiger Jahren bis zu Lenins Neuer ökonomischer Politik und schließlich zur Oktober- und Februarrevolution 1917 zurückgeht (S.47-49), wobei die genannten Einschnitte jeweils als nicht wahrgenommene "Ausbruchsstellen" charakterisiert werden.

Die betrachteten Umwälzungen erscheinen, auch wenn sie explizit als Alternative zur inneren (Kapital und Arbeit) und äußeren (Nord-Süd) Ungerechtigkeit des Kapitalismus charakterisiert werden, dennoch gewissermaßen im geschlossenen Zirkel der Geschichte des Sowjetsystems und seiner Sekundärentwicklungen. Diese sollen erklärtermaßen ohne Ex-post-Verurteilung und unter Einbeziehung kontrafaktischer Alternativfragen analysiert werden. Aber die Annahme völliger Diskontinuität steht perspektivisch dennoch im Widerspruch zu dem Anliegen von Albers, die Möglichkeiten und Erfordernisse künftiger Transformation jenseits der Schranken des alten Systemdualismus neu zu denken (S. 51).

In der Konsequenz des exklusiven Untergangs, die symptomatisch für viele kritische Beurteilungen des Umbruchs von 1989 ist, bleibt gewissermaßen eine negative Teleologie übrig. Die Epoche erscheint in einer zweigeteilten Perspektive auf Kapitalismus und Antikapitalismus (realen Sozialismus). Ersterer behauptet sich als weiter krisenhafte Normalentwicklung der Moderne, worin neue Umgestaltungen oder Brüche angelegt sind. Letzterer aber scheidet aus dieser Alternativbetrachtung aus, weil er selbst keinen wirksamen Alternativansatz hervorbringen konnte. Diese Epochenabgrenzung ist apodiktisch: Der reale Sozialismus war zwar eine Alternative zum Kapitalismus, aber sie ist so und nicht anders geworden und gescheitert.

Das Problem dieser Aussage, die der normativen Kraft des faktischen Resultats folgt, liegt vor allem darin, daß nur wenig Raum für eine kritisch-

alternative Interdependenz von Kapitalismus und Sozialismus in den unterschiedlichen Phasen des beschriebenen epochalen Zusammenhangs gelassen wird. Die beiden Systeme werden nicht so differenziert, daß ihr beiderseitiges Verhältnis auch andere Konstellationen denken läßt.

Um dieser Logik des Scheiterns zu entgehen, ohne den Verfall des realen Sozialismus in positive Chancen aufzulösen, wie das bei einer Alternativensuche im Sinne möglicher Fortsetzungen oder Wiederaufnahmen von 1917 herauskommen könnte, schlägt der amerikanische Historiker Ch. Maier eine nüchterne kontrafaktische Analyse alternativer Prozesse vor, die "auch die Schwierigkeiten innerhalb der Gesellschaften mit Marktwirtschaft abdecken kann." Damit wird das Problem so gestellt, daß beide Systemgeschichten mit ihren wechselnden Phasen und Entwicklungschancen in einer methodisch offenen Perspektive verfolgt werden, in der unter systemübergreifenden Aspekten immer auch danach zu fragen ist, wie es in verschiedenen Phasen und Entscheidungssituationen jeweils hätte anders kommen können.² Das übergreifende Kriterium sind auch hier die Entwicklungschancen der "Gesellschaften mit Marktwirtschaft", d.h. wie bei Albers der modernen Zivilisation, aber mit dem wichtigen Unterschied, daß die "Ära von 1917" in einem derartigen Bezugsrahmen historisch nicht nur in der Optik von 1989 auf 1917, sondern auch im Blickfeld unterschiedlicher Varianten der Transformation gesehen werden kann: auch als inklusiver Impuls generellen Wandels, nicht nur als exklusiv versuchter und gescheiterter Gegenentwurf.

Hier aber liegt ein Schlüsselproblem aller Versuche vor, das Scheitern des osteuropäisch-sowjetischen Sozialismus moderne- und modernisierungstheoretisch zu erklären oder primär am Vergleich mit den bürgerlichen Umwälzungen des 18./19. Jh. zu messen. Das 20. Jh. wird damit entgegen der Absicht, es für sich selbst als historische Epoche sui generis zu sehen, eine Ära sekundärer Modernisierung oder der Vollendung der bürgerlich-industriegesellschaftlichen Umwälzung. Die gewiß sehr unterschiedlichen und gegensätzlichen Konzepte der bloßen Verwestlichung, des "Nachholens der Revolution", der Weiter-, Neu- oder Gegenmodernisierung, der fundamentalkritischen Postmoderne oder der vermittelnden "reflexiven Modernisierung", auch die des sozialökologischen dritten Wegs weisen eine entscheidende Gemeinsamkeit auf: Sie interpretieren sämtlich die gesellschaftlichen Transformationen des 20. Jh. nach der Rahmenvorstellung der europäisch-nordamerikanischen Gesellschafts- und Kulturentwicklung in der Neuzeit. Diese erscheint je nach mehr marxistischer oder mehr anderen Quellen folgender Tradition als bürgerlich-kapitalistisch (mit der Antinomie von bourgeois und zivil) oder als "modern" (mit den vielen Nuancen und Versionen dieser in ihrer Allgemeinheit äußerst

² Ch. S. Maier, Gibt es einen Sieger der Geschichte? Geschichtswissenschaft und DDR-Vergangenheit, in: K.H. Jarausch (Hrsg.), Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991, S. 197ff., Zitat S. 198.

vieldeutigen Kategorie). Die Suche nach Alternativen der Moderne bzw. der "Gesellschaften mit Marktwirtschaft" hebt die westfixierte Zielperspektive bei aller kontrafaktischen Differenzierung nicht auf.

Periphere Revolution

Die Kritik dieses euroamerikanischen Modells kann sich allerdings keineswegs wieder auf eine nur leicht geläuterte Epochenauffassung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einschließlich ihrer heuristischen Direktiven zurückziehen. Beides ist durch den Ausgang des Experiments widerlegt. Es kommt aber dennoch auf eine kritische Revision, nicht einfache Negation des Inhalts der Transformationsperspektiven an, von denen die Marxisten vor allem in Osteuropa und der DDR, modifiziert aber auch im Westen vor 1989 ausgingen. In diesem Sinne plädiert M. Kossok gegen die aktuellen Verabschiedungen jeglicher Gesellschaftsentwürfe, die über die bürgerliche Welt hinausweisen, entschieden für ein grundsätzlich neues, globales Alternativ- und Transformationsdenken (S. 6f., 19f.). Denn es steht für ihn fest: "Die 'Modelle' des 18., 19. und 20. Jahrhunderts haben ausgedient. Eine Extrapolation tradierter Erfahrungen, die 'Erebrtes' weitergeben können, stößt unwiderruflich an ihre Grenzen." (S. 20)

Für die (eigenen wie auch allgemein beobachteten) ideellen und realgeschichtlichen Erfahrungen mit dem Sozialismusversuch des 20. Jahrhunderts markiert er diese Grenzen, d.h. auch die Gründe des Scheiterns, mit der These von 1917 als "peripherer Revolution". Diese beruht auf einem groß angelegten Vergleich mit der bürgerlichen Revolutionsepoche. Danach scheiterte der sozialistische Revolutionszyklus des 20. Jh. mit der russischen Leitrevolution von 1917 daran, daß er gegenüber den Zentren des Kapitalismus in einer strukturellen Randsituation verblieb. "Die Revolution von 1917 war eine *Nachholerevolution* sui generis. Sie unterlag den Gesetzen der Moderne" im Rahmen der durch den Fordismus geprägten zweiten industriellen Revolution Ende des 19. und Anfang des 20. Jh., nicht allein wegen der Rückständigkeit Rußlands, sondern auch als "neue politisch-soziale Alternative innerhalb der möglichen Modernisierungswege", die dual, nach dem Schema Sozialismus versus Kapitalismus, gedacht war, als "Versuch des Überholens, ohne einzuholen," und zugleich als "Aufstand der Peripherie gegen das Zentrum" (S.6). Nicht daß sie peripher *begann*, sondern daß sie peripher *blieb*, sei der entscheidende Unterschied zu den bürgerlichen Revolutionen der Neuzeit. Die französische Revolution schaffte den zentralen Durchbruch in der Verbindung mit der sich von England ausbreitenden industriellen (ökonomisch-technologischen) Umwälzung (Doppelrevolution). "Während sich die bürgerliche Revolution mit der Epochenwende von 1789 und den Nachfolgerevolutionen des 19. Jh." durch diese Doppeloffensive "'entperipherisierte', d.h. zur

Zentralachse der weiteren Entwicklung wurde, blieb die sozialistische Revolution auf der Peripherie eingeengt." (S.8f.)

Dieser Revolutionstyp, so wird dann im einzelnen argumentiert, vermochte es nicht, die historische Normalität einer neuen evolutionären Grundrichtung zu erreichen - weder im Inneren, wo der Ausnahmezustand einer diktatorischen Festungsmentalität nie überwunden wurde, noch nach außen, durch Transformation der Zentren der "ersten" oder durch erfolgreiche Entwicklung der "dritten Welt". Vielmehr ergab sich aus der strukturellen Randlage ein wachsendes Defizit an ökonomischer, politischer und geistiger Dynamik (Produktivkräfte, wissenschaftlich-technische Innovation, Demokratie, Spielraum für alternative Ideen), das unter "fordistischen" Verhältnissen durch extensive Ressourcennutzung noch überspielt werden konnte, mit der neuen technologischen Umwälzung im letzten Drittel des 20. Jh. aber endgültig zum Fiasko führte. (S. 11ff.)

"Peripherie" setzt in Kossoks Konzept in struktureller und genetischer Hinsicht ein progressives Zentrum des Hochkapitalismus voraus, ist also wohlverstanden keine rein räumliche Bestimmung. Gemeint ist damit vielmehr das Entferntsein von jener "Zentralachse" der in Rede stehenden Revolution und Transformation, die an der "Doppelrevolution" Frankreichs und Englands gemessen wird. Hier aber beginnen *kritisch-perspektivische* Anschlußfragen an die *historisch-retrospektive* Komparatistik.

Einerseits verwendet Kossok die Begriffe "Moderne" und "Modernisierung", die er ja bei Merkmalen wie "Aufholen", "Überspringen" usw. als Rahmenvorstellung voraussetzt, in deutlichem Unterschied von gängigen Konzepten nicht im Sinne der Auflösung des kapitalistischen Systems in eine allgemeine Kulturanthropologie, in der dann "Moderne" alles umfaßt, was sich seit dem ausgehenden 15. Jh. in Europa und dann über die ganze Welt verbreitet abgespielt hat. Vielmehr parallelisiert sein Konzept die Stadien des Kapitalismus und der bürgerlichen Revolution mit der Entwicklung der Moderne, ohne beides - wie früher im marxistischen Formationskonzept angelegt - nur in der Einheit *einer* bestimmten Formationsentwicklung und eines (in Subtypen ausgeprägten) Systems zu sehen. Vielmehr unterscheidet er Modernisierungswege als Typen von Transformation und Revolution. Die neuzeitliche Geschichte erscheint differenziert, das Konzept von "Zentrum" und "Peripherie" soll gerade der Erfassung vielfältiger System- und Umwälzungsvarianten über die Epochengrenzen von 1789 und 1917 hinweg mehr Raum geben, als in der bisherigen linearen Folge Kapitalismus-Sozialismus, bürgerliche-sozialistische Revolution dafür vorhanden war.

Alldem ist unbedingt zuzustimmen. Aber andererseits verbleibt die "Ära von 1917" infolge der Peripheriethese doch im Bann und in der Konsequenz von 1789 bzw., genauer, der "Doppelrevolution" des Kapitalismus und des europäischen Bürgertums im 18. und 19. Jahrhundert. "Sozialismus" ist nämlich hier wie bei Albers zwar eine Alternative in der Krise der

kapitalistischen Moderne, aber durch die periphere Bestimmtheit letztlich wieder eine Sekundärentwicklung in deren Rahmen, ein Weg der vorher schon geprägten Modernisierung, nicht ein Schub neuer Transformationsqualität, die über diese hinausführt. Die Konstellation des ersatzlosen Abbruchs wird auch hier als gegeben vorausgesetzt, soweit das Projekt des modernen Sozialismus gemeint ist. Walter Markov, Kossoks Lehrer, brachte dies noch schärfer auf den Punkt: Die peripher gebliebenen "vulgo 'real-sozialistischen' Revolutionen hätten letztlich nur so etwas wie eine Entwicklungsdiktatur hervorgebracht. "Der reglementierte Sozialismus des 20. Jahrhunderts entpuppte sich als untaugliches, als widerlegtes Experiment und verrannte sich folgerichtig in einer Sackgasse."³

Hier scheint sich der Kreis ähnlich wie bei Albers wieder zur Logik des Scheiterns zu schließen. Im einen Fall ist sie von 1989 auf 1917 rückwirkend, im anderen von 1789 ins 20. Jahrhundert fortschreitend gedacht.

Kossok ordnet 1917 einer besonderen Krise der kapitalistischen Moderne zu, in der über die Wege weiterer Transformation entschieden wurde. Denken wir dies weiter, so ergeben sich drei Hauptvarianten dieser Entscheidung: 1. die teils reformerische, teils von Revolutionen und militärischen Konflikten begleitete weitere Um- und Ausgestaltung der primär modernisierten und bereits mehr oder weniger hochentwickelten Gesellschaften Europas und Nordamerikas auf bürgerlich-kapitalistischer Grundlage; 2. die Umwälzung und Neugestaltung des Typs von 1917, das Experiment des sowjetischen Sozialismus, das nach den ursprünglichen Ideen von 1917 eine sozialistische Weltrevolution aller Völker und Kulturen einleiten sollte, und 3. die soziale (hauptsächlich agrarisch-bäuerliche und kleinbürgerlich-intellektuelle) und ethnisch-kulturelle Erhebung der "Peripherie" gegen die (imperialistischen) Metropolen zugleich als besonderer Weg der Modernisierung und auch als Gegenreaktion gegen deren europäisch-amerikanischen Oktroi von außen.

Darin reproduzierten sich einerseits bis zu einem bestimmten Grade die bisherigen Entwicklungsphasen des europäischen "Zentrums"; zugleich aber standen die "Aufhol-" und "Nachhole"-Prozesse der "Peripherie" in dem qualitativ veränderten Kontext, den nunmehr der zum Weltsystem expandierte Hochkapitalismus und dessen radikale Herausforderung durch den Kommunismus bildeten.

Das Entscheidende an diesem Umbruch war m.E., daß sich die strukturell bestimmende Qualität der Transformation gegenüber dem 19. Jh. grundsätzlich veränderte: Die Revolutionen und Transformationen zur industriellen Massengesellschaft, die über deren Ausprägung und Typ entschieden, waren zwar keineswegs abgeschlossen, sondern außerhalb der alten Zentren weiterhin bestimmend. Aber global wurde in den Jahrzehnten zwi-

³ Über Revolutionen, hinkende Vergleiche und den Unsinn vom "Ende der Geschichte" - Ein ND-Gespräch mit Walter Markov, in: Neues Deutschland v. 6.8.1992, S. 11.

schen 1890 und 1920 ein neuer Transformationsdruck dominierend, der nicht mehr aus der Genesis der kapitalistischen Industriegesellschaft, sondern aus den inneren und äußeren Impulsen zu deren Umgestaltung oder Revolutionierung erwuchs.

Diese Konstellation der "Ära von 1917" insgesamt, d.h. auf alle drei Weltregionen bezogen, bildete durchaus die "Zentralachse" einer Transformation, die sich von der des 19. Jh. grundlegend unterschied. In diesem Rahmen scheiterte die Vorstellung, durch das Sowjetsystem und in den anderen Ländern des realen Sozialismus das sozialistische Projekt der Moderne zu realisieren, und zwar sowohl an der eigenen strukturellen Randlage und dauerhaften diktatorischen Deformation als auch an der erfolgreichen Reaktion der kapitalistischen Zentren, in denen sich nach schweren katastrophalen Erschütterungen (Weltwirtschaftskrise, Weltkriege, Faschismus) eine gemäßigt regulierte, sozial- und rechtsstaatliche Variante des marktwirtschaftlich-liberalen Systems durchsetzte (unter erfolgreicher Mitwirkung der Sozialdemokratie).

Berücksichtigen wir diese grundlegenden Veränderungen in den Transformationsperspektiven, so erhält auch der Vergleich der Revolutionen des 20. Jh. mit der "Doppelrevolution" des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jh. eine andere historische Zuordnung. Bisher wurde er stets mit der Prämisse einer annähernden Analogie der Transformationsabläufe von ökonomischen, politischen und gesamtgesellschaftlicher Umwälzung gezogen. Darin stimmten die westliche Debatte über Phasen und Grad der frühneuzeitlichen Modernisierung und die marxistische Diskussion über den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus jeweils in ihrer Projektion auf das 20. Jh. durchaus überein, allerdings mit je systemgegensätzlichen Orientierungen, bei den Modernisierungstheorien auf die Wachstums- und Industriegesellschaft des Westens, bei den Marxisten auf den späteren Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Aber in beiden Fällen erschien die Umwälzung Ende des 18. mit derjenigen des 20. Jh. in einer progressiven Analogie. Sozialismus und postindustrielle Entwicklung der westlichen Demokratien galten als Resultate eines erneuten Doppelvorgangs materiell-technischer und politisch-sozialer Umwälzungen und wurden, beiderseits sehr bewußt artikuliert, daran gemessen, wie sie diese strukturell meisterten. Dabei blieb verborgen, daß über eine Entwicklung reflektiert und gestritten wurde, die dem Vergleichsmuster der damals konfrontativen Systeme und ihrer Ausgangsrevolutionen schon nicht mehr (im Falle von 1917) oder nicht in der Weise entsprach, wie (bezogen auf den Zusammenhang von 1789, industrieller Revolution und sozialistischer Bewegung) beide zueinander in Beziehung gesetzt wurden.

Die modernisierungstheoretische Legitimation des Westens gründete sich auf die Erwartung, daß die an den Peripherien gebliebene sozialistische "Entwicklungsrevolution" (D. Geyer) letztlich Konvergenz- oder analoge Wandlungsprozesse wie die "postindustrielle" oder "postkapitalistische"

Umstrukturierung der alten Zentren zur Folge haben werde. Die beiden Systemalternativen wurden als dauerhaft akzeptiert und auf eine westlich dominierte wechselseitige Anpassung nach den "Sachzwängen" der modernen wissenschaftlich-technischen Zivilisation projiziert. Auf der anderen Seite diente die ab Mitte der 1950er Jahre entwickelte Theorie der "friedlichen Koexistenz" der beiden gegensätzlichen Gesellschaftssysteme dazu, die Entwicklung und Durchsetzung der sozialistisch-kommunistischen Formation in einen ebenfalls auf lange Dauer konzipierten weltweiten Epochenvorgang einzubetten, an dessen Ende der Sozialismus aufgrund der eigenen Fähigkeit, die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern, und angesichts der zunehmenden "allgemeinen Krise" des Kapitalismus letztendlich siegen werde.

Eine immer mehr in ferner Zukunft verschwimmende Teleologie des je eigenen Systemerfolgs legitimierte somit Konzepte des Status quo der Blöcke und Supermächte. Dieser etwa um 1955 erreichte und dann immer mehr verfestigte Balancezustand erschien so als die vorläufige Normalität, bei der die Revolutionen und Kriege des 20. Jh. angekommen waren - etwa vergleichbar mit dem europäischen Staatensystem zwischen 1648 und 1789, mit der Heiligen Allianz zwischen 1815 und 1848 oder dem System der nationalen Machtstaaten 1871-1914.

Schon diese Parallelen postrevolutionärer und auf große Kriege folgender Stabilisierungsperioden (die alle auf kommende Umwälzungen hindeuteten und insofern auch prärevolutionär waren oder mit fortschreitender Dauer wurden) erschüttert aber zugleich die Analogie von 1917 zur Doppelrevolution Ende des 18. Jh. Die Transformationsprozesse des 20. Jh. haben seit den 1960er Jahren - da sind sich wiederum alle Experten globalen Wandels einig - eine neue Qualität der Umwälzung in Wissenschaft und Technik und damit in den produktiven und kommunikativen Existenzgrundlagen der menschlichen Zivilisation hervorgebracht. Diese ist von der "alten" Welt des Hochkapitalismus und nicht von der "neuen" zweiten Welt des Sozialismus ausgegangen. Die Ausgangslage für die weltweiten Probleme, die heute als allgemeine Zivilisationskrise beschrieben werden, ist folglich nur noch mittelbar eine Folge der Revolutions-, Kriegs- und Krisenperiode von 1917-45 und steht zu den Bedingungen, unter denen 1917 möglich wurde, erst recht nicht mehr in einem Zusammenhang, der mit dem der "Doppelrevolutionen" in England und Frankreich vergleichbar wäre.

Die Chancen von 1917 und des Sowjetsozialismus also überhaupt an ihrem Verhältnis zu einem der industriellen Revolution an Tiefe und Reichweite analogen Vorgang zu messen, ist daher nicht nur deshalb problematisch, weil damals eine vergleichbare Umwälzung der gesamten Existenzgrundlagen nicht im Gange war (trotz der kontrovers als "zweite industrielle Revolution" bezeichneten Umstrukturierungen um 1900). Wichtiger noch ist, daß die Frage nach dem Verhältnis von 1917 und den Folgeentwicklungen

zum Inhalt der neuen global notwendigen Transformation mit dieser unsicheren Analogie nicht schlüssig beantwortet werden kann. Was heißt "Zentralachse" der weiteren Entwicklung in bezug auf den "realen Sozialismus" unter diesem Aspekt? Stimmt die Unterscheidung von "Peripherie" und "Zentrum" noch so, wie sie für die Zeit der bürgerlichen Revolutionen und der primären Modernisierung im 18. und 19. Jh. zutrifft?

Projekt Sozialismus

Dies sind zugleich Gretchenfragen unseres Themas, die auch Kossok als Ausgangs- und Zielpunkt wählt. Sie zeigt sich gegenwärtig als ein offenkundiger Zwiespalt des "Nachwende"-Bewußtseins in West und Ost, der darin besteht, daß überall der Druck globalen Wandels als unabweisbar empfunden wird, zugleich aber die transformatorische Perspektive weitgehend abhanden gekommen ist. Die vom Club of Rome diagnostizierten Notwendigkeit einer "globalen Revolution" mit den Grundzügen der ökologischen, demographischen, weltwirtschaftlichen und sozialen Krise, die nicht mehr eine Klassen-, sondern eine Gattungsfrage des homo sapiens und seiner Zivilisation ist, trifft auf ein Vakuum an konkreten Ideen dieses Wandels. Denn - so lautet die skeptische, ja verzweifelte Diagnose - nachdem die von 1917 ausgehende Alternative zusammengebrochen ist, "klemmten" auch die beiden verbliebenen Schlüssel zum Wandel - nämlich zu einer grundlegenden Umgestaltung der ersten und zu einer durchgreifenden "Entwicklung" der dritten Welt. (S. 20)

Worum es geht, bringt Anderson in seiner Kritik der Siegesvisionen vom historischen End-Sieg der liberalen Marktwirtschaft und Demokratie (Fukuyama) treffend zum Ausdruck: Es genüge nicht, die Schwächen dieser Konzeptionen und des Systems aufzuzeigen, das sie legitimieren. "An der Beweislast, die auf den Schultern der Kritiker liegt, ändert dies nichts"; vielmehr müsse eine überzeugende Kritik "eine glaubwürdige Alternative anbieten können" (S. 140). Deren Plausibilität begründet er mit ganz ähnlichen Sachverhalten wie Albers und Kossok: den Defiziten der Weltwirtschaftsordnung, dem weltweit gewachsenen sozialen Kritikpotential am Kapitalismus, der Notwendigkeit von bewußter Gestaltung und Regulierung bei der Lösung aller globalen Existenzfragen der heutigen Zivilisation.

Mit dem Thema Sozialismus verbindet Anderson diese Fragen nun aber auf ganz andere Weise, gewissermaßen durch ein Fragezeichen, das Möglichkeiten der Wiederaufnahme dieses Projekts, sofern es rigoros kritisch in seiner Entstehung und realen Entwicklung gesehen werde, weder fest schreibt noch ausschließt. Das auch bei Markov und Kossok zentrale Problem der heroischen Illusion der Revolutionäre, d.h. den Umstand, daß keine "politische Bewegung" genau verwirklichen könne, "was sie anfänglich erreichen wollte, und keine Gesellschaftstheorie" je exakt voraussehe, "was alles geschehen wird" (S.167), sieht er auch unter den veränderten

Bedingungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts nicht als das Ende aller bisherigen Entwürfe an. Vielmehr billigt er dem "Projekt Sozialismus" Chancen der Anknüpfung und Weiterführung zu, zu deren Begründung er sich auch des Vergleichs mit der bürgerlichen Revolutionsepoche seit der frühen Neuzeit bedient, aber nicht in Aussagen der Faktizität, sondern solchen der Eventualität, als Analogien für offene Geschichtsprozesse und neue sozialpolitische Bewegungen, die aus den neuen Problemen der um 1990 erreichten Weltlage erwachsen.

Anderson fragt somit nicht so sehr nach dem Scheitern des realen Sozialismus, das er voraussetzt. Für ihn ist vielmehr die Hauptfrage, welche Folgen der Sozialismus-Versuch des 20. Jahrhunderts haben wird, den er bei aller Kritikwürdigkeit als eine in der Antizipation und Realisierung einzigartige Alternative zum Kapitalismus betrachtet. (S. 148, 155 f.) Die Antwort ist nicht eindeutig, sondern wird in Form von Möglichkeitsurteilen für vier Varianten der Fortwirkung gegeben (S. 156ff.):

1. Der bisherige Sozialismus erweist sich als exotischer Abweg wie der Jesuitenstaat des 17. und 18. Jahrhunderts in Paraguay mit nur musealem und allenfalls am utopischen Element orientiertem Interesse weniger Fachleute. 1917 und die Folgen würden dann als ein abnormer Versuch ohne transformatorische Kontinuität, abseits von wirklichen Antworten auf die Probleme der modernen Gesellschaft erscheinen.
2. Der Sozialismus des 20. Jahrhunderts verhält sich zu späteren Transformationsideen und -bewegungen wie die Linke der englischen zu derjenigen der französischen Revolution - als indirekte Analogie ohne erkennbare unmittelbare Anknüpfung. So könnte gegebenenfalls später eine ökologische Bewegung sich zum Sozialismus verhalten.
3. Eine neue Transformationsbewegung erscheint als kritische Mutation des Sozialismus, wie jener im 19. Jahrhundert als radikale Umformung des Ansatzes der äußersten Linken in der französischen Revolution entstand. In diesem Falle würden sich Kontinuität der Umgestaltung und Diskontinuität des Inhalts der revolutionären Leitideen zu etwas Neuem verbinden.
4. Dem Sozialismus - in der Einheit unterschiedlicher Varianten begriffen - geht es so wie dem Liberalismus um 1914 und nach 1945 - d.h. der zeitweilige Untergang bringt schon den Ansatz einer modifizierten Fortsetzung unter Übernahme von Momenten des einst bekämpften Gegensystems der liberalen Demokratie und der Marktwirtschaft hervor, wenn die liberal-wohlfahrtstaatliche Ausprägung des modernen Kapitalismus an den neuen und alten Problemen der jetzt wieder einheitlich beherrschten Welt scheitert. Dann könne es zu einer schnellen Rehabilitation kommen, wohlverstanden nicht des realsozialistischen Systems, sondern einer erneuerten sozialistischen Bewegung.

Dieses Denken in Möglichkeiten unterstellt die Notwendigkeit der Transformation und sieht den realgeschichtlichen Sozialismus-Versuch des 20.

Jahrhunderts in drei von vier angegebenen Varianten als deren möglichen kritischen Ausgangspunkt an. Zugleich ist Anderson wie Kossok der Auffassung, daß neue Ansätze vielfältig und global im Sinne von weltweit-multidimensional, aber nicht nach den früheren uni-versalen (eindimensional gerichteten) Entwürfen gedacht werden müssen. Übergang zur Globalität bedeutet auch dezentrale Variantenauffächerung der Entwicklungsformen und ihrer Träger, Abschied von der Suche nach dem *einen* Subjekt des *einen* alles entscheidenden Fortschritts. In diesem offenen Spektrum sieht Anderson, wenn auch in der Unbestimmtheit sicher nicht befriedigend, die Wege, in denen eine Zukunft des Projekts Sozialismus gedacht werden kann, m.E. richtig, nämlich so, wie Markov es den Gleichgesinnten aufgibt: "Vielleicht stehen wir alle erst ganz am Anfang. Wo steht geschrieben, daß wir die *letzte* Version sozialistischer Selbstverwirklichung" schon wieder in den Griff bekommen müßten, "weil eine vorletzte soeben und so demonstrativ anschaulich in Fehlidealisierung gebarsten ist?"⁴ Aber es gelte dennoch, nicht zu verzagen, sondern anzufangen, auch von weither Bausteine zu holen, d.h., es ist geboten, Fragen zu stellen, auch wenn die Antworten unklar bleiben; sich der Offenheit aller Geschichte und geschichtlichen Denkens bewußt zu sein, ohne nach dem Rat der Zeitgeistbeflissenen das Denken von Wandel und Transformation, ja auch von Revolution einfach als erledigt zu tabuisieren.

Adelante Cuba

Eine Aktion der
Jugend
in der
IG Medien
in Zusammenarbeit mit "Obrer de la Solidaridad" Darmstadt

Ein Land braucht seine Geschichte

Über 100 Historikerinnen und Historiker Cubas haben, gemeinsam mit ca. 600 örtlichen "Heimatkundlern", in jahrelanger Arbeit die Geschichte des cubanischen Volkes aufgeschrieben. Herausgekommen ist dabei ein fünfbandiges Werk mit über 2.000 Seiten Umfang, das bereits seit einiger Zeit im Manuskript fertig vorliegt.

Diese Geschichte kann bislang nicht gedruckt werden, weil es in Cuba, aufgrund der dramatischen Situation, an Papier mangelt, bzw. an Devisen, um Papier im Ausland zu kaufen. Ursprünglich hatte das Historische Institut in Havanna, als Herausgeber, eine Auflage von 15.000 Exemplaren geplant. Auf Grund des Mangels mußten die Planungen auf die Auflagenzahl von 5.000 beschränkt werden. So kann wenigstens jede öffentliche Bibliothek Cubas zwei Ausgaben bekommen.

Geplant ist später außerdem ein 6. Band, der nach Erscheinen der ersten fünf Bände Kritik und Ergänzungen der Leser beinhalten soll. Diese Geschichte ist die des ganzen Volkes, nicht etwa nur die Geschichte der Partei. Sie ist für das Selbstverständnis des cubanischen Volkes von großer Bedeutung, denn die Wurzeln des Widerstands gegen Kolonialismus und Ausbeutung zu kennen, ist für Cuba und seine Menschen überlebenswichtig. Unterstützen wir Cuba mit Spenden für Papier!

Spendenkonto:

IG Medien Hauptvorstand - Konto: 107 200 2900 - BFG Stuttgart BLZ: 600 101 11
Stichwort: Adelante Cuba

Cuba braucht Solidarität!

⁴ ND-Gespräch, a.a.O., S. 11.

Enrique Dussel

Europa, Moderne und Eurozentrismus

Semantische "Verfehlung" des "Europa"-Begriffs

Zunächst soll in theoretischer Absicht der Bedeutungswandel des Begriffs "Europa" dargestellt werden. Im allgemeinen wird diese semantische "Verfehlung" nicht untersucht, und deswegen ist es schwierig, über das Thema zu diskutieren.

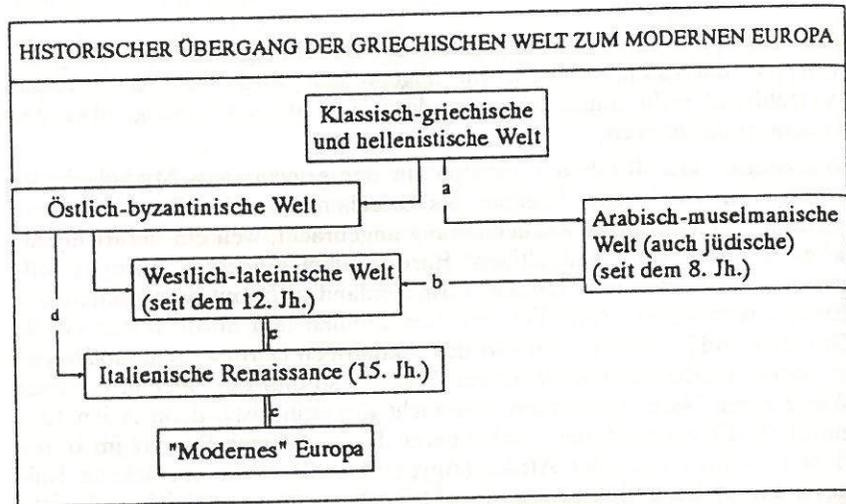
a) Erstens: "Der Raub der Europa" in der griechischen Mythologie ist insofern ein historisches Ereignis, als Griechenland sich selbst als Europa versteht. Gleichwohl ist Zurückhaltung angebracht, weil ein derart mythisches "Europa" vom "endgültigen" Europa (dem *modernen* Europa) vollständig verschieden ist. Man darf Griechenland nicht mit dem zukünftigen Europa verwechseln (nördlich von Mazedonien und nördlich von Groß-Griechenland in Italien). Der Ort des zukünftigen Europa (dem *modernen*) ist durch "Barbaren" par excellence besetzt (so daß es später in gewisser Weise einen Namen usurpiert, der nicht der seine ist), denn Asien (das einzig als die gegenwärtige Türkei unter diesem Namen Provinz im Imperium romanum ist) oder Afrika (Ägypten) stellen sehr entwickelte Kulturen dar. Asien und Afrika sind nicht "barbarisch", wengleich auch nicht ganz und gar human.¹ Das, was das "moderne" Europa ausmacht (von Italien ausgehend in nördlicher und westlicher Richtung) ist nicht das ursprüngliche Europa. Es befindet sich jenseits seiner Reichweite, ist schlicht das Unzivilisierte, das Unpolitische, das Non-Humane. Damit soll klargestellt werden, daß die Chronologie Griechenland-Rom-Europa falsch ist; daß es sich dabei bereits um eine spätere ideologisch bestimmte begriffliche Umwandlung handelt.

b) Zweitens: Der "Okzident" ist das Imperium romanum, welches Latein spricht (dessen Ostgrenze ungefähr zwischen dem gegenwärtigen Kroatien und Serbien verläuft)², das nunmehr das nördliche Afrika einschließt. Der "Okzident" befindet sich im Gegensatz zum "Orient", dem hellenistischen Imperium, das Griechisch spricht. Im "Orient" befinden sich sowohl Griechenland wie "Asien" (die Provinz Anatolien) und die hellenistischen Königreiche bis zu den Ufern des Indus, als auch der ptolemäische Nil. Es gibt keinen relevanten Begriff dessen, was später Europa genannt werden wird.

¹ Aristoteles sieht sie in seiner *Politica* I, 1 nicht als menschlich wie die Griechen an ("Lebewesen, welche die *Polis* bewohnen"), aber ebensowenig hält er sie für Barbaren.

² Das erklärt zum Teil, daß die Kämpfe des seit 1991 auseinandergefallenen Jugoslawien eine "lange Geschichte" haben (das lateinische Kroatien, später katholisch, gegen das griechische Serbien, das dann orthodox wird).

c) Drittens: Vom 7. Jahrhundert an stellt sich Konstantinopel, das östliche christliche Imperium, der wachsenden arabisch-muselmanischen Welt entgegen. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, daß "das klassische Griechisch" - Aristoteles zum Beispiel - sowohl christlich-byzantinisch wie arabisch-muselmanisch ist.³



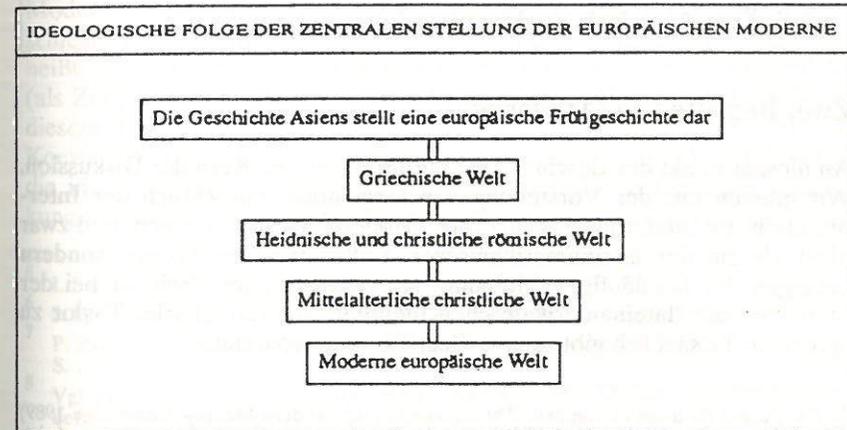
Erklärungen zu den Pfeilen: Der griechische Einfluß auf das lateinisch-westliche Denken ist nicht unmittelbar (er verläuft über die Pfeile a und b). Der Übergang c hängt weder mit Griechenland, noch direkt mit der byzantinischen Welt zusammen, sondern eher mit der lateinisch-romanischen, westlich-christlichen Welt.

d) Viertens: Das mittelalterlich-lateinische Europa stellt sich ebenfalls der arabisch-türkischen Welt entgegen. Erneut Aristoteles zum Beispiel wird eher als arabischer, denn als christlicher Philosoph angesehen. Abaelard, Albertus Magnus und Thomas von Aquin bedienen sich des Stagiriten gegen die Tradition und laufen Gefahr, verurteilt zu werden. Tatsächlich wird Aristoteles sehr viel früher als großer Metaphysiker und Logiker in Bagdad studiert und angewendet, ehe er im muselmanischen Spanien ins Lateinische übersetzt wird und am Ende des 12. Jahrhunderts von Toledo nach Paris gelangt. Europa unterscheidet sich nun zum ersten Mal von Afrika (dieses ist bereits das muselmanische der Berber; der Maghreb),

³ S. Amin, Eurocentrism, New York 1989, hat ohne Zweifel recht, wenn er schreibt: "Christianity and Islam are both heirs of Hellenism and remain for this reason, twin siblings, even if they have been, at certain moments relentless adversaries" (S. 26). Das zeigt sehr gut, daß die hellenistische Philosophie zuerst dem christlich-byzantinischen Denken diente (vom 3. bis 7. Jahrhundert), später dem arabisch-muselmanischen, das vom 8. bis 12. Jahrhundert - von Aristoteles inspiriert - seinen Glanz verbreitete, und später vom Ende des 12. Jahrhunderts an (ebenfalls aristotelisch) der klassisch-scholastisch-lateinischen Zeit. Die platonische Renaissance im Italien des 15. Jahrhunderts hingegen ist bereits christlich-byzantinischen Ursprungs.

und der östlichen Welt (in erster Linie dem byzantinischen Imperium, und für die Kaufleute des östlichen Mittelmeeres, vom Mittleren Osten). Die Kreuzzüge stellen den ersten Versuch des lateinischen Europa dar, sich im östlichen Mittelmeer zur Geltung zu bringen. Sie scheitern, und damit bleibt das lateinische Europa eine periphere, sekundäre und isolierte Kultur für die türkische und muselmanische Welt, die geopolitisch von Marokko bis Ägypten, Mesopotamien, dem mongolischen Reich im Norden Indiens, über die Handelskönigreiche von Malakka bis zur philippinischen Insel Mindanao im 13. Jahrhundert herrscht. Es ist muselmanische "Universalität", die vom Atlantik bis zum Pazifik reicht. Das lateinische Europa stellt eine periphere Kultur dar und ist bis zu diesem Zeitpunkt niemals "Mittelpunkt" der Geschichte gewesen; nicht einmal zur Zeit des Imperium romanum (das wegen seiner außerordentlich westlichen Lage niemals Zentrum, nicht einmal der Geschichte des euro-afro-asiatischen Kontinents, gewesen ist). Wenn irgendein Reich vor der muselmanischen Welt Mittelpunkt der regionalen euro-asiatischen Geschichte gewesen ist, können wir allein auf die hellenistischen Reiche der Seleusiden, Ptolemäer, das von Antiochien usw. verweisen. Doch der Hellenismus ist keinesfalls Europa und erreicht keine so ausgedehnte "Universalität" wie die muselmanische im 15. Jahrhundert.

e) Fünftens: In der italienischen Renaissance (besonders seit dem Fall Konstantinopels 1453) beginnt eine moderne Fusion: der lateinische Westen (Übergang c des Schemas) vereinigt sich mit dem griechischen Osten (Pfeil d) und stellt sich der türkischen Welt entgegen, was, wenn man den hellenistisch-byzantinischen Ursprung der muselmanischen Welt vergißt, die folgende falsche Gleichung erlaubt: Westlich = Hellenistisch + Römisch + Christlich. Auf diese Weise entsteht die folgende eurozentrische "Ideologie":

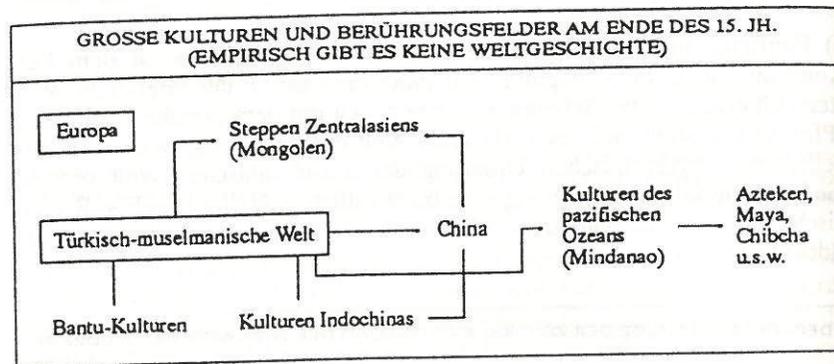


Diese Folge ist heute die traditionelle.⁴ Niemand denkt daran, daß es sich um eine ideologische "Erfindung" handelt (welche der griechischen Kultur als ausschließlich "europäischer" und "westlicher" Gewalt antut) und die behauptet, daß seit der griechischen und römischen Zeit besagte Kulturen "Mittelpunkt" der Weltgeschichte gewesen sind. Diese Sichtweise ist doppelt falsch:

In *erster* Linie, weil, wie wir sehen werden, es faktisch noch keine Weltgeschichte gibt, (sondern Geschichten aneinandergereihter und isolierter Lebensräume, die römische, persische, der indischen Königreiche, von Siam, von China, der mittelamerikanischen oder Inka-Welt in Amerika usw.).

In *zweiter* Linie, weil der geopolitische Raum es verhindert, "Zentrum" zu sein (das Rote Meer oder Antiochien, Endpunkt des Orienthandels, stellen nicht den "Mittelpunkt", sondern die westliche Grenze des euro-afro-asiatischen Marktes dar).

Wir sehen somit das lateinische Europa des 15. Jahrhunderts, im äußersten Westen des euro-afro-asiatischen Kontinents gelegen, von der muselmanischen, peripheren und sekundären Welt eingeschlossen.



Zwei Begriffe von "Moderne"

An diesem Punkt der Beschreibung berühren wir den Kern der Diskussion. Wir müssen uns der Vorstellung von Hegemonie hinsichtlich der Interpretation des modernen Europa (der "Modernität") widersetzen, und zwar nicht als ein der lateinamerikanischen Kultur fremdes Thema, sondern entgegen der landläufigen Meinung, als grundlegendes Problem bei der Definition der "lateinamerikanischen Identität", um mit Charles Taylor zu sprechen. Tatsächlich gibt es zwei Begriffe von "Modernität".

⁴ Ch. Taylor (Sources of the Self. The Making of the Modern Identity, Cambridge 1989) spricht von Platon, Augustin, Descartes usw. Das heißt, die griechisch-römische, christlich-moderne europäische Folge als unilineare.

a) der erste ist eurozentrisch, an Provinzen gebunden, regional. Die Moderne stellt eine Emanzipation dar, ein "Verlassen" ("Ausgang")⁵ der Unmündigkeit durch eine Anstrengung der Vernunft als Prozeß der Kritik, welche der Menschheit eine neue Entwicklung zur Menschlichkeit eröffnet. Dieser Prozeß vollzieht sich in Europa im wesentlichen im 18. Jahrhundert. Zeit und Raum dieses Phänomens beschreibt Hegel, und Habermas kommentiert diese Beschreibung in seiner bekannten Arbeit zum Thema - sein Kommentar wird von der gegenwärtigen europäischen Diskussion einmütig geteilt: "Die *historischen Schlüsselereignisse* für die Durchsetzung des Prinzips der (modernen) Subjektivität sind *Reformation, Aufklärung und Französische Revolution*."⁶

Wie man sieht, wird eine raum-zeitliche Folge nachgezeichnet: Nahezu durchgehend werden auch die italienische Renaissance, die Reformation, die Deutsche Aufklärung und die Französische Revolution akzeptiert.

Ricoeur⁷ hat uns in einer Unterredung außerdem das Englische Parlament vorgeschlagen. Das heißt: "Italien (15. Jahrhundert) - Deutschland (16. - 18. Jahrhundert) - Frankreich (18. Jahrhundert) - England (17. Jahrhundert). Wir heben diese "eurozentrische" Sichtweise hervor, weil sie innereuropäische Phänomene als Ausgangspunkt der Moderne angibt, und die spätere Entwicklung bedarf dann nurmehr Europas, um den Prozeß zu erklären. Das ist ungefähr die an der Provinz und Region orientierte Sichtweise von Max Weber - mit seiner Analyse der "Rationalisierung" und "Entzauberung" - bis zu Habermas. Für viele repräsentieren Galilei (1616 verurteilt), Bacon (Novum Organum 1620) oder Descartes (Die Abhandlung über die Methode 1637) die Initiatoren der modernen Entwicklung im 17. Jahrhundert.

b) Wir schlagen eine andere Sichtweise der Moderne, eine *weltumspannende*, vor. Sie würde darin bestehen, die grundlegende Bestimmung der Moderne von der Tatsache abhängig zu machen, "Mittelpunkt" der Weltgeschichte (ihrer Staaten, Heere, Wirtschaft, Philosophie usw.) zu sein. Das heißt, *niemals gab es empirisch gesehen bis zum Jahre 1492 Weltgeschichte* (als Zeitpunkt der Einführung⁸ der Entfaltung der "System-Welt"). Bis zu diesem Datum befanden sich die Reiche oder kulturellen Systeme in Koexistenz. Erst mit der portugiesischen Expansion im 15. Jahrhundert, die im 16. Jahrhundert den Fernen Osten erreicht, und mit der Entdeckung des spanischen Amerika, wendet sich der ganze Planet dem "Raum

⁵ I. Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? A 481.

⁶ J. Habermas, Der philosophische Diskurs der Moderne, Frankfurt am Main 1986, S. 27.

⁷ P. Ricoeur, Filosofia e Liberazione. La sfida del pensiero del Terzo Mondo, Lecce 1992, S. 109.

⁸ Vgl. meine Arbeit: 1492: El encubrimiento del Otro, Hacia el origen del mito de la Modernidad, Madrid 1992; franz. Ausg. Paris 1992; ital. Ausg., Brescia 1993; dtsh. Ausg., Düsseldorf 1993.

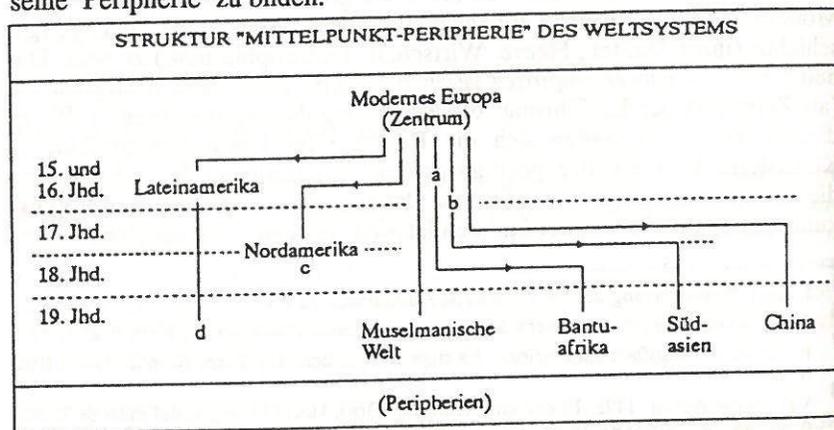
⁹ S.I. Wallerstein, The Modern World-System, San Diego-New York, Bd. I, 1974.

einer einzigen" Weltgeschichte zu (Magellan-Elcano von der Wall- zur Erdumdrehung im Jahre 1521).

Spanien, als erste "moderne" Nation (mit einem Staat, der die Halbinsel einnt, einer Inquisition, die von oben bis unten den nationalen Konsens herstellt, mit einer nationalen Militärmacht, um Granada zu erobern, mit der Herausgabe der kastilischen Grammatik durch Nebrija 1492, mit der Kirche, die dank dem Kardinal Cisneros vom Staat beherrscht wird usw.) beginnt die erste "moderne" Etappe: der weltweite Merkantilismus. Die Silberminen von Potosi und Zacatecas (zwischen 1545 und 1546 entdeckt) erlauben hinreichend monetarischen Reichtum zu akkumulieren, um 25 Jahre nach dem besagten Fund die Türken bei Lepanto (1571) zu besiegen. Der Atlantik tritt an die Stelle des Mittelmeers. Für uns stellt die "Zentralstellung" des lateinischen Europa in der Weltgeschichte die *grundlegende Bestimmung der Moderne* dar. Alle weiteren Bestimmungen drehen sich um sie (die konstituierende Subjektivität, der Privatbesitz, die Vertragsfreiheit usw.). Das 17. Jahrhundert (Descartes usw.) stellt bereits das Ergebnis von anderthalb Jahrhundert "Moderne" dar: ist schon Resultat, nicht Ausgangspunkt. Holland (das sich 1610 von Spanien unabhängig macht), England und Frankreich setzen den einmal beschrittenen Weg fort.

Die zweite Etappe der "Moderne", die der industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts und der Aufklärung, vertieft und erweitert den bereits am Ende des 15. Jahrhunderts gezogenen Horizont. England tritt bis 1945 als Hegemonie-Macht an die Stelle Spaniens und bestimmt das moderne Europa, die Weltgeschichte (besonders seit der Entstehung des Imperialismus um 1870).

Dieses *moderne Europa*, seit 1492 "Mittelpunkt" der Weltgeschichte, weist zum ersten Mal in der Geschichte allen anderen Kulturen die Rolle zu, seine "Peripherie" zu bilden.



Erläuterungen: Pfeil a: die Sklaverei an der Westküste; Pfeil b: vereinzelte Kolonien (wie Goa usw.), aber ohne Besetzung des Kontinents; c: Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten; d: Unabhängigkeit Latein-Amerikas.

Die gängige Erklärung der Moderne läßt Portugal und Spanien beiseite, und mit ihnen das lateinamerikanische 16. Jahrhundert, das nach einhelliger Meinung der Spezialisten nichts mit der "Moderne" zu tun hat - sondern vielleicht mit dem Ende des Mittelalters. Nun, wir möchten uns dieser einhelligen Meinung, die falsch ist, widersetzen und eine vollständige und ganz andere Begriffsbildung der "Moderne" in einem weltumfassenden Sinne vorschlagen, was uns zu einer Interpretation der modernen Rationalität führen wird, die verschieden ist von derjenigen, die sie "verwirklichen" wollen (wie Habermas), wie von derjenigen jener, die sich ihr entgegenstellen (wie die "Postmodernen").

Rationalität und Irrationalität oder der Mythos der Moderne

Wenn man deutlich macht, daß die "Moderne" Europas in der Entfaltung der Möglichkeiten besteht, die sich aus ihrer "Mittelpunktstellung" in der Weltgeschichte und der Konstituierung aller anderen Kulturen als ihre "Peripherie" ergeben, wird man begreifen können, daß, wenngleich eine jede Kultur ethnozentrisch ist, der moderne europäische Ethnozentrismus der einzige ist, der beanspruchen kann, sich mit "Universalität-Mundalität" gleichzusetzen. Der "Eurozentrismus" der Moderne besteht genau darin, daß er die abstrakte Universalität¹⁰ mit der konkreten, durch Europa als "Zentrum" beherrschten Mundalität verwechselt hat.

Dem modernen *ego cogito* ging mehr als ein Jahrhundert das praktische *ego conquiro* (Ich erobere) des Spanisch-Lusitanischen voraus, das dem amerikanischen Indio seinen Willen aufzwang (der erste moderne "Wille zur Macht"). Die Eroberung Mexikos bot dem *modernen Ich* den ersten definierbaren Raum. Europa (Spanien) war den Kulturen der Azteken, Mayas, Inkas usw.¹¹ augenscheinlich überlegen, besonders durch seine Waffen aus Eisen¹² - im ganzen euro-afro-asiatischen Umkreis im Gebrauch. Seit 1492 benutzt das moderne Europa die Eroberung Lateinamerikas (da Nordamerika erst im 17. Jahrhundert ins Spiel kommt) als Sprungbrett, um hinsichtlich der alten, ihm gegensätzlichen Kulturen (türkisch-muselmanisch usw.) einen entscheidenden "vergleichbaren Vorteil" zu gewinnen. Seine Überlegenheit ist zum guten Teil Ergebnis der Akkumulation von Reichtum, Erfahrung, Kenntnissen usw., die es seit der Eroberung Lateinamerikas¹³ anhäuft.

¹⁰ Abstrakte Universalität ist das, was Kant zum Beispiel mit seinem Prinzip der Moralität beansprucht. Tatsächlich setzte er dennoch die europäische "Maxime" mit der universalisierbaren gleich.

¹¹ Hinsichtlich der türkisch-muselmanischen, mongolischen oder mogolischen, chinesischen usw. Kultur hatte es diese Überlegenheit nicht.

¹² Der amerikanische Indio benutzte nur Waffen aus Holz.

¹³ China, gegenwärtig von Kenia bis Alaska, hatte nicht das geringste Interesse, ein unwirtliches Amerika zu besetzen, das keine Entsprechung zu seiner eigenen Ökonomie aufwies. Umgekehrtes gilt für die kommerziellen Möglichkeiten des italienischen Mittelmeeres.

Die Moderne, als neues "Paradigma" des täglichen Lebens, des Verständnisses von Geschichte, Wissenschaft, Religion, taucht am Ende des 15. Jahrhunderts und mit der beherrschenden Stellung des Atlantik auf. Das 17. Jahrhundert ist bereits Frucht des 16. Jahrhunderts; Holland, Frankreich, England stellen in dem durch Portugal und Spanien eröffneten Horizont bereits eine spätere Entwicklung dar. Lateinamerika tritt in die Moderne (viel früher als Nordamerika) als das beherrschte, ausgebeutete, unbekanntere "andere Gesicht".

Wenn die Moderne *ad intra* einen starken rationalen Kern enthält, als "Hervorgehen" der Humanität aus einem Zustand regionaler, provinzieller, nicht planetarischer Unreife, realisiert besagte Moderne andererseits *ad extra* einen irrationalen Fortschritt, der sich vor sich selbst versteckt. Das heißt, wegen ihres sekundären und negativen mythischen Inhalts¹⁴ stellt die Moderne die Rechtfertigung einer irrationalen Praxis von Gewalt dar.

Der Mythos läßt sich folgendermaßen beschreiben:

- a) die moderne Zivilisation versteht sich selbst als entwickeltere, höhere (was gleichzeitig bedeutet, sich über ihre eurozentrische Position nicht bewußt zu sein).
- b) Aus dieser Überlegenheit resultiert aus moralischen Gründen die Verpflichtung, die Primitiven, Rohen, Barbaren zu entwickeln (zu zivilisieren).
- c) Der Weg des besagten "Erziehungsprozesses" (der Entwicklung) muß dergestalt sein, daß er von Europa nicht unterbrochen wird (es handelt sich tatsächlich um eine unilineare Entwicklung nach europäischer Art, welche, erneut ohne jedes Bewußtsein, den "Betrug durch Entwicklung" ausmacht).
- d) Da sich der Barbar dem zivilisatorischen Fortschritt widersetzt, muß die moderne Praxis das allerletzte, notwendig erscheinende Mittel, nämlich Gewalt einsetzen, um die Hindernisse einer derartigen Modernisierung (der gerechte Kolonialkrieg) zu beseitigen.
- e) Diese Unterdrückung produziert Opfer (in sehr verschiedener Weise), Gewalt, die als unvermeidliche Handlung hingestellt wird und die dem Opfer eine quasi-rituelle Bedeutung verleiht; der Held der Zivilisation weist seinem eigenen Opfer die Bestimmung zu, Sühneopfer eines Erlö-

res (und Spanien stellt in gewisser Weise seine Fortsetzung dar; daher sollte die Gleichung der diachronischen Entwicklung der Moderne lauten: Renaissance, Eroberung Lateinamerikas, Reformation, Aufklärung, usw.).

¹⁴ Es ist bekannt, daß M. Horkheimer/Th. Adorno in *Dialektik der Aufklärung* (1944), Frankfurt am Main 1961 (vgl. J. Habermas, a.a.O., S. 130: Die Verschlingung von Mythos und Aufklärung), ein gewisses mythisches Niveau der Moderne bezeichnen, das Habermas nicht zulassen kann. Unsere Auffassung von Mythos läßt sich nicht auf einer inner-europäischen Ebene einordnen (wie im Falle von Horkheimer, Adorno oder Habermas), sondern auf einer Ebene Zentrum-Peripherie, Nord-Süd, das heißt auf einer weltweiten Ebene.

sungs-Ritus zu sein (der kolonisierte Indio, der amerikanische Sklave, die Frau, die ökologische Zerstörung der Erde usw.).

f) Für den Modernen ist der Barbar "schuldig"¹⁵ (der Widerstand gegen den Zivilisationsprozeß¹⁶), was der Moderne erlaubt, sich nicht nur als unschuldig, sondern als von dieser "Schuld" seiner eigenen Opfer sich "emanzipierend" darzustellen.

g) Schließlich werden die unvermeidlichen Leiden und Opfer (die Kosten) der "Modernisierung" der anderen "zurückgebliebenen" (unmündigen)¹⁷ Völker, der anderen versklavbaren Rassen, des anderen schwachen Geschlechts für den "zivilisatorischen" Wesenszug der "Moderne" gehalten.

Wenn man den Anspruch der Superaktion der "Moderne" erhebt, wird es aus all diesen Gründen notwendig sein, zu einer Negation der Negation des *Mythos der Moderne* zu kommen. Für sie muß sich das negierte und zum Opfer gemachte "andere Gesicht" zuerst als "unschuldig" entdecken: es ist das "unschuldige Opfer" der rituellen Handlung, das, indem es seine Unschuld erkennt, die "Moderne" für die Opfer erzeugende, ursprünglich konquistatorische, konstitutive, essentielle Gewalt schuldig erklärt. Die Unschuld der "Moderne" in Abrede zu stellen und die Andersheit des "Anderen" zu behaupten, der vorher als unschuldiges Opfer negiert worden ist, erlaubt zum ersten Mal, das der "Moderne" verborgene und entscheidende "andere Gesicht" zu entdecken: die periphere koloniale Welt, den geopfertem Indio, den versklavten Neger, die unterdrückte Frau, das entfremdete Kind und die entfremdete Volkskultur usw. (*die "Opfer" der "Moderne"*) als Opfer eines irrationalen Aktes (als Widerspruch zum rationalen Ideal derselben Moderne).

Erst wenn man den zivilisatorischen Mythos und den Mythos der Unschuld der modernen Gewalt negiert, erkennt man die Ungerechtigkeit der Opferpraxis außerhalb Europas (und auch in Europa selbst), und schließlich läßt sich ebenfalls die wesentliche Beschränktheit der "emanzipatorischen Vernunft" überwinden. Die emanzipatorische Vernunft wird als befreiende Vernunft überwunden, wenn der "Eurozentrismus" der aufgeklärten Vernunft entdeckt, wenn der "Entwicklungsbetrug" (die *Entwicklungsideologie*) des Fortschritts der führenden Modernisierung benannt wird. Dies ist sogar für die Vernunft der Aufklärung möglich, wenn die Würde des Anderen ethisch entdeckt wird (der anderen Kultur, des anderen Geschlechts, der anderen Gattung usw.); wenn die Opfer von Beginn der Behauptung ihrer Andersheit als Idealität in der Äußerlichkeit erklärt werden, als Personen, die von der Moderne verleugnet worden sind. Auf diese Weise wird die moderne Vernunft transzendiert (jedoch nicht als Negation der Ver-

¹⁵ I. Kant, a.a.O., spricht von einer "selbst verschuldeten Unmündigkeit".

¹⁶ Francisco de Vitoria, Professor in Salamanca, gibt als letzte Rechtfertigung der Kriegserklärung die Hindernisse an, welche die Indios der Verbreitung des christlichen Glaubens entgegenzusetzen. Allein um diese Hindernisse zu beseitigen, ist der Krieg erlaubt.

¹⁷ Für Kant "unmündig": unreif, roh, nicht-erzogen.

Die Moderne, als neues "Paradigma" des täglichen Lebens, des Verständnisses von Geschichte, Wissenschaft, Religion, taucht am Ende des 15. Jahrhunderts und mit der beherrschenden Stellung des Atlantik auf. Das 17. Jahrhundert ist bereits Frucht des 16. Jahrhunderts; Holland, Frankreich, England stellen in dem durch Portugal und Spanien eröffneten Horizont bereits eine spätere Entwicklung dar. Lateinamerika tritt in die Moderne (viel früher als Nordamerika) als das beherrschte, ausgebeutete, unbekannt "andere Gesicht".

Wenn die Moderne *ad intra* einen starken rationalen Kern enthält, als "Hervorgehen" der Humanität aus einem Zustand regionaler, provinzieller, nicht planetarischer Unreife, realisiert besagte Moderne andererseits *ad extra* einen irrationalen Fortschritt, der sich vor sich selbst versteckt. Das heißt, wegen ihres sekundären und negativen mythischen Inhalts¹⁴ stellt die Moderne die Rechtfertigung einer irrationalen Praxis von Gewalt dar.

Der Mythos läßt sich folgendermaßen beschreiben:

- a) die moderne Zivilisation versteht sich selbst als entwickeltere, höhere (was gleichzeitig bedeutet, sich über ihre eurozentrische Position nicht bewußt zu sein).
- b) Aus dieser Überlegenheit resultiert aus moralischen Gründen die Verpflichtung, die Primitiven, Rohen, Barbaren zu entwickeln (zu zivilisieren).
- c) Der Weg des besagten "Erziehungsprozesses" (der Entwicklung) muß dergestalt sein, daß er von Europa nicht unterbrochen wird (es handelt sich tatsächlich um eine unilineare Entwicklung nach europäischer Art, welche, erneut ohne jedes Bewußtsein, den "Betrug durch Entwicklung" ausmacht).
- d) Da sich der Barbar dem zivilisatorischen Fortschritt widersetzt, muß die moderne Praxis das allerletzte, notwendig erscheinende Mittel, nämlich Gewalt einsetzen, um die Hindernisse einer derartigen Modernisierung (der gerechte Kolonialkrieg) zu beseitigen.
- e) Diese Unterdrückung produziert Opfer (in sehr verschiedener Weise), Gewalt, die als unvermeidliche Handlung hingestellt wird und die dem Opfer eine quasi-rituelle Bedeutung verleiht; der Held der Zivilisation weist seinem eigenen Opfer die Bestimmung zu, Sühneopfer eines Erlö-

res (und Spanien stellt in gewisser Weise seine Fortsetzung dar; daher sollte die Gleichung der diachronischen Entwicklung der Moderne lauten: Renaissance, Eroberung Lateinamerikas, Reformation, Aufklärung, usw.).

¹⁴ Es ist bekannt, daß M. Horkheimer/Th. Adorno in *Dialektik der Aufklärung* (1944), Frankfurt am Main 1961 (vgl. J. Habermas, a.a.O., S. 130: Die Verschlingung von Mythos und Aufklärung), ein gewisses mythisches Niveau der Moderne bezeichnen, das Habermas nicht zulassen kann. Unsere Auffassung von Mythos läßt sich nicht auf einer inner-europäischen Ebene einordnen (wie im Falle von Horkheimer, Adorno oder Habermas), sondern auf einer Ebene Zentrum-Peripherie, Nord-Süd, das heißt auf einer weltweiten Ebene.

sungs-Ritus zu sein (der kolonisierte Indio, der amerikanische Sklave, die Frau, die ökologische Zerstörung der Erde usw.).

f) Für den Modernen ist der Barbar "schuldig"¹⁵ (der Widerstand gegen den Zivilisationsprozeß¹⁶), was der Moderne erlaubt, sich nicht nur als unschuldig, sondern als von dieser "Schuld" seiner eigenen Opfer sich "emanzipierend" darzustellen.

g) Schließlich werden die unvermeidlichen Leiden und Opfer (die Kosten) der "Modernisierung" der anderen "zurückgebliebenen" (unmündigen)¹⁷ Völker, der anderen versklavbaren Rassen, des anderen schwachen Geschlechts für den "zivilisatorischen" Wesenszug der "Moderne" gehalten.

Wenn man den Anspruch der Superaktion der "Moderne" erhebt, wird es aus all diesen Gründen notwendig sein, zu einer Negation der Negation des *Mythos der Moderne* zu kommen. Für sie muß sich das negierte und zum Opfer gemachte "andere Gesicht" zuerst als "unschuldig" entdecken: es ist das "unschuldige Opfer" der rituellen Handlung, das, indem es seine Unschuld erkennt, die "Moderne" für die Opfer erzeugende, ursprünglich konquistatorische, konstitutive, essentielle Gewalt schuldig erklärt. Die Unschuld der "Moderne" in Abrede zu stellen und die Andersheit des "Anderen" zu behaupten, der vorher als unschuldiges Opfer negiert worden ist, erlaubt zum ersten Mal, das der "Moderne" verborgene und entscheidende "andere Gesicht" zu entdecken: die periphere koloniale Welt, den geopfertem Indio, den versklavten Neger, die unterdrückte Frau, das entfremdete Kind und die entfremdete Volkskultur usw. (*die "Opfer" der "Moderne"*) als Opfer eines irrationalen Aktes (als Widerspruch zum rationalen Ideal derselben Moderne).

Erst wenn man den zivilisatorischen Mythos und den Mythos der Unschuld der modernen Gewalt negiert, erkennt man die Ungerechtigkeit der Opferpraxis außerhalb Europas (und auch in Europa selbst), und schließlich läßt sich ebenfalls die wesentliche Beschränktheit der "emanzipatorischen Vernunft" überwinden. Die emanzipatorische Vernunft wird als befreiende Vernunft überwunden, wenn der "Eurozentrismus" der aufgeklärten Vernunft entdeckt, wenn der "Entwicklungsbetrug" (die *Entwicklungsideologie*) des Fortschritts der führenden Modernisierung benannt wird. Dies ist sogar für die Vernunft der Aufklärung möglich, wenn die Würde des Anderen ethisch entdeckt wird (der anderen Kultur, des anderen Geschlechts, der anderen Gattung usw.); wenn die Opfer von Beginn der Behauptung ihrer Andersheit als Idealität in der Äußerlichkeit erklärt werden, als Personen, die von der Moderne verleugnet worden sind. Auf diese Weise wird die moderne Vernunft transzendiert (jedoch nicht als Negation der Ver-

¹⁵ I. Kant, a.a.O., spricht von einer "selbst verschuldeten Unmündigkeit".

¹⁶ Francisco de Vitoria, Professor in Salamanca, gibt als letzte Rechtfertigung der Kriegserklärung die Hindernisse an, welche die Indios der Verbreitung des christlichen Glaubens entgegenzusetzen. Allein um diese Hindernisse zu beseitigen, ist der Krieg erlaubt.

¹⁷ Für Kant "unmündig": unreif, roh, nicht-erzogen.

nunft als solcher, sondern als der gewalttätigen, eurozentrischen, entwicklungsideologischen, hegemonialen Vernunft). Es handelt sich um eine "Trans-Moderne" als *weltweites Projekt der Befreiung*, in dem die Andersheit, die genauso Teil der Moderne ist, sich ebenfalls verwirklicht. Die "Verwirklichung" der Moderne vollzieht sich nicht in einem Übergang vom *Vermögen* der Moderne zur *Aktualität* besagter europäischer Moderne. Die Verwirklichung stellt nunmehr den transzendierenden Übergang dar, in dem die Moderne und ihre negierte Andersheit (die Opfer), sich in wechselseitiger gemeinsamer schöpferischer Fruchtbarkeit verwirklichen. Das transmoderne Projekt ist eine gemeinsame Verwirklichung dessen, was für die Moderne allein unmöglich ist; das heißt, es ist gemeinsame Verwirklichung der Solidarität, die wir analektisch genannt haben, von Zentrum, Peripherie, Frau/Mann, verschiedenen Klassen/Menschheit/Erde, westlicher Kultur, Kulturen der ex-kolonialen peripheren Welt usw.; nicht durch reine Negation, sondern durch Inkorporation¹⁸ (von einer gewissen Entfernung) der Andersheit.¹⁹

So daß es sich nicht um ein vor-modernes Projekt, eine folkloristische Bestätigung des Vergangenen handelt; noch um ein anti-modernes Projekt konservativer Gruppen, der Rechten, nazistischer, faschistischer oder populistischer Gruppen; noch um ein post-modernes Projekt als Negation der Moderne, als Kritik jeder Vernunft, um einem nihilistischen Irrationalismus zu verfallen. Es muß durch wirkliche Subsumption des real-emanzipatorischen Charakters der Moderne und ihrer negierten Andersheit ("der Andere" als die Moderne), durch Negation ihres mythischen Charakters (der die Unschuld der Moderne gegenüber ihren Opfern rechtfertigt und sich deshalb, sich selbst widersprechend, irrational wendet), ein "trans-modernes" Projekt sein. In einigen Städten des mittelalterlichen Europa, in der Renaissance des 14. Jahrhunderts, wuchs *formell* die Kultur, welche die Moderne hervorbringt. *Reell* jedoch konnte die Moderne erst entstehen, als die historischen Bedingungen ihres tatsächlichen Erscheinens gegeben waren: im Jahre 1492 - ihre empirische Weltwerdung, die Errichtung einer kolonialen Welt und der Mißbrauch des Lebens ihrer Opfer auf pragmatischem und ökonomischem Niveau. Die Moderne wird *wirklich* im Jahre 1492 geboren: Das ist unsere These. Ihre reale Superaktion (als Subsumption und nicht nur als Aufhebung im Hegelschen Sinne) ist Subsumption ihres rational-emanzipatorisch-europäischen Charakters, transzendiert als weltweites Projekt der Befreiung ihrer negierten Andersheit: die "Trans-Moderne" (als neues Projekt der politischen, ökonomischen, ökologischen, erotischen, pädagogischen, religiösen Befreiung usw.).

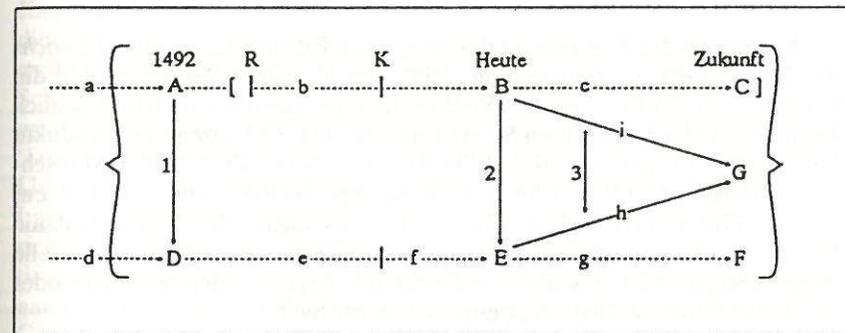
¹⁸ Wir übersetzen so den Ausdruck "Subsumption" bei Marx, der durch seine lateinische Ethymologie der *Aufhebung* Hegels entspricht.

¹⁹ Vgl. meine Philosophie der Befreiung hinsichtlich des "analektischen Moments" der subsumptiven dialektischen Bewegung, 5.3 (ital. Ausgabe, Brescia 1972).

Wir schlagen folglich zwei sich widersprechende Paradigmen vor: einmal dasjenige der rein eurozentrischen Moderne und zum anderen das einer von einem weltweiten Horizont aus subsumierten Moderne, in dem sich eine doppeldeutige Funktion erfüllt (einerseits als Emanzipation und andererseits als mythische Kultur der Gewalt). Die Verwirklichung des zweiten Paradigmas ist ein Prozeß der "Trans-Moderne". Allein das zweite Paradigma schließt weltweit die "Moderne/Andersheit" ein. In der Arbeit von Tzetan Todorov, "*Wir und die anderen*"²⁰, stellen die Europäer das "Wir" dar, und "die anderen", das sind wir, die Völker der peripheren Welt. Die Moderne definierte sich in bezug auf "wir", aber sie nahm ihren mythisch-sakrifikatorischen Charakter in bezug auf "die anderen" nicht wahr. Montaigne hat es irgendwie gemerkt, als er schrieb: "So können wir sie als Barbaren bezüglich unserer Vernunftregeln bezeichnen, aber nicht im Bezug auf uns selbst, die wir jede Art von Barbarei überschreiten."²¹

Zwei Paradigmen der Moderne

(Schematische Vereinfachung einiger Momente, welche das Verständnis beider Paradigmen bestimmen)



Von A nach G und von a nach i diachronisch zu lesen

I) Wichtigste Bestimmungen:

- A: Europa im Augenblick der "Entdeckung" (1492)
- B: Das gegenwärtige moderne Europa
- C: Projekt der (Habermas'schen) "Verwirklichung" der "Moderne"
- D: Die "Invasion" des Kontinents (später Afrikas und Asiens)
- E: Die "peripherische" Gegenwart
- F: Projekt innerhalb der abhängigen "Neuen Weltordnung"
- G: Weltweites Projekt der Befreiung ("Trans-Moderne")

²⁰ T. Todorov, Paris 1989.

²¹ M. de Montaigne, Des Cannibales, in: Oeuvres Complètes, Paris 1967, S. 208.

R: Spanischer Merkantilismus (Renaissance und Reformation)
 K: Industrieller Kapitalismus (Die "Aufklärung")

II) Beziehungen mit einer bestimmte Richtung oder Pfeile:

a: Mittelalterliche europäische Geschichte (das vor-moderne Europäische)

b: "Moderne" europäische Geschichte

c: Praxis der Verwirklichung von C

d: Geschichten, die der europäischen Eroberung (Lateinamerika, Afrika und Asien) vorhergehen

e: Geschichte kolonialer und merkantilistischer Abhängigkeit

f: Geschichte der dem industriellen Kapitalismus peripheren Welt

g: Praxis der Verwirklichung von F (Pseudoentwicklung)

h: Praxis der Befreiung oder der Verwirklichung von G

i: Praxis der Solidarität des Zentrums mit der Peripherie

1, 2, 3, n: Historische Typen der Herrschaft (von A - D usw.)

III) Die beiden Paradigmen der Moderne:

[]: Eurozentrisches Paradigma der "Moderne": [R → K → B → C]

{ }: Weltweites Paradigma der "Moderne/Andersheit" (in Richtung auf eine "Trans-Moderne"): {A/D → B/ → G}

500 Jahre nach der Entstehung des modernen Europa, lesen wir im *Bericht über die menschliche Entwicklung 1992*²² der Vereinten Nationen, daß die Reichsten, die 20 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen (hauptsächlich Westeuropa, die Vereinigten Staaten und Japan), 82 Prozent der Produkte der Erde konsumieren, und daß die Ärmsten, die 60 Prozent der Menschheit umfassen (die historische "Peripherie" des "Welt-Systems") 5,8 Prozent besagter Güter verbrauchen. Eine in der Geschichte der Menschheit nie dagewesene Konzentration. Eine weltweit niemals vermutete strukturelle Ungerechtigkeit! Ist das nicht vielleicht das Ergebnis der Moderne oder des Weltsystems, welches Westeuropa initiiert hat?

Aus dem Spanischen übersetzt von G. Matthias Tripp

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers aus: M. Buhr (Hrsg.), Das geistige Erbe Europas, Napoli 1994, S. 855-867.

²² Human Development Report 1992, United Nations Development Programme (UNDP), Oxford, New York 1992, S. 35. Im Jahre 1930 lag das Gefälle zwischen den reichsten 20 Prozent und den ärmsten 20 Prozent bei 1 : 30. Im Jahre 1990 liegt es bei 1 : 59 (nahezu dem Doppelten im Zeitraum von nur 60 Jahren).

Siegfried Prokop

Über Sinn und Unsinn von Enquête-Kommissionen zur "Aufarbeitung" von Zeitgeschichte

Geschichtsrevisionismus auf der ganzen Linie

Das Deutschland nach dem Anschluß der DDR präsentiert sich der Welt als ein Land der Intoleranz, der Ausländerfeindlichkeit und neuer innerer nationaler Zerrissenheit. Der Versuch, die Schuld für diesen Zustand bestimmten Randgruppen zuzuweisen, ist in den Medien die Regel. Aber nicht neonazistische Gruppen und Grüppchen bestimmen die Hauptrichtung der Politik in diesem Land. Der alte Mief, über den das Ausland schon wieder einmal zu erschrecken beginnt, kommt aus der "Mitte" dieser Gesellschaft. Es sind die etablierten Parteien, die die nicht unproblematische Rechtsverschiebung bewirken. Über die Hauptrepräsentanten der Unionsparteien stellte kürzlich Joschka Fischer fest: "Schauen Sie sich diese Truppe an, Schäuble mit seinem neonationalistischen Gerede, Herr Kanther, ja mei, ein Drittel von denen hat Republikanerformat."¹ Es gehe diesen um die Enttabuisierung des Dritten Reiches, setzte Fischer hinzu, weil es bereits gedämpfte Hegemonialansprüche in der Außenpolitik gibt. Schäuble forderte in der Tat in seinem neuen Buch "Und der Zukunft zugewandt" manches, was beim aufmerksamen Lesen Erstaunen hervorruft: "Die Anpassungen an unsere veränderte außen- und sicherheitspolitische Umwelt erfordern von uns nichts anderes, als die neue Normalität unserer Lage anzunehmen. Doch davon sind wir weit entfernt. Es fängt an, daß sich jeder, der sich des Begriffs der Normalität bedient, um unsere Situation, aber auch unsere Verantwortung zu umschreiben, mit jenen selbsternannten wort- und mediengewaltigen Tugendwächtern anlegt, ... die die Geschichte verbiegen und benutzen, um eben im Namen der deutschen Geschichte irreleitende Tabuschilder aufzustellen, die, würden sie beachtet, unsere Zukunftsfähigkeit aufs Spiel setzten. ... Wer aber dennoch für 'Normalität', gar für das Hinaustreten aus dem dunklen Schatten der Geschichte plädiere, wolle die schreckliche Vergangenheit relativieren, verdrängen, gar vergessen machen."² Also *nur* das "Hinaustreten über den Schatten der Geschichte" verschafft "Zukunftsfähigkeit". Diesen Schatten der Geschichte loszuwerden, ist aber nicht leicht. Eignet sich dazu als Vehikel nicht die Geschichte der DDR? Wie wärs, wenn Auschwitz im Schatten von Bautzen verschwände? Inge Deutschkron befand: "Eben, weil

¹ "Blauhelme - warum nicht?" Der Grünenpolitiker Joschka Fischer über die Regierungstätigkeit seiner Partei, in: Der Spiegel, 33/1994, S. 24.

² Wolfgang Schäuble, Über Aufgaben, die sich Deutschland in der Außenpolitik stellen muß, in: FOCUS, 24/94, S. 88.

die Westdeutschen es unterlassen hatten, sich mit den Naziverbrechern auseinanderzusetzen, entwickelten sie nun diese besondere, diese hektische Aktivität beim Aufspüren der ostdeutschen Verräter am Menschen.³

Der Bericht der Enquête-Kommission des Bundestages

Der Bericht der Enquête-Kommission des Bundestages, der einem Buchumfang von etwa 450 Seiten entspricht, ist das Resultat von 46 Anhörungen.⁴ Er besteht aus der Hauptlinienführung der Vertreter der CDU/CSU und FDP, Sondervoten der SPD-Vertreter und dem Minderheitenvotum der PDS. Der Blick soll vor allem auf den ersten, den Hauptteil gerichtet werden. Er unterscheidet sich von den bisher nicht veröffentlichten 150 Expertisen mit 15000 Seiten erheblich durch seine Wissenschaftsferne und die strikte Ideologiegebundenheit. Frösteln läßt den Leser die Terminologie der Sprache des kalten Krieges der 50er Jahre und die ungeniert zum Ausdruck kommende Sieger- und Bestrafungsmentalität. Nur wenige Abschnitte sind sachlich und differenziert, z.B. der über Städtebau und Architektur. Dies ist aber nicht durch bloße Komprimierung zu entschuldigen. Verantwortlich dafür ist die Federführung durch Post-Antikommunisten, die ihren Ärger darüber durchschimmern lassen, daß ihnen ihr Objekt der Begierde abhanden gekommen ist, und die am liebsten auch noch sozialdemokratisches und liberales Denken ausschalten möchten.

Der kalte Krieg kommt als Rahmenbedingung der DDR-Geschichte kaum vor. Dort, wo er eine Rolle spielt, wird suggeriert, daß er nur vom Osten geführt worden sei. (S. 110) Die sowjetische Intervention in Afghanistan wird moniert (S. 129), während die Verbrechen der USA in Vietnam ignoriert werden.

Nicht wenige Passagen lesen sich wie eine Farce der DDR-Geschichte. Man fragt sich unwillkürlich, warum dieser Staat DDR überhaupt 41 Jahre existieren konnte? Wie blöd müssen Millionen Ostdeutsche gewesen sein, daß sie von der sozialistischen Idee überzeugt waren? Die DDR wird als Kriminalstück vorgeführt. Zum Nachdenken muß die Frage anregen, wie in einem westeuropäischen Parlament ein ideologisches und auf Repression einer großen Zahl von Ostdeutschen zielendes Dokument Bestand haben kann?⁵ Vermerkt werden muß freilich, daß bei der Behandlung des

³ Zit. nach: Das Parlament, 27.8.1993, S. 19.

⁴ Vgl. Bericht der Enquête-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode. Referat Öffentlichkeit. Drucksache 12/7820 (31.95.94). Die Seitenangaben im Manuskript beziehen sich auf diese Fassung des Berichts.

⁵ Daß es um Repression gegen Ostdeutsche geht, gab Rainer Eppelmann in einem Interview zu: "Wer Verantwortung im Politbüro und weiterem Umfeld trug, der hat das Recht verwirkt, im vereinten Deutschland politische, wissenschaftliche oder andere Verantwortung zu tragen." In: Junge Welt, Berlin, 18.6.1994, S. 3. Man beachte die Unschärfe "weiteres Umfeld" und "andere Verantwortung". Gezielt wird offenbar auf zwei bis drei

Berichts im Bundestag am 17. Juni 1994 ihn kein Abgeordneter aufgrund der Kürze der Zeit von nur drei Tagen nach Vorlage gelesen haben konnte. Die vielen sachlichen Fehler im Bericht⁶ sowie die sich widersprechenden Passagen, unsauber belegte, bisweilen doppelt verwandte Zitate⁷ lassen vermuten, daß vor dem Druck des Dokuments dieses niemand mehr zusammenhängend gelesen hat. So kamen viele Inkompatibilitäten durch, die einem Einzelautor vernichtende Rezensionen einbrächten. Angesichts der hohen Kosten der Enquête-Kommission, die der Steuerzahler zu tragen hat, ist diese Oberflächlichkeit schon bemerkenswert. Der Bundesrechnungshof wird sich vermutlich trotzdem nicht einschalten.

"SED-Diktatur"

Obwohl definitiv davon ausgegangen wird, daß eine Gleichsetzung von NS- und SED-Regime nicht richtig wäre, wird in den angewendeten Termini (z.B. "Schreibtischtäter" S. 30 bzw. auf S. 40 die Behauptung, daß "die Methoden der SED-Medienpolitik den bekannten Praktiken totalitärer Diktaturen entsprachen") die Gleichsetzung uneingeschränkt praktiziert. Daß es sich hier um eine ausschließlich politische Absicht handelt, dürfte auf der Hand liegen. Eine solche Geschichtspolitik dürfte bei 17 Millionen Ostdeutschen kaum Akzeptanz finden, da sie auch deren Biographien abqualifiziert. Im Blick der Autoren haben wohl so recht nur diejenigen DDR-Bürger Bestand, die vom MFS 1989 bzw. von der Enquête 1994 zu den 10.000-30.000 Oppositionellen und "Widerständigen" gezählt wurden. Die übrigen Ostdeutschen sind schuldig! Bleibt es bei diesem Herangehen der etablierten Parteien, wird eine Verdrängung von Geschichte stattfinden und die wirklich tiefgreifende wissenschaftliche Erforschung in eine spätere Zeit delegiert.⁸

Millionen Ostdeutsche, denen ohne justitielles Verfahren quasi auf Lebenszeit Bürgerrechte aberkannt werden sollen im Rechtsstaat.

⁶ So wird der sowjetische Friedensvertragsentwurf von 1959 fälschlich als "Molotow-Plan 1959" bezeichnet.

⁷ Zum Beispiel das unkorrekt ausgewiesene Ulbricht-Zitat an zwei Stellen (S. 19 und S. 35): "Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben." Hinzugefügt hätte werden müssen, daß dies laut Wolfgang Leonhardt Ulbricht gesagt haben soll. Noch besser wäre gewesen, Ulbrichts Intentionen aus seinen Reden und Schriften zu belegen, d.h. primär.

⁸ Tom Steinborn wies am 11.12.1992 auf der 22. Sitzung der Enquête-Kommission auf Probleme der neuen Verdrängung hin: "Die Leute haben Angst. Das hat mich ungemein berührt, daß schon wieder Menschen Angst haben, über Vergangenheit auszusagen. Ich habe hier in Bonn eine Antwort bekommen, warum, und zwar in einem Schuhgeschäft. Ich muß die Story einfach erzählen, weil sie mich so bewegt. Ich sehe eine Mutter mit einem Kind, und das Kind sagt in einem schönen breiten Sächsisch: 'Mutti, ach so viele schöne Schuhe haben wir nie in der DDR gehabt.' Und da haut die Frau ihrer Tochter ein paar hinter die Ohren: 'Bist du ruhig!' Und genau auf diesem Weg sind wir, weil wir es nicht schaffen, weil wir den Menschen ihre Biographie nehmen." In: Deutscher Bundestag. Referat Öffentlichkeitsarbeit. Öffentliche Anhörung zu dem Thema: "Erfassung und Einbindung des Menschen im SED-Staat: Zur Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen". Bonn 1993, Seite 22/150.

Es fällt auf, daß in der strengen und stigmatisierenden Sprachregelung ein Zuschreiben auf die SED stattfindet und die DDR mit der SED-Diktatur gleichgesetzt wird. ("Die SED mußte wenige Jahre nach Inkrafttreten des Familiengesetzbuches zur Kenntnis nehmen." (S. 59). Die Folge davon war ein vehementer Kampf der SED gegen die Teilzeitarbeit." (S. 59) Praktisch ist diese Methode schon vom Institut für Marxismus-Leninismus bekannt, das ebenso DDR-Geschichte als SED-Geschichte einengte. Haben wir es jetzt nur mit einem Spiegelbild, sozusagen der Negativseite, zu tun? Es gibt keinen Zweifel, daß die SED die DDR seit 1952 als Diktatur des Proletariats verstand, nicht erst seit 1955, wie im Bericht behauptet wird. Dieses Selbstverständnis wird aber auch nicht problematisiert. So bleibt das Gerede über die SED-Diktatur plakativ und hohl. Zwänge der Modernisierung (wie die Säkularisierung des gesellschaftlichen Lebens, die Zunahme der staatlichen Lenkung in Wissenschaft und Forschung), die ebenso in anderen Industrieländern gleichzeitig auftraten, werden der SED als "Schuld" angelastet.

Erstmals sind politisch-ideologische und geistige Fragen Gegenstand der Tätigkeit einer Enquête-Kommission des Bundestages. Ist die Ähnlichkeit zum Bemühen der SED, die "Werkstätigen ideologisch zu führen", zufällig? Kurt Hager (SED) hatte die ideologische Kommission des Politbüros, wofür Rainer Eppelmann (CDU) die Enquête-Kommission des Bundestages einzupannen versucht. Entspricht die Praxis einer ideologischen Normeninstanz beim Bundestag dem liberalen Selbstverständnis des Grundgesetzes?

So wundert auch nicht, daß die früher so gescholtenen Blockparteien eine erstaunlich wohlwollende Behandlung erfahren (z.B. die plötzlich entdeckte "Systemdistanz bei vielen (!) Mitgliedern", S. 32, oder daß bei ihnen "nur bedingt von Verantwortung und Teilhabe am System gesprochen werden" könne, S. 33). Werden mit solcher Sicht heutige politische Bedürfnisse rein zufällig bedient? Christian von Dittfurth hatte schon 1991 die vor sich gehende Manipulation beschrieben: "Aus der führenden Rolle der SED ist längst ihre angebliche Alleinschuld geworden. Die ehemaligen Blockflöten stehlen sich aus der Geschichte - mit Hilfe der Bonner Union..."⁹ Daß die Blockparteien im Zeitraum der Wende als Parteien überhaupt nicht in Erscheinung getreten seien (S. 36), ist andererseits in dieser Absolutheit eine falsche Behauptung. Die LDPD zeigte seit 1987 zunehmend ein eigenes Profil, und im September und Oktober 1989 vor allem auch Manfred Gerlach. Zu einem späteren Zeitpunkt trifft dies auch für den Vorsitzenden der DBD, Günter Maleuda, zu, der in einer Stichwahl der Volkskammer zu deren letztem Vorsitzenden vor der freien Wahl wurde und in der Bevölkerung weitgehende Anerkennung und Akzeptanz fand.

⁹ Christian von Dittfurth, Blockflöten. Wie die CDU die realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991, S. 12.

Der Bericht listet eine Vielzahl von Forschungsdesiderata auf, womit der Anschein von Wissenschaftlichkeit erweckt werden soll. Daß man trotzdem zu so vielen definitiven Aussagen kam, ist angesichts der zugegebenen vielen Lücken einigermaßen überraschend. Die Vorgeschichte bis 1945 wurde gar nicht erst in Betracht gezogen. Auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung glaubten die Autoren ebenso verzichten zu können. Der Ost-West-Konflikt, die internationalen Beziehungen und vieles mehr blieben außen vor. Ein Dokument mit wissenschaftlichem Anspruch könnte all dies nicht aussparen. Das Kapitel über die deutsch-deutschen Beziehungen geht völlig am Thema vorbei, beleuchtet ausschließlich die westliche Deutschlandpolitik als "Erfolgsgeschichte" (S. 128) der Bundesrepublik. Wußte man über die Deutschlandpolitik der DDR nichts oder wollte man die Ausgrenzungsregeln nicht verletzen und zog deshalb die ostdeutschen Experten nicht heran? Die eine deutsche Konföderation vorbereitenden Projekte¹⁰ beider deutscher Regierungen in den 80er Jahren, "Züricher Modell" und "Länderspiel", bleiben "weiße Flecke". Was heute einigen Politikern peinlich ist, wird offenbar tabuisiert. In einigen wenigen Fällen nur kamen ostdeutsche Experten, die denunziatorisches Wendegehebe nicht nötig haben, zu Wort. Aber auch dies war nicht unproblematisch. Der international anerkannte Psychologe Adolf Kossakowski wurde bei der Anhörung zum Erziehungswesen der DDR in Halle an der freien Meinungsäußerung dadurch gehindert, daß der Fachhochschulprofessor Manfred Wilke (Forschungsverbund "SED-Staat") ihm buchstäblich an den Kragen ging.¹¹

Man muß sich sowieso fragen, warum so wenig souverän an die Analyse der Geschichte der DDR herangegangen wird. Ist der in nur vier Jahren angehäufte Berg des Vereinigungsunrechts schon so hoch, daß es besonderer Anstrengungen bedarf, SED-Unrecht sichtbar zu halten? Jedenfalls fällt es schwer, der Feststellung von Uwe-Jens Heuer im Bundestagsplenum etwas entgegenzuhalten. Heuer sagte am 11. März 1994: "In 40 Jahren DDR sind nicht entfernt so viele Wissenschaftler, Lehrer und andere Intellektuelle aus politischen Gründen entfernt worden wie in vier Jahren deutscher Einheit."¹²

Robert Kurz gibt für die praktizierte Intoleranz eine politökonomische Erklärung: "Die historische Schrecksekunde des realsozialistischen Zusammenbruchs hat daher ein höchst eigentümliches ideologisches Klima erzeugt, in dem der verblassende, in Wirklichkeit schon immer bloß relative Ost-West-Gegensatz verabsolutiert erscheint, während die offensichtlichsten sozialen und ökonomischen Faktoren systematisch verdrängt und völ-

¹⁰ Vgl. Jürgen Nitz, Länderspiel, Berlin 1994.

¹¹ Vgl. Albrecht Hinze, Gehorchen und das Beste daraus machen. Eine Enquêtekommission zu den Lebensbedingungen in der DDR mit dem Thema Erziehung, in: Süddeutsche Zeitung, 18.3.1993.

¹² Das Parlament Nr. 12/13-1994 v.25.3./1.4.1994.

lig verzerrt wahrgenommen werden. Die Verbissenheit, mit der auch im Westen sämtliche Ideologen die Kategorien der Marktwirtschaft anbeten, verteidigen und beschwören, als gäbe es außer jenem 'anderen' und dunklen Marx irgend jemanden, der sie jemals grundsätzlich angegriffen hätte, kann nur ihren bevorstehenden Untergang signalisieren. Nur so erklärt sich die hysterische und geradezu bellende Apologetik des Geldes quer durch alle politischen und ideologischen Lager - ausgerechnet im Augenblick seines vermeintlichen höchsten Triumphes.¹³

Die zugespitzte Art des Berichts der Enquête-Kommissions-Mehrheit ist auffällig. Hatte die Seilschaft, die dahinter steht, die Vertreter der Unionsparteien (vielleicht auch von jenem Republikaner-Format, das schon Joschka Fischer aufgefallen ist?) im Bündnis mit rechten Vertretern der ehemaligen Bürgerbewegung der DDR, ursprünglich gar mehr im Sinn, als dann am 17. Juni 1994 in Bonn herauskam? Wollte man an den Nürnberger Prozeß anknüpfen und einige Millionen Ostdeutsche ins quasikriminelle Aus schicken? Jedenfalls ist die Art der Zuspitzung und die Konzentration auf die SED mit ihren 2,3 Millionen Mitgliedern schon merkwürdig. Warum eigentlich SED-Diktatur? Warum war nicht dann auch die Sowjetunion ausschließlich KPdSU-Diktatur? Es gibt dazu keine schlüssigen Antworten. Warum nicht Diktatur der Politbürokratie? Oder Honecker-Diktatur, wo doch auch hinsichtlich Rumäniens von Ceausescu-Diktatur gesprochen wird? Wollten die Postantikommunisten es bis dahin treiben, die SED zur verbrecherischen Organisation zu erklären, was sich angesichts der Wahlergebnisse der letzten Monate im Juni 1994 nicht mehr auf die Tagesordnung setzen ließ? Zumindest ist aber das Bemühen spürbar, die Ost-CDU, LDPD, DBD und NDPD aus der kritischen Geschichtsanalyse herauszunehmen.

Antifaschismus

Auffällige Schwierigkeiten mit der Wahrheit haben die Autoren bei der Behandlung des Antifaschismus in der DDR. Sie sagen nichts darüber, daß nach dem Oktober 1990 die Namen von Antifaschisten aus dem Straßenbild Ostdeutschlands überwiegend getilgt wurden und geben sich gleichzeitig den Anschein, als seien sie die eigentlichen Verfechter des Anliegens des Antifaschismus. Aber es gelang ihnen nicht, diese Absicht umzusetzen. Sie verhedderten sich in den eigenen Formulierungen. Führungspositionen in der DDR seien lange Zeit mit "Antifaschisten" (S. 52) besetzt gewesen. Da fragt man sich, warum dieses Wort in Anführungszeichen gesetzt wurde? Wozu wollten die Autoren Distanz herstellen? Was haben sich die Autoren beim Aufwerfen folgender Frage gedacht? "Es läßt sich sogar fragen, ob die spezifische Prägung des Antifaschismus durch die SED nicht umgekehrt 'faschistische', rechtsextremistische Phänomene gefördert hat - eine Frage, die sich nach dem gegenwärtigen Forschungsstand nicht end-

¹³ Robert Kurz, Der Kollaps der Modernisierung, Leipzig 1994, S. 193/194.

gültig beantworten läßt." (S. 53) Diese Frage hat mit Forschung absolut nichts zu tun. Sie ist aber für den politischen Standort der Autoren bezeichnend. Warum reichte ihnen die sachliche Feststellung nicht, daß es für solche Erscheinungen "auch genuine, DDR-spezifische Ursachen gegeben" (S. 53) hat? Besonders frappierend ist eine Manipulation, auf die bereits Jochen Cerny hinwies: "Tatsächlich: ein Taschenspielertrick, aber gekonnt, wie sie den durch tausendfachen Widerstand beglaubigten Antifaschismus sogleich gegen einen unechten, die SED-Diktatur legitimierenden austauschten. Im Handumdrehen war der authentische Antifaschismus aus der DDR-Geschichte verschwunden."¹⁴ Das war wohl auch die eigentliche Absicht.

Erziehung und Wissenschaft

Besonders deutlich wird die Instrumentalisierung des Enquête-Berichts im Interesse der Rechtfertigung gegenwärtiger Politik auf den Feldern des Erziehungswesens und der Wissenschaft.

Während in äußerster Breite über Jugendwerkhöfe geschrieben wird, kommt wenig oder Falsches über Schulen und Oberschulen. Die Behauptung, daß sich in der DDR seit 1965 die Erweiterte Oberschule (EOS) nur auf die Klassen 11 und 12 beschränkte (S. 62), ist falsch. In dieser Zeit gehörten noch die Klassen 9 und 10 dazu. Die bildungspolitische Verengung, auf die hier angespielt wird, setzte Margot Honecker erst in den achtziger Jahren durch. Unzutreffend ist die Darstellung der 3. Hochschulreform 1968-1970. Die Durchsetzung der Sektionsstruktur war einerseits nichts anderes als die Anlehnung an das amerikanische Department-System, dessen größere Flexibilität andererseits wegen der damit einhergehenden Bürokratisierung nicht so recht zum Tragen kommen konnte. Daß bei der Sektionsbildung Probleme auftraten, lag wie auch bei Reformen im Westen in der Natur der Sache. Daß aber ohne Teilnahme der betroffenen Wissenschaftler vorgegangen wurde, dürfte nicht belegt werden können. Was soll mit der Behauptung "Es gab keinen vollständigen Austausch der Hochschullehrer" suggeriert werden? (S. 70) Soll eine "halbe Abwicklung" unterstellt werden? Das widerspricht den Tatsachen. Unkorrekt ist auch die Behauptung, daß in den Studentengruppen "FDJ-Leitungen" existiert hätten. Schon ein Blick ins Statut der FDJ hätte gezeigt, daß das nicht der Fall war. Es gab einen FDJ-Gruppenorganisator mit Stellvertretern. Mehr nicht! Erst auf der Ebene der Grundorganisation gab es eine "Leitung". Man traut seinen Augen nicht, aber tatsächlich in dem Abschnitt "Akademien und sozialwissenschaftliche Einrichtungen" (S. 71) wurde das Institut für Marxismus-Leninismus "vergessen", jenes Institut, ohne dessen Gutachten kein historisches oder philosophisches Buch in der DDR erscheinen konnte. Wie war das Vergessen des IML bei so vielen Experten

¹⁴ Jochen Cerny, Erkunden oder aufarbeiten? Un/Arten des Umgangs mit deutscher Zeitgeschichte, in: Utopie kreativ, H.47/48, Berlin 1994, S. 15.

möglich? Reichen die Seilschaften des ehemaligen IML bis in die Enquête-Kommission? Es ist auch zu bezweifeln, daß das Hauptinstrument der SED zur Verwirklichung der Forschungspolitik die SED-Kreisleitungen gewesen seien. (S. 72) Der in diesen Kreisleitungen tätige eine Sekretär für Wissenschaft wäre angesichts der vielen Disziplinen an einer Universität absolut überfordert gewesen. Die Umsetzung der SED-Forschungspolitik war über die Räte (z.B. Rat für Geschichtswissenschaft, ... für Philosophie usw.) und die Zentralen-Pläne (ZP) viel eher möglich. Da spielten aber die Universitäten nur eine untergeordnete Rolle. Deutlich wird hier die Verzerrung als Abwicklungs-Legitimation.

Gelegentlich sind die Darlegungen selbstentlarvend. So wird auf S. 72 behauptet, daß in der DDR "nur begrenzt anpassungsfähige und bereite Wissenschaftler (oft auch habilitiert)" in der Regel im Mittelbau stecken blieben. Wenige Sätze weiter auf S. 73 wird dann die Berufung vorwiegend westdeutscher oder ausländischer Wissenschaftler an ostdeutsche Universitäten mit der Behauptung begründet, daß in der DDR "dafür überhaupt kein qualifiziertes, nicht-kompromittiertes und erfahrenes Hochschulpersonal vorhanden war." Darüber darf man nachdenken! Eine der beiden Behauptungen kann doch wohl nicht stimmen. Auch wird hier mit dem Begriff "kompromittiert" wieder die platte Gleichsetzung mit dem NS-Regime betrieben. Die Behauptung, daß durch Evaluierungen und durch Stasi-Überprüfungen an den Hochschulen und Universitäten "eine gerechte Auswahl unter den Betroffenen" vorgenommen worden sei, stützt sich auf keine Anhörung von Opfern und Betroffenen. Es bleibt festzuhalten, daß für das "Gaucken" keine festumrissenen Kriterien existierten, womit der Willkür in der Auslegung Tür und Tor geöffnet wurde. Auch kann davon ausgegangen werden, daß Evaluierungen mit "Geheimgutachten" wissenschaftlichen Kriterien nicht entsprachen. Die "Gutachten", die dennoch bekannt wurden, erwiesen sich als ideologische Pamphlete.¹⁵ Nichts gesagt wurde zu der Rüge des Europäischen Parlaments in Strasbourg im Jahre 1993, wonach die Anwendung des Begriffs "Staatsnähe" auf Biographien von DDR-Wissenschaftlern unvereinbar ist mit Artikel 14 der Europäischen Menschenrechtskonvention.¹⁶ Im Januar befaßte sich im 1503 - Verfahren die Menschenrechtskommission der Uno in Genf mit Beschwerden von Lehrern in Thüringen.¹⁷ Ebenso wurde verschwiegen, daß die inhumanen Abwicklungen eine bisher nicht bekannte Zahl Betroffener

¹⁵ Vgl. Wolfgang Richter (Hrsg.), Unfrieden in Deutschland. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet, Berlin 1993, S. 208-209 ("Kampfgutachten" von H.U. Wehler, Bielefeld).

¹⁶ Vgl. Jahresbericht des Ausschusses für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten über die Achtung der Menschenrechte in der Europäischen Gemeinschaft. Berichterstat-ter: Herr Karel de Gucht, Auszug in: Ostdeutsches Journal, Nr.5/6, Berlin 1993, S. 12/13.

¹⁷ Vgl. Annegret Kaufmann, Ab Montag bei der UNO in Genf auf dem Prüfstand: Menschrechte in Deutschland, in: Neues Deutschland, 28.1.1994.

in den Selbstmord trieben.¹⁸ Wie simpel wirkt da die Feststellung im SPD-Sondervotum, wonach DDR-Wissenschaftler einen Anspruch auf "gerechte Beurteilung" (S. 73) hätten. Was auf diesem Felde inszeniert wurde, war von A - Z ungerecht und unsachlich. Westseilschaften bedienten sich an den ostdeutschen Hohen Schulen wie in einem Selbstbedienungsladen. Auch der letzte schwache Schüler eines Vertreters der westdeutschen Ordinarienherrlichkeit wurde im Osten versorgt.

Bei der Darstellung des MfS, dessen zahlenmäßige Entwicklung überdies doppelt ausgewiesen wird (S. 28 und S. 220), bleibt völlig unberücksichtigt, was in der westlichen Politologie in anderen Ländern längst zum allgemeingültigen Wissen gehört¹⁹, daß das MfS institutionell besonders mit dem KGB verbunden war. Der KGB aber hatte in der UdSSR solche Politiker von Glasnost und Perestroika wie Jurij Andropow und Michail Gorbatschow hervorgebracht. Vom KGB ging ein direkter Einfluß auf das MfS in der Richtung aus, die DDR auf Reformkurs zu bringen, wie auch in dem Buch "Das Komplott"²⁰ belegt wird. All das wird ignoriert und wie glaubhaft erscheint die etwas alberne Behauptung, wonach "das KGB 1989 nicht sichtbar in den revolutionären Prozeß" (S. 29) eingegriffen habe. Das stimmt übrigens: "nicht sichtbar!"

Zum Umbruch im Herbst 1989

Völlig unzureichend wird der Umbruch im Herbst 1989 und der enorme demokratische Aufbruch im 41. Jahr der DDR gewürdigt. Was man immer auch an der Geschichte der DDR auszusetzen haben mag, sollte doch nie übersehen werden, daß in ihrem letzten Jahr im Unterschied zum NS-Regime beträchtliche emanzipatorische Potentiale, einschließlich dem Parteaufstand der Parteibasis der SED gegen die Politbürokratie, zum Tragen kamen.²¹ Warum übersehen dies die Autoren des Berichts? Wieder wohl, um die Totalabwicklung der inzwischen unzweifelhaft demokratischen deutschen Republik im 41. Jahr rechtfertigen zu können. Vergessen wurden die Bewegung und der Aufruf "Für unser Land!" Zufall? Überhaupt wird der Eindruck zu erwecken versucht, als habe der Ruf "Wir sind das Volk!" bereits den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik anvisiert. (S. 155) Ebenso wird Geschichte gefälscht, wenn die Totalabwicklung auf den "Forderungskatalog" (S. 214) der Bürger- und Volksbewegung im Herbst 1989 zurückgeführt wird. Solch einen Forderungskatalog gab es gar nicht. Die Forderungen der über 40 Parteien und Bewegungen waren sehr diffe-

¹⁸ Vgl. Wolfgang Richter (Hrsg.), Unfrieden in Deutschland, Diskriminierung in den neuen Bundesländern, Berlin 1992, S. 112-124.

¹⁹ Vgl. David P. Conrad, The German Polity, Fifth Edition, New York & London 1994.

²⁰ Vgl. Ralf-Georg Reuth/Andreas Bönke, Das Komplott, Wie es wirklich zur deutschen Einheit kam, München/Zürich 1993.

²¹ Vgl. Siegfried Prokop (Hrsg.), Die kurze Zeit der Utopie, Die "zweite DDR" im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin 1994. Horsta Krum/Siegfried Prokop, Das letzte Jahr der DDR, Implosion Einigungsvertrag, "distinct society", hefte zur geschichte der ddr 20, Berlin 1994.

renziert und zielten im Herbst 1989 relativ einheitlich und eindeutig noch auf die Erneuerung und Demokratisierung der DDR.²² So viel ist gewiß: Daß die Ostdeutschen ins soziale Aus gejagt werden, um westdeutschem Personal, darunter nicht wenigen "Nieten in Nadelstreifen", Platz zu machen, ist im Herbst 1989 an keiner Stelle der DDR gefordert worden. Hier setzt der Bericht Dichtung an die Stelle der historischen Wahrheit. Die Chance einer historisch-kritischen Annäherung an die deutsche Zeitgeschichte wurde mit diesem Bericht vertan. Er wirkt für die innere Einheit der Deutschen kontraproduktiv und wird folglich die Spaltung vertiefen.

Zur Alternativen Enquête-Kommission "Deutsche Zeitgeschichte"

Als sich im Frühjahr 1992 abzeichnete, daß eine Bundestagskommission unter Rainer Eppelmann mit der jüngsten deutschen Geschichte beschäftigen würde, schrieben Manfred Demmer und Fritz Rische von der Essener Initiative für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges einen Brief nach Bonn.²³ Sie unterbreiteten Vorschläge für die Tätigkeit der Bundestagskommission in dem Sinne, daß die ganze deutsche Zeitgeschichte, d.h. die der Bundesrepublik und der DDR Gegenstand der Untersuchungen sein sollten. Etwa zeitgleich schrieb auch Wolfgang Harich nach Bonn. Auf die Briefe wurde nicht geantwortet. Ebenso wurden die Vorschläge nicht berücksichtigt. Bald war auch klar, warum nicht reagiert wurde. Es ging der Bundestagskommission um eine neue Verdrängung und die Bestätigung des ideologisch zugespitzt formulierten Themas "Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland".

Am 11. Juli 1992 trafen sich im Haus der Demokratie in Berlin Vertreter von Ostdeutschen Verbänden, die über die Vorlage eines Ostdeutschen Memorandums zum zweiten Jahrestag der deutschen Einheit im Oktober berieten.

Auf der Beratung der Ostdeutschen Verbände meldete sich auch Wolfgang Harich zu Wort. Er teilte mit, daß Rainer Eppelmann alle Vorschläge von Bürgern ignoriert. Er schlug deshalb vor, eine Alternative Enquête-Kommission zu gründen. Harichs Vorschlag wurde nicht sofort aufgegriffen. Der Haupteinwand, der gegen die Gründung einer solchen Kommission zunächst geltend gemacht wurde, war der, daß eine Alternative Kommission der Versuchung erliegen könnte, das genaue Gegenteil der Bundestags-Kommission zu versuchen und damit nur andersherum einseitig zu agieren. Das bloße Kontern - etwa dem Nachweis der Stalin-Linie in der DDR-Geschichte die Globke-Linie in der Geschichte der Bundesrepublik entgegenzusetzen - wurde für wenig sinnvoll gehalten. Ein solches Gre-

²² Vgl. Politische Parteien und Bewegungen der DDR über sich selbst, Handbuch, Berlin 1990.

²³ Abgedruckt in: Ostdeutsches Journal, 2, Berlin 1993, S. 24.

mium hätte kaum etwas zur kritischen Analyse der Deutschen Zeitgeschichte leisten können.

Dann tagte Ende September 1992 die Enquête-Kommission des Bundestages erstmals öffentlich in Leipzig. Die Tagung bestätigte das in den Leitlinien ausgearbeitete Konzept einer Kriminalisierung der DDR-Geschichte.

Zu Wort kamen Weststaatsanwälte, Westrichter, ein Westrechtsanwalt, ein Westkriminalbeamter, Westprofessoren, ein Westjournalist, Jürgen Fuchs und Ulrike Poppe. Mutig setzte sich Professor Friedrich Dencker von der Universität Münster dafür ein, vom Artikel 103 Abs. 2 GG auszugehen, wonach eine Tat nur dann bestraft werden kann, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde. So jedenfalls schreibt es auch der Einigungsvertrag vor. Dencker sprach jedoch gegen eine Wand an. Die anderen Sprecher operierten mit dem Politiklischee vom "Unrechtsstaat", eine Wertung, die nur die UNO legitim hätte vornehmen können, um eine flächendeckende und rechtsverletzende Abstrafung der DDR-Elite begründen zu können. Ostdeutsche Experten waren nur in kleiner Zahl geladen. Sie kamen nicht zu Wort. Pluralismus? So belegten Eppelmann und seine Getreuen, daß ihnen weniger an Recht als an "sozialer Revanche" gelegen war.

Nach dieser Veranstaltung in Leipzig entschieden sich Ostdeutsche Verbände dafür, im Ostdeutschen Memorandum die Basis für die Tätigkeit einer Alternativen Enquête-Kommission zu schaffen.²⁴ Es kam dann im September/Oktober 1992 zu Beratungen von ehemaligen Politikern der DDR, Kulturschaffenden, Wissenschaftlern und Vertretern von Verbänden in der Berliner Stadtbibliothek.

Die erste, sehr kontroverse Beratung brachte noch kein Ergebnis. Es gab zu unterschiedliche Vorstellungen. Dabei zeigte sich auch, wie schwierig es anfangs war, mit Wolfgang Harich zu einem alternativen integrierenden Konzept zu kommen. Scharf attackierte Harich Dietmar Keller, den Vertreter der PDS in der Enquête-Kommission des Bundestages, den er zum Verlassen dieser Kommission aufforderte. Die Versammelten einigten sich immerhin auf einen neuen Termin zwei Wochen später.

Bei dieser zweiten Beratung, die einen Vorstand wählte, deren Vorsitzender Wolfgang Harich wurde, konnte ein Konsens gefunden werden. Ehrenvorsitzender wurde Walter Markov, der im Juli 1993 verstorben ist. Aufgabe des Vorstandes wurde es, ein Konzept und eine Arbeitsordnung bis Anfang 1993 vorzulegen.

Die in Konstituierung begriffene Alternative Enquête-Kommission (AEK) "Deutsche Zeitgeschichte" stellte sich darauf ein, das von der Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde begründete Ostdeutsche Geschichtsforum ab Januar 1993 in eigene Regie zu übernehmen. Ihr eigener

²⁴ Vgl. Ostdeutsches Memorandum, herausgegeben von der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, Berlin 1992, S. 24.

Start war dann eine Veranstaltung zum 30. Januar 1933, die vom "Neuen Deutschland" dokumentiert wurde. Weitere Dokumentationen zu den jeweiligen Themen des Ostdeutschen Geschichtsforums folgten. Auch andere Medien kamen nicht umhin, vom Ostdeutschen Geschichtsforum Notiz zu nehmen, regelmäßig besonders verbissen der wendehalsige Jan von Flocken (vormals "Der Morgen") in der "Morgenpost".

Im Februar 1993 legte die Alternative Enquête-Kommission im Journal der GBM (Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde) ihre erste geschlossene Publikation vor. Darin findet sich auch ihre Konzeption "Alternative Enquête-Kommission Deutsche Zeitgeschichte. Ihr Selbstverständnis und ihre Aufgaben".²⁵

Die Alternative Enquête-Kommission ging von der Zielsetzung aus, die Geschichtsdebatte zu versachlichen. An die Stelle der praktizierten Einseitigkeit setzte sie die Mehrdimensionalität und die Differenzierung. Es ging ihr um eine historisch-kritische Betrachtung der ganzen deutschen Zeitgeschichte. Dazu gehörte auch, sich kritisch mit dem politischen System der DDR, mit seinen ausgehöhlten Ritualen und dem Demokratie-Defizit auseinanderzusetzen. Bei der Aufarbeitung der deutschen Zeitgeschichte durfte kein Thema und kein wesentlicher Fakt ausgespart bleiben. Entschieden wandte sich Wolfgang Harich von Anfang an gegen jegliche Schönfärberei: "Kritik muß, wo immer sie am Platze ist, uneingeschränkt zum Zuge kommen. Irrtümer, Fehlleistungen, gar Verbrechen sind klar zu benennen. Kein Jota ist der Einsicht unseres unvergessenen Walter Marckov abzuhandeln, daß wir uns in einer welthistorischen Sackgasse befunden haben und unser Sozialismus-Versuch von Anbeginn, international wie auch auf deutschen Boden, mit dem Geburtsfehler behaftet gewesen ist, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg um jeden Preis und zu früh, unter noch unreifen Bedingungen, zur Eintracht zwingen zu wollen."²⁶

Die tausende Opfer des kalten Krieges in der Bundesrepublik sind für die AEK im Unterschied zur Bundestagskommission kein Tabu-Thema. Geschichtsaufarbeitung muß etwas mit Analyse zu tun haben, und Wertungen sollen sich auf wissenschaftliche Forschungen stützen. Die Alternative Enquête-Kommission setzt dem Ruf des Priesters Eppelmann nach Vergeltung als Alternative die Versöhnung entgegen, ohne die es nie eine innere Einheit der deutschen Nation geben wird. Die AEK hält es nicht für richtig, etwas untersuchen zu wollen, dessen Ergebnis schon politisch vorgegeben wurde. Für abwegig und absurd sieht die AEK die Einteilung der Ostdeutschen in fünf Kategorien an, deren erste nach Feststellungen von Rainer Eppelmann bei der Anhörung in Leipzig im September 1992 wohl als

²⁵ Vgl. Ostdeutsches Journal, 2, Berlin 1993, S. 1-2.

²⁶ Wolfgang Harich, Zeitgeschichte als Widerstand, in: Das Parlament, Nr. 29, 17.6.1994, S. 4.

"verbrecherischer Personenkreis" einzuschätzen sei, während der fünfte, am wenigsten belastete, auch nicht ständig auf der Straße protestiert habe.

Wer vom Mauerbau quer durch Berlin spricht, darf die amerikanisch-sowjetischen Agreements vom Sommer 1961 nicht unterschlagen und darf auch nicht verschweigen, daß die Souveränitätsrechte in Ostberlin noch ein sowjetischer Stadtkommandant ausübte, ehe im August 1962 Helmut Poppe erster Stadtkommandant der DDR in Ostberlin wurde. Das Gedächtnis des renommierten Valentin Falin trägt, wenn er über die Alleinverantwortung der DDR vor Westrichtern aussagt. Die glauben so etwas gern, auch wenn es nicht der historischen Wahrheit entspricht. DDR-Geschichte läßt sich auch nicht auf politische Geschichte und diese wiederum nicht auf "Unrecht und Verfolgung, Demütigung und Entwürdigung" reduzieren, wie es im Beschluß des Bundestages vom 13. Mai 1992 heißt.²⁷ Die DDR war wesentlich vielgestaltiger, sie wies durchaus auch positive Seiten auf und hinterließ wertvolle Leistungen. Jene Geschichtspolitik erliegt einer strategischen Fehleinschätzung, die glaubt, die Geschichte der Ostdeutschen in den letzten viereinhalb Jahrzehnten ignorieren oder verteufeln zu müssen. Diese Politik provoziert DDR-Nostalgie geradezu. Der Versuch einer Identitätsbestreitung wird notgedrungen scheitern. Eine empirische Untersuchung über Biographien der Wendezeit belegt dies.²⁸ Rezensent Martin Koch kommentierte aufschlußreich: "Auf die Frage 'Was bereuen Sie in Ihrem Leben?' folgt zumeist die trotzigste Antwort: Nichts! Menschen mit amputierter Vergangenheit befürchten wohl zu Recht eine ebensolche Zukunft! Sie mißtrauen der Verheißung 'blühender Landschaften', in denen in erster Linie das Geschäft blüht. Und worin ihnen selbst, der eigenen Wurzeln beraubt, das Verdorren droht."²⁹

Unter all diesen Gesichtspunkten bemühte sich die AEK darum, sich ihrem Gegenstand in prinzipiell anderer Weise zu nähern als die Bundestagskommission. Die gewählten Methoden stimmen jedoch weitgehend überein: Gespräch, Dialog, Anhörungen, Foren, Vorträge und Publikationen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß die öffentlichen Veranstaltungen der AEK in der Regel sehr gut besucht werden. Das hängt sicher damit zusammen, daß die Fragen der AEK von den Ostdeutschen als ihre Fragen akzeptiert werden.

Wolfgang Harichs Stellungnahme zum Abschlußbericht der Bundes-Enquêtekommission³⁰, der noch weitere ausführliche Publikationen aus den 28 Arbeitsgruppen folgen werden, veranschaulichte, in welchem Maße die

²⁷ Vgl. Deutschland Archiv 7/1992.

²⁸ Vgl. Ralf-Dietmar Hegel/Martin Müller/Michael Wolf, Die produktive Kraft der Unfreiheit. Eine empirische Studie zu ostdeutschen Biographien in der "Wendezeit", Milow 1994.

²⁹ Martin Koch, Vorübergehende "Wahlverirrung"? Solche Hoffnung trägt, in: Neues Deutschland, 17./18.9.1994, S. 10.

³⁰ Wolfgang Harich, Der Totalitarismus-Begriff ist völlig unbrauchbar, in: Neues Deutschland, 21.6.94, S. 3.

AEK die jüngste deutsche Geschichte kritisch und selbstkritisch reflektiert. Weil sie nicht zu manipulieren beabsichtigt, betreibt die AEK auch keinerlei Ausgrenzungen. Es dürfen alle mitarbeiten, die zur Aufdeckung der historischen Wahrheit beitragen können. Der zweite Bundeskongreß ostdeutscher Verbände beschloß im Mai 1994, das Mandat der AEK um weitere vier Jahre zu verlängern. Es gibt ermutigende Anzeichen dafür, daß in der zweiten Legislaturperiode in den neuen Ländern autonom arbeitende Landesgruppen der AEK entstehen. Sie werden dazu beitragen, daß die Geschichtspolitik der etablierten Parteien, das Vereinigungsrecht zu rechtfertigen, nicht unwidersprochen bleibt.

BAHAMAS

Zirkular der Gruppe K, erscheint alle 2-3 Monate mit Texten und Analysen zu Deutschland und der marxistischen Diskussion. Antinational, antikapitalistisch, marxistisch.

Bahamas 15

"Wir lieben unsere Heimat"

Die Linke und die Nation

Halluzi-Nation * KPD/SED und "nationale Frage" * Die Farben der DDR: Schwarz-Rot-Gold * Ostidentität: in der Tradition nationaler Geschichtspropaganda * Völkisches aus der PDS * Konferenz: "Links ist da, wo keine Heimat ist"

Außerdem: Gedenkfeiern 1994: Erinnerungen an die Zukunft * Plutoniumverwirrspiel: Griff zur Bombe * CDU-Europa: Drohung mit dem Sonderweg * Wozu wählen? * Kritik an K.O. Hondrich

Noch erhältlich:

BAHAMAS 14: Das Ende der Blockade: Sieg des Anti-Anlifaschismus (Deutschland und Italien)

BAHAMAS 13: Neue Proletarität? Krise, Linke und revolutionäres Subjekt (Kritik der K.H. Roth-Thesen)

BAHAMAS 11: Krise und Intervention: Somalia, Jugoslawien. C. Türckes Rassismus.

Einzelpreis DM 6 (nur Vorkasse/Briefmarken). Abonnement: DM 18,- für drei Ausgaben.

Büro K, Karolinenstr. 21/Hs. 2, 20357 Hamburg, Tel. 040-438846.
Konto: S.Roisch/K.Dreyer, HaSpa, BLZ 200 505 50, Kto. 1228/122 386.

Neuerscheinungen 1994

Eine Programmauswahl

Till Bastian

Die Finsternis der Herzen

Nachdenken über eine Gewalttat
157 S., DM 24,80, 3-89438-074-8

"Es gibt Menschen, die verlöschen einfach. Sie sterben still, ohne großes Getöse... Und es gibt Tode, die ziehen eine breite Schneise der Verwüstung nach sich. So war es bei meinem Vater. Davon handelt dieses Buch... Es ist häufig gesagt worden, Petra Kelly und Gert Bastian seien 'Symbolfiguren' der GRÜNEN, der Friedens- und Alternativbewegung gewesen. Dies ist wohl wahr. Ich frage mich indes darüber hinaus, ob sie es nicht auch noch in ihrem Sterben sind - Symbolfiguren für Ambivalenz und Zwiespältigkeit, für eine verdrängte Gewaltbereitschaft und zugleich auch für das heimliche und unheimliche Fasziniertsein von einer Gewalt, die man zwar öffentlich und moralisch immer wieder verurteilt, deren Zauber man aber doch zu erliegen droht" (Aus dem Prolog)

Alexander Diekmann u.a. (Hg.)

Gewohnheitstäter

Männer und Gewalt
176 S., DM 19,80, 3-89438-075-6

Die Autoren setzen sich auseinander mit: Männlicher Sozialisation; Militär, Krieg und Vergewaltigung; antischwuler Gewalt; sexueller Gewalt von Männern an Kindern; patriarchalen Strukturen am Arbeitsplatz; biologistischen Erklärungsversuchen. Außerdem: Ansätze und Projekte der Beratungsarbeit.

Ulrich Schneider (Hg.)

Auschwitz - ein Prozeß

Geschichte, Fragen, Wirkungen
157 S., DM 19,80, 3-89438-072-1

Dreißig Jahre nach dem Frankfurter Auschwitz-Prozeß von 1963 beschäftigte sich damit ein Symposium, dessen wichtigste Materialien hier vorgelegt werden. Beiträge von O. Ansull, E. Bamberger, H. Düx, P. Gingold, H. Hannover, E. Kuby, J. Kuczynski, R. Kühnl, K. Pätzold u.a.

Alle Bücher über
Ihre Buchhandlung
oder direkt von
PapyRossa

Petersbergstr. 4
50939 Köln

Tel. 0221/448545 & 446240
FAX 0221/444305

Neues Gesamtverzeichnis!

Peter Kürner/Ralf Nafroth (Hg.)

Die vergessenen Kinder

Vernachlässigung und Armut in Deutschland
165 S., DM 19,80, 3-89438-064-0

"Das Buch setzt in seiner Gesamttendenz den üblich gewordenen Thesen von der schichtunabhängigen Gewalt gegen Kinder einen anderen Schwerpunkt entgegen: die Armut nicht nur als Mangel an materiellen Ressourcen, sondern auch als Boden für sozialen Analphabetismus und jede Art von Gewalt" (Kinderschutz aktuell)

Georg Fülberth

Der große Versuch

Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten
199 S., DM 24,80, 3-89438-076-4

"Das Buch verdient wahrlich eine große Leserschaft. Es ist voller kluger Gedanken und zum Nachdenken anregender Fehler. Ein so grundlegend wichtiges Buch über die internationale kommunistische Bewegung der letzten 70 Jahre besitzen wir nicht" (J. Kuczynski)

Hans Kalt

Stalins langer Schatten

Das Scheitern des sowjetischen Modells
240 S., DM 38,-, 3-89438-077-2

"Wer aus Fehlern nicht lernt, wird die gleichen Fehler wiederholen... Manches schon vor sieben oder sechs Jahrzehnten Ausgesprochene hätte eine andere Entwicklung des sowjetischen Sozialismus bewirken können, wenn die Verantwortlichen darauf gehört hätten" (Aus der Einleitung)

Lutz Hoffmann

Das deutsche Volk und seine Feinde

Die völkische Droge
227 S., DM 24,80, 3-89438-068-3

Die Stärke des Buches liegt in dem ausgiebig geführten Nachweis, auf welchen historischen Wegen das völkische Denken von Oben produziert, als Identifikationsangebot gefördert und planmäßig zu Herrschaftszwecken ausgenutzt wurde" (SoZ)

"Mehr als ein Koffer bleibt": Gedanken zu den gegenwärtigen Geschichtskulturen in Deutschland

I.

Spätestens der im Februar 1993 im "Spiegel" erschienene Essay "Anschwellender Bocksgesang" von Botho Strauß gilt als Anlaß einer intellektuellen Debatte über das historische Selbstverständnis, die gegenwärtige Selbstvergewisserung und die Zukunftserwartung der Deutschen, deren Ursachen aber auf den Umbruch von 1989/90 zurückweisen und die mit der Trias von nationalsozialistischer Vergangenheitsbewältigung, der Bestimmung deutscher Nachkriegsgeschichte und der Frage nach der nationalen Identität in der Kontinuitätslinie vorhergehender Kontroversen steht. Ein neuer, seit geraumer Zeit schwelender Historikerstreit ist damit entfacht worden, dessen politische Dimensionen sich schnell abzuzeichnen begannen. Wie die große Zahl von Sachbüchern und wissenschaftlichen Publikationen, Diskussionsforen in den Feuilletons der meinungsbildenden Zeitungen - wie das mit dem doppeldeutigen Titel "What's right?" in der FAZ, "Deutschland neu begründen" in den "Blättern für deutsche und internationale Politik" oder "Umdenken. Visionen und Revisionen" in "Die Zeit" -, dazu Interviews und Essays zeigen, ist er zudem in einen Diskursraum eingebettet, in dem das politische Koordinatensystem mit seiner Rechts-Links-Polarisation scheinbar auseinandergebrochen und durch neue intellektuell-politische Bündnisse gekennzeichnet ist.¹ Der Streit bildet somit offensichtlich einen Teil der nach 1968 erneut ausgebrochenen Auseinandersetzung um die "kulturelle Hegemonie" in (West-) Deutschland.

Zugleich ist mit dem Zusammenbruch des ostdeutschen Sozialismus und dem Verschwinden der DDR von der politischen Landkarte ein neues, historisch abgeschlossenes Forschungsobjekt für Historiker, Sozial- und Kulturwissenschaftler entstanden, dessen politischer Gegenwartsbezug und moralische Dimension zu einer Kontroverse vor allem im Osten Deutschlands geführt hat. Die Diskussionen um die moralische und wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte und -Gesellschaft finden in der Öffentlichkeit zwar weit weniger Resonanz als der westdeutsche Historikerstreit, für eine kollektive Selbst- und Neubesinnung der Ostdeutschen nach dem revolutionären Umbruch aber scheinen sie unerlässlich zu sein.

¹ Dazu u.a. Gunter Hofmann, Links und Rechts. Und Gorazde. Ein Plädoyer für Distinktionen - und gegen falsche Debatten, in: Die Zeit v. 29.4.1994; Konrad Adam, Den Aufbruch denken. Richtungskämpfe sind Nachhutgefechte, in: FAZ v. 4.5.1994.

Im folgenden geht es mir um eine thesehafte Beschreibung der gegenwärtigen Geschichtskulturen in Deutschland, die mit ihren sich wechselseitig beeinflussenden und instrumentalisierenden Bestandteilen Wissenschaft, Politik und Kunst² das Geschichtsbewußtsein und letztlich das kulturelle Selbstverständnis der Deutschen bestimmen. Die Debatten sind sehr komplex, vielschichtig, z.T. widersprüchlich. Obwohl sachlich kaum aufeinander bezogen, geht es in beiden Historikerkontroversen um die jüngste Geschichte, die "langen Schatten" (Nationalsozialismus) und die zwei "kurzen Schatten"³ (westdeutsche Nachkriegsentwicklung, Geschichte der DDR) der Vergangenheit bilden ihre wesentlichen Ebenen. Die jeweilige regionale, historische und mentale Spezifik der zwei Debattierkreise führt zu Ausgrenzungsstrategien unter- und gegeneinander und nicht selten zu neuen Rechtfertigungslegenden. Die West-West- und die Ost-Ost-Debatte scheinen daher dazu beizutragen, die Gemeinsamkeiten beider aus dem Blick zu verlieren, die vor allem in der historischen Selbstvergewisserung bei der gegenwärtigen Suche nach einer neuen kollektiven Identität zu orten sind.

II.

Die kognitive und politische Dimension des ersten Themenbereiches, der "langen Schatten" von Holocaust und Nationalsozialismus, ist keinesfalls neu, hat aber nach 1989 an politischer Brisanz gewonnen. Der Historikerstreit von 1986/87 führte dazu, daß die Versuche zu einer Relativierung und "Historisierung" der nationalsozialistischen Vergangenheit mehrheitlich von den Historikern zurückgewiesen worden sind.⁴ Dieser akademische Konsens hat sich aber auf der politischen und ästhetischen Seite der Geschichtskultur nicht durchsetzen können. Der Besuch Kohls und Reagans in Bitburg hatte die Tendenz einer Re-Nationalisierung des geistigen Klimas signalisiert, die sich trotz der symbolhaften Wirkung der Rede Weizsäckers zum 8. Mai im Zuge der konservativen Wende weiter verstärkte. Die Wiedervereinigung von 1989/90 stellte dann eine Zäsur dar,

² Vgl. zum Begriff "Geschichtskultur" Jörn Rüsen, Lebendige Geschichte. Grundzüge einer Historik III: Formen und Funktionen des historischen Wissens. Göttingen 1989, 109ff. Ich muß mich allerdings weitestgehend auf die geschichtswissenschaftlichen Aspekte konzentrieren und kann daher weder die neue Staatsdiskussion noch die Debatte über den Verfassungspatriotismus, noch die Literaturdebatte oder den "Bilderstreit" um die Nationalgalerie miteinbeziehen. Im Nachzeichnen ausgewählter Eckpunkte der zwei spezifisch historiographischen Diskurse besteht daher mein Hauptanliegen.

³ Die Metapher des "Schattens" findet sich bei Peter Graf Kielmansegg, Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989, und bei Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Frankfurt/M. 1990.

⁴ Zusammenfassend dazu Bernd Faulenbach, Der Streit um die Gegenwartsbedeutung der NS-Vergangenheit. Ein Literaturbericht, in: Archiv für Sozialgeschichte 28, 1988, 607-633, und ders., Die Bedeutung der NS-Vergangenheit für das deutsche Selbstverständnis. Weitere Beiträge zum "Historikerstreit" und zur Frage der deutschen Identität, in: ebd. 30, 1990, 532-574.

die endlich die "Rückkehr" Deutschlands in die "normale" Geschichte zu verheißen schien. Der erneut vorgenommene Versuch zur "Historisierung" des Nationalsozialismus findet nun in einem veränderten politisch-kulturellen Kontext statt. Der öffentliche Konsens im Westen Deutschlands über die Teilung Deutschlands als Folge des Zweiten Weltkrieges einerseits, symbolischer Bestrafung für die Verbrechen der Nazi-Zeit und Sühne für den Holocaust (Günter Grass) andererseits kann nun öffentlich in Frage gestellt werden. In Frage gestellt werden damit aber auch nationale Schuldgefühle.⁵ Der im Osten diskreditierte Antifaschismus fiel nicht nur als Legitimationsbasis für ein politisches System weg, sondern scheint damit auch als politisch-moralische Haltung obsolet geworden zu sein. Die Schwäche der sozialdemokratischen Politik und die Erstarrung der Linken im Zuge der Umwälzungsprozesse, der Aufschwung des Rechtsradikalismus und der nationale Rekurs der Kohlschen Wiedervereinigungspolitik ermöglichen eine Situation, in der die Politik nicht mehr einer sie legitimierenden Wissenschaft bedarf, sondern letztere für politische Ziele symbolisch mißbraucht und instrumentalisiert werden kann. Die Kontroversen etwa um die Umlagerung der Gebeine der Preußenkönige nach Potsdam, über die Gedenkstätte in der Berliner Neuen Wache⁶, die Diskussionen im Berliner Abgeordnetenhaus um das geplante Holocaust-Denkmal in Berlin-Steglitz⁷ oder das Stadtschloß in Berlin⁸ verdeutlichen einen von der Politik geschaffenen Diskursfreiraum, der zunehmend nationalkonservative und rechtsintellektuelle Themen absichert.

Einerseits schlägt sich das auf die ästhetische Dimension der Geschichtskultur nieder. Auch die Kunst kann sich, wie etwa in dem Streit um den Film "Beruf Neonazi" von Regisseur Winfried Bonengel oder in der Münchener Ausstellung "Hoffmann & Hitler", durch die Reproduktion des nazistischen Autoritarismus und des Führerkultes sowohl der kognitiven als auch der politischen Sphäre um den Preis entziehen, nun ihrerseits zur Entrationalisierung des Geschichtsbewußtseins beizutragen. Der erneute Streit um den 20. Juli hat aber auch deutlich gezeigt, welcher Anstrengungen es bedarf, eine ästhetische Konzeptualisierung von Vergangenheit politischer Instrumentalisierung zu entziehen. Daß sich allerdings die Politik als separate Ebene gegenüber der wissenschaftlichen verselbständigen

⁵ Elisabeth Domanski, "Kristallnacht", the Holocaust and German Unity, in: History and Memory 4, 1992, 60-94.

⁶ Überblicke dazu bei Detlev Lücke, Unter Berufung auf die Geschichte: Streit und nochmals Streit, in: Das Parlament, Nr. 35-36, 2./9.9.1994, 11; Wolf J. Siedler, Wo Preußen am preußischsten war. Der Ruin eines Gesamtkunstwerks durch den guten Willen. Nachwort zum Streit über die Gedenkstätte in der Berliner Neuen Wache, in: Die Zeit v. 3.12.1993.

⁷ Vgl. B.C., Schamverwerfungen. Türenknaller, Mahmmalkipper, Antisemiten: Umriss eines Provinzskandals, in: FAZ v. 7.3.1994; Klaus Hartung, Spiegelreflexe. Das Denkmal und der Steglitzer Gedächtnisschwund, in: Die Zeit v. 13.5.1994.

⁸ Vgl. Heinrich Moldenschardt, Zu schön, um wahr zu sein. Geschichtsaufbau ost, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3, 1993, 163-270.

kann, zeigte die Rede Kohls anlässlich der Gedenkfeier, in der durch die Inaugurierung eines neuen nationalen Gründungsmythos eine nationalkonservative Identität, eine politische Legitimität und ein Geschichtsbewußtsein geschaffen werden sollen, die unter der Nivellierungstendenz eines antitotalitären Grundmusters in einen "unbefleckten Konservatismus" führen.

Andererseits finden auf der kognitiven Ebene zunehmend Auffassungen öffentliche und wissenschaftliche Akzeptanz, die im Historikerstreit der achtziger Jahre noch eindeutig zurückgewiesen worden waren. Befanden sich damals die konservativen Historiker weitestgehend in isolierter Position, zeichnet sich gegenwärtig ein von einer vor allem sehr jungen Generation von Historikern und Politikwissenschaftlern getragener "Rechtsintellektualismus"⁹ ab, der sich nicht nur mit der alten "Revisions"-Generation in wissenschaftlicher Kontinuität befindet, sondern in ihrem Bestreben einer kollektiven Identitätsbildung über sie hinausgeht und sich dort politisch mit der neonationalistischen Mitte trifft. Hinsichtlich der "Historisierungs"-Debatte hat insbesondere der Sammelband von Michael Prinz und Rainer Zitelmann zur Modernisierungspotenz des Nationalsozialismus¹⁰ Kritik provoziert. Auf der einen Seite hat diese aber gezeigt, daß offensichtlich quasi "hinter dem Rücken" eine "Historisierung" des Nationalsozialismus eingesetzt hat, eine Historisierung, die eine Vergleichbarkeit mit dem Stalinismus als methodisches Hilfsmittel zuläßt, die aber vor Auschwitz haltmacht und sich damit von den Holocaust-"Relativisten" distanziiert. "Historische Normalisierung"¹¹ und Bestehen auf der Singularität des Holocaust müssen keine Antipoden sein, wenn statt einer moralisch-politischen Pauschalablehnung die Widersprüchlichkeit des Nazi-Regimes zwischen Normalität und Verbrechen in den Blick genommen wird. Auf der anderen

⁹ Vgl. Ulrich Greiner, Der Seher auf dem Markt. Botho Strauß, Ernst Nolte, die FAZ und der Rechtsintellektualismus: Auf der Suche nach dem richtigen Rechten, in: Die Zeit v. 22.4.1994, 53; Matthias v. Hellfeld, Die Nation erwacht. Zur Trendwende der deutschen politischen Kultur. Köln 1993, 20ff.; Maria Zens, Vergangenheit verlegen. Über die Wiederherstellung nationaler Größe im Hause Ullstein, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11, 1993, 1364-1375.

¹⁰ Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung. Darmstadt 1991. Vgl. auch Backes/Jesse/Zitelmann, Die Schatten der Vergangenheit (wie Anm. 3). Als ein Beispiel der Kritik siehe die Rezension zu den von Zitelmann und Ronald Smelser herausgegebenen Bänden "Die braune Elite", in der der Rezensent Karsten Linne das Modernisierungskonzept als "ideologische Prämisse" ablehnt. In: 1999, H. 2, 1994, 116-118. Zur Kritik vgl. auch Manfred Grieger, Die Zitelmänner oder Vom Verschwinden der nationalsozialistischen Verbrechen, in: Z 15, 1993, 154-164. Zu den Grenzen der "Historisierung" vgl. Christian Meier, Die Republik denken. Deutschlands Rechte und die Wirklichkeit, in: FAZ v. 29.4.1994.

¹¹ Zu den unterschiedlichen "Historisierungs"-Begriffen bei Broszat/H.Mommsen und Nolte/Hillgruber vgl. Faulenbach, Der Streit (wie Anm. 4) 626f. Dazu auch Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt/M. 1987. Als Beispiel für die Historisierung mag der Satz Winklers gelten: "Wer Auschwitz als Argument in aktuellen Kontroversen einsetzt..., der versucht, ein Menschheitsverbrechen politisch zu instrumentalisieren". Vgl. Heinrich A. Winkler, Für den Westen - ohne Vorbehalt, in: Die Zeit v. 26.11.1993.

Seite - und hier liegt die neue Dimension der Diskussion - korrespondiert die modernisierungstheoretische Aufwertung des Nationalsozialismus bei den Rechtsintellektuellen mit einer Um- und Abwertung der Geschichte der alten Bundesrepublik. Der westdeutsche Historikerstreit kreist daher gegenwärtig vor allem um die "kurzen Schatten" der Vergangenheit, d.h. um die Bewertung der westdeutschen Nachkriegsgeschichte und damit um das heutige und zukünftige Selbstverständnis der deutschen Nation.

III.

Mit seinem Buch "Rückruf in die Geschichte" hat Karlheinz Weißmann¹² den Konsens in Frage gestellt, den Jürgen Habermas in seiner Streitschrift gegen Ernst Nolte vehement verteidigt hatte, daß nämlich die "vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ... die große intellektuelle Leistung" Westdeutschlands nach dem Krieg darstelle.¹³ Gerade diese Westbindung wird von Weißmann und Zitelmann in diskursiver Neuinterpretation des ursprünglichen Begriffs als spezifisch deutsches "Sonderbewußtsein" delegitimiert, das gerade in der kompromißlosen Westbindung zum Ausdruck gekommen sei. In seinem Buch "Adenauers Gegner" stellt Zitelmann unter diesem Gesichtspunkt Adenauers Westpolitik als historisch einzig möglichen Weg in Frage und damit die These, daß diese Westintegration schließlich 1990 mit der Vereinigung ihre Bestätigung gefunden habe.¹⁴

Auf der kognitiven Ebene sind diese Fragestellungen legitim und ihre Tragfähigkeit muß im innerwissenschaftlichen Diskurs nachgewiesen werden. Allein die Perspektivenvielfalt macht schließlich erst Innovationen in den Wissenschaften möglich. Problematisch wird es dann, wenn bestimmte Antworten auf die politische Ebene gehoben werden und handlungsleitende Funktion beanspruchen. Der Historiker mutiert dann zum Intellektuellen, der sein Wissen öffentlich in den Dienst politischer Richtungen stellt. Nicht also in der Stigmatisierung der wissenschaftlichen Fragestellung innerhalb der community, sondern in der politisch-moralischen Diskussion der möglichen praktischen Umsetzung, einer anderen Ebene also, liegt der eigentliche Konfliktpunkt. Der wissenschaftliche Historikerstreit wird dann zum Intellektuellenstreit. Im Falle Zitelmann und Weißmann erfolgt dieser Schritt, wenn aus der heuristischen Fragestellung die politische Aufgabe formuliert wird, befreit von der "mystischen Verklärung 'des Westens'" den Risiken einer Politik nachgehen zu wollen, "die sich der Utopie einer Totalwestintegration Deutschlands in einen europäischen

¹² Karlheinz Weißmann, Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung: Alte Gefahren - neue Chancen. Berlin/Frankfurt/M. 1992. Siehe auch ders., Die Nation denken. Wir sind keine Verschwörer, in: FAZ v. 22.4.1994.

¹³ Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung. Frankfurt/M. 1987, 75.

¹⁴ Rainer Zitelmann, Adenauers Gegner. Streiter für die Einheit. Erlangen 1991.

Bundesstaat verschrieben hat".¹⁵ Unter den neuen geopolitischen Bedingungen nach dem Wegfall der kommunistischen Bedrohung und der Einheit rücke nun die "Mittellage" Deutschlands in den Blick, die seine machtpolitischen Handlungsspielräume bestimme. Die Frage der außenpolitischen Standortbestimmung, nach der Durchsetzung deutscher Interessen, gewinne damit Priorität. Findet sich bei Zitelmann diese These zunächst nur als kognitive Denkkonstruktion, geht bei Weißmann der Rechtsintellektualismus in einen Rechtsradikalismus über. Was in seinem Buch noch als Ruf nach einem Paradigmawechsel, als "Kampf um kulturelle Hegemonie", die die Linke durch die "normative Kraft des Faktischen" eingeübt hätte, und nach einer Abkehr von einem als "Versorgungsgemeinschaft" verstandenen "schwachen" Staat und dem "Verzweigungswunsch" der Deutschen klingt¹⁶, wird in seinen Beiträgen in der rechtskonservativen Zeitschrift "Criticon" zum politischen Programm eines "neuen Realismus": Das Nachdenken über "die richtige Ordnung des Staates" impliziert die Absage an den Liberalismus. "Die Polis bedarf eines neuen Ethos, wenn man so will: einer preußischen Dimension."¹⁷ Die Abrechnung mit der "Jalta"- und der "68er"-Generation wird begleitet von der Forderung nach einer neuen "konservativen Avantgarde", die die "intellektuelle Vorarbeit für die Neugestaltung des Staates nach den Grundsätzen des 'nationalen Realismus' zu gestalten" hätte.¹⁸ Dies ist sicher die extreme Variante einer Position, die Baring als Kennzeichen der neuen alten Bundesrepublik bezeichnet hat: "Wir sind ein Amalgam aus Bismarck-Reich und Rheinbund-Staat, wenn man so will."¹⁹ Modernisierung statt Auschwitz, Westbindung und Totalitarismus, Sonderweg, Nation und Staat - die anvisierte Eroberung der "geistigen Führung" erfolgt mit einer etablierten Begrifflichkeit, deren wissenschaftliche Bedeutungsveränderung unter dem Eindruck eines kollektiven Erfahrungswandels zu neuen politischen Leitbegriffen werden kann, wenn sie quasi subversiv die vertraute "Basis-Semantik" übernimmt.²⁰ Diesen neuen politischen Stellenwert des Streites hat auch Bri-

¹⁵ Rainer Zitelmann/Karlheinz Weißmann/Michael Großheim (Hrsg.), Westbindung: Chancen und Risiken für Deutschland. Frankfurt/M./Berlin 1993, 10, 15. Eine fundamentale Kritik an der Westbindung, der "re-education" und der Diskussion um den Verfassungspatriotismus findet sich auch bei dem Soziologen Friedrich Tenbruck, Der Anfang vom Ende, in: Ottheim Rammstedt/Gert Schmidt (Hrsg.), BRD adé? Vierzig Jahre in Rück-Ansichten von Sozial- und Kulturwissenschaftlern. Frankfurt/M. 1992, 41-61.

¹⁶ Weißmann, Rückruf (wie Anm. 12), 48, 152f., 175.

¹⁷ Ders., Ein paar einfache Wahrheiten. Über die notwendige Renaissance des konservativen Denkens, in: Criticon 130, 1992, 62f.

¹⁸ Ders., Jahre der Entscheidung, in: Criticon 134, 1992, 271f. Siehe auch ders., Die Linke und das Ende der Posthistoire. Sozialismus, Nation und Antifa, in: Criticon 1117, 1990, 19-23.

¹⁹ Arnulf Baring, Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumberg und Wolf Jobst Siedler. Berlin 1991, 19.

²⁰ Vgl. Georg Bollenbeck, Nation, Volk, Staat. Die Wiederbelebung alter Kameraden aus dem semantischen Inventar der deutschen Rechten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7, 1994, 823-833.

gitte Seebacher-Brandt in ihrem Plädoyer für die Entideologisierung der Debatte übersehen.²¹ Die Diskussionen um die Asylfrage, um den militärischen Einsatz der Bundeswehr oder um das "Kerneuropa"-Konzept zeigen, daß diese Frage bereits auf der politischen Ebene thematisiert wird. Die Sprengung der Torgauer Brücke oder die politische Interpretation der alliierten Landung in der Normandie und der Siegesfeier aus Anlaß ihres 50. Jahrestages verdeutlichen eine symbolische und praktizierte tendenzielle Distanzierung von den westlichen Bündnispartnern.

IV.

Kennzeichnend für den westdeutschen Historiker- und Intellektuellenstreit ist die auffällige Stimmenthaltung der Ostdeutschen - mit wenigen Ausnahmen wie etwa Jens Reich oder Friedrich Schorlemmer²² - in dieser Debatte. Einen Grund für diese fehlende Artikulation ostdeutscher Perspektiven kann man im weitgehenden Elitenwechsel in der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft sehen, der einen natürlichen akademischen Generationswechsel und damit einen auch wissenschaftlich immer fruchtbaren Generationskonflikt verhindert hat. Dazu kommen die Anpassungsstrategien der Verbliebenen und der beschränkte Zugang zu den großen westdeutschen Publikationsorganen. Die westdeutsche Debatte ist darüber hinaus in einen Kontinuitätsrahmen und in ein politisch-wissenschaftliches Koordinatensystem eingebettet, die relativ abgeschottet sind und den Zugang schwer machen. In das dazugehörige politische, publizistische und wissenschaftliche Netzwerk sind ostdeutsche Historiker bisher nicht integriert.

Entscheidend scheint aber die Nicht-Identifikation der Ostdeutschen mit einer "entfremdeten Debatte" zu sein, die einzig von Westdeutschen aus einer westlichen Perspektive geführt wird, die den Ostteil des vereinigten Deutschlands nicht mitdenken will und kann. Der parallele Historikerstreit im Osten thematisiert weder die "nationale Identität" noch zielt er auf eine machtstaatliche Neudefinition der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt. Fokussiert auf die DDR, findet er im umstrittenen Begriff des "Unrechtsstaates" das Pendant zu dem der "Nation" im Westen. Gründe für den spezifischen ostdeutschen Historikerstreit lassen sich sowohl in der Situation der DDR-Geschichtswissenschaft vor 1989 als auch in den Entwicklungen danach finden.

Im Unterschied zur Bundesrepublik hatte es in der DDR in den achtziger Jahren weder einen Streit um historiographische Paradigmen noch um zeitgeschichtliche Themen gegeben. Die vor allem zwischen 1978 und 1986

²¹ Brigitte Seebacher-Brandt, Strudel im Meinungsstrom. Gegen geistigen Konformismus, in: FAZ v. 18.4.1994.

²² Vgl. Wer ist das Volk. Die deutschen Integrationsformen greifen zu kurz. Jens Reich und Friedrich Schorlemmer im Gespräch mit Karl D. Bredthauer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, 1993, 158-170.

geführte Debatte über Erbe und Tradition war in weitem Maße von außerwissenschaftlichen Komponenten bestimmt und hatte keine primär kognitive, sondern eine ideologische Funktion.²³ Wenn im Zusammenhang mit dem Umbruch von 1989 immer wieder von einer "Krise der DDR-Geschichtswissenschaft" die Rede war, deren Überwindung von den einen als unmöglich und von anderen im Rahmen einer entstalinisierten Erneuerung als möglich angesehen wurde, übersah man meist, daß diese Krise nicht durch die Vereinigung verursacht wurde, sondern durch diese nur zum Ausbruch kam. Die Symptome dieser Grundlagenkrise waren schon lange vorher angelegt und seit Mitte der achtziger Jahre unverkennbar.²⁴ Neben nicht zu unterschätzenden außerwissenschaftlichen Faktoren lagen die entscheidenden Krisenelemente sowohl im defizitären Theorie- und Methodenverständnis als auch in der seit Gorbatschow aufgebrochenen Sinnkrise der akademischen Historiker. Das von der Politik vorgegebene, auf revolutionäre Traditionen fixierte Geschichtsbild war einerseits längst zu einer theorieabstinenter Geschichtsauffassung degeneriert, die sich im Stile des deutschen Historismus aus dem vorigen Jahrhundert auf eine politikorientierte Geschichtsschreibung mit ihren "großen (revolutionären) Männern" stützte und durch das Beharren auf konventionellen Methoden sozial- und mentalitätsgeschichtliche Ansätze völlig ausklammerte. Die zunehmende "Spannung zwischen Erklärungsanspruch und empirischer Basis"²⁵ resultierte gerade aus einer solchen positivistischen und auf ein bestimmtes Geschichtsbild fixierten Wissenschaftsauffassung.

Mit der Reformpolitik der Sowjetunion und den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Veränderungen in einigen osteuropäischen Ländern schien andererseits das teleologisch auf die DDR und den Sozialismus ausgerichtete Geschichtsbild mehr und mehr obsolet zu werden, die politische und ideologische Grundlage historischen Forschens begann zu schwanken. Dies zog eine weitverbreitete Sinnkrise der akademischen Historiker nach sich, die mit dem Ende der staatlichen Existenz der DDR vollständig ausbrach. Ihre Mutation von Legitimationsträgern des alten Systems zu Sündenböcken für die stalinistische Vergangenheit führte zu einer großen Verunsicherung, Lähmung und Resignation angesichts der Krisenerscheinungen ihres Fachs. Evaluierung, Abwicklung und Vergangenheitsbewältigung - dies waren die Schlagworte eines Prozesses, der für die Mehrheit zunächst wenig Anlaß zu kritischen Reflexionen auf die Geschichte der DDR und ihrer Historiker gab.

In einem ersten Schub standen ab Ende 1989 vor allem die sogenannten "weißen Flecken" zur Diskussion, Themen wie der Hitler-Stalin-Pakt oder

²³ Vgl. Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker. Hrsg. v. Helmut Meier/Walter Schmidt. Berlin 1988.

²⁴ Dazu und zu den folgenden Bemerkungen vgl. Matthias Middell, Geschichtswissenschaft im Übergang. Zu den Krisenmomenten der DDR-Historiographie beim Sprung in die neuen Verhältnisse, in: hochschule ost, H. 2, 1992, 25ff.

²⁵ Ebd., 26.

die Geschichte der stalinistischen Verfolgungen also, die vorher tabuisiert waren, und an denen sich auch die ehemals etablierten Historiker beteiligten.²⁶ In dem Maße jedoch, wie der Evaluierungsprozeß voranschritt und von Historikern des "Unabhängigen Historikerverbandes", begleitet von ausgewogenen Einschätzungen einiger weniger westdeutscher Historiker wie Wolfgang J. Mommsen oder Jürgen Kocka, berechtigterweise die Rolle der DDR-Historiker selbst kritisch in den Blick genommen wurde, verstummten diese Stimmen mehrheitlich.

Die in ihrer Anfangsphase sich dem Gesamtphänomen "DDR-Geschichtswissenschaft" zuwendende Debatte hat sich nun seit etwa einem Jahr auf die Zeitgeschichtsforschung konzentriert. Diese spezielle, wieder von Mitgliedern des "Unabhängigen Historikerverbandes" initiierte Kontroverse richtet sich unter der polemischen Frage "Wer darf DDR-Geschichte schreiben?" primär gegen den von Jürgen Kocka und Christoph Kleßmann geleiteten Forschungsschwerpunkt Zeitgeschichtliche Studien in Potsdam, in dem eine Reihe ostdeutscher Historiker angestellt sind. So wichtig eine eingeforderte politisch-moralische Aufarbeitung der DDR-Geschichtswissenschaft auch ist, muß aber die Diskussion in dem Moment provinziell werden, wo sie inhaltliche Fragen meidet, in einer Sackgasse der moralischen Anklage und Verteidigung endet, sich in unreflektierten Schlagwörtern erschöpft und bestimmte Diskursteilnehmer a priori auszugrenzen versucht.²⁷ Der Scheinkampf gegen den "Bielefelder Weg" lenkt von der entscheidenderen Frage ab, wie sowohl aus der Bürgerbewegung stammende als auch ehemals etablierte ostdeutsche Zeithistoriker Position in einer gesamtdeutschen Diskussion beziehen können. Die These vom "ostdeutschen Sonderweg" beispielsweise stellt einen dieser Problemkreise dar, die Gefahr einer Nivellierung des Holocaust angesichts der anderen "modernen Diktatur" (J. Kocka), die veränderte Gewichtung von 1945 angesichts von 1989 also, einen anderen. Nicht Anpassungen an den mainstream der innerwissenschaftlichen Debatte hinsichtlich historischer Schulen und Paradigmen sind gefragt, sondern wissenschaftliche und politische Stellungnahmen, die aus dem Vergleich beider deutscher Staaten und der Einordnung der deutschen Nachkriegsgeschichte in Langzeit- und internationale Zusammenhänge nicht nur andere Aspekte in die Diskussion ein-

²⁶ Vgl. u.a. O. Harbauer, Stalinismus in unserer Geschichte, in: Berliner Zeitung, 13./14.1.1990; Wolfgang Ruge, Die Doppeldroge, in: Der Sonntag, Nr. 2, 1990; Werner Bramke, Widerstand gegen die Widerständler, in: Leipziger Universitätszeitung, 1.12.1989. Siehe auch die Dokumentation der geschichtswissenschaftlichen Diskussion 1989 und 1990. Vgl. Rainer Eckert, Wolfgang Küttler, Gustav Seeber (Hrsg.), Krise-Umbruch-Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90. Stuttgart 1992. Siehe auch Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte. Hrsg. v. Jochen Cerny. Leipzig 1990.

²⁷ Trotz hunderter Projekte und vieler bereits vorliegender Einzelstudien zur DDR-Geschichte hat die moralisch-politische Dimension der Debatte eine theoretische Konzeptualisierung des Forschungsgegenstandes bisher weitgehend überlagert. Als einen Versuch vgl. einzelne Beiträge in: Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. v. Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr. Stuttgart 1994.

zubringen vermögen, sondern im wissenschaftlichen Streit zur einer "Art innerer Wiedervereinigung der Zeitgeschichte"²⁸ führen könnten. Ob diese Debatte, die bisher vorrangig eine Ost-Ost-Debatte ist, zu einer Toleranz vordringen kann, die auch Personen und Ansichten in das Diskursfeld aufnimmt, zu denen ehemals etablierte DDR-Historiker zu zählen sind, die sich etwa in der "Alternativen Enquete-Kommission" oder der Historischen Kommission der PDS artikulieren, bleibt abzuwarten. Die öffentliche Wirksamkeit der von der ehemaligen geistigen DDR-Elite vorgelegten Arbeiten ist insgesamt nicht unbeträchtlich.

V.

Das Deutsche Historische Museum in Berlin hat kürzlich von der Regierung der Bundesrepublik, dem Land Berlin und den übrigen Bundesländern den Auftrag erhalten, ein Alliiertes Museum in der Hauptstadt zu errichten. Die Konzeption dieses Museums und die Anfang September eröffnete erste Ausstellung zum Abschied der Alliierten unter dem Thema "Mehr als ein Koffer bleibt" widerspiegeln auf symptomatische Weise die unterschiedlichen Befindlichkeiten in beiden Teilen Deutschlands. Die Ausklammerung der sowjetischen Truppen als ehemaliger Alliiertes und vierter Besatzungsmacht symbolisiert eine weit verbreitete faktische Ausblendung des östlichen Teils bei der Rekonstruktion der deutschen Nachkriegsgeschichte. Nimmt man - übertragen auf die intellektuelle Ebene - die Historikerdebatte im Westen unter dem Gesichtspunkt von Verwestlichung und "Unrechtsstaat" in den Blick, ist das Gemeinsame zwischen kognitiver und ästhetischer Ebene hier wohl nicht zu übersehen.

Die simplifizierende Auffassung von einem totalitären Unrechtsstaat mündet in eine Sichtweise, die nicht nur andere Bereiche der kollektiven Erinnerung zu verdrängen sucht, sondern zugleich das Leben der Ostdeutschen - gemessen an den Westdeutschen - entwertet. Baring spricht von deren "destruktiver" Gesinnung und der Unmöglichkeit ihrer "Weiterverwendbarkeit" im vereinigten Deutschland²⁹, Wehler gar von der informellen "unheiligen Allianz, welche die Neue Rechte mit einigen ostdeutschen Intellektuellen verbindet". Den Schriftstellern H. Müller, S. Heym, C. Wolf, H. Kant, S. Hermlin, C. Hein und V. Braun wird ein gruppenspezifisches Verhalten unterstellt, das einen "ursprünglich verinnerlichten Antikapitalismus in ein traditionsreiches antiwestliches Ressentiment" transformiert.³⁰ Zu bezweifeln ist aber sowohl aus der west- als auch der ostdeutschen Perspektive, daß die scheinbare Übereinstimmung bestimmter Argumentationsmuster rechter und linker Intellektueller - wie der "alte" Antiliberalismus,

²⁸ Dazu Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-20, 16.7.1993, 19.

²⁹ Baring, Deutschland, was nun? (wie Anm. 19), 13, 59.

³⁰ Hans-Ulrich Wehler, Gurus und Irrlichter. Die neuen Träume der Intellektuellen, in: FAZ v. 6.5.1994.

Antiamerikanismus und die Modernisierungs- und Zivilisationskritik³¹ - zu neuen (politischen) Allianzen führt. Eher ist - wie das im Dezember 1992 gegründete konservative "Deutschlandforum" symbolisiert - eine Neigung der Mitte zu rechtsintellektuellen Positionen wahrscheinlicher.³²

Eine politische Westbindung existierte natürlich in der DDR nicht. Wird also, wie Jürgen Kocka schon 1990 schrieb, die Vereinigung als "Mittel zur Demokratisierung und Verwestlichung der DDR"³³ bezeichnet, muß man "Verwestlichung" näher definieren. Liberalismus und Republikanismus können nicht damit gemeint sein, werden sie doch durch die von Kocka genannte "Demokratisierung" erfaßt. Diese Prämissen werden im Osten mehrheitlich nicht in Frage gestellt. Wenn "westlich" also nicht geographisch und nicht politisch definiert ist, bleiben westlicher Habitus und Lebensweise, die intellektuelle Tradition der Moderne und Aufklärung, aber auch Macht- und Hegemonialstreben, Unterdrückung, Rassismus, ökologische Krise und die des Wohlfahrtsstaates. Die "Verwestlichung" des Ostens muß daher mit einer Reflexionsleistung verbunden sein, die auch die Schattenseiten und die Ambivalenz der Modernisierung in den Blick rückt. Die in der DDR apologetisch betriebene Kapitalismuskritik enthält im Kern Wahrheiten, die daher berechtigt in die Debatte um die Vorteile, aber auch Defizite und Grenzen der Westbindung eingebracht werden könnten.

Zu hinterfragen ist in diesem Zusammenhang das immer wieder hervorgehobene Defizit der Ostdeutschen in der Berührung mit dem Westen.³⁴ Ist mit diesem auch die intellektuelle, aus der Aufklärung stammende Tradition westlichen Denkens gemeint, stimmt die Diagnose so pauschal sicher nicht - die französischen und englischen Denker des 18. Jahrhunderts etwa waren kein Tabu-Thema in der DDR, und es ist zu prüfen, ob und wie sich Elemente dieses Denkens im Bildungswesen der DDR behaupten konnten. Zudem ist hervorzuheben, daß die Ostdeutschen durch die staatliche Zensur auch gerade von jener deutschen Geistesgeschichte abgekoppelt geblieben sind, die mit Nietzsche und Heidegger, Freyer und Gehlen, Jün-

³¹ Darauf verweist Ulrich Raulff, *Auch eine geistige Welt. Rechte Replikanten oder Junge Leute in alten Traditionen*, in: FAZ v. 13.4.1994. Dieser Beitrag bildete den Auftakt für die "What's right?"-Debatte. Weißmann etwa sieht die Aktualität der Konservativen Revolution in deren "modernisierungskritischen Überlegungen". Karlheinz Weißmann, *Gab es eine konservative Revolution? Zur Auseinandersetzung um das neue Buch von Stefan Breuer*, in: Criticon 138, 1993, 176. Eine Abrechnung mit den Linken findet sich bei Sibylle Tönnies, *Der Rest von Marx. Rechts und links: Über die totalitäre Vergangenheit der Linken und ihre Verdrängungsleistung*, in: Die Zeit v. 20.5.1994.

³² Siehe dazu Claus Leggewie, *Die Erosion der deutschen Demokratie aus ihrer Mitte heraus*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5, 1993, 557-568.

³³ Jürgen Kocka, *Nur keinen neuen Sonderweg. Jedes Stück Entwestlichung wäre als Preis für die deutsche Einheit zu hoch*, in: Die Zeit v. 19.10.1990.

³⁴ U.a. Wolf Lepenies, *Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung*. Berlin 1992, 71ff.

ger und Schmitt diejenige Denkrichtung verkörpert, die mit der Verwestlichung in der Bundesrepublik ja überwunden werden sollte.

Das Defizit an westlichem Nachkriegsdenken ist selbstverständlich ein Nachteil für die Ostdeutschen.³⁵ Müßte nun nicht, so die Frage, die nationalkonservative "Mittellage"-Debatte gerade im "deutschen Kernland" Unterstützung erfahren, wo die Bewohner, wie wiederholt behauptet wurde³⁶, "deutscher" als im Westen geblieben sind? Wenig scheint insgesamt darauf hinzuweisen, daß die Diskussion im Osten in ein nationalkonservatives oder gar rechtsradikales Programm münden wird - sieht man von den Äußerungen solcher Politiker wie Steffen Heitmann während seiner Präsidentschaftskandidatur oder der Rebellion von Neurechten gegen die CDU-Erneuerer in Sachsen einmal ab. Denn während im Westen über die Neubestimmung der internationalen Rolle einer in die "Normalität" der Geschichte zurückgekehrten Nation - ob unter Betonung der Westbindung oder einer "Mittellage", ob unter Berufung auf Bismarck, Adenauer oder dessen Gegner - diskutiert wird, muß im Osten über das Problem der geistigen und wirtschaftlichen Integration in das vereinigte Deutschland nachgedacht werden. Wie die überwiegend ablehnende Haltung der Ostdeutschen gegenüber dem von der "Enquête-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur" oder dem Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität in Berlin gezeichneten Bild von der DDR als "Unrechtsstaat" zeigt³⁷, ist es illusionär zu glauben, daß der Zusammenbruch eines alten Geschichtsbildes einfach durch die Ersetzung anderer Bilder ohne eine sinn- und konsensstiftende Dimension ausgeglichen werden könnte.³⁸ Der in der DDR diskriminierte Historiker Karl-Heinz Blaschke hat deutlich gemacht, daß die DDR-Zeit als prägendes Erlebnis einen wichtigen Iden-

³⁵ Erinnert werden sollte aber auch daran, daß sich die Mehrheit der westdeutschen Eliten jahrzehntlang von diesem westlichen Denken abzuschotten versucht hat.

³⁶ Z.B. Kocka, *Nur keinen neuen Sonderweg* (wie Anm. 33). Zur "deutschen" bzw. "deutschnationalen" Haltung der Ostdeutschen im Unterschied zum westdeutschen "Europäer" und "Weltbürger" vgl. Heinrich A. Winkler, *Abschied von einem deutschen Sonderweg. Wider die postnationale Nostalgie*, in: Die Neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte 50, 1993, 635; Wolfgang J. Mommsen, *Die DDR in der deutschen Geschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 29-30, 16.7.1993, 29. Habermas stellt eine Verbindung zwischen der stärkeren Bewahrung einer "deutschen" Mentalität im Osten und sozialen Konflikten bzw. Rechtsradikalismus her. In: Jürgen Habermas, *Die zweite Lebenslüge der Bundesrepublik: Wir sind wieder "normal" geworden*, in: Die Zeit v. 18.12.1992. Dagegen zitiert Baring den nationalistischen Satz: "...und aus den Menschen dort sind weiterhin deutsch sprechende Polen geworden." Vgl. Baring, *Deutschland, was nun?* (wie Anm. 19), 63.

³⁷ Vgl. die Umfrage der Berliner Projektgruppe "Identitätswandel" von 1994. Zur Diskussion um den Abschlußbericht der Kommission auf der Bundestagssitzung am 17.6.1992 vgl. *Das Parlament*, Nr. 25, 24.6.1994. (Vgl. dazu auch Siegfried Prokop, *Vom Sinn und Unsinn von Enquête-Kommissionen ...*, in diesem Heft; Anm. d. Red.)

³⁸ Vgl. dazu Werner Weidenfeld/Felix W. Lutz, *Die gespaltene Nation. Das Geschichtsbewußtsein der Deutschen nach der Einheit*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 31-32, 24.7.1992. Peter Steinbach verweist im Hinblick auf den Streit um den 20. Juli auf die Notwendigkeit des Zusammenwachsens der Geschichtsbilder. In: *Der Tagesspiegel* v. 20.6.1994, 11.

titätsbezug in der Form des Solidargefühls und anderer moralischer Werte darstellt. Eine solche Identität gelte es zu bewahren, sie müsse nicht erst gesucht werden. Die für eine Identität notwendige Stabilität sei aber ohne die Unterstützung im "gemeinsamen Vaterland" nicht erreichbar.³⁹ Jens Reich hat die ostdeutsche Dichotomie von dem "eigenen" und dem "einen Land" deutlich gemacht.⁴⁰

Dazu kommt, daß die weit verbreitete Stigmatisierung des Antifaschismus nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß sich trotz dessen Instrumentalisierung ein Geschichtsbild im Osten durchgesetzt hat, das eine klare Absage an rechtsintellektuelle oder "revisionistische" Positionen darstellt. Alle Bereiche der ostdeutschen Geschichtskultur waren durch diesen Grundkonsens gekennzeichnet, der mit der Auflösung der DDR zwar die politische Ebene einbüßte, auf der wissenschaftlichen und ästhetischen aber andauert.⁴¹

Solange wie der Westteil im öffentlichen Bewußtsein das "Fremde" bleibt, solange wird die Identifikation im Osten über regionale, lokale, familiäre, kulturelle oder soziale Formen erfolgen, nicht aber über den Nationalstaat. Schon der Ruf "Wir sind ein Volk" bezog sich wohl weniger auf ein nationales Identifikationsgefühl, sondern reflektierte eher den Wunsch nach dem "Einheitsstaat". Mit der Selbstdefinition als Mischung von Bismarck-Reich und Adenauer-Republik wird sich im Osten niemand identifizieren können, klammert sie doch die zwei Bedeutungsachsen "Nationalsozialismus", vor allem aber "DDR" aus. Dies trifft umso mehr auf die Ansichten Noltes zu, der sie im Hinblick auf die DDR dahingehend erweitert, daß gegenüber dem Nationalsozialismus auch das DDR-Regime "in gewisser Hinsicht" das ältere gewesen sei, oder auf diejenige Weißmanns, die DDR erscheine "schon jetzt als ein völlig peripheres geschichtliches Phänomen".⁴²

Werden also west- und ostdeutsche Versuche der Identitätsstiftung weiterhin mit einer radikalen Abwertung der Ostdeutschen und ihrer Geschichte verbunden, sei es in wissenschaftlichen Darstellungen, in den Medien, in Museen, durch die überspitzte Umbenennung von Straßennamen, den übereilten Umgang mit DDR-Denkmalern oder die fragwürdige Gewichtung eines Gedenktages wie den 9. November (Kristallnacht, Öffnung der Mauer), bleibt ein gesamtdeutsches Identitätsdenken unerreichbar.

³⁹ Karl-Heinz Blaschke, Auf der Suche nach Identität und Stabilität, in: Das Parlament, Nr. 24, 17.6.1994, 18.

⁴⁰ Jens Reich, Am DDRReizehnten Grad östlicher Länge, in: Die Zeit v. 19.11.1993.

⁴¹ Zur Diskussion um den Antifaschismus vgl. Wolfgang Bialas, Antifaschismus in der DDR. Historisch-kritische Aufräumarbeiten, in: Das Argument 200, 1993, 551-570.

⁴² "Wir leben in einer Epoche der Zwischenstadien und Nachholphänomene." Adelbert Reif im Gespräch mit dem Historiker Ernst Nolte, in: Universitas 47, 1992, 1105; Weißmann, Rückruf (wie Anm. 12), 49.

Überhaupt - und dies sei nicht nur am Rande erwähnt - kann man sich nicht des Eindruckes erwehren, daß der Historikerstreit in West und Ost nicht allein auf wissenschaftliche Innovationen, neue Forschungsergebnisse oder Methoden abzielt, sondern neben seiner politisch-moralischen Dimension ebenso eine wissenschaftspolitische Kontroverse um den Einfluß von historiographischen Schulen, um Finanzen, Stellen und Strukturen ist. Diese Auseinandersetzung um den Geltungsanspruch unterschiedlicher geschichtswissenschaftlicher Paradigmen, deren Fronten nicht immer klar verlaufen, bewegt sich im Dreieckskonflikt zwischen der Gesellschafts- und Sozialgeschichte, der Alltagsgeschichte und der "neuen politischen" Geschichte einerseits⁴³ und um eine Kritik und Revision der bisherigen DDR-Geschichtsschreibung im Westen andererseits. Hier überlappen sich auch der ost- und westdeutsche Historikerstreit. Das Beispiel des - bereits erwähnten - außeruniversitären Forschungsschwerpunktes Zeitgeschichtliche Studien macht deutlich, wie im Streit zwischen diesem Forschungsschwerpunkt mit der Hochschulrektorenkonferenz und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Technologie einerseits und den Konkurrenzunternehmen des Münchener Instituts für Zeitgeschichte und des Berliner Forschungsverbunds SED-Staat andererseits partei- und wissenschaftspolitische Kontroversen ausgetragen werden.

VI.

Bedenklich beim gegenwärtigen Stand der Diskussion ist wohl vor allem, daß sich die Linke bisher auf Polemiken und Scheingefechte mit dem Rechtsintellektualismus beschränkte, ohne selbst eine selbstkritische Überprüfung eigener Positionen zu beginnen und die angeschlagenen Themen inhaltlich zu besetzen. Stattdessen überwiegt eine Tabu- oder Entweder-oder-Haltung, eine Position, die dem ostdeutschen Historikerstreit fremd ist. Wenig Sinn macht es allerdings, sowohl rechtsintellektuelle Historiker im Westen als auch "unabhängige" oder ehemals systemnahe Historiker im Osten polemisch und a priori als jeweils homogene "Verschwörungsgruppe" stigmatisieren und ideologisch ausgrenzen zu wollen.⁴⁴ Der wissenschaftliche Ansatz muß in der Debatte von einer moralisch-politischen Wertung getrennt werden. Ein Zurückziehen auf links-konservative Positionen im Westen, die in der kritiklosen Verteidigung und Verklärung der westdeutschen Verfassungsnation eine "Besitzstandswahrungs"-Mentalität hervorbringt⁴⁵, kann sich schnell in jener Strömung wie-

⁴³ Als ein Beispiel vgl. Jürgen Kocka, Sozialgeschichte der neunziger Jahre, in: Die neue Gesellschaft - Frankfurter Hefte 40, 1993, 1125-1129.

⁴⁴ Als Beispiel dafür Wehler, Gurus und Irrlichter (wie Anm. 30). Für die ostdeutsche Debatte jetzt Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (Hrsg.), Hure oder Muse. Klio in der DDR. Berlin 1994, sowie die publizistische Widerspiegelung der Tagung "Wer schreibt die DDR-Geschichte?" im März 1994.

⁴⁵ Vgl. die Kritik bei Hans-Peter Müller, Kulturkrise - oder das Schweigen der Intellektuellen, in: Das Parlament, Nr. 32-33, 1994, 2.

derfinden, die eine linksintellektuelle Kritik an der Bundesrepublik seit 1989 endgültig zum Verstummen bringen möchte. Und die in Anlehnung an de Benoist von Weißmann konstatierte Differenz von "Universum und Pluriversum"⁴⁶ - um nur ein Beispiel zu nennen - ist ein real existierendes Problem, das mit festgesetzten universalen Prinzipien oder einer "BRD-Nostalgie"⁴⁷ nicht lösbar ist. Die Frage ist also, wie die gleichen Begriffe unterschiedlich besetzt werden und welche philosophischen und historischen Deutungsversuche zur Erklärung dieser Tatsache verwandt werden. Im Osten wiederum muß behutsam ein neues Geschichtsbild begründet werden, das ohne Vereinfachungen, Pauschalurteile und neue Legenden die DDR-Geschichte in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit erfaßt. Nur durch die Kombination verschiedener alltags-, gesellschafts-, sozial-, kultur- und politikgeschichtlicher Zugänge sind die Geschichte und Gesellschaft der DDR in ihrer Totalität und ganzen Komplexität erfaßbar. Wichtige Grundlagen für eine Versachlichung der Diskussion bilden die Abkehr von neuen monopolisierenden Autoritätsansprüchen bestimmter Historikergruppen und ein Verwissenschaftlichungsschub bei den Analysen und Interpretationen über eine bloße polemische Begrifflichkeit hinaus.

Wenn Einigkeit darüber besteht, daß es einen einzigen verbindlichen Konsens oder ein einheitliches Geschichtsbild der deutschen Geschichte nicht gibt, muß man die aus der Gleichzeitigkeit verschiedener Paradigmen resultierende Widersprüchlichkeit der Interpretationen akzeptieren. Dann kann es - wohlgemerkt beschränkt auf die community - nicht um Hegemonialansprüche gehen, sondern um eine Vielheit gleichberechtigter Perspektiven, die im intersubjektiven und interparadigmatischen Streit auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden. Wie sich dies auf der politischen Ebene artikuliert, ist dann nicht mehr Sache der wissenschaftlichen Kommunikation, sondern die der Intellektuellenhistoriker, die zugleich ihre Funktion als Konsensstifter nicht überhöhen dürfen. Geschichte macht zwar zweifelsohne einen wichtigen Bestandteil einer solchen Sinnstiftung aus, sicherlich aber nicht den einzigen. Eine Variante des "Appells an die Wachsamkeit" französischer Intellektueller⁴⁸, wie sie in der Forderung Franz Steinkühlers von 1992 nach einem "Demokratie-Pakt" anklang⁴⁹, täte der intellektuellen Topographie auch diesseits des Rheins gut.

⁴⁶ Weißmann, Jahre der Entscheidung (wie Anm. 18), 270.

⁴⁷ Winkler, Abschied von einem deutschen Sonderweg (wie Anm. 36), 633.

⁴⁸ Vgl. dazu die Berichte in Die Zeit v. 13.8.1993 und FAZ v. 13.7.1994, 31.

⁴⁹ Vgl. Kurt Faller/Reinhard Hahn, Plädoyer für einen Demokratie-Pakt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3, 1993, 310-320.

Helmut Bleiber

Geschichte als Hoffnungsgeber?

Marxismus und Geschichte, das ist ein Thema, das sich in dem einem Zeitschriftenbeitrag gesetzten Rahmen umfassend nicht erörtern läßt. Bereit und willig, dem Ersuchen der Redaktion von Z um einen Beitrag zu entsprechen, sieht sich der Autor genötigt, diesen oder jenen Aspekt aus dem Gesamtkomplex herauszugreifen, aber welchen? Könnte bei der Suche nach einem Ausweg aus dieser Notsituation die Beobachtung hilfreich sein, daß die Geschichte, die ja unbestreitbar belegt, daß Weiter- und Höherentwicklung ungeachtet zahlreicher Rückschläge letztlich sich durchsetzte, daß die Rückschau auf Geschichte also dieses Faktums wegen von marxistischen Linken angesichts ihrer derzeitigen Niederlage bevorzugt als Trostspender und Hoffnungsgeber konsultiert und bemüht wird? Dürfte die Annahme sehr verfehlt sein, daß auch die Redaktion von Z bei der Thematisierung von Marxismus und Geschichte von solchen Erwägungen inspiriert und geleitet wurde?

Der Rekurs auf Geschichte, um sich des Wechselspiels von Fortschritt und Reaktion, von Revolution, Konterrevolution und neuem Aufschwung zu vergewissern, ist zweifellos legitim. Daß bisherige Menschheitsgeschichte sich in solchem Rhythmus vollzog, ist offensichtlich. An diesen historischen Tatbestand zu erinnern, bleibt ein zwingendes Gebot des Insistierens auf sozialistischem Welt- und Selbstverständnis angesichts des verbreiteten Perspektivenverlustes bei sich ehemals sozialistisch-links verstehenden Zeitgenossen sowie der These eines Francis Fukuyama, wonach mit dem derzeitigen Weltzustand das Ende der Geschichte insofern erreicht sei, als darüber hinaus nichts qualitativ Weiterführendes mehr denkbar sei.¹ Freilich: Das Beharren auf dem Anspruch, aus der Rückschau auf Vergangenheit einen Wechsel auf eine bessere Zukunft ziehen zu dürfen, sieht sich zunächst unweigerlich dem Einwand gegenüber, daß der von Marxisten-Leninisten unseres Jahrhunderts ausgestellte Scheck über den Niedergang des Kapitalismus und den unvermeidlichen Sieg des Sozialismus sich als nicht gedeckt erwiesen hat. Die postulierte historische Gesetzmäßigkeit hat sich zunächst als solche nicht erwiesen. Zur nicht mehr zu reflektierenden Doktrin geronnen, trug die Definition unserer Zeit als der Epoche des historisch unausweichlichen Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht unwesentlich zum Verlust an Bereitschaft und Fähigkeit bei, andersartige Realität nüchtern zu analysieren. Nachdenken über das Verhältnis von Marxismus und Geschichte erfordert heute unvermeidlich

¹ Francis Fukuyama, Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992.

auch, sich der Frage zu stellen, warum Geschichte nicht so verlief, wie Marxisten sich das dachten.

Erklärungsmuster für das Scheitern des Sozialismus

Die Diskussion über die Gründe des Desasters der sozialistischen Staaten Europas begann mit deren Untergang. Sie dauert an. Sie wird dauern und sich in dem Maße verstärken, wie die Einsicht wächst, daß die derzeit obsiegende kapitalistische Ordnung keine akzeptable Perspektive bieten kann und die Suche nach einer humanistischen Alternative zu ihr ein Gebot künftiger Menschheitsexistenz wird. Die Bandbreite der in dieser Diskussion vertretenen Auffassungen - auch wenn wir die traditionellen Schönredner des kapitalistischen Systems außer Betracht lassen - kann kaum größer sein. Sie reicht von dem ambitiösen Anspruch, "gegen die unbelehrte Wissenheit mancher Zeitgenossen" zu wissen, daß die Oktoberrevolution unwiderruflich in einer Sackgasse enden mußte², bis zu der nicht weniger ambitiös vorgetragenen These, die sozialistischen Länder Europas seien vorwiegend oder allein infolge des subjektiven Fehlverhaltens ihrer Führungskräfte, insbesondere der Führung der KPdSU, gescheitert. "Die Krankheit, an der sie alle zugrundegegangen sind, war und ist überall die gleiche; sie heißt: Revisionismus".³ Für die Fixierung des Zeitpunktes, an dem der Weg marxistisch-leninistischer Politik verlassen und die Preisgabe der sozialistischen Alternative eingeleitet wurde, offerieren Vertreter dieser Sichtweise mehrere Angebote. Der Exodus begann mit Gorbatschow,

² Michael Brie, Neudenken gegen die unbelehrte Wissenheit mancher Zeitgenossen: War der Sozialismus '89 noch verteidigungswert?, in: Neues Deutschland, 11./12. Dezember 1993, S. 10.

³ Kurt Goßweiler, Stärken und Schwächen im Kampf der SED gegen den Revisionismus, in: Streitbarer Materialismus, Nr. 18 (Januar 1994), S. 36. - Die Auswahl der folgenden Literaturhinweise ist mehr oder weniger zufällig. Fast jeder Beleg für die erwähnten Ansichten könnte durch zahlreiche weitere Literaturangaben ergänzt werden. Umfassender und zumeist ein ganzes Bündel von Gründen erwägend haben sich zum Thema geäußert Olaf Badstübner, Das Scheitern des Frühsozialismus. 25 Thesen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 35 (1993), H. 3, S. 63ff.; Robin Blackburn, Fin de Siècle: Socialism after the Crash, in: Derselbe (Hg.), After the Fall. The Failure of Communism and the Future of Socialism, London 1991, S. 173ff.; Georg Fülberth, Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen, Hamburg 1991; derselbe, Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsozialismus zur nationalen Restauration, Hamburg 1993; Willi Gerns, Zu den Ursachen des Zusammenbruchs des Realsozialismus in Europa, in: Dieter Boris/Willi Gerns/Heinz Jung (Hg.), Keiner redet vom Sozialismus - aber wir, Bonn 1992, S. 10ff.; derselbe, Was bleibt vom Konzept des "realen Sozialismus"? in: Z 16, Dezember 1993, S. 54ff.; Erich Hahn, Unbewältigte Herausforderungen: Zu Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus, in: Z 12, Dezember 1992, S. 21ff.; Hans Heinz Holz, Niederlage und Zukunft des Sozialismus, Essen 1991; Heinz Jung, Abschied von einer Realität. Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR, Frankfurt a.M. 1990; derselbe, Der Zerfall des Sozialismus, der Abgang der DDR und die Linke, in: Z 2, Juni 1990, S. 174ff.; Hans Kalt, Stalins langer Schatten. Das Scheitern des sowjetischen Modells, Köln 1994; Domenico Losurdo, Demokratische Revolution oder Restauration? Über den Zusammenbruch des "realen Sozialismus" in Osteuropa, in: Topos, 1994, H. 3, S. 59ff.; Harald Neubert, War der "Realsozialismus" zu retten? Innenansichten (Controvers, H. 10), o.O.u.J. (Berlin 1991).

so die eine Version⁴, er ist - bezogen auf die DDR - festzumachen am Übergang von Ulbricht zu Honecker, eine andere⁵, oder er wurde eingeleitet vom XX. Parteitag der KPdSU, so eine weitere⁶. Zeitlich noch weiter zurück greift die Meinung, die ein Ableiten auf revisionistische Positionen bereits mit den die Strategie einer Volksfrontpolitik begründenden Beschlüssen des VII. Kominternkongresses im Jahre 1935 als gegeben ansieht.⁷

Gleichsam seitenverkehrt, aber gleichfalls ausschließlich oder vorwiegend auf die Frage nach subjektivem Versagen fixiert, ist die Vielzahl jener Stimmen, die das Scheitern der Sowjetunion und der sozialistischen Staaten Europas vor allem darin begründet sieht, daß deren Führungskräfte die Erfordernisse einer angemessenen und richtigen proletarisch-sozialistischen Politik wegen sektiererisch-dogmatischer Verirrungen, Machtmißbrauch und Demokratiedefiziten verfehlten. Als Zeitpunkte für falsche oder versäumte Weichenstellungen erscheinen in dieser Sicht manchem schon die Jahre des Bürgerkriegs in Rußland⁸, die zweite Hälfte der zwanziger Jahre mit dem beginnenden Übergang zur Alleinherrschaft Stalins in der KPdSU und den Beschlüssen des VI. Weltkongresses der Komintern⁹, ebenfalls der XX. Parteitag der KPdSU, freilich nicht wegen seines angeblich revisionistischen Inhalts, sondern wegen des nur halbherzigen Bruchs mit Deformationen und Verbrechen Stalinscher Herrschaftspraxis¹⁰, oder die sechziger Jahre wegen versäumter oder wieder zurückgenommener Reformansätze¹¹.

Mag diese oder jene These oder Meinung in den bislang unternommenen Versuchen zur Erklärung des Scheiterns der europäischen sozialistischen

⁴ Rolf Vellay, "Mehr Sozialismus" mit Gorbatschow? Vier Jahre "Perestroika", "Glasnost" und "neues Denken" - was hat's gebracht?, Recklinghausen 1989.

⁵ Sahra Wagenknecht, Marxismus und Opportunismus. Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute, in: Weißenseer Blätter, 1992, H. 4, S. 12ff.

⁶ Kurt Goßweiler, Der "moderne Revisionismus" und die Niederlage des Sozialismus - eine Thesenreihe, in: Ebenda, S. 46ff., sowie in Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ), Nr. 248, 11.11.1993, Beilage.

⁷ Peter Nowak, Anmerkungen zur Stalinismusdiskussion, in: Utopie kreativ, 1994, H. 45/46, S. 105ff.

⁸ Wolfgang Ruge, Gedanken zu Lenin (über die Mittel-Zweck-Relation in der Politik), in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 145ff. Fragwürdig erscheint, daß hier die Anwendung revolutionärer Gewalt vorwiegend pejorativ unter dem Gesichtspunkt behandelt wird, inwiefern sie Stalinscher Herrschaftspraxis vorgearbeitet habe.

⁹ Horst Helas/Klaus Kinner, Das Jahr 1928. Die verlorene Alternative zu Stalin, in: Wolfgang Gehrke (Hg.), Stalinismus, Bonn 1994, S. 57ff.

¹⁰ Hans Fricke, Davor - Dabei - Danach. Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet, Köln 1993, S. 93f.

¹¹ Jörg Roesler, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Freiburg/Berlin 1990; derselbe, Die Wirtschaftsreform der DDR in den 60er Jahren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 38 (1990), H. 11, S. 979ff.; derselbe, Das Neue Ökonomische System (NÖS) - Dekorations- oder Paradigmenwechsel? (Hefte zur DDR-Geschichte), Berlin 1993; Hans Kalt, a.a.O., S. 140ff.

Staaten aus subjektivem Fehlverhalten auch fragwürdig erscheinen, notwendig und legitim ist diese Form der Ursachenforschung allemal. Es bei ihr zu belassen, würde freilich heißen, auf den Versuch einer umfassenden marxistischen Analyse zu verzichten. Zu untersuchen, welche Personen oder Personengruppen auf welche Weise das Scheitern des sozialistischen Versuchs vorbereitet und exekutiert haben, ist unerlässlich. Aber historische Erklärung erfordert, dieses Phänomen nicht nur zu konstatieren und zu beklagen, sondern es zu hinterfragen. Was waren die Voraussetzungen und die Bedingungen für das in Rede stehende subjektive Verhalten?

Andere Erklärungsangebote für das Scheitern verweisen vorrangig nicht auf subjektives Versagen oder Verrat, sondern "auf die mangelnde ökonomische Leistungsfähigkeit in der Systemauseinandersetzung mit den entwickelten kapitalistischen Ländern"¹². Der gleiche Gedanke in anderer Version: Die Hauptursache bestehe darin, "daß es nicht gelang, die sozialistischen Produktionsverhältnisse den veränderten Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution anzupassen"¹³.

So zutreffend diese Feststellungen sind, drängt sich freilich auch hier die Frage auf, ob sie nicht zu kurz greifen, erklären sie doch in letzter Instanz nicht das Warum des beschriebenen Tatbestandes. Ähnliches gilt auch für Manfred Kossoks brillante Bemühungen um eine revolutionstheoretische bzw. historische Einordnung des Scheiterns der sozialistischen Alternative in Europa. Dem Angebot, das 20. Jahrhundert als eine Epoche der peripheren Revolutionen zu begreifen, liegt zweifellos die treffende Beobachtung und Verallgemeinerung historischer Tatbestände zugrunde.¹⁴ Eine Antwort auf die Frage, warum es der sozialistischen Revolution nicht gelang, die fortgeschrittenen Zentren der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu erreichen, ist mit einer solchen Beschreibung aber noch nicht gegeben.

Offensichtlich tut sich Denken, das auf die Überwindung des bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftssystems gerichtet ist, schwer damit, die immer noch vorhandene Stärke, Anpassungs- und damit Lebensfähigkeit dieses Systems als wichtigsten Grund seiner Fortdauer zu akzeptieren. Die eine humanistische Alternative zum Kapitalismus erstrebende sozialistische Bewegung sieht sich heute nach 1914 zum zweiten Mal mit der Tatsache konfrontiert, daß weite Bereiche ihres systemüberwindenden Potentials in die bürgerliche Gesellschaft reintegriert wurden. Diese Vorgänge unter dem Gesichtspunkt von subjektivem Fehlverhalten und Renegatentum zu untersuchen, ist - um es noch einmal zu sagen - notwendig und legitim.

¹² Willi Gerns, Was bleibt vom Konzept des "realen Sozialismus"?, a.a.O., S. 59; derselbe, Zu den Ursachen des Zusammenbruchs des realen Sozialismus in Europa, a.a.O., S. 12.

¹³ Ulrich Huar, Was hat den Sozialismus zerstört?, in: Marxistische Blätter, Jg. 31 (1993), H. 3, S. 88.

¹⁴ Manfred Kossok, Fragen der Revolutionstheorie. Das 20. Jahrhundert - eine Epoche der peripheren Revolution?, in: 75 Jahre Oktoberrevolution in Rußland. Publikation Nr. 10 des Vereins Wissenschaft & Sozialismus e.V., Frankfurt/M. 1993, S. 23ff.

Eine tiefer lotende historische Erklärung erfordert jedoch, weitergehend die Frage nach den Gründen und Umständen, nach den objektiv gegebenen Bedingungen für dieses Phänomen zu stellen. Nachdenken darüber aus historischer Sicht stößt unvermeidlich auf die Tatsache, daß Gesellschaften immer erst dann vom Schauplatz der Geschichte verschwanden, wenn sie dazu wirklich reif waren. Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Rückschläge der sozialistischen Bewegung im 20. Jahrhundert den Wahrheitsgehalt der Marxschen Sentenz bestätigen, wonach eine Gesellschaftsformation nicht untergeht, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist.¹⁵ Was die kapitalistische Gesellschaftsordnung und die Bewertung ihrer Entwicklungspotenzen betrifft, weist die Geschichte marxistischen Denkens offensichtlich eine permanente Tendenz zur Unterschätzung auf. Der junge Marx, die zyklischen Krisen bereits als Symptome des Verfalls und des Niedergangs des Kapitalismus deutend und sie noch nicht als konstitutive Phänomene dieser Ordnung erkennend, erwartete bekanntlich die sozialistische Revolution in den fortgeschrittensten Ländern Europas bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhundert war erfüllt von der Gewißheit, daß "der große Kladderatsch" in Kürze eintreten werde. Lenins Interpretation des Imperialismus als Epoche des sterbenden Kapitalismus und der proletarischen Revolution reiht sich aus der Sicht heutiger Erfahrung in die Tradition marxistischer Unterschätzung der Anpassungs- und Lernfähigkeit des kapitalistischen Gesellschaftssystems ein.¹⁶ Ihren Kulminationspunkt erreichte sie mit der im 1964 beschlossenen KPdSU-Programm enthaltenen Zielstellung, die USA bis 1980 in der Pro-Kopf-Produktion zu überholen, wobei freilich zu fragen wäre, was voluntaristisches Wunschdenken solcher Art noch mit Marxismus und also mit kritischer gesellschaftswissenschaftlicher Analyse zu tun hatte.

Eine den bisher erwähnten Erklärungsmustern für das Scheitern des Sozialismusversuchs in Europa diametral entgegengesetzte Version, die in ihrer zugespitzten Form innerhalb der Diskussion in der marxistischen Linken, soweit ich sehe, bis jetzt den Anspruch auf Singularität beanspruchen darf, vertritt Georg Fülberth in seiner Schrift "Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen"¹⁷. Seine Grundthese besagt, daß - ähnlich wie der junge Marx die zyklischen Krisen - Luxemburg, Hilferding, Lenin und andere marxistische Theoretiker die großen strukturellen Krisen des Kapitalismus irrtümlich als Symptome seines Verfalls und bevorstehenden Untergangs bewertet hätten. Wie die zykli-

¹⁵ Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, Berlin 1964, S. 9.

¹⁶ Vergleiche dazu Peter Haferstroh/Klaus Kinner/Thomas Schmidt, "Imperialismus" - ein linker Kampfbegriff? Zur Geschichte der kommunistischen Kapitalismuskritik, in: Z 8, Dezember 1991, S. 134ff.

¹⁷ Georg Fülberth, Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen, a.a.O.

schen hätten sich indes auch die strukturellen Krisen nicht als systemsprengende, sondern als systemimmanente Erscheinungen erwiesen, deren Herausforderung jeweils mit der Entwicklung modifizierter Verwertungsformen des Kapitals bestanden worden sei. Die auf Systemüberwindung orientierte revolutionäre deutsche Sozialdemokratie des letzten Drittels des 19. Jahrhundert sowie die kommunistische Bewegung des 20. Jahrhundert reduzieren sich in dieser Perspektive auf Bestrebungen, die letztlich aussichts- und chancenlos bleiben mußten.

So bestechend diese Interpretation ist, weil sie rigoros mit offenkundigem Wunschdenken überkommener marxistischer Theorieansätze zu brechen und sich den Erfordernissen nüchterner Analyse realer gesellschaftlicher Prozesse zu stellen scheint, provozieren gleichwohl zahlreiche ihrer Aussagen zum Widerspruch. Den Kapitalismus als "eine noch junge Gesellschaftsformation"¹⁸ zu qualifizieren, dürfte, wenn schon nicht aus anderen Gründen, so zumindest durch die von ihm heraufbeschworene Zivilisationskrise als problematisch erscheinen. Einspruch ist insbesondere gegen die vorgetragene Bestimmung des historischen Orts der Oktoberrevolution geltend zu machen. Ihr Anspruch, eine kommunistische Gesellschaft vorzubereiten, so Fülberth, "verdeckte ihren realen Charakter als einer politischen Umwälzung, die innerhalb einer industriellen Revolution stattfand. Insofern ist sie den europäischen Revolutionen des Jahres 1848 vergleichbar"¹⁹. Wie die französische Revolution von 1789 sei auch die russische Oktoberrevolution von 1917 Teil eines Revolutionszyklus, der "insgesamt die kapitalistische Ordnung nicht überwand, sondern ständig erweiterte"²⁰.

Diese Deutung ist weder originell, noch ist sie überzeugend. Sie ist nicht originell, befindet sie sich doch in der Nachbarschaft jener Erklärungsangebote, für die sich die ganze Geschichte des 20. Jahrhundert ungeachtet aller Widersprüchlichkeiten als letztlich unaufhaltsamer Weg in die "Moderne", so das verklärende begriffliche Konstrukt für die real existierende, in den Metropolen sozial und zivilisatorisch verbräunte kapitalistische Gesellschaftsordnung, darstellt. Sie ist nicht stichhaltig und überzeugend, weil sie einer Konfrontation mit der historischen Realität nicht standhält. Historisch seriöse Analyse darf und kann den sozial qualitativ neuen Inhalt des sozialistischen Versuchs nicht übersehen.²¹ Die Subsumierung der Oktoberrevolution als eines Postens im Rechenexempel der "Moderne" verfehlt die Erfordernisse exakter wissenschaftlicher Analyse, und sie blok-

¹⁸ Ebenda, S. 27.

¹⁹ Ebenda, S. 116.

²⁰ Ebenda, S. 122.

²¹ Dieser neue Inhalt verschwindet aus dem Blickfeld oder tritt doch zurück bei dem Vorschlag, die Oktoberrevolution als eine auf die "Moderne" bezogene Nachholerevolution zu interpretieren, ein Gesichtspunkt, der in Manfred Kossoks Erörterungen, a.a.O., unzureichend beachtet erscheint.

kiert, was gravierender ist, das Fragen nach versäumten Möglichkeiten des Gelingens der Alternative.

Beide benannte Erklärungsmuster für das Scheitern des sozialistischen Versuchs in Europa, sowohl die Ansicht, es sei allein subjektivem Fehlverhalten geschuldet, als auch die These, es sei infolge objektiver Bedingungen unabwendbar gewesen, kranken an ihrer Einseitigkeit. Ihr Mangel besteht darin, daß sie jeweils einen Aspekt verabsolutieren. Die Version vom subjektiven Versagen als alleinigem oder Hauptgrund des Scheiterns greift insofern zu kurz, als sie die Frage nach den objektiven Bedingungen für subjektives Verhalten und Handeln - ein unabdingbares Gebot ernsthafter historisch-materialistischer Analyse - unerörtert läßt. Die Version vom zwangsläufigen Scheitern verkennt, daß Geschichte innerhalb eines bestimmten Rahmens, der im fraglichen Fall als gegeben angenommen werden darf, in der Regel offen ist für verschiedene Lösungen, und daß deren dann jeweils gefundene konkrete Form vom subjektiven Verhalten und Gestalten der agierenden Kräfte bestimmt wird. Nicht der eine oder der andere, sondern beide Aspekte zusammen, ihres jeweiligen Absolutheitsanspruches beraubt und dialektisch aufeinander bezogen, dürften das angemessene methodisch-theoretische Instrumentarium zur notwendigen Analyse des Scheiterns der sozialistischen Staaten Europas darstellen.

Eine ganze Reihe von Stellungnahmen zum Thema sind denn auch von diesem Ansatz bestimmt. Das gilt zum Beispiel für die Darlegungen von Harald Neubert.²² Erich Hahn verbindet die Aussage: "Der Sozialismus ist an der Überlegenheit des kapitalistischen Weltsystems gescheitert"²³ mit der kritisch-selbstkritischen Erörterung problematischer Konzepte und falscher Weichenstellungen in der Geschichte sozialistischer Staaten, und für Heinz Jung ist der Hinweis auf "die realen Ausgangsbedingungen und die Dimensionen der Systemauseinandersetzungen"²⁴ kein Hinderungsgrund, die Totengräberrolle Gorbatschows als solche zu benennen.²⁵

Wie tragfähig sind historische Analogien?

Der Rückgriff auf Geschichte in der derzeitigen Diskussion der marxistischen Linken ist vielgestaltig. Unverkennbar von dem Impuls bestimmt, aus dem Rückblick auf Geschichte Zuversicht und Vertrauen in künftig wieder bessere Zeiten zu gewinnen, sind die Erinnerung an die Niederlage der sozialistischen Bewegung im August 1914 und an das Wechselspiel von Revolution, Konterrevolution bzw. Restauration und neuem Aufschwung im Zuge der Durchsetzung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung sowie die Debatten um die Formationstheorie. Josef Schleifsteins Verweis auf

²² Harald Neubert, a.a.O.

²³ Erich Hahn, a.a.O., S. 22

²⁴ Heinz Jung, *Der Zerfall des Sozialismus*, a.a.O., S. 177.

²⁵ Derselbe, *Gorbatschowismus, "neues Denken" und die Realität*, in: Z 5, März 1991, S. 108ff.; derselbe, *Zur Verantwortung des Gorbatschowismus*, in: Z 14, Juni 1993, S. 46ff.

1914, obwohl mit dem ausdrücklichen Vermerk verbunden, daß das Ausmaß und die Tiefe der gegenwärtigen Krise simple Vergleiche mit früheren Rückschlägen nicht zulassen, richtet sich letztlich doch gegen die um sich greifende Resignation, indem sie vorführt, wie Luxemburg, Mehring und andere Marxisten die Katastrophe vom August 1914 verarbeiteten. Als ein Vermächtnis des Autors, das längst nicht eingelöst ist, dürfen seine Ausführungen zu dem gelten, was er als einen strukturellen Kern der Verarbeitung historischer Krisen bezeichnet: "Sie ist unmöglich ohne das, was Rosa Luxemburg nach dem August 1914 (in Anlehnung an Marx) die 'grausam-gründliche Selbstkritik' genannt hat. Auch wenn der Charakter und die Probleme unserer Krise von ganz anderer Art sind als 1914, lernen können wir von der Folgerichtigkeit und Schärfe derjenigen unter den damaligen Marxisten, die dem *internationalistischen* Sozialismus die Treue hielten".²⁶

Eine größere Faszination übt der wechselvolle, von zahlreichen Rückschlägen betroffene, schließlich aber doch unaufhaltsame Übergangsprozeß vom Feudalismus zum Kapitalismus auf die an einer sozialistischen Perspektive festhaltende marxistische Linke aus. Das Denkangebot besagt, die gegenwärtige Niederlage der sozialistischen Bewegung als Analogie zu den mehrfach eingetretenen Restaurationsphasen während der bürgerlichen Umwälzung zu begreifen. Die damit transportierte Hoffnung und Verheißung lautet: Ein neuer Aufschwung kommt gewiß. Argumentativ am weitesten ausgeführt findet sich dieser Denkansatz, soweit ich sehe, in einem Aufsatz von Ulrich Huar.²⁷ "Restaurationen erwiesen sich im lokalen Bereich als zeitweilig möglich, wobei das 'zeitweilig' eine lange Periode einnehmen und für die arbeitende Klasse qualvoll sein konnte. Weltgeschichtlich jedoch waren Restaurationen alter, historisch überlebter Verhältnisse nicht möglich".²⁸ Der Autor macht auf einen qualitativen Unterschied der gegenwärtigen kapitalistischen Restaurationsperiode gegenüber feudalen Entsprechungen aufmerksam, der darin bestehe, daß es dem Sozialismus nicht gelungen sei, gegenüber dem Kapitalismus eine höhere Arbeitsproduktivität zu erzielen, was in letzter Instanz gerade die Grundlage für immer neue Anläufe und deren schließlichen Erfolg auf dem Weg zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung darstellte. Jedoch meint er: "Trotz seines Zurückbleibens gegenüber dem Kapitalismus auf dem Feld der Arbeitsproduktivität erwies sich der Sozialismus als *soziales System* in seinem Frühstadium als die sozial fortgeschrittenere Gesellschaft gegenüber dem Kapitalismus". Und: "Die soziale Überlegenheit des Sozialismus auf sozialem und kulturellem Gebiet *kann* die Restauration des Kapitalis-

²⁶ Josef Schleifstein, Historische Krisen und ihre Verarbeitung. Das Beispiel des August 1914, in: Z 2, Juni 1990, S. 167f.

²⁷ Ulrich Huar, Möglichkeiten und Grenzen der Restauration des Kapitalismus in ex-sozialistischen Staaten, in: Weißenseer Blätter, 1993, H. 5, S. 37ff. Siehe auch Domenico Losurdo, a.a.O., S. 70ff.

²⁸ Ulrich Huar, a.a.O., S. 39.

mus paralysieren und neue Ausgangspositionen für sozialen Fortschritt eröffnen".²⁹

Jüngste Wahlerfolge der zumeist sozialdemokratisch mutierten Nachfolgeorganisationen der früheren sozialistisch-kommunistischen Parteien in mehreren ost- und südeuropäischen Ländern zeugen in der Tat davon, daß die Erfahrung des Lebens in einer solidarischen Gesellschaft und dabei entstandene Mentalitäten angesichts der Konfrontation mit den Inhalten und Formen der kapitalistischen Ellbogenpraxis geschichtswirksame Relevanz gewinnen können. Ob daraus Chancen für den Versuch einer neuen Alternative zum Kapitalismus erwachsen werden, erscheint indes zweifelhaft. Die gleichfalls virulente Erfahrung der Deformationen real-sozialistischer Herrschaftspraxis und mehr noch die Sogkraft der die Konsumansprüche und die Wertvorstellungen weitgehend bestimmenden entwickelten kapitalistischen Länder dürfte dem auf längere Sicht entgegenwirken. Anders als im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus sitzen die heutigen Antipoden des zu überwindenden Gesellschaftssystems nicht am längeren Hebelarm fortgeschrittener Produktivkräfte und höherer Arbeitsproduktivität.

Aus der Sicht des Historikers ergibt sich zwingend ein weiterer Einwand gegen die Inanspruchnahme der Verlaufsformen der Durchsetzung bürgerlicher Gesellschaftsverhältnisse als möglicher Muster für gegenwärtig anstehende Gesellschaftstransformation. Er bezieht sich auf den qualitativen Unterschied zwischen beiden Prozessen. Die bürgerliche Gesellschaft bot der herrschenden Klasse der Feudalordnung um den Preis der Anpassung an gewisse ökonomische und politische Grunderfordernisse und Spielregeln des kapitalistischen Systems die Chance ihrer Fortexistenz als Aubeuterklasse. Dies erleichterte die gesellschaftliche Transformation vom Feudalismus zum Kapitalismus. Neue Aufschwünge in Richtung einer definitiven Konstituierung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung waren in der Regel auch dadurch gekennzeichnet, daß sie von einer reformwilligen und -bereiten Fraktion der alten herrschenden Klasse mitgetragen wurden. Das im konkreten historischen Prozeß des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus weit verbreitete Phänomen der systemüberwindenden Reform basiert letztlich auf der objektiv gegebenen Möglichkeit des Ausgleichs zwischen zwei zwar verschiedenen, aber im gemeinsamen Interesse an der Sicherung von Ausbeutung kompromißfähigen Klassen.

Analoge Konstellationen zur Vermittlung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sind aus Gründen, die nicht erläutert werden müssen, nicht in Sicht. Die Erwartung entsprechender oder ähnlicher Verlaufsformen übersieht dessen qualitativ anderen Charakter. Legitim bleibt die Bezugnahme auf die Epoche des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus indes in dem allgemeinen Sinne, daß sie exemplarisch von

²⁹ Ebenda, S. 40.

der Unaufhaltsamkeit historischen Fortschritts in der bisherigen Menschheitsgeschichte zeugt.

Abschied von der Formationstheorie?

Ihren umfassendsten Ausdruck hat solches Verständnis von Geschichte bekanntlich in der Marxschen Theorie von der Abfolge von Gesellschaftsformationen von der Urgesellschaft bis zum Kommunismus gefunden. Ist dieses Interpretationsmuster von Geschichte angesichts des Scheiterns des sozialistischen Versuchs in Europa widerlegt? Nicht nur für bürgerliche, sondern auch für nicht wenige einst dem Marxismus verpflichtete Autoren ist das keine Frage mehr. "Indes ist die Loslösung vom 'Formationsdenken' notwendig und unumgänglich"³⁰, so die Schlußfolgerung eines einst namhaften Vertreters sowjetischer Gesellschaftswissenschaft. Die Marxsche Theorie der Gesellschaftsformationen stehe in der Tradition der "für das christliche Denken charakteristischen chiliastischen Eschatologie", ein Vorwurf, der bei bürgerlichen Kritikern des Marxismus seit langem gang und gäbe ist.

Nun ist es allerdings eine offenkundige Tatsache, daß die Formationstheorie, so wie sie von der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert verstanden wurde, im Sinne einer Heilserwartung gewirkt hat. Zur unumstößlichen Glaubensdoktrin geronnen, trug sie fraglos zur Ausprägung jener Haltung bei, die man als arrogant-kommunistischen Hochmut umschreiben kann, eine Haltung, die die nüchterne Analyse gegenläufiger gesellschaftlicher Prozesse erschwerte und die Entwicklung angemessener politischer Strategien verhinderte. Tatsache ist darüber hinaus auch, daß sich die Marxsche Annahme, die proletarische Revolution werde sich infolge der unaufhaltsamen Zuspitzung des Gegensatzes von Kapital und Arbeit gleichsam als naturgesetzlicher Prozeß entwickeln und die Tür zum Sozialismus-Kommunismus aufbrechen, zumindest in der dabei in Rechnung gestellten Zeitperspektive nicht erfüllt hat. Die bekannte Feststellung von Engels in seinem Brief an Marx vom 7.10.1858³¹, daß England offenbar nach der Verbürgerlichung seines Adels nun auch dabei sei, eine sich verbürgerlichende Arbeiterklasse zu etablieren, betraf im Verständnis beider zeitlebens offensichtlich eine Ausnahmeerscheinung. Daß dies, wie mittlerweile geschehen, für alle entwickelten kapitalistischen Länder die Regel werden könnte, wurde von ihnen nicht vorausgesehen. Ergibt sich daraus die Notwendigkeit, sich von der Formationstheorie zu verabschieden und - worauf solche Absagen hinauslaufen - Fukuyamas Version von der Unüberwindbarkeit der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung zu akzeptieren?

³⁰ Aron Jakowlewitsch Gurjewitsch, Die Theorie der Gesellschaftsformationen und die historische Wirklichkeit, in: Initial, 1991, H. 4, S. 443f.

³¹ MEW, Bd. 29, Berlin 1963, S. 358. Vergleiche auch die Marx-Äußerung in dem Brief an Engels vom 9.4.1863: "Wie bald die englischen Arbeiter von ihrer scheinbaren Bourgeoisansteckung sich befreien, muß man abwarten". (Ebenda, Bd. 30, Berlin 1964, S. 342.)

Ein Denkangebot, das sich einer solchen Schlußfolgerung verweigern und am Sozialismus als unabdingbare Aufgabe künftiger Gesellschaftsgestaltung festhalten will, schlägt vor zu erwägen, ob nicht "der kapitalistische Sozialstaat als das Produkt eines objektiv revolutionären Prozesses aufgefaßt werden muß". "Akzeptiert man den erreichten Reformstatus des Kapitalismus als Produkt einer revolutionären Entwicklung, dann ist die Konstituierung des Sozialstaates als erste Stufe einer Entwicklung anzusehen, deren folgerichtige zweite Stufe die sozialstaatliche Formierung der ganzen Weltgesellschaft wäre. In seiner Intention bedeutet das Prinzip des Sozialstaates eine Umkehrung der Prioritäten: Oberstes Prinzip wäre nicht mehr der Profit, sondern der Mensch. Die Profitwirtschaft verschwindet damit zwar nicht, wird aber in übergreifende soziale Zielstellungen eingebunden. Sofern in dem sich so konstituierenden 'Weltsozialstaat' die Priorität des Gemeinwesens wiederhergestellt ist, könnte man von einer Art postkapitalistischer Gesellschaftsformation sprechen, die im Grunde genommen auf das hinausläuft, was mit Sozialismus immer schon gemeint war". Und: "So gesehen befänden wir uns vielleicht doch bereits in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus...."³²

Dieses Deutungsmuster scheint zu schön, um wahr zu sein. Sein wunder Punkt ist die Annahme einer möglichen "Umkehrung der Prioritäten". Sozialpolitische Maßnahmen oder Gesetze in bürgerlich-kapitalistischen Staaten waren bisher noch stets an zwei Voraussetzungen gebunden. Die eine Bedingung war der Druck von unten, seitens der Arbeiterbewegung, zumindest seit 1945 maßgeblich unterstützt vom dritten Verhandlungspartner am jeweiligen Tisch tariflicher oder anderer sozialpolitischer Auseinandersetzungen, dem real existierenden Sozialismus. Die andere Bedingung: Sie durften die Verwertungs- und Profitmacherbedürfnisse des Kapitals nicht ernstlich einschränken, sondern mußten diese im Gegenteil gewährleisten und sichern. Die bisherige Geschichte des Kapitalismus kennt kein Beispiel für eine "Umkehrung der Prioritäten". An der Verfügung über politische Macht und der Vergesellschaftung von Eigentum vorbei dürfte Sozialismus auch in Zukunft nicht zu haben sein.

Indes, wie die zitierte Äußerung zeigt, ist diese Auffassung durchaus umstritten. Unumstritten ist hingegen für einen beträchtlichen Kreis von in der Marxschen Denktradition stehenden Autoren das Festhalten an einer sozialistischen Alternative. Stellvertretend für andere sei hier verwiesen auf Wolfgang Küttlers klare Aussage: "Die Notwendigkeit der Transformation, von der Marx ausging, ist geblieben"³³, und an Perry Andersons im Anschluß an seine Polemik gegen Fukuyama behutsam vorgetragenen Erörte-

³² Manfred Höfer, Marx' Theorie der Revolution - und wie weiter?, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Jg. 36 (1994), H. 1, S. 64ff. Im Denkanatz ähnlich Uwe Kremer, Sozialismus als offenes historisches Projekt, in: Z 17, März 1994, S. 56ff.

³³ Wolfgang Küttler, Marx' Formationstheorie und die globale Transformation. Grenzen und Chancen an Marx orientierter weltgeschichtlicher Betrachtungsweise, in: Gerald Diesener (Hg.), Karl Lamprecht weiterdenken. Universal- und Kulturgeschichte heute, Leipzig 1993, S. 382.

rungen über Erfordernisse und Chancen einer sozialistischen Gesellschaftsgestaltung.³⁴ Sozialismus, so Eric Hobsbawm, "is still on the agenda"³⁵. Der Grundidee des Plädoyers für Sinn und Anspruch des Marx'schen universalhistorischen Konzepts ist auch Jürgen Kuczynskis Vorschlag verpflichtet, den untergegangenen realen Sozialismus als Frühsozialismus analog zu früheren Ausbildungen feudaler bzw. kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse zu begreifen, die zunächst wieder untergingen, aber gleichwohl Vorboten der künftig unaufhaltsamen Etablierung der jeweils entsprechenden Gesellschaftsformation waren³⁶. Es kann hier unerörtert bleiben, wie weit Kuczynskis großflächige Betrachtungs- und Argumentationsweise als historisch fundiert und überzeugend erscheint; wesentlich in unserem Zusammenhang ist an seinem Deutungsvorschlag das Bemühen von Geschichte als Orientierungsangebot für die Linke der Gegenwart.

Unabhängig von den konkreten Formen, die der Rekurs auf die Formationstheorie in der bisherigen Diskussion gezeitigt hat³⁷, verdient er bei dem Versuch, Geschichte im Interesse einer Standortbestimmung der marxistischen Linken zu befragen, besondere Beachtung. Die Interpretation der bisherigen Menschheitsgeschichte als gesetzmäßige Abfolge von Gesellschaftsformationen ist keine spekulative Konstruktion, sie beschreibt vielmehr einen realhistorischen Prozeß. Daß weder das 19. Jahrhundert - wie der junge Marx annahm - noch das 20. Jahrhundert den Durchbruch zu einer überlegenen sozialistischen Gesellschaftsformation brachten, ist keine Blankoscheck für eine Dauerexistenz der kapitalistischen Ordnung.

Die Möglichkeiten von Geschichte für die Begründung von Erwartungen an die Zukunft sind begrenzt. Sie reduzieren sich letztlich auf die schlichte Erkenntnis, daß es bisher immer weiter ging. Sie können damit die Annahme stützen, daß dies auch in Zukunft so sein wird, eine Annahme, die allerdings gegenwärtig angesichts möglicher nuklearer und globaler menschheitlicher Selbstvernichtungsszenarien fragwürdig geworden ist. Eine Antwort auf die Frage nach den Möglichkeiten, diesen Gefahren zu begegnen und insbesondere nach dem historischen Subjekt, durch das die notwendige Gesellschaftstransformation morgen bewirkt werden kann, hat sie nicht. Sie zu finden, kann historische Analyse nur Hilfsdienste leisten. Der Hauptpart bei der Lösung dieser Aufgabe obliegt der Analyse des gegenwärtigen real existierenden Kapitalismus.

³⁴ Perry Anderson, *Zum Ende der Geschichte*, Berlin 1993, S. 140ff.

³⁵ Eric Hobsbawm, *Out of the Ashes*, in: Robin Blackburn (Hg.), *After the Fall*, a.a.O., S. 325.

³⁶ Jürgen Kuczynski, *Asche für Phönix. Aufstieg, Untergang und Wiederkehr neuer Gesellschaftsordnungen*, Köln 1992.

³⁷ Der Vorschlag, die bisherigen Sozialismusversuche als "eine Formationsvariante innerhalb des modernen Zivilisationstyps" zu begreifen, die "mit der kapitalistischen Formation bestimmte Grundzüge gemeinsam" habe (Jacob Juchler, *Ende des Sozialismus - Ende der Formationstheorie?*, in: Z 16, Dezember 1993, S. 27), wird dem qualitativ neuen, weil auf Transformation des Kapitalismus gerichteten Inhalt realsozialistischen Bemühens nicht gerecht.

Harald Neubert

Die Herausbildung der europäischen Nachkriegsordnung und die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit 1945 - 1949¹

I.

Die Umbrüche in Europa seit 1989 veranlaßten alle maßgeblichen politischen Kräfte, ihre Sicht auf die Nachkriegsgeschichte zu überprüfen und zu revidieren. Wesentliche tragende Säulen, auf denen die Nachkriegsordnung beruhte, sind unerwartet eingestürzt, politische Konzepte und Strategien, die sie rechtfertigten bzw. in Frage stellten, erhalten nunmehr eine Neubewertung. Die Geschichte ist hierbei nicht allein ein Feld der Historiker, sondern - vornehmlich sogar - das der Politiker, die die Geschichte mit Vorliebe nutzen, um ihre Aktivitäten ebenso wie ihre Unterlassungen in Vergangenheit und Gegenwart ins richtige, ihren heutigen politischen Ambitionen entsprechende Licht zu setzen und im nachhinein vom Makel des Vorwurfs zu befreien, sie hätten nicht im Einklang mit dem "Königsweg" der Geschichte gehandelt.

Die linken und sozialistischen Historiker und Politiker sind gleichsam gefordert, ihr Geschichtsbild zu revidieren, da sie allen Grund haben zu erklären, weshalb ihre in dieser Nachkriegsentwicklung enthaltenen Chancen für eine Alternative in der Gesellschaftspolitik und in der internationalen Ordnung im Zusammenbruch endeten und damit die Umbrüche in der stabil erscheinenden Nachkriegsordnung auslösten. Dabei geht es darum, nicht in nostalgische Verklärungen zu verfallen.

So sehr es notwendig ist, die Geschichte aus heutiger Sicht neu zu bewerten, so falsch ist es jedoch, die Anfänge allein aus der Sicht des Endes der Nachkriegsordnung zu beurteilen und daraus den teleologischen Schluß zu ziehen, die Entwicklung sei von vornherein verfehlt und ein Verstoß gegen den normalen Gang der Geschichte gewesen, zu dem sie dank der heute Herrschenden zurückkehrt. Deshalb ist es unumgänglich, die Anfänge der Nachkriegsordnung zu rekonstruieren.

¹ Der folgende Beitrag stellt eine gesonderte Bearbeitung des Materials dar, das einer größeren und bis in die 90er Jahre reichenden Studie des Autors zugrunde liegt. Sie ist unter dem Titel "Zur Geschichte der europäischen Nachkriegsordnung im Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes und der deutschen Zweistaatlichkeit" in drei (aufeinander folgenden) Heften erschienen beim Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V., Potsdam.

II.

Das faschistische Deutschland wollte mit dem zweiten Weltkrieg unter seiner Vorherrschaft Europa neu ordnen. Ergebnis war das Ende des deutschen Reiches und seiner Staatlichkeit, so sehr das von gewissen Leuten bestritten wird. Es entstand nicht nur ein Machtvakuum in Deutschland, sondern generell die Notwendigkeit, auch die Machtkonstellationen in Europa neu zu gestalten. Da die europäischen Mächte, darunter auch die Siegerstaaten England und Frankreich, nicht in der Lage waren, ein neues Gleichgewicht zu konstituieren, fiel diese Aufgabe den beiden peripheren Großmächten USA und UdSSR zu, die sich sogleich zu Schutz- und Hegemonialmächten entwickelten. Für Gesamteuropa war damit im Vergleich zur Vorkriegszeit eine gänzlich neue Situation entstanden. Was sich nach dem ersten Weltkrieg anbahnte, war nunmehr perfekt: der Zusammenbruch der europäischen Mitte als Machtfaktor.

In Bezug auf Deutschland, das diese Situation durch seinen verbrecherischen Krieg ausgelöst hatte, und in Bezug auf die europäische Nachkriegsordnung hatte sich zwischen den Siegermächten ein fragiler Konsens herausgebildet, der in den Beschlüssen von Jalta und Potsdam Ausdruck fand: Man strebte eine Ordnung an, in der kein Staat die Möglichkeit haben sollte, wiederum einen Krieg in Europa auszulösen. Dies betraf in erster Linie Deutschland, wo die Wurzeln von Faschismus, Aggressivität und Expansionismus ausgerottet werden sollten, damit es niemals wieder einer solchen Versuchung erliegen könne.

Die weitere Entwicklung Europas war auch durch die neu entstandenen Tatbestände nicht vorbestimmt, sondern zunächst für verschiedene Alternativen offen. Und ein fertiges, einfach zu realisierendes Konzept für eine solche Ordnung existierte nicht. "1945 war noch keineswegs ein Zustand erreicht, der die Vermutung hätte aufkommen lassen können, ein Kalter Krieg zwischen Ost und West sei unvermeidlich", stellt Manfred Görtemaker fest.² Auch Rolf Badstübner weist darauf hin, "daß der kalte Krieg nicht bereits die Anfänge der Nachkriegsentwicklung prägte und determinierte" und meint dann, "daß er zwar keineswegs zufällig, hinwiederum aber nicht mit absoluter Zwangsläufigkeit ausbrach", daß vor allem die sowjetische Deutschlandpolitik "Ansätze für die Möglichkeit bot, historische Alternativen zu kaltem Krieg und zur Teilung Deutschlands zu realisieren".³

Handlungsmotiv war offenbar zunächst jenes gemeinsame Bekenntnis der USA, der UdSSR und Großbritanniens, das diese auf ihrer Außenmini-

² Manfred Görtemaker: Die unheilige Allianz. Die Geschichte der Entspannungspolitik 1943 - 1979. München 1979, S. 23.

³ Rolf Badstübner: Alliierte Politik und Besatzungsherrschaft zur Schaffung eines antinazistischen, antimilitaristischen, demokratischen und friedlichen neuen Deutschlands und die Entstehung der beiden deutschen Staaten. In: Ansichten zur Geschichte der DDR. Hrsg. D. Keller, H. Modrow u. H. Wolf., Bd. 1, Bonn/Berlin 1993, S. 28ff.

sterkonferenz in Moskau im Oktober 1943 formuliert hatten, daß es nämlich "in ihren eigenen nationalen Interessen und in den Interessen aller friedliebenden Nationen wichtig ist, die heutige enge Zusammenarbeit, die für die Führung des Krieges angebahnt wurde, auch auf die Zeit auszudehnen, die der Beendigung der Kriegshandlungen folgen wird, und daß nur auf diesem Wege die Erhaltung des Friedens und die volle Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wohls ihrer Völker erzielt werden kann".⁴

Deutschland sollte entsprechend den Potsdamer Beschlüssen als einheitliches Ganzes behandelt⁵, neutralisiert und unter Kontrolle gehalten werden. Die Realisierbarkeit dieser, wohl zunächst übereinstimmenden Zielstellung der alliierten Siegermächte hing von einer Reihe von Bedingungen ab: so unter anderem von der Fähigkeit der so unterschiedlichen Bündnispartner, ihr gegenseitiges Mißtrauen zu unterdrücken, für die Nachkriegszeit einen Interessenskonsens herbeizuführen und eine neue stabile Machtbalance in Europa herzustellen sowie Kooperationsfähigkeit zu entwickeln. Das schloß in erster Linie ein: das Fortbestehen der Antihitlerkoalition der Alliierten; eine übereinstimmende Interpretation und Anwendung der im Potsdamer Abkommen enthaltenen, Deutschland betreffenden Festlegungen zur Gestaltung der inneren, ökonomischen und politischen, Verhältnisse; eine solche Einbindung eines neutralisierten Deutschlands in eine europäische Friedensordnung, die eine gemeinsame Kontrolle ermöglicht hätte, die also von allen Siegermächten hätte akzeptiert werden können und ausgeschlossen hätte, daß Deutschland ganz in den Einflußbereich einer der Siegermächte gerät bzw. seine Mittellage hätte nutzen können, um die Siegermächte gegeneinander auszuspielen. "Bei dem sehr bald auftretenden Konflikt zwischen den Supermächten in Ost und West", schreibt Horst Afheldt, "war die gesamtdeutsche Lösung nur denkbar, wenn es Garantien dafür gab, daß das so wiedervereinigte Deutschland nicht ins gegnerische Lager driften würde. Eine sicher garantierte Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands war deshalb Voraussetzung für diesen Weg. Doch ein neutralisiertes Gesamtdeutschland war nach den Erfahrungen der eben vergangenen Jahre für die meisten Europäer ein Alptraum. Und dies nicht nur in Ost-, sondern auch in Westeuropa."⁶

Zu entkräften ist die These, die UdSSR unter Stalin hätte unter Verletzung der alliierten Vereinbarungen auf die Spaltung Europas und Deutschlands

⁴ Zitiert nach: Viktor Issraelian: Die Antihitlerkoalition. Die diplomatische Zusammenarbeit zwischen der UdSSR, den USA und England während des zweiten Weltkrieges 1941 - 1945. Moskau 1975 (deutsch), S. 224.

⁵ Ebenda, S. 34: "Die 'Großen Drei' einigten sich nun /nachdem es zuvor verschiedene Spaltungspläne gegeben hatte - H. N./ darauf, Deutschland als Einheit zu betrachten und zu behandeln."

⁶ Horst Afheldt: Der Konsens. Argumente für eine Politik der Wiedervereinigung Europas. Baden-Baden 1989, S. 13 f. (Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 56).

hingearbeitet. Valentin Falin äußerte 1990: "Ich kann Ihnen definitiv und aus genauer Kenntnis sagen, welche Erwägungen Stalin am Ende des Krieges anstellte: Die optimale Lösung sei ein einheitliches demokratisches, entmilitarisiertes Deutschland als guter Nachbar der Sowjetunion."⁷

Von denen, die damals Einblick hatten, sei auch Wolfgang Leonhard zitiert, zu dessen Gewohnheiten es durchaus nicht gehört, schonende Urteile über die Sowjetunion abzugeben. Er lehne die These ab, wonach die sowjetische Führung von Anfang an, also 1943 bis 1945, die Teilung Deutschlands und die Bildung eines Separatstaates bewußt und planmäßig angestrebt hätte. Es hätte zwei verschiedene sowjetische Deutschland-Konzeptionen gegeben, von denen die eine auf der "Hoffnung begründet war, durch eine langfristige Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten" ihre Ziele in Bezug auf Deutschland zu erreichen. Auf eine solche Zusammenarbeit seien die deutschen Kommunisten in der Sowjetunion, zu denen er damals gehörte, in Instruktionsreferaten orientiert worden. "Von der Möglichkeit der Bildung eines deutschen Separatstaates war damals nicht die Rede ... Absolute Priorität hatte zunächst die langfristige Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten unter der Zielsetzung eines demokratischen Gesamtdeutschland."⁸

Diese Positionen vertreten aus gegenwärtiger Sicht auch andere. In Bezug auf die damalige sowjetische Deutschlandpolitik meint rückblickend Wilfried Loth: "Ein gesamtdeutscher Kompromiß war ihr bis in die 50er Jahre hinein lieber als die Konstituierung eines westlichen Bündnisses unter Einschluß des industriellen Westens Deutschlands."⁹ Ähnlich äußert sich Hans-Joachim Seeler: "Die DDR war für die Sowjetunion nur die zweitbeste Lösung, nämlich den Teil Deutschlands, den sie besetzt hatte, politisch und wirtschaftlich an sich zu binden. Engere wirtschaftliche und politische Beziehungen zu einem vereinten Deutschland hatten für die Sowjetunion eine größere Bedeutung als der - sehr unsichere - Fortbestand einer kommunistischen Regierung in ihrer ehemaligen Besatzungszone."¹⁰

In der Folgezeit, zumindest bis 1953 und wiederum Ende der 80er Jahre, offenbarten sich somit zwei Optionen sowjetischer Deutschlandpolitik - Orientierung auf die DDR als sozialistischen Bruderstaat und die Orientierung auf ein einheitliches, neutrales, der UdSSR wohlgesonnenes Deutschland.

Die sowjetische Politik zu idealisieren, besteht kein Grund. Ihr Eintreten für ein einheitliches, neutrales, entmilitarisiertes Deutschland war den wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen sowie den hegemonialpoliti-

⁷ Valentin Falin über die deutsche Einheit. In: Spiegel-Spezial, II/1990, S. 20.

⁸ Wolfgang Leonhard: Das kurze Leben der DDR. Stuttgart 1990, S. 45f.

⁹ Wilfried Loth: Entscheidung für den Westen ging zu Lasten der deutschen Einheit. In: Das Parlament, Nr. 20 vom 8. Mai 1992, S. 16.

¹⁰ Hans-Joachim Seeler: Die europäische Einigung und das Gleichgewicht der Mächte. Der historische Weg der Europäischen Staaten zur Einheit. Baden-Baden 1992, S. 281.

schen Ansprüchen untergeordnet. Deutschland sollte in den ersten Nachkriegsjahren als Ganzes für die Reparationen aufkommen, und Deutschland sollte als Ganzes geschwächt werden und unter internationaler Kontrolle gehalten werden. Offenbar glaubten maßgebliche Politiker auf beiden Seiten der später verfeindeten Lager der Siegermächte im Jahre 1945 noch daran, man könnte das Einvernehmen der Antihitlerkoalition aufrecht erhalten. Für die Sowjetunion unter Stalin und für die USA unter Roosevelt dürfte das der Fall gewesen sein. Harry L. Hopkins, Diplomat und Vertrauter Präsident Roosevelts, der des öfteren mit Stalin selbst verhandelt hatte, hatte nach der Konferenz von Jalta geäußert: "Die Russen hatten bewiesen, daß sie vernünftig und weitblickend sein konnten, und weder der Präsident noch irgendeiner von uns zweifelte im geringsten daran, daß wir mit ihnen leben und friedlich auskommen könnten bis in absehbare Zukunft." Befürchtungen vor einer Änderung in der sowjetischen Politik hatte Hopkins bezeichnenderweise für die Zeit nach Stalin.¹¹

Stalin forcierte zunächst sozialistische Entwicklungen im befreiten Europa nicht. Dem entsprach auch seine allgemein bekannte und gelegentlich kritisierte Zurückhaltung gegenüber den unmittelbaren sozialistischen Zielstellungen der jugoslawischen und der griechischen Kommunisten sowie seine Unterstützung für den Kurs Palmiro Togliattis und Maurice Thorez' in Italien und in Frankreich, den antifaschistischen Befreiungskampf nicht als sozialistische Revolution zu begreifen.¹² Der Kurs auf Sozialismus in den volksdemokratischen Ländern wurde von ihm erst dann forciert, als der kalte Krieg begann und die Spaltung sich abzeichnete.¹³ Er war deshalb eher eine Folge als eine Ursache des beginnenden kalten Krieges. Bemerkenswert ist auch, was der frühere US-Verteidigungsminister Robert McNamara rückblickend schrieb: "Es sieht daher so aus, als ob Stalin nicht aufgrund einer zwingenden Ideologie danach strebte, die Unterordnung der osteuropäischen Regime zu gewährleisten, sondern weil dies sein Verständnis von Sicherheit erforderte und die Gelegenheiten vorhanden waren." Die Sowjets hätten danach gestrebt, ihren Anspruch auf

¹¹ Zitiert nach Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 - 1955. 5. Aufl., Bonn 1991, Hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung, S. 348.

¹² Daß Togliatti und Thorez vor allem für die nationale Einheit im antifaschistisch-demokratischen Sinne eintraten, war ohne Zweifel mit Stalin abgestimmt, da sie ja direkt aus Moskau in ihre Länder zurückkehrten. Und daß ihnen von bestimmten linken Kräften der Vorwurf gemacht wurde, im sowjetischen Interesse hätten sie auf die sozialistische Revolution verzichtet, bestätigt die These, daß Stalin am Ende des zweiten Weltkrieges nicht auf Revolutionsexport bedacht war. Siehe hierzu auch: Heinz Köller: Das Ringen der FKP um tiefgreifende Demokratisierung unmittelbar nach 1945; und: Harald Neubert: Politische Alternativen am Ende des zweiten Weltkrieges: Das italienische Beispiel. Beide Beiträge in: Irrtum oder Alternative? Marx-Engels-Stiftung. Dokumente. Berlin/Wuppertal 1992, S. 19-27.

¹³ Auch erst dann wurde, was zuvor in Abrede gestellt wurde, Volksdemokratie mit Diktatur des Proletariats gleichgesetzt.

Weltmachtstellung geltend zu machen, "wohingegen die Westmächte keineswegs dazu bereit waren, der UdSSR diesen Status zu gewähren".¹⁴

Keineswegs dürfte Stalin expansionistische Ziele gegenüber Westeuropa gehegt haben, die eine westliche Abwehr sowie die Spaltung Europas gerechtfertigt hätten. Georg F. Kennan, der für die US-Außenpolitik den Begriff der "Eindämmung" des sowjetischen Einflusses prägte, hat die Annahme, die sowjetische Politik sei nach Kriegsende auf Expansion und Krieg gegen den Westen gerichtet gewesen, später selbst als Fehlinterpretation seines Konzepts¹⁵ bezeichnet. Rückblickend schrieb er 1981: "Die Sowjetführung - davon bin ich überzeugt - hatte nie und hat auch jetzt nicht die Absicht, Westeuropa anzugreifen."¹⁶ Kennans Nachfolger als Leiter der politischen Planungsabteilung des US-Außenministeriums, Paul Nitze, hat eine ähnliche Meinung geäußert: "Es ist nicht wahr, daß wir an einen unmittelbaren Angriff der Russen glaubten."¹⁷ Und selbst John Foster Dulles habe zu verschiedenen Gelegenheiten gesagt, daß er nicht von einer sowjetischen Invasion ausgehe.¹⁸

Ein anderer Amerikaner, der in der damaligen Deutschlandpolitik der USA eine Rolle spielte, Robert Murphy, schrieb im April 1946 in seiner Eigenschaft als Sonderberater von General Lucius D. Clay in einem Brief aus Westberlin: "Ich möchte ganz deutlich machen, daß wir in unserer beschränkten Unschuld nie und nimmer auch nur eine Minute an eine bevorstehende sowjetische Aggression glauben. Ich bin überzeugt, für jeden Russen, mit dem ich hier zusammentreffe, ist ein baldiger und umfassender Krieg das letzte, was er sich wünscht."¹⁹

Dennoch hat die US-Regierung unter Präsident Harry Truman alles getan, um der amerikanischen und der europäischen Öffentlichkeit eine angeblich

¹⁴ Robert McNamara: Der Friede, der aus der Kälte kommt. Die neuen Faktoren der Weltpolitik. Hamburg 1990, S. 23 u. 29.

¹⁵ Von Kennan stammen bekanntlich zwei wichtige Dokumente, die als Begründung für den beginnenden kalten Krieg und die angebliche Verantwortung der Sowjetunion hierfür herangezogen werden: das sogenannte Lange Telegramm, das er in seiner Eigenschaft als Diplomat in der Moskauer US-Botschaft im Februar 1946 nach einer Wahlrede Stalins (vom 9. 2. 1946, in: J. W. Stalin: Über den Kampf um den Frieden. Berlin 1954, S. 266ff.) nach Washington sandte und in dem er der Sowjetunion jegliche Koexistenz- und Kompromißbereitschaft gegenüber den USA absprach und für eine Politik der Gewalt und Stärke plädierte; und ein mit Mister X unterzeichneter Beitrag in der Zeitschrift "Foreign Affairs" vom Juli 1947 über die "Ursachen des sowjetischen Verhaltens", in dem der Begriff der Eindämmung auftaucht.

¹⁶ George F. Kennan: Wissenschaftliche Forschung, Politik und Ost-West-Verhältnis. In: Osteuropa (Stuttgart), 1981, H. 2, S. 105.

¹⁷ Paul Nitze: NSC 68 and the Soviet threat. In: International Security, Frühjahr 1980; zitiert nach Mary Kaldor: Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts. Hamburg/Berlin 1992, S. 104.

¹⁸ Mary Kaldor: Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts. Hamburg/Berlin 1992, S. 94f.

¹⁹ Zitiert nach Daniel Yergin: Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas. Frankfurt a. M. 1977, S. 207.

von der Sowjetunion ausgehende Kriegsgefahr plausibel zu machen und die eigenen militärischen Anstrengungen als Reaktion auf diese Gefahr hinzustellen. Nicht die UdSSR hatte damals den Westen herausgefordert, es sei denn durch das notorische Mißtrauen Stalins gegenüber dem Westen und die rigorose Wahrnehmung sowjetischer Sicherheitsinteressen in Osteuropa.

III.

Worin bestanden die wesentlichen Gründe und Umstände, die zum Bruch der Antihitlerkoalition, zu deren Ablösung durch den kalten Krieg und somit zur Spaltung Deutschlands und Europas führten?

Einer der wichtigsten Gründe bestand wohl darin, daß die beiden Großmächte USA und Sowjetunion, wie schon vermerkt, infolge des Zerfalls der europäischen Mitte das machtpolitische Vakuum ausfüllten und dabei ausgerechnet inmitten Deutschlands aufeinandertrafen und ihre Interessen-, Einfluß- und Machtsphären voneinander abgrenzten. Dies hatte wenig mit gesellschaftspolitischen oder ideologischen Gegensätzen zu tun; sie hätten einer Koexistenz nicht im Wege gestanden. Auch Ernst-Otto Czempiel meint, daß "die Differenz zwischen den Gesellschaftssystemen ... keinerlei Gewaltanwendung (hätte) auszulösen brauchen".²⁰

Europa war nach dem zweiten Weltkrieg ökonomisch, politisch und militärisch derart erschöpft und somit, wie schon vermerkt, unfähig, "sich selbst im Sinne der alten Idee des europäischen Gleichgewichts neu zu ordnen ... Die ehemaligen Randmächte UdSSR und USA haben sich dieses Zentrums bemächtigt und es in hegemonialer Absicht aufgeteilt. Die Demarkationslinie ... dokumentiert dabei nicht nur die hegemoniale Entmündigung Europas, sondern in gleicher Weise den ... wechselseitigen Respekt der Hegemonialmächte vor ihren jeweiligen Einflußzonen."²¹ Hier ist allerdings einzuwenden, daß seitens der Westmächte der Respekt vor dem sowjetischen Einflußbereich erst als Ergebnis der in den 60er Jahren erfolgten Veränderungen in der Kräftekonstellation politisch wirksam wurde.

Keine der beiden Seiten war nach 1945 gewillt, der anderen Seite allein die Kontrolle über das besiegte Deutschland zu überlassen. Die Abgrenzung der Interessen der Großmächte, darunter jener Interessen, die Deutschland betrafen, vollzog sich allerdings nicht im gegenseitigen Einvernehmen, sondern in harter Konfrontation. Von Seiten der USA betrieb man gegenüber der Sowjetunion, gestützt auf das Atomwaffenmonopol, eine Politik der Eindämmung und des roll-back. Das Potential des westlichen Teils

²⁰ Ernst-Otto Czempiel: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. 2. Aufl., München 1992, S. 26.

²¹ Wilfried Gerhard (von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg): Angst vor Gorbatschow? Neues Denken in der Sowjetunion und politische Bewußtseinsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Angst vorm Frieden. Über die Schwierigkeiten der Friedensentwicklung für das Jahr 2000. Darmstadt 1989, S. 59.

Deutschlands sollte für diese Politik genutzt werden. Dies jedenfalls war das strategische Konzept jener politischen Kräfte, die mit Harry Truman, seit April 1945 Nachfolger Präsident Roosevelts, nunmehr die amerikanische Außenpolitik bestimmten.

Die treibenden Kräfte für den Bruch der Antihitlerkoalition, für die Schaffung eines bipolaren Blocksystems in Europa und für eine "Lösung" des deutschen Problems in Gestalt einer Spaltung des Landes sind vorrangig im Westen zu suchen. Auslösendes Moment war aber nicht in erster Linie Nachkriegsdeutschland, sondern das Verhältnis der westlichen Siegermächte zur Sowjetunion. Die westlichen Alliierten waren bestrebt, der Sowjetunion eine gleichberechtigte, ebenbürtige Rolle als Großmacht zu verweigern und ihren Einfluß in Grenzen zu halten bzw. zurückzudrängen.

Am Ende des Krieges standen sich zwei Tendenzen in der internationalen Entwicklung gegenüber: die der kooperativen Fortsetzung der Antihitlerkoalition und die der konfrontativen Ausgrenzung. Ihnen entsprachen in den USA zwei Linien in der Außenpolitik, von denen zunächst die erste und später die zweite Oberhand besaß.²²

Ein zweiter Grund für die Spaltung Europas als Begleiterscheinung des kalten Krieges hat Wurzeln, die weit in die Geschichte zurückreichen. Die Europapolitik des imperialistischen Deutschlands, die von ihm verursachten und verschuldeten Weltkriege und die Verbrechen des deutschen Faschismus an den anderen europäischen Völkern bewirkten, daß Deutschlands Nachbarstaaten im Osten wie im Westen die Niederlage zu nutzen gewillt waren, das Deutsche Reich als aktiven Faktor europäischer Politik und die von ihm ausgehenden tatsächlichen und potentiellen Gefahren auszuschalten. Dies war der Hauptinhalt des internationalen Aspekts der deutschen Frage geworden. "Als Kern der deutschen Frage, der unbewußt oder bewußt bis in die Gegenwart handlungsleitend werden sollte, muß die Lösung des Schlüsselproblems angesehen werden, wie Deutschland bzw. die Deutschlands in die europäische Nachkriegsordnung integriert werden können, ohne daß die Deutschen erneut über ihre Nachbarn herfallen, expansive Ziele verfolgen und die europäische Hegemonie anstreben."²³

Das bedeutete aber auch, wenn man die künftige Qualität der deutschen Frage vorwegnehmend in Betracht zieht, daß "ihr Kern" nicht in erster Linie in der Frage nach Einheit oder Spaltung des Landes bestand.²⁴

²² Siehe dazu zwei Darstellungen aus den USA selbst: Stanley Hoffmann: *Primacy or World Order: American Foreign Policy since the Cold War*. New York 1978; Daniel Yergin: *Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas*. Frankfurt a. M. 1977.

²³ Wolf D. Gruner: *Die deutsche Frage in Europa 1800 - 1990*. München-Zürich 1993, S. 265.

²⁴ Paul Kennedy: *In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert*. 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1993, S. 347, spricht sogar davon, daß "die deutsche Frage durch die Teilung Europas nach 1945 'beantwortet' zu sein schien", was sich allerdings nur als zeitweise erwiesen hätte. Nach

Um in diesem Sinne die deutsche Frage im Interesse der betroffenen Nachbarn und vor allem im Interesse der Siegermächte einer Lösung näher zu bringen, gab es zwei Wege: zunächst den der Entmilitarisierung, Neutralisierung, De-Industrialisierung zwecks ökonomischer Schwächung, der gemeinsamen internationalen Kontrolle; und da dieser Weg scheiterte, den der Spaltung und der geteilten Kontrolle über Deutschland. Dies war der Weg, der zur deutschen Zweistaatlichkeit führte. In der Spaltung Deutschlands vereinigten sich bemerkenswerterweise Konsens und Dissens der Siegermächte: Sie sicherte ihnen jeweils die Kontrolle über einen Teil, sicherte dessen Abhängigkeit und Einbindung in das eigene Bündnisssystem; sie schloß eine eigenständige Rolle eines einheitlichen Deutschlands für eine abschbare Zeit aus. So hielt es auch Willy Brandt für "ein pures Wunschdenken, daß sich die Siegermächte in Potsdam, davor oder danach verpflichtet hätten, unsere staatliche Einheit zu bewahren oder wiederherzustellen; im Bewußtsein, uns etwas zu schulden, lebten sie nicht".²⁵ Und Wolf D. Gruner stellt fest: "Aus dieser Sehweise folgte, daß die deutsche Frage bei unseren Nachbarn mehr unter Stabilitäts- und Sicherheitsgesichtspunkten als unter dem Blickwinkel des Selbstbestimmungsrechtes der Völker begriffen wurde. Sicherheit vor Selbstbestimmung wurde zur Maxime. Von dieser Perspektive der Deutschlandfrage ausgehend, erhielten die beiden Staaten in Deutschland funktionale Aufgaben für das seit dem Zweiten Weltkrieg entstandene europäisch-regionale und globale bipolare Gleichgewicht. Aus dieser Sicht mußte jede Veränderung der Stellung Deutschlands in Europa destabilisierend wirken und war daher, trotz aller Lippenbekenntnisse, unerwünscht."²⁶

Somit avancierten beide deutsche Staaten bald zu kontrollierten Frontstaaten mit einerseits beschränkter Souveränität und andererseits privilegierter Stellung im jeweiligen Blocksystem, und zwar sogar gegenüber Opfern und Siegern des zweiten Weltkrieges. Im Osten vollzog sich das aber - bezeichnenderweise - stets mit einem Phasenverzug gegenüber der Entwicklung im Westen.

Ein dritter Grund für den Ost-West-Gegensatz war sicher auch gesellschaftspolitischer Natur. Dies bedarf allerdings der Präzisierung, da es in diesem Zusammenhang ideologisch motivierte Unterstellungen und Schuldzuweisungen (an die Stalinsche Sowjetunion) gibt, die den damaligen Gegebenheiten nicht entsprechen. Ein Gegensatz nämlich, der darin bestanden hätte, daß man in der Mitte Europas (Deutschland, Tschechoslowakei, Polen) eine Entscheidung zwischen einem kapitalistischen und einem sozialistischen Entwicklungsweg getroffen hätte, existierte ursprünglich nicht und konnte deshalb nicht wesentliche Ursache des kalten

der Einigung sei die sogenannte deutsche Frage "wiederaufgetaucht", wodurch die Suche nach neuen Strukturen für Europas Sicherheit kompliziert geworden sei.

²⁵ *Der Tagesspiegel*, 13. September 1988.

²⁶ Gruner, a.a.O., S. 20.

Krieges und der Spaltung sein, wie häufig behauptet wird. Auf die Position Stalins in diesem Zusammenhang wurde schon hingewiesen. Die nach dem Krieg sich abzeichnende gesellschaftspolitische Konfliktsituation entfaltete sich zunächst auch gar nicht an der Ost-West-Achse, sondern innerhalb fast aller europäischen Länder, die westlichen eingeschlossen. In vielen europäischen Ländern, also nicht nur in den östlichen, die sich im sowjetischen Einflußbereich befanden, wirkten starke antikapitalistische Tendenzen, weil große Teile der Völker zu Recht die beiden Weltkriege mit der Entwicklungslogik des Kapitalismus in Verbindung brachten und damit Schluß machen wollten, und weil sie zu der Einsicht gelangt waren, daß die politischen Eliten Europas im Vorfeld des zweiten Weltkrieges versagt hätten. "In Amerika", so Mary Kaldor, "driftete die innenpolitische Szenerie nach dem zweiten Weltkrieg nach rechts, in Europa geschah genau das Gegenteil. Zwischen 1943 und 1947 herrschte hier etwas vor, das man als transkontinentale revolutionäre Stimmung bezeichnen könnte. In Westeuropa hatten sich die herrschenden Schichten während der Kriegszeit durch ihre Appeasement- und Kollaborationspolitik ihrer Glaubwürdigkeit beraubt... In ganz Westeuropa lagen die Linksparteien bei Wahlen vorne, und die meisten Nachkriegsregierungen bestanden aus Koalitionen, in denen nach links tendierende christliche Parteien mit Sozialisten und Kommunisten zusammenarbeiteten."²⁷ Und Peter Bender, der ebenfalls unverdächtig ist, etwa kommunistische Thesen zu vertreten, schreibt: "Ganz Europa stand damals unter dem Schrecken des gerade überwundenen Nazismus ... Besonders die Jüngeren waren von der Vorstellung besessen, ganz von vorn zu beginnen und alles von Grund auf anders zu machen. Nie zuvor war Europa so offen für linke Gedanken, so bereit zu grundlegendem Wandel wie damals - der so schnell einsetzende Kalte Krieg hat das im Westen nur vergessen gemacht."²⁸ Viele glaubten unmittelbar nach dem Krieg, daß "der Weg für eine sozialistische Transformation Deutschlands offen" wäre; sie wäre im Westen des Landes verhindert worden, weil die Alliierten die antifaschistischen Kräfte unterdrückten und die gemäßigten sowie konservativen Parteien unterstützten.²⁹ Immerhin wirkten zunächst in Deutschland wie in vielen anderen europäischen Ländern Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche Demokraten, Liberale usw. in Koalitionen zusammen, um demokratische Verhältnisse zu schaffen und Reformen durchzuführen.

Der Beginn des kalten Krieges war in dieser Hinsicht mit einer Umgruppierung der Kräfte und einer restaurativen Rückbesinnung der herrschenden Eliten des Westens verbunden, so daß der beginnende kalte Krieg

²⁷ Mary Kaldor, a.a.O., S. 99f.

²⁸ Peter Bender: Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas. Berlin 1981, S. 22.

²⁹ Mary Fulbrook: The Divided Nation. Fontana history of Germany 1918 - 1990. London 1991, S. 159.

zugleich eine unübersehbare "innerwestliche" Komponente besaß, nämlich demokratisch-antikapitalistische Veränderungen, was immer man darunter verstand, nicht zuzulassen und sich von eventuellen, aus dem Osten kommenden Impulsen hierfür abzuschotten. In Italien, Frankreich und anderen westlichen Ländern waren die Kommunisten und ihre Verbündeten schon Anfang 1947 - nachweislich unter beträchtlichem Druck aus den USA - aus den Koalitionsregierungen herausgedrängt worden. Dies geschah, wie bereits vermerkt, nicht etwa deshalb, weil sie sich angeschickt hätten, einen sozialistischen Umsturz in ihren Ländern zu wagen, sondern weil sie dem Übergang zur kapitalistischen Restauration im Wege standen. Und da das beispielsweise im Westen geschah, handelte es sich nicht um einen Ost-West-Konflikt.

Was in diesem Zusammenhang die definitive Entscheidung für den Sozialismus im Osten, in den volksdemokratischen Ländern, anbelangte, so war sie also nicht Ausgangspunkt der Spaltung und des kalten Krieges, sondern deren Begleiterscheinung als Reaktion auf die Durchsetzung des restaurativen Kurses im Westen. Generell ist es schwierig, in dieser Entwicklung Ursache und Wirkung auseinanderzuhalten. Das gilt auch für den "Umsturz" im Februar 1948 in der Tschechoslowakei, bei dem unter Führung der Kommunistischen Partei, die einen bedeutenden Masseneinfluß besaß und die Regierungsmehrheit anführte, die bürgerlichen Kräfte entmachtet wurden und ein Kurs auf den Sozialismus eingeleitet wurde. Als Signal für den Beginn des kalten Krieges lassen sich die tschechoslowakischen Februarereignisse von 1948 nicht werten, da man sich zu dieser Zeit schon mitten in der Konfrontation befand.

In den westlichen Ländern erwiesen sich schließlich - und zwar auch dank starker und wirksamer amerikanischer Hilfe - die wirtschaftlichen und sozialen Grundstrukturen des Kapitalismus sowie die entsprechenden politischen Herrschaftsstrukturen trotz der vom Krieg hervorgerufenen Misere und der Stimmungslage der Menschen als stabil genug, daß sie sich zu regenerieren und entscheidenden Einfluß auf das Kräfteverhältnis zu nehmen vermochten.

IV.

Im Zusammenhang mit dem kalten Krieg bewegen Historiker und Politiker immer wieder zwei Fragen, die unterschiedlich beantwortet werden: Worin bestand sein eigentliches Wesen? Und wäre er zu vermeiden gewesen? Letztlich erwuchs der kalte Krieg aus dem Unvermögen der maßgeblichen politischen Kräfte nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, für den Konflikt aufgrund des unmittelbaren territorialen Aufeinandertreffens der beiden Großmächte USA und UdSSR in Mitteleuropa, aufgrund der Suche nach einer neuen europäischen Staatenordnung mit einem veränderten machtpolitischen Gleichgewicht sowie hinsichtlich des Umgangs mit den gesellschaftspolitischen Reformbestrebungen in Ost und West und hin-

sichtlich der innenpolitischen Gestaltung und internationalen Einordnung des besiegten Deutschlands einen für beide Seiten akzeptablen Konsens oder wenigstens Kompromiß zu finden.

Es kam zur politisch-militärischen Konfrontation, die die Spaltung Europas besiegelte und das in Besatzungszonen aufgeteilte Deutschland in ihren Sog hineinzog. Die deutsche Frage, die bis 1948 "weder auf der sowjetischen noch der amerikanischen Agenda ein Problem von höchster Priorität (war), geriet in den Sog der Lagerbildung", konstatiert Dietrich Staritz.³⁰ Es bildete sich in der Folgezeit eine bipolare Blockstruktur heraus, in der auf jeder Seite die jeweilige Großmacht die Hegemonie ausübte.

Die Logik der sich steigernden Ost-West-Konfrontation brachte zwangsläufig auch eine innere Blocklogik mit sich, die ebenfalls machtpolitischer Natur war und die weitere europäische Nachkriegsgeschichte prägte. Eben deshalb kommt Mary Kaldor offenbar zu dem Schluß, daß der kalte Krieg in beiden Blöcken eine vorwiegend nach innen gerichtete disziplinierende Funktion besaß, "auf eine Homogenisierung der Systeme" hinauslief, indem beide Hegemonialmächte "während der Aufteilung von Einflußsphären, also bis 1947, und während der Entspannungsperiode, die auf den Kalten Krieg folgte," ihr "komplementäres Verhältnis" zueinander gegenseitig akzeptierten. Dieses komplementäre Verhältnis habe schwerer gewogen als die Ost-West-Konfliktelemente, die es gab, denn jedes der beiden Systeme "benötigte das andere, um die binnen- und zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb des jeweiligen Systems zu regulieren". Auf diese Weise hätten die USA die sowjetische Bedrohung als Rechtfertigung ihrer Präsenz in Westeuropa genutzt.³¹ Aufgrund dieser Überlegungen hält Mary Kaldor den kalten Krieg für einen eigentlich "imaginären Krieg". Ihre Feststellungen treffen offenkundig auf den Verlauf des Ost-West-Verhältnisses zu, erklären aber wohl nicht oder nur in geringem Maße die Ursachen des kalten Krieges.

³⁰ Dietrich Staritz: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5/91, S. 3.

³¹ Mary Kaldor, a. a. O., S. 126f.

Waltraud Seidel-Höppner

Sozialismus - nur eine Utopie?¹

Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus als alternatives Weltsystem haben die Diskreditierung des Begriffs *Sozialismus* durch Perversionserscheinungen sozialistischer Politik und die pauschale Kriminalisierung sozialistischer Bestrebungen durch die "Sieger" unter Sozialisten die Neigung befördert, von *Utopie* zu sprechen, wenn sie *Sozialismus* meinen. Beide Begriffe, ihr Verhältnis zueinander, ihre Beziehung zur Wirklichkeit und ihre historische Funktion haben Wandlungen erfahren. Zu keiner Zeit waren beide identisch. Zumal der Begriff der Utopie hat seit mehr als zwei Jahrhunderten seine ursprüngliche Unschuld, d.h. seine Wertfreiheit, verloren. Es ist daher nicht unproblematisch, von dem einen zu sprechen, wenn man das andere meint. Heutigem Selbstverständnis mag es daher ganz gut tun, sich beiden Begriffen, ihrer ambivalenten Bedeutung und der in ihnen eingefangenen Wirklichkeit geschichtlich zu nähern.

Sozialismus in des Wortes allgemeiner Bedeutung: als Protest des arbeitenden Volkes gegen soziale und politische Vorrechte und daraus abgeleitetes Streben nach einer freien, friedlichen Welt, in der alle gleichermaßen ihre Lebensbedingungen selbst bestimmen und Bürden und Früchte gerecht miteinander teilen, äußert sich seit Jahrhunderten - der Sache nach, nicht als Begriff - in mannigfacher Gestalt und unterschiedlicher Ausprägung, und zwar in revolutionären Kämpfen (etwa der Wiedertäufer, Leveller, Babouvisten u.a.), in politischen und sozialen Reformbestrebungen (Egalitaristen, Chartisten, Owenisten, ikarischen Kommunisten, Genossenschaftsbestrebungen) wie als ideengeschichtlicher Niederschlag in der Literatur volksverbundener Humanisten.²

Erscheinungsformen von Sozialismus

Ganz grob gesehen finden wir in sozialgeschichtlicher Praxis und ideengeschichtlicher Überlieferung folgende Erscheinungsformen von Sozialismus:

1. die *literarische Utopie* als Staats- und Gesellschaftsroman, meist als Reiseschilderung einer idealen Gesellschaftsverfassung, entweder an einen fernen Ort oder in eine ferne Zeit vor- oder zurückprojiziert. Als Prototypen solcher Alternativentwürfe gelten zwischen dem 16. und 19. Jahrhun-

¹ Druckfassung eines Beitrags zur Podiumsdiskussion "Sozialismus - nur eine Vision?" am 18. September 1993 in Potsdam.

² Zur Problematik und Ambivalenz von Begriff und Wirklichkeit siehe Horst Stuke, "Sozialgeschichte - Begriffsgeschichte - Ideengeschichte", in: derselbe, "Gesammelte Aufsätze", hrsg. v. Werner Conze und Heilwig Schomerus. Industrielle Welt, Bd. 27, S. 121-166.

dert die "Utopia" von Thomas Morus (1516), die "Christenburg" von Johann Valentin Andreä (1615), die "Civita solis" (1623) von Thomasio Campanella und die "Reise nach Ikarien" von Etienne Cabet (1840).

2. Im 18. und 19. Jahrhundert profiliert sich *sozialistische* Bestrebung als *Theorie*, so in den Schriften Mablys oder im "Code de la nature" (1755) von Morelly. Die künftige Gesellschaft wird *nicht mehr* bloß bildhaft *geschildert*, sondern entweder auf göttliche und (oder) auf naturgesetzliche und vernünftige, allzeit geltende *Prinzipien gegründet*. Die nachrevolutionäre Sozialkritik von Charles Fourier, Henri de Saint-Simon und Robert Owen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts verarbeitet darüber hinaus bereits Erfahrungen und Ergebnisse der bürgerlichen Revolution in Frankreich und der industriellen Revolution in England. Sie analysiert die veränderten Verhältnisse, sondiert neu aufgeworfene Probleme, vergleicht vorrevolutionäre Erwartungen und Verheißungen mit nachrevolutionärer Wirklichkeit. Sie löst sich von der Annahme einer letzten Endes gleichbleibenden Natur des Menschen, zieht als Stimulans der Entwicklung dialektische Beziehungen zwischen Ökonomie, Ideologie und Politik in Betracht und ortet bereits historische Determinanten. Sie erwartet von neuen Umweltbedingungen eine neue Kultur sozialer Beziehungen und beginnt, die Möglichkeit einer Neuordnung der Gesellschaft aus historisch veränderten Verhältnissen abzuleiten. Dies findet seinen theoretischen Niederschlag u.a. in Robert Owens "The Book of the New Moral World" (1836-1844), in Cabets "Kommunistischem Glaubensbekenntnis" (1841), in Weitlings "Garantien der Harmonie und Freiheit" (1842) und Théodore Dezamys "Code de la communauté" (1842). Die letzteren stellen der existierenden Gesellschaft zwar nach wie vor die Daseinsprinzipien einer der menschlichen Natur, Vernunft und christlichen Moral schlechthin entsprechenden Neuordnung entgegen. Darüber hinaus erwägen und erörtern sie nunmehr - worum sich die literarische Utopie nicht gekümmert hatte - verschiedene Übergangsvarianten zur künftigen Ordnung (politische Machteroberung durch eine revolutionäre Avantgarde, soziale Reform auf demokratischem Weg, Generalstreik, genossenschaftliche Unterwanderung des Kapitalismus oder Überzeugung aller durch Musterexperimente). An dem bei diesen Sozialisten und Kommunisten vorgefundenen Gedankenmaterial, ihrer Sozial- und Ideologiekritik, ihren geschichtsphilosophischen Einsichten, ihrem alternativen Anspruch mußte auch der moderne Sozialismus von Marx und Engels anknüpfen³, aber in anderen sozialökonomischen Tatsachen wurzelnd, mit neuem theoretischen Ansatz der Analyse und anderer, daraus abgeleiteter, Strategie der sozialen Befreiung. Marx und Engels halten der alten Gesellschaft nicht mehr ein vorgefertigtes Modell der künftigen entgegen, sondern setzen auf Erkenntnis und selbstbewußte Teilnahme am geschichtlichen Prozeß; sie leiten die neue Gesellschaft nicht mehr aus den

³ So Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1882), MEW, Bd. 19, S. 189ff.

Gesetzen einer abstrakt gefaßten menschlichen Natur ab, sondern aus spezifischen, der Gesellschaft immanenten, Bewegungsgesetzen; sie verbinden eine erfolversprechende Umwälzung mit einem bestimmten historischen Reifestadium der gesellschaftlichen Produktionsweise, die die von ihr entfesselten Produktivkräfte nicht mehr zu bändigen vermag, neue, ihr entsprechende Eigentumsverhältnisse verlangt und schließlich auch solche hervorbringt, die die verfügbaren produktiven Potenzen zum Gemeinwohl effektiver zu nutzen vermögen, als es das Privateigentümerinteresse ermöglicht.

3. Spätestens seit der großen bürgerlichen Revolution in Frankreich (Babeuf) und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verschmelzen die in theoretischen Vorgaben verfügbaren sozialistischen Bestrebungen in Westeuropa zu *politischen Programmen* einer sich (auf dem Kontinent) aus vor- und frühproletarischen Schichten rekrutierenden *sozialistischen* (bzw. *kommunistischen*) *Bewegung*⁴, die sich als Interessenanwalt der ausgebeuteten Klassen begreift, sie mit sozialistischen Theorien und Zielvorstellungen ausrüstet, politisch aktiviert und zum Kampf für eine bessere Gesellschaft organisiert, theoretisch das im Interesse des Volkes Erforderliche jederzeit auch für praktikabel hält - sobald das Volk sein Interesse begreift und wahrnimmt - und daher politisch zum Voluntarismus neigt. Hierzu gehören namentlich die Neobabouvisten und ikarischen Kommunisten in Frankreich, Owenisten und Chartisten in England, der "Bund der Gerechten" in Deutschland und, auf deren theoretischer und politisch-organisatorischer Vorarbeit und praktischer Erfahrung aufbauend, der mit dem *Manifest der Kommunistischen Partei* ausgerüstete "Bund der Kommunisten", der sich als sozialistische bzw. kommunistische Bewegung des modernen Industrieproletariats versteht. Die einzelnen Strömungen begreifen sich mehr oder minder als historische Erben und Fortführer der Urchristen, Taboriten, Leveller, linken Jakobiner und Babouvisten. Sie studieren geschichtliche Erfahrungen plebejischer Bestrebungen während der Bauernkriege und der bürgerlichen Revolution und verfolgen unterschiedliche Befreiungsstrategien: Die Neobabouvisten und Weitling ziehen überwiegend eine Revolution in Betracht, Chartisten und Ikarier wollen über Wahlreform und bürgerliche Demokratie die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Reorganisation schaffen, und die Owenisten erhoffen alles vom überzeugenden Beispiel des Musterexperiments und der Unterstützung der herrschenden Klassen. Marx und Engels studieren kritisch deren praktische Erfahrungen und strategische Überlegungen und setzen ihrer

⁴ Zu Ursprung und Entwicklung der Begriffe Sozialismus und Kommunismus in Westeuropa siehe Hans Müller, Ursprung und Geschichte des Wortes "Sozialismus" und seiner Verwandten, Hannover 1967; Wolfgang Schieder, "Sozialismus" und "Kommunismus", in: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck, Bd. 3 und 5, Stuttgart 1982/84; Jacques Grandjonc, Communisme/Kommunismus/Communism. Origine et développement international de la terminologie communautaire prémarxiste des utopistes aux néobabouvistes 1789-1842. Schriften aus dem Karl-Marx-Haus, Trier 1989.

seits in Deutschland auf eine siegreiche bürgerliche Revolution, deren Ergebnis und Folgen die objektiven und subjektiven Voraussetzungen der proletarischen Emanzipation ermöglichen und begünstigen.

4. Im 20. Jahrhundert schließlich kommt es in Europa, Asien und Lateinamerika erstmals zur *Konstitution sozialistischer Staaten*, die, trotz ihrer ungünstigen historischen Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen geschuldeten - ökonomischen und politischen Defizite und Verwerfungen soziale Forderungen verwirklicht haben, die, im 16. Jahrhundert noch imaginäre Vision, dann Gegenstand noch rein theoretischer Erörterung, im 18. und 19. zwar erstmals programmatisch verankert wurden, im öffentlichen Denken aber samt und sonders als Utopie galten. Erstmals praktisch erprobt wurden das Recht auf Arbeit und auf Ausbildung (Fourier forderte es 1808), das Recht auf Wohnung, unentgeltliche Bildung und Gesundheitsfürsorge und weitgehende Gleichberechtigung von Mann und Frau, auf gesellschaftliche Sorge um die Kinder (Owens Bemühen um vorschulische Betreuung der Kinder und um ein Gesetz, das Kinderarbeit verbietet, begann im Jahre 1815). Diese ersten sozialistischen Gesellschaftsordnungen boten der Masse ihrer Bürger - allerdings auf Kosten der Effektivität, und für den Preis eingeschränkter politischer Freiheiten - erstmals in der Geschichte die Möglichkeit eines Lebens, in zwar nur mäßigem Wohlstand, aber ohne Zukunftsangst. Praktisch verwirklicht wurden Rechte, die sich bis dahin im öffentlichen Denken sämtlich im Bereiche des Utopischen bewegten und für vier Fünftel der Menschheit weiterhin auf dem Wunschkatalog stehen.

Schon dieser sehr grobkörnige Blick auf die historische Metamorphose sozialistischen Strebens in Theorie und Praxis verdeutlicht, daß es sich um ein historisches Phänomen handelt, dessen geschichtliche Erscheinungsformen verbieten, es ohne weiteres im Pauschalbegriff Utopie unterzubringen. Der Aufriß verweist zugleich auf den historischen Fortschritt, den sozialistisches Streben vom noch unklaren Drängen der Wiedertäufer und Leveller in den praktischen Kämpfen und vom "harmlosen" utopischen Reiseroman über theoretische Vorgaben zu politischen Aktionsprogrammen einer im neunzehnten Jahrhundert rasch anschwellenden politischen Bewegung bis zum ersten praktischen Anlauf seiner Verwirklichung auf drei Kontinenten durchlief. Doch, um nicht neue Klischees zu befördern, sei hinzugefügt: Der rote Faden dieses Fortschritts verläuft keineswegs bruchlos durch die Jahrhunderte. Die Auswertung überlieferter Erfahrungen erfolgt von Generation zu Generation selektiv; gewonnene gültige Einsichten werden wieder fallen gelassen. In der historischen Wirklichkeit kommen die hier typisierten Formen nicht "rein" vor, sondern durchdringen einander. Der literarische Reisebericht eines Morus war keineswegs untheoretisch: seine Kritik des üppigen Lebens der Parasiten und des himmelschreienden Elends der Produzenten; seine Auffassung vom Privateigentum als Wurzel von Habgier, Haß, Verbrechen und Krieg, seine Forderung nach Gütergemeinschaft (d.h. Vergesellschaftung von Eigentum,

Produktion und Verteilung), nach Strafrechtsreform und Toleranz sind aus Analyse und Synthese der sozialen Probleme seiner Zeit gewonnen. Daß sie noch in Weitlings Problemsicht und Forderungskatalog auftauchen, spricht für epochenübergreifende Gültigkeit. Cabets als literarische Utopie angelegte "Reise nach Ikarien" diente der zahlenmäßig stärksten kommunistischen Bewegung der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts als politisches Programm.

Bedeutungs- und Funktionswandel des Utopiebegriffs

Ähnlich verhält es sich mit dem historischen Sachverhalt und dem Begriff der *Utopie* und seinem Verhältnis zum Sozialismus. Auch dieser bis heute schillernde Begriff hat im Laufe von Jahrhunderten beträchtliche Bedeutungs- und Funktionswandel erfahren.⁵ Zum einen diente er der Forschung als *wertfreier literarischer Gattungsbegriff* für phantastische Schilderungen einer idealen Gesellschaft nach dem Muster der "Utopia" von Morus.

Im Vorfeld, während und nach den großen bürgerlichen Revolutionen in England und Frankreich, mehr noch in ihrem Verlauf, verliert der Begriff Utopie seine Wertneutralität; er wird zunehmend polemisch benutzt, um politische und soziale Reformvorschläge jeweiliger Gegner zu diskreditieren. *Utopie* wird zum *Synonym für welfremde Phantasterei*, für unpraktikable Vorschläge. Sachlich meint der Begriff nunmehr eine *Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis*, zwischen politischem Anspruch und Realisierbarkeit, aber auch eine geistige Haltung und theoretische Argumentation, die die widersprüchliche Wirklichkeit vereinfacht. Das Verdikt der Utopie trifft zunächst die Konzeptionen bürgerlicher Liberaler, Demokraten und Sozialisten gleichermaßen: Kants Friedensidee ebenso wie Rousseaus Gesellschaftsvertrag, Sieyès' Plädoyer für die englische Verfassung nicht minder als Robespierres demokratischen Verfassungsentwurf. Fourier beschimpft liberale Ökonomen und Ideologen als "utopische Phrasendrescher"; bürgerliche Ökonomen und Politiker wiederum erklären Fouriers Ideen für utopisch, desgleichen qualifizieren Owen und Fourier einander als Utopisten.

Seit der Etablierung der bürgerlichen Ordnung wendet sich der pejorative Gebrauch des Utopiebegriffs vorwiegend gegen sozialistische und kommunistische Theorien, Reformvorhaben und Zukunftsmodelle. Das *Verdikt der Utopie* heftet sich gezielt und bleibend an *sozialistische Bestrebungen* und verhärtet sich bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum politischen Schlagwort.

⁵ Zu Entstehung und Bedeutungswandel des Utopiebegriffs vom 16. bis 20. Jh. siehe Lucian Hölscher, "Utopie", in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 6, Stuttgart 1990, S. 733-788.

Mit dem Aufkommen der westeuropäischen Arbeiterbewegung in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, die sich programmatisch mit dem überlieferten sozialkritischen Ideenpotential und den positiven Lösungsangeboten sozialistischer Theorien ausrüstet, verschärft sich im politischen Sprachgebrauch der Begriff *Utopie zum Kampfbegriff Utopismus*. Ein Utopist ist ein Produzent von Utopien; und *utopistisch* meint nicht mehr bloß *weltfremd*, sondern tendenziell *gefährlich*, ordnungsfeindlich. Diese ideologische Aufladung ist vorwiegend politisch begründet. Bürgerlichen Liberalen und Demokraten erscheinen sozialistische Forderungen als politische Störkomponente eigener Bestrebungen. Das stimmt insofern, als sozialistische Kritik immer und überall im Interesse des arbeitenden Volkes die politischen und sozialen Defizite bürgerlicher Programme benennt und ihr Anspruch in der Regel bürgerliches Gesellschafts- und Demokratieverständnis durchbricht und überfordert. Unweigerlich greifen ihre positiven Forderungen meist auch über das objektiv Machbare hinaus. Wirkungsgeschichtlich aber erweist sich, daß es eben solcher Maximalforderungen bedurfte, um das im bürgerlichen Rahmen mögliche Optimum auszuschöpfen.

Faßt man das Utopische einer Gesellschaftskonzeption an ihrem Mißverhältnis zur objektiven Realität, füglich an ihrer Einforderung von *nicht Möglichem, noch nicht Möglichem oder nicht auf diese Weise Möglichem*, dann wird kaum eine programmatische Konzeption, die die Bedürfnisse ihrer Epoche über den Status quo hinausweisend einzufangen sucht, der Gefahr entrinnen, daß sich realistische Einsichten mit utopischen Elementen mischen. Das gilt im theoretischen Ansatz wie im Realitätsgehalt auch für die Gesellschaftskonzeptionen der bürgerlichen Liberalen und Demokraten. Auch die Erwartung sich spontan regelnder sozialer Harmonie, die liberale Theorien an das Prinzip des *Laissez faire* knüpfen, auch die Verheißung selbstbestimmter Lebensbedingungen, die bürgerliche Demokraten mit dem Prinzip der Volkssouveränität verbinden, haben sich in der etablierten bürgerlichen Gesellschaft für das arbeitende Volk als illusionär erwiesen und wurden in der Ideologiekritik der Sozialisten und Kommunisten als utopisch erkannt und benannt. Dementsprechend quittiert Cabet 1843 das dem Kommunismus aufgeprägte Brandmal der Utopie: "Man glaubt den Kommunismus dadurch vernichten zu können, daß man ihn als Utopie qualifiziert? Als ob man das nicht ebenso gut mit andern Reformen machen könnte - seien es demokratische Utopien, republikanische Utopien, die Utopien der Phalansterianer, die eines Lamennais, eines Pierre Leroux, eines Lamartine, ja sogar diejenigen des *National!*" An die radikalen Demokraten gewandt heißt es im "Populaire": "Sie bezeichnen den Kommunismus als Utopie, als ob Sie nicht wissen, daß diese Qualifikation ein Ausdruck der Verachtung ist! [...] Für uns einfache Arbeiter ist Ihre ungereimte und unbekannte Republik ohne Garantien für

das Volk eine Utopie!"⁶ Weitling vermerkt die Differenz zwischen Verheißung und politischer Realität im bürgerlichen Gesellschaftsideal gleich im Titel seines Hauptwerks: "Garantien der Harmonie und Freiheit" (1842) und nochmals im Titel seiner New Yorker Zeitschrift, die er programmatisch "Republik der Arbeiter" (1850-54) nennt.

Spätestens in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begriffen sich Sozialisten und Kommunisten als Vertreter einer *science sociale*, die sich mit Mitteln und Wegen zur Verbesserung der physischen, intellektuellen und moralischen Lage der arbeitenden Klassen befaßt. In den 30er/40er Jahren wurde in Westeuropa für den Begriff *science sociale* der Begriff Sozialismus gebräuchlich.⁷ Selbst der als Utopist par excellence geltende und theoretisch ziemlich unbekümmerte Cabet umreißt im Herbst 1841 den wissenschaftlichen Anspruch an seinesgleichen folgendermaßen: "Ein kommunistischer Schriftsteller braucht ein gründliches gewissenhaftes Studium der gegenwärtigen Unordnung und der künftigen Probleme; er bedarf einer ständigen aufwendigen Untersuchung von Ideen und Tatsachen. [...] Er] stützt sich auf die Wissenschaft, die Philosophie, die Geschichte, die Statistik usw. und befaßt sich fortwährend damit, die Grundfragen der sozialen und politischen Ökonomie zu verbreiten."⁸ Typisch für das Selbstverständnis von Sozialisten und Kommunisten dieser Zeit ist Weitlings Definition des Kommunismus aus dem Jahre 1845: "Der Kommunismus ist kein Glaube, sondern eine Wissenschaft; die Universalwissenschaft, deren Möglichkeit die Philosophen vorhersagten. Der Kommunismus ist die Wissenschaft, die Theorie und Praxis aller Wissenschaften zum Wohle der Gesellschaft in Harmonie zu bringen, alle Wissenschaft im Interesse der Gesellschaft zu leiten, also nicht wie heute im Interesse einiger Individuen. Der Kommunismus wird uns zeigen, warum es jetzt so viele Arme, Brotlose, Unglückliche und Verbrecher gibt. Der Kommunismus wird uns lehren, wie es möglich ist, Einer des Andern Last zu tragen und welche Vorteile uns ein solcher Zustand bringt. Der Kommunismus wird uns lehren, wie wir es machen müssen, uns neben unserer täglichen Arbeitszeit auch Zeit für unsere Bildung und Erholung zu gewinnen. Er wird uns lehren, auf welche Weise wir der Nahrungssorgen, des Brotneides und aller daraus entstehenden Uebel loswerden."⁹ Weder dieses Selbstverständnis noch die pejorative Bedeutung des Begriffs hätte es einem einzigen Sozialisten oder

⁶ Le Populaire, 10. Februar 1843, S. 3. Biographie de M. Cabet et Réponse aux ennemis du Communisme, publiées par des actionnaires du Populaire, Paris 1846, S. 98.

⁷ Siehe Jacques Grandjón, "L'Utopie en quête de Science. Remarques sur l'utopisme social au XIXe siècle", in: Cahier d'Etudes Germaniques, Numéro spécial: L'Utopie, Aix-en-Provence, 1980. Jacques Grandjón/Hans Pelger, "Die Diskussion über utopischen und wissenschaftlichen Sozialismus um 1840", in: Politik und Gesellschaft im Alten und Neuen Österreich, Bd. 2, Wien 1981.

⁸ Réfutation ou examen de tous écrits ou journaux contre ou sur la Communauté par M. Cabet, Paris 1841, S. 32.

⁹ Wilhelm Weitling, Gerechtigkeit. Ein Studium in 500 Tagen. Mit einem Nachwort von Ahlrich Meyer, Berlin 1977, S. 134f.

Kommunisten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlaubt, sein Programm als Utopie anzubieten. Im Gegenteil: Alle protestieren energisch gegen solche Versuche der Diffamierung. "Die Gütergemeinschaft ist keine Utopie mehr!" überschreibt Pillot, ein Vertreter des linken Flügels der französischen Kommunisten, 1841 eine seiner Schriften.¹⁰

Doch abgesehen vom subjektiv variablen Wissenschaftsverständnis der Sozialisten vor Marx war Sozialismus nie und nirgends reine Utopie im Sinne totaler Realitätsferne; nicht einmal in ihrer ersten, nur scheinbar unschuldigen Form der literarischen Utopie. Die "Utopia" von Morus reflektiert sehr scharf sozialen Einbruch und politische Problematik der frühkapitalistischen Epoche; sie brandmarkt die barbarischen Praktiken der Bauernvertreibung durch profitgierige Wollfabrikanten, die es mit sich bringen, daß "die Schafe Menschen verschlingen und Felder, Häuser und Städte verwüsten und entvölkern"; sie verurteilt Drohnendasein und unnütze Verschwendung der Edelleute, die die Bauern bis aufs Blut aussaugen, sie erst zu Vagabunden machen und dann grausam strafen. Morus meint bereits 1516, daß "überall, wo es noch Privateigentum gibt, wo alle an alles das Geld als Maßstab anlegen, keine gerechte und glückliche Politik möglich" sei. Mit dem Privateigentum und dem Geld aber würden auch die Verbrechen verschwinden und "Furcht, Sorge, Anstrengungen und durchwachte Nächte" vergessen sein, die den arbeitenden Menschen ihr Leben verbittern.¹¹

Derart reflektieren alle sozialistischen Schriften die sozialen und politischen Probleme ihrer Epoche, und dies unbestechlicher als deren Apologeten. Die bloße Weigerung, die existierende als beste aller möglichen Welten anzuerkennen, befördert das Nachdenken über eine bessere; und die Suche nach einer solchen bewegt sich selten nur im politisch unverbindlichen Dunstschleier einer Vision! In Kritik wie Modellangebot liefern sie direkte oder indirekte Ansatzpunkte zu praktischen Reformen (z.B. Morus: Strafrechtsreform und Abschaffung der Todesstrafe; Owen: erste Arbeitsschutzgesetzgebung; die Saint-Simonisten: den Beginn der Frauenemanzipation; Fouriers Warnung vor den klimatischen Folgen rücksichtslos abgeholzter Wälder; die sozialistische Arbeiterbewegung entwickelte mit ihren vielfältigen Formen der Selbsthilfe eine neue Kultur solidarischer Beziehungen und zwang die herrschenden Parteien zu politischen und sozialen Zugeständnissen). Wir sollten diese Einflüsse auf zeitgenössische Reformen nicht zu klein schreiben; an ihnen wird die humanisierende Spur faßbar, die der Sozialismus einer Gesellschaft eingrub, die die Mehrheit ihrer Mitglieder sträflich vernachlässigt. Im Verlaufe der Jahrhunderte prägt

¹⁰ La Communauté n'est plus une utopie! par Jean Jacques Pillot, Paris 1841. Zum französischen Sozialismus und Kommunismus dieser Epoche siehe Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner, Von Babeuf bis Blanqui, 2 Bde, Leipzig 1975.

¹¹ Vgl. Thomas Morus, Utopia, hrsg. von Jürgen Teller, Leipzig 1974, S. 23ff., 48f., 65, 136, 138f., 141.

nicht nur die Geschichte sozialistische Strömungen; es verändern sozialistische Bestrebungen auch die Geschichte. Sie verwachsen mit praktischen Kämpfen und Reformbestrebungen, korrigieren Irrtümer, prüfen und ergänzen unter veränderten Bedingungen und hinzugewonnenen Erfahrungen vorgefundene und selber gewonnene Einsichten, schärfen an Niederlagen ihren realistischen Sinn, wirken ihrerseits als *Agens der Geschichte*. Was ein Morus noch "Nirgendwo" ansiedelt, was bei Mably und Morelly noch Gegenstand rein theoretischer Erörterung, betritt in der englischen und französischen Revolution die Arena der praktischen Klassenkämpfe, erfährt im Purgatorium der bürgerlichen Umwälzung nach und nach auf jeweils höherer Stufe eine von Erfahrungen getränkte neue Legierung. Im unaufhörlichen Reibungsprozeß zerstäuben utopische Relikte am Mahlestein der Realität und weichen neuen Einsichten. Was jedoch in diesen utopischen Zukunftskonstruktionen seinerzeit praktisch wirkt, was ideenwie realgeschichtlich ganze Epochen überdauert und beeinflußt, ist nicht die ihnen innewohnende utopische, sondern die realistische Substanz; nicht ihr Gehalt an schwer vermeidbaren Irrtümern, sondern die gültigen Einsichten, die in ihren Theorien eingefangene Wirklichkeit und die in Aussicht gestellte Möglichkeit, eine als anachronistisch und widersinnig erfahrene Wirklichkeit zu überwinden.

Zudem ist das *Utopische* meistens *historisch relativ*. Oft eilt eine Ansicht oder eine Vision ihrer Epoche voraus, reflektiert als *Utopie das NOCH nicht Mögliche*. Goethe sah in unseren Wünschen ein Vorgefühl der uns innewohnenden Fähigkeiten. Dies läßt sich ins Historische übersetzen. Das *heute Utopische* kann das *morgen Mögliche* sein. Geschichte hat einen langen Atem. Fouriers Forderung von 1808 nach dem Recht auf Arbeit steht erst in der Revolution von 1848 auf dem Forderungskatalog der französischen Arbeiter und wird erst im 20. Jahrhundert wenigstens in einigen Ländern verfassungsrechtlich verankert. Auch *theoretischer Ansatz und Methode* sozialistischer Denksysteme *entwickeln sich*. Sozialistische Konzeptionen des 19. Jahrhunderts spiegeln nicht nur eine andere Wirklichkeit als die des 16.; sie setzen andere Akzente und werfen andere Probleme auf (z.B. das Problem einer Übergangsperiode, der Revolution von oben oder von unten, der Arbeiterselbsthilfe u.a.); sie begründen darüber hinaus die erforderliche Umwälzung auf neue Weise und nach neuen Kriterien. Fourier versucht bereits, eine sozialistische Regeneration universalhistorisch einzuordnen. Das historische Denken Saint-Simons beginnt, das statische Element einer aus der abstrakten menschlichen Natur abgeleiteten Neuordnung aufzulösen und durch geschichtsphilosophische Analysen und soziologische Methoden zu ersetzen; sozialistische Historiker untersuchen die Geschichte *von unten*; die politischen Programme berücksichtigen die durch veränderte Bedingungen eröffneten neuen Möglichkeiten. Die Verflechtung der Gesellschaftstheorie mit der praktischen Emanzipationsbewegung verringert nach und nach - aufs Ganze gesehen - den Gehalt an utopischen Relikten.

Utopie, Wissenschaft und gesellschaftliche Wirklichkeit

Auch Marx betont den Wissenschaftsstatus der Theorien seiner Vorgänger und Zeitgenossen: "Wie die *Ökonomen* die wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeoisie sind, so sind die *Sozialisten* und *Kommunisten* die Theoretiker der Klasse des Proletariats", schreibt er 1847.¹²

Marx wie Engels schätzen die scharfe Sozial-, Politik- und Ideologiekritik der Sozialisten, ihre Analyse der auflösenden Elemente der Gesellschaft und den überaus reichen Fundus an Erkenntnissen, den sie ihrer Epoche zur Verfügung stellen, schließlich die durch ihr Wirken zuwege gebrachten praktischen Fortschritte. Engels z.B. schreibt "alle gesellschaftlichen Bewegungen, alle wirklichen Fortschritte, die in England im Interesse der Arbeiter zustande gekommen sind", Owen zu.¹³ Zwar beugen sich beide 1847/48 dem politischen Sprachgebrauch und bedienen sich des Begriffs *utopistisch*, um ihr eigenes historisch-materialistisches Gesellschaftsverständnis von demjenigen ihrer Vorgänger und Zeitgenossen abzuheben und spätere Versuche der Disqualifikation ihrer eigenen wissenschaftlichen Leistung - durch Dühring, dann durch Bakunin - abzuwehren. Doch gehören sie zu den wenigen geistigen Köpfen ihrer Zeit, die sich der pauschalen und verbalen Simplifizierung und Diffamierung des zeitgenössischen Sozialismus und Kommunismus widersetzen. Von Anbeginn relativieren sie den Begriff Utopismus sachlich wie historisch. In ihrem Verständnis von Utopismus sind wissenschaftliche und politisch progressive Potenz einbegriffen. Als erste und einzige ihrerzeit erklären sie die utopistische Denkhaltung ihrer Vorgänger und Zeitgenossen und deren Hang zu utopischer Systembilderei als historisch bedingten, kaum vermeidlichen Notbehelf, der von einer geschichtlichen Situation diktiert wird, die bei den Arbeitern und ihren theoretischen Wortführern zwar das Bedürfnis nach einer Vorstellung von einer besseren Welt geweckt hatte, ihnen aber die Einsicht in den tatsächlichen Gang der Geschichte noch verwehrte, weil die historische Wirklichkeit weder die objektiven Elemente der künftigen Gesellschaft noch jene subjektive Kraft hervorgebracht hat, die imstande wäre, die alte Ordnung umzuwerfen. Was die objektiven Verhältnisse diesen Sozialisten an Einsicht in den wirklichen Gang der Geschichte versagten, mußten sie notgedrungen im Kopf erfinden.

Leider haben viele spätere Marxisten diese Hinweise auf die historisch-dialektische Beziehung zwischen Utopie, Wissenschaft und gesellschaftlicher Wirklichkeit nicht ernst genug genommen und sich damit nicht nur die Möglichkeit verbaut, Naht- und Bruchstellen zwischen älterem und modernem Sozialismus sachgerecht zu orten und das qualitativ Neue präzise zu bestimmen. In ihrem Verständnis der Genesis des Marxismus ver-

¹² Karl Marx, Das Elend der Philosophie, MEW, Bd.4, S. 143.

¹³ Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1882), MEW, Bd. 19, S. 200.

härtete sich die dogmatische Verabsolutierung des Utopismusbegriffs einerseits und der neuen theoretischen Qualität des Marxismus andererseits zum hermetischen Bruch. Solcherart Mißachtung der Kontinuität führt im marxistischen Geschichtsbild dazu, daß - ähnlich wie im konservativen und bürgerlichen - der vormarxsche Sozialismus pauschal einem Utopiebegriff zugeordnet werden kann, dem wissenschaftliche Potenz und praktischer Beitrag zum kulturgeschichtlichen Fortschritt mehr oder minder abhanden gekommen ist. Verbaut wird damit der Blick auf den tendenziellen Fortschritt sozialistischer Bestrebungen lange vor Marx und Engels; zerrissen wird die Jahrhunderte währende, zunächst vermittelte, später unmittelbare Verflechtung sozialistischer Theorie mit praktischen Kämpfen des unterdrückten Volkes. Man enthistorisiert die Genesis des Marxismus, entwurzelt ihn und deformiert ihn zu einer (gleichsam vom Himmel gefallenen) elitären Theorie, die sich nicht nur von vorhergehenden und zeitgenössischen Bestrebungen unangemessen abhebt, sondern durch ihren absoluten Wahrheitsanspruch ihre zwangsläufige Trennung von praktischen Bedürfnissen des arbeitenden Volkes vorprogrammiert. Übersehen wird dabei: Auch Marx' und Engels' Denken war nicht frei von utopischen Elementen; ihre Konzeption der permanenten Revolution von 1848 z.B. wurde gleichfalls - und eingestandenermaßen - sehr schnell von der Geschichte widerlegt; nicht jede ihrer Einschätzungen hält der Überprüfung stand, wiewohl ihre Forschungsmethode selbst von Marxisten bis heute nur ausnahmsweise ausgeschöpft wurde, zum Schaden der Forschung.

Auf das nuancenreiche Spektrum des Utopiebegriffs im 20. Jahrhundert müssen wir nicht eingehen, um die Ausgangsfrage: *Ist der Sozialismus nur eine Utopie, eine Vision?* zu beantworten. **NEIN!** Sozialismus war nie und nirgends nur Traum oder Vision! Als solchem hätten die herrschenden Kräfte ihm jederzeit ein Krähwinkeldasein im Abseits der Geschichte gegönnt. Sozialismus war immer und überall scharfer Protest gegen die tatsächliche Ungerechtigkeit einer Ordnung, die die Schöpfer ihres Reichtums zum Pariadasein verurteilt; er war unbestechlicher Nachweis des Widersinns einer Gesellschaft, die, von engstirniger Profitgier besessen, ihre eigenen Daseinsgrundlagen zerstört; er war praktisches Bemühen um Humanisierung der menschlichen Verhältnisse und Ermunterung, anachronistisch erfahrene Verhältnisse durch menschliche zu ersetzen.

Ideengeschichtlich nachweisbar ist das bleibende, bis heute gültige wissenschaftliche Potential des Sozialismus in der Sozialtheorie. Unbestreitbar und empirisch faßbar ist sein Beitrag zur materiellen wie geistigen Kulturgeschichte der Menschheit; belegbar auch ist der Einfluß sozialistischer Forderungen auf die soziale Akzentsetzung konservativer, bürgerlich-liberaler und demokratischer Programme und praktischer Politik - nicht erst bei Bismarck. Seit dem 19. Jahrhundert anerkannt sind seine Verdienste um die materielle, intellektuelle und moralische Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen, der nachhaltige Impuls zur sozialen Selbsthilfe

und zur politischen Aktivierung und Organisation, den die Arbeiterbewegung sozialistischem Bemühen verdankt.

Allerdings verläuft auch die Geschichte des Sozialismus - ähnlich derjenigen des Christentums - nicht ohne Schatten. Die theoretische und praktische Wegsuche ist mit Irrtümern, Rückschlägen und Niederlagen gepflastert. Mißt man das jeweils objektiv Erreichte am subjektiv Erstrebten, dann erscheint die ganze Geschichte des Ringens um eine bessere Welt wie eine endlose Kette von Niederlagen. Das Schicksal ihrer besten Verfechter gleicht dem von Gescheiterten: Müntzer, Morus und Babeuf starben auf dem Schafott; Roux entging der Guillotine durch Selbstmord; Campanella verbrachte fast die Hälfte, Blanqui Zweidrittel seines Lebens im Kerker; Fourier wurde als Narr verschrien, Saint-Simon zum Selbstmordversuch getrieben; es scheiterten die Aufstandsversuche der Babouvisten und die der Blanquisten; auch Owens Musterkolonien verfehlten die an sie gehefteten Hoffnungen; Cabet, Weitling und viele ihrer Kampfgefährten versuchten in den USA fruchtlos einen Neuanfang. In unserem Jahrhundert steht eine Generation, die 1945 himmelstürmend antrat, vor den Trümmern ihrer einstigen Erwartungen und blickt bedrückt auf das Ausmaß an Perversionen, das diesem ersten hoffnungsvollen Anlauf des Sozialismus zum Staatensystem anhaftet.

Trotz alledem: Niemals und nirgends beugten Niederlagen künftigen Kämpfen vor! Sie haben sie allenfalls besser gerüstet. Immer und überall aber wurde jeder einzelne soziale und politische Fortschritt vom Volk in zähen Kämpfen errungen. Und um keinen geringeren Preis!



**...dahinter
steckt
immer ein
renitenter
Kopf**

Die Sozialistische Zeitung wird von der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) herausgegeben. Sie

- * bringt 14tägig Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn.
- * steht für eine demokratische sozialistische Alternative.
- * sucht die solidarische Diskussion und Zusammenarbeit der Linken.

Schnupperabo (acht Ausgaben): 10 DM.

Probeausgaben gratis.

Bestellungen an:

SoZ-Verlag, Dasselstraße 75-77, 50674 Köln, Tel.: (02 21) 21 15 55

Claudia Schmidt

Entgrenzung kommt vor Übergang?

Zum Stellenwert utopischen Denkens in Literatur und Gesellschaft der späten DDR

I. Das "Prinzip Hoffnung" in der Ausweglosigkeit - zur Bedeutung von Utopie und Literatur in einer stagnativen Gesellschaft

Nach vierzigjährigem Bestehen hat sich mit der Implosion der DDR auch deren Literatur als bis dahin eigenständiger Zweig der deutschen Literatur überlebt. Dem entweder resignativen oder verächtlichen Einwand, die damals entstandene Literatur sei deshalb nur noch als Vergangenheitsdokument interessant, sollte jedoch die Frage vorgezogen werden, "was von den Träumen geblieben ist".¹ Daß hier der Suche nach utopischem Überschuß Priorität eingeräumt wird, impliziert die Ablehnung konservativer Äußerungen über das sozialistische Gesellschaftsmodell, die nur zu deutlich der Apologie des nunmehr konkurrenzlos scheinenden westlich-kapitalistischen Systems dienen. So muß der Versuch, jegliche Form marxistischen Denkens als totalitär und utopisch im pejorativen Sinne zu diskreditieren, dahingehend gewertet werden, daß "in Wahrheit nicht der Tod jeder Utopie, (sondern) der Tod der unpassenden Utopie"² verkündet wird.

Ebenfalls läßt sich der von konservativen westdeutschen Feuilletonisten initiierte sogenannte "deutsch-deutsche Literaturstreit" im Kern als Auseinandersetzung um diese "unpassende" Utopie begreifen. Denn die Angriffe richteten sich bezeichnenderweise nicht gegen dogmatische "Legitimationsideologen" - offensichtlich stellte deren allzu simples Weltbild und das dementsprechende Verbleiben innerhalb der Grenzen des Bestehenden keine Herausforderung dar. Störender für den Siegeszug der "freien Welt" im kulturellen Bereich schienen hingegen Autoren wie Volker Braun, Christa Wolf, Heiner Müller und Helga Königsdorf. Ihre literarische Reputation und Wertschätzung hatten bis dato außer Zweifel gestanden, doch identifizierten sie sich, trotz Gegnerschaft zur herrschenden politischen Praxis, weiterhin mit sozialistischen Grundüberzeugungen und hofften auf eine demokratische Umgestaltung des Systems. In vielen Publi-

¹ Vgl. Thomas Grimm: "Was von den Träumen blieb." Eine Bilanz der sozialistischen Utopie. Berlin 1993.

² Günther Nenning: Das Prinzip Utopie. Ein Neujahrsgesang. In: Die Zeit, 31.12.1993.

kationen wurden ihre Texte dafür nach 1989 auf "staatstragende Gesinnungsästhetik" reduziert.³

Tatsächlich sah sich eine größere Gruppe von Literaten - die bereits genannten sind nur die bekanntesten von ihnen - zu Zeiten der DDR mit einer ambivalenten Situation konfrontiert, deren inhärente Reibungsverluste und Spannungen Volker Braun andeutet, wenn er schreibt: "...daß es noch niemals so war, daß einer für eine Gesellschaft ist - und doch zugleich sie mit derselben Energie ändern will wie in alten Zeiten. Das war wohl verrückt, und um verrückt zu werden. Und doch konnte man damit leben."⁴ Spannend erscheint nun die Frage, wie die beschriebene Haltung des gleichzeitigen Dafür- und Dagegenseins im kulturpolitischen Bedingungsgefüge der DDR entstehen und überleben konnte; mögliche Erklärungsansätze ergeben sich, wenn man von gut funktionierenden, sich gegenseitig bedingenden Fremd- und Selbstzuschreibungen ausgeht.

So muß aus der Perspektive derjenigen Autoren, die die sozialistische Ideologie im Prinzip befürworteten, bedacht werden, daß sich die literaturtheoretischen Vorgaben und Forderungen der SED, durch Literatur die Entwicklung der neuen Gesellschaft zu fördern, dahingehend interpretieren ließen, gerade durch kritisches Schreiben dieser Verantwortung gerecht werden zu können. Daß solches Engagement bei den Machthabern nicht auf Gegenliebe stieß und die Autoren häufig in die Mühlen der Zensur gerieten, widersprach diesem Verständnis nicht grundsätzlich. Anders gesagt, wurde gerade durch partiellen Dissens, gedeutet als "konstruktiver Beitrag", der Versuch unternommen, die sozialistische Utopie zu bewahren.⁵

Gestützt wurde dieses Konstrukt zudem durch die oft beschworene Funktion von Literatur als "Ersatzöffentlichkeit". Zwar konnte Literatur schon wegen der meist sehr langen Produktionszeit, die für ein Buch veranschlagt werden mußte, keinesfalls die Rolle einer pluralistischen Presse übernehmen. Es gelang ihr allerdings insofern, das Vakuum nicht vorhandener öffentlicher Artikulationsmöglichkeiten zu füllen, als sie in mehr oder weniger camoufflierter Form abweichende Meinungen sowie verdrängte und unliebsame Probleme zur Sprache bringen konnte.⁶ Zugleich darf diese

³ Vgl. etwa Ulrich Greiner: Was bleibt. Bleibt was? In: Die Zeit, 1.6.1990; Frank Schirrmacher: Dem Druck des härteren strengeren Lebens standhalten. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.6.1990.

⁴ Zit. n.: Joseph Pischel: Das Ende der Utopie? Zur aktuellen Diskussion um die DDR-Literatur und zum Streit um Christa Wolf. In: neue deutsche literatur, 1990, Nr. 9, S. 138-147, hier S. 139.

⁵ Vgl. Joachim Lehmann: Vom 'gesunden Volksempfinden' zur Utopie. Literaturkritik der DDR im Spannungsfeld von Zensur und Literatur. In: Heinz Ludwig Arnold/Frauke Meyer-Gosau (Hrsg.): Literatur in der DDR. Rückblicke (Sonderband text + kritik). München 1991, S. 117-126, hier S. 124f.

⁶ Hans-Georg Werner: Über literarische Kommunikationsbedingungen in der DDR. In: DAAD (Hrsg.): Germanistentreffen vom 29.9. bis 3.10.1992. Dokumentation der Tagungsbeiträge. Bonn 1993, S. 37-46, hier S. 44. Der Autor bemerkt ebenfalls zutreffend,

Funktion der Literatur in ihrer Bedeutung aber auch deshalb nicht überschätzt werden, weil sie trotz ihrer gesellschaftlichen Relevanz letztlich doch nur eine begrenzte Adressatengruppe ansprach. Diese brachte den Autoren jedoch hohes Prestige als moralische und vergleichsweise autonome Individuen ein.

Auf diese Weise entwickelten die Schriftsteller ein oftmals überzogenes Bewußtsein sozialer Engagiertheit und Verantwortung, welches sich so lange recht gut mit den erwähnten "konstruktiven Beiträgen" zur Rettung der sozialistischen Utopie vertrug, wie es möglich war, von einem grundsätzlichen Konsens zwischen Literaturproduzenten und Rezipienten auszugehen. Als sich im November 1989 allerdings zeigte, daß die u.a. von Autoren wie Christoph Hein und Christa Wolf propagierten Lösungsansätze, die auf die endliche Heraufkunft eines demokratischen Sozialismus abzielten, offensichtlich an den Interessen weiter Kreise der Bevölkerung vorbeigingen, wurde dieses identitätsstiftende Bewußtsein gesellschaftlicher Relevanz bzw. des Gebrauchtwerdens plötzlich gegenstandslos.⁷

Insgesamt befanden sich unbequeme Literaten in einer nachgerade inselhaften Position, für die sowohl relative Privilegierung und hohes Sozialprestige als auch gesellschaftliche Ausgrenzung und Einflußlosigkeit kennzeichnend waren.⁸ Zugleich wurde immer deutlicher, daß sich, wie Heiner Müller feststellte, "Utopie und Geschichte immer weiter voneinander entfernten" und folglich im Erleben der Individuen eine Situation vergleichbar der "eines großen Wartesaals"⁹ eingetreten sei. Es liegt daher nahe, daß die von der Entwicklung des sozialistischen Gesellschaftsexperiments enttäuschten Intellektuellen Kompensationsmöglichkeiten suchten. Dabei schien literarische Produktivität nicht selten ein Mittel zu sein, um die Desillusionierung über die ausweglose Lage zum ästhetischen Genuß zu steigern. Tatsächlich fällt etwa in Christa Wolfs "Sommerstück" (1989) eine starke Tendenz zu kultivierter gegenidentifikatorischer Subjektivität auf, in deren Folge die äußeren Widersprüche resignativ als innere Widersprüche sublimiert und kaum noch ausgetragen werden.¹⁰

Innerhalb des Konglomerats von Fremd- und Selbstzuschreibungen spielt weiterhin der strukturell hohe "Utopiebedarf" der ehemals sozialistischen Staaten eine wichtige Rolle. Denn die intendierte Entwicklung der DDR wurde seit ihrer Gründung im Jahre 1949 von der Prämisse geleitet, den Traum eines Gemeinwesens zu realisieren, für welches die Chiffre "Kom-

daß die Rolle eines "zusätzlichen Nachrichtenbringers (...) in erster Linie die elektronischen Medien der Bundesrepublik (übernahmen)" (ebd.).

⁷ Vgl. Bernhard Spics: Von der schwierigen Zeitgenossenschaft der DDR-Literatur. In: literatur für leser, 2/90, S. 61-68, hier S. 64f.

⁸ Vgl. etwa Dieter E. Zimmer: Eine privilegierte Kaste? Ein Bericht zur sozialen Situation der Schriftsteller in der früheren DDR. In: Die Zeit, 7.12.1990.

⁹ Heiner Müller: Rotwelsch. Berlin (West) 1982, S. 54 und 62.

¹⁰ Vgl. Frauke Meyer-Gosau: Am Ende angekommen. Zu Christa Wolfs Erzählungen "Störfall", "Sommerstück" und "Was bleibt". In: literatur für leser, 2/90, S. 84-93.

munismus" stand und die zugleich die wichtigste und einflußreichste Utopie des 20. Jahrhunderts war. Schon deshalb ist anzunehmen, daß sozialistisch-utopische Intentionen die gesamte Entwicklung insbesondere der Literatur der DDR mitgeprägt haben. Was allerdings die Ära Honecker betrifft, erscheint diese vor allem dadurch determiniert, daß das Utopie-Ziel "Kommunismus", welches die SED zu Beginn ihres Versuchs, einen "Sozialismus von oben" zu installieren, bereits seit Mitte der sechziger Jahre einer Utopie "zweiter Ordnung" gewichen war.¹¹ Denn nun wurde der "real existierende Sozialismus" als eigenständige Gesellschaftsformation für die Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus postuliert und damit die ursprüngliche Utopie in weite Ferne gerückt. In Anbetracht des nie gelösten Problems der demokratischen Legitimation des Staats- und Parteiapparats entzog sich die SED damit selbst einen wesentlichen Bestandteil ihres teleologischen Rechtfertigungspotentials. Um einer Legitimitätskrise vorzubeugen, wurden aber Teile der Utopie - "soziale Gleichheit, Homogenität und Sicherheit" - in die Gegenwart hineingenommen. Mithin bemaß sich deren "Legitimität (...)" seither nicht länger an ihren Zukunftspotentialen, sondern (sie) sollte vor einer schlechteren Vergangenheit und im zeitgenössischen Vergleich mit westlichen Gesellschaftsordnungen bestehen können.¹² Zwar hielt die SED am rhetorischen Gegensatz zu bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften fest, doch erschienen diese immer mehr als das "Normalmaß" der Geschichte.¹³

In Anbetracht dessen schien die sozialistische Utopie nur noch in der Literatur eine Überlebenschance zu haben. Dieser resignativen Einschätzung entsprechend, wurde ihr von seiten der Literaturkritik die Rolle zugewiesen, eine Systemalternative zur westlichen Gesellschaftsordnung lebendig zu halten. Eine diesbezügliche Zäsur stellte die von dem Literaturwissenschaftler Dieter Schlenstedt im Jahre 1979 positiv konnotierte Wiedereinführung des Begriffs "Utopie" dar¹⁴ - in ihm bündelten sich nun die letzten Hoffnungen auf eine veränderungsbedürftige und -fähige DDR. Die damit verbundene kompensatorische Intention liegt auf der Hand, denn Literatur bildete so den Projektionsraum, in den eine Gesellschaft ihre Träume delegierte. Im Gegensatz zu Zeiten rigiderer Funktionalisierungsversuche durfte sogar das "Sinnzentrum der Handlung" literarischer Texte dann offenbleiben, wenn die Leerstelle in irgendeiner Weise auf die,

¹¹ Vgl. Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Frankfurt/Main 1992, S. 219.

¹² Ebd., S. 26.

¹³ Vgl. Ernst Müller: Finita la Comedia oder Die Revolution als Kunstwerk? Bemerkungen zum politischen Ort der literarischen Öffentlichkeit in der "DDR". Typoskript 1991, S. 1-10, hier S. 6.

¹⁴ Bis dahin hatte ein pejoratives Utopieverständnis gegolten, das spätestens seit dem erzwungenen Weggang von Ernst Bloch aus Leipzig zum Dogma geronnen war.

wie Schlenstedt es nannte, "Ungeheuerlichkeit der Zwecke unserer Bewegung"¹⁵ hindeutete.

Abgesehen von apologetisch orientierten Autoren und solchen, die von vornherein jede identifikatorische Selbstbindung an den DDR-Sozialismus ablehnten, ist insgesamt zum Verhältnis Utopie, Literatur und Gesellschaftsentwicklung festzuhalten, daß umso größere Mühen engagierter Literaten und mit ihnen "verbündeter" Literaturwissenschaftler aufgewendet wurden, die ursprüngliche Utopie zumindest als zu antizipierende Perspektive zu retten, je offensichtlicher sich dieses Ideal aus dem gesellschaftspolitischen Geschehen in eine nebulös-abstrakte Ferne verflüchtigte. Im Kontext mit dem Verlangen, auf einem für alle verbindlichen Sinn zu insistieren, implizierte dieser Versuch nicht nur ständige Kompromisse mit den ideologischen Vorgaben der SED, sondern auch illusorische Vorstellungen im Hinblick auf die Wirksamkeit von Literatur sowie der persönlichen Bedeutung als politisch-moralisches Korrektiv. Allerdings kann zugleich vermutet werden, daß aus der ständigen Reibung zwischen Ideal und Wirklichkeit eine besondere Affinität für utopisches Denken resultierte, obwohl oder gerade weil es sich in die "gesellschaftspolitische Realitätsblindheit des real existierenden Sozialismus eingesperrt"¹⁶ sah. Entscheidend für die gegenwärtige Bewertung der DDR-Literatur ist somit die Frage, inwiefern es den Autoren mithilfe von Fiktionalität und Sprache gelungen ist, die verengte Wirklichkeitswahrnehmung des Systems zu transzendieren und neue Denkräume zu eröffnen.

II. "Die Übergangsgesellschaft" - Ohnmacht im SED-Regime und befreites Subjekt oder die Zukunft ist weiblich

Mit dem Drama "Die Übergangsgesellschaft"¹⁷ hat Volker Braun nicht nur ein Schlüsselstück über die gesellschaftliche Befindlichkeit der DDR in der Phase der Agonie vorgelegt und das Ende dieser Gesellschaftsformation beinahe prophetisch vorweggenommen, sondern sich auch dem Problem gestellt, wie eine gleichwohl nicht resignierende Haltung in der DDR der achtziger Jahre beschaffen sein könnte. Inwiefern Braun hierbei Lösungsansätze gefunden hat, die über das Ende des alten Systems hinaus utopischen Überschuß bereithalten, wird zu klären sein. Zum besseren Verständnis des Dramas scheint es jedoch zunächst notwendig zu sein, die wichtigsten Schreibvoraussetzungen des Autors zu skizzieren.

Zwar hatte sich für Braun, der bereits seit über dreißig Jahren Prosa, Lyrik und Dramen veröffentlicht, der "schöne Traum eines persönlichen Bünd-

¹⁵ Zit. n. Lehmann, Vom "gesunden Volksempfinden", S. 125.

¹⁶ Meuschel, Legitimation, a.a.O., S. 233.

¹⁷ Volker Braun: Die Übergangsgesellschaft. In: Ders.: Gesammelte Stücke, Bd. 2, Frankfurt/Main 1989, S. 104-132.

nisses mit der Zukunft¹⁸ schon lange vor der Umwandlung der DDR in fünf neue Bundesländer erledigt. Denn wie viele Intellektuelle erlebte auch Braun eine doppelte Desillusionierung, indem ihm sowohl der Glaube an existierende Sozialismusmodelle als auch an zivilisatorischen Fortschritt überhaupt verloren ging.¹⁹ Somit wurde zunehmend der Anspruch verabschiedet, ganzheitliche Weltansichten zu entwickeln und zu vertreten. Dennoch galt es, fernab von vorschneidenden Heilerwartungen neue Perspektiven jenseits der Aporien des Realismus aufzuspüren. Abgesehen davon, daß Braun weiterhin auf dem Postulat der historischen Notwendigkeit eines demokratischen Sozialismus insistiert, benennt er dementsprechend als Ziel aller Poesie, die "Wirklichkeit zu öffnen"²⁰, wobei er letztere dergestalt als widersprüchliches und offenes Konstrukt auffaßt, daß über die Befragung der Vergangenheit Unerledigtes und Unabgeholtes in Beziehung zur Gegenwart gesetzt wird. Nur mittels genauer Analyse des Bestehenden bzw. Gewordenen kann, so Braun, die Dimension Zukunft offengehalten werden. Der Ist-Zustand bildet also das eigentliche Hoffnungsmoment, allerdings nur dann, wenn es gelingt, "wahrzunehmen, was mit uns ist"²¹, um so eingreifendes Handeln für morgen zu ermöglichen. Dabei konstituiert sich "morgen" bei Braun keineswegs nur aus einer verbesserten Gegenwart, vielmehr enthält Zukunft qualitativ Anderes. Eben darum läßt sie sich auch nicht vorhersagen, doch will der "Utopist Volker Braun"²² ihr Voraussetzungen schaffen.

Bedingt dadurch, daß die alten Utopiemodelle zum "Zerrbild ihres Entwurfs"²³ verkommen und konkrete Anknüpfungspunkte einer alternativen Gesellschaftsformation nicht in Sicht sind, betonen Brauns Dramen zunehmend die Rolle der Persönlichkeit und rücken Konflikte zwischen dem subjektiven Lebensanspruch des Einzelnen und objektiven Hindernissen - der Macht der Umstände - in den Vordergrund. Wie ein roter Faden zieht sich die Rede von der "Pflicht zur Selbstbefreiung, zur Rebellion gegen das Kontinuum Geschichte"²⁴ in immer neuen Variationen durch alle jüngeren Texte Brauns. Gegen die Gefahr der Resignation setzt er den Appell an das Individuum, Wege aus der Entfremdung zu suchen, um die "Lethargie

¹⁸ Ursula Heukenkamp: "Von Utopia nach Afrika". Utopisches Denken in der Krise der Utopie. In: Arnold/Meyer-Gosau (Hrsg.), *Literatur in der DDR*, a.a.O., S. 184-194, hier S. 187.

¹⁹ Zum Thema dieses geschichtsphilosophischen Paradigmawechsels vgl. Wolfgang Emmerich: *Kleine Literaturgeschichte der DDR*. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt/Main 1989, S. 271ff.

²⁰ Volker Braun: Rimbaud. Ein Essay der Aktualität. In: *Akademie der Wissenschaften und der Literatur. Abhandlungen der Klasse der Literatur*, 4/1984, Stuttgart 1985, S. 1-22, hier S. 14.

²¹ Ders.: Diskussion. In: Anna Chiarloni u.a. (Hrsg.): *Die Literatur der DDR 1976-1986*. Akten der internationalen Konferenz Pisa, Mai 1987. Pisa 1988, S. 361.

²² Gilbert Badia: Über Volker Brauns Dramatik. In: Ebd., S. 347-354, hier S. 354.

²³ Braun, Rimbaud, a.a.O., S. 14.

²⁴ Heukenkamp, *Von Utopia nach Afrika*, a.a.O., S. 191.

und Blindheit vor dem gräßlichen Gesicht unserer jetzigen Geschichte abzuschütteln"²⁵.

Untrennbar von der geforderten Besinnung auf das eigene Ich bekommen alle Formen von Sinnlichkeit größte Bedeutung, werden zur "wahren Tugend" erhoben, während alle Instrumente der Selbstbeherrschung - Selbstverleugnung und Askese - als Untugenden gelten. Die Erhaltung und Entfaltung des Ichs wird als rettende Möglichkeit den existenziellen Menschheitsproblemen sowie dem Ende der großen sinnstiftenden Utopien entgegengesetzt, denn nur unter dieser Bedingung können, davon ist Braun überzeugt, Individuen in den Gang der Dinge eingreifen. Erweise sich diese Hoffnung als trügerisch, "müßte sich der Untergang fortsetzen. Nach dem Ende der Utopien käme nichts mehr als unabsehbare Öde, die Herrschaft des Götzen der Zeit".²⁶

Dramatisch-praktische Form gewinnen diese theoretischen Festlegungen in dem auf Motive und Figuren von Tschechows "Drei Schwestern" rekurrierenden Stück "Die Übergangsgesellschaft". Bereits der Titel weist auf ein "leben im Übergang"²⁷ mit all seiner Unsicherheit und zumindest zeitweiliger Leere hin. Denn analog zu Tschechows 1901 uraufgeführtem Drama setzt Braun fast neunzig Jahre später die tiefe Sinnkrise von Individuen, die nichts mehr vom Bestehenden erwarten und denen zukunftsweisende konkrete Perspektiven fehlen, in Szene. Das zentrale Motiv und gleichzeitige Strukturprinzip der "Übergangsgesellschaft" besteht in der Gegenüberstellung von normiertem und weitgehend paralysiertem Leben - bezogen auf die Gesamtgesellschaft sowie auf die Individuen - und dem Versuch persönlicher Grenzüberschreitungen. Letzteres geschieht in Form von Träumen einer besseren Zukunft und z.T. praktischem Handeln der weiblichen Protagonisten.

Einziger Ort des Geschehens ist das von einem verkommenen Grundstück umgebene Elternhaus von Olga, Mascha, Irina und Walter Höchst; sie und ihre Angehörigen bilden das Personal des Stücks. Obgleich unterschiedlich stark, fühlen sich doch alle einer statisch und übermächtig scheinenden Gegenwart ausgeliefert, in der der vor kurzem verstorbene Vater der Geschwister die heimliche Hauptrolle spielt. Haus und Grundstück stehen somit für den Status quo von "Vater Staat", der nach wie vor die Ideologie des Toten behauptet. Insgesamt vermittelt der erste Teil, das "Grundstück", den Eindruck einer krisenhaften Stagnation; Möglichkeiten für individuelle Entwicklung sind kaum vorhanden, und ursprüngliche sozialistische Zukunftshoffnungen werden vom Gros der Beteiligten nurmehr verschwommen erinnert.

²⁵ Ebd., S. 193.

²⁶ Ebd.

²⁷ Zit. n. Emmerich, *Kleine Literaturgeschichte*, a.a.O., S. 241.

Ebenso gilt für die meisten Figuren, daß sie entweder bestrebt sind, das Gegebene so lange wie möglich konservieren zu wollen oder sich ihm durch eine Gemengelage von Resignation, Fatalismus und Passivität anzupassen. Dabei jagen besonders Walter und seine Schwester Olga, die Lehrerin, einem im Grunde bereits überlebten Gesellschaftszuschnitt hinterher, den man auch als "Ordnungsutopie" bezeichnen kann.²⁸ In ihr dominiert der Erziehungsgedanke, d.h. die Forderung, Individuen "zurechtzuschneiden", um das "vernünftige" Ideal zu erreichen. Genau in der damit verbundenen asketischen Beschränkung sieht Braun jedoch den wichtigsten Hinderungsgrund, andere als fremdbestimmte und von Subalternität geprägte Verhältnisse zu schaffen. Dabei besteht das eigentliche Elend, welches all jene Protagonisten verbindet, die vom Gedanken an diese Ordnungsutopie realsozialistischer Prägung beherrscht werden, darin, daß sie "keine Idee"²⁹ mehr haben und darum auch nicht über ihre beschränkte und beschränkende Gegenwart hinauszublicken vermögen.

Dieser Personengruppe stehen auf der anderen Seite Wilhelm, Irina und die Schauspielerin Mette gegenüber. Je verschieden akzentuiert, kommt ihnen die Funktion von "Störfaktoren" in bezug auf den Erhalt des Status quo zu. Wilhelm konterkariert den allenthalben dominierenden Zustand von Stillstand und Enge dadurch, daß er, der alte Sozialist mit individual-anarchistischer Grundhaltung, die Utopie einer ausbeutungs- und unterdrückungsfreien Gesellschaft nach wie vor einklagt. Trotz seiner Außenseiterposition hat er sich nicht aufgegeben und verkörpert auf diese Weise das von Ernst Bloch so bezeichnete "regressive Moment" des "Prinzips Hoffnung", indem er die Erinnerung an die "Zukunft der Vergangenheit, wenn sie nicht geworden ist"³⁰, bewahrt. Er ist der einzige männliche Akteur, dessen erklärtes Ziel es ist, sich "von dem toten Leben (zu entzweien)"³¹.

Wilhelm benennt zwei hauptsächliche Gründe für das Versagen des sozialistischen Gesellschaftsexperiments: Er bemerkt, daß "die Revolution nicht als Diktatur zum Ziel kommen (kann)" (130), und er macht die nicht stattgefundene Emanzipation des Individuums dafür verantwortlich: "Wenn wir uns nicht selbst befreien, bleibt es für uns ohne Folgen" (ebd.). Im Mittelpunkt von Wilhelms Utopie des "freien Menschen" stehen daher die

²⁸ Vgl. Heukenkamp, Von Utopia nach Afrika, a.a.O., S. 184. - Olgas selbstgewählte Rolle als Stellvertreterin und Erbin erhellt sich z.B. über die auf Walters Feststellung "Vater ist tot" folgende trotzige Entgegnung: "Nein, er lebt - Hier lebt er. Es herrscht Ordnung hier" (111).

²⁹ Braun: "Elend aber ist, wenn es keine Idee mehr gibt." Zit. n.: Ian Wallace: Das Dennoch und der Triumph der Selbstbehauptung. Identitätssuche und Zivilisationskrise bei Volker Braun. In: Paul Gerhard Klussmann/Heinrich Mohr (Hrsg.): Probleme deutscher Identität (Jahrbuch zur Literatur in der DDR, Bd. 3), Bonn 1983, S. 185-208, hier S. 187.

³⁰ Zit. n.: Rainer Traub/Ernst Wiesner (Hrsg.): Gespräche mit Ernst Bloch, Frankfurt/Main 1975, S. 41.

³¹ Braun: Training des aufrechten Gangs. Gedichte. Halle 1979, S. 75.

bereits erwähnten Zentralwerte Brauns: Ich-Stärke, "Selbstübereinstimmung" und Autonomie der Persönlichkeit. Denn der alte Mann träumt von selbstbewußten Menschen, die Erfüllung - "Lust" - in allen Bereichen des Lebens suchen und auf diese Weise in Harmonie mit dem eigenen Ich leben. Demgegenüber muß ein "gespaltener" Mensch notwendig verkümmern und destruktive Denk- und Verhaltensmuster perpetuieren, was sich bei Wilhelm so liest: "Im Grunde suchen alle die Liebe. (...) Aber wenn die Lust ... nur ... im Bett zu haben ist und nicht in der Tätigkeit - dann siehst du diese Schweine, Verbrecher, Monster" (128).

Allerdings kann die Utopie des Rentners, mit der er gegen die Gerinnung sozialistischer Ideale zu starren Dogmen und der blicklos-resignativen Anpassung ans Bestehende protestiert, nur eine "Bindung an Möglichkeiten"³² sein, weil sie in der Wirklichkeit der achtziger Jahre keinen Platz hat. Wilhelms Tod kurz vor Schluß des Stückes macht die Diskrepanz zwischen Handlungsspielraum und Bewußtseinsstand der Figur augenfällig. Dieses Ereignis ist metaphorisch so zu deuten, daß die Existenz des Veterans der Arbeiterbewegung und die Aufrechterhaltung sozialistischer bzw. anarchistischer Theoreme in der "Übergangsgesellschaft" einen Anachronismus darstellt. Braun kommentiert: "Er ist die tragische Figur, (...) denn für ihn ist es zu spät: das Leben ist vertan, er wird die Einheit der Klasse nicht ersiegen (...) er stirbt an sich selbst."³³ Das Ende des alten Mannes symbolisiert daher zugleich das zu erwartende Ende einer historischen Entwicklungslinie, die in einen bürokratisch erstarrten Staatssozialismus mündete, und kennzeichnet ihn als nicht überlebensfähig.

Wilhelm, die "alte" Utopistengestalt, stirbt - statt seiner übernehmen nun die Frauenfiguren die Rolle, Hoffnung auf alternative Handlungsmöglichkeiten aufrechtzuerhalten, Müdigkeit und Resignation entgegenzuarbeiten.³⁴ Dabei ist die Schauspielerin Mette aufgrund ihres innovatorischen utopischen Potentials die wichtigste Figur des Dramas. Sie entwirft im "Flug" genannten zweiten Teil der "Übergangsgesellschaft" eine den Dualismus von Verstand und Gefühl versöhnende Ich-Utopie, in der "Lust" im weitesten Sinne regiert: "Ich will nicht an mich halten. Ich will alles herauslassen. (...) Was der Körper kann und was der Kopf denkt. Ich will mich verschwenden. In jeder Arbeit. Ich will auf nichts verzichten. Ausleben dieses Fleisch verbrauchen spüren" (118). Mette postuliert hier eine positiv konnotierte Egozentrik, die sich über kompromißloses "Selberleben" bzw. -

³² Dieter Schlenstedt: Integration - Loyalität - Anpassung. Ein Gespräch mit Frauke Meyer-Gosau. In: Arnold/Meyer-Gosau (Hrsg.), Literatur in der DDR, a.a.O., S. 169-183, hier S. 171.

³³ Braun: Arbeitsnotizen. In: Ders.: Texte in zeitlicher Folge, Bd. 8, Halle 1992, S. 162-164, hier S. 163.

³⁴ Kontrastierend dazu sind die männlichen Figuren nicht imstande, sich von der Fixierung an überkommene Strukturen persönlicher wie politischer Art zu lösen. - Es ist generell ein wichtiges Merkmal von Brauns Dramen, daß sich selbst Behauptende und Vorstellungen eines ganz anderen Daseins meistens weiblich sind; vgl. Ulrich Profilich: Volker Braun. Studien zu seinem dramatischen und erzählerischen Werk. München 1985, S. 93ff.

lieben und Werte wie Unmittelbarkeit, Authentizität und umfassend sinnliche Subjektivität definiert. Der Fluchtpunkt von Mettes Traum - der im übrigen komplementär zu Wilhelms Worten über die "Lust" aufgefaßt werden muß - ist somit eine Integration von Sinn und Sinnlichkeit, von Traum und Verstand, d.h. auf lustvolles Einssein mit der Welt gerichtet.

Im Gegensatz zu den eher schwärmerischen Phantasien Mettes drücken sich die Entgrenzungsversuche Irinas, der jüngsten der drei Schwestern, in dem sehr plastischen Akt der Brandstiftung aus: Das Stück endet damit, daß sie das morsche Haus anzündet. Damit eröffnet sie mit einem Mal sowohl für das eigene Ego als auch für den gesellschaftlichen Status quo neue, wenngleich völlig ungewisse Perspektiven. Nicht von ungefähr ist es gerade Irina, die die anarchische und durch das Symbol des Feuers zugleich kathartische Initiative ergreift, denn sie repräsentiert die vielen unzufriedenen Ausreisewilligen der achtziger Jahre sowie die gelangweilte und desillusionierte Generation der "Hineingeborenen".³⁵ Konträr zu Wilhelm beflügelt Irina jedoch nicht mehr der Traum einer "neuen Welt" im Sinne politischer Ideale. Ihr Ziel ist zunächst und vor allen Dingen Selbstbehauptung und persönliche Emanzipation von einengenden Strukturen. Durch ihre Tat wird sie jedoch zum neuen und vorläufig letzten Mitglied der "inzwischen recht großen Familie der Braunschen Selbsthelferfiguren, die die erstarrten Verhältnisse zum Tanzen bringen sollen".³⁶

Will man nun die hier aufgeführten wesentlichen Charakteristika der "Übergangsgesellschaft" im Hinblick auf ihr utopisches Potential bewerten, wobei von der Situation eines verunsichernden historischen Vakuums auszugehen ist, läßt sich sagen, daß an die Stelle kollektiver Glücksvorstellungen - deren jedenfalls vorläufige Heimatlosigkeit kennzeichnet Braun durch den Tod Wilhelms - ausschließlich individuelle getreten sind. Denn offenbar sieht der Autor als einzigen möglichen Ansatzpunkt für Veränderungen die Perfektibilität des Einzelmenschen, insbesondere die der einzelnen Frau. Anders gesagt, versucht Braun, die Dimension Zukunft offen zu halten und einen Ausweg zur Durchsetzung widerständigen Verhaltens zu konstruieren, indem er den Dreh- und Angelpunkt utopischer Phantasie ins Innere des Subjekts verlagert. Bezüge von Brauns Menschenbild zum marxistischen Postulat der "allseitig entwickelten Persönlichkeit" sind unübersehbar. Wenn aber die gesellschaftliche Perspektive fehlt oder ein zumindest tendenzieller Rückzug der "Utopie aus der Geschichtsphilosophie"³⁷ auszumachen ist, sind Parallelen zu subjektzentrierten, idealistischen Vorstellungen, wie sie bereits seit dem 18. Jahrhundert proklamiert werden, nicht von der Hand zu weisen. Zwar richten sich bei Braun, anders

³⁵ Vgl. Uwe Kolbe: *Hineingeboren. Gedichte 1975-1979*. Berlin und Weimar 1980.

³⁶ Berndt Allenstein/Manfred Behn: Volker Braun. In: *Kritisches Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur*, Bd. 1, S. 1-R (Stand: 1.4.1986), S. 7.

³⁷ Inge Münz-Koennen: Ende der Utopien = Ende der Geschichte? In: *Weimarer Beiträge* 1/93, S. 14-22, hier S. 16.

als zu Zeiten bürgerlich-aufklärerischen Autonomiestrebens, die Hoffnungen vorwiegend auf das weibliche Geschlecht, doch angesichts gesellschaftlicher Einflußlosigkeit und Alternativlosigkeit fungiert die emphatische Verabsolutierung von Individualität, von der alles (private) Heil erwartet wird, sowie der Traum harmonischer Übereinstimmung zwischen Intellekt und Emotionalität offenbar wieder einmal als kompensatorisches Element.

Angesichts dieser Analogie scheint es um so zweifelhafter, daß die in dem Stück gepriesene individual-anarchistische Qualität veränderter Lebensführung tatsächlich etwas gegen die nach wie vor bestehenden hierarchischen Strukturen - auch in der bürgerlichen Gesellschaft - auszurichten vermag. Doch nicht nur bei Braun geriet die Frage eines kollektiven ganz Anderen in den letzten Jahren der DDR zunehmend aus dem Blickfeld utopischer Spurensuche. Untersucht man vielmehr weitere Texte von DDR-Autoren der achtziger Jahre unter dem Leitaspekt "Utopie", sind die Ergebnisse überraschend ähnlich: Mehr oder weniger scharfsinnige Analysen des Ist-Zustandes, aber ein jeweils recht dürftiges und rudimentäres, da lediglich auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Einzelnen gerichtetes Utopiepotential.³⁸ Die gedankliche Verbindung mit dem einstigen Fluchtpunkt "Kommunismus" mag vielleicht noch im Denkhorizont einiger Autoren lebendig sein, wird aber nicht mehr thematisiert.³⁹

³⁸ Näheres hierzu in meiner voraussichtlich Anfang 1995 erscheinenden Studie "Rückzüge und Aufbrüche. Zur DDR-Literatur in der Gorbatschow-Ära." (Frankfurt/M., Paris, New York).

³⁹ Volker Braun deutet diesen Sachverhalt selbst an, wenn er in der "Übergangsgesellschaft" die Figur Anton - ebenfalls ein Schriftsteller - sagen läßt: "Es mag vorwärtsgehen, aber da ist kein Land für uns. Es ist besetzt (...), wir zahlen Tribut, an die tote Zukunft. Ja, einmal war es richtig, es war alles richtig. Wir haben die Morgenröte entrollt, um in der Dämmerung zu wohnen" (121).

Wende und Lohn-Programmatik

In der - auch sozialistisch empfundenen - Antikritik am Sozialismus dominierten gleich am Beginn der Wende vor vier Jahren die axiomatischen Aussagen, daß 1. der Sozialismus "zusammengebrochen", und 2. die Bedingung, daß sich eine sozialistische Revolution wiederholen könnte, in die weite Ferne gerückt sei; was also historisch allgemein würde oder geworden sei, wäre - endlich und wieder - der Kapitalismus resp. die Rückkehr in ihn. Vier Jahre nach diesem Spektakulum aber zeigt sich die Geschichte sehr viel weniger eindeutig. Weder ist der Sozialismus *völlig* "zusammengebrochen", noch haben revolutionäre Prozesse in Bezug auf die bürgerliche Gesellschaft, wie sie 1989 gegeben, *völlig geendet* (ich verweise hier nur auf die palästinensische Frage und Südafrika). Die politischen Strukturen, aus deren "Deregulierungen" obige Axiome wesentlich ihre Munition schöpften, können also nur als ein Teil der sozialistischen Verhältnisse im allgemeinen qualifiziert werden; es ist insbesondere die subjektive Atmosphäre, wie sie sich im realen Sozialismus im Laufe vieler Jahrzehnte herausgebildet hat, ein viel konsistenterer Faktor für die sozialistische Gesellschaft selbst resp. für eine Rückfindung in seinen gewohnten sozialen (oder auch politischen) Bau, als dies aus der raschen Aufgabe formeller, auch äußerlich formeller Verhältnisse des Sozialismus (Partei-Monopol, haushaltliche Planwirtschaft) gefolgert worden ist.

Gerade der Mensch wurde ja bereits ziemlich anstandslos der Marktwirtschaft zugeschlagen und galt/gilt - in bürgerlicher bzw. innerer Anti-Kritik - als uninfiltiert/uninfiltrierbar vom Sozialgedanken des Sozialismus resp. seiner politischen Geburtsform. Es stellt sich en passant als Irrtum heraus, daß in der Anti-Kritik "der Mensch" besser bedacht ist als vom Realsozialismus bedacht worden; diese "selbstverständlichen Wahrheiten" gelten immer nur für Teile und werden auf Basis des Verhaltens von Teilen - mit dem Anspruch, Maß für alle zu sein - aufgestellt. Die größten Schwierigkeiten bei der Wiederbelebung marktwirtschaftlicher Strukturen (denen man die - gewisse, linke - Sozialisierung abspricht, weshalb man sie a priori als eine Rückkehr zum "Kapitalismus pur" auch unterstellt) erlebt man gerade beim realen Menschen des "ehemaligen" Sozialismus. Der eigentliche Sinn einer jeden geschichtlichen Gesellschaftsweise, aus einem schlechthin ideellen Beginn herauszutreten und reale Objektivität zu werden, d.h. in diesem Falle auch *spontan* von den (nichtbewußten) Menschen angenommen zu werden, muß aller Problematik des Sozialismus zum Trotz fruchtbaren Boden gefunden haben.

Was die Quelle? Quelle ist das andere Sozialverhältnis zum Lohn, Arbeiter und zur Arbeit im realen Sozialismus; dies gilt qualitativ, nicht quantitativ,

unvollkommen, nicht vollendet. Sonst wäre die Wende als solche nicht zu erklären. Zunächst: Alle reale Geschichte, worin sich die Anti-Kritik am Sozialismus in den obigen Axiomen von Zusammenbruch und Revolutionseende nicht bestätigt oder nur eine widersprüchliche Form der Bewahrung erfährt, bedeuten für den bisherigen geschichtlichen politischen Kommunismus eine Bewahrung seiner ursprünglichen, originären Programmatik. Umgekehrt, nur völlige Fortsetzung der Geschichte als antisozialistisch (oder antiaxiomatisch) in Bezug auf den bisherigen Sozialismus bedeutete eine völlige Abkehr von der alten und eine Hinwendung zu einer neuen Programmatik. Am Anspruch auf Programmatik muß aber festgehalten werden, weil der Anspruch auf Wende ein solcher der Programmatik war.

Im formellen Widerspruch zu meinen bisherigen Ausführungen möchte ich dennoch einmal unterstellen, daß die Wende 89 eine generelle, allgemeine Abkehr von der Revolution war und schlechthin nur noch die Reformierbarkeit des kapitalistischen Produktionsverhältnisses offen ließ. So in etwa stellt sich die geschichtliche Frage für einen Sozialgedanken dar, der sich ausschließlich auf den entwickelten Kapitalismus beriefe, also Entwicklungen in der russischen und osteuropäischen Geschichte, wie fernöstlichen Asiens sowie cubanischen Lateinamerikas ganz bewußt aufgab. Ihm arbeitet/arbeitete die innere Anti-Kritik des Sozialismus ja real entgegen. Sie ist arbeiterseitig gesehen eine Option auf den "westlichen", reformerischen Weg im Unterschied zum "östlichen" revolutionären. Daß der kapitalistische "Westen" 70 Jahre im Banne der "Revolution" des sozialistischen "Ostens" gestanden, wendete nun - und auch dies bewußt - um in dem Sinne, daß sich dieser Osten in den Bann der "Reform" dieses Westens stellte. Reform ist hier aber nicht reformistisch, sondern substantiell verstanden. Das ist künstlich gegen die ganze revolutionäre Geschichte, aber nicht unbedingt künstlich gegen eine ausgewählte, besondere Geschichte nur eines Teils der Menschen (und natürlich nicht künstlich gegen den Wende-Anspruch als antikritischen - hier ernstgenommenen - am Realsozialismus).

Daß also die Revolution aufgegeben ist als ein äußeres Verhältnis zum Kapital, schließt dann trotzdem nicht ein, daß sie aufgegeben oder aufzugeben als ein inneres Verhältnis zum Kapital. Und überhaupt: Daß man Revolution wie Reform versteht als eine *für den Arbeiter*, macht auf jeden Fall den Unterschied, ob wir es in der Geschichte mit Anpassung an Macht oder mit Verständnis ihrer widersprüchlichen Bewegung zu tun haben. *Überhaupt ist der ganzen Wende auf den sozialen Zahn zu fühlen!* Sie kann und darf nicht als die bequeme Methode (Methode und bequeme deshalb, weil der Sozialismus sich als von innerem, problemreichem Historismus mehr als als bloße zu wendende Methodik erweist) erlaubt sein, sich auf *aristokratische* Weise aus dem *Klassenverhältnis* der Arbeiter relativ freizumogeln und so - ein letztes Mal - "die Masse loszuwerden". (In gewissem Sinne ist "Marktwirtschaft", Privateigentum überhaupt, elitärer

Kommunismus, eben solcher für Wenige; von wegen, Kommunismus gäbe es noch nicht). Wie das ja unerschwinglich, in einem sich sozial befestigenden elitären politischen Kommunismus ebenfalls schon durchgeschlagen ist.

Der Marxismus muß also in gewissen geschichtlichen Fragen für Klarheit - für Klarheit für den politischen Kommunismus - sorgen, und er tut es, indem er theoretisch entwickelt, indem er auf den Unterschied von Revolution und Reform dem Gegenstand, der Substantialität nach hinweist. Um es hier kurz auszusprechen: Sofern der Arbeiter Revolution macht, revolutioniert er - zunächst - das bürgerliche Element, d.h. das Eigentumsverhältnis, führt er, was originär ein Moment der bürgerlichen Revolution, der bürgerlichen Klasse als revolutionär ist, zu deren letztem Resultat (National- oder Weltmaßstab); nur die aufhebende Hand ist von der privaten zur gesellschaftlichen gewechselt. Und hat nun die Macht auf Basis des neuen Eigentums oder aufgehobenen privaten Eigentums zu benutzen, um die Lohnfrage für den Arbeiter zu lösen. Ohne diese Revolution im Eigentum aber steht der Arbeiter vor der gleichen Aufgabe, die Lohnfrage zu lösen, denn über eine originäre Eigentumsfrage an sich, die er zu lösen hat, verfügt er nicht; den Arbeiter kennzeichnet *kein* Eigentum, er befindet sich also in Bezug auf Eigentum an Gegenständlichkeit (gegenständlichen Bedingungen der Arbeit) außerhalb einer Besonderheit/Eigenheit, er ist die Allgemeinheit, die Gesamtheit dieser Besonderheit (an Gegenständlichkeit). Und dies schon unter kapitalistischer Bedingung, d.h. schon Lohn hat die Bedingung, nicht die Erscheinung von besonderer, eigentümlicher Gegenständlichkeit zu sein, sondern gesellschaftlicher, allgemeiner Gegenständlichkeit, Arbeit "insgesamt". Des Arbeiters unmittelbares Verhältnis aber, worin er direkt revolutionär ist und sein muß, ist sein Lohnverhältnis, d.h. das Verhältnis, worin er sich als besonderes Bedürfnis gegenüber der Produktion im allgemeinen setzt. Oder sein Eigentumsverhältnis hat die Form Lohnverhältnis.

Sinn dieser Aussage ist, die Substantialität der Revolution als eine der Eigentumsfrage, die Substantialität der Reform als eine der Lohnfrage zu bestimmen; dies gilt im Großen und Ganzen, worin auch keine Gegenüberstellung ausgesprochen ist, sondern eine historische Beziehung mit zwei Komponenten. Und worin auch, was *im Kapitalismus* nur Reform sein kann (weshalb die Lohnfrage gegenüber der Eigentumsfrage diejenige ist, die als die revolutionäre erscheint), im Sozialismus nur in Revolution umschlagen kann (und worin die Lohnfrage gegenüber der Eigentumsfrage abfällt, d.h. nur Reform, nur äußerliche Voraussetzung bedeuten kann). Hier geht also eine dialektische Wende zwischen der Eigentums- und Lohnfrage vor sich, worin die wechselnden Bedingungen für das zu wandelnde Verhältnis als solches ausgedrückt sind.

Daß der Arbeiter - in realer sozialer Macht, nach einer sozialen Revolution, die sich des Gegenstandes bemächtigt, den das Kapital "revolutioniert" - "Eigentümer" des Gesamtkapitals ist (verwandelt jetzt wieder in

Arbeit, Gesamtarbeit), hebt nicht auf, daß sein originäres Eigentumsverhältnis das seiner unmittelbaren Reproduktion ist; die unter kapitalistischer Bedingung als solche (als nicht-eigentümliches Verhältnis, als Kapitalgegensatz) dauernd in Frage gestellt ist, d.h. nur in einer Form permanenter Aufhebung, eben Enteignung besteht. Grund ist die Wertform des Lohnes, die, weil Wert überhaupt Bestimmung der abstrakten Arbeit, der Arbeitszeit ist, den Lohn resp. den Arbeiter als Lohn aus der produktiven Arbeit, also dem eigentlichen Fortschritt des Kapitalismus, *dem Verhältnis nach* ausschließt. Deshalb ist das Lohnverhältnis auch positiv, wie Eigentum, aber nicht als Eigentum zu wenden, aber allgemein, wie Fortsetzung des proletarischen Verhältnisses, nicht besonders, wie Fortsetzung eines kapitalistischen Verhältnisses zu wenden. Das gegenständliche Eigentum ist hier aber nur äußere Bedingung für den Lohn als *eigentümlich gesicherten* Lohn. Vom Standpunkt des Arbeiters ist die Eigentumsfrage zu lösen, weil eine Lohnfrage zu lösen. Die Eigentumsfrage im oder durch Sozialismus ist ohne Verständnis der Lohnfrage im oder durch Kapitalismus nicht zu verstehen. Das Behandeln der Eigentumsfrage für den Arbeiter außerhalb der Lohnfrage für ihn führt aus dem Verständnis der Kommunismus-Frage überhaupt heraus.

Unterstellt, daß der Sozialismus "zusammengebrochen" ist, so darf man das nicht weiter historisieren/voluminieren als bis zu dem Punkt eines Rückfalls des Bodens, auf dem die Lohnfrage für den Arbeiter zu lösen ist. D.h. beim Bekenntnis zum Sozialismus wie bei der Kritik am Sozialismus darf nicht das geschichtliche Verhältnis, in dem Lohnfrage und Eigentumsfrage überhaupt für den Arbeiter zueinander stehen, aufgegeben oder außer Acht gelassen werden. Der Arbeiter (oder die Revolution) kann also in der Eigentumsfrage nicht versagen - weil er/sie keine hat. Er/sie kann nur in der Lohnfrage "versagen", d.h. an den Unterschied im Verständnis geraten, sie auf dem Boden von (bürgerlichem) Eigentum oder auf dem Boden von Nichteigentum (im Sinne bürgerlichen Eigentums, also besonderer Arbeit) zu lösen. Das eine Verständnis kann entwickelt, das andere unentwickelt sein, das eine historisch bekannt, das andere historisch unbekannt sein, in jedem Fall ist es zu historisieren, damit Revolution wie Reform Momente sind, die das Innere der Arbeiterfrage treffen.

Die Anti-Kritik am Sozialismus unterstellt, daß der revolutionäre Sozialismus in der Eigentumsfrage versagt habe, und deshalb allgemein-gesellschaftlich versagt habe. Auf diesem Boden ist die Anti-Kritik programmatisch für die Arbeiterbewegung geworden oder will sie programmatisch werden. Diese Position schließt theoretische, mehr noch politische Übergänge in das Eigentumsverständnis (Verhältnisse zu den Bedingungen der Produktion als gegenständlich) der Klassen privaten Eigentums/besonderer Arbeit ein. Es wird zum Schein, als würde der Arbeiter/die Arbeiterbewegung mit einer "originären Eigentumsfrage" aus dem Realsozialismus in den Kapitalismus entlassen, zurückkehren müssen. Die Kritik am Sozialismus ist durch Bekenntnis zum Kapitalismus hin überdehnt. Sie löst in

Wahrheit die Eigentumsfrage von der Lohnfrage, weil die Lohnfrage ohne eine Eigentumsfrage in Bezug auf den innerbürgerlichen Prozess selbst zu stellen, keine höhere Form der Lösung als die bürgerliche, also nur die eines besonderen Wertverhältnisses zur Arbeit erfahren kann. Womit der Lohn niemals Verhältnis der produktiven Seite der Arbeit werden kann. Aber dies ist seine Revolutionierbarkeit, die sozialistische Revolution muß für den Lohn entwickeln, was die bürgerliche Revolution für den Mehrwert. Ernsthaftigkeit der Reform/Wende 89 für die Arbeiterbewegung aber unterstellt, bleibt lediglich die Programmatik in der Lohnfrage besser, unter Berücksichtigung eben der realen Geschichte des Sozialismus einerseits, der realen des - entwickelten - Kapitalismus andererseits zu bestimmen. Und hier sind nur zwei Bestimmungen von Interesse: Daß der Lohn quantitativ wächst unter der Bedingung, daß er ein Wert ist, also versteckt unter der Wertform dennoch ein Verhältnis zur Produktivkraft der Arbeit eröffnet, gewissermaßen den Kapitalismus resp. die Wertform ("moralisch/historisch") verfälscht, 2. Lohn gezahlt wird unter der Bedingung, daß der Arbeiter aus der Arbeit entlassen wird. Bürgerliche Lösung ist hier, den Lohn der arbeitenden Arbeiter als Preis unter den Wert fallen zu lassen, also die arbeitslosen Arbeiter dadurch an der Arbeit teilhaben zu lassen, daß der Lohn geteilt wird. (Neuere Versuche - mit Systemen der Kurzarbeit - gehen dahin, den Lohn der arbeitenden Arbeiter dadurch zu teilen, daß die Arbeit geteilt wird. Dies ist eine indirekte Anerkennung des sozialistischen Prinzips der Vollbeschäftigung, doch ohne daß in dieser das Prinzip einer höheren Anerkennung des Lohnes enthalten ist). Der - in Lohn verwandelbare - Profit bleibt den Arbeitern in jedem Fall verschlossen. Revolution, also Sozialismus, schließlich Kommunismus kann hier nur sein, den Lohn nicht länger bloß moralisch, sondern direkt auf den Boden der Produktion/Produktivkraft der Arbeit zu stellen, und 2. den aus der Arbeit freigesetzten Arbeitern den Zugang zum Mehrwert auch unter Bedingung ihrer Nichtarbeit zu öffnen; Kapital öffnet den Mehrwert "für" den Arbeiter nur, soweit es akkumuliert, also rational, nicht "irrational". Reform ist damit, den Lohn in Produktivkraft-Lohn und unkündbaren Lohn zu verwandeln.

Das also ist zu programmieren. Damit helfen wir dem Rest Realsozialismus, sich nicht in der "ungelösten" (ich sage unlösbaren, weil fiktiven) Eigentumsfrage zu verlieren, und an der Lohnfrage wie am realen Arbeiter festzuhalten.

Neues Deutschland

Die Linke unter den Großen

Sie wollen...

- ...wissen, was hier und woanders wirklich passiert?
- ...lieber nachdenken als nachbeten?
- ...ein neues, aber kein teutsches Deutschland?

Dann lesen Sie "Neues Deutschland".

Wir sind politisch linksorientiert und pluralistisch, bieten die ganze Themenpalette einer großen Qualitätszeitung und bringen täglich aktuelle Nachrichten, Meinungen und Hintergründe.

"Neues Deutschland" - am Kiosk oder probeweise drei Wochen frei Haus.

PROBE ABONNEMENT

Bitte liefern Sie mir 3 Wochen lang die Tageszeitung "Neues Deutschland" zum Kennenlernen für 10,00 DM. Die Summe lege ich in bar, als Scheck oder in Briefmarken bei.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

Datum, Unterschrift

z

Neues Deutschland, Abt. Marketing, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Tel. 030 / 58 31 23 77

Entropie - ein besseres Äquivalent?

Ein Versuch, die Notwendigkeiten einer ökologischen Modernisierung marxistischer Theorie zu eruieren

Am Ende dieses Jahrhunderts ist "Ökologie" eines der wichtigsten Themen der Sozialwissenschaften. Daß die marxistische Diskussion dieses Themas weniger lautstark stattfindet, ist sicher dem Umstand geschuldet, daß die Marxismus betreibenden Theoretikerinnen und Theoretiker zunächst diesen selbst überdenken wollen. Dennoch gab es in den letzten Jahren auch interessante marxistische oder marxistisch inspirierte Arbeiten, die die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen zum Gegenstand hatten. Besondere Beachtung fanden sicher die Arbeiten von Elmar Altvater.¹ Daneben legte Karl Hermann Tjaden eine gelungene Zusammenfassung seiner Überlegungen in "Mensch-Gesellschaftsformation-Biosphäre" vor.² Beide Autoren sollen hier zu Wort kommen.

Im Blick zurück fallen die Arbeiten Hans Immlers bzw. sein "Wissenschaftsstreit" mit Wolfdietrich Schmied-Kowarzik auf.³ Immlers Versuch allerdings, den ökologischen Sündenfall den Ökonomen der Klassik und ihrer Arbeitswerttheorie zuzuschreiben, sollte eher ein Argument gegen ihn, denn gegen die Klassik oder gegen Marx sein. Massarrat "kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Immler die Zerstörung der Natur durch die Ökonomie zu einem gehörigen Maß auf die Fehler von ökonomischen Theorien zurückführt"⁴, eine Idee, der die Annahme zugrunde liegt, die kapitalistische Realität richte sich nach den Theorien ihrer Ökonomen und Ökonominen. So fraglich diese Annahme selbst bezüglich jener Theorien sein dürfte, die sich explizit mit einer Regulierung des Kapitalismus beschäftigten, so muß sie für Marx Kritik der Politischen Ökonomie ausgeschlossen werden. Die Verbannung des Gebrauchswerts Marx zuzuschreiben, statt der von ihm analysierten Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise, scheint ein recht einmaliges und unsinniges Kunststück. Tjaden und Altvater verweisen denn auch ganz richtig darauf, daß es Immler nur um ein "ökonomisches Verständnis" der Natur gehe, während

¹ Elmar Altvater: Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, hier zit. nach der 2. Auflage 1992; ders.: Der Preis des Wohlstands, Münster 1992; Kritiken aus verschiedener Sicht finden sich bei Ralf Blendowske: Let's get physical?, in: Konkret 4/1993; Wilhelm Hanel: Wem die Stunde schlägt: Stirbt nach dem Kommunismus der Kapitalismus ab?, in: Leviathan, 1/1992; Wolfgang Hein: Elmar Altvater: Entropie, Syntropie und die Grenzen der Metaphorik, in: Peripherie, Nr. 51/52, 1993.

² Karl Hermann Tjaden: Mensch-Gesellschaftsformation-Biosphäre, Marburg 1990.

³ Hans Immler/Wolfdietrich Schmied-Kowarzik: Marx und die Naturfrage, Hamburg 1984.

⁴ Mohssen Massarrat: Endlichkeit der Natur und Überfluß in der Marktökonomie, Marburg 1993, S. 42.

die relevante Fragestellung jene nach den Möglichkeiten einer Ökologisierung der Ökonomie sei.⁵

Ausgehend von Altvaters Überlegungen soll geprüft werden, was entropie-theoretische Ansätze oder Ergänzungen zu leisten imstande sind, inwiefern marxistische Theorie damit etwas zu tun hat und was das lernen könnte.

I. Im thermodynamischen Labyrinth

"Die formale Analogie zwischen den elementaren Gleichungen der Thermodynamik und einigen von denen, die in der Ökonomie gebräuchlich sind, hat gelegentlich die Phantasie mancher Forscher beflügelt".⁶

Ausgangspunkt in Altvaters Argumentation ist eine "dritte Dimension" ökonomischer Prozesse: die energetische Dimension der "Transformation von Stoffen und Energien". In dieser Dimension zeigten sich die Widersprüche zwischen Ökonomie und Ökologie: Während der kapitalistischen Ökonomie eine quantitative, zeit- und raumvergessene Logik zu Grunde liege, sei das ökologische System gerade durch seine spezifische räumliche und zeitliche Gebundenheit und die Irreversibilität von Stoff- und Energieumwandlungen gekennzeichnet. An der "'Schnittstelle' zwischen ökonomischer und ökologischer Theorie" entdeckt Altvater den Begriff der Entropie, mit dem er die dritte Dimension analysieren will.

Entropie ist ein Begriff der Thermodynamik, jenes Teilgebietes der Physik, das sich mit der Erforschung der Gesetzmäßigkeiten in Vielteilchensystemen, in sogenannten idealen Gasen, beschäftigt. Die Thermodynamik kennt drei "Hauptsätze", von denen zwei an dieser Stelle interessieren. Während der erste Hauptsatz, der sogenannte Energieerhaltungssatz, besagt, Energie könne weder erzeugt noch vernichtet, sondern lediglich umgewandelt werden, und damit eher dem Alltagsbewußtsein zuwiderläuft, erscheint der zweite Hauptsatz einsichtiger. Wahlweise könnte er heißen: Bringt man zwei Körper unterschiedlicher Temperatur miteinander in Berührung, so fließt Wärmeenergie von dem Körper höherer Temperatur zu dem niedriger Temperatur. Dies ist ein irreversibler Prozeß, von alleine wird sich der eine Körper nicht mehr zur Erwärmung des anderen abkühlen. In einem geschlossenen System, dem keine Energie von außen zugeführt wird, kann der Ausgangszustand nicht wieder hergestellt werden. Diese Tatsache scheint nun im Widerspruch mit dem ersten Hauptsatz der Thermodynamik zu stehen, denn während im ersten Zustand (unterschiedliche Temperaturen der Körper) Arbeit verrichtet werden kann, wie z.B. in Heizkraftwerken, gilt dies im zweiten Zustand (gleiche Temperaturen) nicht. Ein ähnliches Problem ergibt sich bei der Erwärmung eines Körpers

⁵ Vgl. Tjaden: Mensch - Gesellschaftsformation - Biosphäre, S. 32, und Altvater, dort zitiert.

⁶ Nicholas Georgescu-Roegen: The Entropy Law and the Economic Process in retrospect (dt.), Berlin 1987, S. 10.

mit Hilfe mechanischer oder elektrischer Energie; auch hier ist die ursprüngliche Menge der zur Erwärmung genutzten Energie nicht aus der Wärmeenergie des Körpers zurückgewinnbar. Die nur teilweise Umwandelbarkeit von Wärmeenergie in andere Energieformen deutet auf einen qualitativen Unterschied dieser Energieformen hin. Dieser wird als Entropie (thermische Entropie: S_{th}) bezeichnet: Wird einem Körper der Temperatur T die Wärmemenge dQ zugeführt, verändert sich seine Entropie um $dS_{th} = dQ/T$ (d drückt jeweils eine Veränderung aus). Mit dieser Definition läßt sich der 2. Hauptsatz neu formulieren: In einem geschlossenen System kann die Entropie nicht abnehmen. Diese Formulierung ist der oben gegebenen mathematisch äquivalent; das System, in dem sich die zwei Körper befinden, hat eine maximale Entropie erreicht, wenn sich die Temperaturen der Körper angeglichen haben. Dann stellt sich der Ausgangszustand nicht mehr von selbst her. So gefaßt, kann mit der Entropie eine Aussage über einen Energiezustand gemacht werden. Um mit der vorhandenen Energie Arbeit verrichten zu können, muß nämlich ihre Entropie niedrig sein. Im Beispiel könnte mit dem Wärmeaustausch zwischen den beiden Körpern eine Turbine betrieben werden. Hat sich die Temperatur angeglichen, ist die Entropie maximal, und mit der vorhandenen Energie kann keine Arbeit mehr verrichtet werden. Entropie ist also in gewisser Weise ein Maß für die Nutzbarkeit von Energie.

Eine Neuinterpretation erfuh der zweite Hauptsatz der Thermodynamik, das "Entropiegesetz", 1882 durch Helmholtz, der formulierte: "Die freie Energie jedes isolierten Systems degradiert beständig in gebundene Energie". Dabei sei die freie Energie im Gegensatz zur gebundenen nutzbar sei. Diese Formulierung dürfte die interessanteste und wichtigste zum Verständnis der Diskussion über eine energetische Reformulierung oder Ergänzung der Ökonomischen Theorie sein.

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hatte Sergej Podolinsky in einigen Beiträgen versucht, die Eigenschaft der Arbeit, Energie "anhäufen" zu können, zur Erklärung der historischen Entwicklung der Produktionsweisen zu benutzen und die kapitalistische Produktionsweise auf dieser Basis zu kritisieren.⁷ In einem Brief an Marx, in dem dieser um einen Kommentar zu dem Artikel in der "Neuen Zeit" gebeten wurde, erklärte Podolinsky, er habe "die Mehrarbeit mit den herrschenden physikalischen Theorien in Einklang" bringen wollen.⁸ Während eine Reaktion von Marx nicht bekannt zu sein scheint, findet sich in Engels Briefen eine herbe Kritik.⁹

⁷ Vgl. Sergej Podolinsky: Menschliche Arbeit und Einheit der Kraft, in: Neue Zeit 1883, S. 413-424 und S. 449-457.

⁸ In einem unveröffentlichten Brief, hier zit. nach Juan Martinez-Alier/Juan M. Naredo: A Marxist Precursor of Energy Economics: Podolinsky, in: The Journal of Peasant Studies, Vol. 9, 2/1982, S. 207-224, hier S. 209.

⁹ Vgl. Friedrich Engels: Briefe an Marx vom 19. Dezember 1882 und vom 22. Dezember 1882, beide in: Marx-Engels-Werke, Band 35, Berlin (DDR) 1973, S. 133-135 und 136-137.

Ansätze einer "Energie-Wert-Theorie" waren in den letzten hundert Jahren immer wieder Gegenstand ökonomischer Diskussionen¹⁰, doch erst die Arbeiten von Nicholas Georgescu-Roegen scheinen wieder breitere Beachtung gefunden zu haben. Ausgangspunkt seiner Argumentation, deren neoklassische Provenienz damit unterstrichen wird, war seine Auffassung, daß sich ökonomische Knappheit auf Basis des Entropiegesetzes strenger begründen lasse als allein durch die bloße Endlichkeit. Damit sei aber auch das ökonomische Glaubensbekenntnis, nach dem jede Art der Knappheit durch technische Neuerungen zu bewältigen sei, hinfällig, die neoklassische Wachstumstheorie letztlich falsch.

Ausgehend von der Feststellung, daß "unser gesamtes ökonomisches Leben durch niedrige Entropie gespeist wird"¹¹, forderte Georgescu-Roegen, den ökonomischen Prozeß vor allem als energetischen Prozeß zu fassen, in dessen Verlauf die Entropie ansteige. Die Thermodynamik, verstanden als "eine Physik des ökonomischen Wertes", sei der Schlüssel zu dem postulierten energetischen Verständnis ökonomischer Prozesse.¹² Niedrige Entropie müsse dann als notwendige Bedingung für die Existenz eines ökonomischen Werts begriffen werden, wobei erst durch seine Nützlichkeit für Menschen ein Produkt "wirklich" ökonomischen Wert (real economic value) erhalte.¹³

Allerdings beschäftigte Georgescu-Roegen weniger das ökologische Reproduktionsproblem als solches, als vielmehr die neoklassische Fragestellung, wie eine pareto-effiziente Allokation unter Berücksichtigung ökologischer Restriktionen aussehen könnte, wie also diese Restriktionen zu internalisieren seien. Dabei ging er davon aus, daß die Thermodynamik nicht nur energetische, sondern auch stoffliche Prozesse zu beschreiben im Stande sei, ein gewichtiger Irrtum, den er 1986 einräumte.¹⁴

Die Idee, Thermodynamik als "Physik des Wertes" zu verstehen, bildet auch den Ausgangspunkt für Altvaters Argumentation. Er will Gebrauchswerte als "Elemente eines Stoffwechsels, in dessen Verlauf die Entropie ansteigt", verstanden wissen. Damit seien Gebrauchswerte zweifach bestimmt, einerseits hätten sie eine niedrige Entropie, andererseits müßten

¹⁰ Eine Übersicht findet sich bei Nicholas Georgescu-Roegen, a.a.O., S. 10ff.

¹¹ Nicholas Georgescu-Roegen: Analytical Economics, Cambridge (Mass.) 1966, S. 93f.

¹² "a physics of economic value", Nicholas Georgescu-Roegen: The Entropy Law and the Economic Process, Cambridge (Mass.) 1971, S. 276.

¹³ Georgescu-Roegen: The Entropy Law and the Economic Process, S. 277-282. Wie Beckenbach bemerkte, ermöglicht die Zusammenfassung der objektiven Größe Entropie und der subjektiven Größe Nützlichkeit keine Verwendung des ökonomischen Wertes als Maß. Georgescu-Roegen bewegt sich hier innerhalb des "ökonomischen common sense [...], der Bedürfnis (oder Natur-)bezug und Gesellschaftsbezug [...] oder - marxistisch gesprochen - Gebrauchswert und Wert" nicht unterscheidet. Vgl. Frank Beckenbach: Möglichkeiten und Grenzen einer Ökologisierung der Ökonomie, in: Prokla 67, "Ökologie und Ökonomie", 1987, S. 55-70, hier S. 62.

¹⁴ Georgescu-Roegen: The Entropy Law and the Economic Process in retrospect, S. 8.

sie menschliche Bedürfnisse befriedigen.¹⁵ Altvater fordert deshalb, Entropie "anthropomorph" zu interpretieren, ein Vorschlag der allerdings Schwierigkeiten mit sich bringt. Einerseits ist der Begriff der Entropie als analytisches Konzept, um Wärmeenergie als Teilchenbewegung zu fassen, per se "anthropomorph", wie Georgescu-Roegen ganz richtig erkannte¹⁶, und andererseits geht in der von Altvater selbst gelieferten Konkretion dieses Gedankens der Inhalt des Entropie-Begriffs verloren: "An diesem Kriterium der Nützlichkeit [Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, jw] bemisst sich die Entropie als Maß der Unordnung bzw. die Syntropie als Maß der Ordnung. Eßbare Pilze sind, wie Georgescu-Roegen hervorhob, von hohem Nutzen und haben daher niedrige Entropie, während Giftpilze nutzlos sind und folglich hohe Entropie aufweisen [¹⁷, jw], obwohl physikalisch gesehen Speise- und Giftpilze von gleicher Qualität und Entropie sind".¹⁸ Nicht die niedrige Entropie ist notwendige Bedingung für einen Gebrauchswert, sondern der Gebrauchswert bzw. die Nützlichkeit bestimmt die Entropie! Damit endet Altvaters "anthropomorphe" Interpretation in einer Umkehrung des Begriffs-Inhaltes. Überhaupt bleibt unklar, weshalb der hier von Altvater umschriebene Begriff Entropie heißen soll. Dieses Verfahren ist symptomatisch für Altvaters Argumentation. Der Begriff der Entropie verliert seine Operationalisierbarkeit in der Verallgemeinerung.

Entropie als Synonym zu "Unordnung" oder "Konzentration" zu benutzen, wie Altvater das z.B. bei der Beschreibung von Ressourcenlagerstätten tut, bleibt ein Analogiespiel, das zwar interessant erscheint, aber keinen Erkenntnisgehalt hat und dem Begriff seine inhaltliche Schärfe nimmt. Dabei scheint sich Altvater noch allzu stark an der irrümlichen materialen Deutung des Entropie-Begriffs bei Georgescu-Roegen vor 1986 zu orientieren.

Auch wenn der Begriff der Entropie im Sinne einer Ökologisierung der Ökonomie nicht operationalisierbar ist, könnten andere Wissenschaften mit dem Wissen um die Bedeutung der Entropie einige ihrer quasi-philosophischen Grundlagen sinnvoll modifizieren. Für die ökonomische Theorie bleibt der von Beckenbach unterbreitete Vorschlag, die Thermodyna-

¹⁵ Altvater: Die Zukunft des Marktes, S. 253.

¹⁶ Vgl. Nicholas Georgescu-Roegen: Entropy, in: The New Palgrave, Band 1, S. 153.

¹⁷ Georgescu-Roegen hob im Übrigen nur hervor, daß eßbare Pilze eine niedrige Entropie und einen ökonomischen Wert (economic value) haben, während giftige Pilze eine niedrige Entropie und keinen ökonomischen Wert haben (vgl. z.B. Georgescu-Roegen: The Entropy Law and the Economic Process, S. 282). Entropie wird bei Georgescu-Roegen immer als physikalische und als notwendige Bedingung für die Zuschreibung eines ökonomischen Werts verstanden. Dies sei bemerkt, um dem Eindruck entgegenzuwirken, Altvater bezöge sich in diesem Zitat gänzlich auf Georgescu-Roegen.

¹⁸ Elmar Altvater: Die Höhe der Zeit, in: Konkret 8/1993, S. 32-34, hier S. 34; der Artikel ist eine Antwort auf die Kritik von Blendowske: Let's get physical?

mik als "heuristisches Sensibilisierungsmittel" zu verstehen.¹⁹ Für eine solche Anwendung ergäben sich drei Felder:

1. Eine Kritik der mechanistischen Sichtweise des main-stream der ökonomischen Theorie, insbesondere deren Zeit- und Raumvergessenheit.
2. Eine Kritik der in der kapitalistischen Produktionsweise entwickelten Technologien und ihrer Anwendung, insbesondere bezüglich ihres Wirkungsgrades. Hierzu gehören auch Überlegungen über die Reichweite von Recyclingtechniken.
3. Eine Kritik der Gesellschaftsformationen, die kein "Instrument" entwickelt haben, entwickeln oder entwickeln können, um langfristige Reproduktionsbedingungen zu Determinanten ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Organisation zu machen.

II. Besessen vom Äquivalent?

Die spezifisch-historische Form, die die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion im Kapitalismus angenommen haben, bringt es mit sich, daß die Gesellschaftlichkeit erst ex post hergestellt wird. Die von den Einzelkapitalen produzierten Waren werden erst auf dem Markt gemäß der in ihnen enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit bewertet. Dazu muß über die Konstruktion eines "Gleichen", des sich durch die Vernutzung von Arbeitskraft in den Produkten vergegenständlichenden Wertes, eine Komensurabilität zwischen den qualitativ verschiedenen Waren hergestellt werden.²⁰ Das "Gleiche", das allgemeine Äquivalent, vergegenständlicht sich in Form von Geld und wird in dieser Form im Bewußtsein der Individuen von einem gesellschaftlichen Verhältnis zu einer scheinbar natürlichen Notwendigkeit, zum Fetisch.

Die Kapitalverwertungslogik, die ihre Spezifik gerade aus der Verrechenbarkeit über das allgemeine Äquivalent gewinnt, ist ihres abstrakten Charakters wegen "blind" gegenüber dem Spezifischen. Die Reduktion auf das allgemeine Äquivalent bedingt die Abstraktion von der Differenz und letztlich macht gerade die Unterwerfung unter die "blinde" Tauschwertrationalität die Spezifik kapitalistischer Gesellschaften aus. Fraglich ist, ob der Umgang mit einem komplizierten ökologischen System über ein solches Äquivalent reproduktiv zu organisieren ist. Per se existieren keine Mechanismen, über die die sich an konkreten Eigenschaften orientierende Reproduktionslogik dieses Systems Teil des ökonomischen Kalküls werden könnte.

¹⁹ Beckenbach: Möglichkeiten und Grenzen einer Ökologisierung der Ökonomie, S. 63.

²⁰ Horkheimer und Adorno fassen die Konstituierung eines allgemeinen Äquivalents als Teil der Rationalisierung durch die Aufklärung; "die bürgerliche Gesellschaft ist beherrscht vom Äquivalent. Sie macht Ungleichnamiges komparabel, indem sie es auf abstrakte Größen reduziert", Max Horkheimer/Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1969, S. 13.

Der Versuch, Entropie als Quasi-Äquivalent einzuführen, unter dem alle Formen der Degradation der Ökologie subsumiert werden könnten, weist in die falsche Richtung, da die konkrete Vielfältigkeit der Regulierungsnotwendigkeiten wieder so vereinfacht werden muß, daß die meisten Informationen verloren gehen; daß das Äquivalent dieses Mal Entropie und nicht Geld heißt, ändert daran nichts.²¹ Entropie ist als quantitativer Begriff ein Äquivalent, ebenso wie Geld eine Abstraktion, deren Tücken leicht begreifbar sind: "Bei der Freisetzung einiger Gramm des hochgiftigen Plutoniums ist die Änderung der Entropie vernachlässigbar - die Folgen wären es nicht".²² Stoffwandelungsprozesse sind zwar eng mit energetischen Wandlungen verwoben, ihre energetische Qualität ist aber sozusagen nur die eine Seite der Medaille.

Der Entropie-Begriff macht letztlich nur eine spezifische, separierte Gebrauchswerteigenschaft, die Nutzbarkeit der Energie, nicht aber Stoffströme verrechenbar. Welche konkreten Stoffe in einem Prozeß umgewandelt werden und welche neu entstehen, darüber kann die Energiebilanz nichts aussagen. Georgescu-Roegen hat diesen Mangel seiner Argumentation erkannt, als er bemerkte, daß eine "Meßbarkeit materieller Degradation [...] höchst vorteilhaft wäre", die Schwierigkeit aber die sei, "daß die verschiedenen Formen makroskopischer Materie (Materie im Großen), anders als Energie, qualitativ nicht auf eine einzige Form reduzierbar sind".²³

Das Problem liegt in der "Eindimensionalität" der Äquivalentrechnung: Die beobachteten Werte geben zwar eine Information, aber eben nur in einer Dimension. Die neoklassische Diskussion um "externe Effekte", Kosten oder Nutzen, die nicht auf einem Markt monetarisiert werden, verharret in dieser "Eindimensionalität". Dabei werden im übrigen nicht, wie Behrens glaubt²⁴, ökologische Probleme in die ökonomische Theorie aufgenommen, sondern die ökologischen Probleme ökonomisiert. Mit der Internalisierung wird aus Sicht der neoklassischen Ökonomie nur die Bestimmung eines (pareto)optimalen Grads der Umweltvernutzung ermöglicht,

²¹ Daß ausgerechnet ein sonst so fleißiger und vehementer Kritiker "der abstrakten Arbeit" und des "Fetischs" der "Selbstverwertung des Kapitals" wie Robert Kurz in der "thermodynamischen Ökonomiekritik" einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung "einer sinnlichen Vernunft" sieht, die für das Überleben "am Ende der Moderne" notwendig sei, ohne daß sich daran eine Kritik des Äquivalenzprinzips anschließt, zeigt, daß der Fetischcharakter der Warengesellschaft gerade bezüglich der Äquivalentformen mit besonderer Hartnäckigkeit einer Aufhebung widersteht; vgl. Robert Kurz: Der Letzte macht das Licht aus, Berlin 1993, S. 35.

²² Blendowske: Let's get physical?, S. 40.

²³ Georgescu-Roegen: The Entropy Law and the Economic Process in retrospect, S. 9. Die Suche nach einem zur Beschreibung von Stoffkreisläufen verwendbaren Äquivalent ist einer der Kernpunkte aktueller Ökologie-Diskussion, das "MIPS" deren neuestes Ergebnis; vgl. Friedrich Schmidt-Bleek: Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS - Das Maß für ökologisches Wirtschaften, Basel 1994.

²⁴ Vgl. Hermann Behrens: Ökologie und Sozialismus oder: Warum heute noch Kapitalismuskritik?, in: Z 6, Juni 1991, S. 122-141, hier S. 136.

auch wenn deren Theoretiker und Theoretikerinnen sich darüber bisweilen selbst nicht ganz klar sind.

III. Marx' Stoffwechsel

Martinez-Alier/Naredo hatten im Hinblick auf den von Marx benutzten Begriff des Stoffwechsels²⁵ kritisiert, daß "Marxist theory does not provide and does not use the instrument for an analysis of energy flows in the economic process"; Marx habe das "Konzept Stoffwechsel" (concept of metabolism) vor allem im "physiologischen" Sinne benutzt.²⁶ Die spätere marxistische Diskussion scheint auf den dialektisch-philosophischen Gehalt des Begriffs "Stoffwechsel" beschränkt gewesen zu sein.²⁷

Unter "Stoffwechsel" könnte durchaus die Einheit von Stoff- und Energieumwandlungen verstanden werden, wobei dieser Stoffwechsel, als Summe der "Transaktionen und Transformationen von Stoffen und Energien"²⁸, von der gesellschaftlichen Arbeit reguliert würde.²⁹ Eine Analyse der Mensch-Natur-Beziehungen müßte dann sowohl die in der Produktion und Reproduktion stattfindenden stofflich-energetischen Transformationen als auch deren Regulierung innerhalb spezifisch-historischer Formen gesellschaftlicher Arbeit berücksichtigen.

Altvaters Arbeiten beschränken sich auf die Untersuchung der stofflich-energetischen Transformationen. Insofern arbeitet Altvater durchaus ein Defizit marxistischer Theorie auf, allerdings ohne offenzulegen, daß dies nur die eine Hälfte des Problems ist. Auch seine Thematik verläßt Altvater im übrigen zu schnell, um seine Darlegungen essayistisch zu erweitern, was dem Erkenntnisgehalt wenig zuträglich ist und die oben erwähnten Kritiken nach sich zog. Ob allerdings die weitere Aufarbeitung "energetischer

²⁵ Vgl. z.B. Karl Marx: Das Kapital, Erster Band, in: MEW 23, Berlin (DDR) 1962, S. 57: "Als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit daher eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln".

²⁶ Martinez-Alier/Naredo: A Marxist Precursor of Energy Economics: Podolinsky, S. 210f. ("daß die marxistische Theorie das Instrumentarium für eine Analyse von Energieflüssen im Wirtschaftsprozess weder vorsieht noch anwendet").

²⁷ Wolfgang Mehte: Ökologie und Marxismus, Hannover 1981, S. 618-660; In seiner umfangreichen Zusammenfassung erkennt Mehte zwar einen "biologischen Bezugsrahmen" des Stoffwechsel-Begriffs, beharrt aber auf einer "qualitativ" neuen Fassung des Stoffwechselbegriffs bei Marx, womit eine weitere Auseinandersetzung mit der "naturwissenschaftlichen" Seite dieses Begriffs hinfällig zu werden scheint (S. 649, Fußnote 2); Insofern ist Tjaden zuzustimmen, daß "marxistische Diskurse [...] sich vielfach durch eine Vernachlässigung der materiell-praktischen Inhalte ökonomisch-sozialer Formen" auszeichneten, Karl Hermann Tjaden: Marx, der Müll und der Fortschritt, in: Z 5, März 1991, S. 73-86, hier S. 83.

²⁸ Tjaden: Mensch-Gesellschaftsformation-Biosphäre, S. 30.

²⁹ "Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert", Marx: Kapital I, S. 192.

Defizite" in der marxistischen Theorie große Neuheiten eröffnen wird, scheint fraglich.

Eine andere ökologisch orientierte Lesart marxistischer Theorie lieferte Peter Fleissner. Ähnlich wie Immler scheint er das ökologische Defizit kapitalistischer (und sozialistischer) Gesellschaften in der Arbeitswerttheorie zu verorten. Diese sei so zu modifizieren, daß nicht mehr die "Arbeitszeit [...] die Grundlage des Reichtums bleibt, sondern die gesellschaftlichen Individuen mit ihren wissenschaftlichen, technischen, organisatorischen und allen sonstigen kulturellen, kreativen und Routinefähigkeiten den Reichtum" bestimmten. Da sich in der aktuellen Entwicklung der Marktpreis ohnehin immer mehr vom Arbeitswert entkopple, schlägt Fleissner vor, "Wertmodifikationen" einzuführen, um die ökologischen Kosten zu internalisieren.³⁰ Jede/r neoklassische Ökonom/in wird darauf antworten, daß er/sie dies schon immer gesagt habe, wenn auch ohne den "metaphysischen" Wertbegriff zu benutzen. Andererseits scheint Fleissner davon auszugehen, daß Arbeitswerte direkt aus den Waren, also ohne Marktvermittlung zu bestimmen seien, eine irriige Auffassung, die Michael Heinrich als "Naturalistische Werttheorie"³¹ kritisiert hat.

Letztlich schlägt Fleissner vor, den Markt als innovatives Instrument anzuerkennen, diesen aber über eine "Regulierung der Preisstruktur" und andere politische Maßnahmen zu "zähmen".³² Abgesehen von der sonderbaren, nicht überprüften und nicht nachprüfaren Behauptung einer zunehmenden Divergenz von Preis- und Wertstruktur, bleibt dies eine Marx-Interpretation, die wohl selbst nicht weiß, warum sie sich auf Marx beruft.

IV. Die Tücke des Gebrauchswerts

Wenn die oben umrissene Tauschwertrationalität wegen des abstrakten Charakters des Äquivalents abzulehnen ist, muß gefragt werden, wie eine alternative Form gesellschaftlicher Rationalität, nennen wir sie Gebrauchswertrationalität, aussehen könnte. Tjaden postulierte für eine "tertiäre Gesellschaftsformation" eine reproduktiv-systemare Effektivität (E_r) gesellschaftlicher Arbeit, die er als $E_r = Y_n / (PV + NA + MA + FV)$ definierte. Dabei steht Y_n für ein "nützliches Endprodukt", PV für den Produktionsverbrauch, NA für die zur Reproduktion notwendige Arbeit, MA für die geleistete Mehrarbeit und FV für einen "Netto-Fonds-Vorschuß".³³ Dieser Ausdruck impliziert allerdings eine Kommensurabilität der verwen-

³⁰ Peter Fleissner: What to do with Marx? Zehn Thesen zu seiner Hinterlassenschaft, in: Beckenbach: Die ökologische Herausforderung für die ökonomische Theorie, S. 201-220, hier S. 204 und 212f.

³¹ Vgl. Michael Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, Hamburg 1991, S. 169ff.

³² Fleissner: What to do with Marx?, S. 216ff.

³³ Tjaden: Mensch-Gesellschaftsformation-Biosphäre, S. 94.

deten Größen, addiert werden können nur Größen der selben Dimension - das Äpfel-Birnen-Problem.

Tjaden ist sich dieses Problems durchaus bewußt. Die von ihm zunächst angebotene Lösung führt allerdings in eine falsche Richtung. Denn zur Steuerung der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion schlägt er vor, "Kategorien des Arbeitswerts des Warenprodukts" zu verwenden, "solange eine unmittelbare durchgängige Arbeitszeitrechnung nicht möglich ist"; dies könne geschehen, da "Arbeitsaufwand und Gebrauchswertnutzen grundsätzlich ineinander verschlungen"³⁴ seien. Der Kunstgriff des "Gebrauchswertnutzens" soll hier die Gebrauchswerte kommensurabel machen, was sie per Definition nicht sind³⁵, zudem begegnet uns auch hier eine naturalistische Werttheorie.

Wie also kann eine gebrauchswertrationale gesellschaftliche Organisation aussehen? Düe/Tjaden scheint diese Frage nicht mehr zu interessieren - sie stehe nicht auf der "Tagesordnung".³⁶ Warum sollte aber gerade jetzt, nachdem die marxistische Theorie vom Diktat politischer Erfordernisse befreit ist, die politische Relevanz zum Knebel theoretischer Anstrengungen werden?

³⁴ Tjaden: Mensch-Gesellschaftsformation-Biosphäre, S. 182.

³⁵ "Als Gebrauchswert sind die Waren vor allem verschiedener Qualität, als Tauschwert können sie nur verschiedner Quantität sein". Marx: Kapital I, S. 52.

³⁶ Vgl. Dietmar Düe/Karl Hermann Tjaden: Das "wirkliche Leben" jenseits der "Aufhebung des Privateigentums", in: Z 16, 1993, S. 74.

Politik der Staatsverschuldung

Wirtschaftspolitische Vernunft oder ungedeckte Wechsel auf die Zukunft?

Wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durch die öffentliche Verschuldung stimuliert oder eher gehemmt? Stehen kurzfristig positiven Effekten der Defizitfinanzierung öffentlicher Ausgaben erhebliche langfristige Nachteile gegenüber? Gibt es Grenzen der öffentlichen Verschuldung? Diese Kontroversen haben aufgrund des deutlichen Anstiegs der Verschuldung des bundesdeutschen Staates seit der deutschen Einigung im Oktober 1990 bzw. der Wirtschafts- und Währungsunion im Juli desselben Jahres an Brisanz gewonnen. Das Thema ist in der Öffentlichkeit angstbesetzt, nicht zuletzt, weil es in Deutschland in diesem Jahrhundert bereits zwei Währungsreformen gab, die von zerrütteten Staatsfinanzen und einer damit einhergehenden galoppierenden Inflation verursacht wurden. Doch historische Parallelen sind allzu wohlfeil, sie werden den veränderten Bedingungen am Ende des 20. Jahrhunderts kaum gerecht. Erforderlich ist eine nüchterne Bestandsaufnahme und rationale Diskussion der heutigen Staatsverschuldung in ihrem spezifischen ökonomischen und institutionellen Kontext und Bedingungsgefüge; erst danach lassen sich vielleicht begründete Schlußfolgerungen über positive und/oder negative Wirkungen und Grenzen der Staatsverschuldung ziehen.

Zunächst werde ich anhand der geläufigen Indikatoren die Entwicklung der Staatsverschuldung der Bundesrepublik nachzeichnen und in diesem Zusammenhang prüfen, inwieweit es gerechtfertigt ist, von einer Finanzkrise des Staates zu sprechen. Danach geht es um die Ursachen der Staatsverschuldung, also um die Skizzierung ihrer wesentlichen Determinanten. In einem weiteren Schritt werden dann die ökonomischen Wirkungen der Staatsverschuldung erörtert. Vor allem wird hier der nach wie vor kontroversen Frage nachgegangen, ob und inwieweit öffentliche Defizitfinanzierung Wachstumseffekte auslöst oder eher zu einem "crowding out" (Verdrängung) privater Aktivitäten führt.

Schließlich werde ich die schwierige Frage nach den Grenzen der Staatsverschuldung diskutieren. Dabei geht es nicht zuletzt um die Auswirkungen der Staatsverschuldung auf den politischen Handlungsspielraum.

Indikatoren und Entwicklung der Staatsverschuldung

Die hohe staatliche Neuverschuldung seit 1990 hat zu einer sprunghaft angestiegenen Gesamtverschuldung geführt. Die öffentliche Verschuldung (Gebietskörperschaften einschl. Nebenhaushalte, ohne Treuhandanstalt) hat sich von 1053,5 Mrd. DM 1990 auf 1721 Mrd. DM 1994 erhöht (DIW-

Wochenbericht 21/94, 343). Allerdings ist der absolute Stand der öffentlichen Gesamtverschuldung wie auch das Volumen der jährlichen Neuverschuldung wenig aufschlußreich. Aussagekräftiger ist das Verhältnis der kumulierten Staatsschuld und des Finanzierungsdefizits der öffentlichen Haushalte zur allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, also die *Schuldenquote* (Gesamtverschuldung als Prozentsatz des BIP) und die *Nettoverschuldungsquote* (jährliche Neuverschuldung als Prozentsatz des BIP). Diese betrug 1993 für den gesamten öffentlichen Sektor (einschl. Treuhand, Eisenbahnen, Nebenhaushalte etc.) knapp 7% des BIP (1992: knapp 6%).

Die Schuldenquote wird Ende 1994 bei 53,5% liegen, 1989 lag sie noch bei 41,6% (vgl. BMF: Finanzbericht 1994, 334), zu Beginn der 70er Jahre bei 20% (vgl. FAZ-Informationendienste 1993, 11). Einen rasanten Anstieg der Schuldenquote hat es in den letzten Jahren allerdings in fast allen OECD-Staaten gegeben. Im internationalen Vergleich der Schuldenquote rangiert die Bundesrepublik im unteren Mittelfeld. Dieses Bild wird sich allerdings schon 1995 ein wenig relativieren, wenn die Schulden der Treuhandanstalt (ca. 230 Mrd. DM) auf den Bund übertragen werden. Die Schuldenquote wird dann auf über 61% emporschnellen (FAZ-Informationendienste 1994). Aus der z.T. wesentlich höheren Verschuldung in anderen Staaten (vor allem in Belgien und Italien) läßt sich schließen, daß ein Ende der Fahnenstange in der Bundesrepublik noch lange nicht erreicht ist (vgl. Tabelle).

Staatsschuldenquote im internationalen Vergleich (Bruttoschuld des Staatssektors in vH des BSP/BIP)

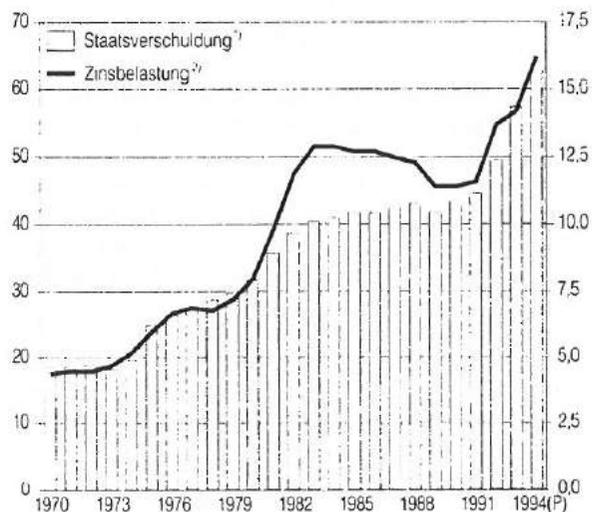
	1980	1985	1989	1994
Deutschland	32,5	41,4	41,6	53,5
Frankreich	37,3	45,4	47,5	61,4
Schweden	44,8	67,6	48,4	76,4
GB + Nordirland	54,6	52,7	36,8	52,5
Belgien	79,9	122,6	130,5	141,5
Italien	58,5	84,3	97,9	116,3
USA	37,9	48,3	54,0	65,9
Japan	52,0	68,7	70,6	65,9

(Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 1994, 334)

Mit der steigenden Gesamtverschuldung erhöhten sich die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte. Auch hier besagt die absolute Höhe der zu leistenden Zinsen zunächst wenig. Brauchbare Indikatoren der Zinsbelastung des Staates sind vielmehr die *Zins-Steuerquote* (Anteil der Zinsen an den Steuereinnahmen) und/oder die *Zins-Ausgabenquote* (Zinsen im Verhältnis zu den Staatsausgaben). Beliefen sich die Zinslasten 1979 noch auf 7,5% des gesamten Steueraufkommens, waren es 1990 über 10% und für

1994 wird mit einem Anstieg auf deutlich über 15% gerechnet (FAZ-Informationen 1993, 11; siehe Schaubild).

**Staatsverschuldung und Zinsbelastung:
Aus dem Ruder gelaufen** (1970 bis 1990 Westdeutschland, ab 1991 Gesamtdeutschland)



- 1) Bestand der Staatsverschuldung in % des nominalen Bruttosozialprodukts, linke Skala.
2) Zinsen auf die öffentlichen Schulden in % des gesamten Steuereinkommens: rechte Skala.

Eine Entlastung beim Zinsdienst ist vorerst nicht in Sicht. "Die anhaltend hohe Nachfrage des Staates nach Kreditmarktmitteln treibt die Zinsbelastungen weiter in die Höhe. Defizite in der Größenordnung von fast 150 bzw. 125 Mrd DM in den Jahren 1994 bzw. 1995 implizieren bei einem Kapitalmarktzins von über 7 vH zusätzliche Zinsbelastungen von 10 bzw. 9 Mrd. DM pro Jahr. Unter Berücksichtigung der Verpflichtungen der Sondervermögen müssen in diesem Jahr bei den Zinsen Mehrausgaben von 22 Mrd. DM und 1995 sogar von 26 Mrd. einkalkuliert werden; dies entspricht einem Zuwachs von jeweils über 20 vH. Insgesamt werden die Gebietskörperschaften im kommenden Jahr fast 150 Mrd. DM und somit bereits nahezu ein Fünftel ihrer Steuereinnahmen bzw. 15 vH ihrer gesamten Einnahmen für den Zinsdienst aufwenden müssen" (DIW-Wochenbericht 36/94, 635f.).

Den Hauptanteil an der öffentlichen Verschuldung trägt der Bund. Unter Berücksichtigung der diversen Sonderfonds (aber ohne Treuhand) kumulierten sich seine Schulden bis 1993 auf 896 Mrd. DM (DIW-Wochenbe-

richt 21/94, 343). Die Schulden der westdeutschen Länder summierten sich im gleichen Jahr auf 394 Mrd. DM, die der ostdeutschen auf 40 Mrd. DM. Die kumulierten Defizite der Gemeinden beliefen sich im Westen auf 151 Mrd. DM, im Osten auf 19 Mrd. DM (ebenda). Für alle Haushaltsebenen gilt, daß seit 1990, also mit der Verwirklichung der deutschen Einheit, die Budgetdefizite sprunghaft angestiegen sind. Nach Schätzung des DIW werden die Fehlbeträge aller öffentlichen Haushalte 1994 auf 147 Mrd. DM steigen (gegenüber 137 Mrd. DM 1993) und auch 1995 mit 125 Mrd. DM ein hohes Niveau erreichen (DIW-Wochenbericht 36/94, 636). Es sind vor allem diese Dynamik der Verschuldung und die damit einhergehenden steigenden Zinslasten, die es rechtfertigen, von einer Finanzkrise des Staates zu sprechen - weniger das erreichte Schuldenniveau.

Staatsverschuldung - ein säkularer Trend?

Die konservativ-liberale Bundesregierung hat sich ihrem strikt marktwirtschaftlichen Grundverständnis entsprechend die Reduzierung der Staatsquote und damit auch die Rückführung der Staatsverschuldung ins Programm geschrieben. Doch unabhängig von der öffentlichen Rhetorik haben sich in den 80er Jahren auch unter der Regierung Kohl die Staatsschulden und die Zinslasten weiter erhöht. Ausgabensteigerungen bzw. Steuersenkungen auch in Zeiten eines positiven Konjunkturverlaufs und einer sich verbessernden Haushaltslage relativierten die Konsolidierungsbemühungen der konservativ-liberalen Regierung. Diese finanzpolitische Praxis setzte bereits in der zweiten Hälfte der 70er Jahre den keynesianischen Grundgedanken einer antizyklischen Stabilisierungspolitik außer Kraft und provozierte damit die wirtschaftspolitische Abkehr vom Keynesianismus (vgl. DIW-Wochenbericht 21/94, 344).

Auch im internationalen Vergleich wird deutlich (siehe obige Tabelle), daß der starke Anstieg der öffentlichen Verschuldung nahezu sämtliche OECD-Staaten betrifft. Die Frage der Regierungszusammensetzung spielt dabei -so scheint es- eine untergeordnete Rolle.

Eine entscheidende Determinante der Entwicklung der Staatsverschuldung ist der Konjunkturverlauf, von dem die Steuereinnahmen des Staates abhängen. Geringes Wachstum oder gar ein konjunktureller Einbruch lassen auf der Einnahmeseite des Staates eine Lücke entstehen und zugleich die Krisenkosten in die Höhe schnellen. Es waren vor allem die Krisenjahre 1975, 1981/82 und die Rezession ab Mitte 1992, die tiefe Löcher in die öffentlichen Haushalte rissen. Da die Ausgaben des Staates in der Regel kurzfristig nicht reduzierbar sind, baut sich krisenbedingt ein Finanzierungsdefizit auf, das kaum anders als über Kredite zu stopfen ist. Und da es mittlerweile common sense der Wirtschaftswissenschaft ist, daß konjunkturbedingte Defizite hinzunehmen seien, erhält die Neuverschuldung und damit steigende Gesamtverschuldung des Staates ihren wissenschaftlichen Segen.

Die Verschuldung der Gebietskörperschaften erhielt aber erst mit der deutschen Vereinigung und der Art und Weise ihrer Finanzierung einen gewaltigen push. Nebst einer anfänglichen Unterschätzung der aus der Vereinigung resultierenden Finanzierungslasten gab hierfür der wahlpolitisch motivierte Versuch, die steuerlichen Belastungen möglichst gering zu halten bzw. wenig spürbar und undurchsichtig zu gestalten, den Ausschlag. Staatliche Kreditaufnahme schafft zunächst einen größeren finanziellen Spielraum, die steigenden Zins- und Tilgungslasten schnüren dagegen erst in den Folgejahren den staatlichen Handlungsspielraum ein, wenn nicht auf weitere, steigende Neuverschuldung gesetzt wird.

Die ökonomischen Effekte der Staatsverschuldung

Der Staat (Bund, Länder, Kommunen und Nebenhaushalte) schöpft entsprechend seiner jährlichen Kreditaufnahme die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte und Unternehmen ab. Solange die Kreditnachfrage der Privaten nicht ausreicht, die Ersparnisbildung zu absorbieren, muß der Staat oder das Ausland diesen Ersparnisüberhang in Anspruch nehmen, da andernfalls ein gesamtwirtschaftlicher Nachfrageausfall entstehen würde (vgl. Hickel/Priewe 1994). Dagegen sieht der von der neoliberal orientierten Wirtschaftswissenschaft behauptete Zusammenhang infolge einer Nettoverschuldung des Staates die Kapitalmarktzinsen (langfristigen Zinsen) steigen und damit die zinsabhängigen Investitionen der Privaten zurückgehen (vgl. Schlesinger et al. 1993, 148ff.; FAZ- Informationsdienste 1993a, 7).

Nach wie vor wird die private Geldvermögensbildung (Sparquote) zu einem großen Teil vom staatlichen Kreditbedarf (einschl. Sonderfonds, Treuhand, Bundesbahn und -post) absorbiert. Da zugleich die Kreditnachfrage der Unternehmen deutlich zugenommen hat, ist die Bundesrepublik im Zeitraum 1991-1993 zum Nettokapitalimporteur avanciert, was unter den Bedingungen eines freien internationalen Kapitalmarktes prinzipiell und auf kurze Sicht kein Problem darstellt, solange sich genügend internationale Anleger bereit finden, bundesdeutsche Schuldtitel zu erwerben. Die Gläubiger erwarten allerdings eine rentierliche Verzinsung und eine stabile Währung. Und diesen Erwartungen muß entsprochen werden, und dies umso mehr, je abhängiger ein Land von Kapitalimporten ist. Auf mittlere Sicht besteht zudem die Gefahr, über anhaltende Nettokapitalimporte eine Nettoschuldnerposition gegenüber dem Ausland bzw. ausländischen Gläubigern aufzubauen, was die Zahlungsbilanzprobleme dann allerdings erheblich verschärft. Aus diesen komplexen Abhängigkeiten von den internationalen Finanzmärkten (komplex auch insofern, da man nie die Stimmungen, Einschätzungen und Reaktionen der Anleger antizipieren kann) resultieren Restriktionen, denen sich die (nationalstaatliche) Wirtschaftspolitik nicht entziehen kann. Diesem harten fact der Abhängigkeit von den internationalen Kapitalmärkten hat die Bundesbank letztlich

Rechnung getragen. Die restriktive Geldpolitik hat entscheidend dazu beigetragen, daß es vor allem in den Jahren 1991-1993 einen starken Zufluß anlagesuchenden Kapitals aus dem Ausland gab und damit trotz der hohen Kreditnachfrage der öffentlichen Hände die Kapitalmarktzinsen (langfristigen Zinsen) gesunken sind. Für 1994 zeichnet sich allerdings eine Kehrtwende ab, der Zufluß ausländischen Kapitals versiegt, was die Zinsen tendenziell nach oben treibt.

Daraus folgt, daß ein "crowding out" bzw. die Zunahme der langfristigen Kapitalmarktzinsen aufgrund hoher staatlicher Neuverschuldung nur unter den Bedingungen eines begrenzten bzw. stagnierenden Kapitalangebots zu erwarten ist. Wenn aber die Produktionskapazitäten stark unterausgelastet sind bzw. die gesamtwirtschaftliche Nachfrage weit unter dem gesamtwirtschaftlichen Produktionspotential dümpelt, kann eine höhere staatliche Neuverschuldung nicht nur einen Beitrag zur Beseitigung vorhandener wirtschaftlicher Disproportionen leisten, sie wird auch - ceteris paribus - über die Stimulierung der Nachfrage zu mehr Beschäftigung, steigenden Einkommen und damit aber auch zu einer höheren Geldvermögensbildung beitragen. Unter diesen Bedingungen sind steigende Zinsen wie auch eine höhere Inflation als Folge einer wachsenden Neuverschuldung des Staates eher unwahrscheinlich. Wenn somit von einer Verdrängung privater Investitionen durch die hohe staatliche Neuverschuldung kaum die Rede sein kann, so wirkt doch die anhaltend hohe Kreditnachfrage des Staates (im Verein mit einer trotz erfolgter Zinssenkungen der Bundesbank nach wie vor restriktiven Geldpolitik) nachhaltigen Zinssenkungen entgegen.

Zu kritisieren ist, daß die Bundesbank einen vorhandenen Zinssenkungsspielraum aus falsch eingeschätzten Inflationsgefahren ungenutzt ließ und ihrer wirtschaftspolitischen Verantwortung gerade auch innerhalb der Europäischen Union nicht gerecht wurde (vgl. Hickel/Priewe 1994). Es ist aber nicht auszuschließen, daß eine beschäftigungspolitisch erwünschte frühzeitige geldpolitische Lockerung einen spürbaren Kapitalabfluß oder gar eine Spekulation gegen die DM ausgelöst hätte. Auch dies ist Spekulation, aber diese Möglichkeit war und ist eben nicht auszuschließen. Damit wird deutlich, daß die internationale Verflechtung der Finanzmärkte den wirtschafts- und geldpolitischen Spielraum des Nationalstaates erheblich einengt.

Verlust (national)staatlicher Steuerungskompetenz

Das geldpolitische Instrumentarium hat also an Steuerungskompetenz eingebüßt. Der im Zuge der Internationalisierung der Ökonomie, vor allem der Finanzmärkte, eingetretene "Verlust der nationalen Zinssouveränität" (Fritz Scharpf) bezeichnet die Begrenzung des Zinssenkungsspielraums durch die auf den internationalen Finanzmärkten gebildeten Zinssätze. Eine (deutliche) Unterschreitung dieses internationalen Zinsniveaus würde einen u.U. erheblichen Kapitalabfluß mit den entsprechenden ökonomi-

schen Instabilitäten für den betreffenden Wirtschafts- und Währungsraum provozieren und damit einen wirtschafts- und geldpolitischen Kurswechsel unumgänglich machen. Der Zinssenkungsspielraum hängt allerdings nicht nur vom internationalen Zinsniveau ab, sondern auch von der Bedeutung und Stabilität der betreffenden Währung. Die Kritik an der Bundesbank, unter den Bedingungen einer Rezession und weltweit sinkender Zinsen eine krisenverschärfend wirkende restriktive Geldpolitik beibehalten zu haben, ist insofern angebracht, da sie - als sich im Frühjahr 1992 eine Rezession abzeichnete - nicht einmal versucht hat, den vorhandenen Spielraum auszuloten und stattdessen in ihrer stabilitätspolitischen Position verharrete. Die monetaristische Doktrin wie die Stabilitätsinteressen der Banken standen und stehen dem entgegen.

Die Kehrseite des extern vorgegebenen Zinsniveaus ist die damit gesetzte "Mindestrendite" für privatwirtschaftliche Investitionen. Hohe Zinsen bedeuten für den potentiellen Investor in Realkapital ja nicht nur einen u.U. erheblichen Kostenfaktor, der nicht selten bedeutender ist als die Lohnkosten, sie verweisen zugleich auf eine relativ risikolose, sehr rentierliche alternative Geldanlage. Hohe Zinsen schnüren den Akkumulationsprozeß also von zwei Seiten ein (vgl. Altvater 1987).

Obwohl eine Stärkung der Binnennachfrage derzeit nach wie vor notwendig ist und deshalb Reallohnsenkungen und der von der konservativ-liberalen Bundesregierung betriebene Abbau des Sozialstaats krisenverschärfend wirken, muß man sich aber darüber im klaren sein, daß (kreditfinanzierte) globale staatliche Nachfrageprogramme heute kein geeignetes wirtschaftspolitisches Instrumentarium mehr sind, um Massenarbeitslosigkeit spürbar zu reduzieren. Allein schon die in den letzten Jahrzehnten gestiegene Kapitalintensität macht dies deutlich: Der durchschnittliche Kapitalaufwand pro industriellem Arbeitsplatz lag in den 50er Jahren bei 20.000-30.000 DM, er stieg in den 70er Jahren auf über 100.000 DM und lag in den Wachstumsindustrien schon damals erheblich darüber. Staatliche Nachfrageprogramme müßten daher heute, wenn sie nennenswerte Beschäftigungseffekte erzielen sollen, so groß dimensioniert sein, daß sie schlicht an Finanzierungsgrenzen stoßen; ganz abgesehen davon, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der so eventl. geschaffenen Arbeitsplätze keineswegs vorausgesetzt werden könnte. Unter den Bedingungen eines freien Warenverkehrs kann die staatliche Stimulierung der Nachfrage Handels- und Zahlungsbilanzprobleme verschärfen, was dann relativ rasch einen restriktiven Gegenkurs nahelegt, wenn nicht unabweisbar macht.

Das Plädoyer für konjunkturpolitisch motivierte kreditfinanzierte staatliche Nachfrageprogramme sollte zudem grundsätzlich bedenken, daß öffentliche Verschuldung nicht zuletzt auch eine staatlich vermittelte Umverteilung zugunsten der "Zinszehrer am Mehrwert", also der Vermögenshaushalte, zur Folge hat. Dies gilt umso mehr, je geringer der von diesen Ein-

kommens- und Vermögensgruppen erhobene "Solidarbeitrag" zur Finanzierung der Vereinigungs- und Beschäftigungskrise ausfällt.

Das heißt nun aber nicht, daß staatliche Nachfrageprogramme heute gefälligst zu unterbleiben hätten, um bloß nicht den Staatssäckel weiter zu lüchern. Entscheidend ist zum einen die Art und Weise ihrer Finanzierung und zum anderen ihre angebotspolitische Begründung und Ausrichtung. Zukunftsorientierte, ökologische Infrastrukturprogramme, die über eine Öko-Steuer und/oder über eine stärkere Besteuerung der sog. Besserverdienenden finanziert werden, sind daher anders zu beurteilen als globale staatliche Stimulierungsprogramme via Steuersenkungen.

Grenzen der Staatsverschuldung

Der Versuch, Grenzen der Staatsverschuldung zu bestimmen, bleibt trotz der kaum noch zu überschauenden Literatur zu dieser Frage ein unsicheres Terrain. Objektiv angebbare, exakte Grenzen der öffentlichen Verschuldung gibt es nicht. Wohl aber lassen sich einige plausible Argumente für eine Begrenzung der öffentlichen Verschuldung anführen, denen sich auch eine reformorientierte Regierung kaum wird entziehen können.

Zu unterscheiden sind ökonomische, finanzielle, rechtliche und politische Grenzen bzw. Handlungsspielräume der Staatsverschuldung (vgl. Sturm 1993). Die *ökonomischen* Grenzen hängen eng mit den bereits diskutierten Wirkungen der Staatsverschuldung zusammen. Hier sei deshalb nur nochmals auf die Schwierigkeiten keynesianisch begründeter Steuerungsversuche makroökonomischer Kreisläufe via defizitfinanzierter staatlicher Ausgabenströme hingewiesen. Die Probleme resultieren nicht zuletzt daraus, daß es bisher kaum gelungen ist, die im Modell vorgesehene Rückführung der Verschuldung im Aufschwung zu bewerkstelligen. Neben diesem empirischen Faktum insistieren neoliberale Ökonomen auf die ihrer Meinung nach lediglich preislichen Effekte der Verschuldungspolitik. Doch dem stehen gleichermaßen empirische Argumente entgegen. Die Betonung eher positiver oder negativer Wirkungen der staatlichen Verschuldungspolitik hängt daher wesentlich von dem zugrunde liegenden ökonomischen Modell ab.

Darüber hinaus spielen selbstverständlich *politische* Kalküle eine entscheidende Rolle bei der Bewertung öffentlicher Verschuldung. Als Anfang der 80er Jahre rezessionsbedingt das Haushaltsdefizit des Bundes ein Rekordniveau erreichte, bemühte die damalige CDU-Opposition das Bundesverfassungsgericht, das die nach Ansicht der CDU nicht vorhandene Verfassungsmäßigkeit des Haushaltes 1981 prüfen bzw. bestätigen sollte. Art. 115 GG bindet die zulässige jährliche Kreditaufnahme an die Ausgaben für öffentliche Investitionen. Diese rechtliche Grenze der Kreditaufnahme wurde 1981 nach Auffassung der klageführenden CDU-Bundestagsfraktion von der damaligen sozialliberalen Bundesregierung mißachtet. In seinem Urteil vom 18.4.1989 betonte das Bundesverfassungsgericht einen "engen

Sachzusammenhang" zwischen Art. 115 GG und Art 109 Abs. 2 GG. Dieser Artikel schreibt vor, daß "Bund und Länder ... bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen (haben)". Ist das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nicht gestört, gilt die von Art. 115 GG gezogene Grenze, nach der nicht mehr an Krediten aufgenommen werden darf als für Investitionen ausgegeben wird. Allerdings kritisierte das BVerfG einen zu umfassend definierten Investitionsbegriff und gab dem Gesetzgeber den Auftrag, den Investitionsbegriff zu präzisieren. Die CDU/FDP-Regierung hält nun aber - notgedrungen - an der traditionellen Begriffsdefinition fest und betont zugleich die nach Art. 109 Abs. 2 GG bestehende Verpflichtung der Haushaltspolitik auf den Erhalt des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts (vgl. Sturm 1993, 94). Man sieht daran, wie sehr politisches Interesse die Thematisierung und Interpretation staatlicher Verschuldung beeinflusst.

Doch unabhängig von rechtlichen Grenzen bzw. der interessegeleiteten politischen Interpretation der rechtlichen Zulässigkeit von öffentlichen Defiziten liegen "harte" Grenzen der Verschuldung in der wachsenden Zinslast für die staatlichen Haushalte (vgl. Wille 1990). Wie einschneidend diese Zinslasten sich bemerkbar machen, hängt wesentlich von der Wachstumsrate des Sozialprodukts und der Höhe der Kapitalmarktzinsen ab (vgl. Tietmeyer 1993, 17; Hickel/Priewe 1994). Stetiges wirtschaftliches Wachstum vermag die aus der Zunahme der staatlichen Verschuldung resultierende steigende Zinsbelastung zu kompensieren; liegt jedoch das Wirtschaftswachstum unter den langfristigen Kapitalmarktzinsen, wird der Staatshaushalt von steigenden Zinsaufwendungen eingeschnürt. Dies ist die augenblickliche Konstellation. Der finanzielle Handlungsspielraum des Staates und damit seine politischen Gestaltungschancen, die ja wesentlich von der zur Verfügung stehenden finanzielle Verteilungsmasse abhängen, werden spürbar enger. Regieren gerät zum Schuldenkrisenmanagement. Unter diesen Bedingungen werden jegliche Reformbestrebungen sehr schnell von Finanzierungsfragen gedeckelt und in ihrer Legitimität in Frage gestellt. Sparkommissare sind dann gefragt, entschlossene Tatmenschen, die die für notwendig erachtete Rückführung der staatlichen Verschuldung und der Staatsquote auch durchzusetzen in der Lage sind. Kurz, es wird zukünftig mehr und mehr um die Frage gehen, wer die Kosten schwindender staatlicher Handlungs- und Verteilungsspielräume zu tragen hat. Das wird ein Hauen und Stechen, bei dem zuallererst die gering organisierten und ökonomisch wenig durchsetzungsfähigen Interessen auf der Strecke bleiben.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte steht schließlich noch aus einem anderen Grund auf der Tagesordnung. Der Vertrag von Maastricht mit seinen restriktiven finanzpolitischen Vorgaben für die Durchführung der europäischen Währungsunion (die Schuldenquote darf die 60%-Marke nicht überschreiten, die jährliche Neuverschuldung nicht über 3% des BSP hinausgehen) legt jeder Regierung einen rigiden Austerity-Kurs nahe, zu-

mindest wenn man unterstellt, daß die Währungsunion nach wie vor angepeilt bzw. der Vertrag von Maastricht nicht revidiert wird.

Verlust finanzpolitischer Souveränität oder "neuer Lastenausgleich"?

Allgemeine Steuer- und Abgabenerhöhungen, wie sie bisher immer wieder konzeptionslos von der konservativ-liberalen Regierung praktiziert werden, dürften zukünftig immer weniger politisch vermittelbar sein. Steuererhöhungen wurden meist dort vorgenommen, wo sie am wenigsten auffallen bzw. den geringsten politischen Widerstand hervorrufen. Die allgemeine Steuer- und Abgabenquote beträgt mittlerweile 42%. Das sagt aber nichts über die soziale Verteilung der Steuerquote aus. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Anteil der Lohnsteuer und der Verbrauchssteuern am gesamten Steueraufkommen deutlich erhöht, der Anteil der Unternehmens-, Gewinn- und Vermögenssteuern dagegen stark verringert. Standortsicherung nennt man das heute. Will man finanzielle Reformspielräume sichern, wird es vor allem darum gehen, diese Entwicklung wieder umzukehren. Die politisch entschiedene Bekämpfung der Steuerhinterziehung, selektive Steuererhöhungen für überdurchschnittliche Einkommensgruppen, eine höhere Immobilien- und Erbschaftssteuer gehören gewiß zu einer unter sozialen Kriterien wünschenswerten und auch politisch vermittelbaren Form der Stärkung öffentlicher Einnahmen, die es erlauben, zumindest die jährliche Neuverschuldung zurückzuführen. Nur so wird sich der Verlust der finanzpolitischen Souveränität des Staates vermeiden bzw. der finanzielle Handlungsspielraum zur Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben wiederherstellen lassen. Dazu gehört sicherlich auch die Einführung einer ökologischen Steuerreform, die nicht nur zu einer Senkung der Lohnnebenkosten, sondern auch zur Finanzierung ökologischer Zukunftsinvestitionen beitragen kann.

Die Eindämmung der staatlichen Schuldenexpansion impliziert aber auch, die staatliche Ausgabenentwicklung unter Kontrolle zu halten. Es steht zu befürchten, daß die Sozialhaushalte auch zukünftig bevorzugt zur Ader gelassen werden. Die krisenbedingt verursachte Scherenbewegung der Sozialhaushalte (sinkenden Beiträgen stehen steigende Ausgaben gegenüber) und allein schon ihr beachtlicher quantitativer Umfang scheinen nicht nur den konservativ-liberalen Haushaltspolitikern hier weitere Einschnitte unumgänglich zu machen.

Alternativen sind dagegen die schrittweise, aber deutliche Rückführung der Subventionen und der Verteidigungsausgaben. Grundsätzlich wird es aber um eine Neubestimmung der staatlichen Aufgaben gehen (vgl. Krupp 1990): Was soll, kann und muß der Staat leisten, welche Aufgaben hat er zu übernehmen und wie bewältigt er seine zukünftigen Aufgaben?

Literatur:

Altwater, Elmar 1987: Die zwei Seiten der Medaille. Zum Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Verschuldung in der Weltwirtschaftskrise, in: Abromeit, Heidrun/Blanke, Bernhard (Hrsg.): Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren, Opladen, S. 407-423

Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.) 1993: Finanzbericht 1994, Bonn

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1994: Hemmt oder stützt die Staatsverschuldung die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland?, in: DIW Wochenbericht 21/94 v. 26. Mai 1994, Berlin, S. 341-349

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 1994a: Öffentliche Haushalte 1994/95: Trotz Ausgabekürzungen und Steuererhöhungen weiterhin hohe Finanzierungsdefizite, in: DIW-Wochenbericht 36/94 v. 8. September 1994, Berlin, S. 627-639

FAZ-Informationdienste 1993: Wirtschaftsprognose 1994. Konjunktur und Kapitalmärkte - Deutschland und seine wichtigsten Handelspartner, Frankfurt/M.

FAZ-Informationdienste 1993a: Wirtschaftsprognose 1993/94. Konjunktur und Kapitalmärkte - Deutschland und seine wichtigsten Handelspartner, Juni 1993, Frankfurt/M.

FAZ-Informationdienste 1994: Wirtschaftsprognose 1994/95. Konjunktur und Kapitalmärkte - Deutschland und seine wichtigsten Handelspartner, Juni 1994, Frankfurt/M.

Hickel, Rudolf/Priewe, Jan 1994: Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung, Frankfurt/M.

Krupp, Hans-Jürgen 1990: Staatsfinanzen: Die Reform des öffentlichen Sektors als Voraussetzung für die Bewältigung von Zukunftsaufgaben, in: Hesse, Joachim Jens/Zöpel, Christoph (Hrsg.): Der Staat der Zukunft, Baden-Baden, S. 71-79

Schlesinger, Helmut/Weber, Manfred/Ziebarth, Gerhard 1993: Staatsverschuldung - ohne Ende? Zur Rationalität und Problematik des öffentlichen Kredits, Darmstadt

Schmidt, Manfred G. 1990: Staatsfinanzen, in: Beyme, Klaus von/Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Politik in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, S. 36-73

Sturm, Roland 1993: Staatsverschuldung. Ursachen, Wirkungen und Grenzen staatlicher Verschuldungspolitik, Opladen

Tietmeyer, Hans 1993: In welchem Umfang darf sich ein Staat verschulden?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 18/93, 30. April 1993, S. 13-18

Wille, Eberhard 1990: Staatsverschuldung und künftige Entscheidungsspielräume, in: Hesse, Joachim Jens/Zöpel, Christoph (Hrsg.): Der Staat der Zukunft, Baden-Baden, S. 39-70

Heinz Schäfer

Mit der IG Metall zur neuen Sozialpartnerschaft im DGB?

I.

Im November 1996 will der DGB in Dresden auf einem außerordentlichen Kongreß ein neues Grundsatzprogramm beschließen. Nach den "Wirtschaftlichen Grundsätzen" von 1949, den Grundsatzprogrammen von 1963 und 1981 wäre dies die vierte programmatische Orientierung des DGB.

In den "Grundsätzen", die 1949 auf dem Gründungskongreß des DGB in München beschlossen wurden, wurde davon ausgegangen, daß die Wirtschaftspolitik ein Kampfplatz sei, auf dem sich entscheide, "wieviel die einzelnen Interessengruppen an Arbeit und Leistung für die Gesamtheit aufzubringen haben und in welchem Umfang sie am volkswirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden".

Vier Grundsatzforderungen wurden dann erhoben:

"1. Eine Volkswirtschaft, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigen Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs sichert.

2. Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung.

3. Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigsten Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute.

4. Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alters, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen."

Eine solche wirtschaftspolitische Willensbildung und Wirtschaftsführung verlange "eine zentrale volkswirtschaftliche Planung, damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeit der Gesamtwirtschaft triumphiert".¹

Die Gewerkschaften konnten jedoch nur mit der später immer mehr ausgehöhlten Montanmitbestimmung vom 10. April 1951 einen bescheidenen

¹ Arno Klönne, Demokratischer und sozialer Rechtsstaat, Dokumente zur Gewerkschaftspolitik, Bochum 1964, S. 141.

Erfolg erzielen.² 1963 wurde dann festgestellt und 1981 wörtlich wiederholt:

"Die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet. Die Arbeitnehmer, d.h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor (1981: "noch weitgehend") von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist (1963: "auch heute noch") ihre einzige Einkommensquelle."³

Im Vorfeld des außerordentlichen DGB-Kongresses 1963 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen im DGB über den künftigen Kurs.

Mit ihrem "Godesberger Programm" von 1959 hatte sich die SPD, die bis zu diesem Zeitpunkt programmatisch weitgehend mit dem DGB übereinstimmte, in wichtigen Fragen von der bis dahin gültigen DGB-Programmatik entfernt. Vor allem über den Bundesvorsitzenden der IG Bau-Steine-Erden, Georg Leber, wurde versucht, die Aussagen des DGB wieder mit denen der SPD in Übereinstimmung zu bringen und sich mit der herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung auszusöhnen.⁴

Wenige Monate vor dem außerordentlichen DGB-Kongreß im November 1963 fand in Berlin der 6. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden statt. In seinem Grundsatzreferat "Unser Weg" versuchte Georg Leber in wichtigen grundsätzlichen Positionen die gewerkschaftliche Programmatik zu präjudizieren, vor allem in der gesellschaftlichen Analyse und den daraus abgeleiteten Aufgaben. Besonders die folgende Aussage des Programms von 1963 traf auf den Widerspruch Lebers:

"Bereits zu Beginn der Industrialisierung hatte die sie prägende kapitalistische Wirtschaftsordnung dem Arbeitnehmer die gesellschaftliche Gleichberechtigung verwehrt, seine Person der Willkür des Unternehmers unterworfen, seine Arbeitskraft dem Marktgesetz ausgeliefert, seine soziale Sicherheit dem Gewinnstreben untergeordnet, soziale Mißstände und Krisen verursacht."

Auf dieser Grundlage ließ sich schwer die von Leber praktizierte Sozialpartnerschaft rechtfertigen. Leber meinte:

"Während damals der Arbeiter nahezu rechtlos war, läßt unsere rechtstaatliche und demokratische Verfassung heute keinen Unterschied mehr

² Ebenda, S. 10: "Die Annahme des Gesetzes geschah nicht zuletzt unter dem Eindruck der Urabstimmungen im Bergbau und der Metallindustrie, bei denen sich mehr als 90 % der abstimmungsberechtigten Arbeitnehmer für den Streik zur Durchsetzung der Mitbestimmung in der Montanindustrie entschieden."

³ Zit. nach: IMSF (Hrsg.), DGB wohin? Dokumente zur Programmdiskussion, Frankfurt/M. 1980, S. 87, und: Arndt, Deppe, Petschick, Pickshaus (Hrsg.), DGB Programm '81 untersucht für die Praxis, Frankfurt/M., 1981, S. 212.

⁴ Siehe "DGB wohin?", a.a.O., S. 12.

zu zwischen den Arbeitnehmern und den Bürgern anderer gesellschaftlicher Gruppen. ... Während seinerzeit die Arbeiter gesellschaftlich mißachtet waren, ist heute ein Arbeitnehmer von Angehörigen anderer Schichten nicht mehr zu unterscheiden. ... Wir haben Vollbeschäftigung; Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter haben durch ein vollausgebautes Sozialversicherungssystem ihre Schrecken weitgehend verloren. Damit hat sich die ursprüngliche Abhängigkeit auf ein Maß reduziert, das sich ähnlich auch in anderen Bereichen menschlichen Zusammenwirkens vorfindet."⁵

Leber konnte sich damals im DGB nicht durchsetzen. Es war vor allem die IG Metall unter ihrem Vorsitzenden Otto Brenner, aber auch die IG Chemie-Papier-Keramik unter dem Vorsitz von Wilhelm Gefeller und die Gewerkschaft ÖTV unter dem Vorsitz von Adolph Kummernuß, die sich Leber in den Weg stellten.

Im Grundsatzprogramm von 1981 wird, und dies war ein Kompromiß, formuliert: "Seit Beginn der Industrialisierung werden die sozialen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit geprägt. Den Interessen der Unternehmer an maximalen Gewinnen stehen die Interessen der Arbeitnehmer an sicheren Arbeitsplätzen, menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen und ausreichenden Einkommen gegenüber."⁶

Werner Petschick und Klaus Pickshaus meinten 1981, daß die Vertreter sozialpartnerschaftlicher Auffassungen ihre Erwartungen hinsichtlich einer stärkeren Akzentuierung ihrer Positionen nicht erfüllt sahen. Bei allen Widersprüchen könne das Programm eine Grundlage autonomer Gewerkschaftspolitik sein. Es stelle eine Plattform der Zusammenarbeit aller politischen Strömungen in der Einheitsgewerkschaft dar. Probleme sahen die Autoren allerdings "im Bereich der Verwirklichung der Programmforderungen, in der noch unterentwickelte Diskussion und unzureichenden Formulierung von Durchsetzungsstrategien sowie der Sicherung der einheitlichen Stoßkraft der Gewerkschaften"⁷.

II.

Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus sehen die sozialpartnerschaftlich orientierten Kräfte im DGB die Chance, 1996 ein Grundsatzprogramm durchsetzen zu können, das ihren Vorstellungen weitgehend entspricht.

Im Dezember 1989 schrieb der Vorsitzende der GEW, Dieter Wunder, daß dieser Zusammenbruch die Gewerkschaften zwingt, "ihr Selbstverständnis zu überdenken". Für die Gewerkschaften gäbe es keinen Grund

⁵ Zitiert nach: Heinrich Brankamp, noch'n vermögensplan und alles im lot? Georg Leber und das DGB-Grundsatzprogramm, Duisburg-Ruhrort, o.J.

⁶ Arndt u.a., DGB Programm '81, a.a.O., S. 208.

⁷ Ebenda, S. 32.

mehr, "ihren Beschlüssen die Vorstellung einer alternativen Gesellschaftsordnung zugrunde zu legen". Es gebe nur die kapitalistische Gesellschaft und "gewisse Leitideen", in welcher Richtung sich der Kapitalismus verändern sollte. Entfalle der "explizite oder implizite Gegenentwurf einer Gesellschaftsordnung", so könnte die IG Metall den Weg der IG Chemie gehen, "weg von der alternativen Gesellschaftsordnung hin zu gesellschaftspolitischen Zielen innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft".⁸

Einen Monat später erfolgte eine Replik von Karlheinz Blessing, damals noch Leiter der Abteilung 1. Vorsitzender im Vorstand der IG Metall. Er kritisierte insbesondere Wunders Verzicht auf gesamtwirtschaftliche Planung. Blessing schreibt:

"Gewerkschaften müssen bereits im Vorfeld, das heißt bei der Entscheidung über Investitionen beteiligt sein, wenn sie nicht auf die Rolle der Rot-Kreuz-Station hinter der Front des Kapitalismus beschränkt sein wollen. Das Konzept der Mitbestimmung und der Demokratisierung der Wirtschaft unterscheidet sich aber auch deutlich von der Idee der sozialen Marktwirtschaft. Sie geht von der Unantastbarkeit der Verfügungsgewalt der Produktionsmittelbesitzer aus und weist dem Staat lediglich eine rahmensetzende ordnungspolitische Funktion zur Aufrechterhaltung des Wettbewerbs zu. Die Gewerkschaften sollen sich auf die Rolle der bargaining power (Verhandlungsmacht) beschränken und eine nachsorgende sozialpolitische Kompensationsfunktion übernehmen. ... Es gibt sehr wohl einen Revisionsbedarf gewerkschaftlicher Programmatik und Strategie. Er ist allerdings unabhängig von den Ereignissen im Osten."

Blessing verwies auf die Zukunftsdebatte der IG Metall Ende der achtziger Jahre, die keinesfalls angelegt gewesen wäre, "die Abkehr von einer alternativen Gesellschaftsordnung zu propagieren und die Versöhnung mit der kapitalistischen Gesellschaft herbeizuführen. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist nach wie vor gut geeignet, die Grundstrukturierung auch moderner sozialstaatlicher Gesellschaften zu analysieren".⁹

Ein Jahr später, auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik, forderte Hermann Rappe in seinem Grundsatzreferat, daß "die grundsätzlichen Ziele der gewerkschaftlichen Programmatik überdacht und neu definiert werden" müßten. Wer gesellschaftlichen Fortschritt wolle, müsse "das Angebot der sozialen Marktwirtschaft als die einzige Chance ideologisch begreifen und praktisch aufgreifen. Es gibt keine Alternative". Diese könne nur "mit und nicht ohne Wille und Fähigkeit zum Konsens leben. Deshalb bekennt sich unsere Gewerkschaft in den Grundfragen zum Konsens mit den Unternehmen und für die Unterneh-

⁸ Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 12, Dezember 1989, S. 714ff.

⁹ Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 1, Januar 1990, S. 2ff.

men gilt dies ebenso." Der Konsens mit den Unternehmen wird von ihm an vielen Stellen seines Referates immer wieder beschworen.¹⁰

In der gemeinsamen Erklärung der Hauptvorstände der IG Bergbau und Energie, der IG Chemie-Papier-Keramik und der Gewerkschaft Leder, Anfang Juni 1993 in Bad Münden, wird davon ausgegangen, daß das neue Grundsatzprogramm ein klares Bekenntnis "zur ökologisch-sozialen Marktwirtschaft" enthalte.¹¹

Seppel Kraus, im Vorstand der IG Chemie-Papier-Keramik mit Fragen der DGB-Reform betraut, forderte, das Grundsatzprogramm des DGB von 1981 grundlegend zu reformieren. Besonders kritikwürdig findet er Forderungen nach Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum, nach einem volkswirtschaftlichen Rahmenplan und Investitionslenkung. "Es ist die Frage, ob es uns gelingt, uns von diesen Vorstellungen und dieser Sprache zu lösen".¹² Einer Fundamentalkritik an der Marktwirtschaft müsse "man sich ganz entschieden entgegenstellen".¹³

Um aber allen Mißverständnissen vorzubeugen, daß die IG Chemie-Papier-Keramik mit anderen Auffassungen in den Reihen des DGB einen Konsens herstellen wolle, erklärte Hermann Rappe unmißverständlich: "Die Diskussion über das DGB-Grundsatzprogramm wird zeigen, wohin die Reise geht. Prinzipielle Positionen der IG Chemie-Papier-Keramik stehen dabei nicht zur Disposition, können auch nicht 'weggeschlossen' oder in ihr Gegenteil verkehrt werden - weder auf Kongressen noch sonstwo".¹⁴

III.

Vor allem aus den kleinen Gewerkschaften regte sich Widerstand gegen die sozialpartnerschaftliche Orientierung Hermann Rappes und seiner politischen Freunde.

Peter Riemer von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff schrieb im Sommer 1993: "Für den Kollegen Hermann Rappe, den Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik, beispielsweise steht im Vordergrund eine andere politische Ausrichtung der Gewerkschaften. Er fordert, daß die Gewerkschaften Abschied nehmen sollen von einer offensiven Interessenvertretung gegenüber den Arbeitgebern und lieber mit ihnen zugunsten ihrer Branche gemeinsam Druck auf die Politik machen sollen. Er und andere

¹⁰ Pressedienst der IG Chemie-Papier-Keramik, XXVII/63, 26.6.1991.

¹¹ Gewerkschaftliche Umschau, Nr. 4/1993.

¹² Gewerkschaftliche Umschau, Nr. 5/1993, S. 31.

¹³ Seppel Kraus, Bausteine für eine DGB-Reform, Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 5, Mai 1993, S. 289.

¹⁴ Die Quelle, November 1993, S. 3.

sehen die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung eher in der Rolle eines Interessenverbandes für die hochqualifizierten und schon relativ gut bezahlten Spitzenfachkräfte der Unternehmen, auf deren Gewinnung der Schwerpunkt gesetzt wird.

Wir von der GHK dagegen meinen, daß gerade heute ein konfliktfreudigerer Kurs gegenüber der Kapitaleseite und ihren politischen Interessenvertretern nötig ist, weil uns alles weggenommen werden soll, was wir in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben. Wir meinen, daß nicht die unsere Hauptzielgruppe sind, die sich weitgehend selbst helfen können. Wir müssen die Interessenvertretung derjenigen bleiben, die auf gemeinsame Durchsetzung ihrer Interessen angewiesen sind. ...

Die Lage ist ernst. Es darf nicht passieren, daß der DGB zu einem zahnlosen Tiger wird, der vor lauter Verständnis für die Probleme der Wirtschaft und der Unternehmer vergißt, für was er eigentlich da ist und durch wen er getragen und gestützt wird.

Im Gegenteil, wir brauchen einen DGB:

° der endlich Zähne zeigt, wenn eine Politik für Reiche auf dem Rücken der Armen, Kranken, Arbeitslosen und der Betriebskollegen betrieben wird.

° der sich bemüht, den Anteil der abhängig Beschäftigten an dem erwirtschafteten Reichtum der Bundesrepublik zu sichern und auszubauen.¹⁵

Arno Klönne kommt in seinen "Bemerkungen zur Gewerkschaftsreform" zu folgendem Ergebnis: "In gewisser Weise haben sich auf der Basis enorm entwickelter Technologien und einer nun wirklich internationalisierten Ökonomie, 'frühkapitalistische' Verhältnisse wieder angebahnt, und die 'Ordnungen' der 'sozialen Marktwirtschaft', teils von den Gewerkschaften erst durchgesetzt, teils 'Fremdhilfen' für die Gewerkschaften (mitunter ungewollte), schwinden dahin. ... Generell ist der sozialstaatliche Konsens zerbrochen".

Klönne zieht daraus den Schluß: "Die Gewerkschaften, wenn sie kräftig mitmischen wollen in den alltäglichen Konflikten des 'neuen Frühkapitalismus', werden dies nur können, wenn sie als gesellschaftliche Opposition identifizierbar sind, als organisiertes Netzwerk für Kritik, Korrektur, Protest, Widerstand - und praktizierte Alternativen zu dem, was sich als Sozialdarwinismus in System und Lebenswelt vollzieht".¹⁶

IV.

Zwischen der Organisationsreform des DGB und einem neuen Grundsatzprogramm besteht ein enger Zusammenhang. Dennoch wird vor allem in

¹⁵ Tatsachen für GHK Vertrauensleute, Vertrauensleutebrief, Juli/August 1993.

¹⁶ IG Medien Forum 6 - 7/94, S. 9 und 11.

den Apparaten - die Mitgliedschaft ist von der Diskussion noch weitgehend ausgeschlossen - primär über die Organisationsreform diskutiert, die genau genommen auf eine Sparorgie hinausläuft und für die Beschäftigten in den Gewerkschaften existentielle Probleme schafft.

Auf dem DGB-Kongreß setzten in der Aussprache über die Organisationsreform der Vorsitzende der IG Medien, Detlef Hensche, und der hamburgische Bezirksleiter der IG Metall, Frank Teichmüller, Akzente.

Hensche zog auf der Grundlage der vom Gewerkschaftsrat der IG Medien am 18. und 19. Mai 1994 verabschiedeten "Thesen zur DGB-Reform" folgende Konsequenzen:

1. Größtmögliche Nähe zu den Mitgliedern, ihren Bedürfnissen und Interessen. Kein Rückzug aus der Fläche.

2. Höchstmaß an innerverbandlicher Demokratie. Wahlfunktionen dürfen nicht in Frage gestellt werden. Stärkere Bindung an die Basis. Große Bedeutung komme hier den DGB-Kreisen zu. Alles was dort geschehe, vom Verkehrswesen bis hin zu den Kindergärten, treibe die Mitglieder um. Sie erwarten dort einen starken, präsenten und konfliktfähigen DGB.

3. Der DGB dürfe nicht allzuständig sein. Es gäbe viele Einrichtungen von Umweltinitiativen bis hin zu den Kirchen und Mieterverbänden, die einzelne Sektoren viel besser bearbeiten als die Gewerkschaften. Bündnisse mit ihnen könnten die Gewerkschaften nur stärker machen.¹⁷

Frank Teichmüller wandte sich ebenfalls gegen einen Rückzug aus der Fläche und plädierte für eine Stärkung des "ehrenamtlichen Elements".¹⁸

Der DGB-Kongreß ging jedoch in eine andere Richtung. In den Satzungsbeschlüssen wurden Weichen gestellt, die der Beteiligung der gewerkschaftlichen Basis wenig förderlich sind und letztlich doch auf einen Rückzug aus der Fläche hinauslaufen.

V.

Für die weitere Entwicklung des DGB ist entscheidend, wie sich seine mit Abstand größte Gewerkschaft, die IG Metall, verhält. An ihr waren in der Vergangenheit alle Versuche gescheitert, den DGB in schieflich-friedliche Sozialpartnerschaftsbahnen zu lenken.

Hatte sich die IG Chemie-Papier-Keramik in den siebziger Jahren in der Ära Hauenschild-Rappe von der früheren Konzeption entfernt, so ist zu beobachten, daß die IG Metall unter der Führung von Franz Steinkühler begann, auf ähnlichen Wegen zu wandeln.¹⁹

¹⁷ DGB-Kongreß, Tagesprotokoll, S. 188/189.

¹⁸ Ebenda, S. 191.

¹⁹ Siehe hierzu Heinz Schäfer, Politischer Paradigmenwechsel? Zum Gewerkschaftstag der IG Metall, in: Z 13, März 1993, S. 58ff.

Eine wichtige Rolle in diesem Prozeß, der noch keinesfalls abgeschlossen ist und in der Organisation auf heftigen Widerstand trifft, spielt die Grundsatzabteilung im Vorstand der IG Metall, die dem 1. Vorsitzenden untersteht.

Wolfgang Kowalsky wurde im April 1992 in die Grundsatzabteilung geholt, nachdem er die Arbeit zu seinem Buch "Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken" abgeschlossen hatte. In diesem Buch stellt er sich schützend vor die Rechten und verteufelt die linke Kritik. Dem Schriftsteller Ralph Giordano wirft er vor, daß dieser von einer ungebrochenen Kontinuität zur NS-Zeit spreche und daraus folgere, daß Brechts Epilog zu "Arturo Ui": "Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch", hochaktuell sei. Jeder Überfall auf Ausländer werde wie eine Perle auf der Faschismuskette aufgezogen. Er wandte sich dagegen, die Repts "Neonazis" zu nennen. "Die neue Rechte ... zeigte, daß sie mit dem historischen Faschismus nichts gemein hat".²⁰ Die Angriffe auf Ausländerheime seien bislang nicht organisiert, und der Ruf nach staatlichem Eingreifen stelle letztlich "eine linke Bankrotterklärung" dar. Steinkühler stellte sich schützend vor Kowalsky.

Kurz nach dem Gewerkschaftstag wurde in der "Frankfurter Rundschau" von den Mitarbeitern der Grundsatzabteilung Hans-Joachim Schabedoth und Wolfgang Schröder ein Artikel "wider einen linken Fundamentalismus in der Asyl- und Blauhelm-Debatte" geschrieben²¹, in dem sie auch hier eine Wende in der Politik der Gewerkschaften forderten. Die Maxime, daß militärische Interventionen keine Probleme löse, sondern nur neue schaffen, könne kein Vorwand sein, "schon prinzipiell tatenlos zu bleiben". Sie plädieren dafür, "alle Möglichkeiten international abgestimmter Aktionen, vom Embargo bis zum Militäreinsatz, sorgfältig abzuwägen".

Nunmehr ist aus der Abteilung Grundsatzfragen im Vorstand der IG Metall im August 1994 ein Papier "Reform und Erneuerung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der IG Metall" veröffentlicht worden, das nicht nur auf eine völlige Veränderung des Inhalts der Bildungsarbeit zielt; die Bildungsstätte Lohr schließt nicht aus, "daß mit diesem Papier ein Kurswechsel der IG Metall unterstützt werden soll". Auch das Bildungszentrum Sprockhövel schätzt ein, daß das in dem Papier enthaltene Politikverständnis "in höchstem Maße zentralistisch und undemokratisch ist" und die Verfasser einen "Kurswechsel der IG Metall" wollten.²²

In dem Papier wird dafür plädiert, von Mitarbeitern, die sich einem "Prozeß der Erneuerung" verweigerten oder entgegenstellten, müßte sich die

²⁰ Wolfgang Kowalsky, Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken, Frankfurt/M./Berlin 1992, S. 24, 25, 29, 31, 32, 49, 56.

²¹ Frankfurter Rundschau v. 7.11.1992.

²² Zit. nach Briefen an Siegfried Bleicher.

Organisation trennen. "Hier wären Angebote für den Vorruhestand bzw. Abfindungen denkbar, als letztes Mittel betriebsbedingte Kündigungen".

Es ist wenig wahrscheinlich, daß diese Abteilung an der Abteilung Bildungspolitik und dem zuständigen geschäftsführenden Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher vorbei solche Ausarbeitungen vornehmen würde, ohne sich auf Fürsprecher in der Spitze der IG Metall stützen zu können. Klaus Zwickel schrieb in einem Brief an den gesamten Organisationsbereich, daß er sich gegen den "gewählten Stil" wende. Zu Inhalt und Methode sagte er dabei nichts.

Daß es wirklich um einen Kurswechsel geht, zeigte sich mit aller Deutlichkeit beim Tarifabschluß 1994. Lange vor diesem Tarifabschluß am 5. März 1994 hatte die IG Metall, so Klaus Zwickel auf einer Pressekonferenz am 21.2.1994, ihre Kompromißbereitschaft "durch die Erklärung des Vorstandes vom 8. Februar, mit der wir die Ziele für das Ergebnis der Tarifbewegung unterhalb unserer aufgestellten Forderungen formuliert hatten", präzisiert.²³

Walter Riestler hatte bereits am 13. Januar in einem Vortrag erklärt: "Denkbar ist auch, daß wir angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen um Beschäftigungssicherung im Tarifvertrag die Arbeitszeiten in der Bandbreite nach unten öffnen."²⁴ Vorstellbar sei es auch, im Flächentarifvertrag eine Option von 30 Stunden zu definieren. "Denkbar ist dabei auch parallel dazu eine Arbeitszeitbandbreite zu definieren, die durch die Betriebsparteien auch für die Teilbereiche des Betriebes vereinbart werden kann. Hier kann im Einzelfall ausgewiesen werden, wie der Lohnausgleich bei 34, 33, 32 oder 31 Stunden anzusetzen ist."²⁵

Es ist leicht festzustellen, daß Riestler hier bereits lange vor dem Abschluß das Ergebnis präjudizierte. Hans Mundorf kommentierte später im "Handelsblatt": "Früher war es die IG Metall, die im Sog ihrer marxistischen Neigungen mit der Tarifpolitik auch den Klassen- und Verteilungskampf suchte. Sie ist heute pragmatischer".²⁶

Der "neue Stil" wurde schon seit längerem in der Presse registriert. So schrieb die von der BDA herausgegebene Zeitschrift "Unternehmen und Gesellschaft" 1992: "Permanente Gesprächsbereitschaft von Gewerkschaftern und Arbeitgebern - das ist bereits neuer Stil, und der Erfolg scheint Riestlers angekündigten Veränderungen der Tarifstrukturen in der Metall- und Elektroindustrie von Nordwürttemberg/Nordbaden recht zu geben. Kein Wunder also, daß ein Mann mit diesen Fähigkeiten, mit Weitblick und Ideologieförderung bereits als neuer Spitzenfunktionär gehandelt wird,

²³ Vgl. dazu: Heinz Schäfer, Mit einer defensiven Strategie ist eine aktive Tarifpolitik nicht zu verwirklichen, PDS Informationsdienst Gewerkschaftspolitik, 18. März 1994, S. 8.

²⁴ Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1994, S. 154.

²⁵ Ebenda, S. 155.

²⁶ Handelsblatt v. 7.3.1994

wenn der IGM-Kongreß im Herbst zwei neue Mitglieder in den elfköpfigen Bundesvorstand wählen will".²⁷

In der "Frankfurter Rundschau" hieß es: "Von den Spitzengewerkschaftern hat kaum einer gedanklich so radikal mit dem gewohnten Gegeneinander der 'Sozialparteien' (Riester) gebrochen wie der Stuttgarter Bezirksleiter. Aus dem DGB-Jugendsekretär, der den allmählichen Triumph des Sozialismus für eine Naturnotwendigkeit hielt, wurde ein bienenfleißiger Pragmatiker, der unentwegt nach konkreten Problemlösungen sucht. ... Und dies bei Bedarf und nach Möglichkeit im Dialog und in Kooperation mit der 'Gegenseite'".²⁸ Die Zitate ließen sich fortsetzen.

Die IG Metall hat in einem Zeitraum von nur gut anderthalb Jahren mit Gesamtmetall drei gemeinsame Positionspapiere ausgearbeitet:

1. Zur langfristigen Sicherung des Wirtschaftsstandortes neue Bundesländer und Berlin aus der Sicht der Metall- und Elektroindustrie (Januar 1993).
2. Für Wettbewerbsfähigkeit und mehr Beschäftigung (April 1994).
3. Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit (Juli 1994).

In all diesen Papieren wird der Eindruck erweckt, als ob in prinzipiellen gesellschaftlichen Fragen gemeinsame Interessen zwischen der IG Metall und Gesamtmetall bestünden.

Der Kern des ersten Papiers besteht darin, Überlegungen anzustellen, wie die Mittel für Investitionen vom Staat mobilisiert werden können. Die Gewinne der Unternehmen spielen keine Rolle. Kurz nachdem dieses Papier unterzeichnet wurde, kündigte die Metallindustrie im Osten einseitig die Tarifverträge.

Im zweiten Papier geht es im Prinzip um die gleiche Problematik, ohne daß die Unternehmer sich auch nur in einem Punkt zu etwas Konkretem verpflichten. Da wird sich zur Tarifautonomie bekannt, der § 116 des AFG und die ganzen Deregulierungsmaßnahmen werden jedoch mit keinem Wort erwähnt. Die IG Metall bekennt sich allerdings zur "Eigentumsordnung auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft". Zur Finanzierung eines investitionspolitischen Impulsprogramms wird von "Einsparungen und Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten" gesprochen, ohne diese näher zu bestimmen. Zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten werden in der "Privatisierung von Vermögen in öffentlicher Hand" gesehen. Für den Zukunftsdialoq fordert das Papier einen Sachverständigenrat für Fragen der technologischen Entwicklung. Hier ist von "systematischer Beobachtung", "Empfehlungen", "Entwicklungen von Grundsätzen und Vorstellungen", vom "Anhörungsrecht der gesellschaftlichen Gruppen", aber mit keinem Wort von Mitbestimmungsrechten die Rede.

²⁷ Unternehmen und Gesellschaft, Nr. 5/92, S. 27.

²⁸ Frankfurter Rundschau v. 29.9.1993.

Zur Bedeutung dieser gemeinsamen Papiere erklärte der 1. Vorsitzende der IG Metall, Klaus Zwickel vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie am 31. Mai 1994:

"In der Metallindustrie ist jetzt - *erstmal*s mit Zustimmung beider Verbandsspitzen - *wirtschaftspolitischer Konsens erzielt worden*. Es wäre fatal, diese Chance etwa aus kurzen wahltaktischen Überlegungen zu verspielen. Es ist stattdessen geboten, *diese Chance auch aus prinzipiellen gesellschaftspolitischen Überlegungen zu nutzen*."²⁹

Schon auf dem 1. Augsburger Forum am 19./20.2.1993 war von linken Funktionären der IG Metall festgestellt worden, daß in ihrer Organisation ein gewerkschaftlicher "Modernisierungs-Pragmatismus" an Einfluß gewonnen habe, "der von einem neuen gewerkschaftspolitischen Selbstverständnis aus für eine Revision grundlegender programmatischer Positionen der IG Metall eintritt." Überschätzt würden die im Konsens mit dem "aufgeklärten Management" realisierbaren betrieblichen Gestaltungsmöglichkeiten. Auf einer abstrakten Ebene ließen sich relativ einfach gemeinsame Interessen zwischen Kapital und Arbeit an qualifizierten, motivierten, selbstbestimmten Beschäftigten beschreiben. Brüchig werde dies aber sehr schnell, wenn versucht werde, die Rechte der Beschäftigten in Betriebsvereinbarungen oder Tarifverträgen zu fixieren.³⁰

VI.

Im Gegensatz zur IG Chemie-Papier-Keramik vollzieht sich der Paradigmenwechsel in der IG Metall eher schleichend. Die Linke wird aber gar nicht darum herumkommen "eine offene Auseinandersetzung über die politisch-strategische Grundorientierung der Politik der IG Metall zu führen" - sonst wird das neue Grundsatzprogramm des DGB mit Sicherheit eine rechtslastige Kopfgeburt. Dabei sollten Lösungsschritte stets von den aktuellen Interessen der Beschäftigten ausgehen.³¹

Wichtig wird es dabei sein, sich nicht auf Nebenschauplätze abdrängen zu lassen, etwa in eine abstrakte Diskussion über den Widerspruch von Kapital und Arbeit. In den Mittelpunkt gehören die Beschäftigungs- und Verteilungsproblematik. Wenn die Gewerkschaft ihre Orientierung darauf verlegt, den Unternehmerwünschen zu folgen und diese Probleme vor allem betriebsnah zu regeln, würde dies, da hier die Konkurrenz der einzelnen Standorte untereinander zu groß ist, gemeinsame solidarische Aktionen sehr erschweren oder sogar unmöglich machen.

²⁹ Hektographiertes Manuskript, Pkt. 10 (Hervorh. H. Sch.).

³⁰ Siehe Sozialismus, H. 4/1993, S. 39ff.

³¹ Vgl. Otto König, Organisationsreform, in: Sozialismus, H. 9/1993, S.32.

Frank Deppe³² ist zuzustimmen, wenn er fordert, politische und gesellschaftliche Antworten auf jene Widerspruchskomplexe zu finden, "die aus der inneren Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Wirtschaft hervorgehen". Vor allem die Problematik Massenarbeitslosigkeit sollte im Mittelpunkt stehen. Sie ist auf betrieblicher oder Unternehmensebene nicht lösbar. Das wird sich im nächsten Jahr in der Automobilindustrie zeigen, wenn bei VW der Tarifvertrag ausläuft und erneut Massenentlassungen auf der Tagesordnung stehen.

Für die Programmdiskussion sind dabei die in mehreren angenommenen Anträgen enthaltenen Forderungen nach einer gesellschaftlichen Steuerung interessant, die dort greifen sollen, wo der Markt offensichtlich nicht in der Lage ist, die anstehenden Probleme zu lösen. Solche Vorstellungen können nur durchgesetzt werden, wenn tatsächlich Gegenmacht entfaltet und nicht nur darüber geredet und sich der Hoffnung hingegeben wird, daß dies im Konsens mit den Unternehmern realisiert werden könne. Die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Gewerkschaften werden nicht zu bewältigen sein durch Anpassung, sozialpartnerschaftliche Kooperation und Verzicht auf solche gesellschaftspolitische Alternativen, die die Veränderung von gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnissen einschließen.

³² Frank, Deppe, Erneuerung des politischen Mandats, Anforderungen an die Programmdiskussion der Gewerkschaften, in: Sozialismus, H. 4/1994, S. 47ff.

Die Marxsche Urfassung des 3. Bandes des "Kapitals" von 1864/65

Zur 8. Sitzung der AG Marx-Engels-Forschung am 11./12. Juni 1994 in Frankfurt/M.

Bekanntlich hat erst Friedrich Engels den dritten Band des "Kapitals" herausgegeben, und zwar 1894, zehn Jahre nach Marx' Tod und dreißig Jahre nach der Niederschrift des Manuskripts. In jener Fassung wurde der Text des dritten Bandes hundert Jahre lang gelesen und interpretiert. Über Abweichungen der Engels'schen Edition vom Marxschen Original, über die sich Engels im Vorwort zwar äußerte, die aber im Detail unbekannt blieben, wurde in der weltweiten Marxismusinterpretation ausgiebig spekuliert. Erst die Veröffentlichung des Urmanuskripts in Band II.4.2 der neuen MEGA (1993) bietet den interessierten Fachkreisen die Möglichkeit der direkten Textgegenüberstellung und -bewertung.

Durch Einladung der Berliner MEGA-Spezialisten Carl-Erich Vollgraf, Jürgen Jungnickel und Manfred Müller, die direkt an der Edition des Urtextes in der neuen MEGA gearbeitet und mehrfach über die Thematik publiziert haben, war die Voraussetzung für eine fruchtbare Debatte auf der Frankfurter Tagung gegeben.

Erwartungsgemäß stand die Tragweite der Engels'schen Bearbeitung für den wissenschaftlichen Gehalt des Marxschen Textes im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen. Zwar wurde von keinem der Anwesenden die Legitimität des Engelsschen Vorgehens infragegestellt, durch eigene Ausführungen die zahlreichen Lücken des Marxschen Manuskripts gefüllt und es damit überhaupt aus einem Torso zu einem lesbaren Buch gemacht zu haben. Gleichwohl wurde ihm allgemein angekreidet, mitunter längere Eigenpassagen nicht als solche kenntlich gemacht zu haben.

Erheblichere Meinungsverschiedenheiten traten auf der Tagung bei der Frage auf, ob Engels ausreichend im Marxschen Sinne redigiert habe, oder ob er nicht zu eigenwillig und entgegen dem authentischen Marxschen Methodenverständnis manche Kapitel verfaßt bzw. zusammenstellt habe (etwa zum Fall der Profitrate oder zum Kreditwesen). Während z. B. Michael Heinrich (Berlin) bis zur Forderung ging, daß nach Veröffentlichung des Urtextes der gängige dritte Band jetzt "eingestampft gehöre", sahen andere Redner in der Engels'schen Textbearbeitung keine so gravierenden Differenzen. Ihrer Meinung zufolge kam es Engels 1894 nicht auf eine historisch-kritische Textedition an - diese könne nur die internationale Marx-Engels-Forschung rund um die MEGA leisten -, sondern in erster Linie darauf, aus dem dreißig Jahre alten Manuskript endlich den lange und allseits erwarteten Abschlußteil des ökonomischen Grundlagenwerks zu for-

men, und zwar für die politischen Bedürfnisse des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts. Das habe eigene Aktualisierungen erfordert, bei selbstverständlichem Respekt vor dem Original.

Mir (W. Sch.) scheint, sofern ein Kommentar gestattet ist, damit die Streitfrage nicht beantwortet, sondern nur von zwei verschiedenen Seiten beleuchtet. Sie läßt sich meines Erachtens überhaupt nicht klären, da über den "authentischen Marx" jeder Marxinterpret, Engels eingeschlossen, andere Vorstellungen hat. Hier lugt ein eher politisch motivierter Dauerbrenner der Marxismusinterpretation hervor: Marx gegen Engels, "Marx, der Wissenschaftler" und "Engels, der oberflächlicher Vulgarisator". Oder anders: Nicht Engels habe Marx begriffen, sondern erst dessen spätere Interpreten, von denen ja manche behaupten, daß sich Marx selber nicht verstand. Zu fragen wäre demgegenüber, ob die Differenzen zwischen Marx und Engels zeitgemäße Debatten in einer Gegenwart sind, die die Namen beider Wissenschaftler ignoriert, aktiv verdrängt, aus dem Allgemeinbewußtsein verbannt und schlichtweg vergißt.

In Abstimmung mit den Referenten der Tagung geben wir hier den Einleitungsbeitrag von Manfred Müller sowie einen (bei der Tagung aus Krankheitsgründen selbst nicht vorgetragenen) Beitrag von Wolfgang Jahn (Halle) wieder.

Fritz Fiehler (SOST) aus Hamburg trug Thesen zum Thema "Konkurrenz: Eine mystifizierende Form gesellschaftlicher Selbststeuerung" vor.

Die Referate von Carl-Erich Vollgraf und Jürgen Jungnickel erscheinen in den MEGA-Studien 2/94 unter dem Titel: "Marx in Marx' Worten". Zu Engels' Edition des Hauptmanuskripts zum dritten Band des 'Kapitals'. Auf diesen Beitrag sei hier ebenso verwiesen wie auf den Beitrag von Manfred Müller, Barbara Lietz und Jürgen Jungnickel "Zur Erstveröffentlichung des Originalmanuskripts zum 3. Buch des 'Kapitals' in der neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²)" in Z 7, September 1991, S. 131-141.

Winfried Schwarz

Manfred Müller

Einige Bemerkungen zum Entwurf des dritten Buches des "Kapitals" von 1864/1865, wie er in der MEGA² veröffentlicht ist

Vom Entwurf des dritten Buches des "Kapitals" liegen jetzt zwei Editionen vor, die textlich und strukturell gewisse Unterschiede aufweisen, was schon ein Paradoxon ist. Über das Anliegen und die Prinzipien ihrer Herausge-

ber zu sprechen, ist daher nicht nur angebracht. Es ist meines Erachtens sogar notwendig, weil die historisch-kritische Edition von 1992 - scheinbar unbegründet - auf eine ausdrückliche Kritik an Engels' verdienstvoller Publikation von 1894 verzichtet.

I.

Engels äußerte über den Zustand des Manuskripts, es sei "eine erste, oft unterbrochene und unvollständige Skizze" (an Danielson, 4. Juli 1889. In: MEW, Bd. 37, S. 244). Die wichtigsten Kapitel waren seines Erachtens "in ziemlicher Unordnung - was die Form angeht" (an Sorge, 3. Juni 1885. In: MEW, Bd. 36, S. 324). Er sprach vom unvollendeten Zustand des Originals, im gleichen Atemzug aber von einer klaren Darlegung der äußerst schwierigen Fragen (an Danielson, 23. April 1885. In: Ebenda, S. 301/302). Das "Hauptmanuskript" (MEW, Bd. 25, S. 11) wie er den Entwurf bezeichnete, sollte - unter Einbeziehung einiger später entstandener Ansätze für einzelne Punkte des ersten Kapitels bzw. Abschnitts - nach der Abschrift aus dem Original durch die redaktionelle Bearbeitung eine publikationsreife Form erhalten. Wozu eine detailliertere Gliederung gehörte, damit - nach Engels' Worten - "die Gesamtlinie der Beweisführung klar und plastisch herauskommt" (an Danielson, 4. Juli 1889. In: MEW, Bd. 37, S. 244). Es ging ihm um einen authentischen Text. Für eine Umarbeitung fehle ihm - ich zitiere noch einmal - "alle Berechtigung; ein Mann wie Marx hat den Anspruch, selbst gehört zu werden" (MEW, Bd. 25, S. 897).

Durch die Veröffentlichung des Entwurfs in der MEGA² ist nunmehr ein Vergleich mit der Erstedition möglich. Ausgenommen die Punkte "Kostpreis und Profit" sowie "das Verhältnis der Mehrwertrate zur Profitrate" werden alle Änderungen des Textes von Marx durch Engels einsichtbar, kann dessen redaktionelle Tätigkeit nachvollzogen werden.

Ein Mangel des Entwurfs ist die wenig übersichtliche äußere Einteilung. Nicht alle Knotenpunkte sind da feststellbar, nur die Grundlinie der Beweisführung. Das ziemlich umfangreiche, 575 Handschriften - Seiten zählende Manuskript ist in sieben Kapitel, jedes Kapitel nur in wenige Punkte gegliedert, was den Zugang zur Theorie erschwert. Die Darstellung des Produktionsprozesses des Kapitals besaß formell zunächst eine ähnliche Disposition, die Marx auf dem Wege zur 2. Auflage verbesserte. Auch weil Engels zur Erstauflage bemerkt hatte, was bestimmte Kapitel angeht, da sei die theoretische Entwicklung durch tiefergehende Gliederung anschaulich zu machen, bzw. eine Verbesserung durch häufigere Unterteilung und stärkere Hervorhebung entschieden anzustreben (siehe MEW, Bd. 31, S. 303 und 324). Analog verfuhr Engels nun mit dem Entwurf des dritten Buches, indem er Überschriften faktisch einschob, m.E. ohne dessen innere Struktur zu verändern.

Darüberhinaus nahm Engels offenkundig nicht wenige terminologische und strukturelle sowie stilistische Änderungen vor. Er stellte auch Aussa-

gen um oder kürzte den Text und fügte eigene Gedanken ein. Im Vorwort teilte er die seiner Meinung nach hauptsächlichen Eingriffe mit, die zahlreichen einzelnen hielt er nicht für erwähnenswert. Eike Kopf spricht von einem 390 Seiten umfassenden Veränderungsverzeichnis, das die Differenzen zwischen den beiden Fassungen herausstelle (siehe Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, Neue Folge 1, S. 207). Darunter sind meines Erachtens nicht wenig inhaltlich problematische; und ich hege gewisse Zweifel, daß die vielschichtigen Varianten in einer überschaubaren, rationalen Form dargeboten werden können. Jedenfalls wird die in Gang kommende Textkritik diese Entwicklung nunmehr bis ins Detail rekonstruieren. So daß sich auch die Möglichkeit eröffnet, Engels' Rezeption der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie eingehend zu erforschen.

Im Gegensatz zur Studienausgabe von Engels waren bzw. sind die Bearbeiter der MEGA² verpflichtet, die überlieferten Materialien des dritten Buches vollständig, originalgetreu und in der Folge ihres Entstehens zu edieren. So dokumentiert die II. Abteilung das Werden des "Kapitals", als erstes die unmittelbar zum Werk gehörigen Entwürfe, dann die überlieferten Materialien jedes Bandes bzw. die Druckfassung; und rekonstruiert, wie sich jeder als solcher und im Zusammenhang mit den anderen, vorangegangenen konstituierte. Dies ist der Sinn des Prinzips "frühe Hand", dem auch die Darbietung der Autorvarianten folgt. Insofern mußte es faktisch bei immanenter Kritik an der Erstedition bleiben; mußten die Bearbeiter sich damit begnügen, den Entwurf entsprechend seinem Charakter, seiner Struktur sowie seiner Sprache zu edieren; und damit die Grundlage für weitergehende Analysen zu schaffen.

Höchstwahrscheinlich nähert man sich dem MEGA - Band mit Fragen, die die Bearbeiter auch hatten, als sie mit der Edition begannen. Vor allem, inwiefern das dritte Buch tatsächlich ein roher Entwurf ist, wie sich das am Text selbst und in der Textentwicklung darbietet; an der Genesis und der theoretischen Konstruktion des Ganzen zeigt; an der äußeren Einteilung des Stoffs und der literarischen Form des Buches sichtbar wird. Insbesondere interessierte sie natürlich, ob und inwieweit der unvollendete, fragmentarische Charakter des Manuskripts und der der politökonomischen Analyse miteinander korrespondieren. Wie die "Einführung" sowie der Abschnitt "Entstehung und Überlieferung" im Band deutlich machen, konzentriert - man könnte auch sagen: beschränkt - sich ihre Antwort auf die ausgesprochen werkgenetischen und editorischen Aspekte.

Allgemein muß ich vorwegschicken: Marx rechnete das dritte Buch selbst zu den Büchern seines Werkes, die in der rohen Form verblieben, die alle Forschung ursprünglich besitzt (an Sigmund Schott, 3. November 1877. In: MEW, Bd. 34, S. 307). Schon bei der Niederschrift kamen ihm Bedenken, die weitergehende Studien über die Ökonomie in Anwendung des konstanten Kapitals, über das zinstragende Kapital und über die Grundrente nach sich zogen. Je weiter er voranschritt, desto stärker wurde ihm bewußt,

daß dies nicht die geplante, beabsichtigte Reinschrift, die letzte Ausarbeitung für den Druck sein würde. Problematisierende und auf Lücken hinweisende Aussagen, zahlreiche sogenannte Abschweifungen und manche, nicht eingelöste darstellungsmethodische Hinweise machen dies deutlich. Für den Druck wäre die Analyse sicherlich fortgesetzt bzw. ergänzt worden, wären manche Gedankengänge korrigiert oder verworfen, aus weitläufigen Darlegungen - wie Marx im Manuskript für einen Punkt sogar ausdrücklich bemerkte - das Rationelle herausgenommen worden. Auch wären etlichen Passagen noch historische Illustrationen und wissenschaftskritische Exkurse beigegeben worden, wie dies für den ersten Band des "Kapitals" typisch ist.

II.

Zu unserer Edition möchte ich nun drei Bemerkungen in knapper Form machen.

Erste Bemerkung. Selbstverständlich waren das "3. Kapitel: Kapital und Profit" von 1862 und der Planentwurf von Dezember 1862 sowie die ergänzenden und vorbereitenden Materialien bzw. Exzerptheft editorisch mit dem Entwurf des dritten Buches zu verknüpfen. Um dessen Entstehen näher untersuchen zu können, wurden die "Londoner Hefte von 1850 - 1853", ein umfangreiches Exzerptheft zur Grundrente von 1865/1866 und das etwas später angefertigte Manuskript zur "Differentialrente" ausgewertet. Dadurch gelang es, nicht wenige der angeführten bzw. angedeuteten Fakten oder Stellen, wo von Marx nur der Name des Autors notiert wurde, gewissermaßen zu entschlüsseln und zu belegen, zum einen; zum anderen, sachliche Irrtümer von Marx richtigzustellen.

Betrachtet man den von Marx mit "Konfusion" überschriebenen Teil des Manuskripts, stellt man fest, er gleicht den Exzerptheften. Tatsächlich resultierte er aus einem gesonderten Forschungsgang, der die Niederschrift des Entwurfs unterbrach. "Die Konfusion" wurde in den Entwurf eigentlich nur eingelegt. Alle Seiten dieser Materialsammlung sind vollständig - von oben bis unten durchgehend mit Zitaten, Statistiken und kommentierenden Bemerkungen gefüllt. Im Gegensatz zu den anderen Teilen des Manuskripts, wo die Seiten halbiert, oben mit Text und unten mit Fußnoten beschrieben wurden. Über den Inhalt der "Konfusion" hat Engels bereits wesentliches gesagt. Ich möchte es in Erinnerung bringen: Es handele sich um "lauter Auszüge aus den Parlamentsberichten über die Krisen von 1848 und 1857, worin die Aussagen von dreiundzwanzig Geschäftsleuten und ökonomischen Schriftstellern, namentlich über Geld und Kapital, Goldabfluß, Überspekulation etc. zusammengestellt und stellenweise humoristisch kurz glossiert sind". Es sind "so ziemlich alle damals gangbaren Ansichten über das Verhältnis von Geld und Kapital vertreten, und die hier zu Tag tretende 'Konfusion' über das, was auf dem Geldmarkte Geld und was Kapital sei" (MEW, Bd. 25, S. 13).

Marx äußerte zum spezifischen Rang des Kapitels über das zinstragende Kapital später: "Da der 2nd volume größtenteils zu sehr theoretisch, werde ich das chapter über Kredit zu actual denunciation des Schwindels und der commercial moral." (an Engels, 14. November 1868. In: MEW, Bd. 32, S. 204.) Also stellt sich die Frage, hätte Marx das vielgestaltige Material noch systematisiert und verdichtet - für eine Darstellung des Bankkredits und des kommerziellen Kredits, des Kreditgelds, der Konvertibilität des Kreditgeldes gegen Gold sowie des Wechselkurses; und welche dieser Aspekte gehören zur Darstellung des Kapitals in seiner "Kerngestalt"? Oder welche Aspekte wären Gegenstand der speziellen Abhandlung über den Kredit geworden, die nach derjenigen über die Konkurrenz geplant war? Wie sonst sind seine Aussagen im dritten Buch zu interpretieren: "Die Analyse des Creditwesens und der Instrumente, die es sich schafft, (wie des Creditgeldes u.s.w.)" (MEGA², Bd. II/4.2, S. 469), läge außerhalb seines Planes; oder: die Erscheinungen des Kredits würden nicht im einzelnen untersucht (siehe ebenda, S. 431). Marx hatte schon seinen Konkurrenz - Begriff differenziert, im "Kapital" nur das "Grundgesetz" der Konkurrenz berücksichtigt, könnte es nicht für den Kredit - Begriff eine ähnliche Überlegung gegeben haben?!

Zweite Bemerkung. Mit der Niederschrift des dritten Buches begann Marx unmittelbar nach der des ersten; und er setzte bei der Darstellung des Durchschnittsprofits und Produktionspreises an. Erst darauf wurde das Eingangskapitel über Mehrwert und Profit, vor allem der Punkt "Kostpreis" verfaßt; und hinterher das über das Gesetz des tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate. Er unterbrach danach die Arbeit am dritten Buch, um eine Darstellung des Zirkulationsprozesses des Kapitals zu entwerfen; "die erste selbständige, mehr oder weniger fragmentarische Bearbeitung" (MEW, Bd. 24, S. 11), meinte Engels; und kehrte darauf zum dritten Buch zurück, um sich den besonderen Formen des Profits und der Rente zu widmen. Ich kann das hier nur so mitteilen, wie es auch in der Kommentierung des Bandes geschieht. Auf die Gründe für diese Schrittfolge müßte man noch kommen; ein "offenes" Problem.

Bemerkenswert scheint mir, daß es im Manuskript "Zur Kritik der politischen Ökonomie" von 1861 - 1863 einen ähnlichen Hergang gab. Da folgte auf die Darstellung der Mehrwerttheorie im Werkteil "Produktionsprozeß des Kapitals" unmittelbar das "3. Kapitel: Kapital und Profit". Nebenbei bemerkt, offensichtlich um die Jahreswende 1861/1862 entstanden; also nicht nach den "Theorien über den Mehrwert" geschrieben, wie bisher von uns im MEGA-Band II/3 (siehe Apparat, S. 2394) behauptet, sondern davor. Die Analogie im Vorgehen unterstreicht, daß Marx' Forschung stets darauf abzielte, den inneren Zusammenhang zwischen Wesen und Erscheinungsform der kapitalistischen Produktionsweise widerspruchsfrei zu erklären; sich im Rahmen des Werkes schließlich auch nicht auf den Wert und den Mehrwert zu beschränken, sondern zugleich und vor allem die

unmittelbar praktischen Formen zu entwickeln, die den Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion steuern.

Aber bedenkenswert für jenen "Übergang" vom ersten zum dritten Buch scheint mir auch, daß er historisch vom "6. Kapitel: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses" ausging. Hier erwog Marx, was m. E. bisher unbeachtet blieb, an der 1859 in "Zur Kritik der politischen Ökonomie" veröffentlichten Werttheorie eine erhebliche Änderung vorzunehmen. Inzwischen hatte er "das bisher von der politischen Ökonomie unbegriffene Grundgesetz der kapitalistischen Konkurrenz" entwickelt, "das Gesetz, welches die allgemeine Profitrate und die durch sie bestimmten sog. Produktionspreise regelt" (MEW, Bd. 25, S. 47); was ihn veranlaßte, die Darstellungsweise seiner Theorie zu modifizieren: das ursprünglich von der "reellen Bewegung" der Kapitale: Konkurrenz und Kredit getrennte "Kapital im Allgemeinen" durch das "Kapital seinem Begriffe nach" aufzuheben. So verstand er die Ware jetzt nicht mehr als einfaches oder einzelnes Element des Kapitals, wie in "Zur Kritik...", sondern als dessen allgemein notwendigen Bestandteil. Er behandelte sie nicht mehr als etwas Selbständiges, Materiativ eines bestimmten Quantums an Arbeit, sondern als Verkörperung eines bestimmten Quantums an gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Schließlich faßte er sie nicht mehr als Teil des Gesamtprodukts schlechthin auf, sondern als das Durchschnittsresultat, wie es aus gemeinschaftlich konsumierten Produktionsbedingungen hervorgeht. Marx sah die Ware nunmehr als das Ergebnis direkt gesellschaftlicher und zur Durchschnittsarbeit vieler kooperierender Individuen sich ausgleichender und geschätzter Arbeit an.

Das Fehlen dieser Aussagen könnte er als einen Mangel der früheren Fassung angesehen haben, den er nunmehr zu beheben gedachte. In den "Theorien über den Mehrwert" - an einem Knotenpunkt seines Forschungsprozesses - führte Marx den Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ein, dessen Zusammenhang mit dem des Marktwertes evident ist. Was schließlich mit Konsequenzen für die Darstellung verbunden sein mußte. Das Kapitel über Durchschnittsprofit und Produktionspreis enthält keinen Hinweis darauf, daß es im "Kapital" erneut eine Darstellung von Ware und Geld - verbessert im dargelegten Sinne - geben würde. Da wird der Zusammenhang noch durch Verweise auf "Zur Kritik..." hergestellt. Aber fast am Schluß des vierten Kapitels findet sich die strukturelle Bemerkung: "Bei Betrachtung des Geldes - wie sich seine Bewegungen und Formbestimmtheiten aus der Waarencirculation entwickeln - (Buch I ch. I) - hat man gesehen..." (MEGA², Bd. II/4.2, S. 392). Mit anderen Worten, Marx erwog hier schon, was er erst im Oktober 1866 definitiv aussprach, nämlich im ersten Buch "wieder ab ovo zu beginnen" (an Kugelmann, 13. Oktober 1866. In: MEW, Bd. 31, S. 534). Also wurde das "Kapital" faktisch ab 1864/1865 - seit dem Entwurf des dritten Buches - nicht mehr als unmittelbare Fortsetzung von "Zur Kritik...", sondern als völlig selbständiges Werk gedacht.

Dritte Bemerkung. Bekanntlich entstand der Entwurf der drei theoretischen Bücher des "Kapitals" vom Sommer 1863 bis Dezember 1865. Wie man sagen kann - in einem Zuge. Und werksgeschichtlich interessant ist, daß er nicht nur sukzessive geschrieben wurde, sondern auch im Ganzen veröffentlicht werden sollte. Die drei Bücher sollten in zwei gleichzeitig erscheinenden Bänden enthalten sein: die Bücher eins und zwei im ersten, Buch drei im zweiten. Im Vertrag mit dem Verleger Otto Meissner hatte sich Marx zunächst auch verpflichtet, das Manuskript vollständig bis spätestens Mai 1865 zu liefern. Unter dieser Voraussetzung wollte Meissner bis Ende Oktober das ganze Werk versenden. Schließlich wünschte Marx aber, den Zeitpunkt der Manuskriptablieferung wegzulassen. Was m. E. nicht heißt, daß er den Plan fallen ließ, sein Werk eben als Ganzes gleichzeitig, oder die Bände zumindest kurz nacheinander - ohne große Abstände - herauszubringen; wie manche Aussagen in Briefen belegen.

Aber Engels drängte: "Mach jetzt übrigens rasch voran", bemerkte er am 5. Februar 1865, "die Zeiten sind dem Buch sehr günstig und unsre Namen wieder in achtungsgebietender Weise vor dem Publikum... Versäume also den Moment nicht, es kann einen kolossalen Unterschied in der Wirkung machen". (In: MEW, Bd. 31, S.56.) Sicherlich dachte Engels an die wissenschaftliche Öffentlichkeit, aber ebenso an Interessierte in der Internationalen Arbeiterassoziation. Und es entsprach wohl auch Marx' Überzeugung, der als Autor der Grundsatzdokumente der IAA sowie als Mitglied des Generalrats bereits bekannt war. Schließlich lassen der Vortrag "Value, price and profit", die Gründe seines Entstehens und seine Wirkung erkennen, daß der im "Kapital" dargelegten Theorie eine gewisse aufklärerische Rolle zugedacht war. Dieser Umstand motivierte ihn einerseits, das Werk sobald als möglich zu veröffentlichen. Andererseits sah er gewichtige inhaltliche Gründe dafür, die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, die er in den Grundzügen und wichtigen Einzelheiten für ausgearbeitet hielt, auch in Vollständigkeit darzulegen.

Die Ursache dafür, das "Kapital" im Ganzen herausgeben zu wollen, lag in der Konstruktion der Theorie selbst. Marx hielt die Erklärungen des Wertes und des Mehrwertes für unvollständig, solange von deren Realisierungsformen in der Konkurrenz abstrahiert wurde. Er verstand Durchschnittsprofit und Produktionspreis sowie die besonderen Formen des Mehrwerts: Profit, Rente und Zins jedoch nicht nur als unmittelbar praktische Formen, die die kapitalistische Produktion regulieren; genau wie er den Arbeitslohn, die verwandelte Form des Wertes der Ware Arbeitskraft, als den "Regulationspreis" der Arbeit begriff. Er verwies im dritten Buch zudem darauf, daß im Profit die begriffliche Bestimmtheit des Mehrwerts "und so das ganze Verhältnis mystifiziert und veräusserlicht ist" (MEGA², Bd. II/4.2, S.59); daß der Produktionspreis "eine ganz veräusserlichte und prima facie begriffslose Form des Warenwerts ist" (ebenda, S. 272); daß in Profit und Rente die Quelle des Mehrwerts schon verhüllt ist, im zinstragenden Kapital jedoch das Kapital gar als mysteriöse und selbstschöpferi-

sche Quelle des Zinses erscheint; der Zins sich als die absolute Veräußerlichung des Kapitals, als "die Verkehrung und Versachlichung der Produktionsverhältnisse in der höchsten Potenz" (ebenda, S. 462) darbietet.

Es ist die Konkurrenz, die das Wesen der Verhältnisse praktisch und im Bewußtsein von Kapitalist, Grundeigentümer und Lohnarbeiter verkehrt, in gegensätzlicher Form erscheinen läßt; und den Erkenntnisprozeß vor grundsätzliche Schwierigkeiten stellt. Die Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit wandeln sich, wie Marx meinte, in Produktivkräfte des Kapitals um, so daß die der Arbeit eigenen, gegenständlichen Bedingungen ihr als fremde, verselbständigte soziale Mächte gegenüberreten. Es findet eine Verkehrung von Subjekt und Objekt statt, eine Verdinglichung der sozialökonomischen Verhältnisse. Marx drückte dies aus mit den Worten: "die Versubjectivierung der Sachen, die Versachlichung der Subjecte, die Verkehrung von Ursache und Wirkung" (MEGA², Bd. II/3.4, S.1494).

Dieser sachliche Schein, der in dem Begriff "Fetischismus" ausgedrückt ist, war nach Marx in Forschung und Darstellung vollständig aufzulösen; und die darin befangene bürgerliche Denkweise einer Kritik zu unterziehen. Insofern ist im "Kapital" schon eine Schrittfolge von Mystifikationen auszumachen, die im dritten Buch ihre zusammenfassende, abschließende Darstellung erfuhren. Aus dieser Sicht mußte die Tatsache, daß der zweite Band erst 18 Jahre und der dritte sogar erst 27 Jahre nach dem ersten zugänglich wurde, zwangsläufig fatale Folgen für die Rezeption der ökonomischen Theorie von Marx haben.

III.

Es gibt schon Gründe dafür, daß die Bücher zwei und drei nicht druckfertig wurden. In den letzten Lebensjahren waren es gehäuft auftretende Krankheiten, die die Leistungsfähigkeit von Marx einschränkten. Nach dem Erscheinen des ersten Bandes sollte der zweite bald folgen. Jedenfalls entstand von Mitte 1868 bis Mitte 1870 ein Entwurf des zweiten Buches, den Engels als "einzige einigermaßen fertig vorliegende Bearbeitung" (MEW, Bd. 24, S. 11) ansah. Aus diesem Zeitraum könnten auch die Ansätze für das erste Kapitel des dritten Buches - das Kapitel über "Kostpreis und Profit" stammen. Anfang 1873 äußerte Marx: "...die französische Ausgabe hat mich bereits verhindert und wird auch bis zu ihrem Schluß an der letzten Bearbeitung des zweiten Bandes verhindern" (an Bolte, 12. Februar 1873. In: MEW, Bd. 33, S. 564). Etwa ein Jahr später: "In der Zwischenzeit, wo ich schreibunfähig war, habe ich bedeutend neues Material für den zweiten Band zusammengeschustert. Ich kann aber nicht an die schließliche Ausarbeitung desselben gehn vor Abschluß der französischen Ausgabe und gänzlicher Wiederherstellung meines Gesundheitszustandes" (an Kugelmann, 18. Mai 1874. In: Ebenda, S. 627). Das neue Material betraf die russische Form des Grundeigentums sowie die Industrie-, Agrar- und Finanzverhältnisse in den USA und verschiedenen entwickelten westeuropäischen

Ländern. Selbstverständlich hatte er weiterhin die ökonomische Entwicklung in England, Frankreich und Deutschland verfolgt.

Das Material sollte besonders bei der Neubearbeitung der entsprechenden Abschnitte des dritten Buches berücksichtigt werden; Marx setzte damit die Erforschung einzelner Elemente der kapitalistischen Produktionsweise fort (siehe an Danielson, 10. April 1879. In: MEW, Bd. 34, S. 370 - 375). Auf diesem Hintergrund machte er 1877 die von mir Eingangs zitierte Bemerkung über die "rohe Form" des dritten Buches. Dessen Gehalt und Struktur schienen für ihn festzustehen, wie etwa zehn Jahre zuvor, als er einige Monate nach dem Erscheinen des ersten Buches - "die Entwicklungsmethode der Profitrate" - den Inhalt des dritten in den "allerallgemeinsten Zügen" (an Engels, 30. April 1868. In: MEW, Bd. 32, S. 70-75) - rekapitulierte. Die Bemerkung läßt keine Sinnesänderung hinsichtlich der essentiellen Resultate erkennen, ebensowenig eine solche der Darstellungsweise. Marx hätte sonst kaum geäußert, daß der Druck des zweiten Bandes am Ende des Jahres 1879 möglich sein werde (an Danielson, 15. November 1878. In: MEW, Bd. 34, S. 358). Allerdings stellte er etwas später fest, ihn unter keinen Umständen zu veröffentlichen, "ehe nicht die augenblickliche industrielle Krise in England ihren Höhepunkt erreicht hat. Die Phänomene sind diesmal ganz eigenartig, sie unterscheiden sich in vieler Hinsicht von den früheren... Man muß also den gegenwärtigen Verlauf beobachten, bis die Dinge ausgereift sind, dann erst kann man sie 'produktiv konsumieren', d.h. 'theoretisch'" (an Danielson, 10. April 1879. In: MEW, Bd. 34, S. 371). Und kurz darauf bekräftigte er, gerade in diesem Augenblick seien "gewisse ökonomische Phänomene in ein neues Stadium der Entwicklung getreten", die eine neue Bearbeitung verlangten (an Nieuwenhuis, 27. Juni 1880. In: Ebenda, S. 447). Trotzdem glaubte Marx noch, vorausgesetzt er würde gesund, den Band fertigstellen zu können. (Siehe an Danielson, 13. Dezember 1881. In: MEW, Bd. 35, S. 245/246.)

Hoffentlich konnte ich meine Position deutlich machen, daß ich nämlich da mit Rubel übereinstimme, wo er Engels Gewissenhaftigkeit und Umsicht bescheinigt. Aber seine Auffassung nicht teile, das Überlieferte wären "nur Skizzen, mitunter nur verzweifelte erste Versuche"; Marx' Wunsch, die Prinzipien zu geben, sei nicht erfüllt worden (siehe M. Rubel: Introduction. In: Karl Marx: Oeuvres. Économie. II. Paris 1968, S. CXXI). Ich tendiere zur Ansicht von Rosa Luxemburg. Im Abschnitt über den dritten Band des "Kapitals" der Marx - Biographie von Franz Mehring, der von ihr verfaßt ist, spricht sie von "bald zusammenhängenden Abschnitten, bald kurzen hingeworfenen Bemerkungen, wie sie ein Forscher zur eigenen Verständigung macht". Das Buch gebe nicht etwa eine abgeschlossene Lösung; es biete wie das zweite, gerade in seiner "um jede Form unbekümmerten, einfachen Gedankenarbeit für manchen Leser noch höheren Genuß als der erste" (Berlin 1960, S. 378ff.).

Wolfgang Jahn

Die Konkurrenz im dritten Band des "Kapitals" von Karl Marx

1. Rolle und Darstellung der Konkurrenz im 3. Band

Die Erstveröffentlichung des 3. Bandes in der Bearbeitung von Friedrich Engels war eine wissenschaftliche Großtat. Engels bemühte sich redlich, aus den von Marx hinterlassenen Manuskripten ein Werk zu machen, wie es von Marx selbst in diese druckreife Form gebracht worden wäre. Sein eigenständiger Anteil war dabei erheblich. Er wählte die Hauptvariante aus den verschiedenen Manuskripten aus, nahm Textumstellungen vor, füllte Lücken aus, glättete Stil und Gliederung, führte einige von Marx geschriebene Entwicklungstendenzen bis zum Zeitpunkt seiner Redaktion fort usw. Obwohl Engels seine inhaltlichen Eingriffe dokumentierte, erweckte seine Edition bei vielen Lesern den Eindruck, Engels habe das fertige, in sich geschlossene ökonomische Hauptwerk von Marx vorgelegt. Die erstmalige gedruckt vorgelegte Veröffentlichung des Hauptmanuskriptes des 3. Bandes von 1864-1865 als MEGA² Band II/4.2 wirft einige alte und neue Streitfragen der politischen Ökonomie auf. Ist es Engels gelungen, den fragmentarischen Charakter des 3. Bandes und damit des "Kapitals" als Ganzes zu überwinden?

Es mindert nicht die Leistung von Engels, wenn wir feststellen, daß Marx, wegen des noch nicht abgeschlossenen Forschungsstandes und des noch nicht erreichten stringenten Aufbaus, diesen Band noch nicht für druckreif erklärt hätte. Mit dem vorliegenden 3. Band wurde weder - wie oft behauptet wird - das sechsgliedrige umfassend geplante ökonomische Hauptwerk in verknappter Form realisiert, noch das Kapitalbuch vollendet. Diese Feststellung ist für den Umgang mit dem "Kapital" fundamental.

"Das Kapital" ist ein Torso geblieben, aber nicht im Sinne des "endgültig Unvollendeten". Wir besitzen mit den hinterlassenen Manuskripten und ihrer Bearbeitung durch Engels ein klassisches Fundament für das methodische Herangehen an die Gesellschaftskritik und bedeutende Erkenntnisse der Kritik der politischen Ökonomie im inneren Zusammenhang. Der Plan von 1857-1858 war nach Ziel und Umfang so angelegt, daß er von einem einzelnen Bearbeiter, mit der sprichwörtlichen Marxschen Gewissenhaftigkeit, nicht zu bewältigen war. Als Marx sich darüber klar wurde, beschloß er, sich ganz auf die Hauptsache, das Kapitalbuch, zu konzentrieren. Er forderte andere auf, auf dem Hinterlassenen das ganze wissenschaftliche

Gebäude aufzubauen.¹ In diesem Sinne konnte das geplante umfassende ökonomische Werk nur als kollektiver wissenschaftlicher Prozeß verwirklicht werden. Das Werk konnte erst zu Ende geführt werden, wenn die Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus ihren Gegenstand überwunden hatte. Bekanntlich wurde der Marxsche Hinweis bisher nicht aufgegriffen.²

Auch das Kapitalbuch selbst ist unvollendet geblieben. Es ist für die Marx-Engels-Forschung Aufgabe und Herausforderung. Nach dem Plan von 1857-1858 sollte das Kapitalbuch vier Abschnitte umfassen: a) Kapital en général, b) die Konkurrenz oder die Aktion der vielen Kapitale aufeinander, c) der Kredit, d) das Aktienkapital.³ Der Plan erfuhr durch neue Forschungsergebnisse mannigfaltige Modifikationen im Detail. Aber an seiner Grundstruktur hat Marx bis an sein Lebensende festgehalten.⁴

Aus Zeitgründen muß ich mich - pars pro toto - auf die Frage beschränken: Hatte Marx in gestraffter Form die Lehre von der Konkurrenz in den 3. Band aufgenommen? Gegenstand des 3. Bandes sind die Formen des Kapitals, wie sie aus der Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß hervorgehen. Wir "näher" uns "schrittweise der Form, worin sie an der Oberfläche der Gesellschaft, ... in den Actionen der verschiedenen Capitalien auf einander, der Konkurrenz auftreten."⁵ "Annäherungen" sind noch nicht die Oberfläche selbst. Sie war erst mit dem 7. Kapitel des Hauptmanuskriptes (7. Abschnitt der Engelsschen Ausgabe) erreicht: Die Revenue und ihre Quellen. Das 7. Kapitel war gleichsam Abschluß und Zusammenfassung einer parallelen Darstellung, die sich, beginnend mit dem Warenfetischismus, durch alle drei Bände des "Kapitals" zog. Sie zeigte, wie durch die Konkurrenz im Alltagsbewußtsein die Kategorien als Scheinformen verkehrt widergespiegelt werden.

Weil die konkreten Formen des Mehrwertes durch die Konkurrenz vermittelte Verteilungsformen blieben, war die strenge Abstraktion von der Konkurrenz, wie im Manuskript von 1857/58, nicht mehr möglich. Nennen wir diese in den 3. Band aufgenommenen Formen "Konkurrenz im allgemeinen". Damit war aber keineswegs die vorgesehene selbständige Darstellung der realen Bewegung des Kapitals, als spezifische Durchsetzungsform der ökonomischen Gesetze, überflüssig geworden. Am 28. 12. 1862 schrieb Marx an Kugelmann, daß er nach Abschluß der drei Bände des "Kapitals" "Konkurrenz und Kredit" deutsch schreiben wollte, kam aber bekanntlich nicht dazu.⁶ An mehreren Stellen des Hauptmanuskriptes

¹ Marx an Kugelmann, 28.12.1862. In: MEW, Bd.30, S. 640.

² Marx an Engels. 2.4.1858. In: MEW, Bd. 29., S. 312.

³ Marx an Engels. Ebenda.

⁴ Wolfgang Jahn: Ist das Kapital ein Torso? Über Sinn und Unsinn einer Rekonstruktion des "6-Bücherplanes" von Karl Marx. In: Dialektik, Heft 3/1992.

⁵ MEGA 2, Bd. II/ 4.2, S. 7.

⁶ MEW, Bd. 30, S. 640. Siehe auch: MEW, Bd. 32, S. 539.

machte Marx darauf aufmerksam, daß hier noch nicht die systematische Darstellung der Konkurrenz erfolge, sondern vielmehr "die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem idealen Durchschnitt darzustellen" sei.⁷

Die Konkurrenz im allgemeinen besteht im wesentlichen aus zwei Grundformen: 1. innerhalb des Produktionszweiges um die Absatzbedingungen der Ware; 2. zwischen den Produktionszweigen um die bestmögliche Verwertung des Kapitals. Wahrscheinlich hätte Marx bei einer Endredaktion des 3. Bandes die Darstellung des Marktwertes vor die des Produktionspreises gezogen; denn es sind "sachgemäß die Werthe der Waare nicht nur theoretisch, sondern historisch als das Prius der Produktionsweise zu betrachten."⁸

2. Die Konkurrenz innerhalb des Produktionszweiges

Die Darstellung des Marktwertes im 3. Band war eine Konkretisierung des 1. Abschnittes des 1. Bandes. Dort handelte es sich um eine einzelne Ware als typisches Durchschnittsexemplar ihrer Art. Es ist unbestritten, daß Ware und Geld älter als das Kapital sind. Wenn Marx vom historischen und logischen Prius der Ware schrieb, stellt sich die alte Streitfrage neu, auf welcher historischen Ebene die einfache Zirkulation W - G - W darzustellen war. Engels hat meines Erachtens Irritationen verstärkt, wenn er in den "Ergänzungen und Nachtrag zum 3. Band" und im "Vorwort" die Frage stellte: "...warum Marx am Anfang des ersten Buches, wo er von der einfachen Warenproduktion als seiner historischen Voraussetzung (Hervorhebung W.J.) ausgeht, um dann weiterhin von dieser Basis aus zum Kapital zu kommen".⁹ In der Literatur, u.a. auch bei der hervorragenden Marxistin Rosa Luxemburg¹⁰ und in zahlreichen Lehrbüchern der politischen Ökonomie¹¹ wurde der 1. Abschnitt des 1. Bandes der einfachen Warenproduktion zugeordnet. In jüngster Zeit problematisierte Robert Katzenstein¹² erneut die auch von Michael Heinrich¹³ akzeptierte These, daß Marx in der strukturell-genetischen Darstellung nicht zwischen einer einfachen und kapitalistischen Warenproduktion unterschieden habe. Eine strukturlogische Analyse des Marxschen Gesamtwerkes kann gewichtige Gründe dafür anführen, warum vom ersten Satz des "Kapitals" an nicht die einfache Warenproduktion dargestellt wird. Ware, Wert und Geld gehören darstellungslogisch historisch kontemporär der kapitalistischen Produkti-

⁷ MEGA 2, Bd. II/ 4.2, S. 853. Vergl. auch: S. 55, 178, 264, 270, 882, 884 u.a.

⁸ MEGA 2, Bd. II/ 4.2, S. 252.

⁹ MEW, Bd. 25, S. 20. Vergl. auch: S. 909.

¹⁰ Rosa Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie. In: Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 1951, S. 635-680.

¹¹ Lehrbuch Politische Ökonomie. Vorsozialistische Produktionsweise, Berlin 1972.

¹² Robert Katzenstein: Die Transformation - ein Problem? In: Z 9, März 1992, S. 162-165.

¹³ Michael Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert, Hamburg 1991, S. 249ff.

onsweise an. Gegenstand des 1. Abschnittes ist die einfache Zirkulation $W - G - W$ als abstrakte Sphäre der kapitalistischen Reproduktion. Nur hier wurde die Ware zur Elementarform, gleichsam zur Zelle des bürgerlichen Reichtums.¹⁴ Ware, Wert und Geld wirkten mehr oder weniger intensiv in den vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen als unentwickeltes Ganzes, das den jeweils herrschenden Produktionsverhältnissen untergeordnet war. Die Analyse ihrer Gesetze setzte die volle Entwicklung der freien Konkurrenz, also die kapitalistische Produktionsweise, voraus. "Die einfachste Abstraction ... erscheint doch nur in dieser Abstraction praktisch als Kategorie der modernsten Gesellschaft."¹⁵ Da das Kapital seinen Lebenslauf mit Ware, Wert und Geld beginnt, mußten sie begrifflich vor dem Kapital entwickelt sein. Als Voraussetzung des Kapitals trug die einfache Zirkulation im 1. Abschnitt des 1. Bandes rein formellen Charakter. Marx setzte die Ware als Axiom in der einfachen Zirkulation als vorhanden voraus. Er abstrahierte zunächst von der Frage, unter welchen Bedingungen sie produziert wurde. Das erforderte strukturell das Vorwärtsschreiten zu ihrem Grund: die Ware ist Resultat eines kapitalistischen Produktionsprozesses. Zwischen Voraussetzung und Resultat besteht bei Marx ein systematischer Zusammenhang. Im 3. Band war bei der Analyse der Konkurrenz innerhalb des Produktionszweiges diese Frage längst geklärt.

Der Konkretisierungsschritt im 3. Band bestand in der Analyse der Produktion einer bestimmten Warensorte, an deren Produktion mehrere Betriebe mit unterschiedlichen Produktionsbedingungen beteiligt waren. Im Konkurrenzkampf der Produzenten untereinander als Verkäufer, der Konsumenten als Käufer sowie zwischen Verkäufern und Käufern bildete sich in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage ein einheitlicher Marktpreis. Auf jede Veränderung der Marktsituation reagierten die Preise mit Oszillationen. Die Wirkung der Konkurrenz war nicht Ursache der Marktpreise, sondern Reaktion auf Verletzung der Tendenzen zum Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Das Gleichgewicht wurde in einem notwendigen Prozeß hergestellt, in dem sich die zufälligen Oszillationen in einer bestimmten Periode im Durchschnitt deckten. Im Gleichgewicht hört die Konkurrenz auf, etwas zu erklären. Der Marktwert ist der tiefere Grund, von dem die Oszillationen ausgehen.

Der Marktwert konkretisiert die Wertgröße in zweifacher Beziehung: 1. Das Prinzip des Angebots besteht aus der produzierten Warenmasse, die in einem bestimmten Zeitraum auf den Markt gebracht wurde. Da die einzelnen Betriebe unter unterschiedlichen Bedingungen produzierten, entstanden entsprechend differenzierte individuelle Werte. Die Gesellschaft erkannte als Marktwert nur den gewogenen Durchschnitt der individuellen Werte an. Die Produzenten, die unter besseren Produktionsbedingungen

¹⁴ MEGA 2, Bd. II/ 6, S. 69.

¹⁵ MEGA 2, Bd. II/ 1.1, S. 39/40.

produzierten, realisierten einen Extraprofit, die unter schlechteren konnten die individuell produzierten Profite nicht realisieren. Das Wertgesetz läßt einen Schwankungsbereich des Marktwertes zu, der je nachdem zwischen dem höchsten und dem niedrigsten individuellen Wert lag. 2. Das Prinzip der Nachfrage bestand aus der Masse der Ware, die zu einem bestimmten Marktpreis zahlungswillige Käufer fand. Im 1. Band wurde vorausgesetzt, daß der Gebrauchswert gegeben ist. Nunmehr wird das gesellschaftliche Bedürfnis, d.h. "der Gebrauchswert auf gesellschaftlicher Potenz ... bestimmend für die Quote der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit, die den verschiedenen besondern Productionssphären anheim fallen."¹⁶ In Wechselwirkung mit der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit variiert auch die Nachfrage.

Die Analyse des Marktwertes führte drei notwendige Ableitungen in den 3. Band ein: a) Die Produktionszweige gehen als Marktwerte in die Bildung der Durchschnittsprofitrate ein. b) Der Extraprofit wurde Triebkraft der Entwicklung der Produktivkräfte und Vorderglied des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate. c) Die Entwicklung der individuellen Differentialwerte war Vorderglied der Differentialrententheorie.

3. Durchschnittsprofit und Produktionspreis

Der Aufstieg des Gesamtprozesses zur Oberfläche begann mit der Verwandlung des Mehrwertes in Profit und der Mehrwertrate in die Profitrate. Obwohl es sich um Scheinformen handelte, wurden Profit, Profitrate und kapitalistischer Kostpreis ($c + v$) zu objektiven Kategorien des Gesamtprozesses, weil sie zum Ausgangspunkt weiterer Formverwandlungen wurden. Mehrwert und Profit waren zunächst quantitativ identisch. Weil sich die kapitalistischen Kostpreise durch eine unterschiedliche organische Zusammensetzung des Kapitals und verschieden lange Umschlagzeiten voneinander unterschieden, drückten sich die gleichen Mehrwertraten der verschiedenen Kapitale in ungleichen Profitraten aus. Das wesentliche Streben des Kapitals bestand in seiner bestmöglichen Verwertung. Den einzelnen Kapitalisten interessierte der Kapitalaufwand, mit dem er einen bestimmten Profit realisieren konnte. Alle Kapitale drängten in die Produktionszweige, in denen der jeweilig höchste Profit realisiert werden konnte. Die Konkurrenz um die höchstmögliche Verwertung des Kapitals brachte eine Tendenz zur Egalisierung der Profitraten zu einer allgemeinen oder Durchschnittsprofitrate der Produktionszweige hervor. Der vom gesellschaftlichen Gesamtkapital produzierte Mehrwert wurde entsprechend der Größe des Kapitalaufwandes umverteilt. Die Konkurrenz der vielen Kapitale, als Druck auf das Einzelkapital, sich kapitalgemäß zu verhalten, erzwang zwar die Umverteilung der Profite zu einer Durchschnittsprofitrate, konnte aber nicht deren Größe bestimmen. Der Durchschnitt ist ein Ver-

¹⁶ MEGA 2, Bd. II/ 4.2, S. 687.

hältnis vorgegebener Größen, in diesem Fall unterschiedlicher Profite bei gleichem Kapital. Die tiefere Ursache der Bildung der Durchschnittsprofitrate war, daß die Waren nicht einfach als Waren, sondern als Produkte von Kapitalen, deren Verwertung wesentlich war, ausgetauscht wurden. In der Literatur wird nicht selten übersehen, daß die Durchschnittsprofitrate nicht für die einzelnen Kapitale gilt, sondern für den ganzen Produktionszweig. Innerhalb des Produktionszweiges sind die Profitraten nach den Gesetzen des Marktwertes differenziert. Das Grundmodell für die Bildung der allgemeinen Profitrate war der Marktwert, der dem idealen Durchschnitt des gesellschaftlichen Gesamtkapitals entsprach. Hier war der produzierte Marktwert ($c + v + m$) identisch mit dem Produktionspreis ($c + v + DP$). Die Marktwerte der übrigen Produktionszweige wurden durch die Durchschnittsprofitrate zu Marktproduktionspreisen modifiziert. Der Marktproduktionspreis wurde Ausgangspunkt einer Differenzierung der individuellen Profite.

Liegt der Produktionspreis empirisch vor, wandern in der Regel nicht alte, sich schlecht verwertende Kapitale aus einem Produktionszweig in den profitableren, sondern vermittels des Kreditsystems wird neues Geldkapital dort angelegt, wo Extraprofite zu erwarten sind.

Obwohl das merkantile Kapital keinen Mehrwert produzierte, beanspruchte es ebenfalls den Durchschnittsprofit, weil es an der Konkurrenz um die bestmögliche Verwertung teilnahm. Die absolute Rente war eine spezifische Form der Aneignung von Mehrwert. Der Grundeigentümer verlangte auch für den schlechtesten zur Befriedigung der Nachfrage notwendigen Boden, der keine Differentialrente trug, einen Tribut. Sein Eigentum monopol verhinderte, daß der über den Durchschnittsprofit hinausgehende Mehrwert, als Folge der niederen organischen Zusammensetzung des Kapitals in der Landwirtschaft, in die Konkurrenz der Produktionszweige einging. Der "Übermehrwert" floß als absolute Rente in die Tasche der Grundeigentümer.

4. Widersprechen sich der 1. und der 3. Band?

Nach Erscheinen des 1. Bandes unterstellten einige Ökonomen, Marx sei nicht der originäre Entdecker des Mehrwertes in seiner reinen Gestalt. Engels forderte sie daraufhin im Vorwort des 2. Bandes auf, sie möchten doch noch vor Erscheinen des 3. Bandes beweisen, wie bei Einhaltung des Wertgesetzes eine Durchschnittsprofitrate entstehen könne.¹⁷

Obwohl einige Autoren wie Conrad Schmidt¹⁸ und Peter Fireman¹⁹ sich in einigen Punkten der Lösung näherten, konnte Engels im Vorwort zum 3.

¹⁷ Vergleiche: MEW, Bd. 24, S. 24-26.

¹⁸ Conrad Schmidt: Die Durchschnittsprofitrate auf Grundlage des Marxschen Wertgesetzes, Stuttgart 1889.

Band feststellen, daß nicht einer das Problem exakt gelöst hatte.²⁰ Schon kurz nach der Veröffentlichung des 3. Bandes wurde von einigen Autoren behauptet, daß der 3. Band dem 1. widerspreche.²¹ Seit Eugen von Böhm-Bawerk²² bis in die Gegenwart wurde immer wieder behauptet, daß Marx die "Transformation der Werte in Preise" nicht gelungen sei. In jüngster Zeit publizierten dazu u.a. Katzenstein,²³ Heinrich,²⁴ Friedrun Quaas²⁵. Die entscheidende Streitfrage ist m.E. nicht, ob Marx richtig und vollständig gerechnet hat, sondern ob die Frage so überhaupt richtig gestellt ist. Wert - Marktwert - Produktionspreis - Marktpreis gehören unterschiedlichen Abstraktionsstufen an. Der Produktionspreis darf nicht mit dem Marktpreis verwechselt werden. Er ist eine Form des Wertes unter den Bedingungen, daß die Waren als Produkte von Kapitalen ausgetauscht werden. Der konkrete Zusammenhang Wert - Produktionspreis - Preis ist erst spezifischer Gegenstand der Lehre von der Konkurrenz. Es ist sicher sehr nützlich, die Beziehungen in die Sprache der Mathematik zu übersetzen. Der Produktionspreis ist keine vorgegebene Größe, sondern Ergebnis widersprüchlicher Umverteilungsprozesse. Katzenstein ist zuzustimmen: Entscheidend ist, daß die qualitativen Prämissen des Produktionspreises als ökonomisches Bewegungsgesetz richtig gesetzt sind. Im 3. Band sind die quantitativen Beziehungen Illustrationen, deren Richtigkeit an den qualitativen Zusammenhängen nichts ändert. Ich sehe keine Ursache, die wenigen von Marx gesetzten Eckdaten zu korrigieren.

Das Grundmodell für die Modifikation des Wertes in Marktproduktionspreisen ist der Produktpreis eines idealen Durchschnittskapitals, wo der Wert $c + v + m$ und der Produktionspreis $c + v + DP$ identisch sind. Daraus folgt, daß für das gesellschaftliche Gesamtkapital die Summe der Werte gleich der Summe der Produktionspreise ist. Die Summe des Mehrwertes ist gleich der Summe der realisierten Durchschnittsprofite. Die Abweichungen der realisierten Durchschnittsprofite vom produzierten Mehrwert bzw. Profit gleichen sich aus.

¹⁹ Peter Fireman: Kritik der Marxschen Werttheorie. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. 3. Folge, Bd. 3, Jena 1882.

²⁰ MEW, Bd. 29, S. 15-30.

²¹ Siehe Heinz Abend: Der Zusammenhang zwischen Wert, Mehrwert und Durchschnittsprofit in der Herausbildung der marxistischen politischen Ökonomie. Phil. Diss. Halle, 1972.

²² Eugen von Böhm-Bawerk: Zum Abschluß des Marxschen Systems. Festgabe für Karl Knies, Berlin 1896. Siehe auch: L. v. Bortkiewicz, in: Archiv für Sozialwissenschaften, Bd. XXIII, Tübingen 1906.

²³ Vergleiche: Robert Katzenstein, a.a.O. S. 164-169.

²⁴ Michael Heinrich: Die Marxsche Werttheorie - mit dem Transformationsproblem erledigt? In: Z 8, Dezember 1991, S. 198ff.

²⁵ Friedrun Quaas: Das Transformationsproblem, Marburg 1992. Kritische Anmerkungen dazu: Robert Katzenstein: Wert - Preis - Transformation ohne Inhalt? In: Z 14, Juni 1993.

Der Hauptstreitpunkt, Marx habe bei den Schemata der einfachen und erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals mit Werten und nicht in Produktionspreisen gerechnet, trifft nicht. Die Abstraktionsstufe, auf der Marx die Schemata entwickelt, ist der Zirkulationsprozeß des Kapitals, der vor der Theorie des Produktionspreises dargestellt werden muß. Die Umrechnung ist eine Rechenaufgabe. Geht sie nicht auf, ist entweder falsch gerechnet worden, oder es fehlt ein notwendiges Zwischenglied. Die Proportionalität ist als Gleichgewichtsbedingung Resultat ihrer ständigen Verletzung, die erst in der Lehre von der Konkurrenz konkret behandelt wird.

Allgemein: Die Abteilung I (PM) muß ausreichen, um $Ic + IIc$ zu versorgen, Abteilung II (KM) $Iv + IDP + IIv + IIDP$. Das Gleichgewicht zwischen beiden Abteilungen ist $Iv + IDP = IIc$. Bei Akkumulation findet eine entsprechende Veränderung statt. Der Vorwurf, auch jetzt noch seien $c + v$ als Werte gesetzt, beruht auf Unverständnis des Charakters von $c + v$ Kapital. Die Umverteilung des Mehrwertes zum Durchschnittsprofit erfolgt in dem Produktionsprozeß, in dem sie produziert wurden. In den Reproduktionsprozeß gehen sie als gegebene Größen ein. Relevant wird, wenn c ($DP = \pm M$) und v ($DP = \pm M$) zu Veränderungen im Verhältnis der organischen Zusammensetzung des Kapitals zwischen beiden Abteilungen führt. Marx selbst machte auf dieses Problem aufmerksam.²⁶

5. Wurde durch den 3. Band eine selbständige Lehre von der Konkurrenz überflüssig?

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum mit schlimmen Folgen für die marxistische Bewegung, nur das allgemeine Wesen, das ökonomische Gesetz als wissenschaftlich relevant zu betrachten und das Zufällige, die Vielfalt der Erscheinungsformen, als zweitrangig beiseite zu lassen. Wendet man das ökonomische Gesetz unvermittelt auf konkrete Verhältnisse an, läuft man Gefahr, die Phänomene nicht zu begreifen und in Weltfremdheit und Dogmatismus zu verfallen.

Marx hat nie Zweifel daran gelassen, daß das allgemeine Wesen des Kapitals durch die reale Bewegung des Kapitals,²⁷ d.h. Konkurrenz und Kredit, konkretisiert werden muß, unabhängig davon, ob er selbst diese Abschnitte schreibt oder andere. Das reale Kapital enthält sowohl das ökonomische Gesetz als auch seine Erscheinungsform und seine sich selbst bewegende Form.

Die Konkurrenz ist der Wirkungsmechanismus, durch den die objektiven Gesetze in der Realität durchgesetzt werden. Der Druck, den die vielen

²⁶ MEW, Bd. 25, S. 217 (Nachträge).

²⁷ Siehe u.a. MEGA 2, Bd. II/ 4 1, S. 178, 270, 384, 469; Bd. II/ 3.6, S. 2218, 2223; Bd. II/ 4.2, S. 7, 190, 248, 255, 268, 278, 320, 326, 327, 329, 338, 850, 857, 897, 899; Bd. II/ 2, S. 260; Bd. II/ 6, S. 510; Bd. I/ 19, S. 399. MEW, Bd. 30, S. 639/640; MEW, Bd. 32, S. 539.

Kapitale wechselseitig aufeinander ausüben, zwingt die einzelnen Kapitale und ihre ökonomischen Personifikationen, sich kapitalgemäß zu verhalten.

Vor Marx war in der Geschichte der politischen Ökonomie niemals der Wirkungsmechanismus der Konkurrenz systematisch untersucht worden.²⁸

Die klassischen bürgerlichen Ökonomen erkannten, daß die freie Konkurrenz notwendig ist, um die Gesetze des Kapitals zum Durchbruch zu bringen und ihnen freie Entfaltung zu schaffen. Sie begriffen die Konkurrenz negativ, als Überwindung der "unvernünftigen" Institutionen, wie: Leibeigenschaft, feudales Grundeigentum, Zünfte, Zölle, Wucher, Monopole, staatliche Regulierungen, Privilegien usw. Marx schätzte die zivilisatorische Wirkung der freien Konkurrenz gegenüber vorangegangenen Produktionsweisen hoch ein. Sie gewährte den Produzenten einen höheren Freiheitsgrad gegenüber den persönlichen Abhängigkeiten von Sklavenhaltern und Feudalherren. Sie wurde zu einer Triebkraft für die Revolutionierung der Produktivkräfte und schuf die Voraussetzungen für den Übergang zu einer höheren Produktionsform. Ihrer zivilisatorischen Wirkung sind durch die kapitalistische Gesellschaft Grenzen gesetzt. Die Freiheit ist die eines gleichberechtigten Warenbesitzers, der sich von seiner tatsächlichen Abhängigkeit, der Herrschaft von Sachen über Menschen, nicht befreit. Es ist die illusionäre Freiheit des Individuums, das die Ketten der persönlichen Abhängigkeit gesprengt hat und sich der Herrschaft von Sachen nicht bewußt wird. Die Konkurrenz zwingt das Individuum, eine ökonomische Charaktermaske zu tragen und eine Rolle zu spielen, die von seiner Klassenstellung determiniert ist. Je länger je mehr entwickelt sich die Konkurrenz aus einer Entwicklungsform der Produktivkräfte zu einer Destruktivkraft. Das Streben nach Gleichgewicht der ökonomischen Kräfte wird durch das Aufeinanderprallen gegensätzlicher Interessen erreicht. Es ist ein Zustand des Kampfes aller gegen alle. Dabei kann die bürgerliche Ökonomie auf die direkte persönliche Macht über Menschen verzichten, weil die sachliche Macht des Geldes und des Kapitals stärker als alle Fesseln ist.

Die Destruktivkraft wird verschleiert. Es wird an der Oberfläche nicht sichtbar, daß die Eigentümer der Ware Arbeitskraft in Konkurrenz untereinander und mit der relativen Übervölkerung stehen. Die Akkumulation und Konzentration des Kapitals führen zum Gegensatz zwischen wachsendem Reichtum einiger weniger bei Verarmung vieler. Die unterentwickelten Länder sind der Konkurrenz der entwickelten nicht gewachsen und zu einem dauernden Elendszustand verurteilt. Die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze ist mit Friktionen verbunden, die zur Vernichtung wertvoller Produktivkräfte und der Zerstörung der natürlichen Umwelt im globalen Maßstab führen.

²⁸ MEGA 2, Bd. II/ 1.2, S. 325/326.

Kriege, Krisen, moralische Degradation, Brutalisierung vervollständigen das Bild von der zerstörerischen Wirkung der Konkurrenz.

Die geplante ökonomische Lehre von der Konkurrenz sollte einen bestimmten strukturell-genetischen Aufbau haben. Aus Zeitgründen sei hier nur eine Thematisierung der Struktur zur Diskussion gestellt:

1. Übergang vom Wesen des Kapitals zum realen Kapital.
2. Definition der Konkurrenz. Der Mechanismus der Durchsetzung der ökonomischen Gesetze.
3. Der Markt, Begriff und Gliederung. Die Marktformen.
4. Die Bedürfnisse und Interessen.
5. Die Preisbildung. Das Prinzip von Angebot und Nachfrage.
6. Die Oszillation der Preise um den Marktproduktionspreis.
7. Attraktion, Repulsion und Konzentration des Kapitals.
8. Das Monopol und der Monopolpreis.
9. Die Börse und ihre Formen. Die Spekulation.
10. Der Mechanismus der Bildung des Gleichgewichtes bei der Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals.
11. Konkurrenz und natürliche Grundlagen der Produktion.

Arbeiterbewegung, Antifaschismus und die beiden deutschen Staaten

Arbeiterbewegung, Antifaschismus und die beiden deutschen Staaten war der Titel einer Historikertagung, die am 3. und 4. September in der Jens-Nydal-Schule in Berlin-Kreuzberg etwa 120 Teilnehmer zusammenführte. Gemeinsame Veranstalter waren zum 5. Mal in Folge seit 1992 der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der historischen Kommission der PDS, die Geschichtskommission der DKP und die Marx-Engels-Stiftung e.V., Wuppertal.

In fünf Referaten, davon zwei zur geschichtlichen Situation vor und nach dem Machtantritt des Faschismus 1933 und drei zur Aufarbeitung der Nachkriegserfahrungen in beiden deutschen Staaten, wurde die Grundlage geschaffen für eine lebhaft, in vielen Punkten auch kontroverse Diskussion, an der sich mehr als 30 Teilnehmer beteiligten, teilweise mit vorbereiteten, ergänzenden Beiträgen, in der Mehrzahl aber auch mit spontanen Einwänden.

Professor Dr. Lothar Berthold referierte als erster über antifaschistische Strategien der Arbeiterbewegung vor 1933. Er stellte die Leistungen der Kommunistischen Internationale und der KPD bei der Einschätzung des Klassencharakters des Faschismus heraus, wobei er sich bemühte, auch in den Beschlüssen des VI. Weltkongresses der KI 1928 richtige Aussagen zur faschistischen Gefahr aufzuzeigen, ohne die selbstkritische Bewertung des VII. Weltkongresses zu den Fehlern im Kampf gegen den Faschismus aufzuheben. Für den Referenten gehörte besonders der Versuch, mit der Programmklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung (1930) der faschistischen Propaganda und dem Mißbrauch der nationalen Gefühle durch die Nazis entgegenzutreten, zu den Leistungen der KPD. An der Strategie der SPD kritisierte er deren nachgiebige Haltung gegenüber reaktionärer Politik, ihr Einschwenken auf die Rüstungsinteressen in der Frage des Panzerkreuzerbaus und die Annahme des Wehrprogramms, ihre vorwiegend parlamentarische Sichtweise mit der Verteidigung des kleineren Übels, um damit den Faschismus abzuwehren.

Im zweiten Referat bemühte sich Prof. Dr. Heinz Köller zum Thema "Neue Wege antifaschistischer Politik und ihre aktuellen Aspekte für die Nachkriegsentwicklung" anschaulich und differenziert am Beispiel Frankreichs die Lernprozesse darzustellen, die die Arbeiterbewegung aus dem Sieg des Faschismus in Deutschland zog. Auch dort stand dem gemeinsamen Handeln von Sozialisten und Kommunisten manches Hindernis im Wege, bevor sie gemeinsam, unter Einbeziehung der linksbürgerlichen Radikalen Partei, den französischen Faschisten durch die Bildung der Volksfront den Weg zur Macht versperrten. Gegen den Willen Stalins und der Komintern wurde diese Politik begonnen, die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten und der parlamentarischen Demokratie

als vordringliche Aufgabe erkannt. Hier begannen strategische Korrekturen, die auf dem VII. Weltkongreß der KI zu den Beschlüssen zum Kampf um proletarische Einheitsfront und Volksfront führten. Auch die KPD stellte sich auf ihrer Brüsseler Konferenz hinter die Beschlüsse des Weltkongresses und korrigierte tiefverwurzelte Positionen, die in der Sozialfaschismusthese ihren Niederschlag gefunden hatten. Die damals begründete Politik war wesentlich für das im Osten Deutschlands zunächst erfolgreiche Ringen um eine einheitliche Arbeiterpartei, das Bekenntnis der KPD von 1945 zu einer deutschen Republik mit allen demokratischen Rechten für das Volk und die damals begonnenen antifaschistisch-demokratischen Reformen. Auch das Potsdamer Abkommen bot nach Auffassung des Referenten die Grundlage für eine breite Volksfront im Nachkriegsdeutschland. Heinz Köller stellte die Erfolge der Volksfront in Frankreich und Spanien heraus, untersuchte allerdings auch kritisch die Ursachen für ihr letztlisches Scheitern, ohne dabei in einseitige Schuldzuweisungen zu verfallen.

In der ersten Diskussionsrunde nach beiden Referaten brachte vor allem der Diskussionsbeitrag von Professor Serge Wolikow, Mitglied der FKP und als Historiker besonders mit der Geschichte der Kommunistischen Internationale befaßt, eine wesentliche Ergänzung beider Referate. Er unterstrich, daß bis 1943 alle Kommunistischen Parteien als Sektionen der KI Teil einer Weltpartei und deren Disziplin unterworfen waren. Dabei sei besonders die FKP Anfang der dreißiger Jahre kritisiert worden wegen der unzureichenden Umsetzung der Losung "Klasse gegen Klasse". Erst 1934 sei langsam erkannt worden, daß im Kampf gegen den Faschismus auch klassenübergreifende Bündnisse, z.B. mit den Radikalen, notwendig und möglich wurden. Wolikow sprach auch das Spannungsverhältnis an, in dem sich Kommunisten bewegen, die einerseits aus dem Gefühl heraus ihre kommunistische Identität verteidigen und andererseits der wissenschaftlichen Notwendigkeit, historische Fakten zu erforschen unabhängig davon, ob uns daraus gewonnene Erkenntnisse heute unmittelbar nutzen oder nicht, Folge leisten müssen.

Umstritten waren in der Diskussion - wie auf manchen anderen Tagungen auch - die Wertung des nationalen Gedankens, etwa in der erwähnten Programmklärung von 1930, für den damaligen Kampf und natürlich auch heute. Während Kurt Hager meinte, die KPD habe zu spät die Bedeutung der nationalen Frage erkannt, kritisierte Jürgen Hoffmann die Programmklärung als den gescheiterten Versuch, den Nationalismus links zu überholen, und Jacob Moneta zog Verbindungen zu Traditionen des Nationalbolschewismus.

In mehreren Beiträgen gab es informative Ergänzungen zu den Referaten. So referierte Dr. Herbert Meier über die Auffassungen in den europäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien zur SPD und ihrer Politik und großen Vorbehalten innerhalb der Sozialistischen Arbeiterinternationale. Jürgen Hoffmann behandelte die Problematik des 1945

vor allem von Anton Ackermann begründeten Konzepts eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus. Joachim Hoffmann sprach über das antifaschistische Potential in der Gewerkschaftsbewegung und die dort gezogenen Lehren, z.B. in der Einstellung zur RGO-Arbeit 1935 und dem Zusammenschluß der französischen Gewerkschaften.

In mehreren Diskussionsreden wurde die Haltung der SPD kritisch beleuchtet und als Ursache für das Verhalten der KPD herausgestellt. In dieser Diskussion wurde das von Wolikow angesprochene Spannungsverhältnis deutlich. Günter Judick zeigte auf, daß alle Empörung über das Fehlverhalten der SPD, ihre Stillhaltepolitik, die Kommunisten nicht davon befreit, ihren eigenen Anteil an der Niederlage korrekt aufzuarbeiten, denn Fehler anderer entschuldigen nicht eine fehlerhafte eigene Strategie. Jacob Moneta betonte, daß Kritik an der Sozialfaschismus-Aussage keineswegs eine Rechtfertigung der SPD-Politik bedeute, wohl aber eine Kritik an einer Politik, die das Zusammengehen mit Sozialdemokraten im antifaschistischen Kampf erschwerte.

Bedauert und als Mangel erkannt wurde, daß die Politik der Zwischengruppen, der KPO, der SAP, in den Referaten kaum beachtet wurde.

Im zweiten Teil der Konferenz referierte Dr. Ulrich Schneider, Bundesprecher der VVN/BdA zum Thema "Antifaschistische Ansprüche der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Kräfte bei der Konstituierung und Entwicklung der BRD". Er wies den breiten antifaschistischen Konsens nach, der 1945 unter den antifaschistischen Kräften bestand in den Hauptfragen: Entmilitarisierung - von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen; Entnazifizierung und Bestrafung der an Krieg und Faschismus Schuldigen; Beseitigung der Wurzeln des Faschismus und des Militarismus durch Enteignung der Konzerne und Junker; Demokratisierung und Schaffung eines Rechtsstaates; Einheit der antifaschistischen Kräfte. Am Beispiel der Hessischen Verfassung mit ihrem Verbot des Angriffskrieges, dem Friedensgebot, dem Festschreiben des Rechts auf Arbeit, dem Aussperrungsverbot und der durch Volksabstimmung bestätigten Sozialisierung der Schlüsselindustrien zeigte er, wie diese Übereinstimmung 1946 noch wirkte. Doch trotz Kaltem Krieg wirkte antifaschistisches Denken auch noch auf das Grundgesetz, in dem Asylrecht, Verbot von Naziorganisationen, Verbot des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb der Grenzen festgeschrieben wurden - antifaschistische Grundsätze, die gerade in jüngster Zeit durchlöchert und beseitigt werden. Heute gehe es den reaktionären Kräften darum, den antifaschistischen Konsens zu verleugnen und ihn durch Anti-Totalitarismus zu ersetzen.

Erich Selbmann referierte zum Thema "Antifaschismus in Staat und Gesellschaft der DDR". Er setzte sich mit dem Vorwurf des "verordneten Antifaschismus" auseinander und zeigte auf, daß gerade die verordneten antifaschistischen Reformen wie die Bodenreform, die Enteignung der Naziverbrecher, die Schulreform auf größte positive Resonanz in der Be-

völkerung stießen, gerade weil sie auch der wirtschaftlichen Vernunft entsprachen. Aber er nannte auch wesentliche Schwächen der späteren Entwicklung in der DDR: Die vereinfachende und verdrängende Haltung zur eigenen Geschichte, die mangelhafte Untersuchung der Ursachen des Masseneinflusses der Nazis, die willkürliche Inanspruchnahme der antifaschistischen Ziele für anders zu begründende sozialökonomische Entwicklungen, den falschen Versuch, humane Ziele mit inhumanen Mitteln zu verwirklichen, die selektive Würdigung des antifaschistischen Kampfes und die Ritualisierung des Antifaschismus.

Ulli Sander sprach als letzter Referent über "Sinn und Konsequenzen des Anti-Antifaschismus". Er wies nach, daß diese Konzeption keineswegs nur als Kampf und Terrorprogramm ultrarechter und neonazistischer Gruppen entwickelt wurde, sondern vom Innenministerium propagiert, in der Bundeswehr und über unterschiedlichste Tagungen mediengerecht aufgearbeitet wurde. Von den ultrakonservativen Kräften sei der Antifaschismus als das entscheidende Bindeglied zwischen unterschiedlichen linken Auffassungen erkannt worden, das im Interesse reaktionärer Ziele zerschlagen werden müsse. So sei es auch kein Wunder, daß die bundesdeutsche Justiz offene Morddrohungen mit derselben Begründung nicht verfolge, mit der einst die Justiz der Weimarer Republik großzügig die 1931 aufgedeckten Mordpläne der Nazis in den Boxheimer Dokumenten außer Verfolgung stellte.

In der Diskussion zu diesen Referaten stand die Verteidigung antifaschistischen Denkens und die Ablehnung der Totalitarismus-Theorie im Mittelpunkt. In ergänzenden Beiträgen wurde besonders auf die Verfolgung von Antifaschisten wegen ihrer Tätigkeit für die DDR hingewiesen und auf die Verteidigung antifaschistischer Gedenkstätten. Jacob Moneta machte in seinem Diskussionsbeitrag deutlich, wie unsinnig die Gleichsetzung von Faschismus und Stalinismus unter einem gemeinsamen Totalitarismus-Begriff ist. Terror, Rassismus, Krieg und Völkermord seien im Wesen des Faschismus verankert, Stalins Verbrechen aber standen im Widerspruch zur Idee des Sozialismus. Übereinstimmung gab es in der Diskussion auch darüber, daß die Hauptgefahr für die demokratische Entwicklung unseres Landes zur Zeit nicht von den offenen Faschisten drohe, sondern von jenen Kräften, die innerhalb der bürgerlichen Parteien den Abbau demokratischer Rechte betrieben und zugleich Großmachtspolitik propagieren.

Am Ende der Konferenz wurde mitgeteilt, daß sich der Marxistische Arbeitskreis in den nächsten Monaten in mehreren Arbeitssitzungen mit der Totalitarismus-Konzeption auseinandersetzen wird. Im Namen der drei Veranstalter kündigte Professor Dr. Hans Krusch die 6. gemeinsame Konferenz am ersten März-Wochenende 1995 an, die sich mit dem 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und den damit verbundenen Verfälschungen der Geschichte beschäftigen soll.

Günter Judick

Neues über Clara

Gilbert Badia, Clara Zetkin. Aus dem Französischen übersetzt von Florence Hervé und Ingeborg Nödinger, Dietz Verlag, Berlin 1994, 320 Seiten, 39,- DM.

Beim Schreiben einer "neuen Biographie" über Clara Zetkin sei für ihn eine "ebenso anziehende wie unbekanntere Clara Zetkin" hervorgetreten, schreibt Gilbert Badia in seinem Vorwort des im Treuhand-gebeutelten Dietz-Verlag erschienen Buches. Eine Erfahrung, die die LeserInnen durchaus nachvollziehen können, wenn sie es in den Händen halten.

Clara Zetkin als unermüdliche Kämpferin für die Rechte der Frauen, als Geburtshelferin des Internationalen Frauentages, als Rednerin und Journalistin, diese Clara war uns bekannt. Aber der Mensch Clara Zetkin, die Frau, die eben nicht nur politische Leitartikel schrieb - obwohl dies eine ihrer großen Stärken war -, sondern die liebte und haßte, die voller Zweifel sein konnte und Neidgefühle kannte, die sich lange Jahre als alleinerziehende Mutter durchs Leben schlug, ohne die politische Arbeit zu vernachlässigen, die ohne Trauschein mit Zetkin zusammenlebte und später einen 18 Jahre jüngeren Mann leidenschaftlich liebte - diese Clara kannten wir eigentlich nicht. Und wohl erstmals durch so zahlreiche Selbstzeugnisse belegt, lernen wir auch die streitbare Genossin der SPD bis 1917, dann der USPD und schließlich ab 1919 der KPD kennen, die offen die Parteiführung kritisierte, wenn es ihr notwendig erschien, vor der Gängelung durch die Kommunistische Internationale ebenso warnte wie vor Sektierertum innerhalb der KPD-Führung. Für Nachgeborene ist es immer eine Erkenntnis von großem Wert, daß es zu vorgegebenen Denkrichtungen und Handlungsweisen auch Alternativen gegeben haben muß.

Gilbert Badia, emeritierter Professor für Deutsche Geschichte an der Universität Paris VIII, während des Faschismus aktiv in der Résistance, Herausgeber und Übersetzer verschiedener Werke von Marx und Engels, Brecht, Walser und Volker Braun und früher schon von Schriften Clara Zetkins, hat die Chance genutzt, die sich 1990 aus der Öffnung von bis dato unzugänglichen Archiven ergab, hier hauptsächlich des Berliner Archivs (früher: Zentrales Parteiarchiv/ZPA, jetzt: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv/SAPMO-BArch). Er konnte nun also Clara Zetkin in Original-Briefen und Stellungnahmen zu Wort kommen lassen, die bisher so nicht bekannt waren.

Clara hatte als Kind eines sächsischen Dorflehrers und einer napoleonischen Offiziers-Tochter ein gewisses Privileg - nicht in materieller, sondern in geistiger Hinsicht - sie kam durch ihre gesellschaftlich aktive Mutter schon sehr früh in Kontakt mit zwei Pionierinnen der deutschen Frauenbewegung, Louise Otto-Peters und Auguste Schmidt, konnte schließlich sogar an dem von Auguste Schmidt geleiteten Lehrerinnen-Seminar studieren. Ein für Mädchen eher seltener Werdegang in der damali-

gen Zeit. 1857 geboren, war sie 21 Jahre alt, als Bismarck das Sozialistengesetz verabschieden ließ, um der gerade gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands das Kreuz zu brechen. Um diese Zeit hatte Clara Eißner - so ihr Mädchenname - bereits Kontakte mit einem Zirkel emigrierter russischer Studenten und lernte dort den von sozialistischen Ideen begeisterten Ossip Zetkin kennen. Mit der ihr eigenen Leidenschaft für Ideen, die sie für richtig hielt (ein Charakterzug, den Badia immer wieder mit Beispielen beleuchtet) widmete sie sich in diesem Studentenkreis dem Studium und der Diskussion marxistischer Lektüre. Aber diese politische Entwicklung ging selbst Auguste Schmidt und der sonst politisch aufgeschlossenen Mutter zu weit - es kam zum Bruch. An diesem ihrem ersten Wendepunkt mit 21 Jahren sieht Badia eine ausgeprägte Eigenschaft der jungen Frau: den Willen, sich selbst treu zu bleiben und den Mut, einen als richtig erkannten Weg trotz vieler Widerstände fortzusetzen.

Ossip Zetkin mußte Deutschland 1880 verlassen und ging nach Paris, Clara folgte ihm 1882. Das Paar hatte sich entschlossen, nicht zu heiraten, Clara nahm jedoch Zetkins Namen an, ebenso die beiden Jungen, die 1883 und 1885 geboren wurden. Es waren ärmliche Jahre in Paris, die vom täglichen Überlebenskampf geprägt waren. Die Doppelbelastung der Frau war für Clara Zetkin selbsterfahrene Wirklichkeit: "Ich bin Hofschneider, -koch, Wäscherin, kurz 'Mädchen für alles' - wollte ich mich in den Charakter Louise Michels vertiefen, so müßte ich No I die Nase putzen, hatte ich mich zum Schreiben gesetzt, so hieß es No II abfüttern ..." (S. 26).

Paris war dennoch auch ihre politische Universität. Hier beschäftigte sie sich mit dem "Kommunistischen Manifest", dem "Kapital", dem "Ursprung der Familie ..." sowie der Geschichte der Französischen Revolution und der Pariser Kommune. Dies erforderte umso größere Disziplin und Willensanstrengung, als Ossip Zetkin an einer Lähmung schwer erkrankte und sich schließlich nicht mehr bewegen konnte. Im Januar 1889 starb er. Clara verlor nicht nur den Partner und Vater ihrer Kinder, sondern auch den Menschen, mit dem sie am engsten zusammengearbeitet, studiert, Artikel geschrieben und politisch gewirkt hatte. Sie war nun, mit zwei kleinen Kindern, völlig auf sich allein gestellt.

Als im Juli 1889 der Gründungskongreß der II. Internationale in Paris stattfand, hielt sie zum ersten Mal vor großem Publikum, vor etwa 400 Delegierten aus ganz Europa, eine Rede "Für die Befreiung der Frau" und hatte sich damit erstmals dem Thema zugewandt, das nach ihrer Rückkehr nach Deutschland bis an ihr Lebensende das Wichtigste für sie blieb. Die Frage, ob Clara Zetkin als "Feministin" bezeichnet werden kann (Kap. 5, S. 65), ist m.E. nebenrangig. Die Übersetzerinnen von Badias Buch, Florence Hervé und Ingeborg Nödinger merken an, daß der Begriff "féministe" in Frankreich recht unterschiedliche politische Positionen der Frauenbewegung umfassen kann, während damit in Deutschland doch eher auto-

nome, linke Positionen bezeichnet werden. Für die Zeit, in der Clara Zetkin lebte und arbeitete, hat sie jedenfalls äußerst konsequente und weitreichende Positionen für die Gleichberechtigung der Frau und ihre gesellschaftliche Gleichstellung eingenommen. Sicher hat sie in ihren Reden und Schriften immer wieder betont, daß eine volle Befreiung der Persönlichkeit der Frau erst in einer sozialistischen Gesellschaft möglich sei, die nicht mehr auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basiere. Erst dann könne die Frau dem Mann als Freie und Gleiche gegenüberreten, wie Bebel es so eingängig in "Die Frau und der Sozialismus" formuliert hatte. Aber Clara Zetkin kannte auch die Mühen im einzelnen, die auf dem Weg dorthin zu bekämpfen waren und thematisierte sie. Das war schon vor Badias Buch bekannt. So brachte sie z.B. ihre Meinung zur Doppelbelastung, zur "Familienarbeit" in den "Erinnerungen an Lenin" zum Ausdruck. (Clara Zetkin, Marx und Lenin zur Frauenfrage, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 1983, S. 50).

"Die wenigsten Männer - auch die Proletarier nicht - denken daran, wie manche Mühe und Plage sie der Frau erleichtern, ja, ganz abnehmen könnten, wenn sie bei 'Weibearbeit' zugreifen wollten. Aber nein, das ist gegen das 'Recht und die Würde des Mannes', die verlangen, daß er seine Ruhe und Bequemlichkeit hat." "Unsere kommunistische Arbeit unter den Frauenmassen, unsere politische Arbeit unter ihnen, schließt ein großes Stück Erziehungsarbeit unter den Männern in sich ein. Wir müssen den alten Herrenstandpunkt bis zur letzten, feinsten Wurzel ausrotten - in der Partei und bei den Massen".

Badia führt zu dieser Problematik eine Untersuchung der Stuttgarter Zeitung von 1991 an, um zu zeigen, daß bei 60 Prozent befragter Ehepaare die Aufteilung der Hausarbeit wie zu Großmutterzeiten funktioniert. Wer außerdem heute gewerkschaftlich aktiv ist, weiß, daß gerade die Forderungen zu diesem Themenkreis noch zähes Ringen erfordern werden.

Auch zur Problematik der Ehe, Familie und Sexualität nahm Zetkin eine eher unorthodoxe Haltung ein. Diese Themen wurden unter den Frauen diskutiert. Es zeigt sich daran, daß Lenin in einem Gespräch mit ihr bemängelte, die sexuelle Frage und Freuds Theorien spielten wohl unter den deutschen Revolutionärinnen eine größere Rolle als "politische Fragen". Clara erwiderte, daß die "sexuelle Frage und die Ehefrage unter der Herrschaft des Eigentums und der bürgerlichen Ordnung vielgestaltige Probleme, Konflikte, Leiden für die Frauen aller sozialen Klassen und Schichten" zeitige. In der revolutionären Stimmung 1918-20 zeigten sich auch "die Ansätze zu neuen Beziehungen und neuen Einstellungen von Mensch zu Mensch" (S. 70). In einer Polemik gegen Edmund Fischer betonte sie später "das Recht der Frau, über sich selbst zu verfügen", ihre "Freiheit der Wahl in der Liebe" (S. 70). Und so hat sie auch selbst gelebt: mit Ossip Zetkin in Paris, später in Stuttgart mit dem 18 Jahre jüngeren

Malcr Friedrich Zundel - sie hat sich "ihre eigene Praxis geschmiedet", wie Friedrich Engels über sie sagte.

Die Auseinandersetzungen zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung, ihre "reinliche Scheidung", wie Zetkin gern zitiert wird, als auch ihr punktuelles Zusammengehen bearbeitet Badia im Kapitel "Clara und Lily" (Kap. 6) - gemeint ist das Verhältnis zwischen Clara Zetkin und Lily Braun.

Es ist damit jedoch nur ein Teilausschnitt der Interessenübereinstimmung und -konflikte, die sich in der damaligen Frauenbewegung vermutlich abspielten, beleuchtet. Hauptforderungen der bürgerlichen Frauenbewegung waren Berufsfreiheit und Wahlrecht, Bildung und soziales Wirken, während die Diskussion und gewerkschaftlichen Kämpfe um Frauenerwerbstätigkeit die proletarische Frauenbewegung in ihren Anfängen prägten. Mit der Herausgabe der Zeitschrift "Die Gleichheit", die Clara Zetkin ab 1892 verantwortlich leitete, und dem Buch von Bebel "Die Frau und der Sozialismus" entwickelte sich die proletarische Frauenbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer Massenbewegung mit revolutionären Zielen.

Lily Braun war von bürgerlichen Positionen zur Sozialdemokratie und zur Frauenbewegung gekommen und vertrat wohl auch nicht alltägliche Vorstellungen in der Frauenfrage. So z.B. die Idee, ein Forschungszentrum zur Untersuchung der Lebensbedingungen der Arbeiterinnen einzurichten - oder eine Kooperative, in der rund 50 Wohnungen um eine Gemeinschaftsküche gruppiert würden, mit gemeinsamer Wäscherei und Kinderhort. Die Ablehnung von Clara Zetkin wirkt etwas hölzern: Dieses Projekt könne nur für besser bezahlte Arbeiter relevant sein, Lily Braun habe auch zuwenig Personal vorgesehen. Außerdem wollten die Frauen der besser Bezahlten gar keine Gemeinschaftsküche. Einige Jahre später griff Clara Zetkin selbst jedoch die Idee wieder auf und verteidigte sie. Als schließlich Lily Braun 1901 eine größere Abhandlung über die Frauenfrage veröffentlichte, in der Clara Zetkins Name nicht einmal erwähnt wurde, äußerte Clara gegenüber Kautsky, die Freundlichkeit von Lily Braun sei "genauso falsch wie ihr Teint" (S. 88). Zugegeben, solche Regungen sind nicht gerade von historischer Relevanz, aber sie vervollständigen eine Biographie durch ein paar Facetten der Persönlichkeit, die sie einfach menschlicher machen. Natürlich waren die Auseinandersetzungspunkte mit den Frauen bürgerlicher Herkunft auch ernsterer Natur. Der Hauptvorwurf, den die proletarischen Frauen ihnen machten, war wohl, daß sie das Elend der Arbeiterfamilien durchaus sahen, jedoch ihr Mitleid, die "helfende Hand", Vorschläge zur besseren Bildung in den Mittelpunkt stellten und nicht den Kampf gegen die Gesellschaftsordnung. Gruppen wie die um Helene Lange, die sich für die Forderung von Bürgerinnenrechten stark machten, lehnten auch ihrerseits Zusammenarbeit mit proletarischen Frauengruppen ab. Dennoch kam es beim Kampf für das Frauenstimmrecht und ab 1910 beim Internationalen Frauentag immer

öfter zur Zusammenarbeit der verschiedensten Strömungen der Frauenbewegung.

Weitaus dramatischer gestaltete sich Clara Zetkins politische Rolle in der Partei. Enttäuscht von der Parteiführung der SPD in ihrer Haltung zum drohenden 1. Weltkrieg, entfaltete Zetkin mit ihren Parteifreunden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht jede mögliche Aktivität, um ein Desaster zu verhindern. Aber von der patriotisch-nationalistischen Hysterie waren auch Teile der Partei ergriffen. Bitter waren Clara Zetkins Worte in einem Aufruf an die sozialistischen Frauen aller Länder anlässlich des Kriegsausbruchs: "Wenn die Männer töten, so ist es an uns Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen die Stimme zu erheben." (S. 146) 1915 organisierte sie maßgeblich in Bern eine internationale Konferenz für den Frieden. Dort wurde der "Berliner Appell" gegen den Krieg verabschiedet, der anschließend in ganz Europa verteilt wurde. Clara Zetkin wurde anschließend für einige Monate inhaftiert. Eine wachsende Zahl von Abgeordneten ging inzwischen auf Distanz zur sozialdemokratischen Parteiführung, 1917 erfolgte in Gotha die Gründung der USPD. Clara Zetkins Beitritt bewirkte, daß ihr ohne jede Vorwarnung die Redaktion der "Gleichheit" aus den Händen genommen wurde, eine Zeitschrift, die dank ihrer journalistischen und politischen Fähigkeiten 1914 etwa 125 000 Abonnentinnen hatte. 27 Jahre lang hatte sie dieses Organ zu einem Mittel der politischen Agitation und Organisation entwickelt, aber auch zu einer Zeitschrift, in der Themen diskutiert wurden, die den Frauen im täglichen Leben auf den Nägeln brannten. Wie sehr die Zeitschrift mit ihrer Person verbunden war, zeigt die Tatsache, daß sie einige Jahre nach ihrem Weggang ihr Erscheinen einstellen mußte.

Aber andere weitreichende Ereignisse beschäftigten die Welt - die Revolution in Rußland. Clara Zetkin war von Anfang an glühende Verfechterin der Oktoberrevolution. Etwas abenteuerlich zeichnet hier Badia eine psychologische Verbindung dieser uneingeschränkten Begeisterung zu einem sehr persönlichen Leid: Ihr Mann Friedrich Zundel hatte sich 1917 von ihr getrennt, um mit einer anderen Frau zusammenzuleben. Badia stellt verhaltenere Stimmen zur Revolution neben die Clara Zetkins, Zweifler daran, ob in einem wirtschaftlich rückständigen Land eine sozialistische Revolution greifen könne, Kritikerinnen des Brest-Litowsker Friedensschlusses wie Rosa Luxemburg. Und dagegen wieder die emphatischen Äußerungen von Clara: "Mit leidenschaftlichem Interesse, mit angehaltenem Atem verfolge ich die Nachrichten aus Rußland. Dort geht es um der Menschheit großen Dinge, dort ist das Leben wert, gelebt zu werden. Möchtet Ihr Kommunisten so siegreich sein, wie Ihr kühn und opferfreudig seid, möchtet die Proletarier aller Länder endlich Eurer, endlich der russischen Proletarier und Massen würdig werden."

Politische Hoffnung gegen persönliche Verzweiflung lanciert Badia nochmals mit einem späteren Zitat: "Was mir in den schwärzesten Zeiten die russische Revolution gewesen, läßt sich nicht in Worte fassen." (S. 162)

Aber der Autor weist auch darauf hin, daß die Begeisterung nicht nur Clara Zetkin erfaßt hatte. In der ganzen Welt entwickelte sich nach einem so verhängnisvollen Krieg die Hoffnung, daß im Osten eine neue Welt entstehen würde, ohne Ausbeutung, gerecht und frei.

Von Anfang an reiste nun Clara Zetkin häufig in die Länder der jungen Sowjetunion, führte Gespräche mit Lenin, wurde mit der Leitung eines Internationalen Frauensekretariats beauftragt, mit weiteren Aufgaben der Kommunistischen Internationale. 1919 war sie außerdem Leitungsmitglied der neugegründeten KPD geworden. Im Auftrag der Komintern reiste sie zu den Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs - sie beherrschte beide Sprachen. Aber hier artikuliert sie bereits ihre Ungeduld gegenüber den Weisungen aus Moskau. Nach dem Kongreß der französischen Kommunisten in Tours 1921 schreibt sie an Lenin: "Ich möchte Sie dringend bitten, Ihren Einfluß aufzubieten, damit die Exekutive mit ihren Briefen und Kundgebungen vorsichtiger ist. Sie tragen manchmal den Charakter eines brutalen, herrenmäßigen Eingreifens, dem die richtige Kenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse fehlt." (S. 198) Später wurde sie noch deutlicher: "Die gute Exekutive verwechselt politische Leitung mit persönlicher Schulmeisterei..." (S. 208) Auch sie selbst wird geschulmeister, innerhalb der eigenen Partei. Es werden zunehmend Intrigen und Machtkämpfe ausgetragen. Die Internationale trifft Entscheidungen auch in der Frauenpolitik, ohne Clara Zetkin zu fragen, die dem Namen nach noch immer für das Frauensekretariat verantwortlich ist. Sie wird mehr und mehr von der politischen Verantwortung verdrängt. Dennoch gelingt ihr mit großer Kraftanstrengung noch eine Großtat der Solidarität. Gegen die entsetzliche Hungersnot in der Sowjetunion 1921 organisiert sie mit Willi Münzenberg die Internationale Arbeiterhilfe, der Schriftsteller, Künstler, Intellektuelle aus ganz Europa angehören. Auch für die Rote Hilfe wird sie noch tätig, die Revolutionären in der ganzen Welt zu Hilfe kommen sollte, die wegen ihrer Überzeugung verfolgt wurden. Dennoch - Clara Zetkins letzte Lebensjahre waren die dramatischsten, nicht nur wegen ihrer wachsenden körperlichen Anfälligkeit. Die internen Parteikämpfe gegen "Ultralinke" (Fischer/Maslow) und sogenannte "Rechte" (Brandler/Thalheimer), denen Clara Zetkin auch nach ihren Parteiausschlüssen verbunden blieb) zermürbten sie. In Moskau hatte Stalin die Geschäfte übernommen. Clara Zetkin verlor zunehmend das Vertrauen in die Wirksamkeit der Komintern und ihres Exekutivkomitees, dem sie immer noch angehörte. 1929 schrieb sie: "Ich werde mich völlig einsam und deplaciert fühlen in dieser Körperschaft, die sich aus einem lebendigen politischen Organismus in einen toten Mechanismus verwandelt hat, der an der einen Seite Befehle in russischer Sprache einschluckt und auf der anderen Seite Befehle in verschiedenen Sprachen ausspuckt..."

Dennoch schrieb sie noch immer Artikel, sprach auf Parteiversammlungen, kandidierte 1930 an der Spitze der KPD-Liste zu den württembergischen Wahlen. ZeitgenossInnen wie Maria Reese und Charles Rappoport bescheinigen ihr eine tiefe Abneigung gegen Stalin, die wohl auf Gegenseitigkeit beruhte. (S. 262) Allerdings dürfte ihr hohes Alter und ihr internationales Prestige ein unsichtbarer Schutzschild gegen massivere Angriffe gewesen sein.

Im krisengeschüttelten Deutschland wuchs die faschistische Gefahr, ohne daß die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften ihr Einhalt gebieten konnten. Ein halbes Jahr vor ihrem Tod, am 30. August 1932, in einem überfüllten Reichstag, in dem Nazis in SA- und SS-Uniformen dominierten, hielt Clara Zetkin als Alterspräsidentin ihre letzte leidenschaftliche Rede. Sie sprach über "den Terror der Faschisten, die Feigheit des bürgerlichen Liberalismus", aber auch die "Passivität großer Teile des Proletariats". Ihr Appell für die Einheitsfront, vor der "alle fesselnden und trennenden politischen, gewerkschaftlichen, religiösen und weltanschaulichen Einstellungen zurücktreten" müßten, konnte nicht mehr in die Tat umgesetzt werden. 1933 starb sie in Archangelskoje. Auch wenn fast 400.000 Moskauerinnen und Moskauer sich vor ihrem Sarg verbeugten, hat Charles Rappoport sicher nicht unrecht, wenn er in seinem Buch "Une vie révolutionnaire" schrieb, sie sei "fast isoliert von der Bewegung gestorben, die zu schaffen sie beigetragen hatte."

Badia hat mit seiner Zetkin-Biographie keine Umdeutung des Lebens und Kampfes dieser großen Frau unternommen. Herausgearbeitet hat er ihre Ehrlichkeit und Menschlichkeit, ihre Schwierigkeiten und Probleme in ihrer Zeit. Er hat ihr die Möglichkeit gegeben, vom musealen Sockel herunterzusteigen.

Doris Fisch

"Zwischen den Welten - zwischen den Zeiten": Forster 1994

Wenn Dieter Heintze und Heinz Kelm 1976 schrieben, "Georg Forster ist heute fast ein Unbekannter. In dieser Tatsache spricht aber nicht die Geschichte ihr objektives Urteil. Vielmehr wirkt sich noch immer die Verfehlung Forsters aus, weil er für die Demokratie eingetreten war"¹, so war dies auf die alte Bundesrepublik gemünzt. Ähnlich Gordon Craig 1969, der die "Verschwörung des Schweigens" um den weltläufigen Lehrer und Freund Alexander von Humboldts darauf zurückführte, daß er nicht nur Aufklärer im Denken, sondern auch praktisch Handelnder sein wollte, "revolutionär und antinational"². Währenddessen erschien in der DDR seit

¹ Georg Forster 1754-1794. Südseeforscher - Aufklärer - Revolutionär. Museum für Völkerkunde Frankfurt am Main/Übersee-Museum Bremen, 1976, S. 10.

² Vgl. ebd., S. 506.

1958 eine historisch-kritische Gesamtausgabe Forsters (herausgegeben von Gerhard Steiner), auf die heute jeder, der sich mit Forster beschäftigen will, angewiesen ist. Sie kam in Gestalt einer vierbändigen Auswahl auch im Westen heraus. Daß sie nicht unbenutzt blieb, zeigten die siebziger Jahre, die in der damaligen Bundesrepublik eine zwar kurze, aber doch nicht wirkungslose Forster-Konjunktur zeitigten. Das galt besonders für linke Germanisten, die nach demokratischen Traditionsbeständen aus der bürgerlichen Emanzipationsphase fahndeten. Aber schon Anfang der achtziger Jahre mußte ein Abflauen dieses Interesses zugunsten neuer Aufklärungskritik registriert werden, das folgerichtig mit der "Tendenzwende" in Verbindung gebracht wurde.

Daß also für Forster auch in seinem 200. Todesjahr die Zeichen nicht sonderlich günstig standen, war vorauszusehen. Umso bemerkenswerter, wenn gegen diesen Zeitgeist 1994 verschiedene Ausstellungen und Veranstaltungen zu Forster organisiert wurden: in Mainz und Göttingen, in Kassel, Halle und Bremen sowie im Münsterschen Wolbeck und in Gotha.³ Dabei erweist sich Forsters Ideal der Egalität gewissermaßen als Drehpunkt aller Präsentationen, mit in manchem überraschend aktuellem Bezug.

Die Mainzer Ausstellung wurde von dem durch seine Studien zur französischen Revolution bekannt gewordenen Historiker Rolf Reichardt und Geneviève Roche zusammengestellt und später auch in Göttingen gezeigt. Sie thematisierte die wichtigsten Lebensstationen Forsters: Beginn wissenschaftlicher Tätigkeit in Lodon und Beteiligung an der Cookschen Weltumsegelung (1772-1775); naturwissenschaftliche Lehrtätigkeit in Kassel und Vilnius (1779-1787); Leitung der Mainzer Universitätsbibliothek (1788-1792); Aktivist und "Seele" der Mainzer Republik, danach Pariser Exil (1792-1794). Konzeptioneller Bezug der Ausstellung ist der politische Kosmopolit und Repräsentant "multikulturellen" Denkens, der sich selbst 1792 als "Weltbürger, Europäer, Deutscher, Franke" apostrophiert hatte und der wegen seiner Forderung nach einem Anschluß der "Mainzer Republik" an Frankreich unter Reichsacht gestellt worden war: "An der Schwelle des westeuropäischen Nationalismus propagiert und lebt der Ethnologe, Naturforscher, Aufklärer und Jakobiner Georg Forster einen freiheitlich-republikanischen Verfassungspatriotismus, für den nicht ethnische oder religiöse, sondern politische und soziale Kriterien entscheidend sind."⁴ Ein Ruffel in der FAZ (4.2.1994) blieb nicht aus ("der Jakobiner ist ihnen nahe, mit dem Künstler wissen sie wenig anzufangen...").

Von den Beiträgen zu dem umfangreichen und instruktiven Katalog der Ausstellung - er enthält neben den Fachbeiträgen eine ausführliche Dokumentation der Exponate und eine reichhaltige Bibliographie - soll hier nur

³ Dieter Heintze, Bremen, ist für verschiedene Informationen herzlich zu danken.

⁴ Weltbürger - Europäer - Deutscher - Franke. Georg Forster zum 200. Todestag. Hrg. von Rolf Reichardt und Geneviève Roche, Universitätsbibliothek Mainz 1994, S. IX.

der Aufsatz von Helmut Peitsch erwähnt werden, der die linke und marxistisch orientierte Forster-Rezeption der dreißiger und vierziger Jahre behandelt.

Benjamins Annäherung an Forster in den dreißiger Jahren war Teil seiner Suche nach literarischen Gestalten, deren "Haltung" einen Humanismus von öffentlicher Relevanz repräsentiert. In der im Exil publizierten Anthologie "Deutsche Menschen" stellte Benjamin Forster als vergessenen "Vorkämpfer" aus dem "abgesprengten Vortrupp des Bürgertums in Deutschland" vor. Das thematisierte den Gegensatz zwischen dem praktischen Anhänger der französischen Revolution und der sie höchstens im Prinzip, aber doch nicht in ihren "plebejischen Methoden" billigenden und sich mit der deutschen Misere weitgehenden arrangierenden Weimarer Klassik.

Diese beiden Pole meinte auch Georg Lukacs, wenn er mit Bezug auf Forster und Goethe von "zwei politischen Tragödien am Ende der deutschen Aufklärung" spricht: Der in Weimar politisch gescheiterte Goethe, der erst nach Italien und dann in die Welt der reinen Kontemplation flüchtet, einerseits, und "die Mainzer Tätigkeit des deutschen Jakobiners Georg Forster und sein einsamer Tod im Pariser Exil"⁵ auf der anderen Seite - beide Opfer der zurückgebliebenen deutschen Verhältnisse. Lukacs' auf antifaschistisch-demokratische Reeducation zielende Traditionsbegründung konzentrierte sich auf den Humanismus der Weimarer Klassik ("Gleichheit und Gleichberechtigung der Menschen und Völker"), den er als Pendant zur französischen Revolution, als ihren "inneren Bastillesturm" interpretierte, um damit einen inneren richtungsgebenden Bezugspunkt für den demokratischen Neubeginn in Deutschland zu gewinnen. Ob Forster deshalb für Lukacs zwangsläufig zur marginalen Ausnahmegestalt werden mußte, wie Peitsch formuliert ("Lukacs' Bann über die plebejische Abweichung von der literarischen Hauptlinie"), mag bezweifelt werden - denn einerseits war Forster *real* Ausnahmegestalt, und andererseits figuriert er bei Lukacs durchaus als Maßstab, an dem auch die Weimarer sich messen lassen müssen (vgl. dazu besonders Lukacs' "Goethe und seine Zeit", Berlin 1949). Bei Anna Seghers und anderen Exilschriftstellern ergab sich der Bezug zu Forster im übrigen auch aus vergleichbaren Umständen (Mainz/Berlin), "wo Befreiung Besatzung bedeutete".

Träger der zweiten Gemeinschaftsausstellung "Zwischen den Welten - Zwischen den Zeiten. Georg Forster 1754-1794" waren die Georg Forster-Gesellschaft Kassel, das Bremer Übersee-Museum und das "Interdisziplinäre Zentrum zur Erforschung der Europäischen Aufklärung" der Uni Halle. Auch diese von einem Symposium und mehreren Vortragsreihen

⁵ Georg Lukacs, Fortschritt und Reaktion in der deutschen Literatur, Berlin 1947, S. 21.

begleiteten Ausstellungen⁶ stellten gleichermaßen den Aufklärer und Revolutionär wie den Ethnologen und Naturforscher Forster vor. Dabei erinnerte die breite Präsentation ethnologisch/ethnographischen Materials (teils aus Göttinger Archiven, teils aus dem Bremer Übersee-Museum) an eine schon 1976 von den Völkerkunde-Museen in Frankfurt und Bremen veranstaltete Ausstellung, bei der es um ein neues Selbstverständnis dieser ehemals als Kolonial-Museen oder Galerien für primitive Kunst und exotische Kuriositäten aufgezogenen Museen ging, nämlich deren Öffnung für eine nicht-eurozentristische Sicht der Gesellschaften und Kulturen der Dritten Welt, die von der Gleichheit der Menschen und von Solidarität mit unterdrückten Völkern ausgeht. Hier ist der auf Egalität pochende Ethnologe Forster Bezugspunkt, für den "alle Völker der Erde ... gleiche Ansprüche auf meinen guten Willen" haben und der ihre Entwicklung fördern will, "ohne sie in Europäer zu verwandeln".⁷ Forster, der bei der Cookschen Reise Gehilfe seines als Naturforscher mitreisenden Vaters Reinhold war und später die Reiseberichte schrieb, erweist sich hier als früher und kritischer völkerkundlicher Feldforscher, dessen breiter Erfahrungshorizont statt der Phantasien vom paradisischen Urzustand der "Wilden" ihm die Augen für die Bedeutung der materiellen Lebensumstände für die Entwicklung der Menschen öffnete. Insofern hatte Forster auch von der Bedeutung zivilisatorischem Fortschritts für die weniger entwickelten Völker ein durchaus konkretes Verständnis, wie ihm ebenso der Schaden für nichteuropäische Kulturen dämmerte, der aus deren europäischer Überfremdung und Kolonialisierung erwuchs. Humboldt hat, absolut im Recht auch beim Vergleich mit Darwin, seinem "berühmten Lehrer und Freund Georg Forster" attestiert, "eine neue Ära wissenschaftlicher Reisen, deren Zweck vergleichende Völker- und Länderkunde ist", eröffnet zu haben.⁸

Die Aktualität Forsters ergibt sich, diesen Eindruck hinterlassen die genannten Veranstaltungen und die in ihrem Umfeld entstandenen Veröffentlichungen, aus der Direktheit und Kompromißlosigkeit, mit der er am Ende der Aufklärung und Anfang der aufsteigenden bürgerlichen Gesellschaft deren Gleichheitsideale thematisiert. Hier liegen heute vielfältige Anknüpfungspunkte. Daß die Ausstellungen in der Öffentlichkeit vergleichsweise wenig Resonanz gefunden haben, kann derzeit nicht verwundern. Aber warum sollten die Materialien, die trotzdem in beachtlicher Fülle und Qualität Zustandekommen sind, nicht in Zukunft ihre Wirkung tun?

André Leisewitz

⁶ Vgl. Georg Forster in interdisziplinärer Perspektive. Hrg. im Auftrag der Georg Forster-Gesellschaft e.V. von Claus-Volker Klenke in Zusammenarbeit mit Jörn Garber und Dieter Heintze, Berlin 1994.

⁷ Vgl. Georg Forster 1754-1794, a.a.O., S.5 ff., 158 f.

⁸ Alexander von Humboldt, Kosmos, 2. Bd., Stuttgart/Tübingen 1847, S. 72.

Ende der Geschichte?

Perry Anderson, Zum Ende der Geschichte, Rotbuch, Nördlingen 1993, 170 S., 19,80 DM.

Perry Andersons 1992 in Englisch veröffentlichte Studie "The Ends of History" liegt seit 1993 in deutscher Übersetzung vor. Anderson plädiert wider den Rückzug der kritischen Gesellschaftstheorie vom Gebiet der Geschichtsphilosophien. Zu Recht argumentiert er, daß ein solcher Rückzug nur der amerikanisch-kapitalistischen Variante von Posthistoire im Sinne Fukuyamas nütze, der man so kampflos das Feld überlassen würde. (16) Anderson möchte diesen Geschichtsphilosophien auf ihrem eigenen Boden begegnen. Aus diesem Grund setzt er sich in den ersten drei Kapiteln mit den Geschichtsphilosophien Hegels, Cournots und Kojèves auseinander, die Vorläufer und erklärte Quellen Fukuyamas sind.

Die Kernthese Fukuyamas in "The End of History" vom Juli 1989 besagte, daß die Menschheit am Ende des 20. Jahrhunderts mit dem Sieg der westlichen liberalen Demokratie über alle Konkurrenten das Ende ihrer ideologischen Entwicklung erreicht habe. (12)

Die Argumentation Fukuyamas stützt sich dabei auf eine Interpretation Hegels, mit der die Phänomenologie der rastlosen Veränderungen des Geistes nicht in die schlechte Unendlichkeit eines unabschließbaren Veränderungsprozesses einmünde - Hegel habe einen absoluten Höhepunkt verkündet, auf dem die Vernunft als

Freiheit auf Erden in den Institutionen eines liberalen Staates verwirklicht sei. Der grundlegende Abriß jener Freiheiten, die Hegel als endgültige Gestalt der neuzeitlichen Freiheit betrachtet hätte, sei nie verbessert worden; der Staat, der am Ende der Geschichte auftrete, sei liberal, weil er durch sein Rechtssystem das universale Recht des Menschen auf Freiheit anerkenne und schütze, demokratisch, weil er allein mit Zustimmung der Regierten existiere.

Am Beginn des Hegel-Kapitels stehen für Anderson zwei Fragen: Hat Hegel behauptet, die Geschichte sei zu Ende gegangen, und wenn ja, wie sah dieses Ende aus? (17) Anderson kommt zu dem Schluß, daß Hegel selbst das Ende der Geschichte nie thematisiert hat, jedoch leicht zu erkennen ist, wie es aus seinem Werk abgeleitet werden konnte: Die letzte Instanz der Hegelschen Philosophie war nicht die Geschichte, sondern der Geist - Geschichte war neben der Natur nur die eine Seite seiner Entzweiung. Diese Entzweiung faßte Hegel jedoch als Ziel, Zweck oder Resultat, nicht als Ende. (19) Außerdem unterschlägt Fukuyama diejenigen Züge in Hegels politischem Denken, die ihn von anderen Liberalen unterschieden: Hegel kritisierte im Gegensatz zu diesen einen atomistischen Begriff der Bürgerschaft und eine instrumentelle Staatsauffassung. Er dachte bürgerliche Gesellschaft und Staat nicht als gegensätzliche Abstraktionen, sondern als eine Struktur wechselseitiger Verzahnung, so daß die subjektive Freiheit individueller

Akteure in eine gemeinschaftliche Gestalt übersetzt wurde; die Sittlichkeit der Nation. Zum natürlichen Vermittler zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Staat wurden die Korporationen (24), das staatliche Gegenstück zur Bändigung der atomisierenden Tendenzen der Marktgesellschaft waren für Hegel die "polizeilichen" Institutionen; der frühe Industriekapitalismus mußte reguliert werden, um allen Gesellschaftsmitgliedern das Recht auf Subsistenz zu sichern. Die Dilemmata sozialer Sicherheit sollten letztlich durch den Imperialismus gelöst werden, dessen Organisation Aufgabe des Staates sei. Da dabei die konkurrierenden Nationen aber in kriegerische Konflikte geraten, können sich die Widersprüche zwischen modernen Staaten nicht in einer höheren Allgemeinheit auflösen. (29) Folglich kommt Hegels politisches Denken nicht in einer eindeutigen Summe seines Zeitalters zur Ruhe, wie Fukuyama nahelegt - im Gegenteil: nicht Ruhe, sondern Unruhe, Bewegung und Schwankung geben in der Geschichte den Ton an.

Nicht Hegel, sondern Cournot ist die Quelle des Posthistoire, wie Anderson im zweiten Kapitel herausarbeitet. Cournot versuchte, Erkenntnistheorie und Geschichtsphilosophie zu einer Theorie zu verbinden, die dem Fortschritt des menschlichen Geistes das entscheidende Primat einräumte. Für Cournot dämmerte ein posthistorischer Zustand der Menschheit herauf, in dessen Stadium sich die gesellschaftliche Ordnung der Regelmäßigkeit und Voraussagbarkeit

eines natürlichen Systems annäherte. Ökonomische Prinzipien werden zur beherrschenden und formenden Kraft des kollektiven Lebens, der Konsum des Volkes steigt und die Politik verliert gegenüber der Verwaltung an Bedeutung. Die Gesellschaft wird geometrisch wie ein Bienenstock, die Geschichte geht zu Ende. Das Reich der Notwendigkeit triumphiert über den Zufall. (43) Doch spielt sich Cournots Ende der Geschichte im Gegensatz zu Hegel entschieden auf Erden ab. Da es keinen Rückhalt in einer höheren Selbstbewegung des absoluten Geistes findet, ist es weniger kategorisch: Die Zivilisation strebt für Cournot zwar auf einen Endzustand hin, werde ihn aber vermutlich nie strikt erreichen. Auch für Cournot harren die Probleme Hegels - Markt, Staat, internationale Ordnung - einer Lösung. Anderson kommt zu dem Schluß, daß Hegels und Cournots Vermächtnis das "untergründige Schwanken zwischen einer philosophischen Vision und sozialer Bestandsaufnahme, zwischen der Aussicht auf einen geschichtlichen Abschluß und Andeutungen politischer Zerrissenheit" teilen. Das sei ihr Paradox. (56)

Erst Kojève, dessen hegelianisch gefärbte Geschichtsphilosophie Anderson im dritten Kapitel beschäftigt, legte eine Hegel-Rekonstruktion vor, in der ihm ein vollentfalteter Begriff vom Ende der Geschichte zugeschrieben wird, der sowohl Ergebnis als auch Endpunkt menschlicher Entwicklung ist. Der "vollkommene Staat" wurde für Kojève seiner Vollendung in der

Sowjetunion unter Stalin entgegengetrieben. (68) Statt dem Rechtsstaat als vernünftige Verkörperung der Freiheit wie bei Hegel treten in Kojèves Version vom Ende der Geschichte Begierde und Befriedigung in den Vordergrund. Befriedigung statt Freiheit oder Vernunft wird zum Prinzip des vollkommenen Staates. Weitab von Hegel und Marx (Befriedigung ersetzt den Marxschen Begriff der Emanzipation) bewegt sich die Geschichte bei Kojève auf ein Ende zu: den universalen und homogenen Staat. (79) Diese Kriterien einer Beschreibung der guten Gesellschaft sind jedoch höchst formalistisch, wie Anderson überzeugend darlegt.

Jede der drei von Anderson rekonstruierten Spekulationen zum Ende der Geschichte hatte ihr Nachspiel. Diesen Nachspielen geht Anderson in einem vierten Kapitel nach: Die deutschen Theoretiker des Posthistoire nahmen Cournots Vermächtnis auf, wobei die Schaltstelle Hendrik de Man bildete. An dessen auf Cournot zurückgehende Thesen von Vermassung und Kulturverfall knüpfte sich die Auffassung, daß die moderne Zivilisation durch eine institutionelle Vermassung erstarrt sei, die jede intelligente menschliche Führung schon ob des Ausmaßes der Großorganisationen verunmögliche: eine politische Lähmung sei die Folge, die Geschichte verliere ihre Bedeutung. (85) Arnold Gehlen war der einflußreichste deutsche Vertreter dieser Auffassung sowie zugleich derjenige, der den Begriff Posthistoire ins Deutsche übertrug. Für ihn war das Arsenal historischer Erfahrung ge-

schlossen. Anderson identifiziert Gehlens These von 1960 als Vorwegnahme von vielem, was zwanzig Jahre später als entwickelte Theorie der Postmoderne auftauchte. Den Ursprung der französischen Theoretiker der Postmoderne wie Baudrillard oder Lyotard macht Anderson hingegen bei Kojève aus, dessen intellektuelle Schärfe seine postmodernen Nachfahren jedoch nie erreicht hätten.

Näher steht Anderson Jürgen Habermas. Auf sein System-Lebenswelt-Konzept Bezug nehmend kritisiert er jedoch das Verlangen nach einer neuen Sittlichkeit im Hegelschen Sinne: Die Trennung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft Hegels werde bei Habermas zu der von System und Lebenswelt; aus diesem strikten Dualismus resultiere das alte Problem einer Integration beider Bereiche in pragmatischer und moralischer Hinsicht. Die Funktion des Brückenschlags (Korporationen bei Hegel) fällt bei Habermas der Öffentlichkeit zu. Die Frage der verbindenden sittlichen Substanz bleibe jedoch auch hier ungeklärt: "Die Bundesrepublik ist sicherlich nicht Preußen nach den Reformen, doch ist, historisch gesehen, Habermas' Eintreten für die parlamentarische Demokratie in unseren Tagen nicht weniger konventionell als Hegels Befürwortung einer konstitutionellen Monarchie. Es läßt keine große Hoffnung auf eine politische Veränderung von unten." (93) Die Moderne sei für Habermas ein noch abzuschließendes Projekt, nichtsdestotrotz suggerierten seine Empfehlungen jedoch, das Projekt sei

bereits beendet, da sich ein Ende der Geschichte im Stillen einstelle, wenn "die Grenzen des bestehenden liberalen Staates und der Marktwirtschaft als unüberwindlich gelten, weil sich die Systeme einer öffentlichen Kontrolle entziehen." (95)

Fukuyamas Beitrag zum Ende der Geschichte wird nun im fünften Abschnitt von Andersons Untersuchung vor dem geschilderten Hintergrund ausführlich durchleuchtet.

Die vernichtende Schwäche der Argumentation Fukuyamas verortet Anderson dort, wo sich Fukuyamas Feststellung, die politische Demokratie sei im Vormarsch begriffen, mit der Prognose verbindet, der kapitalistische Wohlstand werde sich weiter ausbreiten. (127) Für Fukuyama ergebe sich die folgenreiche Schwierigkeit, zu begründen, wie nach dem Sturz des Kommunismus und der Einführung liberaler Demokratien in der ehemaligen Sowjetunion dort ein den westlichen kapitalistischen Metropolen entsprechendes Konsumniveau folgen könne. Auf Hirsch und Altwater verweisend zeigt Anderson auf, daß oligarchischer Reichtum als positionelles Gut nur existieren kann, wenn er einer Minderheit vorbehalten bleibt. (131) Hegels Geist, der die Natur in sich aufgenommen hat, ist außerdem in einer existentiell bedrohten Ökologie verloren - Fukuyama hat hierzu nichts zu sagen. Auch die Gleichheit der Geschlechter, von der Frauenbewegung eingeklagt, spielt für Fukuyama keine Rolle; Anderson hingegen weist der Emanzipation der Frauen zu Recht ein gehörig Maß

an gesellschaftlicher Sprengkraft zu. (139) Die Hegelschen Probleme - Armut, Gemeinschaft, Krieg - sind nicht verschwunden, müssen für Anderson aber auf einer anderen Ebene als der kapitalistischen gelöst werden.

Im sechsten Kapitel - "Sozialismus?" - leuchtet Anderson daher Alternativen zur herrschenden Ordnung aus. Das, was heute "am stärksten gegen den Kapitalismus spricht, ist die von ihm erzeugte Verbindung von ökologischen Krisen und sozialer Polarisierung. Die Kräfte des Marktes bieten dafür keine Lösung an." (149) Daher argumentiert Anderson für die Überwindung des Nationalstaates in Form des föderalen Staates in der Gemeinschaft (so z.B. der EU) und für Planung - nicht um ihrer selbst willen, sondern im Dienste der Gerechtigkeit. Doch: Die Widersprüche des Kapitalismus kommen nicht dem Sozialismus zugute, sondern bürden ihm nur größere Schwierigkeiten auf, denn die sozialistische Kritik an der kapitalistischen Demokratie sieht sich selbst mit allen Problemen konfrontiert, die sie diagnostiziert, wenn sie ihrem eigenen Programm Kontur geben will: Dies betrifft sowohl die wirtschaftlichen Prinzipien, die politischen Einrichtungen als erst recht das soziale Handlungsobjekt. (154) Zudem sind zwar alle Einwände gegen den Kapitalismus auf dem Niveau des Weltsystems am schlagendsten - doch ist auf dieser Ebene der Zugriff der Linken am schwächsten. Daraus folgt die Forderung nach einem neuen linken Internationalismus. (156)

Die letzten vierzehn Seiten des Buches nimmt ein Versuch des Historikers Anderson ein, in der Geschichte vier idealtypische Ergebnisse auszumachen, die in stilisierter Form Paradigmen unterschiedlicher Versionen der Zukunft des Sozialismus sein könnten (156): "Gesichter im Spiegel" könnten die Jesuiten in Paraguay von 1610 bis 1760 sein - der Sozialismus würde vergessen werden. Die Leveller im England des 17. Jahrhunderts wären die zweite Möglichkeit: Der Sozialismus würde verschwinden und umgewertet wieder auftauchen. Wie der Jakobinismus könnte der Sozialismus jedoch auch historisch mutieren - und wie der Liberalismus könnte er seine Rehabilitation und Transformation erleben. Als guter Historiker weiß Anderson jedoch, daß historische Analogien wie die genannten nie mehr als Vermutungen liefern, die unter bestimmten Voraussetzungen jedoch fruchtbarer als geschichtsphilosophische Voraussagen - wie diejenigen Fukuyamas und seiner Vorläufer - sein können.

Wolfram Burkhardt

Globale Probleme 500 Jahre nach der Entdeckung Amerikas

Helmut Knolle, *500 Jahre Verirrung. Voraussetzungen und Folgen der Entdeckung Amerikas*, Walter-Verlag Olten 1992, 154 Seiten, DM 26,80.

Obwohl mehr denn je fachübergreifende Forschung und "vernetztes" Denken gefordert werden, haben

Publikationen, die damit ernst machen, immer noch einen schweren Stand. Der Band, der 1992 neben vielen anderen zur Feier des "Fünfhundertjährigen Reiches" in Buchhandlungen unter der Rubrik Lateinamerika zu finden war, wäre ebensogut den Bereichen Archäologie, Biologie, Medizingeschichte, Ökologie oder Nordamerika zuzuordnen. In der Tat handelt es sich hier um eine kompakte Zusammenfassung der europäisch-amerikanischen Geschichte, die den Blick an den bekannten politischen Ereignissen vorbei auf weniger geläufige medizinische, demographische und ökologische Fakten lenkt. Der Autor läßt die Vorgeschichte der Kolonisierung Amerikas mit Abrahams Traum von einem großen Volk beginnen und sieht die 500 Jahre seit Kolumbus als eine "Verirrung" europäischer Zivilisation, die mit ihren territorialen Eroberungen auch die Grenzen des technisch Machbaren immer wieder erweitert und dadurch die globalen ökologischen Probleme der Gegenwart verursacht hat.

Es mag zunächst überraschen, daß die Vorgeschichte der europäischen Expansion zurückverfolgt wird bis in die Jungsteinzeit. Aber der Sinn dieses Umwegs ist zu erschließen, sobald der Autor seine These einführt (9ff.), nach der dem durch die materiellen Produktionsbedingungen bestimmten Bevölkerungswachstum und seiner bereits in den frühesten Kulturen praktizierten Steuerung eine vorrangige Bedeutung für die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung zuzumessen ist. In der Zeit der Selbstverwertung

und beginnenden Viehwirtschaft, so weist Knolle anhand neuester biologischer und medizingeschichtlicher Forschungen nach, adaptierten sich die Erreger einiger Tierkrankheiten an den Menschen; so entstanden u.a. die Pocken, die von da an die Völker der alten Welt heimsuchten. Als Antwort auf das Massensterben wurde in den patriarchalischen Stämmen die früher übliche Geburtenkontrolle aufgegeben. Die erst im Rom der Kaiserzeit wieder rückläufige Geburtenzahl war der Grund für eine Religionspolitik Konstantins, die das Christentum und seine Fortpflanzungsmoral förderte (38f.), deren Herausbildung und Durchsetzung bis zur frühen Neuzeit im Kapitel "Kaiser und Päpste" (35ff.) eingängig beschrieben werden.

Auch bei der Frage, warum die Europäer zu Herren der Meere wurden, wird der Leser bis ins Altertum zurückgeführt (25ff.). Der erste auf Seehandel beruhende Staat war das minoische Kreta. Abgesehen von diffamierenden Äußerungen bei griechischen Autoren gibt es scheinbar keine literarischen Zeugnisse von dieser Kultur. Der Autor stützt sich indessen auf die Annahme, daß das Phäakenland der Odyssee ein Überrest der minoischen Kultur gewesen sei, und kontrastiert den Pazifismus der matriarchalischen Minoer mit dem aggressiven Expansionismus der Griechen und Römer.

Nachdem der Autor in drei Kapiteln die in seiner Sichtweise für die Eroberer Amerikas charakteristischen Elemente Viehwirtschaft,

Seefahrt und Bevölkerungswachstum behandelt hat, läßt er eine knappe Darstellung der natürlichen und kulturellen Besonderheiten der westlichen Hemisphäre vor 1492 folgen (53ff.): weitaus geringere Artenvielfalt der Säugetierfauna, deshalb kaum Viehzucht (aber auch keine Pocken), kein Eisen, kein Holzschiffbau, kaum Handel. Während die Europäer die Errungenschaften der Chinesen, Inder und Araber übernehmen konnten, waren die altamerikanischen Kulturen auf sich allein gestellt.

Die weiteren Kapitel befassen sich mit ökologischen, demographischen und soziokulturellen Entwicklungen seit 1492. Die bekannte und eindeutig belegte Einschleppung der Pocken und der Masern durch die Konquistadoren mußte unter den Indigenas zu einem Massensterben führen, während die Spanier zum großen Teil resistent oder, nach einer vorausgehenden Infektion mit echten Pocken oder Kuhpocken, immun waren. Die Einführung der europäischen Haustiere nützte den weißen Siedlern, kaum aber den Indios der Anden, in denen sie Bodenerosion zur Folge hatte. Wurden im Zuge der Konquista wenigstens Priester zu Anklägern der Hinmetzelungen der Indios, duldeten die calvinistischen Geistlichen in Neu-England die Ausrottung der Indianer ohne Widerspruch. Die USA sieht Knolle als das "Land der unbegrenzten Illusionen" (100), insbesondere der Illusion, daß man immer wieder vor selbstverschuldeten Problemen in ein jungfräuliches Land ausweichen

und sich dort ohne Beschränkung entfalten könnte.

In dem Kapitel "Menschheitsexplosion" wird das Thema der verhinderten Geburtenkontrolle wieder aufgenommen (121ff.). Keine Religion außer dem Christentum hat die Geburtenkontrolle grundsätzlich abgelehnt. Nachdem bereits in der Spätantike das theologische Dogma, daß Sexualität der Fortpflanzung zu dienen habe, formuliert worden war, nahm in der frühen Neuzeit der Staat die Durchsetzung der kirchlichen Verbote und die Verteilung des enteigneten Kontrazeptionswissens der Kolonisierten in die Hand. In den Kolonien, wo es noch keine engen und seuchengefährdeten Städte gab, hatten folglich die weißen Siedler einen enormen Geburtenüberschuß, durch den die Bevölkerung Europas und Amerikas in zweihundert Jahren sich versechsfacht hat.

Das anschaulich und spannend geschriebene Buch, das auf den ersten Blick einer zehntausendjährigen Geschichte mit einem scheinbar monokausalen demographischen Erklärungsansatz beikommen will, erweist sich bei näherem Hinsehen als Darstellung formationsübergreifender Entwicklungslinien gegensätzlicher Produktionsweisen und ihres Naturverhältnisses: einer, die ein-lineares, extraktives - Ausbeutungsverhältnis und einer, die ein-zyklisches, reziprokes - Wechselverhältnis oder über Götter vermitteltes Kommunikationsverhältnis zur Natur unterhält. Ersteres ist das der seit der Antike sich durchsetzenden und die "Neue Welt" sich

subsumierenden europäischen Gesellschaftsformationen, letzteres eines, wie es in den vorkolumbianischen Kulturen anzutreffen ist (vgl. dazu auch Tzvetan Todorov, Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen, Frankfurt 1982).

Was Knolle im letzten Kapitel im Hinblick auf die Überlebenschancen der Gattung als einen die "vom Westen erzwungene Integration" revidierenden "Übergang zur Isolation" der "anderen Kulturen" (152) einfordert, meint im Verständnis des Rezensenten Dezentralisierung, Autonomie und selbstorganisierte Nutzung der eigenen Ressourcen, die freilich nicht von eben jenen Metropolen, die andere Kulturen in die Abhängigkeit vom Weltmarkt gezwungen haben, diesen zurückgegeben werden, sondern im Kampf gegen ihre Subordination unter die globalen Machtzentren zurückzuerobert sind.

Ohne eine solche Perspektive würden "500 Jahre Verirrung" zu einer Großen Erzählung, deren Moral Ursache und Wirkung verkehrt und erstere in der Ausbeutung der peripheren Länder und ihrer dem Hungertod preisgegebenen Bevölkerung reproduziert, wenn sie nur noch die Symptome der letzteren erkennt und relative Überbevölkerung mit Geburtenkontrolle kurieren will. So notwendig diese ist und so sehr sie, wie jüngst die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo gezeigt hat, auf globaler Ebene nach wie vor gegen eine desaströse Bevölkerungspolitik des Vatikans zu erkämpfen ist, so wenig taugt sie zu einem von Europäern verordneten Heilmittel - und sei es noch so gut

gemeint - gegen den Glauben eines Eduardo Galeano oder eines Gabriel Garcia Márquez (132 und 134f.) an den Sieg des Lebens über den Tod der Ausgebeuteten, deren einzige Waffe gegen die Ausbeuter und deren Militärs, Todesschwadronen oder Privatarmeen einstweilen ihre Masse und ihr Wille zum Überleben sind - auch dort, wo die Weltwirtschaftskrise die Peripherie bzw. die sogenannten Schwellenländer erreicht hat und der "stumme Zwang der Verhältnisse" an die Stelle offener Unterdrückung getreten ist (vgl. Manuel Castells, *Die zweigeteilte Stadt - Arm und Reich in den Städten Lateinamerikas, der USA und Europas*, in: Thilo Schabert [Hg.], *Die Welt der Stadt*, München 1991). Vielleicht sind die Aktionen des Ejército Zapatista de Liberación Nacional im mexikanischen Bundesstaat Chiapas nur der Auftakt zu Aufständen neuen Typs, die ohne das Wissen um den Zusammenhang von deregulierten Handelsbeziehungen und Verelendung gar nicht zu denken sind.

Reinhard Schweicher

Geistiges Erbe Europas als Herausforderung

Manfred Buhr (Hrsg.), *Das geistige Erbe Europas. Biblioteca Europa 5. Istituto Italiano per gli studi filosofici, Vivarium Verlag, Napoli 1994, 910 Seiten, DM 120,-.*

Der Band enthält Beiträge von 65 Autoren aus 20 Ländern und entstand im Zusammenwirken des Herausgebers mit einer Reihe

namhafter wissenschaftlicher, vornehmlich philosophischer Institutionen verschiedener europäischer Länder. Inzwischen ist, diese Initiative fortführend, in Madrid ein "Konvent für europäische Philosophie und Ideengeschichte" ins Leben getreten, der, wie es im Vorwort des Herausgebers heißt, "die einschlägigen Forschungen zum geistigen Erbe Europas in dialogischer Weise zusammenzuführen" sich zum Ziel gesetzt hat.

In den Beiträgen des Bandes wird die Mannigfaltigkeit des vor allem auf das philosophische Denken bezogenen Erbes Europas lebendig. Dabei kommen unterschiedliche, ja auf anderem Terrain durchaus gegensätzliche Positionen - die Spanne reicht von Marxisten bis zu Christen, Konservativen und Liberalen - in der erklärten Absicht zur Geltung, "in eine neue Diskurs-Dimension vorzustoßen, die sich an die klassische Form des Dialogs anlehnt". (17) Das Projekt kann auch als geistige Reaktion auf die historischen Brüche 1989ff. verstanden werden. Eine vom geistigen Erbe Europas inspirierte Einigungsbewegung kann sich angesichts historischer Regressionsbewegungen durchaus als Alternative gegen Orientierungslosigkeit, als Verteidigungslinie des Vernunft-Diskurses, als (Rück-)Besinnung auf Verhindertes, Nicht-Zustandegekommenes und Uneingelöstes verstehen, das "zu bewahren, wachzuhalten und für die Gegenwart und Zukunft produktiv zu machen" ist. (16) So versteht sich das Projekt im Sinne seiner Initiatoren auch als geistige Intervention gegen Fehlentwicklungen;

gen; und dies ist wohl auch das einigende Band der positionell ansonsten so unterschiedlichen Autoren.

Es ist eine imponierende und den Leser fast überwältigende Vielfalt von Autoren/innen, Themen, Standpunkten, Erfahrungen, die unter dem Generalthema zum Tragen kommt. Neben marxistischen Lesern in Deutschland wohlbekannten Namen wie D'Hondt, Merker, Holz, Besse, Metscher, Oisermann, Manninen, Andreas-Grisebach, Sève, Milhau, Gedö, Frolow, Erpenbeck, Losurdo, Gudopp, Filipecc, Burgio, Labica - um nur einige herauszugreifen -, stehen in ihren geistigen Zusammenhängen herausragende Persönlichkeiten wie Gadamer, Agnes Heller, Baumgartner, Kluxen, Lübke, Heigert u.v.a. Diese Annotation ist nicht in der Lage, auf ihre jeweils beachtenswerten Beiträge einzugehen. Sie sind unter die Abschnitte subsumiert: Europa: Herkunft-Gegenwart-Zukunft, Europäische Identität, Europäische Traditionen und Werte, Rechte des Menschen und der Menschheit, Wissenschaft als europäisches Erbe, Kritik und Selbstkritik Europas. Dies mag auch die thematische Breite andeuten.

Da und dort fällt freilich auch eine Fehlbesetzung auf, etwa das eher propagandistische Plädoyer des SPD-Politikers und designierten Präsidenten der Atlantischen Versammlung, Karsten Voigt, für die Europapolitik des Westens. Dabei gäbe es ja hinreichend Anlaß zur Selbstkritik etwa wegen der Türkei, der Blockade der EG gegen ihre

Erweiterung durch ost- und südost-europäische Staaten, der fortdauernden Dominanz der militärischen Seite der NATO usw. Stattdessen läßt Voigt kaum eines der Klischees des kalten Krieges bei der Beurteilung der Vergangenheit aus.

Was hat den bekannten und deziert marxistischen Philosophen Manfred Buhr bewogen, dieses Projekt auf den Weg zu bringen? Anzumerken bliebe auch, daß ihm dies unter den widrigen materiellen Umständen des "Abgewickelten" gelang, wofür ihm abgesehen von allen anderen Verdiensten der Publikation Reverenz zu bezeugen ist. Kaum ein anderer wäre wohl auch in der Lage gewesen, frühere internationale Zusammenarbeit und Kontakte nun in einem erweiterten Rahmen und einem Projekt wie dem vorliegenden produktiv weiterzuführen, ohne sich den vermeintlichen oder auch faktischen Siegern der Geschichte anzuschließen oder zu unterwerfen. Buhr treibt die Suche nach Ansätzen gegen die "Orientierungslosigkeit" nach der "gravierenden historischen Zäsur" von 1989 ff. zur Aktivität. Er erinnert an den doppelten Sinngehalt des Wortes "Krise" im Chinesischen: Gefahr und Chance. Sein Plädoyer gilt auch den historisch nicht zum Zuge gekommenen Möglichkeiten als Elementen des geistigen Erbes, die für Gegenwart und Zukunft fruchtbar zu machen wären. Er sieht die Chance für ein Denken in neuen Bezügen, "welches das 'Andere' nicht ausgrenzt oder vor der Tür läßt". (169) Sicher ist das vorliegende Buch dafür ein Beispiel, aber in Deutsch-

land kann gegenwärtig ja noch nicht einmal in Ansätzen von einem herrschaftsfreien, auf Ausgrenzung des Marxismus verzichtenden öffentlichen Diskurs die Rede sein. Dies ist wohl nur in einem übergreifenden Rahmen möglich, in dem andere Traditionen politischer und geistiger Kultur lebendig sind. So ist das Thema Europa auch deshalb wichtig, um der binnengesellschaftlichen Misere und Kleinkariertheit entgegenzuwirken.

Buhr besteht auf der Marxschen Theorie als "unverzichtbares kritisches Instrumentarium" und als Bestandteil des geistigen Erbes Europas, was viele Beiträge des Bandes sehr eindrucksvoll unter Beweis stellen (und doch auch den Exorzisten in der ehemaligen DDR einmal eine Überlegung wert sein sollte).

Der portugiesische Philosoph Eduardo Chitas schreibt, wie der Rezensent meint, sehr zutreffend: "Auf der allgemeinen Ebene der kulturellen und ideologischen Verhältnisse hat der Marxismus in Europa und anderswo seit zwei oder drei Jahren den starken Rückstoß zusammenwirkender tiefer Veränderungen in der Weltsituation auszuhalten. Dennoch bringt ihn die anstürmende Hochflut der Negativität nicht zum Scheitern. Seit anderthalb Jahrhunderten aktiv beteiligt an den Weltangelegenheiten, kennt er sich aus mit Sturmböen und jähen Bewegungen der Gegenwartsgeschichte. Das will sagen, daß er nicht nur nicht auf das Dasein verzichtet, sondern seine eigene Identität mit Fug und Recht behauptet. Im übrigen erwartet nie-

mand von denen, die ihn anfechten, die endlich über ihn triumphiert zu haben meinen oder die sich von ihm entfernen, daß er sich selbst versenkt." (163/64) Er fährt fort: "Der Marxismus, der selber den dominierenden Zustand negiert, wird also unter dem Feuer der Negation weiter bestehen. Wichtig für ihn und ihm in erster Linie angemessen ist aber eine dialektische Auffassung der Negation. Mehr noch: ein materialistisches Herangehen an die dialektische Negation, worin diese wesentlich 'als Moment des Zusammenhangs, als Moment der Entwicklung, bei Erhalten des Positiven, d.h. ohne irgendwelche Schwankungen, ohne jeden Eklektizismus' (Lenin) auftritt und zu greifen ist."

Europa steht für Buhr und die Mehrzahl der Autoren als geschichtsphilosophische Kategorie, die nicht mit der EG in ihren jeweiligen Abgrenzungen identifiziert werden kann. Vielmehr muß sie ihren auch die Alternativen einschließenden kritischen philosophischen Gehalt wie zu Zeiten der Aufklärung und der Klassik zum Ausdruck bringen und jenen Anspruch des geistigen Erbes Europas, der sich in der Vision des "Platzhalters der *conditio humana*" verdichtet, zur Geltung zu bringen suchen.

Es versteht sich, daß die Widerrede dem Eurozentrismus, gar nicht erst vom Nationalismus und Rassismus zu sprechen, und dem Geld- und Machteuropa gilt. In den Vordergrund rückt damit ein Erbeverständnis, das "Kritik und Selbstkritik Europas" enthält und bemüht

sein muß, "der Krankheit bloßer Adaption an den Zeitlauf zu entgehen" und sich stattdessen "des Weltlaufs zu versichern" (170). Diesen Ansprüchen tragen besonders die Beiträge des letzten Abschnitts Rechnung. Zum Gebrauchswert des Bandes gehört es zweifellos auch, daß er die Dimension einer europäischen Identität ins Bewußtsein zu bringen vermag, ein wichtiger Aspekt, den die gegenwärtigen Debatten um Nation und Nationalismus nicht aussparen sollten.

Es liegt in der Natur dieses imposanten Buches, daß es Resonanz in den verschiedensten politischen und geistigen Zusammenhängen finden kann und hoffentlich finden wird. Auf Erneuerung zielendes marxistisches Denken könnte den dialogischen Ansatz des Bandes als Beispiel verstehen und für zukunftsorientierte Vorstellungen fruchtbar zu machen suchen.

Heinz Jung

Zwischen Rätsozialismus und Reformprojekt

Lesebuch zum 70. Geburtstag von
Peter von Oertzen

herausgegeben von:
Karin Benz-Overhage,
Wolfgang Jüttner und Horst Peter

Aus dem Inhalt:
Peter von Oertzen und
die Linke
Linkssozialismus und
Sozialdemokratie
Westdeutsche Linke und
„Realsozialismus“
Demokratischer
Sozialismus nach '89
Reformismus
und seine Kritiker
Zukunft der
ArbeiterInnenbewegung
Gesellschaftlicher
Strukturwandel
Ökologisch-solidarischer
Umbau
Rotgrün?

Mit Beiträgen von
Ernest Mandel,
Jakob Moneta,
Jürgen Seifert,
Wolfgang Jüttner,
Arno Brandt, Oskar Negt,
Wolfgang Thierse,
Uwe Kremer,
Frieder Otto Wolf,
Joachim Raschke,
Michael Vester,
Ludger Volmer,
Heidemarie Wiczorek-Zeul,
Thomas Westphal,
Edelgard Bulmahn,
Hermann Scheer,
Elmar Altwater,
Horst Peter

Preis: DM 25,-
zzgl. Versandkostenanteil DM 3,- (möglichst V-Scheck!)
Bestellungen an:
spw-Verlag, Schanzenstraße 31, D - 51063 Köln

Zwischenbilanz der Transformationsprozesse in Osteuropa

Jakob Juchler, *Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989 - 1993. Gesamtüberblick und Fallstudien. Seismo Verlag Sozialwissenschaften und Gesellschaftsfragen, Zürich 1994. 461 Seiten. DM 69,90.*

Im vorliegenden Buch sind die Resultate des vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Forschungsprojekts "Systemkrise und Entwicklungsdynamik in Osteuropa" zusammengefaßt. Die Studie beeindruckt vor allem durch die gelungene Verbindung einer außerordentlichen materialintensiven Analyse mit der Erarbeitung theoretischer Positionen zur Erfassung grundlegender Entwicklungsrichtungen der Transformationsprozesse in Osteuropa. Das Buch gliedert sich in zwei große Teile. Der erste Teil untersucht die gemeinsamen Probleme der Transformationsprozesse, formuliert die theoretisch-methodologischen Grundlagen der Betrachtung und zeichnet die Reformstrategien und bisherigen Entwicklungsverläufe bis Anfang 1993 nach. Der zweite Teil des Buches enthält ausführliche Fallstudien zu den Entwicklungswegen Polens und der Tschechoslowakei, wobei anhand von Vergleichen zwischen den historischen Voraussetzungen und den aktuellen Reformprozessen in diesen beiden Ländern das vom Autor vertretene theoretische Gesamtbild konkretisiert wird. Eine Vielzahl von Tabellen, Abbil-

dungen und synoptischen Darstellungen widerspiegeln die Solidität, die Konkretheit und den komplexen Charakter der Gesamtuntersuchung. Die Wechselwirkungen von historischen Voraussetzungen, von wirtschaftlichen, politischen und Bewußtseinsprozessen bilden dabei den zentralen Leitfaden der Analyse.

Im Buch werden die osteuropäischen Transformationsprozesse durchgängig als "postsozialistisch" gekennzeichnet. Hinter dieser Begriffswahl steht ein theoretisches Konzept, mit dem sich der Autor deutlich von vielen in der gegenwärtigen Literatur gängigen Kennzeichnungen der Wandlungsprozesse in Osteuropa als "nachholende Modernisierung", als wirtschaftliche und politische "Liberalisierung", als Herausbildung von "Industriegesellschaftsstrukturen" u.ä. abhebt (S. 28ff.). Sein Ansatz ist formationstheoretisch, d.h. er faßt generell die Gesellschaft als ein Gebilde mit einer bestimmten Formationsstruktur, wobei die unterschiedlichen Formationen sowohl übergeordneten Zivilisationstypen angehören als auch eigenständige Eigenschaften, Merkmale und eine eigene Dynamik aufweisen. Die kapitalistische und die sozialistische Gesellschaft sind für ihn "Varianten eines modernen Zivilisationstyps" (S. 29) mit einigen Gemeinsamkeiten (wie industrielle Produktionsform, vertikale und horizontale Arbeitsteilung, nationalstaatliche Institutionen usw.), aber auch mit vielen Unterschieden und Eigenständigkeiten (z.B. Eigentumssystem, viele institutionelle

Strukturen, ideologische Verhältnisse, Wertvorstellungen usw.). Davon abgeleitet wirken jeweils spezifische Regulationsmechanismen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung.

In der Sicht der Autoren können die widersprüchlichen inneren Entwicklungsprozesse einer gegebenen gesellschaftlichen Formation periodisch zu Konflikten und Krisen führen, die zu einer fundamentalen Systemkrise eskalieren können, wie sie in den meisten sozialistischen Gesellschaften Ende der 80er Jahre zum Durchbruch kam. Die Wege aus einer solchen Systemkrise können unterschiedlich sein. Nicht überall - so der Autor - sind grundlegende Wandlungen zwingend. Zudem müssen die Lösungen nicht alle in die gleiche Richtung gehen. "Sind die systemimmanenten Widersprüche ... zu groß, setzen sich über kurz oder lang grundsätzliche Veränderungsstrategien durch. So kommt es zu einem Formationswechsel, da keine erfolgreichen formationskompatiblen Anpassungsstrategien mehr gefunden bzw. durchgesetzt werden können. Als Ergebnis dieses Prozesses entsteht eine neue Formationsstruktur oder es kommt zu einem Übergang zu einer bereits bestehenden Formation" (S. 30).

Der Autor hebt seine gesamte Analyse deutlich auf die Eigenständigkeit und Spezifik der Prozesse in den "postsozialistischen Ländern" ab, die eine eigene theoretische Erklärung verlangen und eigenständige Lösungen hervorbringen. Er grenzt sich damit von vielen anderen Einschätzungen ab, die die

Vorgänge in den osteuropäischen Ländern pauschal in globale Trends der politischen Demokratisierung, der Deregulierung, der Privatisierung, sinkender Autorität der politischen Eliten und Institutionen u.ä. einordnen. Obwohl Parallelen und Ähnlichkeiten zu Prozessen in anderen Teilen der Welt (in Dritte-Welt-Ländern z.B. Lateinamerikas, in iberischen Ländern u.a.) vorhanden und zu beachten sind, muß - so der Autor - der eigenständige Charakter der postsozialistischen Transformationsprozesse den entscheidenden theoretischen Ansatz sowohl der empirischen Analyse als auch der theoretischen Verallgemeinerung bilden. Die spezifischen historischen Ausgangspunkte, vor allem eben die jahrzehntelange Existenz einer sozialistischen Formationsstruktur mit entsprechenden spezifischen wirtschaftlichen und politischen Institutionen, kulturellen Eigenheiten sind letztlich bestimmend für den Charakter der Transformationsprozesse wie auch für deren Hindernisse und Schwierigkeiten. Sie unterscheiden diese von anderen, in manchen Erscheinungsformen ähnlichen globalen Wandlungsprozessen.

Abgeleitet hiervon wird im Buch ein Modell möglicher Entwicklungsszenarien für die Transformation, d.h. für Auswege aus der fundamentalen Systemkrise vorgestellt (S. 31ff.). Es umfaßt vier grundlegende Reformstrategien (mit jeweils zwei Substrategien):

- die Rekonsolidierung des sozialistischen Systems auf dem Wege vorsichtiger Teilreformen bei Bei-

behaltung der politischen Strukturen;

- die Einführung des "westlichen" parlamentarisch-demokratischen Systems mit klarer Dominanz einer privatwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur;

- Anstreben eines "dritten Weges", so als parlamentarische Demokratie mit gruppenspezifischen Eigentumsformen, marktwirtschaftlichem Rahmen, relativ großer Staatsintervention, oder auch als basisdemokratische Formen mit Planungselementen u.ä.

Sowohl aus der Untersuchung der allgemeinen Tendenzen des Transformationsprozesses in den postsozialistischen Ländern als auch aus den detaillierten Fallstudien schlußfolgert der Autor, daß das Hauptfeld der Auseinandersetzungen künftig faktisch zwischen dem zweiten und dem dritten Szenarium liegen wird. Er teilt die Länder Osteuropas unter diesem Aspekt in drei Gruppen (Typen) ein (S. 96ff., S. 182/183, S. 429): Eine erste Gruppe umfaßt die mittel-osteuropäischen Länder Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien und Slowakei, die eindeutig nach "westlichen" parlamentarisch-demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen streben; eine zweite Gruppe, die durch die ehemaligen GUS-Staaten gebildet wird, deren Instabilität die reale Möglichkeit sozialer Eruptionen und autoritärer Entwicklungen in sich birgt; und eine dritte Gruppe, die faktisch "dazwischen liegt", so die Länder wie Bulgarien, Rumä-

nien, Kroatien, Mazedonien, die baltischen Republiken.

Der Autor ist sehr vorsichtig mit diesen Gruppierungen, relativiert sie immer wieder und verweist auf die Spezifik, die Komplexität und die schwierige Überschaubarkeit der Prozesse. Eine große Rolle spielt in seinen empirischen Untersuchungen die "polit-ökonomische Zyklizität der Prozesse", das Auf und Ab der wirtschaftlichen Stabilisierungsbemühungen, der Formierung der politischen Strukturen sowie der Stimmungslagen in der Gesellschaft. Verwiesen wird auf die Siege der Linken vor dem Hintergrund der Enttäuschung großer Teile der Bevölkerung über die bisherigen Ergebnisse der Reformen. Verallgemeinernd wird eine Art "West-Ost-Gefälle" der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung registriert: Je westlicher die politisch-kulturellen Traditionen, je höher das wirtschaftliche Entwicklungsniveau, je größer die soziale und ethnische Homogenität, je geringer die Gewalttätigkeit der Konflikte, desto eher werden einigermaßen stabile demokratische Strukturen und geordnete Wirtschaftsabläufe erreicht. Allerdings, so vermerkt der Autor, läßt sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der gewählten Reformstrategie - schockmäßig oder graduellistisch-kontinuierlich - nicht oder nur zum Teil erkennen. Zu viele Einflußfaktoren bestimmen letztlich die konkrete Situation und deren weitere Entwicklung.

Konfliktpotentiale, die zu einem Umschlag in autoritär-nationalistisch-populistische Entwicklungs-

richtungen führen könnten, sieht der Autor vor allem in der Unfähigkeit der politischen Eliten zur Lösung der anstehenden Probleme, in einem starken Schwund des Vertrauens in die neuen gesellschaftlichen Institutionen und in die Reformprozesse überhaupt sowie im Nachlassen des Einflusses der anfänglich positiven Wirkungen der Reformen (besseres Warenangebot, mehr Freiräume u.ä.).

Tendenziell kommt es zu einem stärker werdenden Gemisch von Aggressivität, Intoleranz gegenüber politischen Gegnern, ethnischen Zusammenstößen mit Desintegrationstendenzen (S. 173ff., 430ff.). Für all dies gebe es einen "kritischen Schwellenwert", dessen Überschreiten sich selbst verstärkende Prozesse hin zu autoritären und staatskapitalistischen Strukturen auslösen kann. Besonders anfällig hierfür seien nach Einschätzung des Autors die ehemaligen UdSSR-Staaten, am wenigsten wahrscheinlich sind solche autoritären Richtungen in der Gruppe der mitteleuropäischen Staaten, voran Tschechien, gefolgt von Ungarn, Polen und Slowenien.

Aus der Sicht des Rezensenten erscheint es überlegenswert, ob nicht die vom Autor vorgenommene Heraushebung des zweiten Szenariums, also des Strebens nach "westlicher Demokratie und Marktwirtschaft" als Hauptrichtung der Entwicklung einerseits und die negative, als "wenig aussichtsreich" apostrophierte Bewertung eines sogenannten "dritten Weges" zu pauschal geraten sind. Mit Recht verweist der Autor wiederholt auf die

Offenheit der künftigen Optionen und Möglichkeiten. Hier sind sicher Ansätze für weitere Untersuchungen, da ja der bisherige Ablauf der Transformationsprozesse historisch betrachtet noch sehr kurzfristig ist. Außerdem müßten eventuell die Transformationsprozesse in Osteuropa in eine stärkere Wechselbeziehung zu Reformbestrebungen in Westeuropa - auch unter Berücksichtigung der neuen sozialen und ökologischen Probleme, globaler Einflüsse usw. - gestellt werden, woraus durchaus neue Entwicklungsmuster für die längerfristige Weiterführung der Transformationsprozesse in den osteuropäischen Gesellschaften erwachsen könnten.

Bisherige westliche Hilfsprogramme für Osteuropa charakterisiert der Autor als "bescheiden", "ineffizient" und "unkoordiniert", als Maßnahmen ohne wesentliche Wirkungen angesichts der Gefahren verstärkter Migrationsbewegungen, der Grenzkonflikte, Unruhen usw. in einigen osteuropäischen Ländern (S. 70ff.). Es bestehe die ernste Gefahr der Vertiefung des Spalts zwischen West und Ost in Europa und der Isolierung Osteuropas im Rahmen der mit eigenen Problemen beschäftigten (west-)europäischen Integration. Wirklich innovative Lösungskonzepte seien weder für internationale Aktivitäten noch für die nationale Entwicklung in Sicht. Die vielfach beschworene "Reintegration der osteuropäischen Länder in den Weltmarkt" wird nach Einschätzung des Autors nur mühsam vorankommen, sowohl wegen fehlender subjektiver Anstrengungen des Westens als auch auf

Grund objektiv komplizierter Konkurrenzbedingungen. Lebenswichtige Bereiche der mittel- und osteuropäischen Wirtschaften befinden sich zunehmend in direkter Konfrontation mit Krisenbranchen in westeuropäischen Industrieländern (Stahl, Textil, Landwirtschaft), vor allem aber mit Dritte-Welt-Ländern. Erwartungen, daß osteuropäische Länder etwa den Weg der iberischen Länder Spanien und Portugal seit Mitte der 70er Jahre schnell nachvollziehen könnten, hält der Autor für wenig aussichtsreich, wenn nicht ganz andere äußere und innere Bedingungen geschaffen werden. Chancen und Möglichkeiten einer Reaktivierung und Neugestaltung regionaler osteuropäischer Wirtschaftsverflechtungen bleiben im Buch leider außer Betracht.

Das Ineinanderfließen von inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und anwachsenden internationalen Instabilitäten läßt befürchten, daß "eine neue, diesmal wirtschaftliche 'Mauer' im Entstehen ist" (S. 68). Nur die Grenze, wo sie konkret verlaufen wird, stehe noch nicht fest.

Auf der politischen bzw. außenpolitischen Ebene könnte, nach Meinung des Autors, die heutige staatliche "Neuordnung" Osteuropas einen ähnlichen instabilen Charakter annehmen wie nach dem ersten Weltkrieg.

Einen eigenen wissenschaftlichen Wert verkörpern die beiden Fallstudien zu Polen (S. 187-312) als dem Land, das als erstes einen radikalen wirtschaftlichen Reform-

kurs bei ziemlich instabiler politischer Entwicklung steuerte, und zur Tschechoslowakei (S. 313-424) als dem Reformland, in dem die Transformationsprozesse zusätzlich mit dem Sonderproblem der staatlichen Trennung zwischen tschechischer und slowakischer Republik belastet wurden: Der tschechische Teil weist trotz krisenhafter Tendenzen eine relativ stabile wirtschaftliche und politische Entwicklung auf, während in der Slowakei wirtschaftliche Schwierigkeiten, Desillusionierung über die Versprechungen der Regierung und Unzufriedenheit zunehmen. Die Fallstudien sind nach einem parallelen Schema - historische Voraussetzungen, Reformprozesse im Überblick, wirtschaftliche und politische Entwicklung, gesellschaftliches Bewußtsein, Gesamtbilanz der Transformation - aufgebaut und ermöglichen damit dem Leser vielfältige interessante Vergleiche. Insgesamt bilden sie eine eindrucksvolle Illustrierung und Konkretisierung des Begriffs der "postsozialistischen Transformation".

Das Resümee der Gesamtstudie lautet schließlich: Gut vier Jahre nach dem eigentlichen Beginn der Reformen ist die Lage in den osteuropäischen Transformationsländern weiterhin krisenhaft und unsicher, wobei man die großen länderspezifischen Unterschiede beachten muß. Die gesamte Problematik der "postsozialistischen Transformation" erweist sich als größer, als die meisten Experten und Politik erwartet haben. Sie stellt im wahrsten Sinne des Wortes eine historische Herausforderung dar. Ihre Bewälti-

gung verlangt wesentlich größere Anstrengungen, sowohl im Inneren der Transformationsländer als auch auf internationaler Ebene.

Hinzufügen sollte man, daß die Ereignisse in Osteuropa seit Abschluß der Studie, also in den Jahren 1993/94, weitgehend deren theoretisch-konzeptionelle Grundgedan-

ken und Hauptschlußfolgerungen bestätigen. Sie mahnen zugleich, die in der Studie enthaltenen Überlegungen zu Offenheit und Beeinflussbarkeit der künftigen Entwicklungsrichtungen sorgfältig im Auge zu behalten.

Lutz Maier

21

Die Rote Luze

neue Folge

Zeitschrift für linke Theorie und Praxis

- WAS TUN GEGEN GROßE LAUSCHANGRIFFE !?
- RECHTE INTELEKTUELLE
- DEUTSCHER EUROCHAUVINISMUS
- ÜBERPRODUKTION UND MAFIOTISIERUNG
- PARLAMENTARISMUSKRITIK
- THEORIEN DES GRAUENS

Das Jahresabo (4 Hefte) kostet 20,- DM.

Probeheft anfordern bei:

Publizistische Studiengemeinschaft

Rankestraße 31

10789 Berlin

Herbst '94

Nachdenkliches über die ostdeutsche Wirtschaft

Wochenzeitung "Die Wirtschaft" (Hrsg.): Kombinate. Was aus ihnen geworden ist. Reportagen aus den neuen Ländern. Verlag Die Wirtschaft, Berlin, München 1993, 400 Seiten.

Wochenzeitung "Die Wirtschaft" (Hrsg.): Privatisierte. Was aus ihnen wird. Reportagen aus den neuen Ländern. Verlag Die Wirtschaft, Berlin, München 1994, 672 Seiten.

Vorurteile über die ostdeutsche Wirtschaft sind auch unter Linken groß. Es scheint, als ob sie mit der Vertiefung der Vereinigungskrise als eines handfesten Gründerkrachs noch wachsen. Da sind unbefangene Recherchen über die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ostdeutscher Unternehmen mehr als hilfreich. Genau darum geht es in den beiden vorliegenden Titeln. Vorwiegend Autoren aus den neuen Bundesländern spüren in dem 1993 erschienenen ersten Buch der Entwicklung von 28 Kombi-naten und Vereinigungen der DDR nach. Zu Rate gezogen werden Zeugen aus der Anfangszeit der Privatisierung ebenso wie die inzwischen zumeist neuen Führungskräfte.

Der Leser erfährt in der Mehrzahl der Reportagen Wissenswertes über die Entstehungsgeschichte der Unternehmen und deren oft 100-bis 150-jährige Tradition. Die Optischen Werke Carl Zeiß Jena können immerhin als das erste High-Tech-Valley in der Geschichte überhaupt gelten. Risikobewußte

Unternehmer, kluge Erfinder und talentierte Facharbeiter begründeten den Ruf deutscher Wertarbeit, und auch Kombinate- und Betriebsdirektoren zu DDR-Zeiten fühlten sich ihm allen bürokratischen Zwängen zum Trotz verpflichtet.

Es nötigt heute noch Respekt ab, wie viele von ihnen den Spagat zwischen hohen Reparations- und später Exportverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion und der Versorgung des Binnenmarktes zu meistern versuchten, Mittagsche Willkür ständig im Nacken.

Deutlich wird, daß der Handel mit dem sog. nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet für DDR-Betriebe innovations- und effektivitätsfördernd war, wenn er nicht um jeden Preis erfolgte. Dumpingpraktiken und Anbieten in der unteren Preisklasse hingegen rächten sich nach der Währungsunion ebenso wie im Gefolge des Kalten Krieges erzwungene hausgemachte High-tech-Maßstäbe oder die Einbindung in die sowjetische Rüstungsindustrie.

Unmittelbar nach der Einführung der D-Mark hatten - wie die Berichte zeigen - etliche der auf den Absatz in der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern orientierte Kombinate noch gute Entwicklungschancen (SKET Magdeburg brauchte im 2. Halbjahr 1990 nicht einmal die verfügbaren Liquiditätskredite voll auszuschöpfen; Schienenfahrzeugbau hing nicht an der Nabelschnur der Treuhand, der bisherige Sanierungsaufwand von 330 Mill. DM kam - dem Report

zufolge - ausschließlich aus dem Cash flow). Mit dem auch zum Schaden der betreffenden Länder erfolgten Wegbrechen der Ostmärkte war unternehmensintern kaum noch etwas zu beeinflussen. Es ist schon paradox, daß in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion Landmaschinen und Schlachthöfe wegen fehlender Ersatzteile aus den Betrieben in der Oberlausitz stillstehen, so daß die ohnehin zur Versorgung nicht ausreichende Lebensmittelproduktion Rußlands weiter zurückgeht, während andererseits die Oberlausitz mit über 20 % offizieller Rate (das Arbeitsplatzdefizit ist mehr als doppelt so hoch) zu den Regionen mit der höchsten Arbeitslosigkeit in Deutschland zählt.

Fakten belegen, daß manche Verkaufsverhandlung nur pro forma eingeleitet wurde, um an betriebswirtschaftliche Interna (Kundenkarteien, Vertriebswege, Händlerkontakte) heranzukommen. Handfeste kriminelle Handlungen wie bei der Vernichtung des Nähmaschinenwerkes Wittenberge (Kombinat Textima) werden dokumentiert. Aber auch Ermutigendes kommt zur Sprache. Am Beispiel der Arzneimittel wird gezeigt, wie sich ostdeutsche Unternehmen gegen Benachteiligungen ihrer Produkte auf dem Binnenmarkt erfolgreich wehren. Ähnliches wird aus dem früheren Kombinat Öl und Margarine, stellvertretend für die Lebensmittelindustrie, berichtet.

Mit dem 1994 erschienenen Titel setzen Herausgeber und Verlag diese Bemühungen fort, aber diesmal seit dem Tag der endgültigen

Privatisierung. In jeweils einem gesonderten Kapitel wird jede wichtige Form der Privatisierung erfaßt, Verkauf an Dritte im In- und Ausland, an die früheren Eigentümer (Reprivatisierung), als MBO an Betriebsangehörige und Kommunalisierung. Unter den 141 vorgestellten Unternehmen aus Industrie, Bauwesen, Handel und Verkehr befinden sich Mittelständler ebenso wie Großunternehmen, z.B. die Tankstellenkette Minol, die aus dem Ost-Berliner Tiefbaukombinat hervorgegangene Tiefbau GmbH oder die Petrolchemie und Kraftstoff AG Schwedt. Als "alte Bekannte" aus dem Kombinatebuch sind nur 20 von den damals untersuchten 28 Kombi-naten präsent. Das hängt damit zusammen, daß die Privatisierung bei einer Reihe von Großunternehmen wie Waggonbau, EKO u.a. noch nicht abgeschlossen ist, vielleicht auch mit dem Geschäftsgeheimnis mancher Firma. Die Freude über erhaltene Auskünfte ist bei manchem Autor dabei offensichtlich so groß geworden, daß er auf tiefer analysierende Nachfragen verzichtet hat.

Dennoch bleibt es die Botschaft dieses Buches: Ostunternehmen könnten überleben. Selbst gewagte Privatisierungen sind bei Klein- und Mittelbetrieben besser als das Dahinsiechen von Unternehmen in eigentumsrechtlicher Ungewißheit. Und die "Ossis" können nicht nur arbeiten, sie finden sich auch in der Marktwirtschaft zurecht, wobei sie oft an DDR-Traditionen des Kollektivgeistes und der gegenseitigen Hilfe, aber auch an das seinerzeit in

der Mangelwirtschaft notwendige Improvisationstalent anknüpfen.

Aufschlußreich das Kapitel, das die 35 MBO vorstellt, also jene Betriebe, die vom bisherigen Management, mitunter wie im Fall der aus dem ehem. Kreisbaubetrieb hervorgegangenen Bau Königs-Wusterhausen GmbH, von der Belegschaft gekauft wurden. Erst jetzt sind wir ein echter VEB geworden, zitieren die Autoren den Geschäftsführer. "Den Begriff Volkseigentum fand ich zu DDR-Zeiten eigentlich gut, nur daß wir vom Gewinn nichts hatten. Jetzt bestimmen wir allein über die Verwendung des Mehrwerts. Wir versuchen, den Betrieb so zu führen, daß die menschliche Seite nicht kaputt geht" (S. 547). 287 Mitarbeiter, davon 50 Lehrlinge sind im Betrieb, die Einlagen der mittlerweile 200 stillen Gesellschafter wurden 1993 mit 13,33 % verzinst. Solche MBO passen in kein Schema, denn viele Beschäftigte sind nun Arbeiter und Unternehmer zugleich, woraus sich auch das überdurchschnittliche Engagement der Mitarbeiter ergibt, die mitunter gut dotierte Angebote von der Konkurrenz abschlugen, nur um im "eigenen Betrieb" zu bleiben.

Auch bisher noch seltene Privatisierungsfälle sind dokumentiert, z.B. wenn bei der Thüringische Nadel GmbH in Ichtershausen bei Erfurt (hervorgegangen aus einem Betrieb des Kombines Solidor) der Eigentümer die Beteiligungsgesellschaft "Wiederaufbau Thüringen" der Hessisch-Thüringischen Landesbank ist (S. 167ff.), eine Bank sich also bei der Privatisie-

rung direkt engagiert. Fast wie ein Märchen liest sich das Überleben des Fernsehgerätewerkes Staßfurt als RFT AG Staßfurt durch die 49 %-ige Beteiligung einer neu gegründeten Vertriebsgesellschaft, an der 3750 Fachhändler und -handwerker der RFT-Branche in Deutschland beteiligt sind.

Das Reprivatisierungskapitel handelt von 24 Unternehmen. Im historischen Rückblick wird noch einmal die ganze Tragik der 1972 erfolgten Verstaatlichung der letzten Privat- und staatsbeteiligten Betriebe in Industrie und Bauwesen der DDR deutlich. Zugleich erfährt man von den Schwierigkeiten, die sich heute vor den neuen alten Inhabern auftürmen, insbes. hinsichtlich der Altschulden.

Und für alle Unternehmen ergeben sich angesichts der Härte der Konkurrenz auf einem oft übersättigten Markt - das Verhältnis Auftragsangebot zu Auftragserhalt liegt oft bei 10 : 1 (S. 384) - ungewohnte Konfliktsituationen, vor allem was den drastischen Stellenabbau betrifft. Soweit in den Reportagen dokumentiert, gab es nur elf Unternehmen mit gleichgebliebener oder leicht gestiegener Beschäftigtenzahl, hauptsächlich mittelständische Baubetriebe. Bei 39 Unternehmen sank die Zahl der Arbeitsplätze auf 20 Prozent und weniger (bezogen auf den Vorwendestand) ab, bei 25 sind nur noch weniger als ein Zehntel der früheren Mitarbeiter beschäftigt und bei 35 zwischen 35 und 70 Prozent.

Da hätte man sich schon kritischere Nachfragen dort gewünscht, wo

Märkte produziert werden, nämlich beim Handel. Beim Karstadt-Kaufhaus Dresden und dem Horten-Warenhaus Frankfurt wird nicht einmal die Frage gestellt, ob Ostprodukte gelistet werden oder warum nicht. Auch wird nicht überzeugend nachgewiesen, warum z.B. die konsument-Warenhauskette als genossenschaftliches Eigentum nicht die Vereinigung überstehen konnte, um sich als Vertriebslinie für Ostprodukte zu etablieren, sondern von Horten geschluckt wurde, die selbst 1994 mit Kaufhof fusionieren mußten (S.146).

Informativ dokumentiert wird der noch offene Ausgang des Deals mit der Societé Nationale Elf Aquitaine, die als Köder für den Leuna-Kauf vorerst das hochrentable Minol-Tankstellennetz von der Treuhand erhielt (S. 370). Ob da der Kurs auf die totale Privatisierung entsprechend dem Treuhandgesetz der letzten Volkskammer der DDR vom 17.6.1990 nicht auch an Grenzen stößt, zumindest bei Großunternehmen mit wechselseitiger Kapitalverflechtung, wo es den Unternehmer schon nicht mehr gibt. Und öffentliches Eigentum bei Giganten ist ja auch in den alten Bundesländern nicht unbekannt, geschweige denn steht es im Widerspruch zum Grundgesetz. Solche Schlußfolgerungen drängen sich dem Leser einfach auf, auch wenn sie im Text nicht gezogen werden.

Wer sich ein unvoreingenommenes Bild über die ostdeutsche Wirtschaft vor und nach der Währungsunion machen will, kommt an diesen Publikationen nicht vorbei. Er wird feststellen, wie fehl undiffe-

renzierte, pauschal abwertende Urteile über den Zustand der DDR-Ökonomie gehen.

Hans Luft

Forum Recht

**Rechtspolitisches
Magazin für Uni und
soziale Bewegungen!**

Erscheint vierteljährlich

Einzelheft:

4,00 + 1,50 Mark Porto

Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 4/1994

Schwerpunkt:

Wirtschaft und Recht

- Die emanzipierte Belegschaft
- Der deregulierende Zeitgeist
- Tarifautonomie trockengelegt
- Kleineres Übel Staatsschulden
- Analyse & Kritik der Neoliberalen

Weitere Themen:

- Polit. Justiz, Sammelurium, Juristische Ausbildung, Recht Kurz. Verbrechensbekämpfungsgesetz '94. Grundgesetz verteidigt, Staat geschützt, Recht gebeugt

Probe-Abo

(ohne Verlängerung):

3 Hefte für 10 Mark

Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG VERLAG

Falkstr. 13, 33602 Bielefeld

Unsinn über Axen

Margarita Mathiopoulos, Das Ende der Bonner Republik. Beobachtungen einer Europäerin, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1993, 480 Seiten, 49,80 DM.

Kanzler Kohls Wahlkampf-Befürchtungen, eine rotgrüne Regierung in Bonn laufe auf "eine andere Republik" hinaus, hat uns erneut vor Augen geführt, daß auch vier Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung deren Konsequenzen für den politischen Grundcharakter der Bundesrepublik Deutschland kaum erörtert, geschweige denn hinreichend gezogen worden sind. Da ist es angebracht, an ein Buch zu erinnern, das schon im Titel ein "Ende der Bonner Republik" konstatiert, dieweil andere nur von einem Ende vierzigjähriger Zweistaatlichkeit sprechen.

Allerdings erörtert die Autorin Konsequenzen der deutschen Wiedervereinigung fast ausschließlich aus der Sicht Westdeutschlands und seiner westlichen Verbündeten. Die Interessenlage osteuropäischer Nachbarn bleibt weitestgehend ausgespart. Und von berechtigten Interessen ehemaliger DDR-Bürger und deren Ansprüchen an die politische Grundverfassung des vereinigten Landes ist überhaupt nicht die Rede.

Stattdessen "porträtiert (!) Margarita Mathiopoulos gestürzte DDR-Größen" (Klappentext) wie Hermann Axen und Ibrahim Böhme, die sie jeweils ein paar Stunden interviewt hat. Das Böhme-Porträt ragt insofern heraus, als es eine

Ahnung von jener "Perestroika"-Konspiration (Gorbatschows Fünfte Kolonne in der DDR) vermittelt, die nicht unwesentlich zum Ende der DDR beitrug - unfreiwillig gewiß, da solche Konspirateure eigentlich eine "schönere", "reformiertere", wieder stärker Kremlhörige DDR herbeiführen wollten. Böhme, eine ehrliche Haut, hat das alles nicht verkraftet: die konspirative Verstrickung, das ihm befohlene falsche Spiel bei der Gründung der SPD in der DDR, die Enthüllung seiner Funktion als Einflußagent und das Scheitern des Zauberberlings Gorbatschow.

Das Axen-Porträt ist besonders schlecht. Es bedient gängige Vorurteile vordergründigster Art, ohne auch nur einen einzigen genauen Blick hinter die Kulissen zu werfen. So behauptet die Autorin beispielsweise (S. 102), Axen sei "1966 endgültig in den Olymp der Macht aufgenommen" worden, als er Sekretär des ZK der SED (für internationale Verbindungen) wurde. In Wirklichkeit war das 1966 eine Art "Auffang-Funktion" für den auf Leonid Breshnews persönlichen Wunsch im Februar 1966 abgesetzten ND-Chefredakteur Hermann Axen. Erst 1968, nachdem Axen flankierende propagandistische Aufgaben im Zusammenhang mit Breshnews Intervention gegen den Prager Frühling erfüllt hatte, gewann er Moskauer Vertrauen zurück und gelangte wieder zu Einfluß in der SED-Führung. Jenen Einfluß aber, den Axen bis Ende 1965 als ND-Chef besessen hatte, konnte er nie wieder erreichen.

Sieht man vom Kunst-"Kahlschlag" ab, dann wurden auf dem berüchtigten 11. Plenum (Tagung des SED-Zentralkomitees) vom Dezember 1965 drei politische Funktionäre der SED auf Betreiben Moskaus namentlich kritisiert: Kurt Turba (Leiter der Jugendkommission beim SED-Politbüro) und Harald Wessel (Wissenschaftsredakteur des ND und Mitglied der Turba-Kommission) wegen eines gemeinsam verfaßten jugendpolitischen Artikels, in dem Moskau "Angriffe auf die führende Rolle der Partei" ausgemacht hatte, sowie ND-Chef Hermann Axen wegen "mangelnder politischer Wachsamkeit" (weil er den Druck unseres Artikels nicht verhindert hatte). Der damals ebenfalls auf Breshnews Abschußliste stehende DDR-Wirtschaftsreformer Erich Apel hatte kurz vor dem 11. Plenum Selbstmord verübt. Das alles ist leicht nachprüfbar.

Hätte Axen das Ende der UdSSR und den Sturz Gorbatschows einigermaßen gesund überlebt (er starb am 15. Februar 1992 nach langer schwerer Krankheit), wäre ihm vermutlich die Unsinnigkeit seiner Nibelungentreue gegenüber "dem großen Bruder" richtig bewußt geworden und er hätte das Schweigen über die endlosen Schwierigkeiten mit Moskaus Vormundschaft gebrochen. Daß Gorbatschow 1989 besonders Axen nach allen Regeln demagogischer Kunst "fertigmachen" ließ, ging übrigens auf eine Konfrontation im Jahre 1984 zurück, als Axen im Gefolge Erich Honeckers in Moskau im Tschernenko-Politbüro ge-

gen einen Prawda-Artikel protestierte, in dem offen gegen die seinerzeit geplante Honecker-Reise nach Bonn polemisiert worden war. Damals hatte Gorbatschow das letzte Wort: Die Reise unterblieb.

Natürlich war es ein politischer Krebschaden der DDR, daß es in ihr kein einziges Medium gab, welches die latenten und akuten Konflikte zwischen Ostberlin und Moskau offen behandeln konnte. Doch 1993 noch so zu tun, als habe es die in der DDR verschwiegenen Konflikte überhaupt nicht gegeben, kommt einem späten Triumph des Augapfel-Syndroms ("Die Freundschaft zur Sowjetunion wie einen Augapfel hüten") gleich. Wer die Verhältnisse in der DDR nicht wirklich kennt, sollte über ihre "gestürzten Größen" vorsichtiger urteilen.

Wie ein Fremdkörper im Buch "Das Ende der Bonner Republik" wirkt das Kapitel "SPD sucht Pressesprecherin" (S. 315 bis 375). Wen interessiert schon, wer 1987 mit welchen Intrigen die Berufung von Margarita Mathiopoulos zur SPD-Pressesprecherin hintertrieben hat?

Harald Wessel

Nestoren-Brevier

Holger Becker/Volker Külow (Hg.), Zeugen der Zeitgeschichte - "Vielleicht stehen wir alle erst am Beginn", Dietz Verlag, Berlin 1994, 191 Seiten, DM 24,80

In diesem Taschenbuch kommen dreizehn eigenwillige Köpfe zu Wort, durchweg Frauen und Män-

ner von hohem Alter, mit gediegener Bildung, reicher Lebenserfahrung und ausgewiesenem politischen Verstand. Sie verkörpern - jeder auf besondere Weise - Höhen und Tiefen europäischer Weltverbesserungs-Ambitionen im zur Neige gehenden Jahrhundert. Und wie neuzeitliche Sisyphose bekennen sie sich mit guten Gründen zum Sinn ihres Lebenswerks. Das blaue Büchlein zweier junger problembewußter Publizisten der ehemaligen DDR ist mithin eine Art Brevier linker Nestoren.

Die Jahrhundert-Gespräche Bekkers und Külows mit den dreizehn Querköpfen (Günter Reimann, Anny Klawa-Morf, Maximilien Rubel, Robert Liebknecht, Henry Marx, Alexander Sinowjew, Erich Kuby, Helmut Hirsch, Gisèle Freund, Walter Fabian, Arthur Lehning, Walter Markov und Ruth F. Weiss) hätten in der DDR nicht veröffentlicht werden können; sie wären am vorausseilenden Gehorsam der meisten Verleger gescheitert und spätestens auf Verlangen der damaligen Sowjetischen Botschaft als "Dissidenten-Prosa" eingestampft worden. Doch auch die Unisono-Medien im staatlich wiedervereinigten Deutschland haben mit den linken Nestoren ihre geistigen Nöte: Die wissen zuviel und denken selbst. Da ignoriert man sie lieber.

Auf einen gemeinsamen Nenner sind die dreizehn Interviewten kaum zu bringen. Ähnlich denken sie in vier Punkten: Erstens hatte der Sozialismus-Versuch in Sowjetrußland von Anfang an objektiv nur geringe Chancen. Zweitens ist der

Zusammenbruch des Realsozialismus Moskauer Modells kein Gütesiegel für die "Marktwirtschaftsgesellschaft". Drittens bestand nie ein hinreichender Grund, in Gorbatschow einen "Hoffnungsträger" zu sehen. Viertens steht die Idee des demokratischen Sozialismus vor einem neuen Anfang, der vielleicht überhaupt erst seinen Beginn markieren wird.

Das Taschenbuch ist also für kritische Geister ungemain lesenswert. Die Herausgeber sollten ermutigt werden, weitere Zeitzeugen (von hohem spezifischen Gewicht) für die in Deutschland momentan sträflich vernachlässigte junge Generation zu befragen. Dabei könnte das Kompetenz-Spektrum erweitert werden: Auch Naturforscher, Mediziner, Friedensforscher und "Weltenbummler" besitzen zukunftssträchtige Erfahrungen. Bei den Anmerkungen im Taschenbuch ist mehr Sorgfalt erforderlich (so wurde Bucharin nicht 1937, sondern 1938 zum Tode verurteilt und - zum 55. Todestag von Karl Marx! - hingerichtet).

Harald Wessel

Mehr als "nur" Biographie

Hans Fricke, Davor - dabei - danach. Ein ehemaliger Kommandeur der Grenztruppen der DDR berichtet. GNN-Verlag, Köln 1994, 240 S., 19,80 DM.

Das vorliegende Buch ist mehr als nur eine Biographie, denn der Autor skizziert durchgehend seinen

Lebensweg vor dem Hintergrund der Politik bzw. Zeitgeschichte.

Der Leser erhält so aus der Sicht und Erfahrung des Autors zugleich einen Einblick in die historische Entwicklung Deutschlands - vor allem nach 1945. Das geschieht nicht in Wendehals- bzw. Siegermentalität. Dazu schreibt Fricke im Vorwort: "Ich wollte aber auch, daß wir die Aufarbeitung von DDR-Geschichte nicht denen überlassen, die sie nur teilweise erlebt haben, die aus der Distanz eines Bürgers der alten BRD glauben, sie besser zu kennen als wir oder die sie einfach ausradieren und damit den ehemaligen DDR-Bürgern ihre Geschichte, ihr Selbstwertgefühl und ihre Wünsche nehmen wollen" (9).

Und, um es vorwegzunehmen, das ist ihm gelungen. Er analysiert seinen Lebensweg im Kontext der Entwicklung DDR/BRD und ihrer Beziehungen - durchaus auch selbstkritisch. Doch er sieht dabei keinen Grund für eine Verleugnung der eigenen Biographie. Fricke nennt die Beweggründe für seine Mitgliedschaft in der SED und vor allem für seinen frühzeitigen Eintritt in die Reihen der Sicherheitsorgane der DDR. Es prägen ihn die Atmosphäre des kalten Krieges und hier solche Ereignisse wie die Spaltung Deutschlands (33-51), die Dienstjahre in der Volkspolizei (54-82), der 17. Juni 1953 (84-97), die Zeit bei den Grenztruppen der DDR (106-117), der Bau der Berliner Mauer im August 1961 (121-138) und vor allem seine Dienstzeit in der Grenzbrigade (164-207), aber auch "Die Zeit danach" (219ff.).

Hier erinnert der Autor die westdeutsche Geschichtsschreibung zu recht an den wirklichen geschichtlichen Ablauf nach 1945/49. Denn die Adenauer-Regierung schlug gerade in den 50er Jahren Vorschläge der UdSSR/DDR zur Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen mehrfach in den Wind (März 1952/Anfang 1955) und setzte von Anfang an auf die Integration der Westzonen/BRD in die NATO und betrieb - erst heimlich und dann ganz offen - die Remilitarisierung der BRD. Das Ziel war die "Befreiung der Ostzone" bzw. der DDR. Hier argumentiert der Autor beweiskräftig mit zeitgeschichtlichen Tatsachen.

Er wendet sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich gegen Versuche der jüngsten Zeit, "der DDR zu unterstellen, sie hätte Aggressionsabsichten gegen die BRD gehabt. ... Wir Angehörigen der NVA glaubten zu wissen, welche Gefahren auch der DDR aus der globalen Machtpolitik der USA erwachsen würden, und wir hatten konkrete Vorstellungen davon, was sich hinter dem Ausspruch eines amerikanischen Präsidenten verbarg: 'Wir werden sie an die Wand rüsten, bis sie quietschen'" (150). Und in diesem globalen Zusammenhang erfährt der Leser Fricke's Ansichten zum 17. Juni 1953: "Als sicher gilt, daß die Juni-Ereignisse nur der Kulminationspunkt einer gesamtgesellschaftlichen Krisensituation im ersten Halbjahr 1953 waren, der tiefsten Krise bis zu der im Jahre 1989. Daran hatte der kalte Krieg, der von beiden Seiten geführt wurde, seinen Anteil" (84). Und auch

der Bau der Berliner Mauer spielt in diesem Gefüge eine wichtige Rolle. Auch hier führt der Autor eine Reihe heute scheinbar "vergessener" Fakten an - z. B. die gezielte Abwerbung tausender Fachkräfte aus der DDR. Doch - so meine ich - trotz aller richtigen Argumente und angeführten Tatsachen - erfordert die Einschätzung der geschichtlichen Ereignisse insgesamt eine präzisere Analyse und auch Wertung im historischen Zusammenhang.

In der gegen die DDR gerichteten Politik sieht Fricke wichtige Gründe für die aktive Unterstützung "ihrer" DDR durch viele DDR-Bürger - einschließlich seiner Person als Mitglied der SED und hoher Offizier der Grenzsicherung.

Fricke skizziert auf der Grundlage seiner Erfahrungen vor allem den Dienst in der Volkspolizei bzw. der Grenzbrigade. Hier erfährt der Leser mehr über die Strukturen dieser Organe - aber auch über ihr "inneres" Leben. Und er weicht in diesem Zusammenhang auch der Frage nach den Todesschüssen an der Mauer nicht aus. Dazu schreibt er: "Jeder, der die Absicht hatte, die Grenze zu überwinden, wußte, daß sie gesperrt und vermint war, daß sie Tag und Nacht bewacht und daß auch geschossen wurde. Nur in wenigen Fällen war die Grenzverletzung eine spontane Handlung. ... Wer dennoch diesen Schritt wagte, der mußte sehr wichtige Gründe haben, auf sein Glück bauen oder darauf hoffen, daß auf ihn nicht geschossen würde... Niemand möge glauben, daß die Opfer an der Grenze uns ehemalige Offiziere

und Grenztruppen nicht belasten würden. Die (von östlicher Seite) abgegebenen Schüsse mit Todesfolge lasten auf unserem untergegangenen Land, auf den Verantwortlichen, auf den Grenzsoldaten, die geschossen haben, auf der gesamten Gesellschaft der DDR. Jeder Tote ist ein Toter zu viel." (207).

Fricke schied - auf eigenen Wunsch - aus dem aktiven Dienst der NVA aus. Zweifel über negative Entwicklungen in Politik und Wirtschaft der DDR - vor allem über den "offenkundigen Widerspruch zwischen dem theoretischen Lehrstoff und der Realität des täglichen Lebens der DDR-Bürger" (169) - werden von ihm oft verdrängt. Und er nennt als Gründe dafür die Hoffnung auf Reformen und die "innere Disziplin" gegenüber der SED. Er zieht im "Rückblick" (224ff.) noch einmal zusammenfassend Bilanz über seinen Lebensweg. Der Autor setzte auf die Reformfähigkeit des realen Sozialismus durch die Perestroika und Glasnost. Die Wende machte allen Hoffnungen auf notwendige Reformen in der DDR ein bitteres Ende.

"Davor - dabei - danach" ist meiner Meinung nach eine ehrliches, natürlich subjektiv geprägtes Buch. Es trägt sicherlich zur Aufarbeitung der Zeitgeschichte, so wie sie Fricke versteht, bei. Das Buch sollte viele Leser finden. Dieses Fazit ziehe ich nach Durcharbeitung dieses Buches, auch wenn ich aufgrund meiner Erfahrungen und Anschauungen nicht alle seine Aussagen teile, so über den Zerfall des realen Sozialismus und die Ein-

schätzung der DDR-Opposition. Doch teile ich voll seine Meinung: "Wir brauchen den Mut zur Wahrheit, auch wenn sie unbequem ist, ja schmerzlich ist. Damit meine ich aber ausdrücklich den Mut zur Wahrheit im Osten wie im Westen Deutschlands! Eine 'Aufarbeitung' deutsch-deutscher Geschichte, bei der es allein darum geht nachzuweisen, daß die DDR von Anfang an ein Unrechtsstaat war, den ehemaligen DDR-Bürgern ihre Identität, ihre Würde, ihr Selbstwertgefühl zu nehmen und jede Erinnerung an den Versuch der Schaffung sozialistischer Gesellschaftsordnung auszumerzen, wird vor der Geschichte keinen Bestand haben" (230).

Fritz Krause

Erster, zweiter und dritter Blick

Claus-Dieter König: *Zivilgesellschaft und Demokratisierung in Nigeria*, Lit Verlag, Hamburg 1994, 148 S., 29,- DM.

1994 berichteten die deutsche und die internationale Presse relativ ausführlich über den Verfall von Staat und Gesellschaft in Nigeria. Das Experiment der Demokratisierung und Entwicklung war dort gescheitert: ein schmale Oberschicht, die die öffentliche Gewalt usurpiert hatte, plündert die Ökonomie des Landes aus. Der 1993 gewählte Präsident, Abiola, wurde von den Militärs am Amtsantritt gehindert. Dabei ist offen, ob nicht auch dieser Politiker nur ein Magnat unter anderen war.

Ist es sinnvoll, die gesellschaftlichen und politischen Strukturen eines derart ruinierten Landes unter der Überschrift "Zivilgesellschaft und Demokratisierung" zu behandeln?

Diese Frage mag auf eine Problematik hinweisen, die in einem Teil des sozialwissenschaftlichen Feuilletons durch den affirmativen Gebrauch von Gramscis Begriff "società civile" entstand. Völlig anders steht es, wenn wir "Zivilgesellschaft" ausschließlich als einen Untersuchungsgegenstand begreifen. "Demokratisierung" muß dann auch nicht als Faktum aufgefaßt werden, sondern als ein Projekt, das in ein Verhältnis zu einer vielleicht andersgearteten Realität - eben der "società civile" - gesetzt wird. Dies ist die Absicht eines Büchleins von Claus-Dieter König.

Er hat sich eine doppelte Aufgabe gestellt: Erstens will er die Ergebnisse empirischer Forschung über die Demokratisierungsproblematik in Nigeria reflektieren, und dies soll - zweitens - im Rahmen des theoretischen Interpretationskonzepts "Zivilgesellschaft" geschehen.

Dies löst Neugier aus, ob und wie einen solcher Ansatz auf eine Gesellschaft anwendbar ist, in der die Traditionen, auf welche Gramsci sich stützte, weitgehend unbekannt sind.

König entwirft das Zivilgesellschafts-Konzept sehr knapp, aber auch sehr kompetent. Auf wenigen Seiten macht er klar, inwiefern es als analytisches Instrumentarium genutzt zu werden vermag. Dies kann, so darf vermutet werden, in dieser Lakonik nur aufgrund einer

sicheren Materialbeherrschung gelingen.

In einem zweiten Zugriff befaßt sich Claus-Dieter König mit der historischen Genese der Zivilgesellschaft in Nigeria. (S. 25ff.) Er streift kurz die präkolonialen politischen Systeme und wendet sich dann ausführlicher dem kolonialen Staat zu, wodurch sich ein plausibler Zusammenhang mit seinen Ausführungen im vorangegangenen Kapitel über das Verhältnis von Zivilgesellschaft und frühneuzeitlichem europäischem Staat ergibt. Seine Ausführungen über das unabhängige Nigeria konstatieren eine starke Mediatisierung durch internationale Finanzinstitutionen. Die Klassenstruktur untersucht er anhand der gramscianischen Begrifflichkeit vom "hegemonialen Block" (S. 34ff.)

Durchgehend werden in der Arbeit von Claus-Dieter König intensiv und adäquat die Geschlechterverhältnisse reflektiert. Sehr anspruchsvoll ist sein Versuch, auch die Konstitution von "Individualität im Alltagsbewußtsein" sowie ein "Modell der Staatsbürgerschaft" zu diskutieren. Er kann sich dabei auf eine offensichtlich breit entfaltete Erörterung dieser Themen in Nigeria selbst stützen.

In einem Exkurs (S. 55ff.) behandelt er ein sozioökonomisches und politisches Ungleichgewicht, das durch die Hegemonie des nigerianischen Nordens bestimmt ist. Dies geschieht in einem historischen Abriß.

Das Kapitel 4 kann als der Kern der Schrift gelten. Hier nämlich

unternimmt König den Versuch, den Zivilgesellschaftsbegriff empirisch einzulösen. Ethnizität, Religion, Traditionelle Herrschaft, Selbstorganisation der Frauen, Gewerkschaften, Soziale Protestbewegungen und Menschenrechtsinitiativen, Massenmedien sowie "Home-town Voluntary Associations" werden als ihre konstituierenden Bereiche genannt, wobei es plausibel erscheint, daß der Verfasser sie nicht etwa einfach hintereinander abhandelt, sondern ihre wechselseitige Durchdringung sowie das Verhältnis zur staatlichen Macht darstellt.

Das fünfte Kapitel konfrontiert die Ergebnisse, welche sich bei der Analyse der "Zivilgesellschaft" ergaben, mit dem aktuellen "Programm zum Übergang zur Zivilregierung". Der Verfasser kommt zu dem Schluß, "daß in Nigeria zivilgesellschaftliche Strukturen, die einem stabilen parlamentarischen System entgegenstehen, selber eine hohe Stabilität besitzen". (S. 130)

Der übliche erste - nämlich verhimmelnde - Blick auf die *società civile* entfällt also in dieser Arbeit. Der zweite zeigt, daß dieser Terminus durchaus auf eine Entwicklungsgesellschaft angewandt werden kann. Drittens allerdings bleibt ein Unbehagen. Es ergibt sich daraus, daß nach dem Wegfall früherer praktischer Bezüge der Entwicklungsländerforschung die Wahrnehmung afrikanischer Gesellschaften durch Metropolen-Wissenschaftler offensichtlich nicht mehr erbringen kann als eine Befriedigung von Neugier, die in den Zentren selbst Ursprung und Ziel

hat. Daß, wie Claus-Dieter König zeigt, sein Thema auch von Kollegen in Nigeria behandelt wird, könnte eine Verdoppelung dieses - ihm persönlich nicht zur Last zu legenden - Unwesens sein. Subjekt der kolonialistischen Völkerkunde waren die dominierenden Staaten und Klassen des Nordens. Erstere ist nunmehr durch die soziologische und politologische Erforschung der sogenannten Entwicklungsgesellschaften, letzteres durch das hiesige Wissenschaftssystem ersetzt worden.

Georg Fülberth

Der kritische Gehalt der Marx'schen Theorie

Diethard Behrens (Hg.), *Gesellschaft und Erkenntnis. Zur Materialistischen Erkenntnis- und Ökonomiekritik. Mit Beiträgen von Diethard Behrens, Kornelia Hafner, Harald Kerber und Claus Rolshausen. Ca ira Verlag, Freiburg 1993, 278 S., 35,- DM.*

Nach einiger Zeit fast totaler Agonie marxistisch orientierter Theorieproduktion tut sich in einigen kleineren Verlagen wieder etwas. Bei dem rührigen Verlag "ca ira" der Initiative Sozialistisches Forum in Freiburg erschien unter dem für viele Zeitgenossen dinosaurermäßig daherkommenden Titel eine Aufsatzsammlung eines Diskussionszusammenhanges, der offensichtlich als eigenständige Interpretationsrichtung Marx'schen Denkens einen "kritischen" Marxismus (9f.) entwickeln will, der gegen den ehemals etablierten und mittlerwei-

le untergegangenen Diamat wie gegen einen "dissidenten Marxismus" gerichtet ist, der heute zumeist seinen Frieden mit dem System - so er dieses überhaupt noch als solches anerkennt - geschlossen hat.

In den ersten Aufsätzen Harald Kerbers "Erkenntnistheorie und materialistische Gesellschaftstheorie" (13-37), Claus Rolshausens "Die Traditionalisierung der Kritischen Theorie" (39-58) und Kornelia Hafners "Gebrauchswertfetischismus" (59-87), wird der z. T. gründliche und mehr oder weniger überzeugende Versuch gemacht, den eigenen Standpunkt neben den geläufigeren von kritischen Theoretikern und unkritisch gewordenen Sozialwissenschaftlern von Lukács über Adorno bis hin zu Habermas darzustellen. Sie sind an einer, gegen den auch in marxistischen Erkenntnistheorien weitverbreiteten Positivismus gewendeten, erkenntnistheoretischen Problemstellung orientiert, nach der "das Subjekt, die Menschengattung, notwendig in der Differenz von der Natur als Objekt existiert und sie als Objekt aus dieser vorausgesetzten Differenz begreift" und somit Grenzziehungen gefordert sind: sowohl gegen "die Hegelsche Position", "wonach der Geist in seinem Anderssein immer schon unter dem Aspekt des Bei-sich-selbst-Seins verstanden wird", als auch gegen "eine materialistische Ontologie, wonach die Materie, vorgestellt als Subjekt, sich selber differenziert, um sich dann in den Menschen und deren Praxis mit sich selbst zusammenzuschließen." (37) Die Absicht, an der Gültigkeit Marx-

sicheren Materialbeherrschung gelingen.

In einem zweiten Zugriff befaßt sich Claus-Dieter König mit der historischen Genese der Zivilgesellschaft in Nigeria. (S. 25ff.) Er streift kurz die präkolonialen politischen Systeme und wendet sich dann ausführlicher dem kolonialen Staat zu, wodurch sich ein plausibler Zusammenhang mit seinen Ausführungen im vorangegangenen Kapitel über das Verhältnis von Zivilgesellschaft und frühneuzeitlichem europäischem Staat ergibt. Seine Ausführungen über das unabhängige Nigeria konstatieren eine starke Mediatisierung durch internationale Finanzinstitutionen. Die Klassenstruktur untersucht er anhand der gramscianischen Begrifflichkeit vom "hegemonialen Block" (S. 34ff.)

Durchgehend werden in der Arbeit von Claus-Dieter König intensiv und adäquat die Geschlechterverhältnisse reflektiert. Sehr anspruchsvoll ist sein Versuch, auch die Konstitution von "Individualität im Alltagsbewußtsein" sowie ein "Modell der Staatsbürgerschaft" zu diskutieren. Er kann sich dabei auf eine offensichtlich breit entfaltete Erörterung dieser Themen in Nigeria selbst stützen.

In einem Exkurs (S. 55ff.) behandelt er ein sozioökonomisches und politisches Ungleichgewicht, das durch die Hegemonie des nigerianischen Nordens bestimmt ist. Dies geschieht in einem historischen Abriss.

Das Kapitel 4 kann als der Kern der Schrift gelten. Hier nämlich

unternimmt König den Versuch, den Zivilgesellschaftsbegriff empirisch einzulösen. Ethnizität, Religion, Traditionelle Herrschaft, Selbstorganisation der Frauen, Gewerkschaften, Soziale Protestbewegungen und Menschenrechtsinitiativen, Massenmedien sowie "Hometown Voluntary Associations" werden als ihre konstituierenden Bereiche genannt, wobei es plausibel erscheint, daß der Verfasser sie nicht etwa einfach hintereinander abhandelt, sondern ihre wechselseitige Durchdringung sowie das Verhältnis zur staatlichen Macht darstellt.

Das fünfte Kapitel konfrontiert die Ergebnisse, welche sich bei der Analyse der "Zivilgesellschaft" ergeben, mit dem aktuellen "Programm zum Übergang zur Zivilregierung". Der Verfasser kommt zu dem Schluß, "daß in Nigeria zivilgesellschaftliche Strukturen, die einem stabilen parlamentarischen System entgegenstehen, selber eine hohe Stabilität besitzen". (S. 130)

Der übliche erste - nämlich verhimmelnde - Blick auf die *società civile* entfällt also in dieser Arbeit. Der zweite zeigt, daß dieser Terminus durchaus auf eine Entwicklungsgesellschaft angewandt werden kann. Drittens allerdings bleibt ein Unbehagen. Es ergibt sich daraus, daß nach dem Wegfall früherer praktischer Bezüge der Entwicklungsländerforschung die Wahrnehmung afrikanischer Gesellschaften durch Metropolen-Wissenschaftler offensichtlich nicht mehr erbringen kann als eine Befriedigung von Neugier, die in den Zentren selbst Ursprung und Ziel

hat. Daß, wie Claus-Dieter König zeigt, sein Thema auch von Kollegen in Nigeria behandelt wird, könnte eine Verdoppelung dieses - ihm persönlich nicht zur Last zu legenden - Unwesens sein. Subjekt der kolonialistischen Völkerkunde waren die dominierenden Staaten und Klassen des Nordens. Erstere ist nunmehr durch die soziologische und politologische Erforschung der sogenannten Entwicklungsgesellschaften, letzteres durch das hiesige Wissenschaftssystem ersetzt worden.

Georg Fülberth

Der kritische Gehalt der Marx'schen Theorie

Diethard Behrens (Hg.), *Gesellschaft und Erkenntnis. Zur Materialistischen Erkenntnis- und Ökonomiekritik. Mit Beiträgen von Diethard Behrens, Kornelia Hafner, Harald Kerber und Claus Rolshausen. Ca ira Verlag, Freiburg 1993, 278 S., 35,- DM.*

Nach einiger Zeit fast totaler Agonie marxistisch orientierter Theorieproduktion tut sich in einigen kleineren Verlagen wieder etwas. Bei dem rührigen Verlag "ca ira" der Initiative Sozialistisches Forum in Freiburg erschien unter dem für viele Zeitgenossen dinosauriermäßig daherkommenden Titel eine Aufsatzsammlung eines Diskussionszusammenhanges, der offensichtlich als eigenständige Interpretationsrichtung Marx'schen Denkens einen "kritischen" Marxismus (9f.) entwickeln will, der gegen den ehemals etablierten und mittlerwei-

le untergegangenen Diamat wie gegen einen "dissidenten Marxismus" gerichtet ist, der heute zumeist seinen Frieden mit dem System - so er dieses überhaupt noch als solches anerkennt - geschlossen hat.

In den ersten Aufsätzen Harald Kerbers "Erkenntnistheorie und materialistische Gesellschaftstheorie" (13-37), Claus Rolshausens "Die Traditionalisierung der Kritischen Theorie" (39-58) und Kornelia Hafners "Gebrauchswertfetischismus" (59-87), wird der z. T. gründliche und mehr oder weniger überzeugende Versuch gemacht, den eigenen Standpunkt neben den geläufigeren von kritischen Theoretikern und unkritisch gewordenen Sozialwissenschaftlern von Lukács über Adorno bis hin zu Habermas darzustellen. Sie sind an einer, gegen den auch in marxistischen Erkenntnistheorien weitverbreiteten Positivismus gewendeten, erkenntnistheoretischen Problemstellung orientiert, nach der "das Subjekt, die Menschengattung, notwendig in der Differenz von der Natur als Objekt existiert und sie als Objekt aus dieser vorausgesetzten Differenz begreift" und somit Grenzziehungen gefordert sind: sowohl gegen "die Hegelsche Position", "wonach der Geist in seinem Anderssein immer schon unter dem Aspekt des Bei-sich-selbst-Seins verstanden wird", als auch gegen "eine materialistische Ontologie, wonach die Materie, vorgestellt als Subjekt, sich selber differenziert, um sich dann in den Menschen und deren Praxis mit sich selbst zusammenzuschließen." (37) Die Absicht, an der Gültigkeit Marx-

scher Theorie festzuhalten, um mit dem Verweis auf deren zentralen Gegenstand, das Kapitalverhältnis, materialistische Herrschaftskritik leisten zu können (was m. E. zu Unrecht als Gegenprogramm zur kritischen Theorie Adornos und Horkheimers formuliert wird), wird zu Recht als der zentrale Angelpunkt kritischer Gesellschaftstheorie, hier in Auseinandersetzung mit gebrauchswertorientierten Theorien, herausgearbeitet. (87)

Der Marxschen dialektischen Analyse dieses Kapitalverhältnisses gilt denn auch die akribisch und gründlich geführte Auseinandersetzung in den folgenden Beiträgen. In dem Aufsatz "Totalität und Kritik" von D. Behrens und K. Hafner (89-128) versuchen die beiden AutorInnen, die Problematik des Hegelmarxismus' anhand zeitgenössischer Kritik aufzuweisen.

Die beiden AutorInnen unterziehen die Kritik des westdeutschen professoralen Seminar Marxismus - für den sie stellvertretend Kallscheuer (90ff., 97f.) zitieren - am sogenannten "Hegelmarxismus" ihrerseits einer Kritik, indem sie den systemaffirmativen Charakter der hier praktizierten empiristischen Destruktion des kritischen Inhalts Marxschen Denkens aufzeigen. Die beiden AutorInnen sind zudem der Meinung, daß der Hegelmarxismus diese Bezeichnung zu Unrecht trägt und das Verhältnis von Marx und Hegel erst der Klärung bedürfe. (127f.)

Sie arbeiten in Anlehnung an Kocyba die Unzulänglichkeiten der Hegelinterpretation des "westdeut-

schen Hegelmarxismus" am Beispiel der Subjekt-Objekt-Begrifflichkeit heraus, betonen aber dessen Schwierigkeiten mit der kritischen Intention des Marxschen Anspruchs im "Kapital", dieses Werk als Kritik der politischen Ökonomie zu lesen, deren Programm in den Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten formuliert wurde. (106f.) Im Folgenden arbeiten sich die beiden AutorInnen an der methodischen Funktion des Widerspruchsbegriffs im "Kapital" ab und kritisieren den zitierten Versuch Kocybas, in Marx' Kapital eine Theoriearchitektonik zu finden, die als Netz von Gesetzesaussagen zu betrachten sei. (112f.) In diesem Versuch folge Kocybas Theorie den Intentionen aller strukturalistischen und mechanistisch-objektivistischen Interpretationsmodelle Marxscher Theorie, das Kapital als Formulierung einer Strukturanalyse des Gesellschaftlichen zu verstehen (126f.).

Im Unterschied zu Hegel, dessen Gegenstand die Welt als Ganzes sei, beschränke Marx sich in der Kritik der politischen Ökonomie auf das, was in der Welt enthalten und, auch in der Form der Totalität, nicht das "Ganze" sei, womit die "Möglichkeit der Freiheit" (127) offen bleibe. Kritisiert wird der unzulängliche Stand der Hegelrezeption derjenigen, die versuchen, von marxistischer Seite sich des problematischen Zusammenhangs von Marx und Hegel anzunehmen. Von daher wird auch der Hegelmarxismus als Konstrukt seiner Kritiker bezeichnet. Die AutorInnen plädieren für eine Auseinandersetzung

über das Verhältnis der beiden Philosophen, die gerade wegen der damit zusammenhängenden und in den hier diskutierten Positionen vernachlässigten wissenschaftskritischen und politischen Fragen geboten sei.

Im letzten Aufsatz des Buchs, "Der kritische Gehalt der Marxschen Wertformanalyse" (165-189), befaßt sich Behrens mit der Marxschen Hegelkritik und kommt zu dem Schluß, daß das Verständnis des Marxschen Begriffs der Werts substanz ohne Rekurs auf den reflexionsphilosophischen Horizont des Hegelschen Substanzbegriffs nicht möglich sei, "zumal Marx mit seiner Hegelkritik beansprucht, über ihn hinauszugehen (173). Ein Unterfangen im Übrigen, auf dem auch die kritische Theorie Adornos und Horkheimers und die in Deutschland von Schmied-Kowarzik (Die Dialektik der gesellschaftlichen Praxis, Freiburg und München 1991) zusammengetragenen praxisphilosophischen Marxinterpretationen - allerdings mit unterschiedlichen praxisrelevanten Schlußfolgerungen - beharren.

Zuvor aber versucht Behrens, in seinem Aufsatz "Erkenntnis und Ökonomiekritik" (129-163) anhand Brentels Arbeit über die Kritik der politischen Ökonomie die Problematik eines "utopisch-normativen" Gebrauchs von Argumenten aufzuzeigen, bei dem in der Auseinandersetzung mit der klassischen politischen Ökonomie und den Versuchen Proudhons und Engels', eine Arbeitswertlehre auf Grundlage der einfachen Warenproduktion zu entwickeln, die Bedeutung der Kri-

tischen Methode Marx' verloren gehe (144). Weiter wird Brentels Argumentationsstrang in dessen (offensichtlich unzureichend) an Hegels Logik orientierter Interpretation der Marxschen Arbeitswertlehre nachvollzogen und als Ontologie der Arbeit kritisiert (158). Vor allem wird jedoch die auch von Brentel vollzogene Historisierung der Marxschen Methode der Kritik der politischen Ökonomie kritisiert, die schließlich zu einer "Verdopplung" wesentlicher Kategorien - als universaler und historisch besonderer - führe (158f.). Daraus resultiert nach der Auffassung Behrens' schließlich ein verfehlter Begriff vom Kapital. Problematisch sei dessen an Fichte angelehnte Deutung als absolutes Subjekt und systemtheoretische Wendung als selbstreferentieller Prozeß und Reproduktion (159).

Die Absicht, neuere Positionen in der Diskussion Marxscher Theorie zu berücksichtigen, mündet so in eine filigrane Referierung insbesondere der Arbeiten Brentels. Diese nimmt sehr viel Raum ein (insbesondere in "Erkenntnis und Ökonomiekritik"), so daß die Position Behrens', entweder nur vermittelt durch die Benützung des Konjunktivs bei der Vorstellung Brentelscher Positionen zu erschließen oder in sehr fragmentarischen Einstreuungen zu finden ist.

Auch im - bereits erwähnten - abschließenden Beitrags des Bandes befließt der Autor sich einer Marxexegese, die zwar durch die Kritik der genannten Ansätze ihre Berechtigung findet, zugleich aber Fragen nach ihrer gesellschaftspo-

litischen Bedeutung provozieren dürfte. Wenn ein Buch im Titel auch den Begriff Gesellschaft führt und meint, "parteinehmendes Denken" müsse sich auf "humanitäre Entwicklung" orientieren, "... ohne sich auf die Vereinnahmung in Lager einzulassen" und "sich gleichwohl auf einen sozialen Handlungszusammenhang, insofern er Resultat der ökonomischen Verhältnisse ist", bezieht (9), hätten die AutorInnen m.E. konkreter auf eben diesen gesellschaftlichen Kontext einzugehen. Anderenfalls reduzieren sich Feststellungen wie "Alle theoretische Kritik bedeutet eingreifendes Denken, richtet sich also stets gegen Affirmation und Apologie" (8) zur Standpunktlogik, durch die dann die Identifizierung "ontologisierende(r) oder szientifisch-nominalistische(r) Verkürzung (der Marxschen Theorie)" mit dem Einverständnis mit den herrschenden Verhältnissen (189) eine zu deftige und undifferenzierte Abkanzlung vieler integerer Denker wird.

Jonas Dörge-Weidemann

Schwarzer Feminismus

Marion Kraft, Rukhsana Shamim Ashraf-Khan (Hrsg.): *Schwarze Frauen der Welt. Europa und Migration*, Berlin 1994, 215 S., 29,80 DM.

Gloria I. Joseph (Hrsg.): *Schwarzer Feminismus. Theorie und Politik afro-amerikanischer Frauen*, Berlin 1993, 294 S., 39,80 DM.

bell hooks: Black Looks. Popkultur, Medien, Rassismus, Berlin 1994, 243 S., 36 DM.

Alle drei Bände sind im Orlanda Frauenverlag, Berlin, erschienen.

Die drei vorliegenden Bücher sind Beiträge zur Diskussion um die miteinander verknüpften Herrschaftsverhältnisse Kapitalismus, Sexismus und Rassismus; in der englischsprachigen Diskussion und ihrer deutschen Rezeption auch "triple oppression" genannt. In "Schwarze Frauen der Welt" und "Schwarzer Feminismus" sind Beiträge "schwarzer" Frauen versammelt, die als Minderheiten-Frauen, als Fremde im eigenen Land oder als Migrantinnen über ihre Erfahrungen mit Rassismus und Sexismus und ihre Widerstandsstrategien berichten. In der Essaysammlung "Black Looks" der Professorin für englische Literatur bell hooks, geht es um die mediale Vermarktung und Betrachtung von "Schwarzsein".

Das erstgenannte Buch entstand aus einem Kongreß 1991 in Frankfurt/Main und berichtet über die Situation dorthin geflüchteter oder dort geborener Schwarzer Frauen in Europa, sowie in afrikanischen und südamerikanischen Ländern. Weitere Aufsätze thematisieren die gesundheitlichen und psychischen Auswirkungen von Rassismus, Sexismus und kolonialem Denken auf Schwarze Frauen in den Metropolen, während der Schlußteil Beiträge zu politischen Forderungen und Theorien Schwarzer Frauen enthält. Herauszuheben ist der Beitrag von Marion Kraft, die

Unterschiede zwischen den Unterdrückungsverhältnissen Rassismus und Sexismus näher herausarbeitet.

In "Schwarzer Feminismus" sind Aufsätze afro-amerikanischer Feministinnen zu lesen, in denen diese ihre Erfahrungen mit dem US-amerikanischen rassistischen Patriarchat schildern. Ebenso wird die Geschichte von Frauen- und antirassistischen Kämpfen und die Bedeutung der afro-amerikanischen Tradition für diese Kämpfe dargestellt. Einzelne Aufsätze behandeln u.a. das ambivalente Verhältnis von Schwarzen Töchtern und Müttern (Gloria I. Joseph), die Verhältnisse zwischen Schwarzen Frauen, die allzuoft von Anbiederung an die Nicht-Schwarzen oder von Konkurrenz geprägt sind (Beitrag von bell hooks) oder die Position von Schwarzen Frauen zur von weißen Frauen dominierten feministischen Bewegung. Patricia Hill Collins gibt im umfangreichsten Aufsatz des Bandes eine Einführung in die gesellschaftliche Konstruktion Schwarzen feministischen Denkens. "Schwarzer Feminismus" ist ein sehr persönliches und bewegendes Buch, der kämpferische Stolz und die gleichzeitige Bescheidenheit der Frauen sind immer wieder beeindruckend.

bell hooks beleuchtet in ihrem Buch anhand medialer Ereignisse die Bilder, die Weiße und Schwarze voneinander haben, und wie sich in den durchaus unterschiedlichen Darstellungsweisen der Rassismus und Sexismus der weißen Dominanzkultur ausdrückt. Sie stellt aber auch das Selbstwertgefühl und

die neue Verortung von aufbegehrenden Schwarzen Frauen dar. bell hooks analysiert verschiedene Hollywood-Filme oder die Bilder und Urteile, die von der Darstellung der Auseinandersetzung um den Vorwurf von Anita Hill an den schwarzen Bundesrichter Clarence Thomas, er habe sie sexuell belästigt, transportiert werden.

Weitere Beiträge haben die herrschenden Bilder von schwarzer weiblicher Sexualität oder die Verbindungen von "native americans" zu den "afro americans" zum Inhalt. Ein Glossar, in dem die für deutsche Augen doch manchmal etwas neuen Begriffe und Schreibweisen erklärt werden, und eine Bibliographie schließen den Band ab.

Die Bücher sind zur Beschäftigung mit dem (feministischen) Denken Schwarzer Frauen und zur Diskussion um "triple oppression" zu empfehlen. Sie bieten eine Fülle von Denkanstößen und die Möglichkeit den eigenen (weißen) Blick, der gerade in der marxistisch und männlich geprägten Linken mehr ein weißer Fleck ist, zu überprüfen.

Die Diskussion um Rassismus, Ethnizität und Sexismus, und damit auch die hier vorgestellten Bücher, begeben sich aber auch in die Wirren der höchst komplizierten Diskussion um Gleichheit und Differenz, um Eurozentrismus und Universalismus. Manche Beiträge laufen auf die Klippen des Nationalismus und der Selbstethnisierung auf: So wird z.B. in einem Beitrag, der positiv auf "Afro-Zentrismus" Bezug nimmt, die Existenz einer "afrikanischen Nation" mit einer ihr

"eigenen" und einer ihr "fremden" (der "weißen") Identität behauptet. In vielen Beiträgen wird die Existenz einer "schwarzen Rasse" oder afrikanischen Nation angenommen (und womöglich noch deren besondere "Spiritualität" hervorgehoben), ohne zu erklären, wie diese denn definiert sein sollen. Bei der Beantwortung der Frage nach der Definition würde schnell deutlich werden: "Rassen" oder Nationen sind von Menschen willkürlich definierte und deshalb variable soziale Konstruktionen. Diese müssen als Tatsachen, mit denen die Betroffenen leben müssen, sehr ernst genommen werden; aber sie sind auch rassistische Zuschreibungen, die nicht unbedingt übernommen werden müssen.

Ferner sollte mensch sich vergegenwärtigen, daß nicht alle Ergebnisse aus den Forschungen und Diskussionen um Rassismus - die in Großbritannien und den USA viel weiter entwickelt sind - auf Deutschland mit seiner einzigartigen Geschichte übertragbar sind.

Bernd Hüttner

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus

Bodo Morshäuser, Hauptsache Deutsch, Frankfurt/M. 1992, Edition Suhrkamp, Neue Folge Bd. 626, 205 S., br., DM 14,00.

Karl Bartels, Dämme oder: Der projektiv verschobene Haß, Frankfurt/M. 1991, Verlag für Akademische Schriften VAS, 271 S., br., DM 45,00.

Beate Matthesius, Anti-Sozial-Front. Vom Fußballfan zum Hooligan, Opladen 1992, Leske + Budrich, 245 S., br., DM 24,80.

Manfred Heßler (Hrsg.), Zwischen Nationalstaat und multikultureller Gesellschaft. Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993, Hilti, Reihe Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa; 3, 292 S., br., DM 24,80.

Schweizerische Vereinigung für Marxistische Studien (Hrsg.), Das neue Gesicht des Rassismus. Mit Beiträgen von Claus-Dieter König u.a., Bern 1993, VMS-Verlag, br., 85 S., sfr 12,-.

Carmen Treppe, Das Fremde als Spiegel. Studien zur interkulturellen Entwörung, Weinheim 1993, Beltz, Reihe Pädagogik, 263 S., br., DM 42,00.

Ein kleiner Teil der vielen unterschiedlichen Perspektiven, die auf Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus möglich sind und als mehr oder minder stimmige Erklärungen des einen, des anderen oder des Zusammenhangs zwischen beiden gehandelt werden, läßt sich den hier zu besprechenden Bänden entnehmen. Nur der eine, der das Fremde als Spiegel sieht - eines meiner Lieblingsbücher -, versucht das nicht; ich lasse ihn vorerst beiseite.

Morshäuser beansprucht nichts weiter, als Eindrücke wiederzugeben. (Rückendeckel-Spruch: "Hauptsache Deutsch. Die einen erinnern an Adolf Hitler, weil sie damit gehört werden. Die anderen erinnern an Auschwitz, weil sie

damit gehört werden. Hauptsache Deutsch.") Anlaß: die Beobachtung von Gerichtsverfahren wegen Tötungsfällen gegen *skins* bzw. zwei "Normale" in einem kleinen wegen Dumpfheit und rechts-milanter Aktionen einschlägig bekannten Ostseeküsten-Ort, wohin ein Aufenthaltstipendium den Autor verschlagen hat; Eindrücke aus Gesprächen über die Prozesse, ihr Umfeld und ihre Vorgeschichten; Eindrücke aus Berlin und von seiner "Ausländer"politik. Reale bzw. narrative Prämisse: Zu beiden Taten und Verfahren wäre es nicht gekommen, gäbe es nicht die rechtssextremistische Szene im Ort; der Autor versucht nun, seine Wahrnehmungen herauszuschälen aus der Voreingenommenheit zwischen den Wahrnehmungspolen von "Monster" und "Sozialfall". Seine eigene Wahrnehmung konzentriert sich statt dessen zunehmend auf die Problematisierung der traditionalistischen oder autonomen Antifa für die Selbstdefinition rechtsradikalen Protests. Ergebnis: "Verharmloser" und "Übertreiber" betreiben mit verteilten Rollen das gleiche Spiel - "Hauptsache Deutsch". Recht hätten die, die das Ganze als "Jugendkriminalität" bzw. "protest" und Generationenproblem ansähen. Ein bißchen Jugendforschungskritik, ein paar Zeitungs- und Literaturzitate, etwas Vereinigungsproblematik und viel Röhrenblick auf die gängige Vorstellung, die "2. Generation" (nach der Studentenbewegung) und Autonome produzierten Rechtsextremismus und jugendliche Neonazi-Szene durch ihre Zuschreibungen

mit - das wars. "Wo will ich hin?" (191). Wenn man es doch wüßte. In die Talkshows kam Morshäuser mit seiner Blickverengung jedenfalls.

Ebenfalls mit dem Deutschen, allerdings ernsthafter, hat es Bartels. Anlässlich der Asyldebatte verfolgt er "Fremdenangst", "-feindschaft" und "-haß" durch die deutsche Geschichte. Er führt die Leserin vom 30jährigen Krieg über die NS- und Nachkriegszeit, das Verhältnis der Deutschen zu den US-Amerikanern sowie die innergesellschaftlichen roten Feindbilder bis zur MigrantInnen- und Flüchtlingsabwehr. Der Ansatz ist politologisch-historischer Art, der Inhalt wird erzählt. Das riesige Themenspektrum ist Folge des stark biografisch-moralisch geprägten Interesses daran, wie es zu dem "beträchtliche(n) Potential an Fremdenangst und Fremdenfeindschaft (...) kommen konnte" (15). Es hat notwendigerweise relativ cursorische Überblicke und Einschätzungen zur Folge, ob, wie und in welcher Form an den behandelten geschichtlichen Schnittstellen "Fremdenfeindlichkeit" aufgetreten und wirksam geworden sein mag. Begrüßenswert an dem Band ist, daß er nicht der allzu häufigen Gleichsetzung von "Fremdenfeindlichkeit" allein mit Kopf-Inhalten, Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung aufsitzt, sondern Institutionen und faktische, v. a. politische Ausgrenzungspraktiken in den Blick rückt. Dabei bleibt es allerdings auch, womit die Frage der Arbeit ebensowenig beantwortbar wird wie in anderen Studien, die die angesprochene Gleichsetzung vornehmen:

Die "Übersetzung" materieller Ausgrenzung in ideologische Fremdenfeindschaftspotentiale wird weder methodisch noch überhaupt als Fragestellung aufgenommen. Ob zudem problematisch subjektivierende Begriffe wie "(Fremden-) Haß" oder "-feindschaft" den angesprochenen politischen Ereignissen und Institutionen gerecht werden, wird nirgends geprüft; selbst moralisierende Konstrukte, werden sie als sinnvoll einfach vorausgesetzt. Objekt- und Formveränderungen der behandelten Abwehr und Aggression werden stehen gelassen und quasi an sich unter "das Fremde" subsumiert. - Die übergroße historische Spannweite und methodische Beliebigkeit, mit der Unterschiedlichstes in die Zwinge von "Fremdenfeindlichkeit" gespannt wird, läßt den Band zwar als fleißiges Sammelwerk und gut gemeint erscheinen; dem wissenschaftlichen Anspruch gegenüber, mit dem er auftritt, fällt er ab.

Eine Untersuchung, die im Gegensatz dazu an einer Stelle eine Tiefbohrung unternimmt und (zwar nicht Fremdenfeindlichkeit, aber) den Übergang von Jugendlichen vom Fan-Status zu rechtsradikal tendierenden Hooligans nachzeichnet, liegt mit *Matthesius'* "Anti-Sozial-Front" vor. Es handelt sich um eine empirische Analyse am Beispiel der Fanclubs der Offenbacher Kickers. Deren Entwicklung wird ebenso dargestellt wie die des Sozialraums der Fußballszene und deren Durchkapitalisierung, ein Prozeß, der die Fans in Konfrontationen mit der Polizei, in Außenseiterpositionen, unter anderem in

rechtslastige, schiebt und zu Hooligans werden läßt. Diese Außenseiter-Entwicklung eines Teils der Fans ist nach *Matthesius'* Beobachtung regelrecht Ergebnis der Kommerzialisierung der Vereine, die durch institutionelle Eingriffe und Sanktionen das Fanverhalten insofern beeinflussen, als jene Fans seit den 80er Jahren zunehmend ausgegrenzt wurden, die dem traditionellen, männlich-proletarischen Sport frönen, sich aber dem "Konsumentenfanverhalten" gegenüber sperren und entsprechenden Organisationsformen nicht unterordnen wollen (27ff.). Sie ist auch Ergebnis ihrer Stigmatisierung durch Medien als arbeitsscheue Asoziale (81ff.).

Matthesius' Fragestellung ist ausdrücklich auf den jugendspezifischen und -kulturellen Aspekt dieser Bewegung gerichtet und wird demgemäß auf dem Hintergrund insbesondere verschiedener Individualisierungs-Theorien entwickelt. Ihr Material, gewonnen aus Einzelinterviews, Gruppendiskussionen und teilnehmender Beobachtung, behandelt sie methodisch kritisch, und es belegt die Ergebnisse. Zwei Fragen vermissemich allerdings, die gerade dieses Material aufdrängt und deren Bearbeitung der Methodik des Buches nicht fernegelegen hätten. Erstens: Haben die Jugendlichen in den Hooligan-Gruppierungen tatsächlich die nicht-angepaßten, zwangsfreien Räume, die Alternative zu den gestylten kommerzialisierten Fan-Vereinen gefunden?, und folglich: Wie gehen sie mit dem Widerspruch um, sich einerseits vorgegebenen, unterordnenden Ordnungs-

zwängen entziehen zu wollen, gleichzeitig aber mit der Bildung der Hooligan-Gruppen sich selbst wiederum einzupassen in andere - vermutlich nicht weniger strikte - Hierarchisierungen und Dominanzstrukturen? Zweitens fehlt mir in der Untersuchung die Frage, wie in diesem Fall die Affinität der Fans bzw. Hooligans eben zu rechten Botschaften zu erklären ist. Die Form - "Jugendprotest" - ist das eine; vernachlässigt wird aber deren Inhalt: Daß diese Art von Jugendprotest sich mit rechtslastigen, im Umfeld von Neonazi-Strukturen und -Ideologien bewegt und sich mit deren Organisationsformen und Traditionen verbindet. Hypothesen hierzu lägen geradezu auf der Straße - speziell im Fall eines, wie die Autorin immer wieder betont, so männlich-körperbetonten Sports wie Fußball und seinem traditionell männerbündischen Vereinswesen. Der Satz, "nicht die NPD, FAP oder sonstige rechte Gruppierungen haben sich dieser Jugendlichen bedient, sondern diese Jugendlichen bedienten sich derer", scheint mir die Problematik erheblich zu verkürzen. Umso erstaunlicher dies, als *Matthesius* ansonsten kritisch und genauer als an dieser Stelle zu denken scheint.

Einen im Einzelnen größtenteils recht informativen Band zu verschiedenen Fragen von Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit hat *Heßler* herausgegeben, auch wenn einige Beiträge (*Radtke*, *Gerhard*, *Guha*) so oder in ähnlicher Form schon an anderer Stelle zu lesen sind. Auch dieses Sammelwerk geht im Ansatz davon aus, daß Frem-

denfeindlichkeit nicht zuletzt Folge materieller, institutioneller, politischer Ausgrenzungen, z. B. einer "Zuwanderung ohne Zuwanderungspolitik" (*Heßler*, Einleitung, 10), ist und "ethnisch definierte Ausschlußregeln oder Exklusivrechte (...) einer demokratischen Gesellschaft wesensfremd" seien (11). Das Kennzeichen des Bandes ist sein Plädoyer für eine Einwanderungspolitik; und zwar eine, die die inzwischen wohl mehrheitsfähige Position impliziert, daß die Bundesrepublik längst eine Bringepflicht von "Integration" in Gestalt a) einer "zusammenhängenden Migrations- und Integrationspolitik" (so der Aufsatz von *L. Funcke*, 21ff.) und b) einer grundsätzlichen Veränderung ihres völkisch-ethnischeselbstverständnisses habe, wie es sich im Staatsangehörigkeitsrecht darstellt. Als Ausgangsposition festgehalten, jedoch nicht problematisiert wird die mit dem *Heßlerschen* Einwanderungsverständnis verbundene Festlegung von "Eckdaten und Quoten einer befürworteten Einwanderungspolitik" (14) - nach wie vor die Crux bei denen, die die Bundesrepublik längst für ein Einwanderungsland halten. Überhaupt nicht thematisiert wird die (anhand der USA schon per Augenschein überprüfbare) Frage, daß "Fremdenfeindlichkeit" - wenn sie denn mehr bzw. anderes ist als "Feindlichkeit" gegen "AusländerInnen", also Menschen mit einem anderen Paß - mit der Aufhebung der nationalstaatlichen Ausgrenzung der jahrzehntelang ansässigen und qua ihrer faktischen Anerkennung

der bundesdeutschen Verfassung und Verkehrsformen längst als integriert anzusehenden EinwandererInnen bei weitem nicht beseitigt sein wird, daß Rassismus sich also an mehr bzw. anderem festmacht.

Erkennt mensch freilich als politische Schwerpunktsetzung des Bandes das Nachbohren am längst überfälligen, mehrheitsfähigen und daher politisch möglichen Schritt einer Angleichung des Rechtsstatus' der ArbeitsmigrantInnen und ihrer Nachkommen an die Einheimischen an, dann ist einiges Lesenswertes von AutorInnen entsprechender Skalenbreite hier versammelt. So L. Hoffmann (29ff.) mit einem Beitrag gegen die ethnische Verengung des deutschen Volksbegriffs; D. Oberndörfer (53ff.), der hier wie in der CDU gegen eben diese und für ein republikanisches Verfassungs-, Gesellschafts- und Werte-Verständnis zu Felde zieht; F. Franz (67ff.), der einen guten einführenden Überblick über internationale, europäische und bundesdeutsche rechtliche "Schleusen und Schranken" der Einwanderung gibt, sowie F.-O. Radtke (91ff.) mit seiner fundamentalen Kritik daran, daß MigrantInnen, längst in die funktional differenzierte Gesellschaft integriert, "nicht mit einem staatsrechtlichen, ökonomischen oder bevölkerungspolitischen, sondern mit einem *ethnologischen* Blick betrachtet werden". Hierbei bleibe unberücksichtigt, was sie "mit der Mehrheitsbevölkerung sozial gemein haben", das Problem löse sich somit "von seinen rationalen Grundlagen und wechselt über in den Bereich

des Mythos" (95f.) Nur erscheint damit der Aspekt der "Fremdenfeindlichkeit" im weiteren Sinne, nämlich als Rassismus, der mit der anderen Nationalität nicht erklärt ist, als etwas dürftig abgehandelt - mit Ausnahme von Ute Gerhards Beitrag (239ff.), der explizit die Mißhandlung von Flüchtlingen und EinwandererInnen in Mediendiskursen nachweist, und des Aufsatzes von Meinhardt/Schulz-Kaempff (255ff.), die Ansätze einer alternativen Flüchtlingssozialpolitik des sozialdemokratisch/grün regierten Landes Niedersachsen nachzeichnen und dabei einige Anregungen aus Schweden vermitteln. Vorzüglich sind des weiteren die Darstellung der Entwicklung des Ausländerrechts in der DDR von H. Beyer (211ff.), die als Jenenser Juristin dies auch schon zu DDR-Zeiten offen kritisch betrachtete. Ebenfalls informativ, jedoch gegenüber früheren Aussagen zur DDR-Ausländerpolitik total gewendet und wohl deshalb mit mehrfacher Betonung eigener analytischer Differenziertheit versehen, ist hingegen der Beitrag von L. und E. Elsner zu Ausländerpolitik und Ausländerfeindlichkeit in der DDR (185ff.). Ebenfalls informativ ist der eigene Beitrag des Herausgebers (133ff.) zu Ausländerbeschäftigung, -politik und Einstellungswandel - jedenfalls hinsichtlich der Ergebnisse von Meinungsumfragen zu diesen einschlägigen Themen. Leider bleibt Heßler bei der Identifizierung von Umfrageergebnissen mit Einstellungen bzw. deren Wandel stehen, fokussiert deren teils problematische Metho-

dik nicht, nämlich ihre meist skandalisierenden Fragestellungen; und er geht auch nicht auf die Funktion(alisierung) solcher Umfragen für die aggressive Zuspitzung des öffentlichen Klimas ein. Sorgfältig gemacht, auch Differenzierungen zwischen antisemitischen und verschieden motivierten antizionistischen Einstellungen aufzeigend und spannend zu lesen ist der Bericht W. Bergmanns über eine empirische Umfrage (1987, also aus der Zeit der Wiederbelebung der Antisemitismusforschung) über den Zusammenhang zwischen antisemitischen und ausländerfeindlichen Einstellungen (115ff.). - Trotz vieler Einzelkritiken also eine insgesamt ordentliche Einführung in verschiedene Aspekte der Titel-Themen.

Der Band *Das neue Gesicht des Rassismus* veröffentlicht die Vorträge einer Vorjahres-Tagung des Hrgs. Die Themen entsprechen dem derzeit von interessierten Linken aufzuarbeitenden Muß: Ursachen und Hintergründe der neuen Fluchtbewegungen (Autor: König, 13ff.); frauenspezifische Migrationsgründe (Autorin Regula Turt-schi-Jhly, 31ff.), Ökonomie des Rassismus (Res Strehle, 49ff.) und "Multikultur" und "Fitneß" (Bernhard Walpen, 61ff.).

Königs Beitrag führt die These steigender internationaler Flucht-migration in Abhängigkeit von der Durchkapitalisierung der Weltökonomie aus und verbindet diese Gruppe von Fluchtursachen mithilfe der Regulationstheorien und der Fordismus-/Postfordismus-Diskussion mit nicht-ökonomischen

Fluchtursachen. Einwanderungspolitik wird hier - im Gegensatz zu der letztlich nationalökonomisch beschränkt bleibenden Argumentation z. B. im Heßler-Band - "im Zusammenhang mit radikal-antikapitalistischen Überlegungen zur Neustrukturierung der weltweiten Ökonomie" gedacht (26). Tschurtschi-Jhly beschreibt präzise Formen, spezifische Gründe und Ausmaß weiblicher Migration und deren bisher weitgehende Ausblendung aus dem politischen und wissenschaftlichen Blick. Strehles Überlegungen gehen in Anlehnung an Balibar von Weltmarkt- und Regulations-Funktionen, hier des Rassismus, aus, der eine "Klammer im Metropolenkonsens" darstelle (49), sofern er das internationale Wert-schöpfungsgefälle und die entsprechenden "Lohnkaskaden" bzw. auf nationaler Ebene der EU-Staaten Ausschließungen aus den sozialen Netzen rechtfertige. Es geht um den "saubere(n)", strukturelle(n) Rassismus", der "zu einem Element des kulturellen Konsenses" der EG geworden sei und seine Entsprechung im "Wohlanständigkeits"-Rassismus der Mittelschichten finde (53). Abgeschlossen wird die Veröffentlichung mit einer diskurs-analytischen Untersuchung, deren Methodik die Erarbeitungen zu Rassismus nutzt, die von der Bochumer Diskurswerkstatt um Link und das Duisburger DISS um Jäger vorgelegt wurden. Sie analysiert anhand entsprechender Management-Literatur und -Zeitschriften "Multi-" bzw. "Interkulturalität" als Element der kommunikativen, v. a. konfliktvermindernden

und "potentialerhöhenden" Kompetenz des international tätigen Managements und bindet die Analyse zurück an funktionelle Veränderungen unternehmerischer Oberaufsicht. - Insgesamt auf hohem theoretischem Niveau und methodisch homogen, ist für mich dieser letzte Aufsatz des Bändchens der anregendste, weil er das Thema Rassismus am originellsten auf ein weithin vernachlässigtes Terrain hinüberzieht: auf unternehmerische Hegemonialstrategien.

Zum Schluß mein derzeitiges Lieblingsbuch: *Carmen Treppe, Das Fremde als Spiegel* - zwölf Essays, erwachsen aus höchst persönlichen Erfahrungen mit dem "Fremden" und durchdrungen von der Klugheit einer literaturbeschlagenen Orientalistin, blendend - nein: erhellend! - geschrieben, teils mit Umwegen und teils mit dem geraden Blick hinter die scheinbaren Selbstverständlichkeiten des je "Eigenen", angesteckt von orientalischer Erzähllust, zugleich immer reflektierend. Treppe läßt angstlos die "Fragezeichen" erscheinen, die der "Kontakt mit Menschen aus anderen Kulturen" setzt: "Wo im Blick des Anderen das bislang für selbstverständlich Erachtete fragwürdig, das Vertraute befremdlich wird und die in der Schule gelernten Fragen an Welt so flach klingen wie ihre Antworten, wird das Parkett brüchig, auf dem die eigene Überheblichkeit wandelt" (9f.). "Lebenszeit", "Reisezeit" und "Bedenkzeit" sind die Abschnitte überschrieben, in denen sie ihre Erfahrungen und Analysen versammelt, manchmal erstaunliche, ab und an erschrek-

kende, häufig vergnügliche. Wer Freude daran hat, "Interkulturelles" mit Lust an Verunsicherung und neuer Erkenntnis zu lesen und die eigene Wahrnehmung an der des Fremden neu zu strukturieren - hier ist das Buch, das es bringt.

Claudia Stellmach

BASTA!

The Times They Are A Changin'

Sonderausgabe des Duisburger Studierendenmagazins **BASTA!** zur Geschichte der StudentInnenbewegung ○ Herausgegeben vom ASIA und der Linken Liste an der Uni - GH - Duisburg zusammen mit anderen ASIA und links-alternativen Studierendengruppen ○ 36 Seiten im Zeitungsformat, mit Dokumentationsbeiträgen (Texte von Dutschke, Krahl u.a.) und einer Bibliographie zur StudentInnenbewegung ○ Für 3,- DM in Briefmarken zu bestellen bei:

ASIA Uni - GH - Duisburg
Lotharstr. 65
47048 Duisburg

Bucheingänge

Alfred Klahr, *Zur österreichischen Nation. Mit einem Beitrag von Günther Grabner*, hrsg. von der KPÖ, Globus-Verlag, Wien 1994, 208 S.

Thomas Collmer, *Pfeile gegen die Sonne. Der Dichter Jim Morrison*, MaroVerlag, Augsburg 1994, 839 S., DM 68,-

Florence Hervé/Ingeborg Nödinger, *Bewegte Jahre - Düsseldorfer Frauen*, Zebulon-Verlag, Düsseldorf 1994, 252 S.

Silvia Pappe, Gertrude DUBY-Blom - Königin des Regenwaldes. Eine Biographie, eFeF-Verlag, Bern/Dortmund 1994, 196 S., sfr./DM 39,-

Armin Trus, "Wer nicht kämpft, hat schon verloren". Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Gießen 1945 - 1990. Hrsg. von der Verwaltungsstelle der IG Metall Gießen, Anabas-Verlag, Gießen 1994, 596 S., DM 38,-

Horsta Krum/Siegfried Prokop, *Das letzte Jahr der DDR. Implosion, Einigungsvertrag, "distinct society"*. hefte zur ddr-geschichte 20, Berlin 1994, 60 S., DM 4,-

Harry Nick, *Warum die DDR wirtschaftlich gescheitert ist*. hefte zur ddr-geschichte 21, Berlin 1994, 60 S., DM 4,-

Joachim Bischoff/Hans Luft/Harry Nick, *Probleme der politischen Ökonomie in der heutigen Zeit*. Klartext 6, Berlin 1994, 37 S., DM 3,-

(Bezug der letzten drei Titel: Helle Panke e.V., Breite Str. 48, 13187 Berlin-Pankow)

Internationalismus bei ISP

Anjel Rekalde

Herrera de la Mancha

Aufzeichnungen eines baskischen Gefangenen
Mit einem Vorwort von Eva Forest
1993, 235 Seiten, DM 28,00/öS 219,00/sFr 29,00

Emir Sader/Ken Silverstein

„Keine Angst vor besseren Zeiten“

Lula, Die PT und Brasilien
1994, 200 Seiten, DM 28,00/öS 219,00/sFr 29,00

Albert Sterr

Guatemala

Lautloser Aufstand im Land der Mayas
Reportagen, Interviews, Analysen (extra Fototeil)
1994, 287 Seiten, DM 36,00/öS 273,00/sFr 36,00

Rainer Werning (Hrsg.)

Nordkorea

Annäherungen an einen Außenseiter
isp-pocket 37
1988, 173 Seiten, DM 19,80/öS 155,00/sFr 20,80

Winfried Wolf/Jutta Klauß (Hrsg.)

Festung Europa

Von den Freiheiten des Kapitals
im EU-Supermarkt und weltweit
isp-pocket 50
1994, 224 Seiten, DM 24,80/öS 194,00/sFr 25,80

Neuer ISP Verlag

Kasseler Straße 1a, 60486 Frankfurt/M.
Telefon 069/77 30 45, Fax 069/77 30 46

Autorinnen/Autoren

Giorgio Baratta - Urbino/Italien, Hochschullehrer, Philosoph

Prof. Dr. Helmut Bleiber - Berlin, Historiker

Wolfram Burkhardt - Marburg, Dipl. Politologe

Jonas Dörge-Weidemann - Kassel, Doktorand der Politikwissenschaft

Prof. Dr. Enrique Dussel - Autonome Universität Mexiko, Hochschullehrer, Mexico

Doris Fisch - Lehrerin, Sozialarbeiterin

Dr. Eckardt Fuchs - Berlin, Historiker, Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie

Prof. Dr. Georg Fülberth - Marburg, Historiker, Hochschullehrer

Ralph Graf - Goslar, Sozial- und Politikwissenschaftler

Manfred Grieger - Bochum, Historiker, Doktorand

Bernd Hüttner - Bremen, Dipl. Politikwissenschaftler

Hermann Jacobs - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Wolfgang Jahn - Halle/Saale, Marx-Engels-Forscher

Günter Judick - Velbert, Historiker

Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker, Vors. d. Forums Marxistische Erneuerung

Prof. Dr. Wolfgang Küttler - Berlin, Historiker, Forschungsschwerpunkt Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie

Dr. André Leisewitz - Frankfurt/M., Biologe, Z-Redakteur, Vorstandsmitgl. des IMSF e.V.

Prof. Dr. Hans Luft - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Lutz Maier - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Dr. Manfred Müller - Berlin, Marx-Engels-Forscher

Prof. Dr. Harald Neubert - Berlin, Historiker

Dr. Emmerich Nyikos - Wien, Sozialwissenschaftler und Historiker

Prof. Dr. Siegfried Prokop - Berlin, Historiker, Vorstandsmitgl. der Alternativen Enquête-Kommission

Dr. Hans-Otto Rößer - Guxhagen-Ellenberg, Lehrer

Dr. Heinz Schäfer - Griesheim b. Darmstadt, Wirtschaftswissenschaftler und Journalist

Dr. Claudia Schmidt - Bochum, Germanistin

Dr. Winfried Schwarz - Hanau, Soziologe, Sprecher der AG Marx-Engels-Forschung beim IMSF e.V.

Dr. Reinhard Schweicher - Frankfurt/M., Philosoph, Z-Redakteur

Dr. Waltraud Seidel-Höppner - Berlin, Historikerin

Claudia Stellmach - Bonn, Sozialwissenschaftlerin

Jens Weiss - Marburg, Student der Politikwissenschaften

Dr. Harald Wessel - Berlin, Journalist

Veröffentlichungen des IMSF e.V.

Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus: Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung

Band 10 der Reihe IMSF-Forschung und Diskussion; ISBN 3-888077-96-1

Beiträge einer gemeinsamen Tagung von IMSF, "Sozialismus", "Utopie Kreativ" und "Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" von Joachim Bisschhoff, Dieter Boris, Michael Brie, Hansgeorg Conert, Frank Deppe, Horst Heininger, Henning Melber, Jörg Huffscheid, Uwe Kremer, Dorothee Piermont u.a., Frankfurt/M. 1992, 140 S., 15,- DM

Defizite im Marxschen Werk

Band 4 der Reihe Marx-Engels-Forschung heute; ISBN 3-88807-95-3

Mit Beiträgen von Michael Heinrich, Wulf D. Hund, Wolfgang Jahn, Jürgen Jungnickel, Alessandro Mazzone, Ernst Theodor Mohl, Helmut Reichelt, Hans Jörg Sandkühler, Peter Schafmeister, Reinhard Schweicher, Sozialistische Studiengruppen (SoSt), Frankfurt/M. 1992, 136 S., 15,- DM

Lothar Peter, Dogma oder Wissenschaft? Marxistisch-leninistische Soziologie und staatssozialistisches System in der DDR, Frankfurt/M. 1991, 110 S., 12,80 DM

Band 7 der Reihe IMSF-Forschung und Diskussion; ISBN 3-88807-093-7

Heinz Jung, Abschied von einer Realität. Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR. Ein politisches Tagebuch - Sommer 1989 bis Herbst 1990. Historischer Abriss, Chronik und ausgewählte Dokumente von Fritz Krause, Frankfurt/M. 1990, 436 S., 29,80 DM

Band 6 der Reihe IMSF-Forschung und Diskussion; ISBN 3-88807-092-9

Bestellungen und Kataloganforderung bei IMSF e.V., Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069/739 29 34

Das Heft zur Zivilgesellschaft, zu Ethik und Staat



Das Argument 206. 14 DM/109 ÖS/15 DM

Beiträge unter vielen anderen:

Frigga Haug: Zivilgesellschaft und Geschlechterverhältnisse

Joseph A. Buttigieg: Gramscis Zivilgesellschaft und die *civil-society*-Debatte
Giorgio Baratta: Volk, Nation, Massen im Denken von Gramsci

Dick Boer: Die Bedeutung Gramscis für eine Linke ohne Hegemonie

Peter Alheit: Die Fragilität des Konzepts »Zivilgesellschaft«

Étienne Balibar: Kann es ein europäisches Staatsbürgertum geben?

Dorothy Smith: Verfügungsverhältnisse, Textualität und Hegemonie

Ulrich Schmid und Herbert Kubicek: Datenautobahn in die Zivilgesellschaft?

Elisabeth List: Feministische Wissenschaftskritik

Wolfgang Fritz Haug: »Universal Declaration of a Global Ethic«

– Anmerkungen zum Entwurf der Ethikkommission der UNESCO (1993)

Nicht der »Fall«, sondern der Theoretiker Althusser



Argument Sonderbände Neue Folge Band 228
288 Seiten. 29 DM/225 ÖS/30 SF
ISBN 3-88619-228-8

Die subkutanen Wirkungen und Nachwirkungen der theoretischen Arbeit Althusserers sichtbar zu machen, ist die Intention dieses Bandes. Er enthält Beiträge aus verschiedenen europäischen Ländern – u.a. von E. Balibar, M. Turchetto, J. Link, J. Derrida – zu systematischen Fragen und aktuellen Themen (wie etwa dem Problem des Nationalismus in den Balkanländern). Damit wird das Augenmerk von dem spektakulären »Fall Althusser« und vom Verfasser der Autobiographie *Die Zukunft hat Zeit* wieder auf den Theoretiker zurückgelenkt.

Im guten Buchhandel und bei:
ArgumentVertrieb
Reichenberger Straße 150
10999 Berlin

Argument
Hamburg Berlin